

Geschichte der Grünen, Teil 1 — Seite 7

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 260, 1. 7. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Die nächste Ausgabe des ARBEITERKAMPF erscheint am 26. August 1985



Krieg um die Lager im Libanon
Ein Angriff zur Lösung der Palästinenserfrage

„Als revolutionärer Führer ist es sicherlich meine Pflicht, Hoffnung einzuflößen und den Willen unseres Volkes zur Fortführung des Kampfes zu stärken. Aber es ist auch meine Pflicht, das palästinensische Volk vor einer Täuschung zu bewahren, keine Illusionen zu wecken, denn diese können bei weitem gefährlicher sein als schmerzliche Enttäuschung. Ich gestehe ganz offen: Ich glaube nicht, daß es meiner Generation vergönnt sein wird, die Geburt eines unabhängigen palästinensichen Staates noch zu erleben, und sei es nur auf einem winzigen Teil Palästinas. (...) Natürlich ist noch alles offen. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten auf regionaler wie internationaler Ebene, als daß man die Zukunft voraussagen könnte. Ich hoffe nur, daß die Ereignisse — über kurz oder lang — meinen Pessimismus Lügen strafen werden. Ein Sieg in naher Zukunft ist denkbar — genauso wie eine Katastrophe: die Lähmung, vielleicht sogar die Zerschlagung unserer Bewegung. Und das wäre dann nicht das erste und sicherlich auch nicht das letzte Mal, daß es obskuren reaktionären Kräften gelänge, eine Revolution zum Scheitern zu bringen. - Dann wird unser Volk eine neue Revolution hervorbringen, eine Bewegung, die mächtiger ist als die unsere, mit Führern, die besser gewappnet sind als wir und die für die Zionisten eine größere Gefahr sein werden. Es besteht kein Zweifel, daß die Palästinenser ihren Kampf unerbittlich fortsetzen werden, was immer auch geschehen mag. Das liegt in der Natur der Sache. Wir sind entschlossen, als Nation zu überleben. Eines Tages werden wir eine Heimat haben." Mit diesen Worten schließt Abu Iyad, eine der wichtigsten Führungspersönlichkeiten innerhalb Al-Fatahs und der PLO sein 1979 erschienenes Buch „Heimat oder Tod" (1). Abu Iyad betont, daß es der Fatah gelungen sei, die ideologische Unabhängigkeit zu wahren, und stellt fest, daß schon 1979 die Möglichkeiten der palästinensischen Revolution sehr viel geringer waren, als nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni 1967.

Über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Libanon berichten wir auf den Seiten 31 - 34.

Iyad, eine der wichtigsten Führungspersönlichkeiten innerhalb Al-Fatahs und der PLO sein 1979 erschienenes Buch „Heimat oder Tod" (1). Abu Iyad betont, daß es der Fatah gelungen sei, die ideologische Unabhängigkeit zu wahren, und stellt fest, daß schon 1979 die Möglichkeiten der palästinensischen Revolution sehr viel geringer waren, als nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni 1967.
Über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Libanon berichten wir auf den Seiten 31 - 34.

Aus dem Inhalt

Kunstwerk auf Seite 43
Namibia
Mehrere Jahre verhandelten imperialistische Staaten über die Zukunft dieses Landes — die RSA scheint vorerst „gewonnen" zu haben

Grüner Parteitag in Hagen
Koalitionsstreit noch nicht entschieden
Am 22./23. Juni fand in Hagen eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN statt, als Fortsetzung des Hamburger Parteitags im Dezember 1984 geplant, die aber durch die schweren Wahlniederlagen im Saarland und in NRW eine
Die Klärung dieser Frage stand denn auch im Mittelpunkt des Interesses aller Beobachter der Bundesdelegiertenversammlung, auch wenn man während beider Tage den Eindruck gewinnen mußte, daß die GRÜNEN selbst einer Antwort immer noch lieber aus
blieben war, aber man die Ereignisse nicht übergehen könne. Diese Bundesversammlung sei die erste, die im
Fortsetzung Seite 2

Grüner Parteitag in Hagen
Koalitionsstreit noch nicht entschieden

Am 22./23. Juni fand in Hagen eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN statt, als Fortsetzung des Hamburger Parteitags im Dezember 1984 geplant, die aber durch die schweren Wahlniederlagen im Saarland und in NRW eine besondere Bedeutung gewann. So mußte denn auch die eigentlich geplante Tagesordnung, Diskussion der in Hamburg nicht mehr bewältigten „inhaltlichen Fragen", umgeworfen werden, denn es drängte sich zwangsläufig die Frage auf, wie es die GRÜNEN im weiteren mit der SPD halten wollen.

Die Klärung dieser Frage stand denn auch im Mittelpunkt des Interesses aller Beobachter der Bundesdelegiertenversammlung, auch wenn man während beider Tage den Eindruck gewinnen mußte, daß die GRÜNEN selbst einer Antwort immer noch lieber aus dem Weg gegangen wären.

Den Auftakt machte Rainer Trampert mit einer Rede für den Bundesvorstand. Er holte in Erinnerung, daß diese Bundesdelegiertenversammlung eigentlich nur aufarbeiten sollte, was vom Hamburger Parteitag liegengeblieben war, aber man die Ereignisse nicht übergehen könne. Diese Bundesversammlung sei die erste, die im

Fortsetzung Seite 2

Richard von Weizsäcker
Das gute Gewissen gesamtdeutscher Aufträge

REENTS (GRÜNE): Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Kriege gelitten haben, vor allem der unzählig vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen

(Unruhe bei der CDU/CSU — Klein (CDU/CSU): Was soll das hier? — Sauter (CDU/CSU): Wieso ‚vor allem'? — Hupka (CDU/CSU): Und was haben die Russen mit Deutschen gemacht?

die ihr Leben verloren haben. Wir denken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstands, des bürgerlichen, des militärischen und des glaubensbegründeten, des Widerstands in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften,

(Erhard (CDU/CSU): Fehlen nur noch die Kommunisten)

des Widerstands der Kommunisten.

(Erhard (CDU/CSU): Da haben wir's! — erhebliche Unruhe bei der CDU/CSU — Zurufe — Dr. Stark (CDU/CSU): Müssen wir uns sowas anhören? — Klein (CDU/CSU): Die wollten doch nur die rote Diktatur — Eyrich (CDU/CSU): Bist doch selber einer)

So oder ähnlich hätte es im Protokoll des deutschen Bundestages über die Gedenkfeier zum 8. Mai gestanden, wären die zitierten Ausführungen tatsächlich von Reents und nicht, wie geschehen, von Richard v. Weizsäcker, dem Bundespräsidenten, gekommen. So aber rutschten etliche Abgeordnete der Union lediglich auf ihren Sitzen hin und her, mühsam dem Drang widerstehend, ihrer innersten Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß genau dies, die Vernichtung der Kommunisten, noch vor den Autobahnen zu den unbestreitbaren Leistungen der NS-Diktatur zu zählen sei.

Fortsetzung auf Seite 20

Stroessner, Mengele und ihre Bande
Über die Spuren der verschwundenen Nazis und einen Toten

Im Juli wollte der dienstälteste Diktator Lateinamerikas, General Alfredo Stroessner, als Staatsgast die Bundesrepublik besuchen. Vorgesehen war auch ein Treffen mit Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth, der auf die Frage, ob er ernstlich dem Faschisten Stroessner die Hand geben wolle, die originelle Antwort gab, ob er ihm denn den Fuß reichen solle. Doch im Jahr des vierzigsten Jahrestags der Niederlage des Faschismus macht sich der Besuch eines Mannes, der weltweit Ansehen bei Faschisten und Rechten aller Couleur besitzt und Kontakt zu ihnen hält, der geflohenen Nazis Unterschlupf gewährte und als Freund des geflohenen Auschwitz-Schlächters Mengele gilt, nicht gut. Stroessner sagte seinen Besuch vorläufig ohne Angabe von Gründen ab.

Der Mann, dessen *„leidenschaftliche Vaterlandsliebe"*, dessen *„fanatischen, bis in jede Einzelheit konsequenten Antikommunismus und die tiefverwurzelte Idee von der ethischen Überlegenheit soldatischer Tapferkeit"*, dessen *„eisernen Fleiß"* und *„unerschütterliche Treue"* zu den USA der ehemalige BRD-Botschafter in Paraguay, Hubert Krier, in seinem Buch *„Tapferes Paraguay"* lobt, dürfte denn auch bald seinen aufgeschobenen Besuch nachholen.

Denn das Jahr 1985 ist auch das Jahr von Bitburg.

Und so wollte es das Schicksal, daß sich das Geheimnis um den Massenmörder Josef Mengele just in dieser Zeit zu lichten scheint. Mengele, so heißt es jetzt nahezu zweifelsfrei aus Brasilien, lebte seit den sechziger Jahren in der Nähe von Sao-Paulo und sei bereits 1979 bei einem Badeunfall ums Leben gekommen. Einsam und verbittert, auf karge Unterstützung angewiesen, habe er dort gelebt. Die bundesdeutsche Presse hat ihre Sensationsgeschichten. Die „Bunte" enthüllt die Lebensgeschichte, Mengeles Sohn packt aus und befreit sein Gewissen ganz uneigennützig. Der „Stern" präsentiert neue „Dokumente". In Medien-Insider-Kreisen munkelt man von neuen Tagebüchern. Kujau soll viel Zeit haben.

Was also sollte den vom Geruch des Mengele-Beschützers befreiten Diktator Stroessner noch am BRD-Besuch hindern?

Fortsetzung auf Seite 18



Pressekonferenz in Brasilien: Ist er das?

Parteitag der GRÜNEN in Hagen
Ein Schritt vorwärts zur Koalition

Zeichen von bedeutenden wahlpolitischen Rückschlägen stände. Er betonte die Notwendigkeit für die GRÜNEN, parlamentarisch präsent zu sein, um ihre Ziele bekannt und populär zu machen, erinnerte daran, daß es der Ausgangspunkt der Bildung der Grünen Partei gewesen sei, alternative Politik in die Parlamente zu tragen, beschwor die Gefahr des Zerfalls der GRÜNEN, wenn dieses Ziel nicht erreicht würde, womit er sich gleichzeitig gegen den Vorwurf zur Wehr setzte, er und der fundametaloppositionelle Teil der Partei würden sich mit diesen Wahlergenissen leichtfertig abfinden oder sogar freuen. Gleichzeitig warnte er vor einem zu hohem Preis der Anpassung an die SDP, den manche Teile der Partei nach den Wahldebakel offenkundig zu zahlen bereit seien, womit er offenkundig die Realos meinte, ohne sie jedoch direkt zu benennen. Er empfahl der Versammlung, den Hamburger Parteitag nicht zu wiederholen, also keine neue Debatte um die sich aufdrängende Frage des Verhältnisses zur SPD und zur Koalitionsfrage, sondern sich schwerpunktmäßig den politisch-inhaltliche Schwerpunkten zu widmen. Dabei nannte er in dieser Reihenfolge die Themen ,,Mensch und Tier'', ,,Technik und neue Medien'', ,,Entgiftung, Chemie und Atom''. Und schließlich sprach er sich dafür aus, den in Hamburg erreichten Kompromiß zur parlamentarischen Bündnisoption nicht zu revidieren, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß dieser Beschluß von allen Strömungen der GRÜNEN getragen werde. Zur Erinnerung: In Hamburg hatten sich ein Antrag der Fundamentaloppositionellen und der Realos gegenübergestanden, wobei beide Richtungen die Koalitionsfrage in ihrer Richtung entschieden haben wollten. Schließlich war als ,,Kompromiß'' herausgekommen, daß diese Frage nicht entscheidungsreif wäre und war somit vertagt worden. War die Richtung um Trampert so schon auf dem Hamburger Parteitag mit ihrem Ansatz, die Koalition mit der SPD definitiv abzulehnen, gescheitert, so mußte in Hagen der Rückgriff auf den Hamburger Beschluß als reine Verteidigungslinie aufgefaßt werden, gerade weil von den Fundamentaloppositionellen in Hamburg der verabschiedete Beschluß nicht als gemeinsamer ,,Kompromiß'' begrüßt, sondern bis zum Schluß bekämpft worden war.
Dies hätte eigentlich der Einstieg für die von jedem erwartete Debatte sein

Beschluß nicht als gemeinsamer ,,Kompromiß'' begrüßt, sondern bis zum Schluß bekämpft worden war.
Dies hätte eigentlich der Einstieg für die von jedem erwartete Debatte sein
müssen. Aber die GRÜNEN sind immer wieder für eine Überraschung gut.

So, als wäre seit Hamburg nichts Bedeutendes geschehen, beschloß die Versammlung zunächst, an der vorgegebenen Tagesordnung festzuhalten. Also sollten zunächst einmal die vom Hamburger Parteitag übrig gebliebenen ,,inhaltlichen Fragen'' (Tierversuche, Neue Medien, Volksbefragung, ...), Satzungsänderungen und Finanzen diskutiert werden. Selbst ein Antrag, am Sonnabend zumindest mit einem zweistündigem Einstieg in die ,,Generaldebatte'' zu beginnen, die Aussprache und die Beschlüsse dann auf Sonntag zu verlegen, bekam keine Mehrheit. Mit einer Akribie, wie mensch sie einer grünen Versammlung kaum zugetraut hätte, wurde so der Großteil des Sonnabend mit der Diskussion um Satzungs- und Haushaltsfragen verbracht, was manch einen Beobachter auf den Fluren schon zu der Vermutung brachte, daß diese Versammlung mehr durch die Psychologie als durch die Politik bestimmt werden würde. Dabei kann man den Protagonisten der unterschiedlichen Strömungen nicht einmal den Vorwurf machen, daß diese Verdrängung gesteuert worden wäre, sondern die Delegierten reagierten mehr unbewußt als bewußt so. Der einzige Regiefehler darin war, daß die Satzungs- und Finanzfragen so ausgewalzt wurden, daß am Sonnabend gerade noch eine Stunde Zeit verblieb, um die brennende Frage der Tierversuche zu diskutieren, alles weitere mußte auf den kommenden Tag verschoben werden.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Tierversuche: Millimeter trennen hier Welten

Schon die Hamburger Bundesversammlung hatte einen Antrag verabschiedet, in dem ein eingeschränktes Verbot der Tierversuche gefordert wurde. Das hatte kurz vor Ende der Versammlung zu einem Eklat geführt, denn die Befürworter eines totalen Tierversuchverbots wollten sich damit nicht abfinden. Der Beschluß wurde aufgehoben bzw. suspendiert und zu einer erneuten Beratung nach Hagen verwiesen.

Die Debatte wurde eröffnet von Christine Schröter für die Bundesarbeitsgemeinschaft ,,Mensch und Tier''. Sie begann mit der Behauptung, die Auseinandersetzung um die Tierversuche sei die wichtigste gesellschaftspolitische Frage der vergangenen Jahrzehnte in der BRD und schloß daran sogleich ein Zitat von Gandhi, die Tierversuche seien das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Menschheit in diesem Jahrhundert. Sie schloß aus, daß Tierversuche überhaupt Nutzen für die Menschen bringen könnten und sprach schließlich dem Menschen auch das Recht ab, zum eigenen Nutzen Tiere zu Versuchszwecken zu gebrauchen.

Rationaler wurde dieser Antrag von

gen könnten und sprach schließlich dem Menschen auch das Recht ab, zum eigenen Nutzen Tiere zu Versuchszwecken zu gebrauchen.
Rationaler wurde dieser Antrag von
Bahro vertreten, der sich zwar vorstellen konnte, daß Tierversuche in eng begrenztem Rahmen einen Sinn haben könnten (im medizinischem Teil), der aber dennoch für ein sofortiges Totalverbot eintrat, weil jedes Zugeständnis in Vergangenheit und Gegenwart nur dazu geführt habe, daß die Tierversuche ins Unermeßliche ausgeweitet worden wären. Nur ein abruptes Verbot könne hier überhaupt noch Änderungen bringen.

Die Gegenposition bestand in der Forderung nach einem generellen Tierversuchsverbot mit einer Einschränkung im medizinischen, veterinärmedizinischen und (öko)-toxikologischen Bereich, wenn diese *,,dem Schutz oder dem Wohl des Menschen oder der Natur dienen''*. In diesen Fällen soll eine mit Tierschützern paritätisch besetzte Genehmigungskommission Ausnahmen zulassen können.

Diese an sich minimalen Unterschiede (in jeder anderen Frage würde eine grüne Versammlung immer einen Kompromiß finden, selbst wenn die Standpunkte weiter entfernt lägen) offenbarten zwei Welten des Denkens: Die eine Richtung, die von einem maximalen Schutz der Tiere und einer Beschränkung der Tierversuche auf ein absolutes Minimum ausgeht; die andere Richtung, die von einer Gleichwertigkeit des Lebens von Mensch und Tier spricht (wobei ,,seltsamerweise'' in keinem Wort die Frage der Haltung von Nutztieren, auch nicht der zur Nahrungsverwertung angesprochen wurde — ist dies nun 'nur' inkonsequent oder rein taktisch?).

Die gesamte sonst die Debatte bestimmende Prominenz der GRÜNEN hielt sich in dieser Frage völlig bedeckt, sieht man einmal ab von dem Versuch Tramperts in seiner Eröffnungsrede, der die Tierschutzfrage an die erste Stelle der neuen sozialen Bewegungen stellte, was ihm allerdings lediglich den Vorwurf einbrachte, sich taktisch Stimmen holen zu wollen.

Schließlich entschied sich die Versammlung mit zwar deutlicher aber nicht überwältigender Mehrheit für den Antrag nach weitgehender Abschaffung der Tie1rversuche, was am zweiten Tag dann zu Austrittserklärungen von Christine Schröter und Rudolf Bahro führte. Übereinstimmend erklärten sie, daß die GRÜNEN nun nicht mehr die ,,Partei des Lebens'' seien. Bahro erweiterte dies noch dahingehend, daß die GRÜNEN insgesamt den Weg der etablierten Parteien gehen würden, er nun erkannt habe, daß Parteien an sich kontraproduktiv zu den Ideen des Lebens und des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft stehen würden.



Das Thema Tierschutz war der wichtigste inhaltliche Diskussionspunkt in Hagen.

Foto: argus

Eine Generaldebatte ohne Fortune

Der zweite Tag begann mit der notwendigen Diskussion, ob nun die eigentlich beschlossene ,,Generaldebatte'' um die Bündnisfrage aufgenommen würde, oder ob denn doch die Klärung der ,,inhaltlichen Fragen'' fortgesetzt werden sollte. Einen wesentlichen Anstoß dafür, doch sofort mit den sich aufdrängenden Fragen zu beginnen, war ein Beitrag, in dem mit Eindrücken von den 6-Uhr-Nachrichten argumentiert wurde: Darin hatte es geheißen, der grüne Parteitag quäle sich dahin, zielstrebig allen Fragen ausweichend, auf die Antwor-

Eindrücken von den 6-Uhr-Nachrichten argumentiert wurde: Darin hatte es geheißen, der grüne Parteitag quäle sich dahin, zielstrebig allen Fragen ausweichend, auf die Antwor-
ten erwartet würden. Dieser Eindruck sollte denn doch nicht in den Medien bestehen bleiben.

Die dann begonnene ,,Generaldebatte'' war jedoch nur ein müder Abklatsch selbst der Hamburger Diskussion. Begünstigt dadurch, daß zunächst die zur Diskussion gestellten Anträge gar nicht Gegenstand der Debatte waren, entwickelte sich ein allgemeines Lamentieren über den Zustand der Partei. Beschwörungen, die Flügel nicht zu stutzen, die Einheit in der Vielfalt und die Vielfalt in der Einheit sowie die Einfalt in der Vielheit zu suchen und zu bekräftigen, wechselten sich ab mit der Beschwörung, nun der ,,Verantwortung'' nicht länger auszuweichen. Aber auch wenn in diesem Teil wenig über die konkreten Kontroversen und Aufgaben gesagt wurde, schälte sich gegenüber dem Hamburger Parteitag ein wesentlicher Unterschied heraus: War dieser noch geprägt von dem Antrag der Fundamentaloppositionellen, gegen den die Realos ankämpften, waren diesmal die Realos in der Vorhand, bestimmten das Bild, während die Fundamentalisten mehr oder weniger müde Abwehrgefechte führten.

Spannend, neben der Tierversuchsdebatte zum einzigen Mal, wurde es nur während der dann folgenden Vorstellung und Abstimmung der vorliegenden Anträge. Im ersten Schritt wurden dann die Anträge behandelt, die sich mit der ,,Zukunft der GRÜNEN'' beschäftigten, im zweiten Gang diejenigen, die, die innere Verfaßtheit der GRÜNEN zum Thema hatten.

Insgesamt standen sieben Anträge zur Wahl, die wir hier in Kürze vorstellen. Teilweise (soweit schon vorliegend) sind sie ausführlich behandelt in AK 259:

1. Der ,,Frauen''-Antrag,

fordert im wesentlichen eine Strukturreform innerhalb der GRÜNEN. Die Frage nach Koalition, Tolerierung oder reine Oppositionsrolle soll zunächst zurückgestellt werden. Vorgeschlagen wird eine Professionalisierung der Vorstandsarbeit auf Bund- und Länderebene, Einrichtung einer Wahlkampfkommission sowie eine Strukturkommission für die Partei, die Fragen wie Rotation, Parität, offene Listen usw. prüft.

Eingebracht und unterstützt wurde er von Helga Boldt, Thea Bock, Christa Nickels, Antje Vollmer, Marianne Hürten und Hannegret Hönes.

2. Die ,,Realos'' und ,,Ökolibatären''

hatten darauf verzichtet, offen die Koalitionsfrage aufzuwerfen. Ihr Antrag verzichtete zwar auch auf eine klare Aussage zugunsten einer Koalitionsaussage für die SPD, argumentierte aber stark mit dem Wählerwillen und mit der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der SPD. Nicht im Antrag selbst, aber in der Begründung, mehr noch in den mündlichen Beiträgen wurde die Koalition mit der SPD als einzig möglicher Weg grüner Realpolitik beschrieben.

Eingebracht und unterstützt wurde er u.a. von Joschka Fischer, Jo Müller, Otto Schily und Thomas Schmmid.

3. Die Westberliner ,,Realos''

3. Die Westberliner ,,Realos''

Neu eingebracht wurde auf dem Parteitag ein Antrag aus der AL Westberlin, der den absoluten Vorteil hatte, alle Strömungen zu vertreten, um gleichzeitig einer den Weg zu bahnen. Der entscheidende Teil diese Antrags lautet: ,,Gegenüber Teilen des fundamentalistischen Flügels stellt die Bundesversammlung der GRÜNEN fest: Für die GRÜNEN gehört die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von Opposition bis zur Alleinregierung zu den selbstverständlichen (sic!) Handlungsmöglichkeiten (oha!) unserer parlamentarischen Arbeit. Eine freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition lehnen wir ab, denn dies hieße, dem politischen Gegner auch freiwillig die Regierung zu überlassen.'' Es folgt dann ein Katalog von Fragen, die bei einem Regierungseintritt der GRÜNEN konkret anzugehen wären (Ausstieg aus der Atomenergie, Abrüstung, Ökologie, Sozialpolitik, Beseitigung der Arbeitslosigkeit), alles in allem jedoch nur Absichtserklärungen und keine konkreten Festlegungen.

Dieser Antrag wurde eingebracht von Bernd Köppl, früherer Abgeordneter der AL-Westberlin, Befürworter einer Zusammenarbeit mit der SPD, Helmut Horst, Gründungsmitglied des jetzt wegen neonazistischer Unterwanderung aufgelösten Landesverbandes der GRÜNEN; selbst Otto Schily steht auf der Unterschriftenliste. Besondere Werbung wurde für diesen Antrag damit gemacht, daß sich in Westberlin unterschiedlichen Fraktionen, sowohl die Koalitionsgegner als auch die Befürworter, unter dem Antrag wiederfinden.

4. Die Politologen

Kurzfristig war von einigen bekannten Linken, u.a. Eckhard Stratmann, Dieter Burgmann, Marianne Hürten, Jürgen Reents, aber auch beispielsweise Thea Bock, ein Antrag eingebracht worden, der sich wesentlich im Ansatz von den vorherigen unterscheidet. Ausdrücklich widerspricht er dem Ansatz, die Krise der GRÜNEN über reine Programmdiskussion oder Strukturfrage lösen zu wollen. Der Mangel der GRÜNEN sei die fehlende Kraft zur Konzentration der Inhalte auf die brennenden Fragen und die fehlende Fähigkeit der politischen Umsetzung. Dementsprechend wird gefordert, sich darauf zu konzentrieren, die Kampagnenfähigkeit wieder zurückzugewinnen. In der Frage des Verhältnisses zur SPD bleiben die Aussagen schwammig. Zwar wird eine Zusammenarbeit befürwortet, doch dahingehend eingeschränkt, daß dies nur möglich sei, ,,wenn die SPD zu einschneidenden Kursänderungen bereit ist.'' Welche Chancen in dieser Hinsicht bestehen bzw. wie in dieser Hinsicht auf die SPD eingewirkt werden kann und soll, dazu sagt der Antrag nichts.

5. Die Vorstandsfundamentalisten

Aus dem Bundesvorstand wurde, wie schon erwähnt, ein Antrag eingebracht, den ,,Hamburger Kompromiß'' nochmals zu bekräftigen. In der dazu vorgetragene Begründung durch Rainer Trampert sprach sich dieser nochmals scharf gegen eine Koalitionsaussage für die SPD aus.

6. Der Hamburger Tolerierungsantrag

Auf der Mitgliederversammlung der GAL war mit großer Mehrheit ein Antrag verabschiedet worden, in dem der Grünen Partei vorgeschlagen wird, an der Hamburger Tolerierungslinie festzuhalten, d.h. der SPD anzubieten, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, wenn sie auf vorher festgelegte Forderungen eingeht.

7. Die bedingungslose Tolerierung

Den originellsten Antrag brachte Michael Stamm (GAL,ISP) ein. Er und weitere Unterstützer schlagen vor, für die Bundestagswahlen 1987 eine bedingungslose Abwahl Kohls zu beschließen und ebenso bedingungslos der SPD für zwei Jahre einen Haushalt zu verschaffen (Probezeit). Dies wird damit begründet, daß nur so der Druck von den GRÜNEN zu nehmen ist und gleichzeitig Luft geschaffen würde, sich inhaltlichen Kampagnen zu widmen(siehe den entsprechenden Beitrag von Michael Stamm in dieser Ausgabe des AK).

Diese sieben Anträge wurden nacheinander abstimmt. Imm ersten Wahlgang bekam der Westberliner Antrag eine große Mehrheit, der Kampagnenvorschlag (Stratmann u.a.) eine deutliche, der Frauenantrag eine knappe. Der Realo-Antrag bekam keine Mehrheit (Abstimmung ca. 40:60%), der Vorstands- und der Hamburger Antrag

che, der Frauenantrag eine knappe. Der Realo-Antrag bekam keine Mehrheit (Abstimmung ca. 40:60%), der Vorstands- und der Hamburger Antrag
wurden klar abgelehnt, der Antrag auf bedingungslose Tolerierung viel völlig durch.

Ein Versuch, die drei Mehrheitsanträge zusammenzuarbeiten, scheiterte, sodaß alle drei noch einmal durgestimmt wurden. Dabei erhielt der Frauenantrag keine Mehrheit. So gelten jetzt der Westberliner und der Stratmann-Antrag als beschlossen.

Den Hauptteil der weiteren Debatte machte dann die Diskussion um die Besetzung von Struktur- und Programmkommission aus.

Auch wenn mensch es kaum für möglich hält, ist es es damit auch diesmal wieder geschafft worden, einen Antrag zu verabschieden, bei dem für jeden eine Interpretationsmöglichkeit verbleibt. Dennoch gibt es sichtbare Ergebnisse: Gegenüber dem Hamburger Parteitag haben die Fundamentalisten enorm an Boden verloren, die Realos zugewonnen, obwohl sie als reine Strömung immer noch nicht mehrheitsfähig sind.

Weitere Beschlüsse der Versammlung

Einstimmig wurde beschlossen, zu den Aktionen nach Wackersdorf/München gegen die WAA aufzurufen. Die GRÜNEN wollen diese Aktivitäten in den kommenden Monaten zu ihrem Mobilisierungsschwerpunkt machen.

Ebenso einmütig wurde zum Schluß noch die Initiative für ein Entgiftungsprogramm beschlossen. Schwerpunkte sind die programmatische Ausarbeitung, eine Aktionskonferenz im Herbst sowie eine koordinierte parlamentarische und außerparlamentarische Kampagne zur Entgiftung der Chemieindustrie.

Ohne große Debatte verabschiedete die Versammlung eine Kampagne für die Einführung von Volksentscheiden. Auf der kommenden Bundesversammlung soll ein entsprechender Gesetzentwurf vorliegen.

Und schließlich wurde noch der ,,Hagener Appell'' auf die Reise geschickt: ein Appell ,,an die Männer und Frauen in der Wissenschaft, an die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie, an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter'' die Mitarbeit am SDI-Projekt zu verweigern.

Kommentar

»Realos« verlieren - grüne »Realpolitik« im Wachsen

Im Grunde genommen war der Hagener Parteitag der Grünen ein Desaster so wie zuvor schon der in Hamburg im Dezember 1984. Eine Partei, die angetreten ist, das ganz Neue und Andere in dieser Republik zu repräsentieren, bringt in entscheidenden Streitfragen nichts weiter als nutzlose Formelkompromisse zustande. In Hamburg wurde in der Bündnisfrage *,,kein Entscheidungsbedarf''* auf Bundesebene nach zweitägiger Debatte beschlossen. Mittlerweile sind in Hessen auf Landes-, Kreis- und Stadtebene Entscheidungen für Koalitionen mit der SPD gefallen. In Hagen wurde dann wieder keine Entscheidung auf Bundesebene gefällt. Die Streitfragen wurden umschifft und in Kommissionen verwiesen, sei es in der Frage der Zuschneiderung der Inhalte auf ein Bündnis mit der SPD (Wahlkampfprogramm-Kommission), sei es in der Frage der Herstellung bündnisfähiger, zuverlässiger Parteistrukturen, der Abschaffung von Rotation, imperativem Mandat oder Verbot von Doppelfunktionen (Strukturkommission).

Der angenommene Antrag der neuen ,,linken Mitte'' (Stratmann u.a.) hat den Vorteil, daß es auf ein weitverbreitetes grünes Unbehagen trifft, das *,,Politikdefizit''*, und dennoch zu nichts verpflichtet. Die *,,Wiederaneignung der politischen Initiative: Kampagnefähigkeit''*, wie er überschrieben ist, hat kurioserweise einige Monate vorher schon die SPD für sich als Aufgabe entdeckt. *,,Die Partei muß die Kampagnefähigkeit zurückgewinnen''* waren Thesen von Peter Glotz überschrieben (abgedruckt in der FR vom 31.1.85). Ist damit auch in dieser Front die konkurrierende Auseinandersetzung zur Sozialdemokratie eröffnet? Man darf es bezweifeln angesichts des inneren Zustands der Grünen. Auf jeden Fall kostete dieser Mehrheitsbeschluß die Partei herzlich wenig und läßt sich schlecht als Erfolg der Linken deshalb verkaufen, nur weil ein Antrag renommierter Linker bei den Grünen mehrheitsfähig war.

Wesentlich aussagekräftiger ist da der Mehrheits,,renner'' dieses Parteitages, eingebracht von Westberliner AL-Mitgliedern. Er ist einerseits dermaßen nichtssagend, belanglos und konsequenzlos, daß man ihn schnell vergessen könnte. Andererseits sind bestimmte Akzentuierungen in diesem Antrag Indiz für die Hagener Stimmungslage. Der Antrag setzt sich schärfer vom fundamentalistischen Flügel der Partei ab und konzediert den ,,Realos'' *,,hilflosen Reflex auf den fundamentalen Dogmatismus''*. Er öffnet andererseits die Türen für die Akzeptanz der Regierungsbeteiligung. Einmal darüber, daß er diese Problematik ins Absurde steigert, parlamentarisch sei alles möglich, *,,von der Opposition bis zur Alleinregierung''* und ein *,,Koalitionsverhältnis''* dann für möglich erklärt, *,,wenn auf den wichtigsten Feldern ... die eigenständigen grünen Forderungen durchgesetzt''* sind. Mehr noch aber darüber, daß er eine *,,freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition''* ablehnt und damit zwangsläufig nahelegt, die Verhältnisse wären so, daß für die Grünen Regierungsübernahme ein anzusteuerndes Ziel wäre. Mehr Wert als diese Assoziation hat der Beschluß nicht.

rungsübernahme ein anzusteuerndes Ziel wäre. Mehr Wert als diese Assoziation hat der Beschluß nicht.

Hagen hat wieder alles offen gelassen und einen typisch grünen Kompromiß gefunden: Die ,,Realos'', zeitweise zur Entscheidungsschlacht angetreten, haben mit ihren unmittelbaren Anliegen verloren, finden sich mittelbar im Westberliner Antrag wieder und dürften mit dem Stratmann-Antrag keine Probleme haben. Sie konnten zudem ein sattes Drittel der Delegierten hinter sich sammeln. Für Otto Schily, der demonstrativ seine Unzufriedenheit äußerte, war das auch noch zu wenig. Seine Ungeduld resultiert nicht aus der Verunmöglichung seiner Bündnisstrategie durch die verabschiedeten Anträge, sondern aus der enttäuschten Hoffnung, dieser Parteitag könnte eindeutig einen Schritt nach vorn für seine politische Option ermöglichen. Diesen Gefallen hat ihm die grüne Mehrheit nicht getan.

Links-Grüne Konfusion

So hat der Parteitag eine Stärkung der ,,Realo''-position gebracht, vor allem deshalb, weil die links-grüne und ,,Fundi''-Strömung sich absolut desolat präsentierte. Der ,,Ökosozialismus'', vor gut einem Jahr noch im Rausch, bald das Sagen über das ,Ganze' bei den Grünen zu haben, in Hamburg noch vermeintlich stark, präsentierte sich nicht nur uneinheitlich, es gibt auch keine Teilströmung, die eine Strategie hat. Am deutlichsten wird dies in der Hamburger GAL. Ebermann/Trampert sind in der derzeitigen Defensive nahezu sprachlos und suchen sich ihre radikalen Bündnispartner entweder bei den Frankfurter ,,Fundis'' um Dittfurth und Zieran oder hoffen auf die Tierschützer. Reents/Schmidt gehen derzeit den Weg der Bildung einer neuen ,,linken Mitte'', um auch im Feld der ,,Realos'' zu wirken, allerdings um den Preis des Offenhaltens der Regierungsbeteiligung. Stamm und die ISP-Reste verbeißen sich in ihren Stufenplan, sich erstmal das SPD-Problem mit dem Vorschlag der ,,bedingungslosen Probezeit'' vom Halse zu schaffen, um sich dann der Linksentwicklung der Grünen besser widmen zu können. Derweil wächst auch in der GAL langsam und stetig ein neuer ,,Realo''-Flügel heran. Der Antrag der GAL in Hagen für eine modifizierte Tolerierungspolitik war denn auch nicht mehr als ein verzagter Notanker und widerspiegelt nicht die Einigung auf eine gemeinsame Strategie.

Der Vorschlag von Michael Stamm spricht Bände für diese Konfusion. Auch wenn er sich links drapiert und davon spricht, der Partei *,,ein Optimum an Unabhängigkeit und Kampffähigkeit''* zu erhalten, *,,die Offensivfähigkeit der Grünen gegen die SPD''* wiederherzustellen, so ist er in Wahr-

fähigkeit'' zu erhalten, *,,die Offensivfähigkeit der Grünen gegen die SPD''* wiederherzustellen, so ist er in Wahr-

heit das Eingeständnis, mit diesen Grünen geht nichts mehr von dem, was die linksgrünen Sozialisten sich einmal vorgestellt haben. Wer analysiert, daß die Partei im Inneren wie in ihrer Außenwirkung auf die Wähler zu schwach ist, um Opposition gegenüber der sozialdemokratischen Integration zu leisten, der muß schon mal zu erklären versuchen, wie diese Schwäche dadurch überwunden werden kann, daß man der SPD mit bedingungsloser Zustimmung (bei folgenloser verbaler Opposition) zu ihrer Politik an die Macht verhilft. Eher dürfte dieser Vorschlag bei vielen Grünen-Wählern das beschleunigen, was die derzeitige Ambivalenz der Grün-Anhänger ausmacht (die Stamm ja auch beschrieben hat): das letzte Hindernis, gleich die SPD zu wählen, aus dem Weg zu schaffen. Doch selbst wenn man das einmal beiseite läßt, fehlen dem Stamm-Vorschlag zwei Prämissen, um daraus etwas Positives zu machen: erstens die innere Stabilität einer Partei, die aus dem vermeintlichen Luftgewinn die Fähigkeit entwickeln könnte, ihre Politik im nichtparlamentarischen Bereich zu verändern und zu stabilisieren. Stamm selber analysiert die Partei als parlamentarisch, will ihr gerade dieses Element beschneiden, indem er ihm die Wichtigkeit nimmt. Damit klaut er den grünen Aktivisten aber gerade das, was ihre ,Bedeutung' — die subjektiv auch so empfunden wird — ausmacht. Wie daraus neue Kraft entstehen soll, bleibt schleierhaft. Zweitens unterstellt sein Vorschlag die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, kaum daß sie an der Regierung ist, integrativ zu wirken. Hessen lehrt, daß eine regierende SPD mit etwas weniger Atom als die CDU, mit weniger Sozialabbau als die CDU, mit mehr Grün und neuer Energiepolitik, mit einem Tröstertopf für die Alternativbetriebe etc. dennoch die Partei bleibt, die für Atom, für Sozialabbau und für Marktwirtschaft steht und die trotzdem von den Grünen-Anhängern gewünscht wird. Wieso soll ihr das in zwei Jahren Regierungspolitik im Bund nicht auch gelingen, wenn die grüne Anhängerschaft mittlerweile so bescheiden geworden ist?

Aus diesem Dilemma grüner Politik, das in den letzten drei grünen Wachstumsjahren von den Linken systematisch mitverschuldet worden ist, helfen diese Vorschläge nicht heraus. Macht es überhaupt noch Sinn für Sozialisten bei den Grünen, dann bestünde er darin, den Kampf für solche linken Inhalte in der Friedens-, Sozial-, Umwelt- und Demokratie-Politik zu führen, die die Grünen von der SPD unterscheiden könnten.

Doch diese Auseinandersetzung wird immer weniger geführt. In Hagen war die Formel, ,,wir müssen endlich wieder mehr über unsere Inhalte reden'', zwar die meistgebrauchte, aber auch am wenigsten befolgte. Die einzige inhaltliche Debatte fand um

wieder mehr über unsere Inhalte reden'', zwar die meistgebrauchte, aber auch am wenigsten befolgte. Die einzige inhaltliche Debatte fand um

den Tierschutz statt, der seit Monaten grünes Zentralthema auf Versammlungen und in Publikationen ist. Das ist grüne, auch links-grüne Realität.

So bleibt entweder die Konsequenz von Rudolf Bahro (die übrigens im Stamm-Vorschlag bei seinem absehbaren Scheitern angelegt ist) oder wahrscheinlicher die, die Werner Wenz vom hessischen Grünen-Vorstand in diesem ARBEITERKAMPF vorschlägt: Klammern wir uns an den letzten Strohhalm, suchen wir das Positive in dieser beschissenen Entwicklung, interpretieren wir den Unmut über allzu schnelles Vorpreschen der ,,Realos'' in Opposition um und schon haben wir eine neue Perspektive: *,,den breiter werdenden Unmut innerhalb der Grünen aufzunehmen und umzusetzen''*. So gesehen läßt Hagen noch viel Spielraum, die ,,Realos'' haben ja nicht gewonnen. Und wenn sie gewonnen haben, dann bauen wir die Opposition auf. Schon mal was von den Jusos gehört?

Spaß beiseite. Man mag sich, wie Wenz, über die mokieren, die *,,ihren Zeitungen gemeinsame Beilagen mit diversen Sekten''* beilegen. Nur wer im Glashaus von Tierschutz und Ökologismus — auch in seiner Entgiftungsform — als Zentralhebel linker Politik sitzt, sollte mit dem Steinewerfen vorsichtig sein. Wir wissen um die desolate Situation der Linken und propagieren besagte Beilagen nicht als Hebel. Wir wissen aber auch um die Notwendigkeit verstärkter Diskussion der Linken. Bezogen auf die linken Grünen steht die Befürchtung, daß sie ihren Weg der Verwirklichung linker Politik über die Grünen bis zum bitteren Ende gehen oder einfach aussteigen. Schade drum.

hr.

Dokument

E. Stratmann, D. Burgmann, Th. Bock, M. Hürten, H. Nienhoff, S. Fries, J. Reents

Politische Initiative durch politische Kampagnen

Die derzeitige Schwäche der GRÜNEN ist das Ergebnis wirtschaftlich-politischer Entwicklungen auf Bundesebene und der ganz unterschiedlichen Reaktionsweisen von GRÜNEN und SPD auf diese Entwicklungen. Das politische Hauptversprechen der Bundesregierung, der wirtschaftliche Aufschwung, bescherte zwar mäßige Wachstumsraten, änderte aber nichts an der steigenden Massenarbeitslosigkeit, und der Sozialabbau der letzten Jahre entfaltet allmählich seine Langzeit- und Breitenwirkung. Dies stärkt die Oppositionsrolle der SPD gegen die Bonner Wende, da Erwerbsarbeit und soziale Gerechtigkeit klassische Themen der Sozialdemokratie sind. Zusätzlich öffnet sich die SPD genüber ökologischen und alternativen Fragestellungen und gewinnt dadurch neue Integrationskraft. Die GRÜNEN hingegen zelebrieren bundesweit einen oft inhaltsleeren Streit um Strategie- und Bündnisfragen, versenken sich in Programmexzesse wie in NRW, treten aber an zentralen Brennpunkten der politischen Auseinandersetzung (Erwerbslosigkeit, Armut, SDI u.a.) wenig in Erscheinung. Hinzu kommt wesentlich, daß der Druck und der Schwung von sozialen Bewegungen (Friedens-, Anti-AKW-Bewegung) in der Öffentlichkeit stark nachgelassen hat.

1. Wiederaneignung der politischen Initiative: Kampagnenfähigkeit

Rezepturen für eine Erholung von dem grünen Schwächeanfall gibt es viele: Programmarbeit, Programmerneuerung gar, Strukturreformen und dazu eine Menge neuer Kommissionen. Ohne den Sinn dieser Vorschläge gänzlich in Abrede stellen zu wollen, ihre Reichweite ist sehr begrenzt. Die GRÜNEN haben schon eine respektable Fülle ganz konkreter Programmkonzepte entwickelt: Zur umweltschonenden Energiebereitstellung, ökologische Umbauprogramme, Konzepte zur Arbeitszeitverkürzung, alternatives Rentenmodell, Müllkonzepte und vieles andere mehr. Allein, es fehlt die Kraft zur **Konzentration der Inhalte** auf die politischen Brennpunkte und die **Fähigkeit ihrer politischen Umsetzung** mit den vorhandenen Mitteln unserer Partei und Fraktionen. Wir haben weniger ein Programmdefizit als ein **Politikdefizit**. Die größte Schwäche der Partei liegt in der mangelnden Koordination der zahlreichen Parteigremien und der vielen hundert Fraktionen. Jedes Gremium und jede Fraktion auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene wurschtelt vor sich hin. Die politische Stär-

Parteigremien und der vielen hundert Fraktionen. Jedes Gremium und jede Fraktion auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene wurschtelt vor sich hin. Die politische Stär-

ke, die in der Koordination auf ein Ziel im gleichen Zeitraum liegt, bleibt ungenutzt brach liegen.

Vordringlich ist es für die GRÜNEN, die Fähigkeit zur politischen Kampagne zu entwickeln und dadurch politische Initiative zu entfalten. Parlamentarische Bündnisse können hilfreich sein, aber ohne die Fähigkeit der Partei zur politischen Kampagne kommen sie einer Abtretung des politischen Mandats an einige wenige Parlamentarier gleich. Unter Kampagne ist hier eine politische Initiative verstanden, die auf Kreis-, Länder- und Bundesebene außerparlamentarische Aktivitäten und parlamentarische Initiativen auf ein gemeinsames Ziel hin orientiert und koordiniert. Durch solche Initiativen gewinnen die GRÜNEN Profil, nicht durch endlose Programmdebatten.

Die bundesweite Kampagne der Partei gegen die ,,Wiederaufarbeitungsanlage und Entsorgungslügen'' kann und muß hier ein wichtiger Anfang und Lernmöglichkeit sein. Die Herbstaktionen der Gewerkschaften gegen die Massenarbeitslosigkeit sind eine weitere Herausforderung an die GRÜNEN, mit eigenen Konzepten und Aktionen konzentrierte Unterstützung zu leisten.

Die Partei ist heute organisatorisch kaum in der Lage, wirksame bundesweite Kampagnen zu initiieren und zu organisieren. Vorrangiges Ziel der Debatte um Strukturreformen müßte es sein, die organisatorischen Voraussetzungen für Kampagnefähigkeit zu entwickeln. Kampagnefähigkeit verlangt:

- Inhaltliche Zuspitzung auf wenige Brennpunktthemen
- Kontaktaufnahme- und pflege mit den entsprechenden Initiativen, Verbänden, Organisationen
- Verbindliche Koordination der Parteigremien auf Kreis-, Länder- und Bundesebene
- Einbeziehung aller Fraktionen der GRÜNEN: Koordinierte parlamentarische Initiativen der Bundestags-, Landtags-, Kreis- und Ratsfraktionen
- Ein zeitlich und inhaltlich abgestimmter Fahrplan von außerparlamentarischen Aktivitäten und parlamentarischen Initiativen: Demo, dezentrale Aktionen, Fachtagungen, Bundestagsdebatte, Ratsinitiativen.

In der Koordination unserer Partei- und Parlamentsarbeit liegt unsere Stärke. Wir müssen sie nutzen für wenige, gezielte Kampagnen.

2. Herrschende Entwicklungslogik und Doppelstrategie der SPD

Der SPD gelingt es in zunehmendem Maße wieder, sich als Alternative gegen Bonn darzustellen. Doch wie alternativ ist die SPD? In ihrer Oppositionsrolle hat die SPD eine neue Doppelstrategie entwickelt. Zum einen hält sie entschlossen an ihrer alten Industrie- und Sicherheitspolitik fest. Zum anderen macht sie Anleihen bei der Ökologie- und Friedensbewegung, soweit dies nicht in einen substanziellen Widerspruch zu ihrer bisherigen Politik führt. Auf diese Weise werden verlorengegangene grün-alternative Wählergruppen re-integriert. Mit geringfügigen Kurskorrekturen erweckt die SPD den Eindruck einer erneuerten Partei:

- Das Programm ,,Arbeit und Umwelt'' verheißt die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, bedeutet aber den Kreislauf von Umweltzerstörung und Reparatur. Wachstumszwang und undemokratische Verhältnisse in der Wirtschaft werden gar nicht erst in Frage gestellt.
- Die Absage an SDI wird verknüpft mit Treuebekenntnissen zur NATO und der Einstimmung auf EUREKA, d.h. auf einen weiteren technologisch-wirtschaftlichen Wettlauf mit den USA und Japan.
- Das alleinige Nein zur Plutoniumwirtschaft und WAA lenkt davon ab, daß die SPD den weiteren Ausbau der Atomenergie betreibt (AKW Lingen II, THTR Hamm, Schneller Nichtbrüter Kalkar, Zwischenlager Ahaus) und dies noch als ,,längerfristigen Ausstieg'' verkauft.

Die SPD bewegt sich auch in der Opposition ganz im Rahmen der herrschenden industriell-kapitalistischen Entwicklungslogik, auch ihre Sicherheitspolitik folgt weiterhin der Abschreckungslogik. Eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD, die diesen politischen Charakter der SPD nicht berücksichtigt, wird eher zum Werkzeug ihrer Integrations- und Doppelstrategie, als daß sie die SPD zum anderen Ufer bewegt.

zeug ihrer Integrations- und Doppelstrategie, als daß sie die SPD zum anderen Ufer bewegt.

3. Ziel '87: Umkehr der Entwicklungslogik

Um unsere langfristigen Ziele — ökologische und demokratische Wirtschaft, gewaltfreie Friedensordnung — zu erreichen, brauchen wir zunächst eine Umkehr in der herrschenden Entwicklungslogik in den Bereichen, die der Motor der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung sind: In der Wirtschaft, Technologieentwicklung, Sicherheitspolitik. Eine Reformstrategie wird dazu nicht auf den Tag X warten, sondern dort Reformen einleiten, wo sie nach dem Stand der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kräfteverhältnise möglich sind. Aber wir streben Reformen zur Umkehr der zentralen Entwicklungslogik an.

Eine Umkehr der Entwicklungslogik erfordert von den GRÜNEN den konzentrierten Kampf gegen die Politik der Bundesregierung, da sie am härtesten die Umweltzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, Verarmung und Aufrüstung vorantreibt. Die notwendige Auseinandersetzung mit der SPD darf uns nicht davon ablenken, daß der politische Hauptgegner die Bundesregierung ist. Wir GRÜNEN wissen, daß die Ablösung der Bundesregierung von den GRÜNEN nur in parlamentarischer Zusammenarbeit mit der SPD gelingen kann. Wir GRÜNEN wollen diese Zusammenarbeit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß mit ihr der Einstieg in eine andere Entwicklungslogik gelingt, d.h. wenn die SPD zu einschneidenden Kursänderungen bereit ist. Eine Bündnispolitik mit der SPD unter der Formel ,,GEMEINSAM GEGEN RECHTS'' unterstellt, daß die SPD eine substantiell andere Politik als die Bundesregierung will. Wer aber heute den Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD zur entscheidenden Differenz aufbauscht, läuft Gefahr, der Integrationsstrategie der SPD auf den Leim zu gehen.

Wir werden im kommenden Jahr die entscheidenden inhaltlichen Punkte herausarbeiten, an denen sich für die GRÜNEN 1987 der Einstieg in eine andere Entwicklungslogik entscheidet.

Dokument

Köppl, Sellin, Horst, Wendt u.a.

Funktionsbestimmung grüner Parlamentsarbeit

Parlamentarische Arbeit der GRÜNEN hat die Aufgabe, die programmatischen Ziele und Forderungen für eine ökologische und soziale Umgestaltung der Gesellschaft glaubwürdig zu vertreten und dort, wo eine Einleitung dieser Politik möglich ist, alle parlamentarischen Mittel dafür einzusetzen. Daraus ergibt sich, daß alleine die Ablösung einer konservativen Regierung für die Grünen kein Selbstzweck ist, sondern unbedingt auch eine Veränderung der Gesamtpolitik eingeleitet werden muß.

Gegenüber Teilen des fundamentalistischen Flügels stellt die Bundesversammlung der GRÜNEN fest: für DIE GRÜNEN gehört die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung zu den selbstverständlichen Handlungsmöglichkeiten unserer parlamentarischen Arbeit. Eine freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition lehnen wir ab, denn dies hieße, dem politischen Gegner auch freiwillig die Regierung zu überlassen.

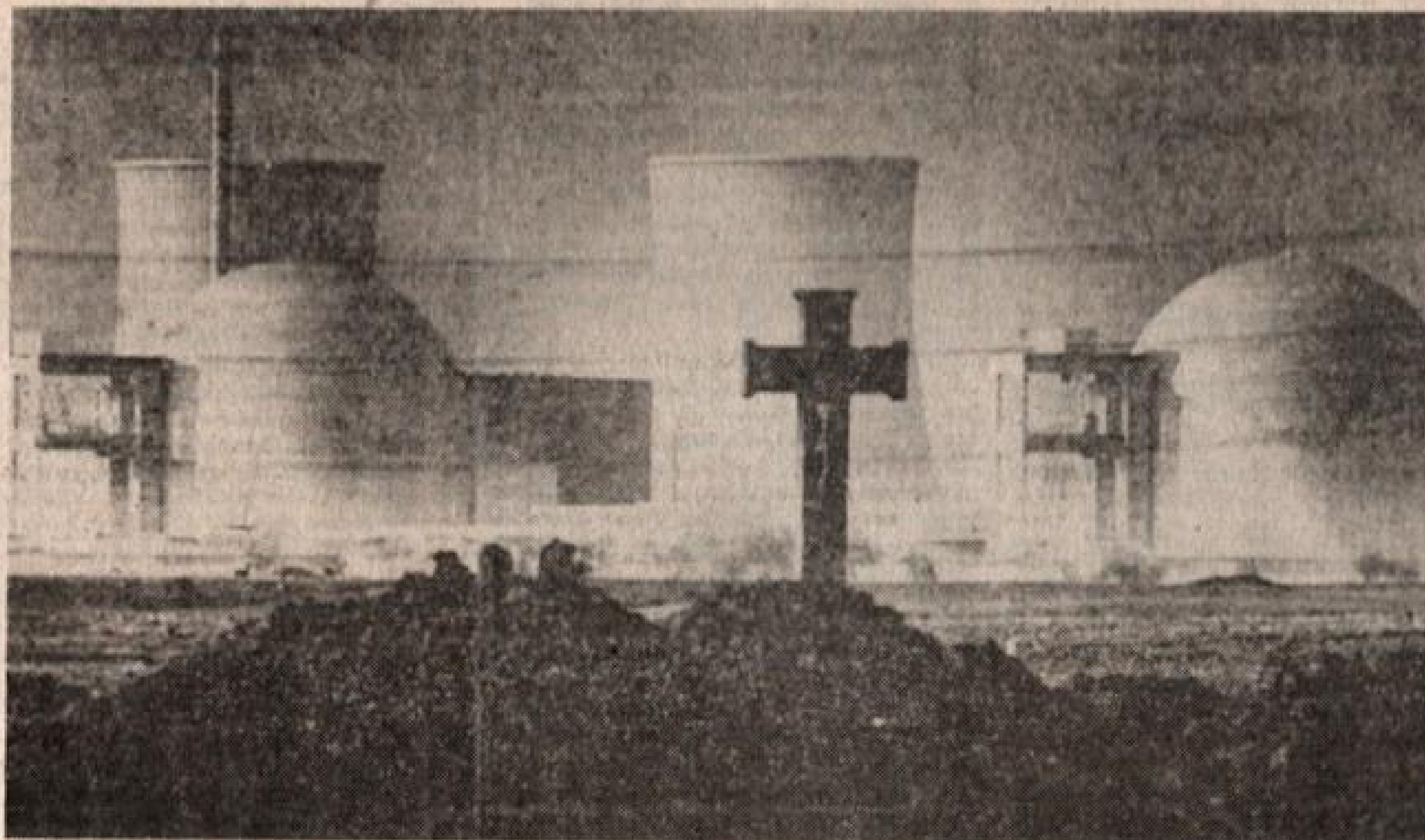
Gegenüber Teilen des realpolitischen Flügels stellt die Bundesversammlung der GRÜNEN fest: Das Streben nach Beteiligung an der Macht um nahezu jeden Preis als angebliche Schicksalsfrage der GRÜNEN ist nur ein hilfloser Reflex auf den fundamentalen Dogmatismus und für die auf grundlegende Veränderung der Gesellschaft zielende Politik der Grünen nicht akzeptabel.

Die von den GRÜNEN angestrebte politische Macht findet ihren Ausdruck in der Einleitung konkreter Schritte unter anderem:

- für den Ausstieg aus der Atomenergie
- eine entschiedene Abrüstungspolitik, die z.B. mit dem Abbau der neuen Mittelstreckenraketen zu beginnen wäre
- gegen die Zerstörung und Vergiftung der Umwelt
- für die soziale Absicherung der von der Krisensituation betroffenen Bevölkerungsteile
- für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze
- für eine Ausweitung der Mitentscheidungsmöglichkeiten der Beschäftigten in den Betrieben und der Bürger in der Form außerparlamentarischer Gesetzgebung (Volksentscheid)

Nur wenn auf den wichtigsten Feldern der politischen Auseinandersetzung die eigenständigen grünen Forderungen durchgesetzt werden können, ist es gerechtfertigt, ein Tolerierungs- oder Koalitionsverhältnis einzugehen.

Ein »Aufatmen« geht durch Hessen
GRÜNE ermöglichen stabiles Regieren



Die Konfusion nach dem Landesparteitag der hessischen Grünen am 8. Juni in Niedernhausen war nur von kurzer Dauer. Mittlerweile hat sich der Nebel verzogen und fast alles spricht dafür, daß auch in diesem 'unruhigen' Bundesland bis zur regulären Landtagswahl im September 1987 stabil regiert werden kann. Grün sei Dank. Galt zunächst Börners Koalitionsangebot an die Grünen als gescheitert, wurden sogar Depressionen bei der SPD festgesetellt, weil die Grünen draufgesattelt hatten (zwei Minister bitte schön, kein Doppelhaushalt 86/87, sondern einer nach dem anderen), so hat sich in nicht einmal drei Wochen gezeigt, daß dies keine Hindernisse waren, sondern geschäftsübliches Geklapper.

Nur zwei Tage nach Niedernhausen veröffentlichte die grüne Landtagsgruppe eine Presseerklärung, die den Weg wies:

- Zustimmung zum Haushalt 1985, der seit dem Bruch des Tolerierungsbündnisses im November 1984 auf Eis lag (so geschehen am 27.6.85 im Landtag);

- Zustimmung zum Förderstufenabschlußgesetz, das die Umwandlung der 5. und 6. Schulklassen in eine Förderstufe (in anderen Bundesländern Orientierungsstufe) vorsieht und eine Klassenfrequenz von maximal 25 Schülern verlangt (so geschehen am 26.6. im Landtag);

- Zustimmung zum neuen Energiegesetz, das den Schwerpunkt auf Energieeinsparung legt und Mittel bereitstellt, die Fernwärme umfassend auszubauen, Wirbelschichtfeuerung bei Heizkraftwerken zu bezuschussen und die Energieversorgung zu dezentralisieren (so geschehen am 26.6. im Landtag).

So weit entspricht das schnelle Handeln der grünen Abgeordneten den Niedernhausener Beschlüssen (vergleiche Abschnitt V., Absatz 2. und 3. im nebenstehenden Text). Sieht man einmal von dem halt unvermeidlichen Kompromiß ab, daß mit er Haushaltsverabschiedung 1985 auch die Mittel für den von den Grünen abgelehnten Knastbau in Weiterstadt (inklusive Hochsicherheitstrakt) freigegeben wurden. Doch so etwas gehört mittlerweile zu den Kleinigkeiten.

Doch dann schreiben die Landtags-Grünen am 10.6.: *,,Über Finanzrahmen, Struktur und Programme für den Haushalt 1987 aufgrund der gemeinsamen Regierungspolitik kann im Zusammenhang mit dem Haushalt 1986 verhandelt und feste Absprachen können getroffen werden, so daß es ohne Schwierigkeit möglich sein wird, den Haushalt 1987 noch vor der Sommerpause 1986 und damit vor dem Bundestagswahlkampf unter Dach und Fach zu bringen''.*

Wie man sozialdemokratische Politik macht, haben sie also inzwischen gelernt: Der Niedernhausener Beschluß war eigentlich gegen den Doppelhaushalt gedacht, also macht man ihn formal nicht, aber faktisch. Damit war der Weg für eine intensivere Erneuerung des rot-grünen Bündnisses frei, und nur drei Tage nach dieser Presseerklärung der Grünen wurde erneut ein Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet, der allein die Frage der Art der Zusammenarbeit, Tolerierung, wie sie mit dem Vertrag unmittelbar wieder in Kraft getreten ist, oder Koalition offenhält. Über die Koalition dürfte endgültig im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen im Herbst entschieden werden. Reichen die Beschlüsse so weit, daß damit der Haushalt für 1987 steht, dürfte auch das letzte Hindernis, die grüne Forderung nach zwei Ministern und zwei Staatssekretären geklärt werden können (kompromißvorschlag: ein M. und zwei S.). Für die SPD ist die Koalition angesichts dieser weitgehend gesicherten Entwicklung allerdings kein Muß. Sollte sie *,,aus internen Gründen bei den Grünen nicht möglich sein''*, so Landwirtschaftsminister Görlach, *,,sind wir bereit, auch auf einer anderen vertrauensvollen Basis unterhalb der Koalition die Zusammenarbeit bis zum Ende der Legislaturperiode forzuführen''* (zitiert in FAZ, 29.6.85).

Grüner Ausstieg aus der Anti-AKW-Bewegung

Zu den vertraglichen Vereinbarungen mit der SPD gehört auch die Übernahme des ,,Bericht der Arbeitsgruppe hessische Atomenergiepolitik'' (,,Doppel-Vierer''). Immerhin stimmten 80% der grünen Landesmitgliederversammlung dem zu. Es mag sein, was wohlmeinende Beobachter dieser Versammlung glauben festgestellt zu haben, daß 90% der Zustimmer den Bericht nicht kennen. Doch was soll es, dieses 28seitige Monster war vollständig in der ,,Frankfurter Rundschau'' abgedruckt. Wer es kennen wollte hatte die Chance dazu und glaubte offensichtlich den Aussagen der eigenen Experten, daß mehr an ,,Ausstieg'' eben nicht machbar ist. Wer diese Zusammenarbeit mit der SPD so will, tat auch ohne genaue Kenntnis recht daran, zuzustimmen. Ganz offensichtlich hat der Wunsch nach Zustandekommen des Bündnisses größeres Gewicht, als das Festhalten an einstmaligen inhaltlichen Forderungen. Daran hat die den grünen Mitgliedern vorliegende Erklärung der Zeitschrift ,,Atom'' (siehe nebenstehenden Auszug) ebensowenig ändern können, wie der Beschluß der Atommüllkonferenz (nebenstehend abgedruckt) aktuell den Weg der hessischen Grünen nicht wird beeinflussen können.

- Alkem jährlich 30-40 Tonnen Waffenplutonium verarbeitet und exportiert;
- der sogenannte ,,Ausstieg'' nach dem *,,geltenden Verfassungs- und Atomrecht''* vorgenommen werden soll; damit bereits in Kauf nimmt, daß Bonn Hessens zaghafte Widerstände bricht (und Hessen sich fügt);
- daß die AKWs Biblis A und B, die jährlich 60000 kg Atommüll produzieren und 540 kg Plutonium erzeugen, von den Vereinbarungen gar nicht berührt sind;
- daß die *,,großtechnische Wiederaufarbeitung zugunsten der direkten Endlagerung aufgegeben werden soll''* (so der ,,Doppel-Vierer''), damit aber *,,die Errichtung einer neuen Atom-(Konditionierungs-) Anlage vermutlich in Dragahn und den Bau und die Inbetriebnahme diverser Zwischenlager (gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung)''* erzwingt, und damit *,,die Akzeptanz von Atomanlagen''* dort erhöht, *,,wo die größte Glaubwürdigkeitslücke liegt''* (so die Zeitschrift ,,Atom''); der nimmt auch bewußt Abschied von den radikalen Forderungen der Anti-AKW-Bewegung, der hat sich für einen politischen Weg an der Seite der Sozialdemokratie entschieden.

Wer auf die Erklärung Holger Börners im Landtag am 13.6. für die direkte Endlagerung abgebrannter Brennelemente unter Bezugnahme auf den Expertenbericht seinerseits mit treudoofem Augenaufschlag erklärt, daß die Grünen dem zustimmen, dennoch *,,die sofortige Stillegung aller bestehender Atomanlagen oberstes Ziel''* der Grünen sei (Jürgen Engel, zitiert in FR, 13.6.), der hat auch nichts besseres verdient, als Börners Begründung für sein Koalitionsangebot an die Grünen vom gleichen Tag: *,,Es nützt der Legitimität unseres demokratischen Staates, weil es die von den Grünen repräsentierten Wählerschichten an unser politisches System bindet und ihnen Perspektiven für eine konstruktive Reformpolitik eröffnet''*.

hr.

Beschluß der GRÜNEN/Hessen:
»Nur in der Exekutive können die verbleibenden Spielräume genutzt werden«

I.
(...)
2. Grüne Politik kann sich jedoch nicht darin erschöpfen, Probleme aufzuzeigen, notwendiges Handeln lediglich zu fordern oder das jeweilige Gegenteil zur herrschenden Politik zu postulieren. Grüne Politik ist nicht nur Utopie für das kommende Jahrhundert, sondern schon jetzt konkret praktizierbar und zumindest in Teilschritten durchführbar. Grüne Politik muß auch unter den jetzt herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen anwendbar sein, um die Ausgangslage für grundsätzliche Veränderungen zu verbessern oder zu schaffen.
3. In den verbleibenden zwei Jahren der laufenden Legislaturperiode wird es darauf ankommen, unsere Vorstellungen für die Energie- und Abfallpolitik, für die Demokratisierung der Gesellschaft und für den Schutz von Minderheiten vorwärts zu bringen und dabei die spezifisch Grüne Alternative deutlich zu machen. ***Dabei besteht gegenwärtig kein Bedarf an weiteren Absichtserklärungen: Not tun machbare Initiativen in den Parlamenten und eine effektive Umsetzung in der Exekutive.***

II.
(...)2. Die Grünen lehnen Atomanlagen aus ökologischen, friedenspolitischen, demokratischen und wirtschaftlichen Gründen als gefährlich und sinnlos ab. Die Glaubwürdigkeit dieser Ablehnung bleibt aber nur dann erhalten, wenn die Grünen ihre Zielvorstellungen nicht nur immer wieder in die Öffentlichkeit tragen, sondern auch jeden möglichen Handlungsschritt auf dem Weg zum Ausstieg aus der Atomenergie nutzen. ***Es wäre deshalb unverantwortlich und würde die Sache der Atomgegner um Jahre zurückwerfen, wenn sich die Grünen Hessens weigerten, das auf Landesebene Mögliche auch zu tun.***

3. In den Empfehlungen der Arbeitsgruppe ,,Hessische Atomenergiepolitik'' für die laufenden Genehmigungsverfahren der Hanauer Nuklearbetriebe und für die bundespolitischen Initiativen des Landes Hessen sind die Forderungen der Grünen, Wiederaufbereitung von Brennelementen und Verarbeitung von Plutonium und hochangereichertem Uran abzulehnen, im Rahmen der landespolitischen Zuständigkeiten berücksichtigt. Bei konsequenter Anwendung eröffnen sie wirksame Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung gegen deren atomare Ausbaupläne. Diese Empfehlungen werden in ihren konkreten Handlungsschritten Gegenstand der gesamten Kooperationsvereinbarung mit der SPD und damit atompolitische Handlungsgrundlage einer von den Grünen für weitere zwei Jahre mitgetragenen Regierung sein. Die volle Wirksamkeit dieser neu vereinbarten Energiepolitik hängt aber in hohem Maße von glaubwürdiger Zuständigkeit und angemessener Organisationsstruktur unter Einbeziehung des Beirats ,,Atomenergiepolitik'' innerhalb der Regierung ab.

III.
(In diesem Teil fordern die Grünen von der SPD eine *,,einvernehmliche kriminalpolitische Landesplanung''*, die *,,inhaltliche und personelle Absicherung eines kriminalpolitischen Reformkonzepts''*. Als grüner Erfolg wird verbucht, daß die SPD auf die in Schlüchtern geplante Einweisungsanstalt verzichten will. Kritisiert werden die Pläne für Gefängnisneubauten in Friedberg, Gießen, Wiesbaden und insbesondere Weiterstadt (Baubeginn: 1. Juli 1985).

IV.
1. Die Politik der Tolerierung in Hessen hat vor allen wichtigen Einzelerfolgen auch eine Bedeutung weit über Hessen hinaus gehabt: Es wurde bewiesen, daß Grünen-Politik praktiziert werden kann. Der Versuch, zerstörerische Tendenzen in dieser Gesellschaft zu bremsen und der Landespolitik eine neue Richtung zu geben, ist jedoch nur teilweise gelungen.

Erreicht wurden
— die Durchsetzung neuer Ideen und Ansätze in wichtigen ökologischen Bereichen (z. B. dezentrale Energienutzung, Abfallwirtschaft, verbesserte Werte bei der Luftreinhaltung, strengere Smoggrenzwerte etc.);
— die Förderung von Iniativen und Projekten, die selbstimmtes Arbeiten und gesellschaftliche Gleichberechtigung zum Ziel haben (Alternativbetriebe, Arbeitsloseninitiativen, Frauenprojekte);
— die Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung für Ausländer im Rahmen dessen, was auf Landesebene machbar ist;
— humanerer Umgang mit Gefangenen in vielen Einzelfällen, Reformansätze im Strafvollzug, teilweise Verhinderung bzw. Aufschub neuer Gefängnisbauten.
2. (beklagt ,,Defizite'' und ,,Verwässerungen'' grüner Zielsetzungen bei der Umsetzung in Regierungshandeln):
— Die Landtagsgruppe als parlamentarisches Gremium war vor die schier hoffnungslose Aufgabe gestellt, den riesigen Verwaltungsapparat von außen zu kontrollieren und gleichzeitig die politischen Entscheidungen der Landesregierung zu verfolgen, zu überprüfen und möglicherweise zu beeinflussen bzw. zu verändern.
— Der Vertrauensvorschuß, den eine ,,tolerierende'' Partei der regierenden geben muß, steht im Widerspruch zu der real vorhandenen (und von Grüner Seite zu Recht immer stark betonten) Distanz zur SPD.

V.
Bei einem Neuanfang wird es deshalb darauf ankommen, die Schwächen der bisherigen Tolerierungspolitik zu vermeiden. Da die SPD an der gegenwärtigen Struktur der Regierung und der fachlichen Zuordnung bei Tolerierung der Landesregierung durch die Grünen nichts wesentliches ändern wird, ***kann nur durch die personelle Vertretung der Grünen in der Landesregierung der Weg für die notwendigen Veränderungen in der Regierungsstruktur frei werden.*** *Nur so können die gesamten Vereinbarungen in der Exekutive und in der Vertretung vor den Bundesorganen praktisch und die verbleibenden Spielräume im Grünen Sinne genutzt werden.*

Die Landtagsgruppe wird deshalb beauftragt:

1. die ausgehandelte Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit mit der SPD (siehe Anlage) abzuschließen;

2. dem Haushalt 1985 mit den vereinbarten Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf der Regierung und zur Ergänzungsvorlage zuzustimmen;

3. den Entwürfen zum Hessischen Energiegesetz und zum Förderstufenabschlußgesetz in der Ausschußfassung zuzustimmen;

4. das novellierte Abfallbeseitigungsgesetz möglichst noch vor der Sommerpause über die parlamentarische Hürde zu bringen, um so die Voraussetzung zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses bzw. des Sofortvollzugs zur Grube Messel zu schaffen;

5. mit der SPD über die Gestaltung der Haushalte für die Jahre 1986 und 1987 und über den Abschluß einer Koalitionsvereinbarung für den Rest der Legislaturperiode in Verhandlungen zu treten. In eine Koalitionsvereinbarung sind in bezug auf den Bereich Justiz insbesondere einzubeziehen: Feststellung einer kriminalpolitischen Landesplanung, inhaltliche und personelle Absicherung eines kriminalpolitischen Reformkonzepts, Umgang mit den Verfügungsmöglichkeiten über die Titel im Haushaltsgesetz 1985 zu Neubaumaßnahmen im Bereich Justizvollzug.

6. Die üblichen Konditionen für einen kleineren Koalitionspartner, d. h. zwei Minister/innen und mindestens zwei Staatssekretäre zu fordern;
in den abschließenden Koalitionsvereinbarungen mindestens die Bereiche, in denen Grüne Regierungsverantwortung übernehmen sollen, auf eine aktuelle Vereinbarungsgrundlage zu stellen. Außerdem sind zum Bereich ,,Entmilitarisierung Hessens'' Vereinbarungen abzuschließen.

Die Grünen sind zu einer personellen Beteiligung am Kabinett nur bereit, wenn folgende Voraussetzung erfüllt ist: Für das Umweltressort ist eine Bündelung aller umweltrelevanten Zuständigkeiten festzulegen, d. h. die Bereiche Naturschutz und Landschaftspflege, Wasserwirtschaft, Umweltschutz, Immissionsschutz, Gewerbeaufsicht und Energiewirtschaft sind einzubeziehen. Darüber hinaus sind Aufsicht und Genehmigung für Atomanlagen (bisher Wirtschaftsministerium) auf zwei Ressorts zu verteilen, dabei sollte eine dieser beiden Gruppen dem Umweltministerium zugeschlagen werden.
Der Landesverband ist an den Gesprächen und Verhandlungen mit der SPD zu beteiligen.

VI.
(...)

Offener Brief der Zeitschrift »Atom«
an die Landeskonferenz der Hessischen GRÜNEN

(...) Der Rückfall hinter SPD-Positionen

Heute noch wird der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch Alkem täglich vorangetrieben. Das allgemeine Bekenntnis gegen die WAA ist aber unglaubwürdig und überflüssig, wenn vor der eigenen Haustür der Weg dazu faktisch eröffnet wird. Dieser klare Zusammenhang wurde zunehmend auch innerhalb der SPD eingesehen. Klaus Traube im „Pflasterstrand": „*Die Alkem zu verhindern hieße ihr die Genehmigung zu versagen ... Das Land Hessen ... sollte den Konflikt wagen. Schon um zu zeigen, daß mit der Sozialdemokratie die Addierung der Elemente, die zusammen die Plutoniumwirtschaft ergeben, nicht zu machen ist. Das wäre Handeln nach der sehr eindeutigen Beschlußlage.*"

Der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd: „*Da der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft strikt abzulehnen ist, darf es auch eine Genehmigung von Alkem nicht geben.*" (FR, 12.3.1985)

Es ist geradezu absurd, daß diese Position der SPD Hessen-Süd nicht von SPD-Rechten, sondern mithilfe grüner Experten innerhalb des „Doppel-Vierer" zurückgedrängt wurde. In der Empfehlung der „rot-grünen" Atomkommission wird der Ausbau von Alkem n i c h t ausgeschlossen: „*Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, daß der Genehmigungsantrag von Alkem zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht entscheidungsreif ist. Vor Abschluß des Entscheidungsprozesses sind umfangreiche Klärungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht notwendig.*"

Damit hat sich in der Sache die Auffassung von Börner und Co. durchgesetzt, dessen Brief vom 16.11.1984 den Bruch des Bündnisses provoziert hatte. In diesem Brief schrieb Börner zum Genehmigungsantrag Alkem, „die Prüfung hierüber wird noch einige Zeit **in Anspruch nehmen, so daß wir zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Stellungnahme geben können.**"

In ihrer Konsequenz dürfte die Alkem-Empfehlung des „Doppel-Vierer" auch nicht allzu weit entfernt sein von dem, was der Grünenfresser und IG-Chemie-Chef Rappe am 21.3.1985 in Hanau als Linie abgesteckt hat: Erhalt des Status Quo und „*Konsolidierung*" als „*der im Augenblick sicherste Weg, die Hanauer Betriebe zu erhalten.*" (FR, 4.6.1985)

Die Forderung nach Stillegung der Alkem, die sowohl politisch wie auch zusätzlich juristisch hervorragend fundiert ist, taucht im „Doppel-Vierer" Papier nicht mehr auf. Alkem soll weiterhin und neuerdings mit grüner Unterstützung jährlich 3-4 Tonnen Waffenplutonium verarbeiten und exportieren. Herzlichen Glückwunsch, Holger Börner! (...)

Die Hanauer Atomanlagen sind nicht mehr dieselben wie zu Beginn des Konflikts. Seit dem Bruch des Tolerierungsabkommens im November 1984 hat sich dort ein Sumpf aufgetan, der sich vom Flick-Skandal nicht in Sachen krimineller Energie unterscheidet, sondern darin, daß nicht Parteispenden, sondern hochbegehrtes Material für Atomwaffen im Mittelpunkt steht.

Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Geschäftsführer von Nukem und Alkem, im Bereich von RBU und HOBEG gegen Beamte des Bundesinnenministeriums und des hessischen Ministeriums wegen unerlaubten Betreibens von Anlagen, in denen mit Plutonium und hochangereichertem Uran hantiert wird. Routine-Kontrollen ergeben, daß ein Alkem-Mitarbeiter vorsätzlich Plutoniumbilanzen fälscht, um Überschüsse dieses Stoffes unkenntlich zu machen. Kündigung? Keine. Die Kontrollbehörden für die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages berichten von Anomalien und Diskrepanzen in Hanau, für die sich immer erst nachträglich eine Erklärung habe finden lassen. Stegers Hintergrundinformationen reichen, **um öffentlich den Rücktritt des RBU-Geschäftsführers und CDU-MdB Warrikoff zu fordern. In seinem Wirtschaftsministerium haben Bedienstete** Akten verschwinden lassen, während in Bonn der Versuch Zimmermanns scheiterte, „*zum Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes*" dem Wirtschaftsminister die Weitergabe von Akten an die Staatsanwaltschaft zu untersagen. Um die Staatsanwälte „*nicht über die Stränge schießen zu lassen, haben sich sogar Justizminister und Generalstaatsanwalt schon etwas einfallen lassen,*" schreibt der Stern (21.3.1985).

Daß trotz dieser Skandale nicht einmal ein Teil der hessischen SPD bereit ist, die grüne Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu unterstützen, spricht Bände. Einiges dürfte noch im Verborgenen schmoren. Es waren ebenfalls CDU u n d SPD, die im Innenausschuß des Bundestages am 22.5.1985 abwehrend die Hände hoben, als Steger anbot, sämtliche Akten auf den Tisch zu legen, mit allen Konsequenzen, die das habe.

Hanau bedeutet nicht allein: nahezu täglich ein Verseuchungsalarm innerhalb der Alkem, eine Dauerstrahlenbelastung für die Hanauer Bevölkerung und der Versuch der RBU, der weltweit größte Hersteller von Brennelementen zu werden. In Hanau will gleichzeitig Innenminister Zimmermann die Erhöhung des Inventars an waffenfähigem Material von jetzt 2260 kg auf 15000 kg durchsetzen. Die SPD wird wissen, wovon sie spricht, wenn sie in diesem Zusammenhang an das „immer noch gestörte Verhältnis" von CDU/CSU zum Atomwaffensperrvertrag erinnert.

Daß sie selbst einen Untersuchungsausschuß ablehnt, der etwas Licht in das Dunkel bringen könnte, zeigt, daß sie nach wie vor die Beseitigung der mit Hanau verbundenen Gefahren niedriger gewichtet, als die Kungelei und den Schutz der eigenen Genossen innerhalb der Atommafia.

Leider hat sich auch diese Linie im „Doppel-Vierer"-Bericht durchgesetzt. Alle Enthüllungen der letzten 6 Monate bleiben darin unerwähnt, um die „rot-grüne" Zusammenarbeit nicht zu gefährden. (...)

Hanau verbundenen Gefahren niedriger gewichtet, als die Kungelei und den Schutz der eigenen Genossen innerhalb der Atommafia.
Leider hat sich auch diese Linie im „Doppel-Vierer"-Bericht durchgesetzt. Alle Enthüllungen der letzten 6 Monate bleiben darin unerwähnt, um die „rot-grüne" Zusammenarbeit nicht zu gefährden. (...)

Presseerklärung
Konferenz der Atomkraftgegner kritisiert die GRÜNEN

Zum kürzlich vorgelegten Bericht der hessischen rot-grünen Atomkommission und zur Atomdiskussion bei den Grünen erklärt die ATOMMÜLLKONFERENZ am 23.6.1985 in Teublitz:

Der Bericht der hessischen rot-grünen Atomkommission ist entgegen der Darstellung der hessischen Grünen keine Grundlage für einen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir sind entsetzt, daß die Mehrheit der hessischen grünen Landesversammlung und Landtagsgruppe diesen Bericht zur Voraussetzung für eine weitere Zusammenarbeit mit der SPD gemacht hat. Auch die von den Grünen beauftragten Experten innerhalb der Atomkommission haben mit der „vorbehaltlosen" Unterstützung dieses Atomberichts Positionen unterschrieben, die über SPD-Auffassungen nicht hinausgehen.

In diesem Bericht wird das SPD-Parteitagsprogramm des „längerfristigen" Ausstiegs aus der Atomenergie übernommen, ohne das bestehende Atomprogramm ernsthaft in Frage zu stellen. Mit der Aussage dieses Berichts, es „wäre zu prüfen, ob bzw. wie lange noch der Betrieb von Atomkraftwerken verantwortet werden kann, ohne daß eine Endlagerung der radioaktiven Abfälle gesichert ist", werden Grundpositionen der Anti-AKW-Bewegung in Frage gestellt: Der Betrieb von Atomanlagen ist gefährlich, überflüssig und zusätzlich kriminell, weil es eine „Entsorgung" nicht gibt.

Wir wenden uns insbesondere gegen die irreführende Behauptung im Kommissionsbericht, die „Direkte Endlagerung" sei eine „Entsorgungsalternative" zur WAA. Diese Behauptung dient der SPD allein dazu, den Weiterbetrieb von Atomanlagen vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Strahlender Atommüll wird in jedem Fall über Jahrtausende hinweg Menschen gefährden — allein die sofortige Abschaltung der Atomanlagen kann zumindest zusätzlichen Atommüll und zusätzliche Langzeitgefahren verhindern.

Auch der Widerstand gegen die Hanauer Atombetriebe wird durch diesen Bericht erschwert. Die Kommission hat bewußt davon abgesehen, Informationen über den illegalen Betrieb und die dunklen Geschäfte im Rahmen der „Schicksalsgemeinschaft" der Hanauer Atombetriebe, in die auch die SPD verstrickt ist, zu verarbeiten. Der Ausbau der Hanauer Nuklearbetriebe wird im Fall von HOBEG und RBU als unabwendbar hingestellt und bei Nukem und Alkem sogar in Kauf genommen.

Im Fall der Plutoniumfabrik Alkem fällt der Bericht sogar hinter die Position der früheren Beschlußvorlage der SPD Hessen-Süd zurück, der eine Nichtgenehmigung für Alkem vorsah.

Mit dieser Entwicklung im Atombereich haben die hessischen Grünen einen großen Schritt weg von den Bürgerinitiativen und hin zu den etablierten Atomparteien vollzogen.

Die Atommüllkonferenz fordert die hessischen Grünen und die Bundespartei DIE GRÜNEN auf:
Hört auf, die Atomenergienutzung zugunsten der Zusammenarbeit mit der SPD zu verharmlosen!
Laßt Euch nicht auf das Scheinargument formaljuristischer Sachzwänge festnageln: Rechtsfragen sind nie mehr als der Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse!
Setzt Euch ab von der SPD-Atomstrategie anstatt ihr hinterherzurennen!
Wir fordern Euch auf, den Bericht der rot-grünen Hessischen Atomkommission zurückzuweisen!
Und laßt die Finger von grünen Atomministern!

Verabschiedet am 23.6.85 in Teublitz bei einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen.

Nachtrag: Die ATOMMÜLLKONFERENZ ist das Koordinierungs und Beschlußgremium der bundesdeutschen Initiativen gegen Atomenergie zwischen den Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung. An der Teublitzer Konferenz haben ca. 100 Vertreter von 30 Bürgerinitiativen gegen Atomenergie aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen
Kontakt: Anti-Atom-Büro, Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstadt, Tel.: 05694/737, Peter Dickel, Sophienstr. 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/891632

der Atommüll wird in jedem Fall über Jahrtausende hinweg Menschen gefährden — allein die sofortige Abschaltung der Atomanlagen kann zumindest zusätzlichen Atommüll und zusätzliche Langzeitgefahren verhindern.
Auch der Widerstand gegen die Hanauer Atombetriebe wird durch diesen Bericht erschwert. Die Kommission hat
schlußgremium der bundesdeutschen Initiativen gegen Atomenergie zwischen den Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung. An der Teublitzer Konferenz haben ca. 100 Vertreter von 30 Bürgerinitiativen gegen Atomenergie aus dem gesamten Bundesgebiet teilgenommen
Kontakt: Anti-Atom-Büro, Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstadt, Tel.: 05694/737, Peter Dickel, Sophienstr. 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/891632

Gastkommentar
Koalition wg. Angst
Die Landesversammlung der hessischen GRÜNEN hat die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, auf Landesebene eine Koalition mit der SPD einzuge-
wartet, ja fordert geradezu die Abrechnung mit den Kompromißlern, den Verrätern an grünen Prinzipien und zollt dieser Abrechnung mit steter Re-

Gastkommentar
Koalition wg. Angst

Die Landesversammlung der hessischen GRÜNEN hat die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, auf Landesebene eine Koalition mit der SPD einzugehen. Die Entscheidung fiel denkbar knapp aus, mit etwa 55 zu 45% der anwesenden Mitglieder. Ein Teil der Anwesenden hatte es vorgezogen, angesichts der zur Abstimmung gestellten Alternative (Koalitionsangebot oder Fortsetzung des Tolerierungsbündnisses) erst gar nicht abzustimmen, so daß die hard-core-Realos insgesamt weniger als die Hälfte der Anwesenden hinter sich bringen konnten.

Nach erdrückenden Realo-Mehrheiten (zuletzt gegen 80%) also nun der beginnende Abstieg des reformistischen und eine Stärkung des radikalen Flügels? Zur Klärung dieser Frage soll der in der Tat recht erfreuliche Zuwachs oppositioneller Kräfte im realpolitisch dominierten hessischen Landesverband der GRÜNEN aus verschiedener Sicht beleuchtet werden:

1. Das Koalitionsangebot der hessischen GRÜNEN erfolgte trotz der Gewißheit, daß damit einem sogenannten Kompromiß in Bezug auf die Hanauer Atombetriebe zugestimmt wird, der faktisch die Aufgabe jeglichen Verhinderungsanspruches bedeutet. Niemand wird ernsthaft unterstellen, die Landtagsgruppe der hessischen GRÜNEN betrachte dieses Kompromißpapier nur als taktischen Zwischenschritt, der unter geänderter Machtkonstellation wieder rückgängig gemacht werden kann. Dazu ist der Hang der hessischen Landtagsgrünen zum Abschieben strittiger Fragen in diverse Kommissionen und Arbeitsgruppen schon zu weit vorangeschritten. In diesen Kommissionen gibt es dann in aller Regel nur die Alternative „Langsam sterben lassen" (siehe Kommission zur Giftmülldeponie Mainhausen) oder aber „Sachzwanglogik vorbereiten" (siehe Kommissionspapier des sogenannten „Doppelvierers" aus SPD und GRÜNEN zu Hanau). Trotz leidvoller Erfahrungen aus der Vergangenheit mit dem beschriebenen Umgang mit brisanten Themen stimmte nur knapp die Hälfte bei der Landesversammlung in Niedernhausen gegen den harten reformistischen Kurs.

2. Nun sage niemand, es gebe bei den GRÜNEN kein schlechtes Gewissen; nur ähnelt dies auch nicht ansatzweise dem bekannten „Lenorgewissen", das immerhin als Folge einer Einsicht (kratzige Wäsche) ein geändertes Verhalten (Weichspüler benutzen) bewirkt. Das grüne Gewissen reagiert anders: Die grüne Parteiversammlung erwartet, ja fordert geradezu die Abrechnung mit den Kompromißlern, den Verrätern an grünen Prinzipien und zollt dieser Abrechnung mit steter Regelmäßigkeit fast frenetischen Beifall, um dann doch mit den berühmten Bauchschmerzen den Arm für den Realo-Antrag zu heben.

3. Und dann ist da noch die Angst. Die haben vor allem diejenigen, die noch vor Jahren selbst auf die Wände sprühten „Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln" und selbst heute noch mit wehmütigem Lächeln ausgeschnittene Hämmer und Sichein an den (alternativen) Weihnachtsbaum hängen. Die Angst zeigt sich regelmäßig, wenn grüne Stadtverordnete zum ersten Mal am Rednerpult stehen, sich den Lederschlips zupfen und sich fragen, ob die Hose nicht doch in die Reinigung gemußt hätte, wenn dem väterlichen Rat des Ausschußvorsitzenden nur ein verlegenes „ach Sie wissen doch, wie das bei uns ist" entgegnet wird, irgendwo im Land die Prozentzahlen sich nach unten neigen und in irgendeinem liberalen Blatt und sei's die TAZ ein mahnender Satz steht. Dann fühlen sich manche, die vor Brokdorf noch den Bolzenschneider in der Hand hatten, plötzlich ganz allein und klein. Da kommt es gerade recht, wenn man auf der grünen Parteiversammlung nochmal so richtig aus dem Herzen den radikalen Sprüchen der anderen zuklatschen kann, es gehört fast zum Ritual, bevor dann die Hände nach oben gehen.

4. Die Alternative ist nicht in Sicht. Nach zwei Jahren hat der real existierende Reformismus schon längst abgewirtschaftet, viele erkennen das, kaum einer denkt, das Ruder sei noch einmal herumgerissen, Defaitismus macht sich breit, auch unter den Linken in den GRÜNEN. Die einen machen mal Pause, die anderen orientieren sich wieder ganz woanders hin und legen ihren Zeitungen gemeinsame Beilagen mit diversen Sekten bei. Dabei ist der Zug noch lange nicht abgefahren, das zeigt das knappe Ergebnis in Hessen, das zeigt auch die letzte grüne Bundesversammlung. Selbst im realpolitischen Lager macht sich Ernüchterung breit, das Bündnis aus Realpolitik und ökolibertär-reaktionärem Geschwätz ist noch lange nicht gegessen. Es gilt, den breiter werdenden Unmut innerhalb der GRÜNEN aufzunehmen und umzusetzen. Jetzt!

Werner Wenz
Mitglied im Landesvorstand der hessischen GRÜNEN

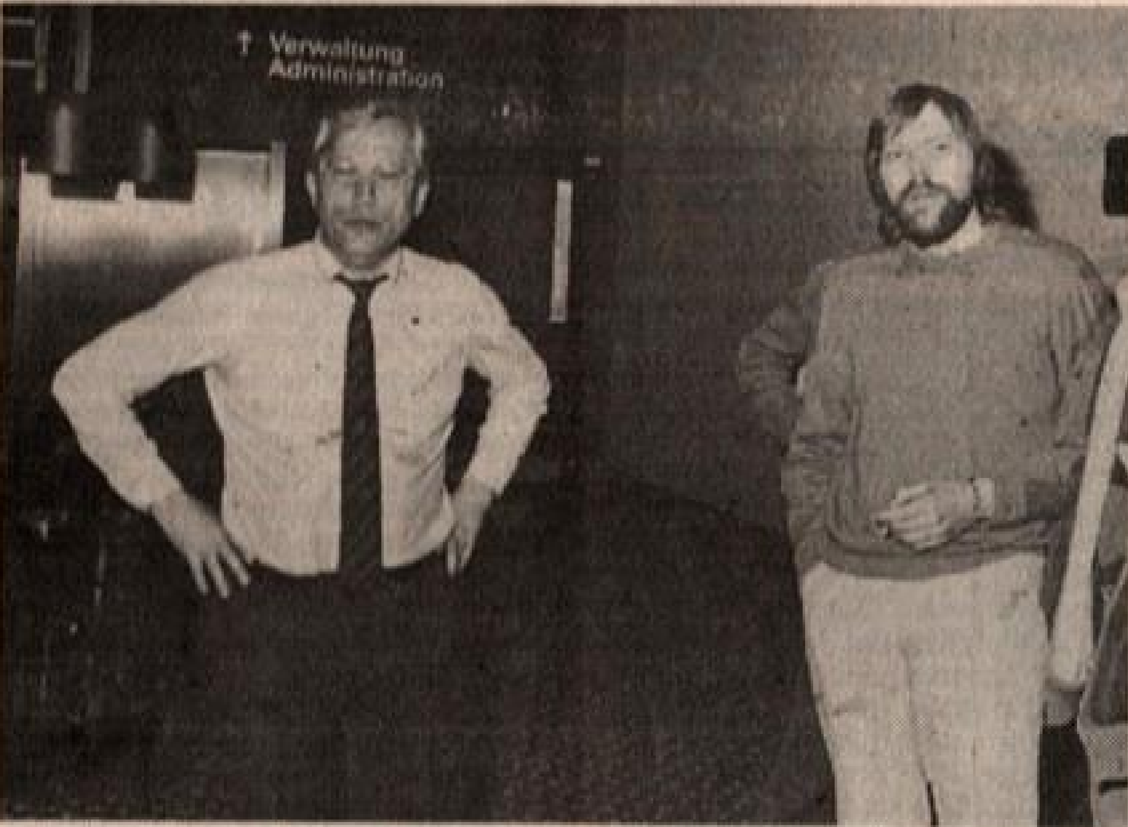
Hessischer »Doppelvierer«: 2 x 4 = 13

In der „rot-grünen" Landespolitik Hessens spielen die Empfehlungen eine wichtige Rolle, welche von einer als „Doppelvierer" bezeichneten Expertenkommission erarbeitet und Mitte Mai der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Dabei geht es um die weitere Verfahrensweise gegenüber den Hanauer Nuklearbetrieben — Stolperstein, an dem das Bündnis zwischen SPD und Grünen Ende letzten Jahres zunächst zerbrochen war. Das Gremium, aus jeweils vier von der SPD (Traube, Ueberhorst, Steinberg, Hochgreve) und den Grünen (Sailer, Hahn, Roßnagel, Baumann) benannten Fachleuten besetzt, fand einen Kompromiß, mit dem der Bruch Anfang Juni wieder gekittet werden konnte. Demnach soll das hessische Wirtschaftsministerium in den gemäß Atomgesetz derzeit laufenden Genehmigungsverfahren wie folgt vorgehen: Für die erste Teilerrichtungsgenehmigung, die die Firma NUKEM für ihren Neubau bereits erhalten hat, gibt es von Steger keinen Sofortvollzug. Die Genehmigungen für RBU und HOBEG (Brennelemente-Fabriken) werden erteilt, weil es rechtlich unumgänglich sei. Der Antrag der ALKEM (Plutonium-Verarbeitung) ist „derzeit nicht genehmigungsfähig" und wird auf unbestimmte Zeit weiter geprüft. Das Land Hessen unternimmt rechtliche (Klage vor dem BVG) und politische (Bundesrat) Initiativen, die sich gegen Wiederaufarbeitung und Plutoniumwirtschaft richten sollen. Trotz heftiger Ablehnung dieses Ergebnisses im Lager der AKW-Gegner und anhaltender innerparteilicher Auseinandersetzungen war die Landtagsgruppe der Grünen bereit, die Zusammenarbeit mit der SPD wieder aufzunehmen und dem Haushalt '85 die parlamentarische Zustimmung zu verschaffen. Eine große Mehrheit der grünen Landesversammlung (ca. 80 %) gab ihren Segen dazu — teils aus Unkenntnis des realen Sachverhalts, teils aus blindem Vertrauen in die „Experten" (die von den Medien pauschal als Atomenergiegegner dargestellt wurden), teils aus dem Wunsch, endlich die ungeliebte „Oppositionsrolle" zu verlassen und politisch ins Geschäft zu kommen (siehe ausführlich dazu in AK 259). Daß bei so sensitiven Geschäften, wie sie dem Doppelvierer oblagen, zumeist auch kräftig geschoben und getrickst wird, dürfte keine Neuigkeit sein. Dies gehört zum unverzichtbaren Bestand bürgerlicher „Politikfähigkeit" wie auch zur sprichwörtlichen „Unabhängigkeit" der einschlägigen Experten aus dem Bereich der Naturwissenschaft. In dieser Hinsicht scheint der Doppelvierer Maßstäbe gesetzt zu haben — vor allem für den sog. „republikanischen Geist", welcher mit den Grünen angeblich die parlamentarische Landschaft beseelt. Anfang Februar registrierte die Presse mit mäßigem Interesse, daß SPD und Grüne das Schicksal ihrer weiteren Beziehungskiste in die Hände von Fachleuten gelegt hätten. Drei Wochen später meldete

Fortsetzung nächste Seite



Rot-Grüne Geheimverhandlungen im Flughafen-Hotel Sheraton: Wirtschaftsminister Steger, Finanzminister Krollmann, Karl Kerschgens (von links).



Krollmann und der Grüne Jürgen Engel beim mutigen Einsatz gegen den fotografierenden Eindringling in die Geheimverhandlungen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

die ,,FR'' (26. 2 85) eine ,,ausgesprochen gute Atmosphäre'' auf den ersten Treffen der Experten, zu denen sich SPD-Landesgeschäftsführer Paul Leo Giani und Karl Kerschgens von den Grünen hinzugesellt hätten. Man habe ,,Vertraulichkeit'', aber keine Geheimniskrämerei vereinbart, erklärte ein Teilnehmer der Runde gewitzt.

Prompt erfuhr die Öffentlichkeit erst zweieinhalb Monate später wieder von dem erlaucht-diskreten Gremium, was die FDP zu einigen ironischen Anmerkungen von wegen grüner Prinzipien veranlaßte (Öffentlichkeit aller Verhandlungen war einmal ein basisdemokratisches Muß gewesen).

Mitte Mai wurde das Experten-Ergebnis präsentiert. Die ,,achtköpfige Kommission'', so hieß es, weise einen (landespolitischen) konkreten Weg zum Austieg aus der Kernenergie. Eher bewundernd würdigte die ,,FR'' (17. 5.) die ,,strenge Geheimhaltung'', derer sich die Fachleute unterworfen hätten: *,,Keiner der emsigen Journalisten im Wiesbadener Landtag, die sonst über so zuverlässige Quellen verfügen, ist der Expertenkommission auf die Schliche gekommen... Niemand wußte, wann und wo sie tagte, und ihre Arbeit vollzog sich in beinahe klösterlicher Abgeschiedenheit bei einer Verschwiegenheit, die das sonst so geschwätzige Hohe Haus nicht kennt.''*

Das spornte die Konkurrenz von der ,,FAZ'' dazu an, ihrerseits genaueres in Erfahrung zu bringen. Es habe sich nicht nur um eine Runde von Fachleu-

Das spornte die Konkurrenz von der ,,FAZ'' dazu an, ihrerseits genaueres in Erfahrung zu bringen. Es habe sich nicht nur um eine Runde von Fachleu-

ten gehandelt zwecks Beratung der Regierung, wie es Holger Börner darstelle, der fälschlicherweise den Eindruck erwecke, er hätte von den Ergebnissen erst nach deren Veröffentlichung erfahren. Tatsächlich hätten neben Giani nämlich drei Minister an den Besprechungen teilgenommen: Steger, Krollmann und Görlach (,,FAZ'', 20. 5.).

Da schau! Doch in der rot-grünen Medienlandschaft fanden sich derlei Infos nicht. Stattdessen tischte die ,,taz'' ihren Lesern einen merkwürdigen Bericht aus der Rubrik Fundis-Skandale-Schwachsinn auf. Ein Fotograf der Startbahn-BI, Klaus Malorny, sei von den Frankfurter Fundamentalisten um Zieran und Ditfurth darauf angesetzt worden, den Doppelvierer aufzustöbern und auf frischer Tat abzulichten, um den ,,Verrat'' dokumentarisch festzuhalten. In Veranschaulichung der von ihm so bezeichneten ,,*Verrats-Paranoia*'' schreibt kpk (,,taz'', 29. 5.): *,,Malorny... stürmte... ein Nobelhotel, um den Wiesbadener 'Doppelvierer' auf Platte zu bannen. Der 'Doppelvierer', das waren je vier rote und grüne Wissenschaftler und Experten, die über den Weg zum Ausstieg Hessens aus der Atomenergie berieten. Laut Augenzeugenbericht habe Malorny in 'Wild-West-Manier' die Tür zum Konferenzraum aufgerissen und statt des Colts die Kamera gezogen und abgedrückt. Als er daraufhin von den überraschten Anwesenden festgehalten wurde, zückte er seinen taz-Hausausweis und berief sich auf die 'Pressefreiheit'. Doch die taz hatte Malorny mitnichten einen Auftrag zur Anfertigung von Steckbriefen allseits bekannter und anerkannter Atomexperten erteilt. Malorny arbeitet für die 'Grüne Hessenzeitung', die — wie bekannt — von Jutta Ditfurth herausgegeben wird. Die fotodokumentarische Arbeit Malornys sollte beweisen, daß in Wiesbaden wieder einmal Verrat betrieben wurde, doch die Fundis wachsam sind...''*

Ohja: Je vier rote und grüne Experten, allseits bekannt und anerkannt. Kpk's Augenzeugenbericht scheint — trotz aller Einzelheiten des Türaufreißens und Auslöserdrückens — nicht so gut gewesen zu sein wie derjenige der ,,FAZ''. Auf Malornys Bildern sehen wir den allseits bekannten Atom-Aussteiger Steger neben dem Experten Kerschgens und den anerkannten Finanzminister Krollmann neben Wissenschaftler Jürgen Engel. Ein drittes (nicht reproduzierbares) Foto zeigt die eigentlichen Kommissions-Mitglieder wie auch einen vom Tisch aufspringenden hemdsärmeligen Giani. Sie schauen nicht gerade gescheit aus der Wäsche, bringen es aber nicht fertig, die Situation nach hessischem Brauch mit einem herzhaften ,,Ei Gude wie'' zu bereinigen. Das unterscheidet den Experten halt vom einfachen Volk.

Es fragt sich aber doch, warum der gute Malorny in kpk's gestrengem Urteil so böse ist. Gibt es Pressefreiheit (von kpk in seinem Geschreib in Anführungszeichen gesetzt) nur, wenn ein ,,Auftrag'' der ,,taz'' oder anderer seriöser Unternehmen vorliegt? Muß die ,,strenge Geheimhaltung'' ausgewählter Kommissionen respektiert werden, damit grüne Realpolitik real werden kann? Um diese interessanten Fragen zu beantworten, muß man freilich wissen, wie die Sitzung nach dem Zwischenfall weiterging. Man habe doch Vertraulichkeit vereinbart, erklärte Giani schneidend, und Jürgen Engel (damals Geschäftsführer der Landtagsgrünen) wurde immer immer kleiner (laut Augenzeugenbericht natürlich). Es sei vollkommen ausgeschlossen, meinte er, daß die Information über Ort und Zeit des Treffens von den Grünen an die ,,taz'' weitergegeben

Es sei vollkommen ausgeschlossen, meinte er, daß die Information über Ort und Zeit des Treffens von den Grünen an die ,,taz'' weitergegeben

worden sei, sicherte aber eine Überprüfung der Angelegenheit zu. Und so kam es denn zu einem energischem Anruf bei der Frankfurter Regionalredaktion der ,,taz'', bei dem (laut Augenzeugenbericht) kpk derart die Ohren angelegt haben soll, daß er ein geradezu stromlinienförmiges Aussehen annahm.

Eine peinliche Geschichte. Doch die Tölpel sitzen diesmal in Wiesbaden und in der ,,taz''-Redaktion. Es ist ihnen nichts besseres eingefallen als der vielsagende Versuch, politische Gegner — in diesem Fall einen Pressefotografen, der ohnehin ein übles Verfahren am Hals hat — für ,,paranoid'' zu erklären. So wie beispielsweise derzeit ein (unbekannter) Mitarbeiter im Steger-Ministerium von seinem Chef für verrückt erklärt wird, weil er es gewagt hat, Akten-Kopien an Grüne und Journalisten weiterzugeben. Dieser soll ein notorischer Fälscher sein, der es ggf. auch fertigbringe, Hitler-Tagebücher (!) zu produzieren. So wie übrigens auch während des Startbahn-Konflikts gegen Alexander Schubart vorzugehen versucht wurde (,,Michael Kohlhaas'').

Fazit: Die Experten-Kommission war nichts anderes als ein Etikett, hinter das sich SPD und Grüne zurückzogen, um in Ruhe einen Kompromiß auszutüfteln, zu dem man ohnehin entschlossen war. Sogenannte Wissenschaftler, die dieses Spiel mitzuspielen bereit waren und sind, mögen uns bitte nicht mit dem Anspruch einer angeblichen Unabnhängigkeit behelligen. Sie verdienen es, als erfinderische Zwerge bezeichnet zu werden, die man für wenig Geld mieten kann (B. Brecht). Schließlich sind die Anliegen sozialer Bewegungen, in diesem Fall der Anti-AKW-Bewegung, in geheimen Verhandlungen stets extrem schlecht aufgehoben. Die Forderung nach Öffentlichkeit aller Verhandlungen hat schon ihren Sinn.

KB/Gruppe Frankfurt

Grüne Vertriebenen-Realpolitik

Genau 340 Presse-Erklärungen haben die Grünen im Bundestag zwischen dem 1. Januar und dem 13. Juni dieses Jahres herausgegeben. Die Formulierung von Nr. 341 sprengte die gewohnte Routine. Die Fraktionserklärung zum Schlesier-Treffen in Hannover kam erst nach tagelangem Hin und Her und einer Fraktions-Sondersitzung zustande. Schnell kam man dabei vom eigentlichen Anlaß — dem Protest gegen den offenen Revanchismus der Vertriebenenverbände und deren Unterstützung durch den Kanzler-Auftritt — zum ,,Grundsätzlichen'', den brennenden Fragen von ,,Brauchtumspflege'', polnischer Oppositionsbewegung und ,,Vasallenstatus'' der BRD.

Der schließlich verabschiedete Text gehört fraglos zu den herausragenden grünen Peinlichkeiten des Jahres.

Schmidt/Kolodziej: CDU und Vertriebenenverbände für Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches

Ausgangspunkt des Streits war ein Entwurf von Fraktionssprecher Christian Schmidt und Günther Kolodziej (Fraktionsmitarbeiter), beide aus der Hamburger GAL, der klar und unpatriotisch den Zusammenhang von revanchistischen Tiraden der Vertriebenenfunktionäre und staatlicher Aufrüstungspolitik beim Namen nannte. Nach der *,,Rehabilitierung von SS und deutscher Wehrmacht''* in Bitburg werde in Hannover *,,nun die logische Fortsetzung dieser wendegemäßen Vergangenheitsbewältigung inszeniert: der politische Anspruch auf umfassende Revision der Kriegsereignisse. Die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre leisten nützliche Dienste für die gesellschaftliche Verankerung dieser neuen Ostpolitik der Rechtsregierung. Gemessen an dem politischen Programm eines Herbert Hupka, der sich nicht scheut, polnisches Staatsgebiet zum ,Eigentum aller Deutschen' zu erklären, erscheint die Radikalität, mit der Vertreter der Bundesregierung bestehende Grenzen ein ums andre Mal infrage stellen, manchem als ,gemäßigt'. Die Unterschiede in der Wortwahl allerdings sind unwichtig gegen-*

der Vertreter der Bundesregierung bestehende Grenzen ein ums andre Mal infrage stellen, manchem als ,gemäßigt'. Die Unterschiede in der Wortwahl allerdings sind unwichtig gegen-

*über dem **gemeinsamen** Anliegen der Vertriebenenfunktionäre und der Wendepolitiker, die Herstellung eines großdeutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Dem Volk wird zur Einstimmung jeden Abend nach Sendeschluß die Nationalhymne vorgespielt. (...) Die von der Wende propagierte Infragestellung bestehender Grenzen ist kein bloß theoretisches Problem. Sie geht einher mit massiver Aufrüstung, mit Air-Land-Battle und SDI. Mit Air-Land-Battle soll der militärische Angriff tief in den Raum des Gegners getragen werden. Mit SDI, sollte es gelingen, wird es den USA möglich sein, gegen jedes Land der Welt einen Atomkrieg zu führen, ohne selbst Opfer eines Gegenschlags zu werden. Die Bundesregierung ist bereit, diese mörderischen Programme mitzufinanzieren. Der politische Anspruch auf Revision der Kriegsergebnisse zugunsten einer Großmacht Deutschland und die Beschaffung von Kriegsgeräten, die es möglich machen, ihn auch **praktisch** einzulösen, gehören zusammen.''*

Gerade diesen Zusammenhang wollte der Rest der Fraktion nicht wahrhaben. Eilig wurden Gegenpapiere produziert.

Stroebele: Brauchtumspflege

MdB Stroebele geht in seinem Entwurf die Sache ,,differenzierter'' an: *,,Deutsche aus Schlesien und deren Nachkommen treffen sich am Vortag des 17. Juni in Hannover. Sie wollen Verwandte treffen, Freundschaften erneuern, Erinnerungen austauschen und Brauchtum pflegen.''* Leider sieht Stroebele das harmlose Familientreffen durch einige wenige *,,Berufsvertriebene''* und ihren *,,Anspruch auf Veränderung der polnischen Westgrenzen''* politisch mißbraucht: *,,Diese Politik ist gefährlich, sie gefährdet den Ausgleich mit allen Völkern Osteuropas, insbesondere mit dem polnischen Volk, die unter der deutschen Barbarei so viele Jahre gelitten haben.''* Außerdem nützt diese Politik ungewollt auch noch der Sowjetunion: *,,Sie macht aber auch Prozesse zur Demokratisierung und zu neuer Unabhängigkeit im polnischen Volk unmöglich. Sie fällt all jenen, die in Polen dafür kämpfen, in den Rücken.''* Im übrigen: *,,Der Anspruch auf Revision der Grenzen ist nicht gerechtfertigt.''*

Volmer/Gottwald: Laßt euch nicht mißbrauchen!

Die bisher eher zu den Fraktions-Linken zu zählenden Ludger Volmer und Gaby Gottwald legten ihrerseits einen Antrag vor, der ebenfalls durch besonderes Differenzierungsvermögen auffällt. Kanzler Kohl sehen Volmer und Gottwald in Hannover ein weiteres Mal tolpatschig über seine eigenen Füße stolpern: *,,Die Teilnahme des Kanzlers verleiht dem Treffen die öffentliche Aufmerksamkeit, die seine Einladung seitens der Verbandsfunktionäre intendierte. Es ist kein Zufall, daß Kohl der Einladung nachkommt. Der neue deutsche Nationalismus ist ein Kernelement der moralischen Wende, die von Kohl propagiert wird. Insofern ist er Anstifter einer Politik, von der abzusetzen ihm nun schwerfällt.''*

Hereingelegt würden aber auch die nach Hannover strömenden Vertriebenen: *,,Wir respektieren den Wunsch der Vertriebenen nach familiärer Begegnung und Pflege kultureller Tradition. Wir verstehen den lebensgeschichtlichen Wunsch im Austausch von Erinnerungen, die Bilder der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir wenden uns gegen die Instrumentalisierung solcher Begegnungen durch Vertriebenenfunktionäre und rechtsgerichtete Unionspolitiker, die die Vertriebenen und deren grausame Geschichte zum Spielball ihrer destabilisierenden Ostpolitik machen. In diesem Sinne appellieren wir an die Vertriebenen, sich nicht mißbrauchen zu lassen und dem Revanchismus eine klare Absage zu erteilen.''* Eigentlich gar nicht so schwierig, handelt es sich doch bei den *,,rechtsgerichteten Unionspolitikern''* nur um *,,bestimmte Flügel in*

chismus eine klare Absage zu erteilen.'' Eigentlich gar nicht so schwierig, handelt es sich doch bei den *,,rechtsgerichteten Unionspolitikern''* nur um *,,bestimmte Flügel in*

CDU/CSU'', deren Drahtzieher auch namentlich genannt werden, damit jeder gutwillige Vertriebene sich leicht von ihnen distanzieren kann: Hupka, Czaja, Dregger, Strauß ,,u.a.''.



Noch 'n Papier von Henning Schierholz

Henning Schierholz hat seinen Entwurf wesentlich an der ursprünglichen Vorlage von Schmidt/Kolodziej orientiert und die oben zitierten Passagen zum Zusammenspiel von Vertriebenenfunktionären und Wenderegierung wörtlich übernommen. Neu ist sein Einleitungsteil, in dem — wie in den anderen Gegenentwürfen auch — die Vertriebenen zu Opfern finsterer Machenschaften erklärt werden: *,,Hier wird eine Veranstaltung, auf der viele Besucherinnen und Besucher Verwandte und Bekannte treffen, Freundschaften erneuern, Erinnerungen austauschen oder ihr Brauchtum pflegen wollen, für eine politische Auseinandersetzung in Dienst genommen, in der die deutsch-nationalen Kräfte innerhalb und außerhalb der CDU/CSU die geistig-moralische Wende in der Ostpolitik voranzutreiben versuchen.''* Der böse Gedanke, daß Teile (?) der Vertriebenenbasis gar noch radikaler sein könnten als ihre mitunter doch zu taktischer Rücksichtnahme verpflichteten Führer, kommt auch Henning Schierholz nicht.

,,Konsens''findung

Auf der Fraktions-Sondersitzung wurde schnell klar: Der ursprüngliche Entwurf war absolut nicht konsensfähig, ebenso das Schierholz-Papier, das — so der ,,Ökosozialist'' Stratmann — ,,alle Schwachstellen'' des ersten Papiers übernommen habe. Mit 13 gegen zwei Stimmen wurde das Gottwald/Volmer-Papier dem Stroebele-Antrag als weitere Diskussionsgrundlage vorgezogen, dann aber nur noch um zwei Sätze von Stroebele erweitert. So konnte die schöne Formulierung über die *,,Prozesse zur Demokratisierung und zu neuer Unabhängigkeit im polnischen Volk''*, für die sich besonders Joschka Fischer stark gemacht hatte, gerettet werden. Der zweite Satz enthält noch einmal eine ernste Mahnung an die Vertriebenen: *,,Niemand, der am 16. Juni in Hannover am Schlesiertreffen teilnimmt, kann sich nach all den öffentlichen Diskussionen über das politische Motto, den darin enthaltenen aggressiven politischen Festlegungen auf Revision der Grenzen entziehen.''*

Ein linker Fraktionsmitarbeiter suchte nach diesem Debakel sein Heil in der Satire. Seine ,,überarbeitete Fassung'' kommt gegenüber dem offiziell beschlossenen Text mit recht dezenten Übertreibungen aus.

Überarbeitete Fassung der Erklärung der Grünen zum Schlesiertreffen

Überarbeitete Fassung der Erklärung der Grünen zum Schlesiertreffen

Die Grünen begrüßen, daß auf dem Schlesiertreffen in Hannover die zahllosen Opfer der Vertreibung, die nicht auf Revanchismus aus sind, die Gelegenheit haben, sich wiederzusehen, dem schönen Brauch des Volkstanzes zu frönen, ihre Trachten anzuziehen und ein paar nette, gesellige Tage zu verleben.

Mit großer Besorgnis allerdings nehmen die Grünen zur Kenntnis, daß es einige wenige Vertriebenenfunktionäre und Politiker gibt, die das natürliche Heimatgefühl der Schlesier in schändlicher Weise mißbrauchen für politische Ziele, die wir Grünen zutiefst ablehnen.

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, daß der deutsche Bundeskanzler nicht energisch genug gegen diesen Mißbrauch des Vertriebenengedankens Stellung genommen hat. Indem er sich für die Revanchismuskampagne der Vertriebenenfunktionäre und den ewig Gestrigen einspannen läßt, zeigt er einmal mehr, daß es ihm an politischer Führungskompetenz gebricht.

Darüber hinaus liefert er durch seinen Auftritt in Hannover der Revanchismus-Propaganda aus dem Osten unnötig Munition und fügt dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Westen, aber auch im Osten, schwere Schäden zu.

Diesen Kanzler hat unser Land nicht verdient.

Davon einmal abgesehen, wünschen wir den Schlesiern, die in Hannover lediglich ihr Brauchtum pflegen wollen, vergnügliche Tage.

Die Grünen rufen allen Vertriebenen, die guten Willens sind, zu: Laßt Euch die Stimmung durch die Reden von Hupka und Kohl nicht verderben.

Im übrigen meinen wir Grünen, daß die immer wieder an uns gerichteten Vorwürfe, wir wären zu keiner ernsthaften, von staatlichem Verantwortungsbewußtsein getragenen Politik nicht fähig, völlig ungerechtfertigt sind.

Zur Geschichte der Grünen Partei

»Kurzer Lehrgang« Teil 1

Die Niederlage der Grünen bei der Landtagswahl in NRW — für manchen „Anfang vom Ende der Grünen", zumindest aber ihre schwerste Krise — und das schon am Wahlabend einsetzende Gemetzel unter den Parteiflügeln lassen es geraten erscheinen, Anhaltspunkte für aktuelle politische Prognosen auch in der Geschichte der Grünen Partei zu suchen. Das bedeutet beileibe nicht, daß der hier begonnene zweiteilige „Kurze Lehrgang" lange zurückliegenden Ereignissen die Wertungen des Jahres 1985 anhängt. Konstruierte „historische Parallelen" enthält diese Fortsetzungsgeschichte (zweiter Teil im nächsten AK) deshalb ebensowenig wie die nachträgliche Verurteilung einzelner grüner Protagonisten.

Einige „Grüne der ersten Stunde" sind längst in der Versenkung verschwunden, andere mischen weiter mit. Wie weit diese letzteren sich und ihrer „Linie" treu geblieben sind, ob ihre heutigen Positionen schon an ihrem Wirken in den Anfangsjahren erkennbar sind, bleibt der Wertung der Leser überlassen. Vor Vereinfachungen wird dabei gewarnt. So interessant einzelne grüne Karrieren sind, die großen Streitfragen der grünen Parteigeschichte haben häufig wechselnde Fronten und Bündniskonstellationen hervorgebracht. Nicht jeder Grüne, der 1979 Brandreden gegen „K-Gruppen-Unterwanderung" hielt, muß heute zwangsläufig Minister in einem grün-sozialdemokratischen Schattenkabinett sein.

Wie alles anfing

In der grünen Geschichtsschreibung wird gern darauf verwiesen, daß die Grüne Partei ihre Wurzeln in der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung habe und ohne größere Umwege aus diesen Bewegungen hervorgegangen sei. In der Tat waren die ersten bei Parlamentswahlen erfolgreichen grünen, bunten und grün-alternativen Listen wesentlich Zusammenschlüsse aktiver AKW-Gegner.

1977, das Jahr der militanten und gegen Verbote durchgesetzten Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf, Grohnde und Kalkar, brachte auch die ersten Wahlerfolge direkt aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangener Wählerinitiativen. Bei den Kreistagswahlen in Teilen Niedersachsens (23.10.77) errang die linke **„Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke" im Kreis Hameln/Bad Pyrmont** mit 2,3% einen Abgeordnetensitz, die „Grüne Liste Umweltschutz" Hildesheim erreichte 1,2% und ebenfalls einen Sitz. Diese Wahlerfolge in konservativen ländlich-kleinstädtischen Regionen erregte bundesweit Aufmerksamkeit. Der **KB**, mit einzelnen Genoss/inn/en in der WGA Hameln/Bad Pyrmont aktiv beteiligt, kündigte auf der Titelseite des „Arbeiterkampf" (Nr. 116, 31.10.77) in einer Erklärung *„AKW-Gegner und Parlamentswahlen"* sein aktives Engagement in diesem Bereich an. Die Hamburger Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) hatte zu diesem Zeitpunkt schon ihre Beteiligung an einem Wahlbündnis zu den bevorstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen be-

Unterelbe (BUU) hatte zu diesem Zeitpunkt schon ihre Beteiligung an einem Wahlbündnis zu den bevorstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen be-

schlossen.

Während in Hamburg die Basisinitiativen verschiedenster Bereiche das Ob und Wie einer Kandidatur berieten, wurde am 16.11.77 in Niedersachsen eine landesweite **„Grüne Liste Umweltschutz"** (GLU) mit zwölf Kreisverbänden und 400 Mitgliedern gegründet. Landesvorsitzender wurde **Carl Beddermann**, Oberregierungsrat im CDU-geführten Finanzministerium in Hannover. Die GLU, so ihr Sprecher **Neddermeyer**, verlangte *„von jedem Bürger Selbstbescheidung ..., denn nur so kann es überhaupt noch eine Zukunft geben"*. Die GLU war von Anfang an als Keim einer bundesweiten Partei gedacht; Beddermann ließ sich durch Eintragung ins Parteiregister den Namen GLU rechtlich schützen.

Beddermanns bürgerlich-systemkonforme Variante grüner Politik bekam bald Schützenhilfe von einigen sich zu den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen (5.4.78) bildenden grünen Listen. Für die Strategen und späteren Gründer einer landesweiten grünen Liste, **G.P. Werner** (jetzt Bundestagsabgeordneter) und **Baldur Springmann**, war von vornherein klar: Grüne Listen dürften auf keinen Fall *„Kommunisten und anderen parteipolitisch gebundenen Personen den Weg in die Parlamente ebnen"* (Werner). Die für die damalige Zeit fast sensationellen Wahlergebnisse — 6 % in Nordfriesland, 6,6 % im Kreis Steinburg (Brokdorf!) — gaben ihren „Argumenten" Durschlagskraft.

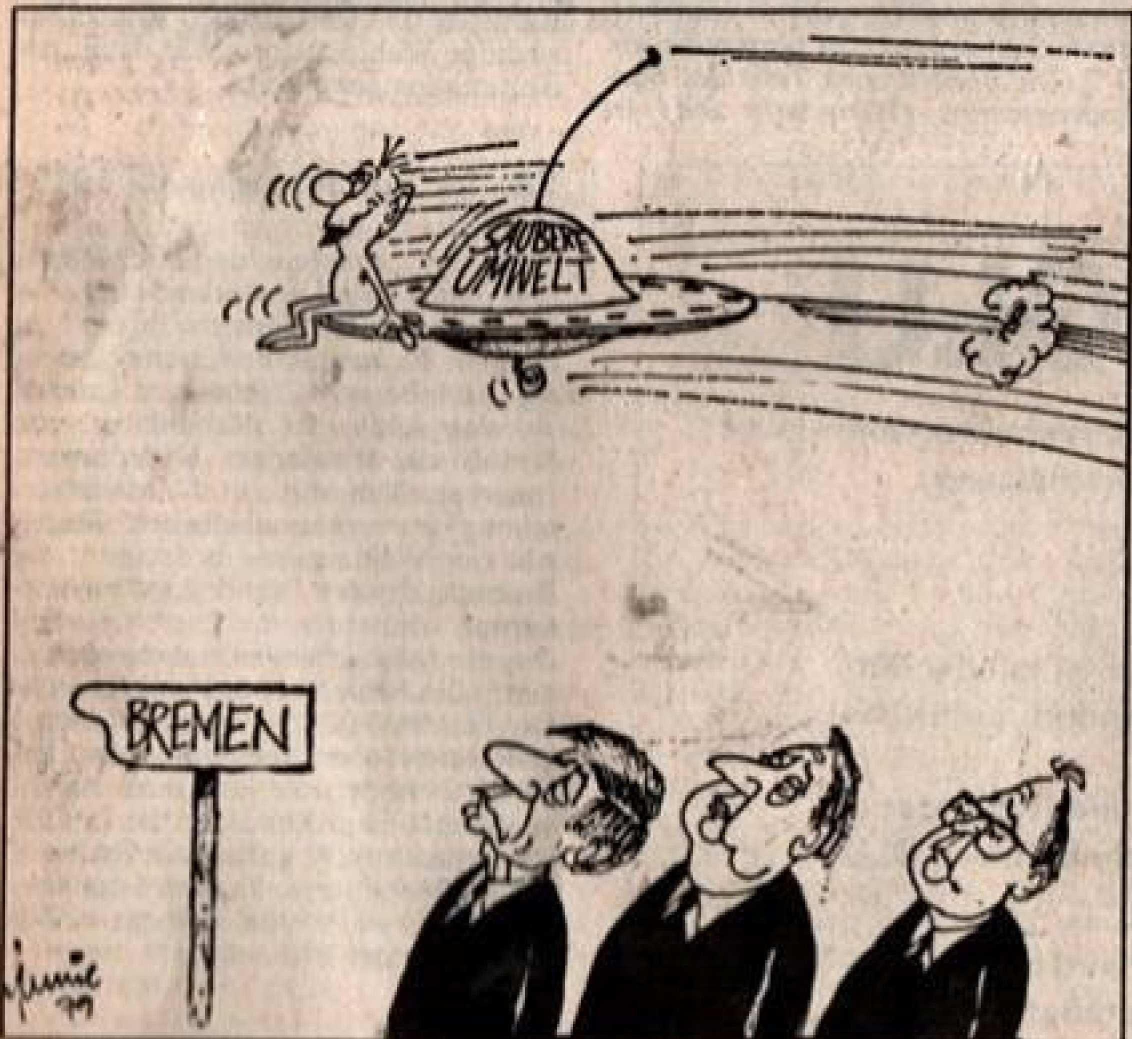
Für die Vorbereitung einer grün-alternativen Kandidatur zur niedersächsischen Landtagswahl stand so die Frage: Initiativenbündnis ohne Abgrenzung nach links oder abgeschotteter bürgerlicher Wahlverein. Nach zwei von der WGA Hameln initiierten Wahlkongressen kam ein Kompromiß heraus: es kandidierte die Grüne Liste Umweltschutz, in der jeder mitmachen konnte; auch der KB, der in der Folge eine Reihe von Aktivist/inn/en, organisatorisches Know-how und linksradikales Gedankengut in die Umweltschutzpartei einbrachte.

Der **4.6.78, Tag der Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen,** veränderte die bundesrepublikanische po-

kales Gedankengut in die Umweltschutzpartei einbrachte.

Der 4.6.78, Tag der Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen, veränderte die bundesrepublikanische po-

litische Landschaft. Zwar wurde der erhoffte Einzug in die Parlamente mit 3,5% **(Bunte Liste Hamburg)** bzw. 3,9% **(GLU Niedersachsen)** nicht geschafft. In beiden Bundesländern blieb — nicht zuletzt wegen der neuen Konkurrenz — die FDP unter 5%, und es wurde vor allem ein Signal gesetzt: nach diesen beiden Kandidaturen „aus dem Stand" war der Einzug einer grünen und/oder alternativen Liste in ein Landesparlament nur noch eine Frage der Zeit. Innerhalb der alternativen Wahlbewegung gab es vorerst ein Patt: sowohl das linke Hamburger Initiativenbündnis als auch der grüne Mitgliederverein GLU hatten sich — gemessen an Wählerstimmen — bewährt. Die offen rechte Variante der GLU Hamburg, die gegen die Bunte Liste als Ansammlung von *„Kommunisten, Schwulen und Verbrechern"* (GLU-Vorsitzender **Böhmecke**) hetzte, war zwar ein lästiger Störfaktor, erwies sich aber mit 1% der Stimmen als chancenlos.



Die kleinen grünen Männlein kommen — Frankfurter Rundschau

Kurzes Zwischenspiel: Gruhls „Grüne Aktion Zukunft"

Kurze Zeit nach den Wahlen von Niedersachsen und Hamburg ging auch der CDU-Bundestagsabgordnete **Herbert Gruhl** unter die grünen Parteigründer. Bekannt geworden war er 1975 durch sein Buch *„Ein Planet wird geplündert"*, das ein Bestseller wurde. Als Mittel gegen die fortschreitende Umweltzerstörung empfahl er die Opferbereitschaft der Bevölkerung; nur so könne der Freie Westen die Überlegenheit der Sowjetunion wettmachen, die *„ein Optimum an militärischer Bereitschaft bei einem Minimum an Wohlstand — und damit einem geringeren Grundstoffverbrauch"* erreiche. Die von Gruhl im Juli 1978 ausgerufene **„Grüne Aktion Zukunft" (GAZ)** war eine reine Honoratiorenpartei. Zur flächendeckenden Gründung von Landes- und Kreisverbänden fehlten einfach die nötigen Mitglieder. Schwerpunkt der GAZ-Aktivitäten wurde zunächst Hessen, wo zu den bevorstehenden Landtagswahlen eine Konkurrenzkandidatur gegen die nach links offene **Grüne Liste (GLW, später GLH)** betrieben wurde.

Rückschlag bei der Hessen-Wahl

Die **hessische Landtagswahl am 8.10.78** brachte ein enttäuschendes Ergebnis: nur 1,1% für die linke „Grüne Liste Hessen" (noch ohne **Joschka Fischer**, aber mit **Dany Cohn-Bendit**), 0,9% für die GAZ. Der AK machte u.a. die Kleineres-Übel-Mentalität und die Zersplitterung der Grünen für das mäßige Abschneiden verantwortlich. Bundesweit bedeutsam war an der Hessen-Wahl vor allem die Vorgeschichte, das Gerangel um eine oder mehrere grün-alternative Kandidaturen, in das sich auch der Vorstand der niedersächsischen GLU länderübergreifend einmischte: Beddermann mit dem gesetzlich geschützten Namen Grüne Liste, sein Nachfolger **Lippelt** (heute Landtagsabgeordneter) mit

niedersächsischen GLU länderübergreifend einmischte: Beddermann mit dem gesetzlich geschützten Namen Grüne Liste, sein Nachfolger Lippelt (heute Landtagsabgeordneter) mit

zwielichtigen Manövern, die ihm im AK den Titel *„die Qualle des Monats"* einbrachten. Am Wirken der GLU-Strategen in Hessen wurde deutlich, welchen Weg dieser bedeutendste grüne Verband in der bundesweiten grünbunten Diskussion um eine gemeinsame Bundestagskandidatur gehen würde: Aussöhnung mit der GAZ inklusive Führungsposition für Gruhl; Abgrenzung nach links und innerparteiliche „Säuberung" von Mitgliedern, die der Sympathie für den KB verdächtig waren.

Ziel war der Aufbau einer grünen Partei *„von Gruhl bis Dutschke"*, ein damals vielverwendeter Slogan, der den Vorteil hatte, die angestrebte Abgrenzung nach links „positiv" zu formulieren. Springers „Welt" brachte im August 1978 eine vierteilige Dokumentation *„Die Linke macht mobil"* mit vielen Details über schon gelaufene Beratungskonferenzen und sonstige Kontakte. Als Drahtzieher wurden **Heinz Brandt, Rudi Dutschke** und **Milan Horacek** ausgemacht: *„Diese drei Männer wollen die Linke neu organisieren"*.

Kleiner Exkurs: Andere sprachen — nach einem in der „Zeit" (25.1.80) kolportierten Ausspruch von einer *„äußerst komplizierten Aktion gegen den KB"* mit dem Ziel seiner Hinausdrängung aus d Wahlbewegung. Der dazu im AK (Nr. 171, 11.2.80) veröffentlichte *„Report über eine äußerst komplizierte Aktion"* empörte die Grünen aller Lager und Strömungen. Die einen sahen ihre ehrlichen parteiaufbauenden Bemühungen als antikommunistische Ausgrenzungspolitik total mißverstanden; die anderen ereiferten sich über den Größenwahn des KB, wobei unter dem (nicht vom KB erfundenen) Arbeitstitel natürlich die Hinausdrängung einer unliebsamen politischen Strömung und weniger die Fahndung nach KB-Parteibüchern (was auch vorkam) verstanden wurde.

Sonderfall Alternative Liste Westberlin

Kurz vor dem hessischen Wahltermin wurde in **Westberlin** die **Alternative Liste** gegründet. Anders als das Hamburger Initiativenbündnis Bunte Liste war die AL auf Einzelmitgliedschaft aufgebaut. Die dominierende Stellung der (Anfang 1980 aufgelösten) **„KPD"** in der Westberliner Linken machte die AL zu einem Sonderfall. Deutlich linke Programmaussagen kontrastierten mit vaterländischen Positionen (wenn auch nicht programmatisch festgelegt) in der Berlin- und Deutschland-Frage bei starken Teilen der AL.



Turbulent verlief die Gründungsphase wegen anti-kommunistischer Abgrenzungsversuche gegen *„KPD, KBW, SEW und andere Splittergruppen"* (Antragstext zur Gründungsversammlung), als deren schärfster Verfechter sich **Otto Schily** hervortat. Nach dem Scheitern eines Unvereinbarkeitsbeschlusses zog sich Schily aus der AL zurück und erklärte in der Presse: *„Ich habe den Eindruck, daß hier* (AL-Gründungsversammlung; Anm. AK) *ein Parteitag der KPD stattgefunden hat. Mit dieser Liste habe ich nichts mehr zu tun."* Trotz Pressekampagne gegen die *„KPD-Tarnorganisation"* erreichte die AL bei den Abgeordnetenhauswahlen im März 1979 3,7% und zog in mehrere Bezirksversammlungen ein.

Grüne Einheit zur Europawahl 79

Grüne Einheit zur Europawahl 79

Nach den enttäuschenden Ergebnissen der Landtagswahlen in Hessen und eine Woche später in Bayern, wo die wesentlich von der **AUD** getragene Grüne Liste auch nicht über 1,7% hinauskam, entdeckten die Grünen aller Schattierungen die Einheit. Ohne ein möglichst breites Bündnis schienen Wahlerfolge ausgeschlossen. Nach den Vorstellungen der Grünen sollte zur **Europawahl im Juni 1979** bundesweit eine Grüne Liste kandidieren. Auch die Hamburger Bunte Liste und andere linke Wahlbündnisse wurden zur Mitarbeit eingeladen. Ihre prinzipielle Ablehnung des über diese Wahlen transportierten „Europa-Gedankens" der Herrschenden brachte die Linken in die Position des Beobachters (was die spätere **Z-Fraktion** nachträglich als schweren taktischen Fehler einschätzte). In einer Erklärung des Leitenden Gremiums des KB zu den Europawahlen (AK 143, 27.11.78) wurden neben prinzipiellen Argumenten auch Bedenken vorgetragen, daß bei einer solchen Kandidatur überhaupt ein achtbares Ergebnis (über 3%) herauskommen könnte.

Auf einer am 3.12.78 in Kassel mit Beteiligung aller Strömungen der Wahlbewegung durchgeführten Beratungskonferenz konnte lediglich ein wenig greifbares Bekenntnis zur Einheit beschlossen werden. Die Grünen widmeten sich in der Folgezeit ganz der Vorbereitung ihrer Europa-Kandidatur. Auch ohne direkte linke Beteiligung gerieten sie untereinander in heftige Linienkämpfe. Unter starkem Zeit- und Entscheidungsdruck kam nach mehreren Kongressen ein teilweise erstaunlich fortschrittliches Programm zustande, dem Gruhl und Springmann zähneknirschend zustimmen mußten: so wurden z.B. Arbeitszeitverkürzung, kalkulierte einseitige Nicht-Aufrüstung, die Abschaffung der Berufsverbote und Schutz von Minderheiten gefordert. Spitzenkandidatin wurde **Petra Kelly**, die bei ihren zahlreichen Wahlkampfauftritten stets ihre Sympathie für Rosa Luxemburg und für den Feminismus betonte. Prominente wie **Böll** und **Dutschke** riefen öffentlich zur Wahl der Grünen auf.

Das Wahlergebnis — bundesweit 3,2% und eine Reihe besserer Einzelergebnisse vor allem in Uni-Städten — war für die Beteiligten wie auch für die beobachtende Linke eine Überraschung. Bei den Grünen selbst geriet der zuvor in Appellen bekundete Wille zur Einheit schnell wieder in Vergessenheit. Bei örtlichen Listengründungen pokerten fortan immer wieder kleine grüne Häuflein mit ihrer Unterstützung beim „Wähler" um Listenplätze und Programmaussagen.

Bremen — Modell für die bundesweite Spaltung

Vorentscheidend für die grüne Parteigründung wurde die **Bremer Bürgerschaftswahl am 7.10.79.** Schon frühzeitig spaltete eine Gruppe ehemaliger SPD-Mitglieder um **Olaf Dinné** die Bremer Wahlbewegung mit einem strikten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „K-Gruppen". Monatelange zermürbende Bemühungen der Alternativen Liste, doch noch zu einem Arrangement mit der von Dinné und seinen Getreuen gegründeten **Bremer Grünen Liste (BGL)** zu kommen, scheiterten an der öffentlich erklärten Entschlossenheit der Grünen, sich „die K-Gruppen vom Leibe zu halten" (Dinné). **Milan Horacek** und **Rudi Dutschke**, die bundesweit von einem „Öko-Seminar" (so hießen die grünen Wahlkonferenzen damals) zum anderen fuhren, ergriffen für die BGL Partei, ebenso die „taz" in Gestalt ihres Redakteurs **Klaus Wolschner**, die Bremer Lokalpresse sowieso. Zum Zwecke der BGL-Sympathiewerbung innerhalb der zahlenmäßig bedeutenden Bremer Linken, die für die grünen Abgrenzungen und Erpressungsmanöver wenig Verständnis aufbrachte, wurde ein **Initiativkreis „Links für Grün"** ins Leben gerufen. Federführend betätigte sich hier **Jo Müller** (ehemals „KPD"), heute grüner Bundestagsabgeordneter. Die Wahl wurde für die Grünen zum Triumph: 5,1% für die BGL gegenüber nur 1,4% für die AL machten nicht nur die Dinné-Gruppe zur ersten grünen Landtagsfraktion, sie setzten auch Meilensteine für die bundesweite grünbunte (Nicht-)Einigung.

Einheitsappelle einzelner Grüner — häufig auf der Titelseite des AK plaziert — machten nach der Bremer Wahl auf die grünen Parteigründer

bunte (Nicht-)Einigung.

Einheitsappelle einzelner Grüner — häufig auf der Titelseite des AK plaziert — machten nach der Bremer Wahl auf die grünen Parteigründer

ebensowenig Eindruck wie die beachtlichen Wahlerfolge linksorientierter grün-bunter Bündnislisten bei den NRW-Kommunalwahlen am 30.9.79 (u.a. 6% für die GAL in Münster, 5,6% für die Bunte Liste in Bielefelt).

Der Offenbacher Beratungskongreß und die Torschlußpanik der Linken

Nach der Bremer Wahl war für die überwiegende Mehrheit der Grünen klar, daß es ein grün-bunt-alternatives Wahlbündnis zur bevorstehenden Bundestagswahl nicht geben sollte. Die zur Europawahl gegründete **„Sonstige Politische Vereinigung (SPV) die Grünen"** (eine im Parteiengesetz vorgesehene Konstruktion) sollte in eine „richtige Partei" umgewandelt werden. Das bedeutete: wer Einfluß auf die Parteigründung nehmen wollte, mußte individuell in die SPV eintreten und konnte sich dann über seinen zuständigen Kreis- bzw. Landesverband an der Wahl von Delegierten beteiligen. Auf dem sogenannten **„Programmkongreß der Grünen, Bunten und Alternativen" am 3. und 4.11.79 in Offenbach** waren allein SPV-Mitglieder stimmberechtigt; Grüne und Bunte waren nur als Gäste geduldet und durften auch erst am Ende des zweiten Tages in die Debatte eingreifen.

Greifbare Beschlüsse gab es in Offenbach kaum: die von der aus elf Grünen und vier Bunten zusammengesetzten Programmkommission vorgelegte Präambel für ein Parteiprogramm (*„Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei"*) konnte wegen allzu zahlreicher Kritiken noch nicht verabschiedet werden. Vorerst per Kampfabstimmung abgelehnt wurde ein Un-

Grüne & Alternative

Wie es die „Grünen“ schafften, sich Chaoten vom Hals zu halten

D :chke und Ex-CDU-Mann Gruhl warben einträchtig für die Umweltschützer

Bremen

„Bei uns ist vielleicht was los.“ Bremens Grüne sind gefragt in der Alternativ-Bewegung. Seit sie bei der Bremer Bürgerschaftswahl vier Hechte in den parlamentarischen Karpfenteich schickten, können sie sich vor Anfragen kaum retten. Während CDU-Generalsekretär Heiner Geißler öffentlich darüber nachdenkt, wie die Union an Stimmen aus dem grünen Potential herankommen könnte und CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep nach einer Feinanalyse rätselt, ob die Bremer CDU nicht doch genau wie SPD und FDP Stimmen an die Grünen verlor, interessiert die Umweltschützer bundesweit eine andere Frage: Wie schafften es die Bremer Grünen, sich die Chaoten vom Hals zu halten?

Denn genau dies ist das Hauptpro- mit dem sich die Grünen allerorten ...hlagen ...

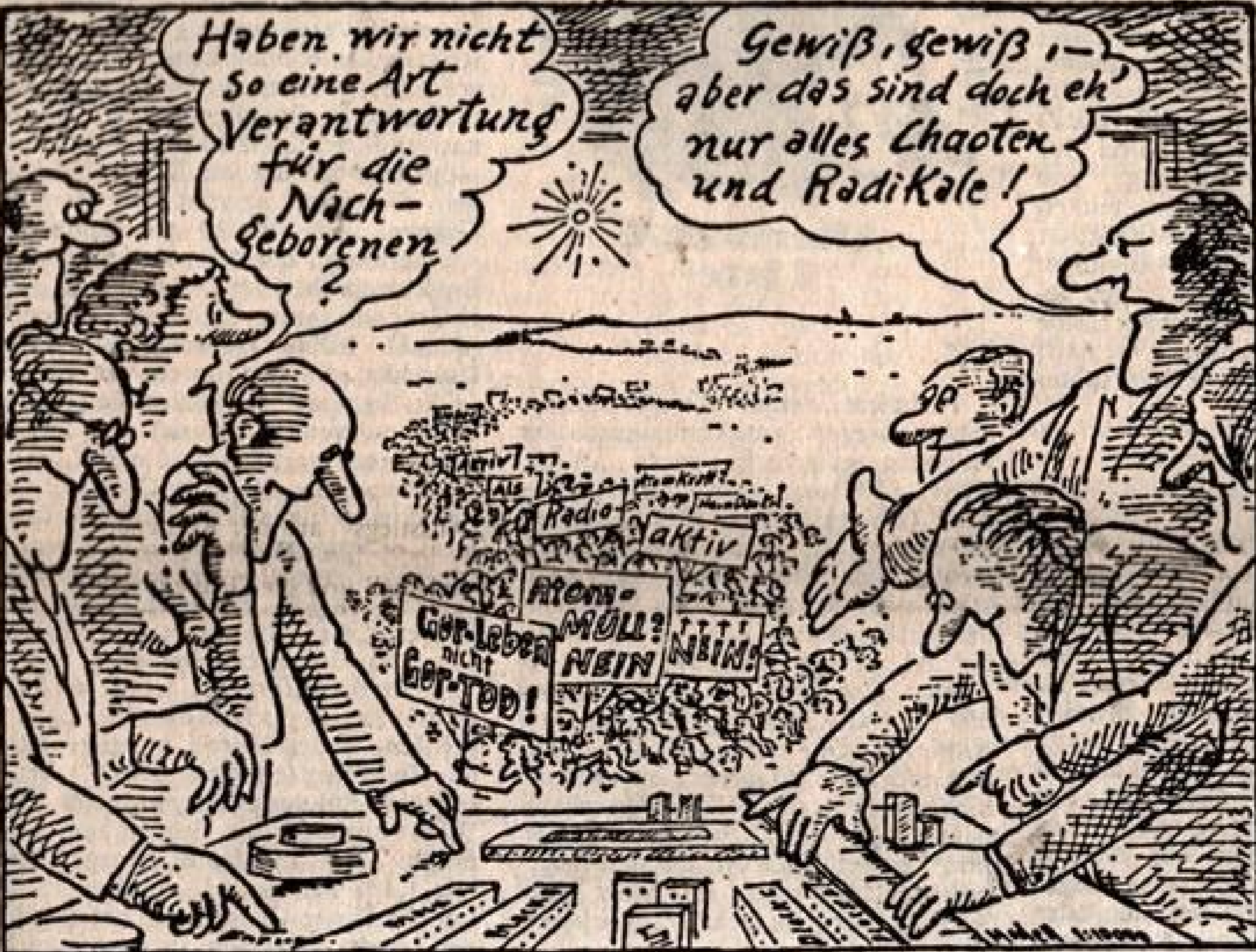


Er kämpfte lange Jahre in, mit und für die SPD und wurde jetzt zum Regisseur der „grünen Bewegung“ in Bremen: Olaf Dinnee (zweiter von links), hier in der Wahlna... Journalisten.

vereinbarkeitsbeschluß auf dem eleganten Wege des *„Verbots der Doppelmitgliedschaft“*.

Dennoch war nach dem Offenbacher Kongreß der weitere Verlauf der Parteigründung entschieden. Die Bunten und Alternativen wurden nicht als gleichberechtigte Partner akzeptiert; untereinander waren sie über ihr weiteres Vorgehen tief zerstritten. Der AK (Nr. 166, 12.11.79) diagnostizierte in einem Artikel mit der Überschrift *„Dabeisein ist noch lange nicht alles!“* Torschlußpanik *„bei ehemaligen APO-Kämpfern und nicht mehr ganz neuen Linken, aber auch bei einigen altgedienten K-Gruppen-Funktionären (...): Sie kamen nach Offenbach, und man hörte aus ihnen die Angst, den grünen Zug zu verpassen, heraus — kaum daß sie drei Sätze gesprochen hatten. Nicht einmal das Lager der Wahlboykottler, der Basisgruppen und Spontis bleibt vom grünen Sog verschont. Die neue Modeströmung ist da.“*

Im grünen Sog strampelten u.a. große Teile der AL Westberlin, die kurz vor ihrer Auflösung stehende „KPD“ und nicht zuletzt die im Sommer 1979 konstituierte Z-Fraktion (die sich Ende des Jahres vom KB abspaltete) die „leninistische Ausrichtung nach innen“ mit „flexibler Bündnispolitik“ kombinieren wollte und der KB-Mehrheit vorwarf, mit „maximalistischen Forderungen“ an die Grünen ihren „Ausstieg aus der Wahlbewegung“ vorzubereiten.



In Offenbach griff auch erstmals der gerade aus der DDR übergesiedelte **Rudolf Bahro** in die Diskussion ein. Seine Position *„Rot und Grün gehen gut zusammen“* präzisierte er kurze Zeit später mit einem Aufruf an „KPD“ und KB, ihre Organisationen aufzulösen und bei den Grünen mitzumachen.

Ein **Beratungskongreß für „Alternative, Bunte, Grüne, BI's, Linke“ (14.-16.12.79 in Frankfurt)**, den die neu eingetretenen (linken) Grünen am liebsten ganz abgeblasen hätten, formulierte noch einmal die linke Kritik an dem vorgelegten Präambelentwurf und faßte einen Katalog radikaldemokratischer „Essentials“, die in einem grünen Programm berücksichtigt sein müßten, zusammen. Bekräftigt wurde die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und die Forderung, auf dem Gründungsparteitag mit eigenen, von den Alternativen Listen autonom gewählten Delegierten vertreten zu sein.

Der Karlsruher Gründungsparteitag und die endgültige Spaltung der Bunten und Alternativen

Die Gründung der Grünen Partei erfolgte formell am 12./13.1.1980 in Karlsruhe. 259 von den bunten und alternativen Listen autonom benannte Delegierte (ohne SPV-Mitgliedschaft) wurden von einer Zwei-Drittel-Mehrheit der 1.000 grünen Delegierten ausgesperrt. Wesentlicher Streitpunkt bei der Verabschiedung der Satzung war die Frage eines Unvereinbarkeitsbeschlusses. Nachdem die grünen Landesverbände mit Ausnahme von NRW, Hessen, Hamburg und Westberlin bereits Doppelmitgliedschaftsverbote in ihren Statuten verankert hatten, wurde das auch für die Bundessatzung so festgelegt. Als „Kompromiß“ wurde eine Übergangsregelung beschlossen, über deren Dauer die Landesverbände autonom entscheiden sollten.

In einer Stellungnahme der autonomen bunten und alternativen Delegierten wurde dazu erklärt: *„Der § 2 der Satzung* (Verbot der Doppelmitgliedschaft; Anm. AK) *ist für uns nicht nur formal unvereinbar, sondern er zerreißt den politischen Konsens zwischen Grün und Bunt. Inhaltlich führt er beim Versuch, eine politische Alternative zu finden, die gleiche Praxis der Gesinnungsschnüffelei wie bei den gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen und der Berufsverbotepraxis der etablierten Parteien wieder ein.“*

Ein gemeinsames Vorgehen mit den in die Grüne Partei geströmten Bunten und Alternativen kam auch nach Karlsruhe nicht mehr zustande. Namentlich die Z-Fraktion rührte weiter die Trommel für die *„linke Blickbildung innerhalb der Grünen Partei“*. **Ein Beratungskongreß** der Bunten und Alternativen **in Münster am 2. und 3.2.80** (als Fortsetzung des Frankfurter Treffens und der Beratungen am Rande des Karlsruher Parteitages) betonte zwar das Festhalten an eigenständigen bunten und alternativen Listen. Die Idee eines gemeinsamen Dachverbandes als gewisses Gegengewicht zur grünen Bundespartei ließ sich allerdings weder hier noch später realisieren. Nach der von der Z-Fraktion provozierten **Spaltung der Hamburger Bunten Liste (2.3.80)** war endgültig klar, daß es ein gemeinsam abgestimmtes Einwirken der Linken innerhalb und außerhalb der Grünen auf die Entwicklung dieser Partei bis auf weiteres nicht mehr geben würde.

Links-grünes Parteiprogramm

Erfolge des linken Parteiflügels brachte **der grüne Programmparteitag am 23./24.3.80 in Saarbrücken.** Der Programmteil „Wirtschaft und Arbeitswelt“ enthält eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen, auch die nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. In der Außen- und Friedenspolitik fordert das Programm: Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Abrüstung im eigenen Land, Unterstützung von Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, keine Zusammenarbeit mit rassistischen und faschistischen Regimes, Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer. Diese heute längst zu grünen Selbstverständlichkeiten gewordenen Aussagen führten zu einigen Tumulten der Rechten, u.a. einer kurzfristigen Besetzung des Podiums, angeführt von Baldur Springmann. Gruhl wütete vor allem gegen den *„sozialistischen Warenhauskatalog“* im Wirtschaftsteil, der die Bürger in ihrem *„Streben nach materiellem Wohlstand und Besitz“* bestärken und ihnen ein *„Schlaraffenland“* versprechen würde. Ein solches Programm könne er nicht vertreten und stehe daher für einen Vorstandsposten nicht zur Verfügung. Gewählt wurden mit **August Haußleiter, Petra Kelly** und **Norbert Mann** drei Sprecher, die in der liberal-grünen „Mitte“ oder etwas links davon angesiedelt waren. **Bettina Hoeltje** aus der Bunten Liste Hamburg scheiterte nur knapp.

Am Schluß der Parteitagsberichterstattung im AK (Nr. 174, 24.3.80) stand folgender fettgedruckter — und

fettgedruckter — und

in der KB-Mitgliedschaft äußerst umstrittener — Satz: *„Für den KB und andere linke Kräfte, die bisher wesentlich außerhalb der Grünen Partei geblieben sind, wird nach dem Saarbrückener Parteitag erneut zu überdenken sein, ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels gegen die Revanchegelüste der Rechten und gegen allzu große ‚Kompromiß'-Freudigkeit einiger Linker dem Vorankommen der alternativen Wahlbewegung besser dienen können.“*

Rechte wollen Revanche

Die Verbindlichkeit des gerade verabschiedeten Programms war schon am Ende des Saarbrücker Parteitags umstritten. Dem Gezeter der Rechten und ihren offenen Spaltungsdrohungen kamen die sogenannten „Mittelkräfte“ (Lippelt, Haußleiter), aber auch diverse als Linke auftretende Kritiker des als zu *„sozialistisch“* empfundenen Programms (u.a. **Wilie Hoss**) mit Beschwichtigungen entgegen: einige Programmabschnitte bedürften der Überarbeitung und könnten nicht als endgültig betrachtet werden — eine nie falsche Kennzeichnung überhaupt jeden politischen Programms, hier aber eindeutig als Zugeständnis nach rechts gemeint. Auf einem weiteren Parteitag sollte eine — mit dem Gruhl-Flügel abgestimmte — Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie und eine Wahlplattform für die bevorstehende Bundestagswahl die „linkslastigen“ Aussagen des Programms relativieren. Auf dieser Grundlage sollte dann eine Neuverteilung der Vorstandsposten vorgenommen werden. (In diesem Zusammenhang muß auch der Rücktritt von August Haußleiter als einer der drei Sprecher verstanden werden. Haußleiters braune Vergangenheit, nicht nur AK-Lesern seit langem kein Geheimnis, führte just in dem Moment zu seinem Sturz, als 1. die SPD aus wahlkampftaktischen Erwägungen auf das Thema einstieg und 2. ein Vorstandsposten für Gruhl geräumt werden mußte).

Die Zeit zwischen dem Saarbrücker (23.3.) und dem **Dortmunder Parteitag (21./22.6.80)** war angefüllt mit hektischen Aktivitäten der Rechten und der „Mittelkräfte“ sowie deren neu gewonnenen „linken“ Anhangs. Das in Karlsruhe beschlossene Doppelmitgliedschaftsverbot, das die Auflösung auch der grünen Verbände — Gruhls GAZ, Springmanns Grüne Liste Schleswig-Holstein usw. — vorschrieb,

GAZ, Springmanns Grüne Liste Schleswig-Holstein usw. — vorschrieb,

war plötzlich kein Thema mehr.

Wie gehabt, versuchten die rechten Grünen auch die aktuellen Landtagswahlergebnisse für ihre Sache auszuschlachten: 5,3% für **Hasenclevers** und **Kretschmanns** gemäßigten Kurs in Baden-Würettemberg (23.3.), nur 3% für die Grünen in NRW (11.5.), die ohne Unvereinbarkeitsbeschluß, aber mit der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in den Wahlkampf gezogen waren — das sagte doch wohl alles! Zwei Tage nach der NRW-Wahl wurde, unterschrieben u.a. von Springmann, Gruhl, Dinné, Hoss und Heinz Brandt, eine *„Erklärung zur Lage der Grünen“* herausgegeben mit der ultimativen Forderung, *„1. Eine Bundestags-Wahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt zu verabschieden. — 2. Die umstrittenen Teile des Bundesprogramms (Wirtschaft und Arbeitswelt, Mensch und Gesellschaft) zur Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurück zu verweisen.“*

Die linken Grünen konnten nicht mehr tun als Protest einlegen, so der Hamburger Landesvorstand mit einem Appell an die Partei, den *„Prominentenaufstand“* zurückzuweisen. In der Programm-Kommission, die eine Vorlage für die Wahlplattform erarbeitete, konnten sie sich nicht durchsetzen.

Der AK griff mit einer Interviewserie über mehrer Nummern in die Auseinandersetzung ein (Arbeitstitel *„Widerstand gegen die Erpressungsmanöver von Gruhl & Co.“)* in deren Rahmen — alles für den guten Zweck! — neben linken Grünen u.a. auch Hasenclever und **Hoplitschek** zu vorsichtigen Stellungnahmen gegen die Rechten bewegt werden konnten.

Der Dortmunder Parteitag — Gruhl unterliegt, Rechte springen ab

In Dortmund lief für Gruhl zunächst alles wunschgemäß. Gleich zu Anfang wurde gegen sehr geringen linken Widerstand eine Erklärung zum *„Stellenwert des Saarbrücker Programms“* verabschiedet: dieses Programm enthalte *„eine Reihe konkurrierender Zielvorstellungen“* und bedürfe *„einer kontinuierlichen Weiterentwicklung“*.

Die Wahlplattform, als **die** Grundlage für die Reintegration der Rechten in die Partei einschließlich ihrer Führungsorgane gedacht, wurde im Namen der Programmkommission von Gruhl selbst als ausgewogen und für alle akzeptabel dem Parteitag vorgestellt. Die Linken leisteten gegen die Verabschiedung dieses Papiers, das in fast allen Punkten klarere Aussagen

Verabschiedung dieses Papiers, das in fast allen Punkten klarere Aussagen

des Saarbrücker Programms verwässerte, nur wenig Gegenwehr. Nachdem die Wahlplattform im Eilverfahren beschlossen worden war, scheiterte die Aussöhnung der Parteiflügel allein daran, daß Gruhl bei seiner Kandidatur für den durch Haußleiters Rücktritt freigewordenen Sprecherposten knapp unterlag: in einer Stichwahl votierten 432 Delegierte für den „Mitte-Links“-Kandidaten **Dieter Burgmann** (AUD), 371 für Gruhl.

Für den erweiterten Bundesvorstand war sich der oberste Ökologe zu schade. Zusammen mit den von Anfang an auf Konfrontation orientierenden Bremer Grünen um Olaf Dinné und Springmanns Anhang verließ er den Parteitag. Die gerade noch so überaus wichtige Wahlplattform war damit bedeutungslos geworden.

Vor der Bundestagswahl 1980

Nach dem Ergebnis der NRW-Wahl (3%) war an ein Überspringen der 5%-Hürde bei der Bundestagswahl nicht zu denken. Es konnte nur darum gehen, ein „achtbares“ Ergebnis zu erzielen — angesichts der Kandidatur von Strauß ein schwieriges Unterfangen. Innerparteilich, d.h. für die Machtverteilung der unterschiedlichen Flügel, war der Wahlausgang bedeutend: die Rechten, die den Wahlkampf boykottierten, wünschten der Partei, speziell den als links geltenden Landesverbänden, alles Schlechte; die Linken mühten sich ihrerseits, in ihren Hochburgen durch überdurchschnittliche Ergebnisse Boden zu gewinnen. Gruhl drohte in einem Rundschreiben an die immer noch nicht aufgelöste GAZ mit der großen Abrechnung nach der voraussichtlichen Wahlniederlage: *„Wir warten bis zur Wahl ab ...“*

Js, Hamburg

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur

Grünen Liste Umweltschutz **GLU**

Landesverband Nordrhein - Westfalen

und zahle jährlich im voraus für das Kalenderjahr den Mindestjahresbeitrag von 60,- DM (Nichtverdienende 30,- DM) oder mehr (nach Selbsteinschätzung).

Ich bin für Gewaltlosigkeit gegen Personen und Sachen.

In folgenden Parteien war ich Mitglied:

Mir ist bekannt, daß die Mitgliedschaft in der GLU unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in sowie die Tätigkeit oder Kandidatur für eine andere politische Partei.

Auch die Mitgliedschaft und Tätigkeit im Kommunistischen Bund (KB) oder in NPD nahestehenden Organisationen sind mit der Mitgliedschaft in der GLU unvereinbar.

Der Aufnahmebeschluß durch den Landes- bzw. Kreisvorstand wird mit der Aushändigung der Mitgliedskarte spätestens nach 2 Monaten bestätigt.

Beitrittsformular der NRW-GLU mit Unvereinbarkeitsbeschluß

Fortsetzung folgt

Die ökologische Modernisierung der SPD

Das grüne Wirtschaftswunder?

Umweltschutz und Ökologie sind in. Lange Zeit ein Ärgernis, beflügeln sie heute marktwirtschaftliche Überlegungen, wirken in diesem Sinne innovativ und sind auf dem besten Wege, vermarktet zu werden. Der Umweltschutz wandelt sich vom „Jobkiller zum Jobknüller", schreibt die „Wirtschaftswoche" in ihrer dreiteiligen Serie „Arbeit und Umwelt" im April dieses Jahres. Während die Bundesregierung sich als umweltpolitischer Reparaturbetrieb mehr mit Pleiten (Waldsterben/Buschhaus, Katalysator) rumschlägt, scheint die SPD die Nase vorn zu haben. Sie präsentiert sich als die Partei, die das richtige Konzept gefunden hat: Bekämpfung der Umweltverschmutzung, technologische Modernisierungsoffensive im Umweltbereich mit neuem, qualitativem Wachstum, neuen Inlands- und Auslandsmärkten sowie einem Teilrezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit; Staat, Kapital und Arbeit vollziehen in einer großen „Gemeinschaftsanstrengung" den Sprung nach vorn. Wo grün in ist, könnten die Grünen out sein. Man klaut ihnen ihr Thema, dies um so mehr, als die grüne Prophezeiung der ‚ökologischen Katastrophe' die ständige Enthüllung immer neuer Umweltskandale ja nicht automatisch die Menschen revolutioniert. *„Die Angst vor diesen Gefahren wird andererseits auch die notwenige Mobilisierung ermöglichen"*, schreiben die Autoren Brunowsky/Wicke in ihrem Buch *„Der Öko Plan — durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder"* (1).

Umweltschutz „in nationaler Verantwortung"

Die beiden Autoren haben ganz offensichtlich der SPD wertvolle Anregungen für ihr heutiges Konzept „Arbeit und Umweltschutz" gegeben. So wie in den sechziger Jahren Kennedy zu einer *„großen nationalen Kraftanstrengung"* aufrief, damit als erster Mensch ein Amerikaner auf dem Mond landet, damit aber auch die Weltraumforschung mit allen ihren Segnungen einen Aufschwung erhielt, so soll jetzt der Umweltschutz angepackt werden: *„Also warum nicht erst recht: in zehn Jahren die Umwelt sanieren? Die technologischen Effekte werden ähnlich sein"* („Der Öko Plam"). Es muß ja nicht der Mond sein: *„So wie in den fünfziger Jahren die Wohnungsnot in der Bundesrepublik durch eine große Gemeinschaftsanstrengung beseitigt werden konnte, so ist es heute Aufgabe der Politik, die Umweltnot anzugehen. Dies ist die große Gemeinschaftsaufgabe der 80er Jahre"* schreibt die SPD-Bundestagsfraktion im Juli 1984 in ihrem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt". Peter Glotz formulierte im Oktober 1984 für die SPD das Konzept einer *„nationalen Anstrengung zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft"* und Willy Brandt stellt im März 1985 auf dem Dortmunder SPD-Kongreß „Arbeit und Umwelt" zufrieden fest: *„Es ist immer gut, wenn Gewerkschaften und SPD auf Feldern nationaler Verantwortung Hand in Hand gehen"*.

Keine kleine Aufgabe, die die SPD sich da gestellt hat.

Mit Hilfe einer Art ökologischem *„Marshall-Plan"* (so die „Öko-Plan"-Autoren zum SPD-„Sondervermögen") soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Das SPD-Konzept orientiert auf eine technologische Offensive vor allem im Bereich der Zukunftstechnologien, Mikrochips, Biotechnik, Gentechnologie, neue Energietechniken (inklusive der Kernenergie) und Recycling-Technologie. Schwierigkeiten bereiten der SPD immer noch die Informationstechnologien (Verkabelung), doch auch hier dürften Widerstände in den eigenen Reihen bald überwunden ein. Orientiert wird dabei auf bundesdeutsches technologisches „Know how". Über den aufgrund der Umweltkrise zunehmenden Bedarf an Umwelttechnologien soll die bundesdeutsche Wirtschaft eine *„führende Weltmarktposition"* erreichen (Herbert Ehrenberg, „Quelle" 11/84). SPD und Gewerkschaften betätigen sich dabei als schärfste Kritiker des Kapitals, das die Entwicklung zu *„verschlafen"* droht (Kritik des DGB). Symptomatisch hierfür Hermann Rappe: *„Mein Eindruck nach zwei Jahren Industrie-Politik-Debatte ist, daß sich*

pitals, das die Entwicklung zu *„verschlafen"* droht (Kritik des DGB). Symptomatisch hierfür Hermann Rappe: *„Mein Eindruck nach zwei Jahren Industrie-Politik-Debatte ist, daß sich*

die Chemie-Industrie zu defensiv verhält" gegenüber den Umwelt-Forderungen (Interview in der Werkszeitung von Bayer, April 85).

Mit diesem marktwirtschaftlichen Offensivkonzept profiliert die SPD sich als Partei der Wirtschaft. Mit dem Bekenntnis zur Industriegesellschaft („*es gibt nur Alternativen in ihr*") und der Abgrenzung zu grünen Ausstiegsforderungen ist eine erste Bedingung erfüllt, sich in eine für das Kapital akzeptable Konkurrenz mit den Konservativen „Umwelt-Stümpern" zu begeben. Mit der Übernahme des Begriffs der „Modernisierung" (Glotz: nicht den Konservativen überlassen) ist diese Seite des SPD-Konzepts beschrieben.

Gegenüber der Bundesregierung wird die Abgrenzung verschärft. Zimmermanns Katalysator-Schwierigkeiten werden zum „nationalen Desaster". Also fordert die SPD, der Umwelt zuliebe jetzt das Tempolimit — so auf dem Dortmunder Kongreß, wohlweislich ohne Begrenzungszahlen zu nennen. Die Tatsache weiter ansteigender Massenarbeitslosigkeit wird benutzt, eine Beschäftigungsoffensive Umweltschutz zu propagieren. Dabei dürfte das SPD-„Sondervermögen" größeren Anklang finden als das DGB-Beschäftigungsprogramm, lockt die SPD doch schwerpunktmäßig damit. *„Wer sich besonders umweltfreundlich verhält, wird belohnt"*, in diesem Fall durch Investitionsanreize und einen Vorschlag, der über einen „Umweltpfennig" auf Strom, Benzin und Gas die Bürger zur Kasse bittet (*„Die Bürger sind bereit, Opfer zu bringen"* für den Umweltschutz).

Der „Brückenschlag"

Der „Brückenschlag"

Geradezu traditionell mutet bei dieser Offensive das Zusammenspiel SPD/Gewerkschaften an. Nachdem die SPD-Kampagne seit Herbst 1984 läuft, in allen 240 Partei-Unterbezirken Umweltschutzbeauftragte eingeführt wurden, unzählige Parteifunktionärsversammlungen zu diesem Thema stattfanden, zogen auch die Gewerkschaften nach. Eine Woche vor dem Dortmunder Kongreß Arbeit und Umwelt legte der DGB sein neues Umweltprogramm vor. Auf dem Kongreß waren Parteisozialdemokraten, SPD-Umweltschützer und SPD-Gewerkschafter vereint. Johannes Rau propagierte den gelungenen *„Brückenschlag zwischen Arbeit und Umwelt"*. Oskar Lafontaine/Jo Leinen auf der einen Seite und Hermann Rappe/Franz Steinkühler, die Verfasser des wichtigsten Wirtschaftsprogrammentwurfs für das neue Parteiprogramm, auf der anderen Seite, wurden symbolträchtig für das, was Glotz im Herbst 1984 beschwor: *„SPD und deutsche Gewerkschaftsbewegung haben das Gegeneinanderausspielen von Arbeitsplätzen und Umweltschutz, wie es in den siebziger Jahren noch gang und gäbe war, überwunden"*. Kein Gewerkschaftsführer, der nicht zu betonen weiß, daß die Gewerkschaften „von jeher" Umweltschutz und Gesundheitsschutz im Interesse der Arbeitnehmer verfolgt hätten. Kaum noch eine Gewerkschaft, die nicht inzwischen ein Programm „Arbeit und Umwelt" anzubieten weiß. Und damit der sozialdemokratische Wandel nicht allzusehr auffällt, wird gerne an die Tradition der Naturfreundejugend erinnert.

Die Einbindung der DGB-Gewerkschaften in das neue SPD-Konzept ist eine zweite Erfolgsbedingung, mit der dieses Konzept als aussichtsreich verkauft werden soll. Kein Wirtschaftsaufschwung ohne Gewerkschaftsbeteiligung.



Der „Jobknüller"

Das Versprechen, neue Arbeitsplätze mit mehr Umweltschutz zu schaffen, ist denn auch der Hauptköder für die Gewerkschaften. 400.000 neue Arbeitsplätze in zehn Jahren verspricht das SPD-„Sondervermögen", fast 700.000 versprechen sich die Autoren des „Öko-Plans". Skepsis gegenüber diesen Zahlen ist mehr als angebracht. Unbestritten, auch im Lager der Kapitalisten ist die Erwartung des Umweltschutzes als Wachstumsbranche. So sind allerdings die bisherigen optimistischen Zahlen in der letzten Zeit etwas korrigiert worden. Da es keine reine Umweltindustrie gibt, sind entsprechende Berechnungen nicht ganz einfach. Etwa 180.000 Arbeitsplätze sind nach Berechnung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung (2) durch Umweltschutz ausgelastet. Das entspricht einem Umsatz von 16-18 Milliarden DM, eine Größenordnung vergleichbar *„den Betrieben der Feinmechanischen, Optischen und Uhrenindustrie (Beschäftigte 1980: 167 Tsd.) bzw. der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie (Beschäftigte 1980: 184 Tsd.)"* (Ifo). Allerdings schränkt die Untersuchung auch ein: *„So verdankten 1980 rd. 0,9% der im Unternehmenssektor bschäftigten Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz der umweltschutzinduzierten Inlands- und Auslandsnachfrage"*. Dies zeige, *„welcher vergleichsweise bescheidene Beitrag vom Umweltschutzsektor zur Lösung der gegenwärtigen und mittelfristigen Arbeitsmarktprobleme zu erwarten ist"*. Die Ifo-Untersuchung widerspricht damit nicht der Einschätzung vom Umweltschutz als Wachstumsbranche, zumal das Umsatzwachstum in diesem Bereich mit knapp 14% *„deutlich über dem Vergleichswert von 7,7% für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, Bauhauptgewerbes und Bergbaus"* lag und Expansionsmöglichkeiten vor allem im Export gesehen werden.

Das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Traumbild von Wirtschaftswachstum gleich Arbeitsplatzwachstum dürfte in der Realität allerdings einige Probleme bekommen. So ermittelte die gleiche Ifo-Studie in einer Unternehmensbefragung die jahresdurchschnittliche Steigerung der Umsatzerwartungen in der Umweltschutzindustrie von 7,1%, bei nur jahresdurchschnittlich 1,9% mehr Beschäftigten. Damit kündigt sich auch hier an, daß die Modernisierung gerade im Bereich der Zukunftstechnologien kaum den versprochenen Arbeitsplatzdurchbruch bringen dürfte, sondern trotz relativ hoher Wachstumserwartungen ein wesentlich langsameres Ansteigen der Beschäftigtenzahlen. Die Gewerkschaften begegnen diesem Problem der technologischen Entwicklung mit ihrer bekannten Forderung nach gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung.

Zwei wesentliche Widerstände setzt die Wirtschaft den sozialdemokratischen Vorstellungen bislang entgegen. Zum einen widerspeche die Schaffung des SPD-Fonds „Arbeit und Umwelt" rein marktwirtschaftlichen Lösungen und laufe in der Tendenz auf verstärkte Investitionslenkung hinaus, die eine *„Öko-Planwirtschaft"* bedeute (Institut der deutschen Wirtschaft, iwd um 21.3.85). Zum anderen bedeuten die Vorschläge erhöhter Auflagen, Gebote und Verbote sowie Abgaben eine unzumutbare, undifferenzierte Belastung der Betriebe. Auch die Autoren des „Öko-Plans" widersprechen in diesem Punkt den Sozialdemokraten. *„Häufig wirkt die Auflagenpolitik wie ein umweltpolitisches Rasenmäherprinzip"*. Sinnvoller sei eine Kombination von staatlich festgelegten Schadstoff-Obergrenzen mit marktwirtschaftlicher Regulierung durch Handel mit Umweltnutzungsrechten (Zertifikate). So könnten etwa moderne Betriebe die Schadstoffbegrenzungen weit unterhalb der Obergrenze halten, während andere darüber blieben. Solche Ideen — Praxis in den USA — finden zunehmend Anklang auch in der bundesdeutschen Wirtschaft.

Schließlich geht die Industrie den unvermeidlichen Konflikt mit den Gewerkschaften ein, wenn sie vorschlägt: *„Die Gewerkschaften könnten Beschäftigung und Umweltpolitik am besten voranbringen, wenn sie in ihre Tarifpolitik den Preis für eine saubere Umwelt einkalkulieren"* (iwd, 21.3.85).

„Das Engagement der Umweltschutzbewegung als Wasser auf die Mühlen einer vernünftigen Politik leiten"

Mit der Übernahme der Forderung nach Tempolimit hat die SPD den Grünen eines ihrer Themen geklaut. In der Kernenergiefrage erweckt sie einen ähnlichen Eindruck. Lafontaine sprach sich im Saarland gegen AKWs aus, das kostet nichts, weil niemand eines dahin stellen wollte. Börner erweckt in Hessen den Eindruck des „Ausstiegs" aus der Kernenergie, eifrig befördert durch Experten-„Doppelvierer" und die Grünen selbst. Das weckt Hoffnungen bei den Gegnern der Atompolitik, schafft aber auch Ärger bei der Industrie. Doch dafür hat man ja den Rappe, der mit klaren Worten Mißverständnisse beseitigt. Farthmann und Rau opponieren mittlerweile sogar gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar, dem sie in 10 Jahren 16 Teilerrichtungsgenehmigungen und Milliarden-Zuschüsse verschafft haben. Die Spekulation liegt nahe, daß

lerweile sogar gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar, dem sie in 10 Jahren 16 Teilerrichtungsgenehmigungen und Milliarden-Zuschüsse verschafft haben. Die Spekulation liegt nahe, daß

auf dem Wege neues Geld locker gemacht wird, der Industrie ein inzwischen nicht mehr geliebtes Zuschußprojekt vom Halse zu schaffen. Im Zweifelsfall besiegt dann noch die Bundeskompetenz Länderwiderstand. Auf jeden Fall: Die SPD scheint in Opposition.

Willy Brandt hat die sozialdemokratische Doppelstrategie, ökonomische Fehlentwicklungen zu korrigieren und den sinnvollen Ansatz der ökologischen Bewegung in die sozialdemokratische Reformorientierung zu integrieren, sehr treffend formuliert: *„Ich bin mit dem Finanzchef des Hauses Daimler-Benz, mit Edzard Reuter, völlig einig, wenn er sagt, er plädiere ‚nachdrücklich für ehrgeizige, für anspruchsvolle Ziele, geordnet nach Prioritäten, die dann im Rahmen marktwirtschaftlicher Prozesse abgearbeitet werden können'. Dies meine ich auch: Klare, manchmal sogar radikale Vorgaben des Staates, die dann in eigener Verantwortung der Industrie marktwirtschaftlich ‚abgearbeitet' werden ... Wer das ökologisch Notwendige durchsetzen will, muß stark genug sein, ökonomische Macht- und Interessenlagen zu überwinden. Wir wollen das Engagement der Umweltschutz-Bewegung voll anerkennen und als Wasser auf die Mühlen einer vernünftigen Politik leiten"* (Rede vor SPD-Funktionären am 24.10.84, abgedruckt in „Neue Gesellschaft", 11/84). Glotz faßte dies in die organisationspolitische Aufgabe *„wir versuchen, über unsere Kampagne 'Arbeit und Umwelt' (und mit einem System der Umweltbeauftragten in allen Unterbezirken) in der Umweltbewegung mitzuwirken"* (*„Die Partei muß die Kampagnefähigkeit zurückgewinnen"*, Thesen abgedruckt in FR, 31.1.85).

Die Partei, so Erhard Eppler, *„werde die zweite Phase sozialdemokratischer Reform- und Friedenspolitik beginnen ... Die SPD sei wieder auf dem Weg zu einer Reformpartei"* (FAZ, 18.6.85).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Grünen müssen dabei allerdings aus dem Weg geschafft werden. Entweder über den Weg, daß sie zeigen müssen, ,,*ob sie nur Ankläger gegen Umweltzerstörung sein wollen oder Verantwortung für Arbeit und Umwelt zu übernehmen bereit sind*'', oder Verweigerung von Mitverantwortung nur ,,*um den Preis einer drastischen Schrumpfung ihres politischen Gewichts*'' möglich ist, so Thomas Meyer, Mitglied der SPD-Grundwerte-Kommission. Er empfiehlt daher seiner Partei und den Gewerkschaften dringend den Dialog mit den Grünen, da die SPD mittlerrweile ein ,,*glaubwürdiges ökologisches und soziales Profil vorweisen kann*''.

Die Klärung der 'Grünen-Problematik' ist die dritte Bedingung, die die SPD für die Verwirklichung ihres marktwirtschaftlichen Konzeptes Arbeit und Umwelt anbietet.

Und die Chancen stehen gut.

,,Umweltverantwortung beginnt in der Familie, im eigenen Haushalt''

Die Grünen bewegen sich in ihrer Umweltpolitik zwischen radikaler Apokalypse-Prognose und individueller Verhaltensänderungs'strategie' sowie realpolitischer Anpassung in der Praxis.

Kein grünes Flugblatt, in dem nicht du und ich darauf hingewiesen werden, daß wir durch Änderung unseres Verhaltens einiges zur Verbesserung der Umwelt beitragen können: weniger bis gar nicht autofahren, weniger Fleisch essen, getrennt Müll sammeln, keine Batterien wegschmeißen usw. Der daran festgestellte Bewußtseins- oder Wertewandel mag Verhalten verändern, aber nicht unbedingt die Gesellschaft. Ein Blick in die ,,Spiegel''-Bestseller-Liste klärt auf, wie ansprechbar die Bürger darauf sind: Grießhammers Öko-Knigge, Kochs Umweltschutz zu Hause und Chemie im Haushalt sind Verkaufsrenner. Auch die Gegenseite weiß damit umzugehen. Umwelterhaltung, ,,*das betrifft alle. Denn jeder ist Umweltnutzer und Umweltverschmutzer in einer Person*'', schreibt Zimmermann in seiner Ministeriumswerbebroschüre ,,*Wir und unsere Umwelt*''. ,,*Nur wenn Staat, Industrie und Bürger an einem Strang ziehen, ist wirksamer Umweltschutz möglich*''.

,,*Umweltverantwortung beginnt in der Familie, im eigenen Haushalt*'' schreiben die katholische und evangelische Kirche in ihrer gemeinsamen Erklärung ,,*Verantwortung für die Schöpfung tragen*'' am 30.5.85.

Ganz in diesem Sinne fordern die Bundestags-Grünen in der Abfall-Debatte des Bundestages fünf Mark Pfand auf jedes Thermometer, fünf Mark Pfand pro gekauftem Film, drei Pfand auf jedes Thermometer, fünf Mark Pfand pro gekauftem Film, drei Mark Pfand auf jede Batterie (wieso nur drei?), mindestens 30 Pfennig Zwangspfand auf alle Getränkeverpackungen. Was ist daran noch radikal, außer der Höhe der Zwangspfand-Forderung? Sicher, die Grünen fordern auch anderes, aber sie unterstützen geradezu die Gleichgewichtigkeit der Umweltverschmutzer, ob Industrie, du oder ich. Oder fördert das nicht vielmehr die nicht nur sozialdemokratische Feststellung: ''Die Bürger sind bereit, Opfer zu bringen''?

Kein Wunder, daß die Grünen Abgrenzungsschwierigkeiten zur Sozialdemokratie bekommen, wenn sie, wie jüngst im Bundestag, einen ,,Ökologischen Nachtragshaushalt'' von 1,4 Mrd. DM für die Abwasserentgiftung, Altlastensanierung, Entgiftung der Kohlekraftwerke, Energieeinsparung und Verkehr einbringen, der sich nicht nur in den Forderungen nicht von vergleichbaren SPD-Programmen unterscheidet, sondern parallel zum ,,Umweltpfennig'' der SPD zur Finanzierung u.a. die Anhebung der Mineralölsteuer um fünf Pfennig pro Liter Benzin fordert. Grüne Konstruktivität statt antikapitalistischer Umweltschutz — setzt sich diese Tendenz fort, ähnlich wie in der hessischen Realpolitik, die realistisch erkennt, daß Ausstieg aus der Atomenergie auf der parlamentarischen Ebene nur als Scheinausstieg möglich ist, dann dürfte der Integrationsanteil der ökologischen Erneuerung der Sozialdemokratie zunehmend weniger Probleme bekommen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

(1) Brunowsky/Wicke, Der Öko-Plan — Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder, München 1984
(2) Sprenger/Knödgen, Struktur und Entwicklung der Umweltschutzindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Ifo-Berichte 9/83, Berlin (West), 1983

SPD-Programm Arbeit und Umwelt

Es ist Zeit für eine »nationale Anstregung«(Glotz)

,,*Es ist Zeit für eine ,nationale Anstrengung' zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft*'', diese Parole gab SPD-Geschäftsführer Glotz im Oktober 1984 für die Partei aus. Schwerpunkt sollte dabei eine Kampagne ,,*Arbeit und Umwelt — Für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft*'' sein.

Am 22. März 1985 verabschiedete die Partei ihre ,,*Dortmunder Thesen für Arbeit und Umwelt*''. Ausgangspunkt in den Thesen ist die millionenfache Arbeitslosigkeit und bedrohliche Gefährdung der Umwelt. Umweltschutz ,,*ist ökonomisch sinnvoll und schafft Arbeitsplätze*'' und er ,,*ist technisch möglich*''. Neue Techniken wie ,,*Mikroelektronik, neue Materialien, biologische Verfahren, Energiegewinnung aus organischen Abfällen, neue Energietechniken oder Recyclingtechniken ... machen eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise, die Belastungen erst gar nicht aufstaut, zu einem realistischen Ziel*''. **,,Es gibt keine Alternativen zur Industriegesellschaft, wohl aber Alternativen in ihr''**, dieses Schlagwort, auch vom DGB übernommen, ist mittlerweile sozialdemokratisches Allgemeingut, ebenso die Aussage: ,,*Unterlassener Umweltschutz bedroht Arbeitsplätze*''. Notwendig sei verstärkte gewerkschaftliche Mitbestimmung bei der ökologischen Modernisierung.

Die Handlungsebenen:
— ,,*Absprachen zwischen Staat und Industrie, Stufenpläne, die die Tarifparteien aushandeln, sowie staatliche Regelungen*'';
— verstärkte Umweltinvestitionen der Kommunen, Mittelbeschaffung über ,,*eine Reform der Gemeindefinanzen*'';
— ein ,,*Altlastensanierungsfonds der Industrie, der durch eine Umlage innerhalb der Industrie aufzubringen ist*'';
— Absprachen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Die Ziele:
— Verbesserung der Luft;
— Reinigung von Wasser, Abwasser und Grundwasser, Reduzierung des Wasserverbrauchs in Industrie und Haushalt;
— Reinigung des Bodens von Altlasten und schrittweise Umstellung industrieller Produktionsverfahren in der Landwirtschaft, Flächensparen bei Stadt-, Landschafts- und Verkehrsplanung;
— Schutz des Menschen vor Umweltschäden insbesondere am Arbeitsplatz;
— Schutz des Menschen vor Umweltgefahren insbesondere am Arbeitsplatz; Umkehr der Beweislast: Zukünftig sollen die Betriebe die Beweislast für die Unschädlichkeit eines Produktes übernehmen.

Mobilisiert werden sollen für die ,,nationale Anstrengung'':
— Architekten für Stadt- und Dorferneuerung;
— Handwerker, Techniker und Ingenieure für die Forschung;
— Wissenschaftler und Unternehmer, die ,,*Computer und Mikrochips*'' für die Überwachung der Umwelt, statt für die Überwachung von Menschen zur Verfügung stellen;
— sowie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ,,*zur Hilfe und Unterstützung älterer und kranker Mitbürger*''.

Kritisiert werden ,,*die konservativ-liberale Koalition*'', die ,,*weder die gesellschaftspolitische Bedeutung der Umweltkrise noch die industrie- und beschäftigungspolitische Chance des Umweltschutzes erkannt*'' hat und die Grünen: Sie ,,*klagen nur an, ohne Verantwortung übernehmen zu wollen*''.

,,*Die Sanierung der Umwelt und die ökologische Modernisierung haben auch ihren Preis. Wir Sozialdemokraten rechnen hierfür mit der Zustimmung der großen Mehrheit unseres Volkes.*''

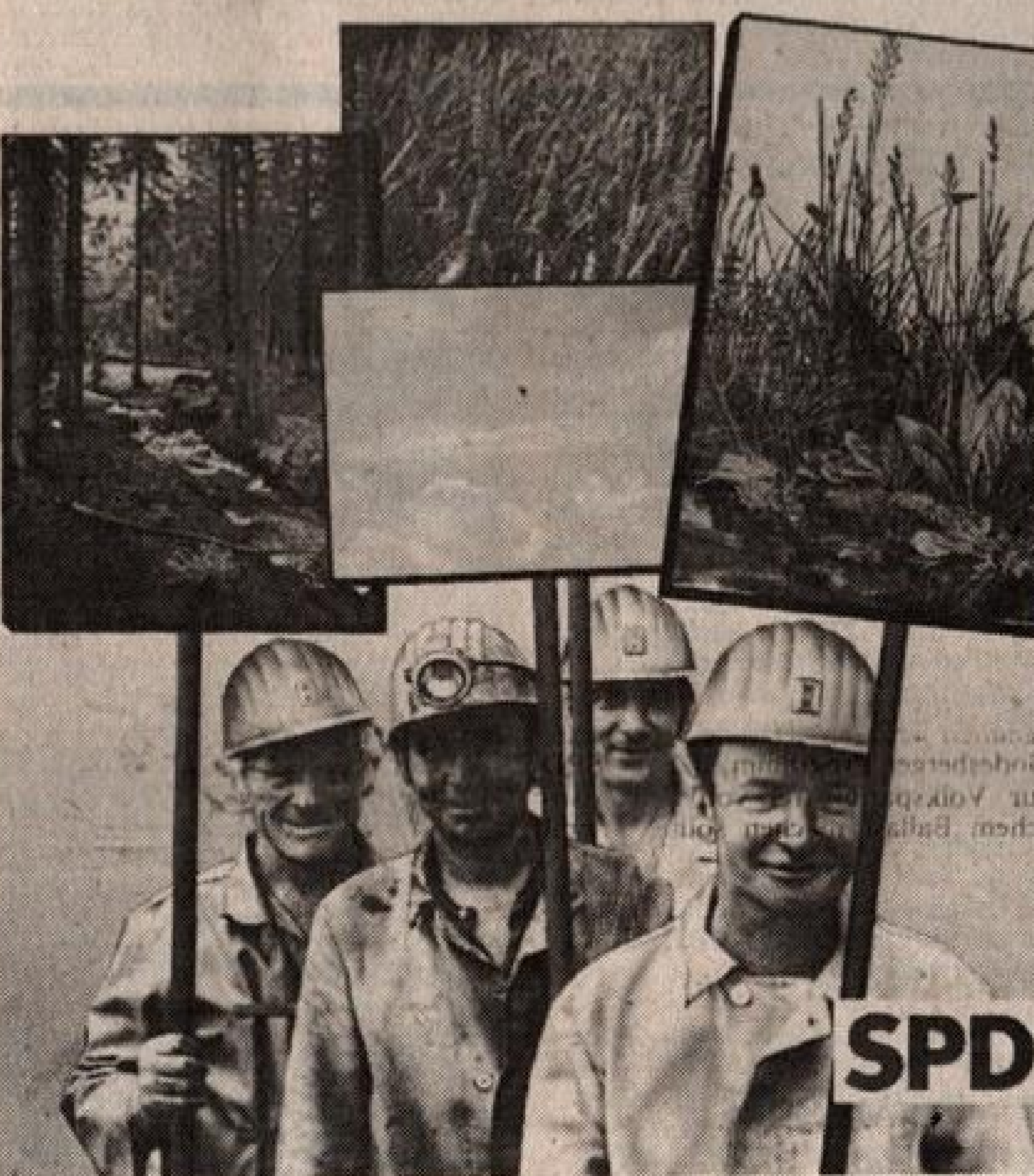
,,Für eine saubere Umwelt mittels moderner Technologien durch Nutzung von Marktchancen, durch vorsorgendes staatliches Handeln und Anreiz privater Investitionen: Das ist der sozialdemokratische Kurs zur ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft'', heißt es abschließend zutreffend in den Thesen. (1)

Sondervermögen Arbeit und Umwelt

Dieses ,,Sondervermögen'' hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im Juli 1984 im Bundestag eingebracht. Es ist ein Investitionsprogramm in den Bereichen Gewässerschutz, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung, Energieeinsparung, Lärmschutz, Naturschutz und Stadtökologie sowie Umweltüberwachung.

Als 10-Jahresprogramm soll es jährlich Investitionskredite von ein Prozent des Bruttosozialprodukts ,,*mobilisieren*' (ca. 18 Milliarden DM). 4,7 Milliarden DM davon sollen bereitgestellte zinsgünstige Kredite sein, die 2 bis 4 Prozent unter den marktüblichen Zinssätzen liegen sollen. Bezahlen sollen dieses ,,Sondervermögen'' alle. Denn: Eine ,,*saubere Umwelt ... ist zum Nulltarif nicht zu bekommen.*''

Die SPD beruft sich auf die Bereitschaft der Bürger, ,,*Opfer zu bringen*'', dies müsse allerdings ,,*von allen gesellschaftlichen Gruppen*'' erwartet werden. Auch wenn die Anwendung des ,,*Verursacherprinzips*'' ,,*Kernstück sozialdemokratischer Umweltpolitik*'' ist, beinhaltet der konkrete SPD-Vorschlag nur das ,,*Gemeinlastprinzip*''. Daher dürfen die Kredite nur für solche Umweltschutzmaßnahmen vergeben werden, die ,,*nicht zur Aufhebung des Verursacherprinzips führen*'', wie: Altlastensanierung, Zusatzaufgaben der öffentlichen Hand, private Umweltinvestitionen, die ,,*über die rechtlichen Verpflichtungen hinausgehen*'', ,,*Pilotprojekte*'' zur Schaffung eines neuen Umwelttechnologiemarktes, regionale Ausgleichsmaßnahmen, die ohne Unterstützung zu unzumutbaren Belastungen der jeweiligen Region führen könnten.



Zur Finanzierung des ,,Sondervermögens'' soll ein ,,*Umweltpfennig*'' auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas aufgebracht werden (soll 4,7 Mrd. DM erbringen), die Restsumme müssen die Investoren selber finanzieren. Die Mehrbelastung (das Opfer) für die privaten Haushalte wird mit 4,50 DM-10,50 DM monatlich als ,,*vertretbar*'' errechnet.

Die Aufgabe des Staates soll es sein, den Umweltschutz zu steuern durch:
— Absprachen zwischen Bundesregierung und Industrie;
— Gebote und Verbote (Beispiel: Bundesimmissionsschutzgesetz);
— steuerliche Regelungen (Abschreibeerleichterungen nach § 7 des Einkommenssteuergesetzes);
— Abgaben (Beispiel: Abwasserabgabe);
— öffentliche Zuschüsse (wie in diesem Fall das ,,Sondervermögen'').

Ziel: **,,Wer sich umweltfreundlich verhält, wird belohnt''.**

Profitieren sollen davon alle: Durch das ,,Sondervermögen'' nach dem ,,Gemeinlastprinzip'' würden insgesamt 200.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch die Anwendung der anderen oben angegebenen Instrumentarien nach dem ,,Verursacherprinzip'' noch einmal 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Der Staat wird auch nicht zu klagen haben: ,,*Die staatliche Förderung von Umweltmaßnahmen hat verhältnismäßig hohe Beschäftigungseffekte gegenüber anderen staatlichen Ausgaben. Jede Mark, die für diesen Zweck investiert wird, finanziert sich zu 70 Pfennig aus den Einsparungen von Kosten aus Arbeitslosigkeit und durch steigende Steuereinnahmen*''.

Der Wirtschaft wird ein ,,*qualitativer Wachstumsprozeß*'' versprochen, ,,*neue Märkte*'', insbesondere ,,*neue Absatzfelder auf den Weltmärkten*''; ,,*Zumindest würde die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie in einem Bereich gestärkt, der in den nächsten Jahrzehnten wegen der weltweiten ökologischen Krise erhebliche Absatzchancen erwarten läßt*''. (2)

1) Dortmunder Thesen für Arbeit und Umwelt — Beschlossen vom Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen am 22.3.85 in Dortmund
2) Sondervermögen Arbeit und Umwelt — Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, Juli 84 (Beides in: Materialien Arbeit und Umwelt — Fachkongreß der SPD-AfA, Dortmund, 22./23. März 1985; herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn).

Anmerkungen zum Rappe/Steinkühler-Papier über das Verhältnis von »Arbeit und Umwelt«

,,*Gute Parteien zeichnen sich dadurch aus, daß sie einen zweifachen Integrationsprozeß ermöglichen: Auf der politischen Ebene ein Integrationsprozeß der Flügel, die in allen lebendigen Parteien vorhanden sind; auf der gesellschaftlichen Ebene durch eine Integration verschiedener Gruppen und Schichten, die mehr erbringt als eine Aggregation von Einzelinteressen. (...) Die SPD hat z.B. mit ihrem Kongreß ,Arbeit und Umwelt' klargemacht, daß es eine ökologische und ökonomische Verständigungsmöglichkeit zwischen Hermann Rappe und Jo Leinen (und den jeweiligen gesellschaftlichen Denkschulen) gibt.*'' Also sprach Geschäftsführer Glotz in seinem ,,taz''-Gastkommentar ,,*Anmerkungen zu zwei Jahren Politik der Partei ,Die Grünen' in den Parlamenten*'' (,,taz'', 14.5.85). Allem Anschein nach reicht die flügelübergreifende sozialdemokratische Verständigung über gemeinsame Auftritte auf Wahlkampfveranstaltungen hinaus. In der ausgewogen besetzten Programmkommission der SPD, auch Godesberg-Kommission genannt, deren Aufgabe die Aktualisierung des 1959 in Godesberg beschlossenen Grundsatzprogramms ist, kam es jüngst auch zum ,,programmatischen Schulterschluß zwischen Gewerkschaftern und Ökologen, Linken und Rechten in der SPD'' (,,FR'', 2.5.85). Kanalarbeiter und IG-Chemie-Chef Hermann Rappe präsentierte der Programmkommission zusammen mit dem ,,linken'' IG-Metaller Franz Steinkühler den Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm. Dieser Programmteil ist der aktuell wichtigste. Er soll rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1987 verabschiedet sein und im Wahlkampf eingesetzt werden.

Innere Stabilität sichern

Wie einfach lagen doch die Dinge bei Verabschiedung des Godesberger Programms: Auf der Grundlage ,,stetigen Wirtschaftsaufschwungs'' wurde als Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftpolitik formuliert: ,,*stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung*''.

Heute, 26 Jahre später, sehen Rappe und Steinkühler ,,die westlichen Industrienationen ... in einer Bewährungsprobe'': ,,*Nach einer langen Periode wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts hat die Industriegesellschaft viel von ihrer Integrationskraft eingebüßt. (...) Der Rückfall in eine Gesellschaft antagonistischer, sich rücksichtslos bekämpfender Gruppen in einem Staat, der an der Seite der Mächtigen, Vermögenden und ökonomisch Starken steht, ist mit einer sozialdemokratischen Zukunftsvision unvereinbar.*'' Die Sozialdemokraten treten nunmehr an, die von den Konservativen gefährdete ,,innere Stabilität'' und den ,,sozialen Frieden'' zu bewahren und das ,,Bewußtsein für die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für gleiche Lebenschancen und für die ethisch-moralische Kraft solidarischen Verhaltens'' zu entwickeln.

,,Hohe Wachstumsraten sind kein Wert an sich''

...schreiben Rappe und Steinkühler, und weiter: ,,*Wachstum kann sogar schädlich sein, wenn wichtige Nebenbedingungen wie Umweltschutz und Verteilungsgerechtigkeit nicht beachtet werden.*''

So banal das ist — bei dem gegebenen Niveau politischer Auseinandersetzungen hierzulande dürfte selbst diese schlappe Floskel noch etwas hergeben für eine politische ,,Zuspitzung'' im Sinne von Peter Glotz (1). Dafür sorgt schon Geißler, dem es nicht schwerfallen dürfte, hier einen Beleg für sozialdemokratische ,,Technik- und Industriefeindlichkeit'' auszumachen.

Daß das von Rappe und Steinkühler proklamierte ,,qualitative Wachstum'' den Kapitalisten reichlich Profite bringen soll, steht selbstverständlich überhaupt nicht in Frage. Staatlich geförderte Forschungsaktivitäten z. B. zum Zwecke der Rohstoff- und Energieeinsparung, ,,Umweltforschung oder die Humanisierung der Arbeit'' als ,,ein Hauptziel technologischer Anstrengungen'' sollen nämlich ,,*Investitionschancen (erschließen) und (...) zu einer Verringerung der Massenarbeitslosigkeit bei(tragen)*''. Voraussetzung: soziale Kontrolle, vor allem durch die Tarifparteien, die die technische Entwicklung nach dem ,,sozialen Kosten-Nutzen-Prinzip'' beurteilen und auch die ,,*mittelbaren, indirekten Kosten — z.B. die Umweltbelastungen oder die Kosten von Arbeitslosigkeit*'' berücksichtigen sollen.

,,Immaterielle Werte'' nicht vergessen!

Vom ,,stetig steigenden Wohlstand'' des Godesberger Programms, an dem jede/r einzelne ,,gerecht'' beteiligt werden sollte, haben Rappe und Stein-

Fortsetzung nächste Seite



,,Steuermann'' Rappe

Fortsetzung von vorheriger Seite

kühler Abschied genommen zugunsten eines ,,Zielkompromisses'': Zu vermitteln gelte es zwischen der Förderung ,,wirtschaftlicher Tätigkeiten, die lebenserhaltend und lebensschützend, rohstoff- und energiesparend und umweltfreundlich sind'' und dem ,,noch keineswegs gesättigten Bedarf gerade der einkommensschwachen Familien''. Letztere werden für alle Fälle getröstet: ,,*Das Wohlbefinden des einzelnen hängt nicht allein vom materiellen Wohlstand ab.*'' Wer individuell in dem oben beschriebenen ,,Zielkonflikt'' den kürzeren zieht und auch aus dem zusammengestrichenen Sozialetat nichts mehr für sich herausholen kann, findet dennoch, das versprechen Rappe und Steinkühler feierlich, ,,Geborgenheit in einer nach außen und innen stabilen Gesellschaft''. Denn: ,,*Es bestehen gute Chancen, die nichtmateriellen Bestandteile des erreichten Lebensstandards auszuweiten. Dafür ist bei aller notwendigen Mobilität und Leistungsorientierung darauf zu achten, daß immaterielle Werte, wie etwa Verwurzelung in der Heimatgemeinde, freiwilliges Engagement für Gemeinschaftaufgaben, Arbeitsfreude, Anerkennung in der Gemeinschaft nicht Schaden nehmen.*''

Dieser sozialpolitische Brückenschlag ist nicht mehr bloß flügelübergreifend gesamtsozialdemokratisch, sondern wahrhaft überparteilich. Er bezieht das christdemokratische ,,Sub-

Schaden nehmen.''

Dieser sozialpolitische Brückenschlag ist nicht mehr bloß flügelübergreifend gesamtsozialdemokratisch, sondern wahrhaft überparteilich. Er bezieht das christdemokratische ,,Sub-

sidiaritätsprinzip'' (2) ebenso ein wie rechts-grüne Anti-Sozialstaatlichkeit. Wo das Godesberger Programm noch ,,jedem Bürger'' eine ,,staatliche Mindesrente'' zugestand, nimmt die 85er SPD ,,Abschied von der Vision einer wohlfahrtsstaatlichen Betreuung aller Gesellschaftsmitglieder'' und setzt an die Stelle dieser ,,Vision'': ,,*Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe oder Selbsthilfe in Gruppen und karitative Projekte*'' (Programmkommissionsmitglied Johanno Strasser im ,,Spiegel'', 7.1.85).

,,Solidaropfer gerechtfertigt''

,,Arbeit für alle'' fordern Rappe und Steinkühler, zumindest ,,grundsätzlich''. So verlangt es das ,,Solidaritätspostulat'', hinter das ,,rein betriebswirtschaftliches Denken zurücktreten'' muß. ,,*Ein der Gesellschaft aufgelegtes ,Solidaropfer' erscheint daher gerechtfertigt. Es kann verschiedene Formen wie Einkommensübertragungen, Lohnzuwachsverzichte oder Ausgleichsabgaben annehmen.*'' An welche Teile ,,der Gesellschaft'' hier vor allem gedacht ist, liegt auf der Hand: z.B. die Lehrer und ähnliche gutverdienende Faulenzer, denen etwa der NRW-Kultusminister Schwiers ,,Einkommensübertragungen'' oder der GEW-Vorsitzende Wunder ,,Lohnzuwachsverzichte'' abverlangen wollen. Den Unternehmern wird mit einer ,,Wertschöpfungsabgabe'' und mit Arbeitszeitverkürzung gedroht: Beides muß ,,diskussionswürdig sein''.

Einerseits und andererseits...

...dieses Programm hat wenig Reiz; der Rest — ,,Umwelt'', ,,Markt und Lenkung'', ,,Internationale Verbundenheit'', ,,Demokratisierung und Mitbestimmung'' — ist noch schwammiger. ,,*Die Umwelt ist kein , freies Gut'* '' heißt es da z.B., ,,andererseits'' ist ,,*die Erhaltung und Schonung der Umwelt auch kein oberstes Ziel, hinter dem alle wirtschaftlichen und sozialen Überlegungen ,per se' zurückzutreten haben.*'' Der in der Umweltschutzbranche liegende ,,kräftige Anreiz für Forschung und Entwicklung'' und der ,,Kompetenzvorsprung'' (wörtlich!) der SPD ,,vor anderen politischen Kräften'' werden es schon richten.

,,*Das gemischtwitschaftliche System — private Unternehmen, öffentliche Unternehmen, freie Gemeinwirtschaft und Genossenschaften — hat sich im großen und ganzen bewährt.*'' Trotzdem muß — welch schreckliche Drohung — ,,*die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Unternehmen offengehalten werden.*'' Das vielgeschmähte Godesberger Programm, das die SPD zur Volkspartei frei von ,,marxistischem Ballast machen sollte, nimmt sich dagegen geradezu radikal aus. Dort heißt es u.a.: ,,*Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. (...) Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist.*''

Bewährt hat sich, so Rappe und Steinkühler, auch die ,,internationale Verbundenheit'' — insbesondere ,,internationale Koordinierungsinstitutio-

vereinbar ist.''

Bewährt hat sich, so Rappe und Steinkühler, auch die ,,internationale Verbundenheit'' — insbesondere ,,internationale Koordinierungsinstitutio-

nen (Internationaler Währungsfond, Weltbank) wenngleich Sozialdemokraten natürlich weiter für ,,faire Bedingungen im Welthandel'' eintreten. Innenpolitisch ungelöste Fragen bleiben der Regelung durch die ,,Verträge und Absprachen der Tarifparteien'' vorbehalten — und ,,verfeinerter'' Mitbestimmung.

Anmerkungen

(1) Peter Glotz: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken; Westberlin 1984

(2) ,,Subsidiarität, eine gegen den totalitären und zentralistischen Staat gerichtete Ordnung des Gemeinschaftslebens, in der die jeweils übergeordnete Gemeinschaft die Wirkungsmöglichkeiten der untergeordneten anerkennt und nur die Aufgaben an sich zieht, die von dieser nicht erfüllt werden können'' (dtv-Konversationslexikon in 20 Bänden).

DGB: Umweltschutz als Retter von Lohnarbeit und Kapital

,,*Ein Renner*'' sind die Umweltthesen des DGB vom 13.3.85 geworden, schreibt die ,,Welt der Arbeit''. 370.000 statt der ursprünglich kalkulierten 100.000 Exemplare sind von der Broschüre ,,*Umweltschutz und qualitatives Wachstum*'' bislang vertrieben worden, und der Strom der Bestellungen reiße nicht ab.

,,*Mit diesem Schwerpunktthema halten wir den Grünen etwas entgegen, das praktikabel ist und den Arbeitnehmern nützt*'', so bewertet Dr. Werner Schneider, Hauptverfasser des Programms, die vorgelegte Arbeit. Ist das so? Hat der DGB das Thema Umweltschutz jetzt in der Weise entdeckt, daß er einen Angriff auf die bisherige Produktionsweise und ihre Folgen für Menschen und Natur startet? Mitnichten. Das vorliegende Programm ist in erster Linie ein Beschäftigungsprogramm, das den für notwendig gehaltenen Mindestumweltschutz und die Entwicklung einer Umweltschutzindustrie als neue, profit- und arbeitsplatzträchtige Wachstumsbranche entdeckt hat und propagiert. Dabei werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen und gewerkschaftlich neuentdeckt, die die sogenannte Ökologiebewegung, die diversesten Umweltinstitute, der BBU und die Grünen seit Jahren als einzelne Maßnahmen gefordert haben.



Karikaturen aus: ,,SOZIALISMUS'' 6/85

Karikaturen aus: ,,SOZIALISMUS'' 6/85

Mit dieser Bewertung soll nicht prinzipiell gegen Beschäftigungsprogramme polemisiert, auch nicht in Abrede gestellt werden, daß viele Einzelpositionen dieses Programms geeignet sind, Anknüpfungspunkte für Betriebsräte und Gewerkschafter zu bieten, anders in die gewerkschaftliche Debatte um den Umweltschutz einzusteigen, als dies bislang der Fall war; immerhin kann man sich jetzt punktuell auf schriftlich Niedergelegtes berufen. Es soll aber andererseits auch darauf hingewiesen werden, daß das Programm keine grundlegende Kursänderung des DGB signalisiert, sondern nur die Erkenntnis — befördert durch die derzeitige Oppositionslage — daß entgegen früherer Annahme die Forderungen der Umweltschutzbewegung nicht konträr zu bisherigen gewerkschaftlichen Auffassungen stehen brauchen. Demgegenüber bleibt die Befürwortung der Kernenergie durch den DGB genauso bestehen wie die Verfügungsgewalt über die Produktion und das, was produziert wird, nicht angegriffen wird. Ebensowenig ist aus dem Programm ablesbar, daß die Gewerkschaften ihre bisherige Praxis zu zugespitzten Umweltkonflikten (Boehringer, Norddeutsche Affinerie, Buschhaus z.B.) verändern werden, die da lautet, im Zweifel für den Arbeitsplatz und praktisch heißt: Vorrang für das kapitalistische Profitinteresse.

So ist das neue Umweltprogramm vom Bundesausschuß des DGB, in dem alle Einzelgewerkschaften vertreten sind, auch einstimmig verabschiedet worden. Der aktuelle Konflikt um NUKEM und ALKEM und die Stellung des DGB dazu verdeutlicht, daß mit der veränderten Haltung zum Umweltschutz nicht nach Lösungen gesucht wird, Konflikte mit den Kapitaleignern einzugehen u n d die sozialen Interessen der Beschäftigten zu verteidigen. Welchen Wert die erwähnte Einstimmigkeit hat, läßt sich daran ermessen, daß auf Intervention der IG Chemie und der IG Bergbau die von ihnen mitzuverantwortende Boehringer-Schließung und Kraftwerk Buschhaus-Genehmigung als Negativ-Beispiele für unterbliebenen Umweltschutz aus dem Vorwort des Programms gestrichen wurden. Dafür wird ein Positivbeispiel erwähnt: Da Gewerkschaften, anders als Bürgerinitiativen, Parteien und Verbände sowohl die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden (hier gemeint die Arbeitsplätze), als auch den Umweltschutz zu berücksichtigen haben, seien Umweltprobleme in der Regel nur durch ,,*Stufenpläne*'' zu lösen. ,,*Ein gelungenes Beispiel dafür ist die stufenweise Umstellung von Asbestverwendung und Asbestproduktion auf Ersatzstoffe. Damit wurden sowohl gesundheitliche Risiken minimiert, als auch zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen*'', heißt es im Programm-Vorwort.

Gelungenes Beispiel? 1980 wies der Arbeitsschutzexperte des DGB, Reinhold Konstanty, nach, daß jährlich ca. 10.000 Todesfälle bei Krebs auf Asbesteinwirkung zurückzuführen sind. Als er Gegenmaßnahmen forderte, wurde zeitweise im Bundesinnenministerium das Verbot von Asbest erwogen. Die Asbestindustrie und vorneweg die IG Chemie-Betriebsräte der Eternit AG liefen Sturm dagegen. Aus dem Verbot wurde nichts. Stattdessen einigten sich die Hersteller eines Zweiges der As-

Asbestindustrie und vorneweg die IG Chemie-Betriebsräte der Eternit AG liefen Sturm dagegen. Aus dem Verbot wurde nichts. Stattdessen einigten sich die Hersteller eines Zweiges der As-

bestproduktion, der Faserzementindustrie, mit dem Bundesminister auf ein Verfahren, in drei bis fünf Jahren die Asbestherstellung um 30-50% zu verringern. 1984 wurde ein weiteres Abkommen geschlossen, bis 1991 sämtliche Hochbauprodukte asbestfrei herzustellen. In anderen Bereichen wird zwar auf Asbest-Substitute (Ersatzstoffe) gedrängt, Auflagen hierfür gibt es aber nicht. Stufenpläne dieser Art nehmen langfristig reduziert diese nachweislich krebserzeugenden Stoffe, weitere zehntausende Todesfälle und unzählige Erkrankungen in Kauf (Folgekrankheiten beim Umgang mit Asbest sind zum Teil erst nach 25 Jahren erkennbar). Ausgerechnet dieses Beispiel als positiv herauszustellen, zeugt schon von einigem Zynismus der Programmverfasser.



,,Keine Alternative zur Industriegesellschaft''

,,*Für die Gewerkschaften gibt es keine Alternative zur Industriegesellschaft. Es gibt nur eine Alternative in ihr.*'' Damit erteilt der DGB im Vorwort ,,*denen eine klare Absage, die die Umweltprobleme zum Anlaß nehmen, einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu fordern*'', heißt es in Richtung Grüne. Andererseits wird ,,*eine grundlegende Anpassung der Industriegesellschaft an ökologische Notwendigkeiten*'' verlangt. Der Weg des Notwendigen (dringender Umweltschutz) wird dabei mit dem Nützlichen (Arbeitsplätze) verbunden: ,,*Durch umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen können viele Arbeitsplätze erhalten und neue zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Investitionsprogramm des DGB zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums bilden Investitionen für den Bereich des Umweltschutzes den Schwerpunkt.*''

,,*Für die Gewerkschaften beginnt Umweltschutz im Betrieb*'', ,,*die Arbeitnehmer haben nicht zuletzt ein wirtschaftliches Interesse am Schutz ihrer Umwelt: Nur ökologisch vertretbare Arbeitsplätze sind auf Dauer auch sichere Arbeitsplätze*'' (Abschnitt I.2).

In Abschnitt I.3. wird auf die ,,*verursachten volkswirtschaftlichen Schäden von erheblichem Ausmaß*'' verwiesen, die ,,*umweltpolitische Versäumnisse*'' nach sich ziehen. Um einen Ver-

In Abschnitt I.3. wird auf die ,,*verursachten volkswirtschaftlichen Schäden von erheblichem Ausmaß*'' verwiesen, die ,,*umweltpolitische Versäumnisse*'' nach sich ziehen. Um einen Ver-

gleich möglich zu machen, fordert der DGB die verstärkte ,,*monetäre Bewertung von Umweltschäden und von umweltverbessernden Maßnahmen*''.

Ist schon diese Beurteilung eher grüner Argumentation entliehen, so ist die nachfolgende Aussage neu für den DGB: ,,*Daß Gefahren für Arbeitsplätze weniger von Umweltschutz sondern von unterlassenem Umweltschutz ausgehen, zeigt insbesondere die Sachlage beim Waldsterben.*'' ,,*Vorbeugende Vermeidung*'' beim Umweltschutz verhindere ,,*entweder/oder-Situationen*'' zwischen Umweltschutz und Arbeitsplätzen, werden da die realen Konflikte harmonisierend formuliert (I.4.).

,,Die Japaner sind uns davongelaufen''

So hatte Schneider schon im November 1984 die bundesdeutschen Unternehmer in punkto Umwelttechnologien kritisiert (DGB-Funktionärsorgan ,,Die Quelle'' 11/84) und jetzt auch ins DGB-Programm geschrieben. Schlimmer noch, ,,*nicht wenige dieser Techniken ... beruhen auf der Weiterentwicklung deutscher Patente*''. Da ,,*unsere Unternehmer*'' die technische Entwicklung zu ,,*verschlafen*'' drohen (Quelle, 11/84), hilft der DGB ihnen auf die Sprünge aus Sorge um ,,*neue Märkte und Wettbewerbsvorteile in der neuen Sparte Umwelttechnik*'', die ,,*nicht durch Versäumnisse bei Forschung und Entwicklung und Erprobung verloren gehen*'' dürfen. Verwiesen wird auf den ,,*expandierenden und zukunftsträchtigen Markt*'', auf Exportchancen und Expansion auch dann, ,,*wenn industrielles Wachstum nicht auf der ganzen Breite stattfindet*'' (Abschnitt I.5.). Letzter Satz wurde übrigens in der ,,Quelle'' 11/84 noch als Aussage des Vorstands-



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

DGB: Umweltschutz als Retter

vorsitzenden des großen Konzerns Babcock (Schwerpunkt: Umwelttechnologien) wiedergegeben. Gewerkschaften und innovatives Kapital mal wieder auf gleichen Pfaden ...

Das „Schwerpunktprogramm Umweltschutz"

Das DGB-Beschäftigungsprogramm ist bei wenigen Ausnahmen überwiegend identisch mit den sozialdemokratischen Vorstellungen. Teilweise sind Formulierungen in diesem Programm wert- und satzgleich.

Es soll „*Umweltschutzinvestitionen vorrangig durch strenge bundeseinheitliche Auflagen, Gebote, Verbote und Abgaben unter gleichzeitiger Beachtung des Verursacherprinzips anregen*" (I.6.). Allerdings wird wie im SPD-Programm das Verursacherprinzip teilweise wieder außer Kraft gesetzt, indem das Gemeinlastprinzip Ausnahmeregelungen ermöglicht bei „*akuten Umweltnotlagen*", Sanierung von Altlasten und Belastungsausgleich unterschiedlich verschmutzter Regionen.

Das „*Schwerpunktprogramm Umweltschutz*" soll eine „*Investitionsoffensive zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums*" einleiten (II.2.). Zielrichtung ist dabei die Erhöhung der kommunalen Investitionstätigkeit, Voraussetzung eine Gemeindefinanzreform. 50 Milliarden DM sollen in fünf Jahren aufgebracht werden für die Bereiche Luft, Verkehr, Wasser, Energie, Abfallbeseitigung, Natur- und Landschaftsschutz, Umwelttechnologien, Umweltüberwachung, Wohnumweltverbesserung und Arbeitsschutz. Die detaillierte Aufzählung der für notwendig erachteten Einzelmaßnahmen enthält so ungefähr alles, was in der Vergangenheit Thema der „grünen Spinner" war, z.B. Rauchgasentschwefelung, Ausbau von Fahrradwegen, Sonnen- und Windenergie, biotechnische Energiegewinnung, getrennte Müllsammlung, Einschränkung von Einwegverpackungen, Filter aller Art, Begrünungsmaßnahmen und Verkehrsberuhigung (III.).

Zur Finanzierung werden einmal zusätzliche Kredite des Staates empfohlen; die entstehende Neuverschuldung würde „*langfristig die Konsolidierung der Staatsfinanzen erleichtern*", wenn zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden, was zu mehr Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben führen würde. Einem „*Sondervermögen*" (SPD-Vorschlag) „*steht der DGB aufgeschlossen gegenüber*", wenn es nicht zu „*direkten und indirekten Mehrbelastungen der Arbeitnehmerhaushalte*" führt, was ja bei der SPD geplant ist (I.6.). Zusätzlich sollen zur Finanzierung ein „*Altlastensanierungsfond der Industrie, der durch eine Umlage innerhalb der Industrie aufzubringen ist*", eingeführt werden, sowie erhöhte Schadstoffabgaben.

Schließlich erklärt das Programm den Umweltschutz zur verstärkten Aufgabe von Betriebs- und Personalräten, die in die sinnvolle Integration von Arbeitsbeschaffung mit Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz „*verstärkt gewerkschaftliche Forderungen zum Umweltschutz aufgreifen müssen, um nicht durch zu spätes Handeln vor schwer zu lösende Situationen gestellt zu werden*" (IV.). Zukünftig sollen sie in gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen ausführlich über Umweltbelastungen, gesundheitliche Risiken, Planung von Umweltschutzmaßnahmen, Gefährdung durch Arbeitsstoffe und in der Umweltgesetzgebung fit gemacht werden. Durch gewerkschaftliche Frühkoordination sollen positive Konfliktlösungen vergleichbar beim Asbest (die „*gerade durch die Gewerkschaften frühzeitig eingeleitet*" wurde, heißt es!) erfolgen.

Wichtig soll die Mitbestimmung im Zusammenhang mit dem Umweltschutz werden. Betrieblich durch das Mitbestimmungsrecht bei Berufung bzw. Abberufung von Umweltschutzbeauftragten, überbetrieblich durch die Forderung nach von den Verbänden zu besetzenden Wirtschafts- und Sozialräten, im ersten Schritt Strukturräte sowie durch die paritätische Besetzung der bestehenden Handwerks- und Landwirtschaftskammern. So könnten „*falsche Konfrontationen zwischen den Arbeitsmarkt- und Umweltproblemen gar nicht erst entstehen*".

(Umweltschutz und qualitatives Wachstum, Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1985).

Rappe (SPD, IG Chemie):
Gewerkschaftlicher Kampf für die Plutoniumwirtschaft

SPD Rappe ...

10. November 1977: 40.000 Arbeiter und Angestellte treffen sich im Dortmunder Fußballstadion zu einer „Energiepolitischen Großkundgebung" für die Kernenergie, gegen die Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach Stillegung aller Atomkraftwerke. Veranstalter sind der DGB-Bundesvorstand, die IG Bergbau und Energie, IG Metall, IG Bau Steine Erden, IG Chemie und die ÖTV. Unternehmen insbesondere der Kraftwerksindustrie unterstützen die reaktionäre Mobilisierung der Gewerkschaften mit Freifahrten, Handgeldern und Freßpaketen für die Beschäftigten.

Mittlerweile sind DGB und SPD umweltfreundlich geworden, haben die Synthese zwischen Arbeit und Umwelt gefunden, einstimmig. Hermann Rappe verbrüdert sich öffentlich mit Jo Leinen, der Arbeiterführer mit dem Umweltschutzbewegungsführer. Wenn das nichts ist!

21. Mai 1985: Vor dem Hintergrund der hessischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und Grünen um die Hanauer Nuklearbetriebe gerät die gemeinsame Betriebsversammlung der Alkem, Nukem, RBU und Transnuklear mit 1.500 Teilnehmern „*zu einer Gemeinschaftsdemonstration von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite für die friedliche Nutzung der Kernenergie*" (FAZ, 23.5.85). Unternehmensleitungen, Betriebsräte und als Stargast der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe machen diese Versammlung zu einer Kampfansage an die Grünen und das rot-grüne Bündnis in Hessen.

Wieder einmal wurde entlang der Frage Arbeitsplatzsicherung eine reaktionäre Mobilisierung im DGB unternommen. Der hessische DGB-Vorsitzende Richert warnte vor den Folgen eines *geplanten Ausstiegs aus der Atomenergie*", obwohl in den zur Verhandlung anstehenden Vereinbarungen SPD/Grüne davon gar nicht die Rede sein kann. Zusätzliche Ängste werden darüber mobilisiert, daß möglicherweise einem zukünftigen grünen Umweltminister die Gewerbeaufsicht und der Arbeitsschutz unterstehen: „*Und ein grüner Umweltminister hätte wohl die Sicherheit und den Schutz am Arbeitsplatz vernachlässigt*" (Richert im Interview mit der „Welt der Arbeit", 13.6.). Darauf „*wird die breite Arbeiterschaft empfindlich reagieren. Das sollte man besser nicht provozieren*", drohte er in einem anderen Interview (BILD, 10.6.). Wie gut hätten es die Arbeiter dagegen in einer „*rotschwarzen Koalition*", die Richert nicht „*grundsätzlich ausschließen*" mag („Welt der Arbeit"). Wie unterwürfige Sozialpartner mit solchem gewerkschaftlichen Rückhalt gebeugt werden, demonstrierte der RBU-Betriebsrat, der schriftlich erklärte, er habe „*volles Vertrauen*" zur Unternehmensleitung und gehe davon aus, „*daß dem Management keine Fehler bei der Formulierung des Genehmigungsantrages unterlaufen seien*" (zitiert in FR, 11.5.85); und Betriebsräte der Hoechst AG protestierten bei Börner, daß mit seinem Koalitionsangebot an die Grünen keine „*unserer Industrie zuträgliche, an den Interessen der in der Chemieproduktion beschäftigten Arbeitnehmer orientierte Politik betrieben*" werden könnte (FR, 10.6.).

Logisch, daß der hessische Unternehmerverband „*das klare Nein des hessischen DGB*" begrüßte (ebd.). Zuvor hatte der Verband selber vergleichsweise moderat reagiert. Er bat Börner um ein Gespräch, da die Beauftragung einer „*ausgewiesen wirtschaftsfeindlichen Partei*" mit dem Umwelt- und Energieressort „*nur als gegen die hessische Wirtschaft gerichtetes Handeln verstanden werden*" könne (zitiert in FR, 8.6.). Hoechst-Chef Sammet äußerte auf der Aktionärsversammlung seines Konzerns: „*Die Entwicklung in Wiesbaden ... läßt mich für die Zukunft unserer Arbeiter Schlimmes befürchten*" (FR, 5.6.).

Wozu auch sollen sie sich besonders aus dem Fenster hängen? Wie schon 1977 betrieben maßgeblich die DGB-Funktionäre das Drecksgeschäft für die Ziele der Atomindustrie.

Immerhin geht es auch anders: Die hessische GEW, der ÖTV-Vorsitzende Mai, und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Opel Arbeiter haben sich deutlich anders geäußert und Position gegen den DGB-Vorstand bezogen.

Rappe: Für schnelle Brüter und Plutoniumwirtschaft

IG Chemie-Chef Rappe ist ein zu politischer Fuchs, als daß er nicht Börners Taktik zur Demontage der Grünen zu respektieren wüßte. Um „*das Wählerpotential der Grünen zu verringern, dafür gibt es verschiedene Strategien und das Angebot Börners ist eine davon*" (Interview in Hannoversche Neue Presse, 30.5.85). Er weiß diplomatisch ein klares Nein zum hessischen Vorgehen zu umgehen. Klar ist sein Nein allerdings in Bezug auf jeden Ausstieg aus der Kernenergie. Für Rappe gehören AKWs und Plutoniumwirtschaft ganz zweifellos zur technologischen Modernisierung der Sozialdemokratie, was durchaus die Qualität solcherart ökologischer Neuorientierung beschreibt.

In seiner Rede auf der Hanauer Betriebsversammlung („Gegen die ‚Aussteigermentalität' in der Atomindustrie", abgedruckt in „Frankfurter Rundschau", 4.6.85) hat er die Ziele formuliert: Seine Gewerkschaft als Speerspitze der Arbeitsplatzerhaltung zu profilieren (so klagte er: „*Der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Arbeitnehmern der Nukleartechnik ist unterdurchschnittlich, die Bemühungen der IG Chemie Papier Keramik für diesen Bereich aber sind überdurchschnittlich*") und anknüpfend an dieses Arbeitsplatzinteresse die Ziele der bundesdeutschen Atomindustrie zu propagieren. Mehrfach berief sich Rappe in seiner Rede auf **Positionen des gesamten DGB,** die er vertreten würde. In einem Atemzug hat er sich für die „friedliche" Nutzung der Kernenergie ausgesprochen, um dann nacheinander die Wiederaufbereitungsanlage, den Hochtemperaturreaktor, den Schnellen Brüter und die Produktion hochangereicherten Urans namens des DGB zu vertreten, wobei er sich sogar aktiv für dessen Export ausgesprochen hat, weil er im Interesse der bundesdeutschen Wirtschaft keine „*Selbstbeschränkung*" akzeptieren könne (siehe nebenstehende Passagen aus seiner Rede).

Obwohl diese Aussagen nicht in allen Passagen durch das DGB-Programm abgedeckt sind, wird man mit Sicherheit auf relevanten Protest aus dem DGB und der SPD (deren Vorstandsmitglied Rappe ist) vergeblich warten.

Die letzte Äußerung des DGB zum Thema Kernenergie wurde im Dezember 1984 unter der Überschrift „*Keine Kehrtwendung*" in der „Quelle" veröffentlicht. Dort wird ein DGB-Bundesvorstandsbeschluß vom 2.10.84 erwähnt. Mit der Feststellung „*fehlerhafter*" Energiebedarfsprognosen der Vergangenheit wird „*unter* ***Versorgungsgesichtspunkten ein Zwang zum Zubau*** *von Kernkraftwerken (als) nicht mehr erkennbar*" gewertet und erleichtert festgestellt: „*Davon geht offenkundig auch die Energiewirtschaft aus*". Auf Basis dieses Konsenses heißt es weiter: „*Mit Rücksicht auf* ***technologische und exportpolitische*** *Nutzenerwägungen und unter Berücksichtigung* ***langfristiger*** *Energieversorgungsrisiken bedeutet dies aber keine Entscheidung gegen die technologische Weiterentwicklung der Kernenergie, also auch keinen Ausstieg*" („Die Quelle", 12/84, Hervorhebungen im Original). Weiter wird befürwortet, „*die Demonstrationsobjekte (Kalkar, Schmehausen)* ***in finanziell vertretbarem Rahmen*** *zur Sammlung möglichst umfassender Betriebserfahrungen mit dem Ziel verbesserter Technologiebewertung zu nutzen und die Wiederaufarbeitung in technologisch notwendigem Umfang weiterzuentwickeln*".

1977 — 1985: Viel sozialdemokratische Schminke hat der DGB aufgetragen, in den Grundpositionen hat es keine Veränderungen gegeben.



1978: Belegschaft und Gewerkschafter der Norddeutschen Kraftwerke demonstrieren für das AKW Brokdorf

Rede Hermann Rappes in Hanau auf der Belegschaftsversammlung von Nukem, Alkem, RBU und Transnuklear am 21.5.85 (Auszüge)

(...) Für uns ist die Atomtechnologie zunächst ein wesentlicher Bestandteil einer zukunftsorientierten Industriepolitik. Bereits in diesen Jahren den Ausstieg aus der Kernenergie vorzubereiten, wäre meines Erachtens ebenso falsch, wie die Kernenergie als unverzichtbar für alle Zukunft festschreiben zu wollen. Die Stärke der Industrienation Bundesrepublik Deutschland liegt zweifellos in der Vielfalt ihrer technischen Möglichkeiten, ihrer Flexibilität und ihrer Innovationskraft. Gerade die Hanauer Betriebe sind mit ihrem in aller Welt anerkannten Know-how ein gutes Beispiel für diese Fähigkeit. (...)

Die Entscheidung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik für den Bau einer kleinen Wiederaufarbeitungsanlage — eine Entscheidung, die vom DGB mitgetragen wird — beinhaltet gleichzeitig die Entscheidung für die Demonstration fortschrittlicher Reaktorlinien, also Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter. Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie handelt es sich aus unserer Sicht um eine besondere Option auf die Zukunft, mittels eines geschlossenen Ver- und Entsorgungskonzeptes entsprechende Technologien zu erhalten und weiterzuentwickeln. Es ist einleuchtend, daß eine solche Konzeption neben der Beseitigung abgebrannter Kernbrennstäbe auch die Brennstoffproduktion beinhalten muß.(...)

Erlauben Sie mir nun, die aktuelle Situation in Hessen zu beleuchten. Als logische Konsequenz aus unserer Haltung zur Kernenergie ist der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik davon überzeugt, daß in einem geschlossenen Ent- und Versorgungskonzept auf die Hanauer Nuklearbetriebe nicht verzichtet werden kann. Sowohl aus technologischen als auch aus exportpolitischen Überlegungen kann sich die Bundesrepublik weder aus der Ver- noch aus der Entsorgung der Kernkraftwerke ausklinken und diesen Teil des Brennstoffkreislaufs ausländischen Anbietern überlassen. Ein geschlossenes Konzept ist aus unserer Sicht unverzichtbar und kann auch nur so langfristig zu einer Sicherung der Energieversorgung und dieser zukunftsorientierten Technologie beitragen. (...)

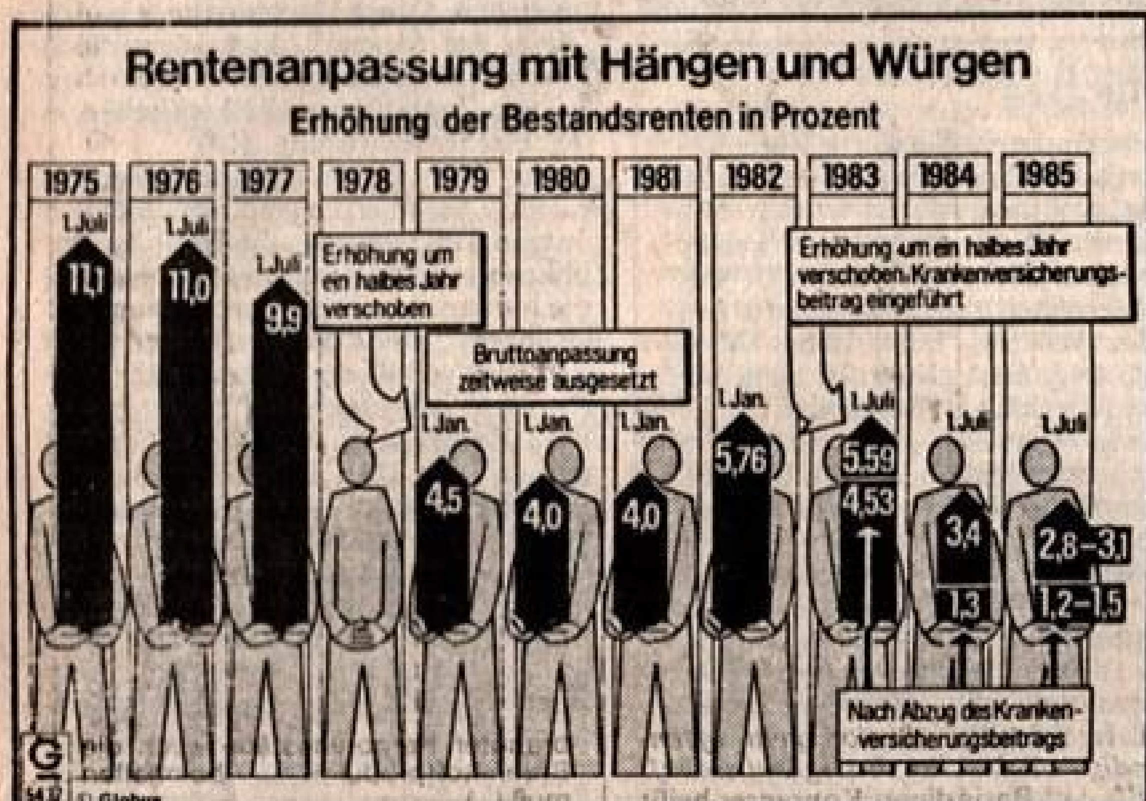
Die Bedeutung der Alkem liegt zweifellos in der Verarbeitung und Lagerung von Plutonium aus Wiederaufarbeitungsanlagen. Aus unserer Sicht ist die Fortentwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie ohne den Weiterbetrieb von Alkem in der Bundesrepublik nicht möglich. Es müßten also auf der Basis des Status-quo-Erhalts Langzeitperspektiven entwickelt werden, die nicht nur dafür sorgen, daß diese Technologie irgendwo in der Bundesrepublik weiterentwickelt wird, sondern genau hier in Hanau, um eben die bereits vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Forderung, die Produktion der NUKEM auf unter 20 Prozent angereichertes Material zu beschränken, macht wenig Sinn, solange in aller Welt Forschungsreaktoren betrieben werden, die mit höher angereichertem Material arbeiten und jederzeit von anderen Anbietern in ausreichendem Maß bedient werden können. Es ist daher in erster Linie Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, daß die Nichtweiterverbreitungsbestimmungen von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten werden und der Kreis der Staaten auf alle UN-Mitglieder ausgedehnt wird. Eine bundesdeutsche Selbstbeschränkung als politische Auflage an die Nuklearbetriebe führt zu Nachteilen für die Volkswirtschaft, die Technologie und die Sicherheit der Arbeitsplätze. Die Politik der Nichtverbreitung von zu mißbrauchendem Spaltmaterial ist eine gewichtige politische wie gesamtwirtschaftliche Aufgabe. Es ist durchaus vorstellbar, daß eine Begrenzung von Anreicherungsgraden für Exporte in politisch instabile Regionen zweckmäßig ist. Diese Entscheidung muß von Mal zu Mal von den zuständigen politischen Instanzen getroffen werden. (...)

Der große Rentenbetrug steht noch bevor

1. Die Rentenformel

Wonach richtet sich die Rente? ist die berechtigte Frage der Menschen, die heute und morgen in Rente gehen. Die Rentenformel, deren Abbau die westdeutschen Bourgeoisieparteien jetzt einleiten, geht in der „allgemeinen Bemessungsgrundlage" von dem durchschnittlichen Brutto-Jahresarbeitsverdienst des Versicherten in den letzten drei Jahren aus, sowie von der „persönlichen Bemessungsgrundlage". Die „persönliche Bemessungsgrundlage" wird ermittelt aus dem Verhältnis des versicherungspflichtigen Einkommens zum Durchschnittseinkommen aller Versicherten. Verdient ein Versicherter also nur 80% vom Durchschnitt, dann ist seine „persönliche Bemessungsgrundlage" eben nur 80%. Für Neurenten wird die „allgemeine Bemessungsgrundlage" festgelegt, die den Durchschnitt der Bruttoarbeitsentgelte der zurückliegenden drei Jahre bildet, wobei der Beschiß mindestens hier beginnt, denn das letzte Jahr vor Eintritt des Versicherungsfalles bleibt unberücksichtigt. Hat also jemand bis Dezember 1986 voll durchgeackert und will in Rente gehen, so wird ab Dezember 1985 zurückgerechnet. Tritt im Jahre 1986 eine Lohnsteigerung ein, so verliert der Rentner die, während die Renten zudem wegen der Rückrechnung 3 Jahre hinter der Entwicklung der Geldlöhne zurückbleiben. Als dritten Faktor enthält die Rentenformel die zur Anrechnung dem jeweiligen Rentner bewilligten Versicherungsjahre (Beitragsjahre plus verschiedene Ersatzzeiten) bereit, die mit dem sogenannten Steigerungssatz, der willkürlich auf 1,5% festgelegt wurde,
cherungsjahre (Beitragsjahre plus verschiedene Ersatzzeiten) bereit, die mit dem sogenannten Steigerungssatz, der willkürlich auf 1,5% festgelegt wurde,
multipliziert wird. Dieser Steigerungssatz soll dazu dienen, die Rente so zu bewerten, daß der Rentner nach 40 Versicherungsjahren auf 60 Prozent des Bruttoeinkommens gelangt. Weitere Differenzierungen gibt es bekanntlich bei der Rente für berufsunfähig Gewordene und für Hausfrauen. Wenn wir außer acht lassen, daß die Rentner neuerdings noch Krankenversicherungsbeiträge leisten, kann die Monatsrente so errechnet werden: Jahresrente = persönliche Bemessungsgrundlage x allgemeine Beitragsgrundlage dividiert durch 100, multipliziert mit Zahl der Versicherungsjahre x Steigerungssatz dividiert durch 100.



2. Die Veränderung des Rentensteigerungsbeitrags durch Rentnerbeiträge für die Krankenversicherung

Der beständige Gang nach rechts macht auch vor denen nicht halt, die sich zeitlebens für Staat und Kapitalisten abgerackert haben. Er erreicht diejenigen, die ihre Gesundheit zum Teil in den Betrieben hiesiger Unternehmer ruiniert haben, in Form des Rentenabbaus. So erreicht jeder zweite Arbeiter das gesetzliche Rentenalter zur Zeit nicht; im gewerblichen Bereich liegt das Rentenalter bei ca. 54 Jahren. Zum 1. Juli 1985 bibt es netto einen schlappen Rentensteigerungsbetrag von lediglich 1,41%, der ohnehin nicht einmal die Preissteigerungsrate wird auffangen können. In Zeiten wo zweistellige Zuschläge auf die kleinen Renten gefordert wären, beträgt die nominale Erhöhung der Renten zum 1. Juli drei Prozent. Schlimm für diejenigen, die wenig Rente erhalten. Zum Beispiel erhalten 56% der Frauen in der BRD eine Rente von weniger als 500,- DM monatlich („Der Spiegel" 14/85). Jetzt wird der Rentnerbeitrag für die Krankenversicherung von drei auf 4,5% angehoben, so daß eben dadurch der Renten-Steigerungsbetrag auf lediglich 1,41% schmilzt. Es ist der Kapitalistenstaat, der die Arbeiterklasse mit höchstmodernen Techniken und Technologien massenhaft für sich und besonders „seine" Unternehmer Reichtum scheffeln läßt, andererseits aber die Rentenkasse in einen desolaten Zustand führt.

3. Beitragskürzungen des Staates

Der Staat, der in den früheren Jahren im Schnitt etwa ein Drittel zur Rentenversicherung beitrug, und damit seine staatliche Aufsicht über die Rentenversicherung einst begründete, hat diese Mittel drastisch gekürzt. Der Staatsanteil, der zur Rentenreserve zugetan wurde, fiel von 42% im Jahr 1956 auf 30,9 % im Jahr 1957 auf heute etwa 18%. In Geld ausgedrückt hat der Bund *„in den letzten anderthalb Jahrzehnten rund 8,4 Mrd. DM an Bundeszuschüssen gestrichen (...). Unter der Annahme einer Verzinsung würde sich dieser Beitrag sogar auf 13 bis 14 Mrd. DM erhöhen."* („Die Quelle" 3/März 85, Funktionärszeitschrift des DGB). Die Bundeszuschüsse sollten nach dem Gesetz *„ein Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen (zum Beispiel Ausfall-, Ersatz- und Zurechnungszeiten oder Fremdrenten für Versicherte, die in der DDR lebten oder früher in Ostdeutschland versichert waren) sein."* („Die Quelle" 3/85, S. 131). Eben diese reduzierten Bundeszuschüsse haben neben der Verringerung der
Ostdeutschland versichert waren) sein." („Die Quelle" 3/85, S. 131). Eben diese reduzierten Bundeszuschüsse haben neben der Verringerung der
von der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung abzuführenden Leistungen die Kassen wesentlich geleert.

4. Der Staat macht die Rente von der Konjunktur abhängig

Seit 1977 werden die Renten nicht mehr an die Entwicklung der Arbeitsverdienste angepaßt. Letztlich überstand die Rentenversicherung die ersten Krisenjahre nur mit den großen Reserven, die in den Zeiten der Hochkonjunktur angehäuft wurden. Befanden sich 1974 noch fast 47 Milliarden DM Reserve in den Kassen der Rentenversicherung, so schmolzen diese bis 1977 auf 22 Milliarden DM zusammen. Die Sozialdemokratie reagierte prompt mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz und setzte die bruttolohnbezogene Rentenerhöhung aus, woraufhin seitdem nur geringe Steigerungsraten bei der Rente willkürlich festgesetzt werden. Zur Erklärung: Bruttolohnbezogene Rentenerhöhung bedeutet, daß die Bruttoerhöhung der Einkommen aus abhängiger Beschäftigung eines Jahres, im Jahr darauf den Renten netto zugeschlagen wurde. Wurden die Löhne zum Beispiel 1975 um 11% brutto erhöht, bekam der Rentner eine Nettoerhöhung von ebenfalls 11%. Seit 1978 bis 1981 stiegen die Renten nur noch nettolohnbezogen. Das sind Steigerungsraten von jährlich ca. 4%. (Zur Entwicklung seit 1982 siehe unter 2.)

Wenn der DGB zu den Rentenbeschlüssen heute schreibt, daß die Bundesanstalt für Arbeit *„für ihre Leistungsempfänger wieder Beiträge von deren letzten Bruttoeinkommen an die Rentenversicherung zahlen"* soll, *„damit die Rentenversicherung vom Arbeitsmarkt und von der konjukturellen Entwicklung unabhängig wird"* (Quelle 3/85, S. 174), zielt dies auf eine Verbesserung der Kassenlage ab, die dringend notwendig ist. Zu bezweifeln ist aber, daß die Bourgeoisieparteien in der jetzigen Zeit zu solchen Reformen bereit sind. Letztlich sind für diese Parteien Reformen abhängig von der kapitalistischen Konjunktur.

5. Die Maßnahmen des Staates

a) Beitragserhöhungen

Wenn seit 1978 von der Bundesanstalt für Arbeitslose ein Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt wird, gilt dieser nur für die Arbeitslosen, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Leistungen erhalten. Auch dieser Beitrag wurde ab Januar 1983 wieder um mehr als die Hälfte reduziert, was für die Rentenversicherung einen jährlichen Beitragsausfall von 5 Milliarden DM bedeutet. Die entscheidende Einnahme der Rentenkasse sind die Beiträge, die infolge der weniger gewordenen Arbeitsverdienste bei der Rentenversicherung zur Zeit jährlich ein weiteres Loch von 5,5 Milliarden DM reißen. Deshalb werden die Beitragssätze für die Rentenversicherung erhöht. (Die Entwicklung der Beitragssätze verlief über 5% 1942; danach 5,6%, ab 1949 10%, 1955 auf 11%, 1957 auf 14%, und steigerte sich dann schrittweise weiter auf 18,7%.) Mitte 1985 werden wieder die Beitragszahler zur Kasse gebeten. Der Beitrag zur Rentenversicherung wird auf 19,2% heraufgesetzt. Und riesige Löcher werden in der Rentenversicherung weitergeplant. Denn mit dem kommenden Jahrzehnt wird die Summe der Beitragsgelder weiter abnehmen und die Zahl der Rentenberechtigten weiter steigen.

b) Die desolate Kassenlage

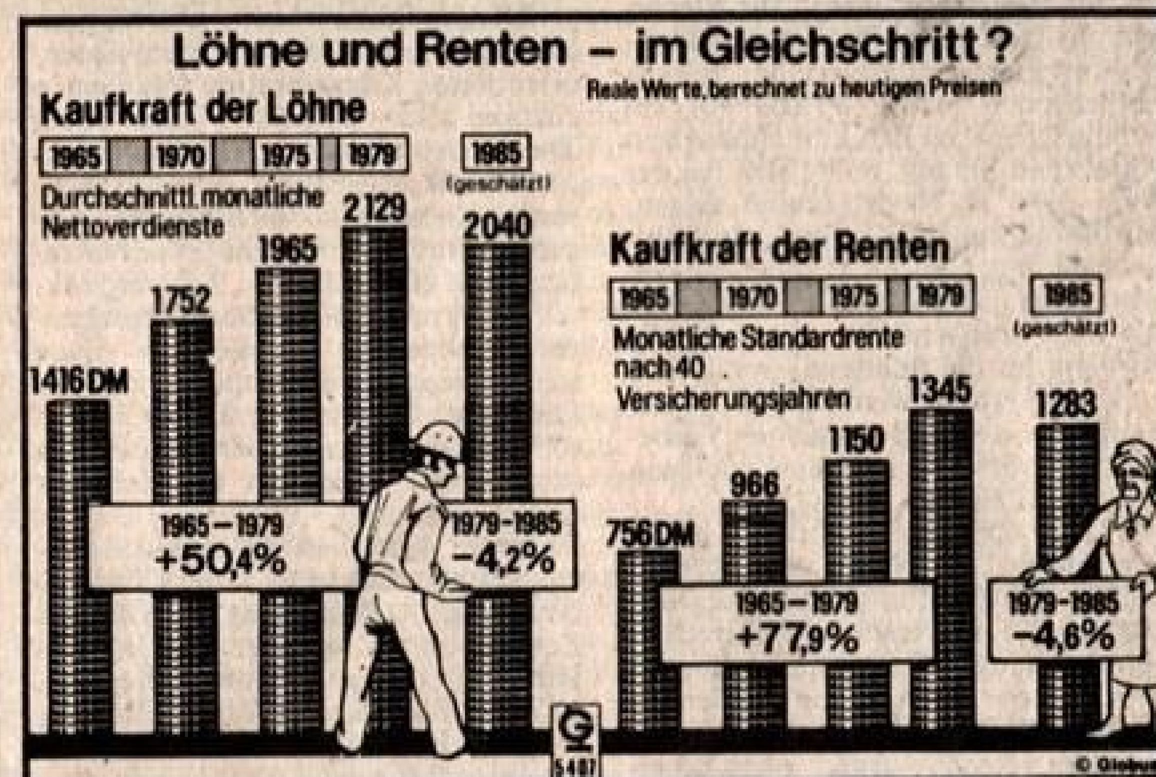
Geht man bei der Annahme einer jährlich vier-prozentigen Lohnsteigerung davon aus, daß 1998 etwa 800.000 Beitragszahler mehr beschäftigt werden, würden der Rentenversicherung dann immer noch ca. 40 Milliarden DM fehlen, schreibt „Die Zeit" vom 15.2.1985. *„Bessert sich die Konjunktur oder kehrt sich der Trend zur Verkürzung der Lebenarbeitszeit in den kommenden fünfzehn Jahren wieder um, so entlastet das die Alterskassen."* („Die Zeit", 15.2.1985) Seit 1975 sind der Rentenversicherung hochgerechnet mehr als 70 Milliarden DM Einnahmen durch die Arbeitslosigkeit verloren gegangen, wobei der Bundeszuschuß mit der Lohnentwicklung abnahm. Der Bundesvorsitzende des Reichsbundes Meyer wies im Frühjahr 1983 darauf hin, daß alle Bundesregierungen seit Mitte der siebziger Jahre der Rentenversicherung durch Kürzungen und Manipulationen des Bundeszuschusses insgesamt über 100 Milliarden DM entzogen haben. Dazu zählen auch die ca. 7,5 Milliarden DM, die von 1968 bis 1971 zur Sanierung der Bundesfinanzen mißbraucht wurden, anstatt den Rüstungsetat zu reduzieren. Da die Bundesregierung den Zuschuß an die Rentenkasse mittlerweile auf 18% der Rentengelder zurückgeführt hat, und immer noch einen großen Teil der Rentenversicherungsgelder (1/4) für andere Projekte ausgibt, ist keine Änderung zu Gunsten der Arbeiter in Sicht, solange die Bundeszuschüsse nicht drastisch erhöht werden. Vergleichen wir die vorausberechneten Rücklagen des Rentenanpassungsberichts von 1975, die entsprechend den damaligen Prognosen 1984 56,8 Milliarden DM betragen sollten, mit den tatsächlichen Werten, die zum Jahresende 1984 zwischen 11 und 12 Milliarden DM liegen, wird die Angst um die Renten verständlich. Dies ist die niedrigste Schwankungsreserve, die die Rentenversicherung je gehabt hat.

Obwohl die Bundesregierung den Beitragssatz zur Rentenversicherung am 1. Juni um 0,5 Prozent angehoben hat, muß zum Jahresende das immer noch vorhandene große Loch mit einem Bundeszuschuß von bis zu 1,5 Mrd. DM aufgefüllt werden, um *„die Schwankungsreserve auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe von einer Monatsaufgabe"* („Die Quelle" 3/85) zu bewegen.

6. Ausblick

Die Rentenversicherung wird auch in Zukunft hauptsächlich mit zwei Problemen konfrontiert werden: dem demographischen und dem konjunkturellen bzw. strukturellen Problem.

Zur Erläuterung: Der Altersaufbau der Bevölkerung in der BRD verändert sich zusehends. Es gibt immer mehr alte Leute über 60 Jahre und immer weniger junge Leute um 20 Jahre. Verschärft wird dieses Problem durch die seit 1974 existierende Massenarbeitslosigkeit, die nach allen bisherigen Prognosen voraussichtlich bis zum Jahre 2000 und länger anhalten wird, und somit den Rentenkassen Beitragszahlungen entzieht.



Unterschiedlich sind daher auch die Krisenlösungen. Der DGB fordert im wesentlichen eine Erhöhung des Bundeszuschusses und die Weiterzahlung von Rentenbeiträgen für Arbeitslose durch die Bundesanstalt für Arbeit. Die FDP hingegen fordert die Entlastung der Arbeitgeber von Rentenbeiträgen (Senkung der Lohnnebenkosten) sowie die Einführung einer Grundrente, die knapp über dem Sozialhilfesatz liegt. Darüberhinaus soll es noch eine knapp bemessene Zusatzrente für länger Arbeitende geben. Alles weitere soll mit privaten Versicherungsbeiträgen abgedeckt werden. Vermutlich aber wird erstmal in der Tagespolitik wie bisher weitergewurstelt.

Arbeitsgruppe B + G Essen/Hamm, 17.6.1985

Sommerloch, Halbzeittief, Regierungskrise

oder einfach Kohl?

Der Chronist der gegenwärtigen Regierungspolitik hat es nicht leicht. Seit der für die CDU/CSU katastrophalen Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen prügeln sich die verschiedenen Kräfte der Koalition öffentlich um ihren zukünftigen Kurs, mit dem sie 1986 die Wahlen in Bayern und Niedersachsen und 1987 die Bundestagswahlen bestehen wollen.

Es ging um die Glaubwürdigkeit der Versprechungen des wirtschaftlichen Aufschwungs für alle, mit denen die „Wende"-Koaltion 1983 die Wahl gewann. Kohl kämpfte mehr stur als tapfer für die Kontinuität seiner „bewährten Politik" des Stabilitätskurses einer „Koalition der Mitte" und einer CDU als Volkspartei und schob die Schuld für das Wahldesaster der CDU auf die Wähler, die diese Politik angeblich „noch nicht" verstanden haben. Die FDP forderte durch ihren neuen Parteivorsitzenden Bangemann eine radikale Verschärfung des sozialpolitischen Kurses: untertarifliche Bezahlung von Neueingestellten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Strauß und seine Mannschaft wollten im Prinzip das Gleiche, hielten es aber für opportun, ihre Konfrontationsabsichten in Kritiken an der „Führungsschwäche" Kohls und Forderungen nach einem sozialpolitischen Gesamtkonzept zu kleiden und im Konkreten zusammen mit den Sozialausschüssen der CDU und fast gleichlautend mit der SPD die Sozialpolitik der Regierung eher von links zu kritisieren. „Kurzatmigen Opportunismus" diagnostizierte die „FAZ" für Strauß. Kurz: Konturen des politischen Konzeptes der Koalition für ihre zukünftige Sozial- und Wirtschaftspolitik waren nach Beginn dieser Koalitionsauseinandersetzungen noch weniger erkennbar als vorher.

Das gilt im übrigen auch für andere Bereiche der Regierungs-Politik: so für die von der CSU lautstark kritisierte angeblich zögerliche Rechts- und „Sicherheits"politik. Gemeint waren die aufgeschobenen Entscheidungen zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, zum Volkszählungs- und Personalausweisgesetz, d.h. der Durchführung einer Volkszählung, der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, sowie weiterer Novellierungen datenschutzrechtlicher Bestimmungen im öffentlichen Recht, vor allem im Polizeirecht (Musterentwurf), im Asylrecht und so weiter. Gemeint waren auch die doch recht glücklosen Operationen der Regierung im Rahmen der EG: des Landwirtschaftsministers Kiechle bei der Verhandlung um die Festlegung der europäischen Getreidepreise, des Innenministers Zimmermann bei den Verhandlungen um die Einführung von Katalysatoren für abgasarme Autos, der Differenzen zwischen Kohl und seinem Außenminister Genscher in der Haltung zu SDI und EUREKA. Für den 13. Juni wurde dann das sogenannte Elefantentreffen zwischen den drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß, Bangemann mit viel Verbalradikalismus und öffentlicher Propaganda in Szene gesetzt. Wer aber eine Klärung der zukünftigen Linie der Koalitionspolitik oder auch nur ein „reinigendes Gewitter" erwartet hatte, sah sich getäuscht. Weder gingen Strauß und Bangemann in „sicherheits- und rechtspolitischen" Fragen aufeinanderlos, noch setzte Strauß seine vorher öffentlich geäußerten Forderungen nach einem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept der Koalition durch. Selbst seine Vorstellung der „Steuerreform in einem Schritt", statt in zweien 1986 und 1988, ließ er sich abhandeln.

Wie anschließenden Kommentaren von Strauß und anderen zu entnehmen war, stand — wider alles öffentliche Säbelrasseln — bei diesem Gespräch die Erhaltung des Koalitionsfriedens trotz „unüberbrückbarer Meinungsunterschiede" im Vordergrund — jedenfalls bis zu den nächsten Wahlen 1986. Danach werden die jetzt nur zugedeckten Fragen neu gestellt werden. Für den Fall der Wahlniederlage in Niedersachsen 1986 jedenfalls hat die CSU

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schon jetzt — außerhalb des „Gipfel“gespräches — mit dem Rückzug ihrer sechs Minister gedroht ...!

Konkrete Festlegungen erzielten die Herren eigentlich nur zu zwei Punkten:

— Der Streit um die ein- oder zweistufige Einführung der geplanten Steuerreform wurde zugunsten der zweistufigen Variante entschieden. Das neue Steuerentlastungsgesetz, das einen Tag später vom Bundesrat verabschiedet wurde, sieht damit in der ersten Stufe ab 1986 über höhere Grundfreibeträge, Kinderfreibeträge und Tarifsenkungen Erleichterungen von rund elf Milliarden Mark für die Steuerzahler vor. In einer zweiten Stufe 1988 soll die Tarifentlastung noch einmal um 8 Milliarden Mark erhöht werden. Strauß und seine Mannschaft haben sich ausbedungen, nach der Wahl 1986 in Niedersachsen gegebenenfalls eine neue Entscheidung über ein Vorziehen der zweiten Stufe herbeizuführen. Die Steuersenkung läuft durch ihre faktisch überproportionale Entlastung der Besserverdienenden in der Praxis auf ein Wahlgeschenk an den lohnabhängigen Mittelstand hinaus. Sollte sich bei der Wahl 1986 in Niedersachsen zeigen, daß die Wirkung der 1. Stufe als Wahlgeschenk noch nicht ausreichend gegriffen hat, so kann durch Vorziehen der noch ausstehenden 2. Stufe die Wirkung für die Bundestagswahl noch rechtzeitig erhöht werden. Dies ist der Sinn der von Strauß gemachten Vorbehalte. Es verwundert kaum, daß man sich darauf einigen konnte.

— Ohne Zeitangabe für das parlamentarische Verfahren einigte man sich als zweiten Punkt auf eine Verschärfung des Demonstrationsrechts: Vermummung eines Demonstranten oder „passive Bewaffnung“ sollen als Straftat mit Freiheitsentzug bis zu einem Jahr verfolgt werden, wenn bei einer als „unfriedlich“ von der Polizei eingestuften Demonstration der Aufforderung nicht nachgekommen wird, die Vermummung abzulegen. Dies soll den „Berliner Kompromiß“ der Koalitionspartner ergänzen, wonach Vermummung bisher als Ordnungswidrigkeit eingestuft wird. Mit der Einigung auf dieses Verfahren setzte die CSU ihre Vorstellungen durch. Es ist allerdings anzuzweifeln, ob die Regierungskoalition glücklich wird mit diesem Beschluß. Nach Meinung der SPD-Opposition, wie auch maßgeblicher Juristen wird er eine zweideutige Rechtssituation schaffen, in der klare Entscheidungen nicht mehr zu treffen seien.

Forciert voranbringen möchte die Koalition übrigens auch die Einführung des neuen maschinenlesbaren Personalausweises: Noch im Herbst soll ein neues Personalausweisgesetz den Bundestag passieren. Weitere flankierende datenschutzregelnde Gesetze wie die Ergänzung des „Musterentwurfs“ des Polizeigesetzes u.a.m. sollen dem folgen. Hier allerdings sind wir schon wieder im Bereich der Pläne, nicht konkreter Beschlüsse.

Festzuhalten bleibt: Bis auf die Steuerreform wurde von dem

wir schon wieder im Bereich der Pläne, nicht konkreter Beschlüsse.

Festzuhalten bleibt: Bis auf die Steuerreform wurde von dem

„Elefanten“-Treff nichts konkret auf den Weg gebracht. Beschlossen wurde lediglich, daß demnächst, nämlich am 1. Juli beschlossen werden soll, wenn das Kabinett über den Bundeshaushalt 1986 zu entscheiden haben wird. Bis dahin ist — zumindest für die Öffentlichkeit — praktisch noch alles offen. Die „FAZ“ kommentierte dieses Ergebnis unter der Überschrift „Politik wie auf dem Hühnerhof“ mit dem freundlichen Satz: „*Vor aufgeregtem Gegacker ist kaum noch wahrzunehmen, welche Richtung die Politik nehmen soll. Zwar gibt es Beruhigungsversuche und beschwörende Aufforderungen zu Einigkeit, doch die Irritation hält offenbar an.*“.

Sicher ist bisher lediglich, daß Strauß in Zukunft öfter zu den Fraktionssitzungen der CSU/CDU nach Bonn reisen will. Sicher ist auch, daß er der CSU nach dem plötzlichen Abdanken von Kohls Regierungssprecher Boehnisch bei der Neubesetzung des Amtes durch Einrichtung einer dritten Stelle im Sprecher-Gremium und Besetzung dieser Stelle durch einen CSU-Mann stärkere Präsenz in der Regierungspolitik sicherte. Sicher ist auch, daß CDU-Rechte wie der Vizepräsident des von Filbinger seinerzeit gegründeten konservativen Studienzentrums Weikersheim, Prof. Günter Rohrmoser, inzwischen zur „geistig ethischen Erneuerung“ der CDU aufrufen. Noch fehlt diesen Kräften politisch, personell wie auch organisatorisch eine Alternative zur herrschenden Politik der Koalition. Es ist aber offensichtlich, daß sie aktiv danach suchen.

F.

Die DKP serviert einen neuen Minimalkonsens oder über die Kunst des Zuspitzens

Eine „langfristige Strategie“ ist das Lebenselixier jeder von der DKP als solche anerkannten politischen Bewegung. Dreh- und Angelpunkt jeder „langfristigen Strategie“ ist der passende „Minimalkonsens“, also die Reduzierung der Bewegung auf ein oder zwei „Hauptfragen“. Strategien beziehen sich — das unterscheidet sie vom Begriff „Taktik“ — per Definition auf einen längeren Zeitraum. Der Begriff „langfristige Strategie“ ist also ein typischer weißer Schimmel. Die Politik des „Minimalkonsenses“ ist das genaue Gegenteil einer Strategie, denn sie will den politischen Bewegungen Augenblickskalkulationen überstülpen. Im Vordergrund steht die kampagnenorientierte „Konzentration“ auf einen einzigen Schwerpunkt. Hat dieses Thema sich abgenutzt, muß ein neuer „Minimalkonsens“ her, um zur nächsten Kampagne zu mobilisieren. Angeblich erhöht eine solche „Konzentration“ auf ein oder zwei „Schwerpunkte“ die konkrete Durchsetzungschance. Praktische Beweise für diese schwerwiegende Behauptung ist das Leben der DKP in den letzten Jahren schuldig geblieben. Aber niemand ist verpflichtet, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen.

Derzeit wirbt die DKP für einen neuen „Minimalkonsens“ in der Friedensbewegung. „Zuspitzung“ heißt das Zauberwort. Zugespitzt werden soll jetzt auf „Reagans Sternenkriegspläne“, das SDI-Projekt für die Entwicklung einer Raketen-Abwehr im Weltraum.

Auf dem Tisch ist dieses Thema spätestens seit dem 23.März 1983, als Reagan offiziell bekanntgab: er habe angeordnet, „*die Forschungen zur Entwicklung einer neuen Laser-Abwehrwaffe beschleunigt voranzutreiben*“.(1)

Die DKP hat ziemlich genau zwei Jahre gebraucht, um sich zur Erkenntnis durchzuringen, daß die Weltraum-Militarisierung und nichts anderes heute „die Schlüsselfrage für den Frieden“ sei. Der Zeitpunkt dieser plötzlichen Erkenntnis läßt sich auf den Tag genau definieren : Es geschah am 23.März 1985, während der 5.Tagung des Parteivorstands der DKP. Der Parteivorsitzende Herbert Mies gab bekannt : „*Es wird immer offensichtlicher, daß die Frage der Weltraummilitarisierung zur Kardinalfrage für den Erfolg oder Mißerfolg der Genfer Verhandlungen wird. Sie wird zu einer entscheidenden Frage auch darüber, ob das Wettrüsten auf der Erde gestoppt oder angeheizt wird...Aus alledem ergibt sich die große Chance, eine weltweite Bewegung zu entfachen, die die Weltraummilitarisierung verhindern kann...Die Entlarvung der wahren Absichten und Gefahren der Weltraummilitarisierung wird somit zu*

die die Weltraummilitarisierung verhindern kann...Die Entlarvung der wahren Absichten und Gefahren der Weltraummilitarisierung wird somit zu

einer wichtigen Aufgabe nicht nur für uns Kommunisten, sondern für die ganze Friedensbewegung.“ (2)

Wichtige Aufgaben für die Friedensbewegung sind immer die, die der Parteivorstand gerade dafür hält. Folglich ackern sich seit der 5.Tagung des Parteivorstands allerorten die DKPler ab, um der Friedensbewegung die Zuspitzung auf die frisch entdeckte Kardinalfrage aufzudrängen. Vor dem 23.März hatte das noch ganz anders ausgesehen :

\+ Martha Buschmann vom DKP-Parteivorstand gab in der UZ vom 20.12.84 zu Protokoll: „*Wir könnten uns vorstellen, daß die nächste Etappe des Kampfes der Friedensbewegung durch folgende Kernforderungen bestimmt wird: Schluß mit dem atomaren Rüstungswahnsinn! Stopp und Abbau von Pershing II und Cruise-Missiles! Einfrieren und Senken der Rüstungskosten!*“

\+ Schon vorher hatte die Hamburger DKP mitgeteilt, die Friedensbewegung müsse sich zukünftig auf zwei „zentrale Forderungen“ konzentrieren. Nämlich 1.„Stopp und Abbau“ der neuen NATO-Mittelstreckenraketen, und 2.Stopp der BRD-Rüstungsausgaben. Insbesondere müsse man sich konzentrieren auf die Forderung nach einem **„Stopp des Stationierungsprozesses“**, denn das sei **„die konkreteste durchsetzbare Forderung“**.(3)

\+ Gleichfalls die DKP Hamburg behauptete im Februar 1985 unter der Überschrift „Über die Kunst der Zuspitzung“, in der Friedensbewegung würden sich „*zwei zentrale Forderungen herauskristallisieren*“: 1.Stopp und Abbau von Pershing II und Cruise Missiles. 2.Einfrieren und Senken der BRD-Rüstungsausgaben.(4)

Dem Charme dieser Empfehlungen der DKP konnten sich ihre traditionellen Bündnispartner selbstverständlich nicht entziehen.

\+ Der von der DKP liebevoll betreute Arbeitskreis Betrieblicher Friedensinitiativen verabschiedete einen Unterschriften-Appell mit den Hauptforderungen „*Pershing II und Marschflugkörper des Landes zu verweisen*“ und „*den Rüstungshaushalt zu stoppen und um jährlich 10 Prozent zu senken*“.(5)

\+ Für das Hamburger Friedensforum verordnete Klaus Balzer in einem Strategie-Papier (5.12.84): Die Friedensbewegung brauche „*eine erneute politische Zuspitzung in einer gemeinsamen Forderung, in der die verschiedenen politischen Forderungen zusammenlaufen. Eine solche politische Zuspitzung sollte heißen: Stopp der Stationierung von Pershing-II und Cruise missile und Abbau der bereits stationierten Systeme; Einfrieren des Rüstungshaushalts, um einen Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung einzuleiten.*“

\+ Bundesweit gab das KOFAZ (6) die Devise aus: „*Um diese langfristige Perspektive*“(einer „Abrüstung in Ost und West“)„*aber zu eröffnen, bedarf es der Bestimmung, was jetzt politisch vordringlich erreicht werden muß, was zudem realistisch durchzusetzen und noch breiteren Bevölkerungskreisen zu vermitteln ist.*“ Aus dieser Bestimmung ergäben sich folgende „zentrale Aufgaben“: 1.„*Den Stationierungsprozeß zu stoppen, keine Cruise Missiles in unserem Land zu stationieren und die aufgestellten Pershing II abzubauen*“. 2.„*Den Rüstungshaushalt einzufrieren und zu senken, um die geplante Aufrüstung...zu be- und zu verhindern.*“(7)

\+ Als Nachzügler bezeichnete die DFG/VK noch auf ihrem Bundeskongreß Anfang März die „*Verhinderung einer weiteren Stationierung der Pershing-II-Atomraketen und der Marschflugkörper*“ als den „*Dreh-und Angelpunkt einer sicherheitspolitischen Wende*“ und folglich die „Hauptaufgabe“ der Friedensbewegung.(8)

Gleichbleibend ist die grundsätzliche Argumentation : Die Friedensbewegung müsse sich auf ein, zwei Themen konzentrieren, nämlich auf solche, die einen maximalen Bevölkerungskonsens versprechen und die innerhalb des gegnerischen Lagers mehr oder weniger umstritten sind. Forderungen also, die in der Logik der DKP konkrete Erfolge zu versprechen scheinen oder über deren Erfolgsaussichten sich zumindest große Illusionen ausmalen lassen. Wenn allerdings innerhalb von wenigen Wochen plötzlich die alten „Hauptforderungen“ ins zweite Glied gedrängt werden und eine völlig neue „Kardinalfrage“ in den Vordergrund gezogen werden soll, so deutet das unübersehbar auf eine allzu große Beliebigkeit der Argumentation hin. Schon gar nicht können solche taktischen Winkelzüge eine strategische Qualität beanspruchen. Der Gedanke liegt nahe, daß die gerade eben an die Spitze getragene „Hauptfrage“ in ein paar Monaten gegen irgendeine dann aktuellere Forderung eingetauscht wird. Also beispielsweise 1986 die Forderung, die dann anstehende Stationierung der Cruise Missiles zu stoppen. Zumeist ist zu beobachten, daß solche plötzlichen Wechsel der „Hauptfrage“ durch die DKP mit Schwerpunktwechseln der sowjetischen Abrüstungsdiplomatie engstens zusammenhängen. Die Verordnung des Weltraum-Themas als neuentdeckte „Kardinalfrage“ beispielsweise ergab sich aus dem Wiederbeginn der Genfer Verhandlungen im März und dem klaren sowjetischen Statement, daß dort der Weltraum für sie „die Schlüsselfrage“ sei. Die neue Sternenkrieg-Kampagne der DKP ging daher zunächst einher mit verzweifelten Versuchen, Hoffnungen über die Chancen der Genfer Verhandlungen in die Friedensbewegung zu tragen. Inzwischen -die Verhandlungen laufen erst seit drei Monaten!- bekundet Gorbatschov ganz offen, daß die USA in Genf überhaupt nicht verhandeln wollen und auch nie wollten. Schon wird sowjetischerseits sogar mit Abbruch gedroht.

Das breiteste Bündnis aller Zeiten

„Heute gilt es, die Kräfte des Friedens und der Demokratie links von der Spitze von CDU/CSU und FDP zusammenzuführen“. So umriß im Januar der DKP-Vorsitzende Mies in aller Bescheidenheit und Zurückhaltung die strategische Aufgabenstellung seiner Partei.(9) Gern betitelt die DKP dieses Phantasieprodukt auch als „*Koalition der Vernunft und des guten Willens*“(10) oder als „*Friedenskoalition aller Kräfte der Vernunft und des Realismus*“, die die „*realistisch denkenden Kräfte aus den Reihen der Bourgeoisie*“ einschließen müsse.(11)

Konsequent zuende gedacht hat ein Kommentator der DKP-loyalen DVZ : Er plädiert für einen **„Nationalen Kompromiß gegen Weltraumwaffen“**. „*Die Linke ist bereit, ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zurückzustellen; sie braucht die Zusammenarbeit mit der anderen Seite nicht zu fürchten. Wenn es um den Erhalt der Zivilisation geht, ist der nationale Kompromiß möglich und gefordert.*“ Am liebsten gleich konkret: Krupp-Manager Beitz „*als Demonstrant oder Redner auf den Ostermärschen.*“(12) In einer anderen Ausgabe der DVZ wurde unter der Überschrift „Dissens im herrschenden Lager“ behauptet: Die Friedensbewegung stehe „*vor einer Neueinstellung*“. Denn der Widerspruch zur herrschenden Sicherheitspolitik reiche heute schon „*bis in die Bundesregierung*“. „*Weit mehr, das ist der Hauptunterschied zur ersten Hälfte der achtziger Jahre — ist die Sache der Friedensbewegung in staatliche Instanzen, Regierungen, Parteien, Parlamente eingedrungen. Die Widersprüche, die sich heute im herrschenden Lager, in der Regierungskoalition, in der Großindustrie, zwischen westeuropäischen und US-Regierung, entwickeln, ermöglichen objektiv die Zusammenführung einer neuen Kräftekonstellation.*“ Die Lage sei daher sehr viel günstiger als im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung 1983.(13) **„Bei genügend Druck verhindern wir den ‚Krieg der Sterne‘“**, lockt denn auch Horst Trapp von der Krefelder Initiative die Zaghaften und Skeptischen in der Friedensbewegung. (14)

Um den „Dissens im herrschenden Lager“ so überzeugend wie möglich auszumalen, versorgt die DKP ihr Publikum mit Schlagzeilen und Notizen, die hart an der Grenze zur nackten Lüge liegen. „*Der Koalitionspartner FDP hat sich eindeutig gegen das SDI-Projekt ausgesprochen*“, behauptet Frau Buschmann vom Parteivorstand mal so eben (15). Die UZ-Schlagzeile „*FDP-Politiker: Nein zu ‚Sternenkrieg‘, aber zivile Kosmosforschung*“ (16) kommt den Tatsachen schon ein bißchen näher. Wahr ist, daß die FDP keineswegs grundsätzlich gegen SDI ist, wohl aber Wert auf die Schaffung einer gemeinsamen (west-)europäischen Position in dieser Sache legt. Aber für die DKP sind „*selbst in der Bundesregierung ganz offensichtlich Widersprüche ausgebrochen*“ wegen SDI.(17) Und noch schöner : „*In der Regierungskoalition findet offenbar ein erbittertes Tauziehen statt*“.(18) CDU-Biedenkopf, Libyen-Möllemann und FDP-Generalsekretär Haussmann sind auch schon SDI-Gegner (19), ebenso wie „*bedeutende Teile der deutschen Großindustrie*“(20). Auch in der NATO toben die Widersprüche: Italien ist gegen SDI und tritt für eine ausschließlich friedliche Nutzung des Weltraums ein.(21) Auch Frankreich ist „gegen Weltraumrüstung“ (22) und für ein Verbot von Weltraumwaffen.(23) Überhaupt haben angeblich schon „die meisten NATO-Staaten“ Nein zu SDI gesagt und die USA zur Aufgabe dieses Pro-

ben angeblich schon „die meisten NATO-Staaten“ Nein zu SDI gesagt und die USA zur Aufgabe dieses Pro-

jekts aufgefordert.(24) Daß die UZ auch gelegentlich mal -korrekt!- ausplaudert, daß als einziges NATO-Land sich bisher nur Norwegen eindeutig gegen SDI ausgesprochen hat, verblüfft.

Die DKP macht sich wenig Mühe, in ihrer Presse differenziert die widersprüchlichen Positionen und Interessen in Sachen SDI im „herrschenden Lager“ zu erklären. Eine differenzierterte Betrachtung würde nämlich unvermeidlich zu der Erkenntnis führen, daß ein Großteil der Widersprüche überhaupt nicht prinzipieller Natur , sondern nur taktisch bedingt ist. Daß sich mit diesen Widersprüchen eine wirkungsvolle Politik gegen SDI machen läßt, erscheint sehr fragwürdig. Auf jeden Fall aber wird für eine weiterreichende Perspektive -Kampf gegen die Raketenstationierung oder gar atomare Abrüstungsschritte- dabei mit Sicherheit überhaupt nichts herauskommen.

Soweit im weitesten Sinn die ökonomische Konkurrenz zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Großmächten im Spiel ist, sind die Widersprüche zwar schwerwiegend, aber doch perspektivisch lösbar. Wenn es anders wäre, hätte die NATO schon längst aufgrund widerstreitender Interessen auseinanderfliegen müssen. Die Streitereien unter dem Stichwort „Keine Einbahnstraße!“(25) sind uralt, aber offensichtlich sind die westeuropäischen Rüstungskonzerne vom Verhungern weit entfernt. Eher ist es so, daß Zetern und Klagen über die bösen egoistischen Amis zum Geschäft gehört.

Zum militärischen Aspekt : Ein Projekt, das so absolut und vernichtend zu

Fortsetzung auf letzter Seite

Widersprüchliches

„Warum ist die Verhinderung der Weltraumrüstung eine Schlüsselfrage für den Frieden ?“, fragte sich die UZ am 1.3.85 und gab sich auch gleich selbst die Antwort : SDI bedeute „*eine völlig neue Dimension des Wettrüstens und der Kriegführung*“. Das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West werde entscheidend destabilisiert, die Kriegsgefahr folglich enorm vergrößert.

Andererseits, wie kaum anders zu erwarten, ist die sozialistische Friedensmacht Sowjetunion keineswegs hilflos, sondern sieht den Dingen gefaßt entgegen. Laut DVZ Nr.2/85 haben sowjetische Militärexperten bereits vorgerechnet, „*daß es gegen die SDI durchaus ‚aktive‘ Gegenmaßnahmen gebe. Und sie nennen fünf solche Gegenmaßnahmen von kleinen, extrem schnellen ballistischen Raketen, die in der Lage sind, Orbitalstationen zu zerstören, bis zu ‚Hinderniswolken‘ und ‚Raumminen‘. Ein ‚äußerst effizientes System von Gegenmaßnahmen‘ würde etwa ein oder zwei Prozent dessen kosten, was man für das Star-Wars-Konzept hinlegen müßte.*“

Unterstellen wir einmal, was man zweifellos tun sollte, daß die sowjetischen Militärexperten ernsthafte Leute sind, die sich in einer solchen Sache weder frivole Scherze noch einen ganz billigen Bluff nach Lausbuben-Manier erlauben würden, so ergibt sich folgende Schluß-

einen ganz billigen Bluff nach Lausbuben-Manier erlauben würden, so ergibt sich folgende Schluß-

folgerung : 1.Die behauptete destabilisierende Wirkung von SDI -Ausschaltung der sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit- kann gar nicht eintreten. Sie würde durch sowjetische Gegenmaßnahmen wirkungsvoll neutralisiert werden. Mit anderen Worten: das segensreiche atomare Gleichgewicht bleibt uns voll erhalten. 2.SDI verschafft den USA keinerlei militärischen Vorteil, vergrößert also auch nicht deren Kriegsführungsfähigkeit. 3.Es würde sogar eine gegenteilige Wirkung eintreten: Indem die USA einen vergleichsweise großen Posten ihres Rüstungshaushalts für ein Projekt aufwenden, daß militärisch völlig sinnlos ist, bremsen sie im Grunde ihre eigene Kriegsrüstung ab. Die für SDI verschwendeten Finanzmittel sind nicht für wirkungsvollere Kriegsführungssysteme verfügbar. 4.Da die Sowjetunion durch SDI nicht annähernd zu gleich hohen Ausgaben gezwungen wird, sondern SDI mit vergleichsweise extrem günstigen Kosten (1-2 % der amerikanischen Ausgaben!) kontern kann, liegt der Vorteil ganz und gar auf ihrer Seite. Die NATO-Strategie des „Totrüstens“ der Sowjetunion würde einen schweren Schlag erleiden. In Zahlen: Würden die USA (laut DVZ) insgesamt 2,5 bis 3 Billionen Dollar für SDI zum Fenster hinauswerfen, während die Sowjetunion für ausreichend wirkungsvolle Gegenmaßnahmen nur 25 bis 30 Milliarden Dollar aufbringen müßte, so entstünde ihr ein respektabler Netto-Vorteil von 2,47 bis 2,94 Billionen Dollar. Und weil die Sowjetunion eine sozialistische

spektabler Netto-Vorteil von 2,47 bis 2,94 Billionen Dollar. Und weil die Sowjetunion eine sozialistische

Friedensmacht ist, würde von diesem Vorteil noch nicht einmal eine destabilisierende, kriegsgefährdende Wirkung ausgehen.

Interview mit Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen)

Schwerpunkte und Perspektiven der Friedensbewegung

Am 16./17. Juni fand in Köln ein „Großer Ratschlag" der Friedensbewegung statt. Aus diesem Anlaß stellten wir an Andreas Zumach eine Reihe von Fragen zur politischen Situation der Friedensbewegung und zu ihren zukünftigen Möglichkeiten.

Andreas Zumach ist Vertreter von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste im Bonner Koordinationsausschuß, der in der Vergangenheit bundesweite Aktionen der Friedensbewegung organisierte und sich derzeit um eine Koordination der Aktivitäten und die Organisation einer bundesweiten Perspektivdebatte bemüht.

AK: Auf dem „Großen Ratschlag" der Friedensbewegung sind völlig gegensätzliche Einschätzungen zum Stand der Friedensbewegung deutlich geworden. Unserer Meinung nach ist die Mobilisierungsfähigkeit nach dem Beginn der Stationierung Schritt um Schritt zurückgegangen, sie ist mehr und mehr auf einen aktiven Kern geschrumpft. Wie siehst Du die Lage?

Andreas Zumach: Wenn mit „Mobilisierungsfähigkeit" die Fähigkeit zu großen, gemeinsamen und sichtbaren Aktionen der gesamten Friedensbewegung gemeint ist, stimme ich der Einschätzung in der Frage zu. Daß für die etablierten Medien aber das Stattfinden solcher Großaktionen das einzige Kriterium für die Bewertung von Existenz und Qualität der Friedensbewegung ist — ganz unabhängig davon, ob derartige Aktionen an der Basis der Friedensbewegung überhaupt gewollt werden — sollte uns aber nicht zu derselben völlig unpolitischen Herangehensweise bei der Selbsteinschätzung verleiten. Das mediale Erscheinungsbild der Friedensbewegung und die tatsächlich stattfindende Arbeit an der Basis sind zwei unterschiedliche Dinge. Ich teile weder die Jubelchöre („Zustandekommen von Genf durch Druck der Friedensbewegung", „Friedensbewegung in der Offensive - Mehrheit der Bundesbürger gegen die SDI" und ähnliches) noch die Diagnose „völliger Rat- und Perspektivlosigkeit" oder des Darniederliegens der Friedensbewe-
ähnliches) noch die Diagnose „völliger Rat- und Perspektivlosigkeit" oder des Darniederliegens der Friedensbewe-
gung. Zumal, wenn letztere so offensichtlich verlogen ist, wie z.B. in der FAZ-Berichterstattung und Kommentierung über den Kölner „Großen Ratschlag", wo daß Nicht-Zustandekommen eines neuen Minimalkonsenses (der ja von vielen ausdrücklich nicht gewollt wurde — siehe den Beginn meines Eingangsstatements auf dem Ratschlag) als großer Mißerfolg bezeichnet wird, nachdem die FAZ den alten Minimalkonsens jahrelang als falsch und von der DKP aufoktroyiert kritisiert hatte.

Die jetzige Phase der Rekonsolidierung der Friedensbewegung an der Basis durch die Verankerung neuer Inhalte war gewollt und ist notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit der Friedensbewegung auch in Form großer gemeinsamer Aktionen. Große Aktionen in diesem Herbst wären zu früh und für diesen Prozeß schädlich gewesen. Insofern ist es ein „Erfolg", daß sowohl die von einigen gewollte Verengung auf einen neuen Minimalkonsens (z.B. gegen SDI), wie auch die vorgeschlagene Aktions-/Informationswoche *Ende Oktober — zusätzlich* zu der kirchlichen Friedensdekade und der DGB-Woche — verhindert wurden, und stattdessen fünf Schwerpunkte gemeinsamen Handelns sowie die Informationswoche im November *zeitgleich und verbunden* mit der kirchlichen Friedensdekade und der Woche der Naturwissenschaftler an den Universitäten beschlossen wurde.

Die in Köln beschlossene bundesweite Friedenswoche für November dieses Jahres, das im zeitlichen Zusammenhang mit der DGB-Woche gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit geplante Hearing zum Bundeswehrplan für das nächste Jahrzehnt — ein Plan, der im Zusammenhang mit der Wehrdienstverlängerung und dem neuen Notstandsgesetz einen erheblichen Schub an Rüstungsausgaben und Militarisierungsmaßnahmen bringen wird — müssen ja als Auftrag verstanden werden, jetzt in verstärktem Maße über Rüstung und Kriegsvorbereitung auf allen Ebenen Aufklärung zu betreiben.

Nachdem in den etablierten Medien Aussagen aus unseren Reihen weitestgehendst keinen Eingang mehr finden — auch im kirchlichen Bereich werden fast ausschließlich nur noch offizielle Amtskirchendokumente verwendet — müßte ja gerade eine eigenständige Aufklärungsarbeit mit im Zentrum der Bemühungen stehen. Wie soll Deines Erachtens diese Aufklärungsarbeit laufen, was soll im Zentrum stehen, und welche Ziele können und sollen verfolgt werden?

Wieweit kann die Friedensbewegung neben einzelnen Protestaktionen derzeit überhaupt mehr leisten als Aufklärungsarbeit? Welche Möglichkeiten, Aussichten und Ansatzmöglichkeiten haben wir, darüber hinaus wieder in die Offensive zu kommen und zu einer tatsächlichen Bewegung zu werden?

Zwar wurde in Köln kein Antrag in diese Richtung gestellt, aber in zahlreichen Redebeiträgen, vor allem aus den Reihen des KoFAZ-Spektrums wurde die Forderung erhoben, jetzt mittels einer „Zuspitzung", einem neuen Unterschriftenappell (ähnlich dem Krefelder Appell) — eingegrenzt auf ein Rüstungsprogramm, die BRD-Beteiligung am SDI-Programm — wieder zu massenwirksamen Einfluß zu kommen. Um es am Beispiel der Hamburger Diskussion in diesem Jahr deutlich zu machen: Erst hieß es, die wiederaufgenommenen Genfer Verhandlungen böten der Friedensbewegung die Chance, „Druck" bzw. einen „Durchbruch" in Richtung Abrüstung zu erzwingen. Der Verkündung eines Stationierungsmoratoriums bei den Mittelstreckenraketen bis Oktober dieses Jahres durch die Sowjetunion folgte der Vorschlag, jetzt hier eine Moratoriums-Kampagne zu beginnen, bzw. ein Freeze bei der Rüstung zu „erzwingen". Im Moment liegt hier der Antrag für einen Unterschriftenappell gegen die SDI-Beteiligung der BRD auf dem Tisch. Es wird behauptet, gerade hier seien die Widersprüche zwischen den USA und den europäischen Partnern so groß, daß ein Durchbruch möglich sei. Angeblich könnten die Europäer durch die Verweigerung ihrer Beteiligung das gesamte Programm zu Fall bringen. Nach der Kölner Konferenz schlug die DKP-Zeitung UZ vor, die Friedenswoche im Herbst zum Auftakt für eine Anti-Sternenkriegs-Bewegung zu machen.

DKP-Zeitung UZ vor, die Friedenswoche im Herbst zum Auftakt für eine Anti-Sternenkriegs-Bewegung zu machen.

Was hältst Du von diesen Vorschlägen in Richtung einer neuen „Einpunktbewegung"? Auch wenn Aufklärungsarbeit gerade auch zur Weltraumrüstung unbestreitbar erst zu einem zentralen Punkt gemacht werden muß, kann SDI als US-Entwicklungsprogramm überhaupt d e r zentrale Ansatz für uns hier sein?

Die Konzentration auf eine Frage (Pershing 2 und Cruise Missiles) war zu Beginn der neuen Friedensbewegung 1979 bis 81 sicher Voraussetzung und Bedingung für ihre Entstehung und Mobilisierungsfähigkeit. Dieser Minimalkonsens ist dann aber in der Folge innerhalb der Friedensbewegung zur Ausgrenzung anderer wichtiger Inhalte und zur Disziplinierung mißbraucht worden. Ich bin — und das gilt auch für alle christlichen Friedensgruppen — gegen einen neuen Minimalkonsens im Sinne einer „Einpunktbewegung" aber für eine Schwerpunktsetzung, was die gemeinsamen Arbeitsvorhaben und Kampagnen der gesamten Friedensbewgegung betrifft ohne damit irgendwelche anderen Inhalte ausgrenzen zu wollen. Ein Konsens darüber, ob die folgenden fünf Punkte dieses Schwerpunktprogramm zunächst einmal für die nächsten zwei Jahre bilden können und wie sie jeweils anzupacken sind, kann nur eine offene politische Diskussion innerhalb der Friedensbewegung zustandebringen.

Erster Punkt: Bei den Weltraumbewaffnungsplänen geht es nicht nur um Reagans SDI benanntes ‚Krieg der Sterne'-Programm, sondern auch um (west-)europäische Spielarten wie z.B. Eureka. Wenn Erich Honnecker Anfang Juni in einem ‚Le Monde'-Interview Eureka begrüßt und sogar eine Zusammenarbeit mit der sowjetischen Weltraumagentur Kosmos nicht ausgeschlossen hat, so ist zwar sein Motiv — den Spaltpilz innerhalb der NATO verstärken zu wollen — verständlich, und offensichtlich geschah diese Aussage in der Annahme, Eureka sei ein rein ziviles Programm. Alle Informationen, die uns über Eureka überhaupt vorliegen, stützen diese Annahme aber keineswegs sondern die Tatsache der Identität der Forschungsfelder mit denen von SDI. Aussagen französischer Abgeordneter auf der NATO-Parlamentarier-Versammlung in Stuttgart deuten eher auf ein zumindest auch militärisch nutzbares Programm. Eureka könnte also ein Baustein werden für einen zusätzlichen Bedrohungs- und Konfrontationsfaktor namens Westeuropa mit eigener Atomstreitmacht — sicher nicht die Interessenslage Honneckers. An diesem Punkt muß die Friedensbewegung die Kontroverse mit der SPD-Führung führen, die allzu blauäugig auf Eureka eingestiegen ist, offensichtlich auch aus dem psychologischen Gefühl heraus, man könne nicht einfach nein zu SDI ohne Alternative sagen. Inwieweit die USA SDI auch alleine durchziehen und auch finanzieren können und wollen, scheint mir derzeit angesichts vieler widersprüchlicher Aussagen noch ungeklärt. Ebenso wie der konkrete Punkt der Beteiligung westeuropäischer NATO-Staaten. Wir sollten deshalb als Friedensbewegung in dieser Phase vor allem die Aufklärung gegen die ideologische Verankerung von SDI in den Köpfen und Herzen der Menschen betreiben an den folgenden drei zentralen Behauptungen der SDI-Befürworter: SDI sei ein Verteidigungsprogramm, es bringe große zivil-technologischen Nutzen und es überwinde die Abschreckung. Es ist gerade angesichts der letzten Behauptung wichtig, daß die Friedensbewegung an der grundsätzlichen Kritik von Geist, Logik und Politik der Abschreckung festhält und deutlich macht, daß SDI nicht die Überwindung sondern — in integraler Verknüpfung mit Pershing II, Cruise Missiles, Airland-Battle und Rogersplan — die logische Fortentwicklung der Abschreckung ist unter Abschaffung der Selbstabschreckung und mit dem Ziel der Erstschlags-, Kriegsführungs- und Gewinnfähigkeit. Wenn es tatsächlich zu einer Beteiligung bundesdeutscher Firmen am Weltraumbewaffnungsprogramm kommen sollte (da ja die USA nur über 12 der benötigten 20 Technologien selber verfügen), bin ich für eine Boykottkampagne der Friedensbewegung gegen diese Firmen und ihre Verbraucherprodukte. Ebenso müßte die Friedensbewegung eine Kampagne gegen die Bereitstellung von Haushaltsmitteln aus dem Forschungsetat durchführen, falls die Bundesregierung dieses Ansinnen
wegung eine Kampagne gegen die Bereitstellung von Haushaltsmitteln aus dem Forschungsetat durchführen, falls die Bundesregierung dieses Ansinnen
in den Bundestag einbringen sollte.

Zweiter Punkt: Bei Pershing II und Cruise missiles muß die Friedensbewegung in den nächsten zwei Jahren durch außerparlamentarischen Druck dafür sorgen, daß

a.) die Stationierung von Cruise Missiles in der Bundesrepublik nicht wie geplant 1986 begonnen werden kann — hier könnten ablehnende Entscheidungen der niederländischen und einer neugewählten belgischen Regierung in diesem Herbst hilfreich sein — und

b.) daß Grüne und SPD bei ihrem eindeutigen Nein zu Pershing II und Cruise Missiles und bei der Forderung nach vollständigem Abzug dieser Systeme in den nächsten zwei Jahren und vor allem im Falle einer eventuellen Regierungsübernahme 1987 bleiben, bzw. zu dieser Position zurückkehren — und zwar völlig unabhängig vom weiteren Verlauf und Ausgang der Genfer Verhandlungen.

Dritter Punkt: Die Realisierung des 1985 im Grundsatz beschlossenen *Bundeswehrplanes 85-97* (mit zu erwartenden Ausgaben zwischen 500 Mrd. und einer Billion DM) durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse des Bundestages in den nächsten 5 Jahren würde führen zu

— einem riesigen konventionellen Aufrüstungschub, bei dem vor allem die für Airland-Battle und Rogers-Plan notwendigen Offensivwaffen angeschafft werden;
— einer massiven Umverteilung von Haushaltsmitteln bis zu einer Verdoppelung des Verteidigungshaushaltes auf 40% des Bundesetats Mitte der 90er Jahre;
— eine kurzfristige Aufblähung der bundesdeutschen Rüstungsproduktion mit entsprechender Abhängigkeit der Volkswirtschaft und nachfolgenden Massenentlassungen;
— dem Druck, noch ungehemmter den Rüstungsexport zu forcieren.

Die Kampagne der Friedensbewegung dazu beginnend in diesem Herbst muß darauf abzielen, die Friedensgruppen und die breite Bevölkerung über den Bundeswehrplan 85-97 zu informieren als Grundstein für eine Kampagne der Friedensbewegung, die Realisierung dieses Planes in den nächsten fünf Haushaltsjahren durch Druck auf die Abgeordneten und die, die es 1987 werden wollen, zu verhindern. Ich halte diesen Punkt wegen seiner Bedeutung und auch wegen seiner konkreten Eingriffsmöglichkeiten durch die Friedensbewegung für einen ganz zentralen Punkt in den nächsten Jahren.

Vierter Punkt: eine Kampagne der Friedensbewegung gegen die Militarisierung des Alltags der Menschen durch eine konkrete Verweigerungskampagne *gegen die geplante Zivilschutzgesetzgebung*. Hier liegt die Möglichkeit und die Notwendigkeit für eine breite Kampagne der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams, die über „radikale Randgruppen" hinaus tatsächlich von Kernbereichen der Gesellschaft mitgetragen werden könnte (Architekten, Kommunalparlamente, Ärzte, Bauarbeiter, etc.).

Fünfter Punkt: die Beteiligung der Friedensbewegung an den Anstrengungen der Anti-Apartheits- und Südafrika-Solidaritätsgruppen mit dem Ziel, durch Boykott und andere Maßnahmen die drei weltweit größten Finanziers des Apartheitregimes — *die Deutsche Bank, Commerzbank und die Dresdner Bank — zu einem Rückzug aus dem Südafrikageschäft zu zwingen,* wie dies den Antiapartheidsgruppen in den USA mit den 5 größten US-Banken bereits gelungen ist.

5 b: eine Kampagne der Friedensbewegung mit Solidaritäts- und 3.Weltgruppen mit dem Ziel, durch *eine Basisbewegung „10 Mark für Nicaragua"* zumindest einen Teil der 40 Millionen DM von unten aufzubringen, die die Bundesregierung 1982 der Regierung in Managua zugesagt hat und die ihr bis heute von der Kohl-Genscher-Regierung vorenthalten werden.

Dieser Vorschlag scheiterte aber bisher leider an verschiedenen bereits laufenden Parallelaktivitäten und diversen Vorbehalten. Welche Chancen der Realisierung siehst Du hier?

Hier überzeugen mich die sowohl von Vertretern der Nicaragua-Gruppen wie auch kirchlicher Hilfswerke vorgebrachten Gegenargumente, die bislang den Beginn einer solchen Kampagne verhindert haben, überhaupt nicht:

1. Argument: ein zweiter Tag für Afrika mit entsprechender Spendenmentalität;
Gegenbehauptung: Wenn es zwei Länder gibt, bei denen es ein relativ breit entwickeltes politisches Wissen in der bundesdeutschen Bevölkerung gibt, das über eine reine Spendenmentalität hinausgeht, dann sind dies Nicaragua und Südafrika aufgrund der intensiven Arbeit der Gruppen in den letzten Jahren. Wer für eine solche Nicaragua-Kampagne Geld gibt, tut dies wohlwissend, daß er damit auch eine bestimmte Regierung und politische Gesellschaftsform unterstützt oder aber er gibt eben nichts, weil er dagegen ist.

2. Argument: die 40 Millionen Mark kommen nicht zusammen.
Hier bin erstens nicht so skeptisch, denkt man z.B. an den überraschenden Erfolg der ja viel umstritteneren taz-Kampagne: „Waffen für El Salvador". 10 Mark im Durchschnitt wären 4 von 60 Millionen Bundesbürgern. Außerdem braucht man den Erfolg einer solchen Kampagne nicht notwendig an das Erreichen der 40 Mio. DM zu binden. Schon eine Teilsumme wäre eine große Unterstützung für Nicaragua und bedeutete politischen Druck auf die Bundesregierung, ihrerseits die versprochenen 40 Millionen oder zumindest eine entsprechende Teilsumme freizugeben.

3. Argument: andere Projekte in Nicaragua, für die derzeit gesammelt wird, würden dann gefährdet.
Gegenthese: dieses überzeugt mich überhaupt nicht, gerade solche Projekte könnten durch eine solche breite Kampagne zunächst einer größeren Öffentlichkeit bekannter werden und dann auch von einer solchen Kampagne und den dabei erzielten Summen profitieren. Ich halte das politische Momentum für eine Kampagne jetzt für gegeben und der Höhepunkt für ein solches Momentum wäre spätestens der Zeitpunkt eines offenen militäri-

Fortsetzung nächste Seite

Herbstmanöver 1984 mit Spätfolgen

Herbstmanöver 1984 mit Spätfolgen

Während des NATO-Herbstmanöver 1984 ist es gegenüber Demonstranten zu brutalen Übergriffen durch Angehörige der Bundeswehr gekommen. Am meisten bekannt geworden ist in der Öffentlichkeit „der Fall Willi Schmitt". Willi wurde am 22.9. vor dem Haus, in dem er wohnt, von Angehörigen der Bundes-wehr geschlagen und nur dem Eingreifen der Nachbarn ist es zu verdanken, daß er nicht auch noch von ihnen verschleppt wurde.

Weniger bekannt ist wohl die Zahl der Ermittlungsverfahren und Schikanen gegen (mutmaßliche) Teilnehmer/innen der Herbststörmanöver.

In seinen „Prozeß-Infos" 1-3 berichtet der Hildesheimer Ermittlungsausschuß darüber. Im Februar standen Kontaktbereichsbeamte bei C. vor der Tür und wollten seinen Führerschein wegen „Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" einziehen. Ähnlich erging es E.: Dort kamen die Bullen gleich mit einem Hausdurchsuchungsbefehl, den sie bei Verweigerung der Herausgabe des Führerscheins zu benutzen gedachten.

Insgesamt sind ca. 70 (Ermittlungs-)Verfahren be-kannt (Stand nach Prozeß-Info 3 vom 22.5.85) ermittelt wird wegen der bekannten Punkte, wie Landfriedensbruch, Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung usw. Wegen Nötigung laufen über 40 Ermittlungsverfahren. „Vollstreckt" sind zwei Bußgeldbeschei-de, einer wurde im Einspruchsverfahren bestätigt (DM 65,-), und einer wurde wegen verschlafenem Einspruchstermins fällig (DM 80,-). Acht weitere Einspruchsverfahren stehen noch aus. (Nach Prozeß-Info 2 vom 3.4.).

Einige Störmanöverteilnehmer/innen haben den Versuch unternommen, per Strafan-zeige gegen die Beschlagnahme von Reifenventilen, das Herauslassen der Luft und ähnlichen Schikanen der Polizei anzugehen. Nach den Informationen des Ermittlungsausschusses Hildesheim sind alle Anzeigen eingestellt und darüberhinaus ist z.T. noch mit Gegenstrafanzeigen (u.a. wegen Nötigung) reagiert worden. Die Begründungen hierfür sind wie immer absurd: *„Nicht nachweisbar ist dieser konkrete Einsatz* (auf den sich die Anzeige bezieht, Anm. AK) *laut Borchers* (Oberstaatsanwalt, Anm. AK) *vor allem deswegen, weil sich nämlich kein Polizeibeamter erinnern kann!..."*

ga

Bestelladresse für die Dokumentation „NATO-Herbstmanöver 84, Störmanöver Hildesheim" lautet:
Chr. Losemann, Salzberstr. 5, 3340 Salzdalum, Kontonr.: 2250633 bei der NordLB Braunschweig, DM 5,-, 60 S., Chronologie der Ereignisse, Pressedokumentation, Über-griffe und Kriminalisierung, der Fall Willi Schmitt.
Der Ermittlungsausschuß Hildesheim braucht dringend Spenden für die Prozesse und das weitere Erstellen der Infos (die ihr auch da bestellen könnt). EA Hildesheim, Postfach 1111, 3200 Hildesheim
Spendenkonto R. Zimmermann, Konto-nr. 108043660 bei der Stadtsparkasse Hildesheim, Verwendungszweck: Prozesse.



Bombenanschlag auf Frankfurter Flughafen:
Noch führen die Spuren ins Ungewisse

Am 19. Juni explodierte im Terminal des Frankfurter Flughafens eine Bombe, die drei Menschen das Leben kostete und 57 weitere verletzte. Eine Woche später befanden sich immer noch sieben Personen in den Krankenhäusern, von denen zwei nach wie vor in Lebensgefahr schwebten. Die Toten sind zwei kleine Kinder aus Australien und ein 32jähriger Portugiese. Unter den Verletzten sind ebenso Bürger der BRD wie Ausländer aus Australien, Portugal, Iran, Pakistan usw.

Die Bombe zündete um 14.42 Uhr in Halle B (internationale Flüge). Nach polizeilichen Erkenntnissen war sie in einer Reisetasche deponiert, die an einer Sitzgruppe abgestellt worden war. Offenbar war der Anschlag nicht gegen eine spezielle Fluglinie gerichtet: In einiger Distanz zum Explosionsort liegen die Abfertigungsschalter verschiedener Gesellschaften. Nach bisherigen Verlautbarungen nimmt die Polizei an, daß es sich um fünf bis zehn Kilogramm hochexplosiven Sprengstoffs gehandelt habe, dessen Beschaffenheit schwer zu analysieren sei. Zum Zeitpunkt der Explosion sei die ,,Mittagsspitze'' des Flugverkehrs gerade vorüber gewesen. Ein weiterer glücklicher Umstand sei gewesen, daß das Gebäude mit zahlreichen großen Glasflächen ausgestattet ist, deren Zerbersten die Druckwelle etwas abgeschwächt habe. Jedenfalls hätten bei dem Anschlag noch sehr viel mehr Menschen ums Leben kommen können.

Eine Woche später gab die Staatsanwaltschaft Frankfurt bekannt, es habe insgesamt ca. 20 Bekennerschreiben zu diesem Anschlag gegeben. Das Spektrum reiche ,,*von der äußersten rechts- bis zur äußersten linksextremen Szene.*'' ,,*Bei allen Bekenntnissen wird an der Echtheit gezweifelt.*'' (,,FR'', 26.6.85) Die Ermittlungsbehörden haben sich bisher nicht anmerken lassen, ob sie eine bestimmte Hypothese für den Hintergrund des Anschlags verfolgen. Generalbundesanwalt Rebmann scheint das Verfahren vorerst nicht an sich ziehen zu wollen. Gefahndet wird nach einem jungen Mann, der den Flughafen unmittelbar nach der Explosion mit einem blauen Mercedes fluchtartig verlassen haben soll.

In der Öffentlichkeit wird — mit Recht — ausgeschlossen, daß die Täter etwa aus den Reihen der RAF kommen könnten. Man werde zunächst davon ausgehen müssen, kommentierte die ,,FR'' am 21.6., ,,*daß von allen — theoretisch — verdächtigen Tätergruppen die Rote Armee Fraktion (RAF)*
artig verlassen haben soll.
In der Öffentlichkeit wird — mit Recht — ausgeschlossen, daß die Täter etwa aus den Reihen der RAF kommen könnten. Man werde zunächst davon ausgehen müssen, kommentierte die ,,FR'' am 21.6., ,,daß von allen — theoretisch — verdächtigen Tätergruppen die Rote Armee Fraktion (RAF)
für die wohl eher ziellos in der Abflughalle deponierte Bombe am wenigsten in Frage kommt, weil eine solche Aktion weder mit den bisherigen ideologischen noch taktischen Absichten der RAF in Einklang zu bringen wäre.'' Angesichts der Attentate vor fünf Jahren auf dem Münchner Oktoberfest oder im Bahnhof von Bologna sei ,,*der Verdacht auf Täter aus dem rechtsextremistischen Untergrund schon naheliegender.*'' Allerdings habe, fährt der Autor fort, die westdeutsche NS-Gewaltszene bisher nicht mit derart brisantem Sprengstoff wie in diesem Fall operiert. Möglicherweise gebe es eine Spur in den Nahen Osten und einen Zusammenhang mit der Geiselnahme in Beirut, welche fünf Tage zuvor mit der Entführung einer TWA-Maschine nach dem Start in Athen ihren Auftakt genommen hatte. Für diese beiden Vermutungen gibt es jeweils ein Bekennerschreiben; auf beide soll im Folgenden eingegangen werden.

Bereits einen Tag nach dem Flughafen-Attentat meldete sich in Beirut eine bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte ,,Arabische Revolutionäre Organisation'', um die Verantwortung zu übernehmen (die ,,FR'' setzte dazu am 21.6. die schlimme Schlagzeile: ,,*Araber bekennen sich zu Frankfurter Anschlag*''). Zur Begründung hieß es, GSG 9 und BKA hätten ,,*in Zusammenarbeit mit der CIA (US-Geheimdienst) und der Mossad (israelischer Geheimdienst) junge arabische Männer angeworben und in unser Land geschickt, damit sie Verwirrung stiften und Mordaufträge gegen Mitglieder und Führer arabischer Kampforganisationen ausführen.*'' Das Schreiben droht weitere ,,*Anschläge auf Ausbilder und Leiter der beiden Polizeibehörden des Bundes an, falls diese Aktionen in arabischen Ländern versuchten.*'' (,,FR'', 21.6.)

Einzelheiten des Anschlags, durch deren Bekanntgabe die angebliche Gruppe ihre Täterschaft beweisen könnte, sind in dem Schreiben anscheinend nicht genannt worden. Aber auch die inhaltliche Argumentation ist bemerkenswert widerspruchsvoll. Zunächst einmal ist nicht einzusehen, weshalb wahllos Menschen aus allen möglichen Staaten getroffen werden, wenn es angeblich darum ging, die ,,Köpfe'' westdeutscher Geheimdienste und -polizeien zu bestrafen. Sollten die erhobenen Vorwürfe berechtigt sein, was theoretisch immerhin denkbar wäre, dann würde umgekehrt alles dafür sprechen, daß sich die Verantwortlichen dieser Geheimdienste durch solche Aktionen nicht beeindrucken lassen.

Die Argumentation der Erklärung stellt einen Bezug her, durch welchen die sog. ,,Arabische Revolutionäre Organisation'' — vorausgesetzt, es gibt sie wirklich — im Lager radikaler Schiitengruppen anzusiedeln wäre. Mitte März d.J. wurden im südlichen Beiruter Stadtviertel Bir-el-Abed 100 Libanesen durch eine Autobombe getötet; über 250 wurden verletzt. Der Anschlag galt dem Hauptquartier des geistlichen Führers der schiitischen Hisballah (,,Partei Gottes''), Mohammed Hussein Fadlallah, der jedoch unverletzt blieb. Für das blutige Massa-
Mitte März d.J. wurden im südlichen Beiruter Stadtviertel Bir-el-Abed 100 Libanesen durch eine Autobombe getötet; über 250 wurden verletzt. Der Anschlag galt dem Hauptquartier des geistlichen Führers der schiitischen Hisballah (,,Partei Gottes''), Mohammed Hussein Fadlallah, der jedoch unverletzt blieb. Für das blutige Massa-
ker machten Sprecher von Hisballah wie auch von Amal die USA und Israel verantwortlich (,,Spiegel'', 12/85). Tatsächlich wurde von US-Journalisten vor einiger Zeit behauptet, die CIA habe einige Araber angeworben und mit dem Anschlag von Bir-el-Abed beauftragt — Vergeltung für die Sprengung der US-Botschaft (April 1983) und einer Marines-Unterkunft (Oktober 1983) in Beirut durch schiitische Selbstmord-Kommandos. Sprecher der US-Administration dementierten diese Behauptung auf eine Weise, die einer vollständigen Bestätigung gleichkommt: Wahr sei, daß die CIA solche Kommandos zur Durchführung von Terroranschlägen aufgestellt, bezahlt und ausgebildet habe; doch sei das Massaker im Bir-el-Abed-Viertel von diesen Leuten auf eigene Faust durchgeführt worden!

Westdeutsche ,,Dienste'' sind in diesem konkreten Zusammenhang bisher nicht genannt worden. Vor allem aber gibt es keinen ersichtlichen Grund dafür, weshalb eine Organisation in Beirut solche Informationen — vorausgesetzt, sie sind nicht frei erfunden — zurückhalten sollte, um sie nach Durchführung eines Attentats in der BRD dann auch nur äußerst vage und pauschal anzudeuten.

Sehr wohl gibt es hingegen ein von der US-Regierung immer wieder und aktuell besonders dringlich vorgebrachtes Interesse, daß die westlichen Geheimdienste bei der ,,Bekämpfung des internationalen Terrorismus'' (noch) stärker zusammenarbeiten sollten. Kurz gesagt: Auf Seiten der USA ist durchaus zu beobachten, daß man die BRD in die libanesischen Ereignisse mit ,,hineinziehen'' will; warum jedoch sollte schiitischen Organisationen daran gelegen sein, die nicht unbeträchtliche Zahl ihrer Feinde noch weiter zu vergrößern? Warum sollten diejenigen Kräfte im Libanon, die in die Entführung der US-Geiseln mehr oder weniger, freiwillig oder unfreiwillig, involviert waren und stündlich mit einem militärischen Angriff der USA rechnen mußten, zusätzlich den Zorn der BRD-Bevölkerung anstacheln, wo sie doch andererseits durchaus bemüht waren, um Verständnis für ihre Forderung nach Freilassung der von Israel internierten Schiiten zu werben? Dies ergibt aus ihrer Sicht keinen Sinn.

Sollte jedoch jemand versucht haben, für den Fall einer militärischen Intervention der USA im Libanon die Unterstützung der BRD-Regierung und der BRD-Bevölkerung herbeizubomben, dann wäre eine solche Kalkulation nicht unrealistisch gewesen. Und es entbehrte dann auch nicht einer (barbarischen) Logik, im Rahmen einer solchen psychologischen Kriegsvorbereitung den Frankfurter Flughafen auszuwählen. Denn dort würden ja im Falle eines Falles Einsatztruppen oder Nachschub-Transporte für eine nahöstliche Front starten (US-Air-Base). Wenn dieser Fall in den dramatischen Juni-Wochen eingetreten wäre... — der Flughafen hätte ihnen nicht nur zur Verfügung gestanden. Seine Angestellten wie auch seine Benutzer hätten einem solchen Abenteuer in ihrer überwiegenden Mehrheit wahr-
oder Nachschub-Transporte für eine nahöstliche Front starten (US-Air-Base). Wenn dieser Fall in den dramatischen Juni-Wochen eingetreten wäre... — der Flughafen hätte ihnen nicht nur zur Verfügung gestanden. Seine Angestellten wie auch seine Benutzer hätten einem solchen Abenteuer in ihrer überwiegenden Mehrheit wahr-
scheinlich auch noch applaudiert. Unabhängig davon, wer sich hinter dem Ettikett ,,Arabische Revolutionäre Organisation'' wirklich verbirgt, und unabhängig davon, ob diese Bekenner wirklich die Täter sind: So schürt man Kriegsstimmungen.

Schließlich scheinen westdeutsche Regierungskreise die Allerletzten zu sein, die dieses Bekennerschreiben ernst nehmen würden. Am 28.6. schob der Westberliner Innensenator Lummer erneut eine Gruppe von libanesischen und palästinensischen Asylbewerbern über den Frankfurter Flughafen nach Beirut ab — geradewegs auf jenen Flughafen, auf dem das Geiseldrama voll in Gang war und der zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur noch von der libanesischen Linie MEA angeflogen wurde. Ganz praktisch gesehen wurden diese Menschen von Lummer direkt an die schiitischen Milizen überstellt. Diesen müssen die abgeschobenen Landsleute nicht nur als Menschen erscheinen, welche unfreiwillig zurückkommen. Hielte man das Bekennerschreiben der ,,Arabischen Revolutionären Organisation'' für echt, so müßte man zusätzlich davon ausgehen, daß die Abgeschobenen dem Vorwurf ausgesetzt wären, unter ihnen befänden sich Leute, die vom westdeutschen Geheimdienst eingeschleust werden. Lummer scheint also nicht nur eine solche Praxis westdeutscher Geheimdienste bestreiten zu wollen. Er scheint vor allem davon auszugehen, daß unter den libanesischen Schiiten auch niemand ernsthaft daran glaubt.

Doch ist die ,,Nahost-Spur'' nicht die einzige infrage kommende Hypothese zur Erklärung des Flughafen-Attentats. Am 24.6. berichtete die Presse von einem Bekennerschreiben einer sich als ,,The Peace Conquerors'' bezeichnenden Gruppe, welche sich zu einem Anschlag auf die Niederlassung des Chemie-Konzerns Bayer in Brüssel
Doch ist die ,,Nahost-Spur'' nicht die einzige infrage kommende Hypothese zur Erklärung des Flughafen-Attentats. Am 24.6. berichtete die Presse von einem Bekennerschreiben einer sich als ,,The Peace Conquerors'' bezeichnenden Gruppe, welche sich zu einem Anschlag auf die Niederlassung des Chemie-Konzerns Bayer in Brüssel
bekannte (Sachschaden). ,,*Unsere Brüder haben in Frankfurt am Main zugeschlagen. Bravo. Aber der 19. Juni war nur eine Warnung. Hört auf mit Umweltschädigungen, mit der Luftverschmutzung. Stoppt den Flughafen!*''

Später meldeten sich die ,,Friedenseroberer'' in Brüssel noch einmal zu Wort, um ihr Eintreten für Umweltschutz einerseits und gegen den ,,US-Militarismus'' andererseits zu bekunden. Diese Erklärung wandte sich speziell auch gegen die ,,amerikanische Lebensart'' (,,TAZ'', 26.6.). Ist das nun endlich der von Staatsschutz-Experten oft genug schon angekündigte ,,Öko-Terror''? Wohl kaum. Zu sehr erinnert die Diktion an die Pamphlete eines Odfried Hepp oder anderer Neonazis, die mit solchen Parolen wiederholt Zugang zu Teilen der Ökologie- und Friedensbewegung gesucht hatten. Dahinter darf man also mit hoher Wahrscheinlichkeit Rechtsradikale vermuten. Daß sie am Frankfurter Flughafen ,,Brüder'' am Werk wähnten, spricht für sich, beweist aber noch nichts. Interessant ist allerdings ein Hinweis, der in der ,,FR'' vom 22.6. erschien. Demnach habe die Staatsanwaltschaft Frankfurt bestätigt, daß ,,*es sich bei dem 32jährigen Portugiesen, der bei dem Anschlag ebenfalls getötet wurde, um ein führendes Mitglied der Studentenorganisation CARP der Moon-Sekte (handelte). Nach Angaben der Agentur AP hatte sich der 32jährige am 17. Juni in West-Berlin aufgehalten und sich dort an einer Demonstration gegen die Teilung Deutschlands beteiligt.*''

In der Moon-Sekte fließt ganz sicher beides zusammen: CIA und Rechtsextremismus. Freilich gibt es aus den bisher bekannt gewordenen spärlichen Informationen nichts, was darauf hindeuten würde, daß dieser Mann nicht auch wie die beiden Kinder in seiner Nachbarschaft vollkommen ahnungs-
an einer Demonstration gegen die Teilung Deutschlands beteiligt.''
In der Moon-Sekte fließt ganz sicher beides zusammen: CIA und Rechtsextremismus. Freilich gibt es aus den bisher bekannt gewordenen spärlichen Informationen nichts, was darauf hindeuten würde, daß dieser Mann nicht auch wie die beiden Kinder in seiner Nachbarschaft vollkommen ahnungs-
los von der Bombe überrascht wurde. Und doch wird man bei diesem politischen background auch die Frage prüfen müssen, ob hier möglicherweise ein Tatbeteiligter selbst zum Opfer geworden ist — was ja nicht das erste Mal wäre.

Ein Frankfurter Genosse
29.6.85



Fortsetzung von vorheriger Seite

schen Eingreifen der USA in Nicaragua, von dem ich vermute, daß es mit Rücksicht auf Senats- und Abgeordnetenhaus-Wahlen 1986 und die Präsidentschaftswahlen 1988 im Herbst/Winter 1985 erfolgen wird. Deshalb bleibt für den Startschuß einer solchen Kampagne nicht mehr allzuviel Zeit.

Zumindest die theoretischen Chancen der SPD für eine Regierungsübernahme 1987 mithilfe einer Tolerierung oder nun gar Koalition mit den Grünen sind in letzter Zeit erheblich gestiegen. Wenn wir die Frage, ob die SPD das Bündnis mit den Grünen überhaupt will, außen vor lassen, so versucht sie jedenfalls die Hoffnung auf sich zu ziehen, daß mit einer regierenden SPD immerhin ein Rüstungsstopp möglich würde. Wenn die Friedensbewegung den Anspruch stellt, eine Strategiedebatte zu führen, kann sie diese Frage kaum länger ausklammern. Deshalb einige Fragen hierzu: Hat es direkten oder indirekten Druck der SPD-Spitze auf sozialdemokratische Kreise, die nach wie vor in den Friedensbündnissen arbeiten, nach dem Rückgang der Bewegung gegeben und wieweit sind deren Spielraum und Einflußmöglichkeit zurückgegangen? Wie sieht es damit vergleichsweise bei Euch als kirchlicher Gruppe in der Friedensarbeit innerhalb der Kirche aus? Ihr habt als Aktion Sühnezeichen aus Anlaß des letzten SPD-Parteitags einen Vorstoß gemacht, öffentlich in die Diskussion mit der SPD und zumindest der SPD-Linken zu kommen. Was ist aus diesem Ansatz geworden? Wie soll sich die Friedensbewegung gegenüber einem 1987 denkbaren Regierungswechsel verhalten oder soll sie sich da gar aus Gründen der vielfach beschworenen ,,Überparteilichkeit'' raushalten?

Ich selber habe solche Formen direkten oder indirekten Drucks der SPD-Spitze nicht beobachten können, will aber nicht ausschließen, daß er auf bestimmte Kreise oder Personen, die aus der SPD in der Friedensbewegung arbeiten, ausgeübt worden ist. Ich denke das entscheidende ist, daß wir als Friedensbewegung völlig unabhängig zunächst von der Frage einer möglichen Regierungsübernahme durch SPD-/Grüne im Jahre 87 bei unseren politischen Forderungen bleiben und durch Druck auf die beiden Parteien diese Forderungen dort verankern bzw. dafür sorgen, daß einmal erreichte Positionen nicht wieder aufgegeben werden. Meiner Einschätzung nach wäre es bereits ein Erfolg, wenn die Aussagen, die z.T. in der Beschlußfassung der SPD vom Essener Parteitag 1984 gemacht worden sind, nicht wieder aufgegeben, sondern an entscheidenden Punkten auch 1986 im Wahlkampf wieder aufgestellt werden. Ich bin aber der Meinung, daß wir als Friedensbewegung an einem weiteren Punkt, von dem in Essen von der SPD nichts gesagt worden ist, Druck auf die SPD ausüben müssen und das ist die Forderung, daß die SPD eine klare und unmißverständliche Abgrenzung zu allen Vorstellungen in Richtung einer Militarisierung Westeuropas, einer eigenständigen westeuropäischen Atomstreitmacht vornimmt. An diesem Punkt gibt es in der offiziellen Programmatik der Partei weiße Flecken, es wird aber konkret von einzelnen führenden Politikern ganz handfeste Politik gemacht.

Innerhalb der Kirchen ist es richtig, wie auch schon in der 2. Frage schon einmal angesprochen, daß zumindest auf der Ebene der Kirchenleitungen eine Restauration von oben versucht wird, das heißt, hinter Positionen, die noch im Herbst 83, vor Beginn der Stationierung eingeommen wird, versucht die evangelische Kirche wie auch die katholische Kirche zurückzugehen, was die Arbeit von Gruppen wie der Aktion Sühnezeichen wie auch anderer Basisgruppen in der Kirche nur umso notwendiger macht, um diesen Prozeß aufzuhalten und nach vorne umzukehren.

Wie auf allen Friedenskonferenzen kam es auch diesmal in Köln zu dem nun fast schon als Ritual zu bezeichnenden Schauspiel: Die Grünen bringen eine Solidaritätsresolution mit in Osteuropa Verfolgten ein, diesmal mit den in Danzig angeklagten Solidarnosc- bzw. KOR-Mitgliedern. Die öffentlichen Medien merken auf. Die DKP bemüht sich redlich, Abwerbung für ihr Demokratie-Verständnis und das des realen Sozialismus zu betreiben, dieses Mal stellte der DKP-Sprecher das KOR auf eine Stufe mit den Contrabanden in Nicaragua. Einige unabhängige Kräfte fordern dazu auf, Menschenrechtsfragen nicht ,,selektiv'' unter den Tisch zu drücken (allerdings haben die Grünen längst eine selektive Praxis und kaum jemals eine Solidaritätsresolution zu Menschenrechtsfragen oder zur Kriminalisierung hier zustandegebracht). Es wird als ein für alle tragfähiger ,,Kompromiß'' eine Behandlung auf diplomatischen Kanälen vorgeschlagen. Die Grünen drohen diesmal jedenfalls nicht mit Bündniskonsequenzen sondern beschränken sich auf eine ,,Bankrott''-Verurteilung. Eine Mehrheit stimmt mit der DKP oder aus Bündnisrücksichten oder Differenzen zur Strategie der Grünen nicht zu. Leider lassen die meisten diese Schauspiel (es bleibt ja ohne Konsequenzen) als Zuschauer über sich ergehen. Wie sollte Deiner Meinung damit verfahren werden? Was ist Deine Meinung dazu?

Dem Text, den Lucas Beckmann auf der großen Ratschlagskonferenz vorgelegt hat oder dem Anliegen dieses Textes kann sicher zunächst jeder zustimmen, der dafür ist, daß politische Kritik nicht erstickt wird durch Repressionsmaßnahmen, durch Verurteilung, oder Inhaftierungen. Doch ich denke, es war aus rein taktischen Gründen eingebracht worden, um auf dieser Konferenz einmal wieder die allerdings auch unhaltbaren Positionen anderer — in dem Fall der DKP — zu entlarven. Wenn es Lucas ehrlich darum gegangen wäre, auf einer solchen Konferenz für eine solche Entschließung eine Mehrheit zu bekommen, hätte er auch im Vorfeld dafür sorgen müssen - durch Mobilisierung zur Konferenz -, daß die Mehrheitsverhältnisse auf diesen Konferenzen anders sind. Im übrigen glaube ich nicht, daß derartige Großkonferenzen mit sechs-, achthundert oder tausend Teilnehmern das geeignete Forum sind, um diese Fragen einmal gründlich politisch und ohne Schauwert und Medienwert zu diskutieren.

Wir danken für das Interview.

»Atombomben made in Germany«

Bundesweite Konferenz vom 6.-8.Sept. in Bonn

Robert Held, Ständiger Berater des FAZ-Herausgeberkreises:
„Die Deutschen mögen die stärkste konventionelle Armee Europas haben, doch der grundsätzlich nichtnukleare Charakter ihrer Rüstung macht sie leider auch fast hilflos gegen die Privilegien, die Atommächte haben, und seien es die besten Freunde."

CDU-MdB Todenhöfer:
„In der Bundesrepublik wächst die Verstimmung darüber, daß unsere nationale Sicherheit, soweit sie von Nuklearwaffen abhängt, noch immer fast völlig unserer eigenen Verantwortung entzogen ist." (Europäische Wehrkunde 9/84)

Noch ist es ein verschwindend kleiner Kreis innerhalb der Friedensbewegung, der den Regierenden in Bonn im Rahmen der allgemeinen Aufrüstung auch den Griff zur Atombombe zutraut und bei entsprechenden Vorstößen, etwa im Militaristenblatt „Europäische Wehrkunde" Alarm schlägt. Bis weit in die Friedensbewegung hinein (einschließlich DKP-Spektrum) überwiegt die „Vasallentheorie" und trübt die Fi-

schließlich DKP-Spektrum) überwiegt die „Vasallentheorie" und trübt die Fi-

xierung auf den Hauptfeind USA den Blick für das Aggressionspotential des westdeutschen Militarismus.

Ähnlich in der Anti-AKW-Bewegung. Zwar hat es sich herumgesprochen, daß die Plutoniumfabriken in Wackersdorf und Hanau militärisch genutzt werden können, gleichzeitig weigert man sich in der Regel, den Haupttreiber dieser Option bei der Bundesregierung zu sehen. Da werden Terroristengruppen oder fiktive diktatorische Regimes bemüht, deren Zugriff auf das Plutonium das eigentlich gefährliche sei.

Ganz zu schweigen von der großen Unwissenheit über die Rolle, die die Bundesregierung bei der südafrikanischen, indischen oder brasilianischen Atomwaffenentwicklung spielte bzw. spielt. Alle drei genannten Aspekte bundesdeutscher Atomwaffenpolitik werden erstmals im Zusammenhang im September dieses Jahres referiert und diskutiert. *„Die Konferenz „Atombomben — made in Germany?" wird vor allem zwei Funktionen erfüllen: Aufbrechen der Tabuisierung, Aufheben der Zersplitterung der Diskussion! Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation wird die Politik der Bundesrepublik analysiert werden. Wir brauchen Antworten auf die offenen Fragen, müssen zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen — um dann gemeinsam gegen atomare Rüstung, gegen die Weiterverbreitung nuklearer Technologien und gegen das Atomprogramm in der Bundesrepublik vorgehen zu können"*, heißt es abschließend in dem Aufruf für die Bonner Alternativkonferenz (s. AK 258).

Der Konferenz-Trägerkreis umfaßt 20 Organisationen: Von Aktion Sühnezeichen bis BUF über SPD Hessen-Süd, Friedensliste und die GRÜNEN sowie dem Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der DFG/VK, Atommüllkonferenz, BBU, IFIAS, KOFAZ und Jusos. Zum Unterstützerkreis gehören der KB, der BUND Hessen, Greenpeace, das Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, die grün alternative Allianz im Europaparlament sowie W.M. Catenhusen und F. Duve von der SPD-Bundestagsfraktion.

Das Programm enthält drei Plenar-Sessions: Am Vormittag des 7.9.85 wird die nukleare Aufrüstungspolitik und -option der BRD innerhalb der NATO und Westeuropas zur Sprache kommen, wobei insbesondere die SPD-Haltung zur „Europäisierung Europas" angegriffen werden dürfte.

Am frühen Nachmittag des 7.9. steht die Atomexportpolitik der BRD (insbesondere nach Südafrika) auf der Anklagebank, am Abend werden Betroffene aus Brasilien, Namibia, Australien etc. über die verheerenden Folgen der BRD-Atompolitik für die Länder der 3. Welt berichten.

Am 8.9. schließlich wird über die Atomwaffentechnologieentwicklung in der BRD entschließlich der industriellen und militärischen Infrastruktur für eigene Atomwaffen berichtet und diskutiert. Wesentlicher Bestandteil dieser Konferenz sind diverse Arbeitsgruppen zu übergreifenden Fragestellungen der Friedens-Anti-AKW- und 3. Weltsolidaritätsbewegung, deren Arbeitsergebnisse in die Abschlußerklärung des Trägerkreises einfließen sollen. (Aus dem Arbeitsgruppenprogramm: „Superphenix und europäische nukleare Aufrüstung", „Bilaterale Raketen- und Atomforschung BRD-Brasilien", „Koloniale und ethische Unterdrückung durch Urananbau für bundesdeutsche AKWs" usw. usf.)

Die Abschlußerklärung des Trägerkreises soll nach einer mehrstündigen Plenar-Schlußdbatte unter dem Motto „Wie verhindern wir Atombomben made in Germany" verlesen und an die bundesweite Öffentlichkeit gebracht werden. Insbesondere hinsichtlich dieser Erklärung dürften angesichts des bunten Trägerkreisgemisches noch einige Kontroversen zu erwarten sein.

Der äußere Anlaß für die Bonner Alternativkonferenz ist die 3. internationale Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz, die vom 28.8.-20.9.85 in Genf über die Bühne gehen soll (wir berichteten hierüber in AK 257) und die neben Bundesregierung und BRD-Öffentlichkeit ein Adressat der o.g. Abschlußerklärung sein wird.

Insgesamt wird die Konferenz „Atombomben made in Germany" vermutlich eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten für diejenigen Linken innerhalb der diversen Anti-AKW-, Friedens- und 3. Welt-Soligruppen, die daran interessiert sind, ihr „Umfeld" mit „ressort"übergreifenden und gleichzeitig radikalisierenden, auf den BRD-Imperialismus zielenden Inhalten zu konfrontieren.

In diesem Sinne sollten die verbleibenden Wochen trotz Sommerpause für eine engagierte Mobilisierung genutzt werden:

Flugblätter und Plakate sind erhältlich über
H. Lorscheid,
Klemens-Hofbauerstr. 17,
5300 Bonn, Tel.: 0228/675442.
Weitere Unterzeichner des Aufrufs müssen sich dort bis spätestens 12.7.85 melden.
Nächstes Trägerkreis-Treffen: 11.8.85, 11 Uhr im „Kessenicher Hof", Bonn-Kessenich.



Weitere Demontage des Rechtsstaats für den WAA-Baubeginn in Schwandorf

Nachdem nach langem Gezappel zwischen Albrecht und Strauß im Februar dieses Jahres die Standortentscheidung für Wackersdorf/Bayern gefallen war, wurde mit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) im Frühjahr gerechnet. Es stellte sich jedoch heraus, daß durch die anstehenden Baumaßnahmen den anliegenden Teichwirten im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgegraben worden wäre — daraufhin mußte ein zusätzliches Verfahren eingeleitet werden, das eine zeitliche Verzögerung bedingte. Umweltminister Dick hat jetzt angekündigt, daß die 1. TEG noch vor der Sommerpause erteilt werden soll. Mit den Rodungsarbeiten muß jedoch jederzeit gerechnet werden, rechtlich muß die 1. TEG nicht unbedingt abgewartet werden. Allerdings hatte DWK-Chef Salander schon vor längerer Zeit zu verstehen gegeben, daß nach der 1. TEG noch das gerichtliche Eileinspruchsverfahren abgewartet werden soll, bevor mit den Baumaßnahmen begonnen werden soll.

Es ist jedoch reine Definitionssache, ob Rodungsarbeiten als Baumaßnahmen angesehen werden. Allerdings hat Ministerpräsident Strauß bereits alles nötige veranlaßt, damit auch die Gerichte schnell und zuverläßig funktionieren:

Strauß schafft „Ermächtigungsgesetze" für die WAA

Die bayerische Staatsregierung hat ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, womit die erste Instanz bei Klagen gegen Großprojekte abgeschafft wird. Dieses Gesetz ist bereits im Bundestag verabschiedet und muß nur noch den Bundesrat passieren. Konkret heißt das, daß es in Zukunft weniger „Ausrutscher"-Urteile mehr geben wird, wie z.B. letztes Jahr das Baustopp-Urteil des Verwaltungsgerichtes in Regensburg zum AKW Ohu II, das jedoch bereits nach zwei Monaten vom Verwaltungsgerichtshof in München aufgehoben wurde. Die erste Instanz würde dann für die WAA gleich der Münchner Verwaltungsgerichtshof sein — und der funktioniert hundertprozentig.

Damit sich der Münchner Verwaltungsgerichtshof nicht zu offensichtlich als reiner Rechtsverdreher in der Öffentlichkeit demaskieren muß, hat Strauß noch eine zusätzliche Gesetzesinitiative gestartet: die bayerische Staatsregierung will in den Bundestag ein Gesetz einbringen, nach dem wesentliche formale und inhaltliche Fehler in Prozeßen gegen Großprojekte zum Nachteil der betroffenen Bürger nicht mehr berücksichtigt werden sollen. Die Folgen dieses WAA-Ermächtigungsgesetzes wären sehr weitreichend: Der zumindest formal im Grundgesetz verankerte Rechtsschutz der Bürger würde damit bei Großprojekten bundesweit abgeschafft werden. So dürfte dann z.B. die WAA gebaut werden, auch wenn sämtliche eingereichten Unterlagen falsch oder fehlerhaft sind.

Vorzensur für „Untersuchungs"ausschuß

Die Gradlinigkeit, mit der die CSU alle legalen Mittel konsequent ausschaltet, die auch nur den Anschein erwecken könnten, darüber vielleicht doch noch die WAA zu Fall zu bringen, setzt sich auf Landtagsebene konsequent fort. Hier hatte die SPD einen WAA-Untersuchungsausschuß gefordert, der die Standortentscheidung, Finanzierung, Bebauungsplanverfahren u.a. unter die Lupe nehmen sollte. Nachdem die CSU dies abgelehnt hatte, strich die SPD selbst die Fragestellungen für den Untersuchungsausschuß zusammen, mit dem Ergebnis, daß die CSU sich gleich noch einmal über das übriggebliebene Gerippe hermachte, um auch noch alle Knochen zu brechen: Ein Vergleich der Standorte von Wackersdorf und Dragahn wird gestrichen, ebenso ein Kostenvergleich zischen direkter Endlagerung und WAA und, von wem die Standortwahl innerhalb Bayerns getroffen wurde. Auch dürfen keine DWK-Vertreter heranzitiert werden, da sie „nicht in den Staatsapparat" eingebunden seien. „Wir fragen ja BMW auch nicht, warum sie nach Regensburg und nicht nach Schwandorf gegangen sind."

Leider, kann man da nur sagen, denn dann käme heraus, daß der zuständige Regierungspräsident und die Landesregierung mit dem Hinweis auf die Gefährdung des Grundwasserreservoirs BMW abgewiesen hat, während sie eine solche Gefährdung bei der WAA nicht zu erkennen vermochte. Allerdings ist die SPD auch nicht so konsequent, wie sie gern scheinen möchte. Der SPD-Umweltexperte Kolo beantwortete die Frage eines Journalisten, warum sie den Untersuchungsausschuß als wichtig erachte, wo die SPD doch bereits politisch festgelegt sei, mit dem Hinweis, daß man völlig offen sei und notfalls seine Meinung revidieren werde!

Volksbegehren abgeschmettert

Das Volksbegehren „Nationalpark Bodenwöhrer Senke", das über 25.000 Menschen unterschrieben haben und mit dem versucht werden sollte, die WAA zu Fall zu bringen, ist vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof abgeschmettert worden. Begründung: Der Gesetzesentwurf verstoße sowohl gegen Bundesrecht als auch gegen die bayerische Verfassung, denn es erfülle nicht die Mindestvoraussetzungen des Bundesnaturschutzgesetzes. Außerdem schränke es die Handlungsfreiheit des Betroffenen und die wirtschaftliche Betätigung der Einwohner des Landkreises ein.

Daß hier eine politische Entsscheidung gefällt worden ist, ist klar. Allerdings ist es kaum möglich, dies nach außen hin deutlich zu machen, denn die Begründung klingt zunächst ganz überzeugend. Klar und für jeden Bürger nachvollziehbar wäre es gewesen, wenn sich das Volksbegehren direkt gegen die WAA gerichtet hätte — man hätte mit der entsprechenden Begründung einer dann erfolgten Ablehnung viel besser in der Öffentlichkeit die politische Entscheidung deutlich machen können und gleichzeitig auf die Notwendigkeit eines Volksbegehrens auf Bundesebene hinarbeiten können.

Aus internem Polizeipapier

Demnach wird zuerst eine Sicherungsanlage errichtet, die aus einem Stahldrahtzaun (Fabrikat Rösler), einem fünf Meter breiten vorgelagerten Trockengraben, einer Wasserwerferstraße und Beleuchtungsanlagen besteht. Es wird in folgender Reihenfolge vorgegangen:
1. Vermessung des Baugeländes und Festlegung des Standorts für den Sicherheitszaun;
2. Rodung des Sicherheitsstreifens;
3. Errichtung des Sicherheitszauns;
4. Beginn der Tiefbauarbeiten.

Im Nordteil des WAA-Bauplatzes ist dieses Vorgehen nicht möglich, da vorher umfangreiche Erdbewegungen nötig wären. Die DWK soll deshalb eine „alternative Lösung finden, um den polizeilichen Forderungen zu entsprechen".

Ab Baubeginn wird mindestens eine Hundertschaft der Polizei über längere Zeit ständig am Baugelände stationiert sein. Die Polizei rechnet mit „massiven gewalttätigen Demonstrationen" und mit einer „längeren Besetzung des Baugeländes". Die bayerische Staatsregierung will zusammen mit dem Polizeipräsidium Oberpfalz einen Einsatzstab „zur Bekämpfung von Großdemonstrationen" einrichten.

Und immer wieder aufs neue: Hetze gegen AKW-Gegner

Mit Schlagzeilen wie „WAA Wackersdorf im Fadenkreuz der Terroristen" und „RAF-Gruppe SÜD macht mobil" wird wieder Stimmung gegen AKW-Gegener gemacht. Die Staatsschutzabteilung sieht demnach den Hauptschwerpunkt der RAF immer mehr im Süden der BRD angesiedelt — allein im April 85 hätte es in Bayern 17 Brand- und Sprengstoffanschläge gegeben.

Der bayerische Justizminister Lang hat alle AKW-Gegner, die der CSU nahestehen, vor einer Teilnahme an der geplanten Großdemonstration und einer Besetzung des WAA-Geländes gewarnt und verwies auf Informationen, nach denen die „Revolutionären Zellen" das Umfeld friedlicher Demonstranten für ihre Ziele ausnutzen wollten.

Widerstand — auch in Bayern

Außerdem ist eine bundesweite Großdemonstration in München am 12. Oktober in Vorbereitung.
Dazu wird es ein erstes Vorbereitungstreffen am 7. Juli um 13.00 Uhr in Nürnberg, im KOMM geben.
Außerdem findet am Wochenende danach ein bundesweites Vorbereitungstreffen für alle anderen geplanten Aktionen statt (im BIWAK-Büro nachfragen: 0941-55555).
Es gibt außerdem eine Koordinierungsgruppe, um Veranstaltungen etc. zu organisieren:Te. 0531-891632, Peter Dickelt.

1. Samstag nach Rodungsbeginn: Große WAAldbesichtigung Treffpunkt: 14.00 Uhr Bahnhof Altenschwand / Gaststätte Lorenz	**2. Rodungstag: Gewaltfreie Behinderungsaktionen gegen Rodungsarbeiten am WAA-Gelände Treffpunkt: 9.00 Kölbldorf**
Ab sofort: Dauercamp in Kölbldorf	**11. 8. bis 18. 8.: Großes Sommerlager Gaststätte Lorenz / Bahnhof Altenschwand**

PLATZBESETZUNG!

Paraguay — BRD:

Mengele, Stroessner und ihre Bande



Wenn Alfredo Stroessner, seit 31 Jahren im Amt, Paraguay verläßt, dann stets um ausgesuchten Freunden einen Besuch abzustatten. Dann reist der Tschang Kai Tschek-Bewunderer („Wegen seines Antikommunismus", Liberatión, 17.8.84) nach Taiwan, früher, zu Lebzeiten des Caudillo auch mal nach Spanien, nach Argentinien sowieso, seit 1973 wieder nach Chile, und eben auch in die BRD.

Das letzte Mal 1973. Da besuchte das Mitglied der paraguayanischen Sektion der „World Anticommunist League" (WAL, mit Sitz in Südkorea) den Freistaat Bayern. Nebenbei traf er sich mit Vertretern der rechtsextremistischen kroatischen Organisation „Ustascha". Oder er lädt die Freunde auch zu sich nach Hause ein: 1981, anläßlich eines Seminars (Thema: „Anti-Kommunismus") traf er sich in der Hauptstadt Asunción mit Hans Filbinger, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, CSU-Mitglied Heinz Aigner (1976 Wahlkampfreferent bei Helmut Kohl, vormals bei Filbinger in gleicher Position tätig).

Zitat Aigner:

„taz: Welche Kritik haben sie an der Darstellung Paraguays in deutschen Medien?

Aigner: Daß immer wieder behauptet wird, Paraguay habe eine blutrünstige Diktatur. Das stimmt nicht. Paraguay ist keine Diktatur, Paraguay hat eine ‚autoritäre Demokratie', es gibt dort alle fünf Jahre freie Wahlen, es gibt vier zugelassene Oppositionsparteien. Was bleibt, ist nur das absolute Kommunistenverbot, aber das betrachte ich nicht als Diktatur" (zit. nach „Blätter des iz3W, Juni 85).

„El Rubio", („Der Blonde" weniger wegen seiner Haarfarbe als wegen seiner germanischen Herkunft so genannt) ist sowieso überaus gastfreundlich. Der nicaraguanische Diktator Somoza fand bei ihm Zuflucht. Bekanntermaßen besaß zum Beispiel Josef Mengele bis 1979 die paraguayanische Staatsangehörigkeit. Oberst Hans-Ulrich Rudel, Symbolfigur in neofaschistischen Kreisen für die Kontinuität zum Nazideutschland (dem 1976 Manfred Wörner „hohen Respekt vor der herausragenden Tapferkeit und der vorbildlichen Haltung" bekundete, „die tat", 5.6.81) lud Stroessner gern ein, ebenso wie MSI-Führungsmitglied Mirko Tremaglia. Den italienischen Faschisten beauftragte er zum Beispiel mit der Schulung seiner Parteijugend.

Mirko Tremaglia. Den italienischen Faschisten beauftragte er zum Beispiel mit der Schulung seiner Parteijugend.

Als Dauergäste beherbergt er u.a. zwei seit 1976 wegen Mordes gesuchte Mitglieder der italienischen Neo-Nazi-Gruppe „Ordine Nuovo", Elio Massagrande und Gaetano Orlando. „Ustascha"-Mitglied Tony Zarisch plus Kameraden bilden seinen „Batallon Escolta", das heißt seine body-guards aus. (Quellen u.a.: Chile-Komitee Stuttgart). Jetzt, kurz nach dem 8. Mai, wollte Mengele-Freund Stroessner (wie es heißt) zu einem „Arbeitstreffen" (Drucksache des dt. Bundestags) nach Bonn, aber auch nach Stuttgart kommen. Dort befindet sich nämlich der Sitz eines „Instituts für deutsch-paraguayanische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturbeförderung GmbH", dessen Publikationen mit Grußwörtern des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth versehen werden: *„Ich freue mich, ..., daß das Institut für deutsch-paraguayanische Beziehungen seinen Sitz in Stuttgart genommen hat und sich besonders den Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Paraguay widmen will"* (zit. in Infoblatt des Chile-Komitees Stuttgart).

Gründer des Instituts ist Heinz Aigner, seit 1982 mit der Tochter des 1976 verstorbenen Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Paraguays, Jimenez-Balbiani, verheiratet.

Es wird hierbei nicht bei Grußbotschaften stehengeblieben: So spendeten in einer gemeinsamen solidarischen Aktion die bayrische wie die baden-württembergische Landesregierung zusammen u.a. etwas über 600.000 DM zur Errichtung einer Landwirtschaftsschule für die Deutschland liebende Mennoniten-Siedlung in Nord-Paraguay (Quelle: Antwort der ba.-wü. Landesregierung auf einen Antrag der Grünen, 22.3.85).

Diese Sekte zeichnet sich u.a. durch den Glaubenssatz: „Gott spricht deutsch" aus, was vielleicht manches erklären mag. Aigners Stuttgarter Institut will einerseits über „die wahre Situation in Paraguay" aufklären, andererseits auch seine Beziehungen zur Vermittlung von Landkäufen anbieten. In der BRD existieren über 30 Immobilien- und Farmverbände, wie die „Treubesitz Südamerika" oder der „Kress-Verband", die paraguayanisches Land verscherbeln (siehe „Blätter iz3W", Juni 85).

Schon 1974 stellte der Wiener Ethnologe Dr. Georg Grünberg in einer Studie fest: *„Allein in Paraguay sind in den letzten Jahren über eine Million Hektar Land vor allem an deutsche Investoren verkauft worden"*. Land, von dem dort lebende Indianer mit Gewalt vertrieben wurden.

Mit 200.000 ha ist die „Treubesitz General Farming GmbH" (Sitz in Mainz) eine der größten Immobilienhändler. In ihren Prospekten heißt es: *„Die Investitionsvorhaben der Farmverbundgesellschaft gelten in Paraguay als Musterbeispiel deutscher Unternehmertätigkeit und deutscher Pionierarbeit, was Präsident Stroessner dazu veranlaßte, im Herbst letzten Jahres ein weiteres großes Farmprojekt persönlich und feierlich einzuweihen."*

Die Bundesregierung selber finanziert ein Projekt der Hans-Seidel-Stiftung zur „Förderung von Kräften im Öffentlichen Dienst" in Höhe von 1,9 Mio. DM. Sämtliche Mitarbeiter haben im übrigen Stroessners Colorado-Parteimitglieder zu sein ...

„Mein Gruß gilt ihnen, Exzellenz, als dem Präsidenten der Republik Paraguay, mit der die Bundesrepublik Deutschland seit langem befreundet ist, und als einem Mann, der sich auch heute noch mit der Heimat seiner Väter eng verbunden fühlt." Diese Worte des damaligen bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel (1973) waren, findet Graf Huyn (CSU-MDB und außenpolitischer Sprecher), schon damals „keine diplomatisch-höfliche Übertreibung", denn:

„Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Paraguay bestehen eine Reihe zweiseitiger Abkommen, darunter solche, die in den 70iger Jahren abgeschlossen wurden. ... Wir leisten umfangreiche staatliche, sowie kirchliche, finanzielle und personelle Entwicklungshilfe. Deutschland fördert etwa 80 Privatschulen mit fast 5.000 Schülern ... Es soll keine Mohrenwäsche versucht werden. Aber Paraguay hat immerhin vier zugelassene Oppositionsparteien ... Es herrscht Ein- und Ausreisefreiheit, jeder kann sich im Land frei bewegen ... Speziell für Bayern, das der paraguayanische Präsident wieder besuchen wird, gilt: Alfredo Stroessner wird in der Heimat seiner Vorfahren genauso empfangen

Präsident wieder besuchen wird, gilt: Alfredo Stroessner wird in der Heimat seiner Vorfahren genauso empfangen

werden, wie es unter Alfons Goppel vor zwölf Jahren geschah." („Bayern-Kurier", 13.4.85).

Keine unglückliche Liebe, denn Stroessner selber ließ gegenüber der Münchner „Quick" verlauten: *„Herr Strauß ist ein ehrlicher Mann, der die Freundschaft beinahe als Religion betrachtet. Es handelt sich um einen Mann, der mit Ehrlichkeit, Entsagung, Intelligenz und Vaterlandsliebe für den geistigen Frieden und die soziale Ordnung in seinem Lande arbeitet"* (zit. nach „Bonner Rundschau", 10.4.85).

„Tapferes Paraguay" ...

Diesen Titel trägt das Werk des ehemaligen (bis 1973) BRD-Botschafters in Paraguay, das als „bestes Buch über Paraguay" von der Universität Köln mit der Verleihung der Doktorwürde für den Autor ausgezeichnet wurde (veröffentlicht 1979). Hubert Krier ist heute Paraguays Honorarkonsul für Bayern und Baden-Württemberg. Der ehemalige Botschafter Krier bewundert dort u.a. die *„leidenschaftliche Vaterlandsliebe"*, den *„fanatischen, bis in jede Einzelheit konsequenten Antikommunismus und die tiefeingewurzelte Idee von der ethischen Überlegenheit soldatischer Tapferkeit"*, auch den *„eisernen Fleiß"* sowie die *„unerschütterliche Treue"* des Präsidenten Stroessner zu den USA.

Ein Beispiel: *„Als die USA 1965 wegen Gefahr kommunistischer Subversion in Santo Domingo einrückten, entsandte Paraguay als erstes lateinamerikanisches Land dorthin ein kleines Truppenkontingent, um die Amerikaner durch eine moralische Geste zu unterstützen"* (S. 44). Es versteht sich beinahe von selbst, daß Paraguay die USA auch bei der Kuba-Blockade nicht im Stich ließ.

1954 kam Stroessner mit seiner „Colorado"-Partei an die Macht (der Name bedeutet merkwürdigerweise „rot" ...).

„Ich habe überhaupt keinen Anlaß, mich zu schämen, schon so lange zu regieren; ich regiere nicht aus persönlichen Ambitionen, sondern weil das Volk mirVertrauen schenkt, und mich Gott und eine gute Gesundheit begleiten" erklärte der Präsident, der außer Napoleon-Biografien kaum was lesen mag, („Libération", 17.8.84). Er regiert vor allem deswegen so lange, weil seit 1954 in Paraguay der Ausnahmezustand herrscht. Zwar wurde 1967 eine Verfassung verabschiedet, diese wurde aber sinnigerweise für die Dauer des Ausnahmezustands außer Kraft gesetzt.

Asunción gilt als eine der sichersten Hauptstädte der Welt: in Paraguay kann jede und jeder und jederzeit aufgrund des bloßen Verdachts einer Beteiligung an einer „subversiven Organisation" verhaftet werden.

Ob Arzt, Lehrer, Beamter, Angestellter im Öffentlichen Dienst, beim Militär oder in der Armee sowieso: das wird man alles nur bei Mitgliedschaft in Stroessners Partei.

Es gibt nur zwei weitere zugelassene
wird man alles nur bei Mitgliedschaft
in Stroessners Partei.

Es gibt nur zwei weitere zugelassene Parteien, eine „Liberale Partei" und eine „revolutionäre Febreristen-Partei" (der Sozialistischen Internationale angeschlossen). Sowohl die nach dem Vorbild der christdemokratischen Partei in Chile 1960 gegründete christ-demokratische Partei wie auch die KP sind verboten. Die letztere ist die Illegalität, abgesehen von zwei kurzen Ausnahmen (1937 und 1946) gewohnt. Anfang der 60er Jahre wollte sie, dem kubanischen Modell folgend, zum Guerilla-Kampf übergehen, dieser wurde durch Stroessners Armee, die er im Übrigen selber kommandiert, zerschlagen. Bis 1975 gehörte es zu den Gepflogenheiten des Landes, daß politische Inhaftierte weder angeklagt noch verurteilt wurden, sondern, in manchen Fällen bis zu 20 Jahren, einfach in Haft behalten wurden. Folter ist dabei erlaubt. Heute wird man immerhin schon angeklagt — wenn auch so gut wie keine Prozesse bekannt sind. Zum Beispiel gab amnesty international 1983 die Zahl von 50 politischen Gefangenen an, die als „Rädelsführer der kommunistischen Subversion" angeklagt wurden.

1976 ließ Stroessner in einer größeren Säuberungsaktion 20.000 Oppositionelle einsperren. Heute lebt fast eine Million Paraguayer im Exil; das entspricht einem Viertel aller Paraguayer.

Anfang der 60iger Jahre gründeten auch die armen Bauern, die etwa 70% der Gesamtbevölkerung ausmachen, eine bodenständige, genossenschaftliche Bewegung: die „Ligas agrarias". Diese wurden als „kommunistische Organisation" brutal von der Armee verfolgt. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht, wie zum Beispiel in Charara, wo über 1.300 Menschen ermordet wurden (Quelle: Latein-Amerika heute, Heft 9, 1975). Gleich zu Beginn seiner Amtszeit kümmerte sich der Präsident besonders um die Gewerkschaften. Ein Genralstreik 1958 wurde blutig niedergeschlagen, die Gewerkschaftsführer gegen „Colorado"-Getreue ausgetauscht, und so ist heute die Dachgewerkschaft CTP nichts anderes als ein Regierungswerkzeug, wo Streiks weitgehend unbekannt sind. Pressefreiheit ist ein mehr oder weniger fremdes Wort, zwei Themen gelten als besonders tabu: Die Gesundheit des Präsidenten und die Aktivitäten des MOPOCO (Movimiento Popular Colorado). Der MOPOCO ist eine abgespaltene Gruppe der regierenden Colorado-Partei und gilt als die wichtigste oppositionelle Gruppe im Exil. Viele ihrer Mitglieder flohen gleich 1954 ins Exil, eine zweite Emigrationswelle folgte nach dem Generalstreik von 1958. Allein zwischen 1958 und 1976 wurden 12.000 politische Gegner ermordet („Spiegel" 29/19.7.82, zit. in Gabriele Weber: „Kulturelle, sozio-ökonomische und politische Integration der Deutschstämmigen unter besonderer Berücksichtigung der Rückwirkungen in ihren Gastländern Chile, Argentinien und Paraguay", Dissertation, 1982).

Deutsche in Paraguay

Deutsche in Paraguay

Die Deutschen sind mit 60 bis 70.000 die stärkste Minderheit im Lande (Gesamtbevölkerungszahl: ca. 3 Mio Einwohner). 50.000, nach Angaben der deutschen Botschaft, beherrschen noch die deutsche Sprache. Insgesamt existieren in Paraguay 100 deutsche Privatschulen.

1887 gründete Nietzsches antisemitischer Schwager Bernhard Förster die Kolonie „Nueva Germania" in Süd-Ost-Paraguay. *„Die Landkarte dieser Region liest sich wie eine einheimische: Hohenau am Alto Parana, das 1900 gegründet wurde und heute noch zu 95% aus Deutschen, darunter etliche Nazis, besteht. Horqueta, das 1919 gegründet und 10 Jahre später in Teutonia umbenannt wurde (...) Sudetia, das 1933 von Sudetendeutschen gegründet wurde (...) Hakenkreuze sind nichts anrüchiges, an der Goethe-Schule in Asunción werden sie sogar unter den Schülern gehandelt"* (Gab. Weber, s.o., S. 106-107).

Westlich vom Rio Paraguay befindet sich der Chaco genannte Landesteil: 61% der Landesfläche, mit nur 5% der Gesamtbevölkerung, ein früher reines Indianer-Gebiet, das seit Beendigung des Chaco-Krieges (1935, wo sich Stroessner als Offizier betätigte) zunehmend von weißen Siedlern genutzt wird. Dort haben sich in den 20iger Jahren die Mennoniten niedergelassen, eine im 16. Jahrhundert von Nenno Simon gegründete Wiedertäuferbewegung, die vor allem im süddeutsch-schweizerischen und holländisch-friesischen Raum verankert war.

Verfolgt von Katholiken wie Protestanten siedelten sie sich zunächst in Südrußland an, gingen später nach Kanada und in die USA. Die in Rußland Verbliebenen verließen das Land nach der Oktoberrevolution und gründeten in Chgaco die Kolonie „Fernheim".

Als 1933 Hitler an die Macht gebracht wurde, schickte das Dorfoberhaupt der Kolonie ein Glückwunschtelegramm: *„Wir danken dem Allmächtigen, daß er in unserem Mutterlande noch zur rechten Zeit die Männer gesandt hat, die dem Kommunismus mit starker Hand entgegentraten und in kurzer Zeit niederrangen"* (zit. nach „50 Jahre Kolonie Fernheim", Hrsg. Kolonie Fernheim, 1980). Schon 1921 hatte die paraguayanische Regierung ein sogenanntes „Mennoniten-Gesetz" verabschiedet, das ihnen verschiedene Sonderrechte gewährt: die Religionsfreiheit, die Schulautonomie, die Befreiung vom Militärdienst, das Recht auf autonome Regelung von Erbschafts- und Waisenangelegenheiten. Viele Mennoniten sind heute Mitglieder der Colorado-Partei, denn: „Siväl Frieheit en Fred aus wie hia em Laund habe, jeft ons väl Osoak dankboa to senni" („Soviel Freiheit und Friede, wie wir sie hier im Land haben, gibt uns alle Ursache, dankbar zu sein", aus „Mennoblatt" 2/70, zit. in Gab. Webert, s.o., S. 118)

Seit Mitte der 70er Jahre hat eine neue deutsche, stillere Einwanderung stattgefunden. Neben irgendwelchen individuellen Aussteigern, Steuerhinterziehern und sonstigen kleineren und größeren Delinquenten (wie z.B. der bekannte „schöne Konsul", Hans-Herman Weyer ...) zieht es tausende andere bundesdeutsche Großverdiener ebenfalls zur Steueroase Paraguay. In einer Werbeschrift der „Deutsch-Paraguayanischen Gesellschaft e.V." preist der Hamburger paraguayanische Konsul sein Land so an:

„— Stabile politische und wirtschaftliche Verhältnise bei konstanter und frei konvertierbarer Währung,

— eine arbeitswillige Bevölkerung ohne rassische und soziale Konflikte,

— Fruchtbare Böden für Land-, Vieh- und Forstwirtschaft zu günstigefn Preisen,

— Sehr niedrige Besteuerung gfs. Steuerbefreiung,

— Verfassungsmäßige Garantien zum Schutz von Privateigentum,

— Rechtliche Gleichstellung von In- und Ausländern,

— Unbürokratische Aufenthaltsgenehmigung bzw. Einbürgerung für Investoren." („Globus", 16/Dezember 1981, zit. in Gab. Weber, s.o., S.171).

Zwischen 1977 und 1981 haben deutsche Unternehmer in Paraguay 30 Mio. DM Kapital investiert, hinzu kommen weitere 70 Mio. DM Privatinvestitionen. Zum Beispiel besitzt der Rottenburger Oberbürgermeister (Egbert Regenbrecht) in Paraguay an die 700 ha. Land und ein Vorverkaufsrecht auf weitere 5000 ha. Land.

Der Wiesbadener Unternehmer und Farmbesitzer in Paraguay, Rudolf

Land und ein Vorverkaufsrecht auf
weitere 5000 ha. Land.
Der Wiesbadener Unternehmer und Farmbesitzer in Paraguay, Rudolf

Hambach, ist auch Vizepräsident eines rechten Zirkels namens „Ludwig-Frank-Stiftung" („LFS"). Es war die LFS, die das weiter oben benannte „Seminar" vom 30.10. bis zum 12.11.81 in Asunción offiziell veranstaltete (mit Filbinger, Löwenthal und Co., s.o.).

Das Programm begann mit einer Rede von Filbinger: *„Kann der Westen in Freiheit überleben?"* („Europabrücke", 16/Dezember 1981). Mit im Programm war auch der Besuch deutscher Siedlungen vorgesehen. Hambach selber berichtete in der „Europabrücke" (16/81): *„ ... Am Abend fand im Gemeindehaus ein Volksfest statt. Der Tisch war mit Erzeugnissen der Kolonie reich gedeckt. Nach dem Essen wurde eine Vielfalt von alten deutschen Volkstänzen von der Tanzgruppe des Dorfes gezeigt, wie man sie in Deutschland nur noch selten zu sehen bekommt ... Am nächsten Morgen läutete Pater Gruber die im Freien stehende Kirchenglocke zum gemeinsamen Gottesdienst. In seiner Predigt hob er seine Bemühungen hervor, der Gemeinde Moseldorf (wo Hambach selber ansässig ist) als deutschsprachige Gemeinschaft zu erhalten. Er setzte sich insbesondere für die Erhaltung des deutschen Brauchtums ein. Nach dem Gottesdienst übernahm in einer Feierstunde die Ludwig-Frank-Stiftung die Patenschaft für das Dorf, nachdem der Generalstabschef des Heeres, General Fretes Davalos, die Schirmherrschaft über das Moseldorf übernommen hatte ..."* (Gab. Weber, s.o., S. 180).

Stroessner selber erklärte: *„Die Türen Paraguays stehen allen Menschen guten Willens offen, die sich mit Vertrauen und Aufrichtigkeit in unsere Nation einfügen wollen. In diesem Land des Friedens, der Freiheit, des Fortschritts und der Gerechtigkeit gibt es nur für Kommunisten keinen Platz, nicht einmal einen Zentimeter"* (Georg Grünberg, „Landraub an Indianern", 1982).

Im Übrigen, um das Bild zu vervollständigen, erfreut sich Paraguay seit

Fortsetzung nächste Seite

Kampf dem Faschismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

1981 auch einer, wenn auch kleinen, doch regen französischen Einwanderung. Gingen 1979 252 Franzosen nach Paraguay, waren es 1984 bereits 878 (Zahlen der französischen Botschaft in Asunción). Mindestens 3000 Franzosen sind heute dort angesiedelt. Bei den Europa-Parlamentswahlen wählten im Botschaftsbüro 81,1 % für die Rechte Opposition. Für die ‚PS' gab es gerade fünf Stimmen. Wie die der „FN" (Front National) nahestehende Zeitung „Magazine-Hebdo" (24.8.84) kommentierte: es sind die Leute, die „vorm schleichenden Mitterand-Gulag flüchten" ...

Nazis in Latein-Amerika, gestern und heute

Zunächst auf individueller Initiative wurden in den 30er Jahren NSDAP-Zirkel im Ausland aufgebaut: 1929 in Paraguay, 1930 in der Schweiz, 1931 in weiteren 17 Ländern, darunter Argentinien, Chile und Mexico. 1931 gründete Reichsorganisationsleiter Strasser offiziell eine „Auslandsabteilung der Reichsleitung der NSDAP". Im Februar 34 schuf Führer-Stellvertreter R. Heß die „Auslandsorganisation der NSDAP" (AO). Ein ganzer Apparat wurde geschaffen, wie z.B. und unter anderem der VDA („Verein für das Deutschtum im Ausland"), die „Deutsche Akademie" oder auch die „NS-Frauenschaft". Zeitgenössischen Schätzungen zufolge gab es in Chile 35.000 Hitler-Anhänger, davon waren 8.000 militärisch organisiert.

Allerdings bekamen die Nazis in Latein-Amerika auch hier und dort Schwierigkeiten. So demonstrierten beispielsweise in Buenos-Aires 1938 20.000 Menschen gegen Rassismus und Antisemitismus.

Nach Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft setzten sich einige NSDAPler in die USA oder auch in den Orient ab, der größte Teil jedoch tauchte in Südamerika unter, die meisten in Argentinien, Paraguay, Brasilien und Chile: gut 50.000 (Ladiglas Farago, „Scheintot, Martin Borman und andere NS-Größen in Südamerika", 1975, S. 26, 301). Fluchthilfe leisteten die Organisationen „ODESSA" (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) und die „Spinne" (u.a.). Gefälschte Reisedokumente stellten das Rote Kreuz, die Caritas und in der Hauptzahl der Fälle der Vatikan aus. Dort bestand ein Flüchtlingsbüro, geleitet vom späteren Papst Paul VI., Kardinal Montini. Insbesondere in Argentinien bekam man mit den Vatikan-Ausweisen ohne jegliche Schwierigkeit politisches Asyl.

Wie wohl weitgehend bekannt, hatte keine der Siegermächte Interesse an ef-

den Vatikan-Ausweisen ohne jegliche Schwierigkeit politisches Asyl.

Wie wohl weitgehend bekannt, hatte



... Der Typ Kopfhaar stimmt mit den Unterlagen überein ... —



Lebensalter und Typ des Knochenbaus stimmen überein mit den Unterlagen ...



... Gebiß paßt zu den Unterlagen ...



— ... die Handschrift stimmt exakt überein mit unseren Unterlagen ...





... alle Untersuchungen haben erwiesen, daß wir es hier mit den irdischen Resten von Mengele zu tun haben ... — ... Meiner Meinung nach ist jetzt die Zeit reif, Ihre Tagebücher auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt anzubieten, Herr Doktor Mengele! (Aus „Vrij Nederland", Beilage, 22.6.85 — Autor des Strips ist Jaap Vegter, dem wir für die Nachdruckgenehmigung danken)

... alle Untersuchungen haben erwiesen, daß wir es hier mit den irdischen Resten von Mengele zu tun haben ... — ... Meiner Meinung nach ist jetzt die Zeit reif, Ihre Tagebücher auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt anzubieten, Herr Doktor Mengele! (Aus „Vrij Nederland", Beilage, 22.6.85 — Autor des Strips ist Jaap Vegter, dem wir für die Nachdruckgenehmigung danken)

keine der Siegermächte Interesse an effektiver Suche und Bestrafung der Nazi-Verbrecher.

So wurde z.B. der stellvertretende Kommandant des Vernichtungslagers Sobibor, Gustav Wagner, ohne Verhör aus einem US-Internierungslager entlassen, obwohl sich sein Name auf der Liste der Kommission der Vereinten Nationen über Kriegsverbrechen befand. Mit Hilfe des Heiligen Stuhls flüchtete er zunächst nach Syrien; in Nürnberg in Abwesenheit zum Tode verurteilt, starb er 1960 in Sao Paolo (Brasilien), nachdem er den Auslieferungsanträgen von vier Ländern entgangen war.

Mit der Verschärfung des kalten Krieges verbesserte sich zusehends die Situation der Naziverbrecher. Die anglo-amerikanische Absprache zur Beschränkung von Auslieferungen an Länder, *„wo es schwierig ist, Sicherheit darüber zu erlangen, daß die eingelieferten Personen ihren Prozeß und ein vernünftigerweise gerechtes Verfahren erhalten"* hatte zum Ergebnis, daß keine einzige Auslieferung aus der US-Zone mehr erfolgte ab November 47. *„95 % der SS-Angehörigen entgingen der Justiz der Westmächte. 200 wurden verurteilt, von den Todesurteilen wurde ein Drittel nicht vollstreckt. Die Amerikaner begannen seit 1951, seit dem Beginn des ‚Kalten Krieges' zu begnadigen; 1958 waren alle Gefangene und durch Militärgerichte verurteilten Nazis freigelassen worden, fast alle ohne ihre Strafe bis zu Ende verbüßt zu haben"* (Ignacio Klich, „Nazis in der 3. Welt — ein unbeendeter Krieg", „Le Monde diplomatique", Juli 1983).

So konnte sich auch der „Schlächter von Lyon", Klaus Barbie-Altmann, mit einer Soutane bekleidet und mit Hilfe der Amerikaner, nach Latein-Amerika absetzen. General Peron, während des Faschismus argentinischer Militär-Attaché in Rom und seit 1946 selber an der Macht, bewunderte Hitler. Noch vor der militärischen Kapitulation des NS-Regimes wurden Gelder auf neutrale Konten, v.a. in der Schweiz und Argentinien transferiert. In Argentinien bei deutschen Banken, auf den Namen Evita (Duarte) Perón. 100 Mio. Dollar sollen nach dem Krieg von der Schweiz nach Argentinien transferiert worden sein (Angaben von Simon Wiesenthal, u.a. in „Transatlantik" 3/82, S. 59).

Die Naziemigranten setzten ihr in Europa unterbrochenes Tun in Latein-Amerika fort. Klaus Barbie hat in Bolivien *„als Berater und Ausbilder der Putschgeneräle gemeinsam mit argentinischen und chilenischen Experten den Sturz der Demokratie und die Machtübernahme des Militärs geplant und geleitet"* („Stern", 9.10.1980, S. 86). Fritz Schwend, vormals im KZ-Buchenwald tätig, wurde in Peru Berater der Kriminalpolizei und des militärischen Geheimdienstes (Ladislas Farago, s.o., S. 77). Nebenbei beschäftigte sich Schwend auch mit Waffen- und Devisenschmuggel; in diesem Zusammenhang aufgefallen, wurde er 1976 an die BRD ausgeliefert. Das mit Schwend befaßte Münchner Gericht verhängte zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung, und so reiste Schwend als freier Mann nach Peru zurück, wo er 1970 starb.

Walter Rauff, Chef der fahrbaren Gaskammern, in denen zwischen Dezember 1941 und Juli 1942 in der Ukraine, Polen und Jugoslawien rund 100.000 Menschen ermordet wurden, arbeitete zunächst ab 1949 bei der Bayer-Filiale in Quito (Equador) und siedelte 1958 nach Chile über. Von Pinochet wurde Rauff zum Chefberater der Behörde für antikommunistische Untersuchungen berufen.

1963 gründete Franz Pfeiffer in Chile die Bewegung „Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit), die sich 1968 durch einen „Schönheits"-wettbewerb „Miss Nazi" bekannter machte ... Oberst Hans Ulrich Rudel vertrat den Siemens Konzern in Buenos-Aires. Adolf Eichmann, Chef des Gestapo-Judenreferats, war bis zu seiner Entführung 1960 bei Mercedes Benz ebenfalls in Buenos-Aires tätig. Franz Paul Stangl, ehemaliger Kommandant des KZ Treblinka, arbeitete im VW-Werk von Sao Paolo (Quellen: u.a. „Spiegel", 23/5.6.78, S. 104).

In Paraguay wurde die schon erwähnte deutsche Kolonie „Nueva Germania" wie die in den 50er Jahren in Chile gegründete „Colonia Dignidad" (Würde) Asylstätte für geflüchtete Nazis. In der Kolonie „Dignidad" wurde nach dem Pinochet-Militärputsch 1973 auch ein Folterzentrum der chilenischen Geheimpolizei, „DINA", untergebracht.

Die Journalistin Linda Hunt hat die Tätigkeit von Naziverbrechern auch in den USA untersucht und studierte hierzu Dokumente des Verteidigungs- und Außenministeriums. Im Rahmen einer „Operation Paperclip" wurden von 1945 bis 1955 ca. 800 nationalsozialistische Wissenschaftler und 2.000 Angehörige in die USA geholt (z.B. SS-Sturmbannführer Wernher von Braun, Generalmajor der Wehrmacht Walter Bornberger, General Walter Schreiber). Mitte 1947 verlangte die „Verwaltung zur Feststellung von Aufklärungszielen" (eine Pentagon-Behörde) die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen für den Einsatz von „Ex"-Nazis. Hierbei sollen die Akten von rund 130 Naziwissenschaftlern gesäubert worden sein (Artikel in der sowj. Zeitschrift „Neue Zeit", siehe „UZ", 12.6.85).

Weitere heute gesuchte Nazis sind:
— Alois Brunner, verantwortlich für die Ermordung der griechischen Juden und die Deportation der französischen Juden; er soll in Damaskus, unter Protektion des syrischen Regimes, leben;
— Walter Kutschmann, SS-Offizier, verantwortlich für die Massenerschießung der 2.000 Einwohner von Lemberg/Polen; er soll in Buenos Aires unter dem Namen Dr. Pedro Olmo leben;
— Léon Degrelle, in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Spitzenkollaborateur in Belgien, lebt in Spanien;
— Dr. Herbert Heim, der ähnliche „Experimente" wie Mengele in Oranienburg und Mauthausen durchführte;
— In Cleveland/USA lebt der im KZ Treblinka genannte „Ivan der Schreckliche", Hans Demjanjuk (alle Angaben aus: „US-News and World Report", 24.6.85).

Dr. Josef Mengele

Mengele, verantwortlich für die Ermordung von 400.000 Menschen, wurde 1911 als Sohn eines Günzburger Landmaschinenfabrikanten geboren und studierte in München und Frankfurt. In Frankfurt war 1935 ein „Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene" unter der Leitung des Freiherrn Otmar von Verschuer gegründet worden.

Verschuer hatte sich die Aufgabe gestellt, *„die bis dahin eher politisch spekulativ denn wissenschaftstheoretisch begründeten Fächer klassische Anthropologie, Eugenik und Konstitutionsbiologie auf einem neuen Fundament wissenschaftlich exakt zusammenzuschließen: der sich an der experimentellen Genforschung orientierenden Humangenetik. Gerade dadurch sollte die ‚Rassenhygiene' als Instrument nationalsozialistischer Innenpolitik gestärkt werden, und es sei vorrangig, dem Staat einen entsprechend qualifizierten ‚Führernachwuchs' zur Verfügung zu stellen"* (Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, HH, Heft 2/4.85).

Das Institut war zusammen mit drei weiteren für die Begutachtung von Streitfällen in „Volkszugehörigkeitsfragen" und Vaterschaftsnachweisen zuständig, also wissenschaftliche Entscheidungsinstanz der „Berliner Reichsstelle für Sippenforschung".

Verschuer übertrug 1939 Mengele die gesamte Begutachtungspraxis des Instituts wissenschaftlich zu bearbeiten. Bei Kriegsbeginn meldete sich Mengele freiwillig zum „truppenärztlichen Dienst" und war beim „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS" tätig.

Verschuer war inzwischen (1942) zum Leiter des Berliner „Kaiser Wilhelm Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik", heute Max-Planck-Institut, berufen worden. 1943 trat Mengele, 32 Jahre alt, seinen Dienst als Lagerarzt in Auschwitz an. Von der Außenstelle Auschwitz des Kaiser-Wilhelm-Instituts belieferte Mengele ab 1943 alle Forschungsprojekte der Berliner Stelle mit lebendfrischem Material und mit vor der Tötung systematisch durchuntersuchtem Menschenmaterial. Anfang Februar fand in Jerusalem, anläßlich des 40 Jahrestages des Ende des Faschismus, ein dreitägiges Symposion statt unter dem Titel „J'accuse", organisiert von ehemaligen Opfern Mengeles, bzw. vom Verein „CANDLES" (überlebende Kinder von tödlichen Nazi-Experimenten in Auschwitz). „CANDLES" ist in den USA von den Zwillingen Evakor und Nark Berkowitz, die beide zu Mengeles Opfern zählen, gegründet worden.

„Sie haben mir eine Injektion gegeben. 45 Minuten später wurde ich in meine Abteilung zurückgebracht. Die Leidensgefährten fragten nach, was mit mir gemacht wurde. Ich antwortete: ich kann es nicht sagen. Daraufhin sagten sie mir: sie haben dich kastriert" sagte ein Mann in Jerusalem. Vera Kriegel war mit vier Jahren nach Auschwitz gekommen: *„Meine Mutter hatte blaue Augen und sah wie eine echte Arierin aus"*, sie selber war ein sogenannter „dunkler Typ". *Diese Tatsache hatte die Aufmerksamkeit Mengeles auf uns gelenkt. Das war der Grund, warum er mit uns spezielle Augenexperimente unternahm. Wir wurden ins Labor gebracht, wo ich zu meinem Entsetzen eine Wand vorfand, die voll von Menschenaugen bestückt war."*

Ephraim Reichenberg kam im Juli 44 nach Auschwitz, mit seinen Eltern und seinen sieben Geschwistern. Ephraim und einer seiner Brüder sahen sich sehr ähnlich. *„Als behauptet wurde, daß wir Zwillinge sind, widersprachen wir nicht. Die Stimme meines Bruders war sehr wohlklingend, meine nicht. Dieser Tatbestand erregte Mengeles Interesse, und er begann, uns Injektionen in den Hals zu verabreichen, die durch Schwellungen zur Aufhellung des Sprachorgans führten."* 1967 verlor E. Richtenberg endgültig seine Stimme.

„Er nahm das Kind und warf es ins offene Feuer. Zu dieser Zeit war bei mir noch nicht einmal die Nachgeburt weggegangen" (Zitate aus dem Tribunal, in „taz", 13.2.85). Der „Todesengel von Auschwitz" (so bezeichneten ihn seine Opfer), ansonsten großer Musikliebhaber (Wagner und Beethoven), führte auch erste Experimente künstlicher Befruchtung im Block 28 von Auschwitz-Birkenau durch. Zur Feststellung des Experimenterfolges wurden anschließend die schwanger gewordenen Frauen getötet und seziert.

Peinlichkeiten, Pannen und kein Ende ...

Nach der NS-Niederlage flüchtete Mengele zunächst in Häftlingsklei-

Nach der NS-Niederlage flüchtete Mengele zunächst in Häftlingsklei-

dung. Unklar ist, wo er sich zwischen 45 und 47 genau aufgehalten hat. Jedenfalls, nach Dokumenten des US-militärischen Abschirmdienstes „CIC", veröffentlicht durch dessen ehemaligen Mitarbeiter Benjamin Corby, war Mengele 1947 in US-Haft, nachdem er in Wien aufgegriffen wurde. 1954 soll er sich nach Argentinien abgesetzt haben. Wie die „FAZ" (24.6.85) meldete: *„In Argentinien lebte Mengele noch offen unter seinem im Telefonbuch aufgeführten Namen."* 1959 erhielt er die paraguayanische Staatsangehörigkeit, die ihm 1979 aberkannt wurde, woraufhin er sich nach Chile (in die „Colonia Dignidad") abgesetzt haben soll.

1960 wurde seitens der BRD ein Auslieferungsantrag an Paraguay gestellt. Im selben Jahr, als die Frankfurter Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen beauftragt wurde, 1959, reiste Mengele nach Günzburg zur Beerdigung seines Vaters.

Im Februar 1984 erklärte der Innenminister Paraguays gegenüber Beate Klarsfeld, Mengele habe 1962, kurz nach Eingang des Auslieferungsantrags der BRD, das Land verlassen. US-Geheimdienste hätten damals die kanadischen Behörden informiert, Mengele wolle nach Kanada auswandern (so ein Ex-Mitarbeiter der US-Ermittlungsbehörde für NS-Verbrechen, John Colty, Autor eines Buches über die Rolle westlicher Geheimdienste beim Untertauchen der Nazis).

Demgegenüber vertrat Simon Wiesenthal, Leiter des bekannten Wiener Dokumentationszentrums, noch im Februar bzw. April dieses Jahres, Mengele lebe nach wie vor in Paraguay („Bonner Rundschau", 10.4.85, „taz", 13.2.85).

Ende Mai dieses Jahres verweigerte der paraguayische Innenminister Mantanaro Beate Klarsfeld ein Treffen, ebenfalls verweigerte ihr der Direktor einer nationalen Fernsehanstalt Paraguays die Ausstrahlung eines zweiminütigen Films über Auschwitz: Beate Klarsfeld hatte in einem ganzseitigen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Inserat in der unabhängigen Zeitung ,,Hoy'' 10 Mio. Guarani (d.h. 54.000 DM) Belohnung für Hinweise auf Mengele ausgesetzt. Der Film, so der Fernsehmanager, sei ,,eine Beleidigung für ganz Paraguay'' (,,taz'', 24.5.85).

Noch vor zwei Monaten erklärte der Frankfurter Staatsanwalt Klein, er verfüge über *,,einen physischen Beweis, daß der Gesuchte noch lebt''* (,,WAMs'', 16.6.85).

Jetzt heißt es Mengele habe von 1961 bis 1979 in Brasilien, in der Provinz Sao Paolo gelebt und sei dort bei einem Badeunfall umgekommen. Wer allerdings den Hinweis gab, der am 6. Juni zur Exhuminierung der Reste vom sogenannten Mengele führte, bleibt indes unklar. Im ,,Stern'' (Woche vom 13.6.85) hieß es, der Anstoß für den Fund sei von dem bekannten Naziführer Roeder, z.Zt. im hessischen Butzbach in Haft, ausgegangen. Er soll verschlüsselt in einem Kassiber geschrieben haben, ,,der Onkel'' sei gestorben. Das widerspricht natürlich der rührenden Story von Mengele Junior (,,Bunte''), wonach der Vater bescheiden und völlig zurückgezogen gelebt haben soll ...

Das machte auch Staatsanwalt Klein stutzig: ,,Ausgerechnet jetzt, nach all dem Rummeln, werden wir plötzlich fündig. Das gibt doch sehr zu denken ...'' (''Wams'', 16.6.85). Im Februar noch war die Belohnungssumme vom hessischen Justizministerium auf 1 Mio. DM erhöht worden (die höchste Auslobung in der BRD-Geschichte).

,,Der Pressesprecher Forbach'' (hess. Justzministerium) ,,*wies daraufhin, daß die Anregung zur Erhöhung der Summe aus Polizeikreisen gekommen sei. Grund: Man habe den Eindruck, daß bezüglich Mengele etwas geschehe. Der politische Kontext sei aber, erklärte er weiter, daß ,weltweit das Problem Mengele noch einmal aktuell geworden sei durch den 40. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz'.''* (,,Taz'', 2.2.85). Nun hat man sich das Geld gespart ... So manches erscheint einer/m etwas ungereimt.

Vielleicht genießen aber die deutschen Fahnder ihren Ruf in linken Kreisen völlig zu unrecht? Immerhin soll es jahrelang, abgesehen von monatlichen Geldüberweisungen, eine umfangreiche und regelmäßige Korrespondenz zwischen Günzburg, Freiburg und Sao Paolo gegeben haben. Mengeles Freunde in Brasilien, ,,die Bosserts'' (wie ,,die Gerhards, die Stammers ... alles Hitlerverehrer, aber kleine Leute'' — so die ,,Welt'', 19.6.85, die ,,FAZ'' spricht allerdings von ,,fanatischen NSlern'', 24.6.85) sagten sogar aus, Mengele sei 1974 wieder in der BRD gewesen zwecks Übertragung des Familienbesitzes an die Brüder ... Über Wolfgang Gerhard, dessen Identität Mengele übernommen haben soll, sind die Angaben recht unterschiedlich. Mal heißt es, laut österreichischem Generalkonsul in Sao Paolo, er sei 1978 in Österreich ,,ermordet'. worden, mal erklärt Sohn Adolf (na ja), der Vater starb an Herzinfarkt; mal sei er 75 nach Österreich zurückgegangen, mal 72 (Polizeiangaben).

Noch im Juni war sich der Leiter der für NS-Verbrechen zuständigen Abteilung der israelischen Polizei, Menachem Rusk, sicher: *,,Der Verbrecher Josef Mengele lebt''* und kündigte darum auch an: *,,Israel werde die Suche nach ihm fortsetzen''* (,,WamS'', 16.6.85).

Tuvia Friedmann, Leiter des Forschungsinstituts für Kriegsverbrechen in Haifa, hatte Monate zuvor behauptet, Mengele pendele zwischen USA und Paraguay und sei ansonsten Stroessners Leibarzt (,,FAZ'', 24.1.85).

Warum Familie Mengele erst jetzt auspackt, bleibt zunächst ihr Geheimnis. Immerhin aber pünktlich zum 40. Jahrestag und zum geplanten Stroessner-Besuch.

Ob der Tote Mengele ist oder nicht, interessiert nur noch am Rande, und bereits im März hatte Franz-Josef Strauß, auf Besuch in Tel-Aviv, einen Freispruch für Mengele als möglich angesehen: *,,Wenn mein Herz spricht, dann würde ich nein sagen. Wenn mein Verstand spricht, muß ich ja sagen. Eine solche Möglichkeit gibt es.''* (zit. nach ,,UZ'', 7.3.85).

Warum wurde Mengele nicht gefaßt, fragt sich scheinheilig die ,,FAZ'' und beklagt den ganzen Wirbel um ihn: *,,Sicherlich ist über Mengele in den letzten Jahren so viel geschrieben worden, weil man ihn mit dem ,faschistoiden General' in Verbindung bringen konnte''* (24.6.85).

Warum er nicht gefaßt worden ist, sowas nennt man in der BRD seit Bitburg ,,Pannen''.

E.

von Weizsäcker

Das gute Gewissen gesamtdeutscher Aufträge

Fortsetzung von Seite 1

Aber leider und zum Schrecken Vieler war es der Bundespräsident, einer aus ihren Reihen zumal, der es wagte, in einem deutschen Bundestag am 8. Mai an die 20 Millionen sowjetischer Opfer des Krieges und an den Widerstand der Kommunisten gegen den Faschismus zu erinnern.

Nicht genug damit. Weizsäcker erinnerte daran, daß Sinti und Roma, Homosexuelle und Geisteskranke ermordet wurden, daß die Initiative zum Krieg von Deutschland ausgegangen und der 30. Januar 1933 ein verhängnisvoller Tag für Deutschland und die Welt gewesen sei. Ja, er gestattete den Polen ausdrücklich auch in Zukunft dort zu leben, wo sie das Schicksal nach 1945 hingetrieben habe. Er forderte zum Gewaltverzicht, zur Toleranz und zur Völkerverständigung auf.

Eine bemerkenswerte Rede, urteilte die ausländische Presse. Das Bundespresseamt meldete stolz ,,eine Woge der Zustimmung'', ,,Philips'' bringt eine Schallplatte mit des Präsidenten Worten auf den Markt.

Im Ausland kam neben dem ,,besonderen und bescheidenen Ton'' vor allem ,,Weizsäckers Mut zur historischen Wahrheit'' an (Le Monde),
- so als hätten vor ihm Legionen westdeutscher Politiker feige der geschichtlichen Lüge gefrönt.
- Deutschland hat den 2. Weltkrieg begonnen.
- Auch Kommunisten sind in Konzentrationslagern ermordet worden.
- Auch Polen haben ein Recht auf Heimat.

Man trage als westdeutscher Bundespräsident diese einfachen historischen Tatsachen in wohlgeformten Sätzen vor, und die Welt minus ein paar Vertriebene, von Ost bis West, feiert einen als jemanden, der politische Moral schlechthin verkörpert.

Kann man ein vernichtenderes Urteil über diese Republik fällen?

Im Urteil über Weizsäcker war man sich einig: Otto Schily und Joschka Fischer: *,,Der Bundespräsident könnte genausogut zu uns gehören.''* Henry Kissinger: *,,Die Rede ist ein nobles Dokument.''*

Eine Kölner Mutter: *,,Mein siebenjähriger Sohn meinte: Mutter, warum kann ich nicht Engländer oder Russe sein, dann bräuchte ich mich nicht so zu schämen.' Er muß sich nicht schämen ein Deutscher zu sein. Ich habe ihm von Ihrer Rede im Deutschen Bundestag erzählt.''*

Mit seiner Rede zum 8. Mai hat Weizsäcker das Tor zu jenem Reich aufgestoßen, das für so viele Politiker in unerreichbarer Ferne liegt: die Glaubwürdigkeit — jener Zauber, der Meinungen Überzeugungskraft schon deswegen verleiht, weil sie mit ehrlich erscheinender, innerer Übereinstimmung mit dem eigenen Denken und Handeln vorgetragen werden. Ein Mann wie Bangemann beispielsweise hat nur minimale Chancen, einen Arbeitslosen davon zu überzeugen, daß es für alle an der Zeit sei, die Gürtel enger zu schnallen. Ein kurzer Blick auf die Stellen, wo andere erkennbare Körperkonturen aufweisen, genügt, um zu wissen, daß der Redner sich gewohnheitsmäßig von solcherlei Apellen auszunehmen pflegt.

Weizsäcker hingegen nimmt man es gern ab, wenn er von ,,nationale Identität stiftende deutsche Kultur'' spricht. Gehört er nicht selbst, vom weißen Scheitel bis zur Sohle, dazu?

Weizsäcker hört man gerne zu, wenn er von Toleranz und Liberalismus redet. Hat er nicht vor kurzem, anläßlich der 2000-Jahresfeier der Stadt Augsburg darauf bestanden, das Geburtshaus des Kommunisten Bertolt Brecht zu besuchen? Wer erinnert sich angesichts dieser (gezielten) Geste dann noch an die Tatsache, daß während der Zeit, in der Weizsäcker Regierender Bürgermeister von Westberlin war, der Nazi-Freund und Ausländerhasser Lummer als Innenminister wütete? Rattay, zum Beispiel, oder die sechs Asylanten, die in ihrem Gefängnis verbrannten ...

Solche Banalitäten vergißt man schnell und der Kritiker, der an sie erinnert, hat einen schweren Stand, kämpft er doch mit kleinlichen Mitteln gegen einen Sympathieträger, dessen Popularität aus einer Quelle strömt, der argumentativ nur schwer beizukommen ist: Weizsäcker artikuliert genial das (auch in und durch die Friedensbewegung) herangereifte patriotische Verlangen, mit gutem Gewissen **Deutscher** sein zu dürfen. Der Bundespräsident selbst repräsentiert dieses Ideal: deutsch, aber antifaschistisch; heimatverbunden, aber Kosmopolit; und schließlich: nach allen Seiten offen. Genauso wie die deutsche Frage ...

Deutsch — was ist das?

Die Fortsetzung seiner Rede zum 8. Mai hielt Weizsäcker auf dem evangelischen Kirchentag in Düsseldorf. Wie nicht anders zu erwarten, eroberte er die Herzen der anwesenden Christen im Sturm. Weizsäckers Thema: ,,Die Deutschen und ihre Identität''. Mit dieser — ständig durch Beifall unterbrochenen — Rede soll sich im folgenden beschäftigt werden, weil sie die Pointe von Weizsäckers Ansprache zum 8. Mai ist.

Es ist — trotz aller Vorschußlorbeeren — ein delikates Thema, was sich Weizsäcker vorgenommen hat, so kurz nach Bitburg und Thomas Finke im ,,Schlesier'', so kurz vor dem 17. Juni und dem Schlesiertreffen. Zwar sind Begriffe wie Deutschsein, Volk, Nation, Heimat etc. bis weit in die Friedensbewegung und die progressive Christenheit wieder rehabilitiert. Trotzdem erfordert die richtige Behandlung der nationalen Frage ein gewisses Fingerspitzengefühl, zumal vor einem solch sensiblen Auditorium, wie das des Kirchentags. Aber gerade das ist Weizsäckers Spezialität. Er sagt:

,,Ich lebe in der Bundesrepublik Deutschland, ich übe hier ein Amt im Rahmen unserer Verfassung aus, zu deren freiheitlichen Werten ich mich voll bekenne, und die ich nicht relativiere. Aber das schließt doch nicht aus, sondern ein, daß wir zum Beispiel in den Verhandlungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht immer einer Seite das absolute Gute und Richtige, der anderen hingegen das absolut Böse und Falsche zurechnen dürfen.''

Tosender Beifall. Der Weg zu den Herzen der Anwesenden war frei, und Weizsäcker, immer demonstrativ solche relativierenden, sympathisch-unverbohrten rhetorischen Mittel einflechtend, kann seine nationalen Thesen dem Publikum beibringen.

1. Eine nationale Identität ist für jeden einzelnen Deutschen nur als gesamtdeutsche Identität zu erlangen.

,,Wir haben allen Grund, uns mit Kopf und Herz den Menschen in der DDR zuzuwenden, uns ihnen verbunden zu fühlen.''

Warum das? Weil Schulze, Meier (Ost) den Schmidts, Müllers (West) so sympathisch sind? Weil es so viele gemeinsame Erlebnisse und Erfahrungen gibt, über die es sich unter Freunden und Gleichgesinnten zu sprechen lohnt? Oder weil man die gleiche Sprache spricht und sich deswegen angeregt über das gemeinsame nationale Kulturerbe, also über Goethe und Schiller unterhalten kann? — Nein, nichts dergleichen. Sondern: *,,Erfurt und Dresden, die Mark Brandenburg und die Insel Rügen, sie alle haben doch mehr mit uns selbst, mit unserer eigenen Identität zu tun als so mancher schöne Sonnenstrand am Mittelmeer.''*

Langanhaltender Beifall des schon längst überwältigten Publikums. Es ist schwer zu begreifen, was Menschen umtreibt, wenn sie bei einer solchen, glatt gelogenen Behauptung Beifall klatschen. Sie ziehen ja allemal den Eiffelturm dem Dresdner Zwinger, Mallorca Rügen und die Cote Azur der öden Mark Brandenburg vor — und das Jahr für Jahr. Aber so ist das eben mit der nationalen Identität, strebt man nach ihr ausgerechnet in deutschen Landen. Da gibt es zumindest für aufgeklärte Christen, Liberale und Linke keine historische, vom Volk vollbrachte Tat, zu der man sich als bloßes Mitglied dieses liebenswerten Kollektivs selbstbewußt und guten Gewissens bekennen und aus der man ,,Identität'' schöpfen könnte. Auch die Gegenwart bietet nicht übermäßig viel Stoff, aus dem die nationale Identität gemacht wird. Also flüchtet man sich in lauter Irrationalismen, Einbildungen, Selbstbetrügereien.

Vor einigen Jahren hat die ehemals linke Kulturzeitschrift ,,Ästhetik und Kommunikation'' ein Interview mit dem ,,Nationalrevolutionären'' Hennig Eichberg, Ex-CDU, Berufsschlesier, gemacht und die Frage gestellt: ,,Erfährst (!) Du Dich noch als Deutscher?'' Antwort: ,,Ja, wenn ich beispielsweise mit Freunden aus der DDR spreche. Das ist für mich eine tragende Erfahrung. Das geht hin bis zur Körpersprache.'' Eben weil das Zugehörigkeitsgefühl zu Menschen als bloße Teile eines Kollektivs ,,Volk'' rational nur schwer zu erklären ist, wird der abstruseste und mystischste Schwachsinn angeführt, um das persönliche Verlangen nach (gesamt) nationaler Identität zu begründen, was als Staatsdoktrin im Grundgesetz übrigens ,,Wiedervereinigungsgebot'' heißt.



Keine Liebe zu einer bestimmten Sprache oder Kultur, kein unerklärlich spontanes Gefallen an heimisch wirkenden Städten und Landschaften, die man besitzen oder ,,deutsch'' nennen möchte, artikuliert sich im Patriotismus. Der Patriotismus, kommt er nun in den Begriffen Vaterland, Heimat, Nation, Volk oder nationale Identität daher, speist sich, vor allem in diesen Breitengraden, meist aus Frustrationen und Aggressionen, aus den großen und kleinen Niederlagen des Alltags, aus dem Gefühl, gescheitert zu sein. Und selbst jene, die dem Nationalgefühl, das sie befällt, eine progressive Interpretation verleihen, werden irgendwann von diesen objektiven Grundlagen eingeholt, die eben nicht auf Toleranz, Völkerverständigung und Frieden, sondern auf Ausgrenzung, Krieg und Chauvinismus zielen. Christenmenschen eingeschlossen.

Das Brandenburger Tor — offen bis zum Ural

Weizsäckers **zweite These** lautet: **,,Die deutsche Frage ist so lange offen, als das Brandenburger Tor zu ist.''**

Das ist mittlerweile seine Lieblingsformulierung. Hübsch einprägsam, das Selbstverständliche fordernd, aber alles Nötige programmatisch ausdrückend. Der Kirchentag klatschte. Hatte er ,,den Kern der Frage'' begriffen? Für Weizsäcker jedenfalls betrifft ,,die Freiheit der Menschen'' den Kern der zu lösenden Frage. Nicht Gebietsansprüche und Grenzkorrekturen, sondern die Freiheit für alle Deutschen. — Das ist freilich nichts anderes, als das, was die härtesten Revanchisten, die auf dem Kirchentag nie einen Stich bekommen hätten, auch so sagen. Dregger und Kohl, Stoiber und Geißler. Auch ihnen geht es selbstverständlich um Mauer und Menschenrechte, um freies Reden und Reisen. Weizsäcker hat nur die Gabe, das ganz harmlos und christlich auszudrücken: *,,Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.''* Das würde zwar nicht Hupka, vielleicht auch nicht Strauß, aber in jedem Fall Dregger unterschreiben, zumal Weizsäcker in seiner **dritten These** dies folgendermaßen erläutert:

,,Die deutsche Frage ist eine europäische Aufgabe.'' So ist es. Der Deutsche kann nur wirklich frei sein, wenn es auch der Pole, der Tscheche, der Ungar, der Bulgare, der Rumäne und der Russe, sofern er westlich des Urals lebt, ist. Von wegen Bescheidenheit.

Um diese größenwahnsinnige Neuinterpretation gesamtdeutscher Aufträge — Freiheit von Portugal bis zum Ural, wie es Regan in seiner Straßburger Rede ausdrückte — ging es bei den Auseinandersetzungen in der Union um das Schlesiermotto. Ganz Europa muß frei werden — und der Kirchentag klatschte. Die Investition, am 8. Mai ein paar historische Tatsachen anzuerkennen, hatte sich längst bezahlt gemacht. Weizsäcker hatte in seiner schönen Rede dem mehrheitlich wohl keineswegs CDU-freundlichen Publikum die Kerngedanken des europapolitischen Programms der CDU, das identisch mit dem der NATO ist, beigebogen und ihm seine **vierte These** mit auf den Weg gegeben:

,,Für ein freies Europa mit friedlichen Mitteln zu wirken, das ist vor allem (!) Sache der Deutschen.''

Weizsäcker, der sich zu Beginn die Frage gestellt hatte: Was ist das eigentlich— deutsch?, sie aber in seiner gesamten Rede nie so recht, höchst indirekt und vage beantworten konnte, hat in diesem *Auftrag* die Identität der Deutschen entdeckt. Vereinigen wir uns alle unter dem Banner eines freien, erst noch zu schaffenden Europas, dann, so lautet die Botschaft des Präsidenten aller Deutschen, haben wir nicht nur aus der Vergangenheit gelernt, sondern uns auch für die Zukunft eine positive nationale Zielsetzung geschaffen. Jene ist natürlich streng friedlich, auf ,,versöhnliches und verstehendes Miteinander'' gerichtet, sie soll ,,Armut und Hunger in der Welt lindern helfen, den Weg des Friedens ebnen.''

Und das alles machen wir Deutschen, früher Saulus genannt, heute Paulus uns nennend. Denn ist das nicht unsere Berufung, die Welt, oder erstmal Europa zu einen? Das meinte jedenfalls ein französischer Dichter, namens Paul Clauder, den Weizsäcker zustimmend zitiert. Der Wahnsinnige soll nach dem Ende des 2. Weltkrieges gesagt haben: *,,Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern um sie zu versammeln.''*

Auf geht's! Hier liegt die Pointe von Weizsäckers so viel Sympathie und Anerkennung verströmenden Rede zum 8. Mai: **Die gequälten Verbeugungen vor den Opfern des Faschismus und der historischen Fakten, die Schuldbekenntnisse gegenüber den Juden, die Anerkennung des Widerstands, gar den der Kommunisten, — all die schönen Gesten und Worte haben nur die Funktion ,,sich zum rechten Patriotismus wieder das gute Gewissen zu machen'', (Horckheimer) wieder einmal neue, diesmal garantiert honorige und friedliche nationale Aufträge zu vergeben und die Welt mit dem wirklichen Deutschsein zu beglücken.**

Weizsäcker ist das liberale Echo von Kohl und Reagan, zuständig für die Phrase: Gewaltverzicht, Frieden, Versöhnung. Die Randglosse heißt Pershing.

KL., Gö.

Neuigkeiten im Hoffmann-Prozeß und hochbrisanter Streit bei der Polizei:

Zwei Prozesse kreuzen sich

Neue Zeugen im Hoffmann-Prozeß, deren bemerkenswerte Eigenschaft darin besteht, daß sie nicht umfallen, haben diesem Verfahren eine andere Richtung gegeben. Sah es nach 40 Verhandlungstagen noch so aus, als sei der gesamte Prozeß eher darauf angelegt, Justiz-Aktivitäten vorzutäuschen anstatt die Verstrickung Hoffmanns in den Erlanger Doppelmord aufzudecken, haben nun ein paar weitere Zeugen aus dem engsten Umfeld Hoffmanns dafür gesorgt, daß nicht nur die bestialischen Folterungen im Libanon im Mittelpunkt des Prozesses stehen, sondern sogar die Morde an Shlomo Levin und Frieda Poeschke wieder ins Rampenlicht rücken, indem Hoffmann klar als Auftraggeber belastet wird.

Gleichzeitig wurde vor einem Amtsgericht in Ansbach ein scheinbar harmloses Beleidigungs-Verfahren verhandelt, angestrengt vom mittelfränkischen Polizeipräsidenten Kraus gegen einen ehemaligen Untergebenen, den Haupkommissar Werner Maluck. In der überregionalen Presse fand es gar keine Beachtung (außer in der „taz“), in den „Nürnberger Nachrichten“ wurde zwar darüber berichtet, aber keinerlei Verbindung zum Hoffmann-Prozeß gezogen. Gerade diese Verbindung aber ist es, die Hochbrisantes vermuten läßt: Aus Malucks Polizeiinspektion verschwand u.a. Munition vom gleichen Kaliber wie diejenige, mit der Shlomo Levin und Frieda Poeschke ermordet wurden. In der örtlichen Presse gab es Hinweise, daß diese Munition in die Hände von WSGlern geraten sei. Kraus und damit höchste Polizeistellen verlangten damals von Maluck, diesen Verlust zu kaschieren. Alle bisherigen Versuche Malucks, diese Machenschaften aufzudecken, endeten bisher in einem steckengebliebenen IC-Zug oder dem Gestrüpp der bayerischen Justiz und Polizei. Das Ganze liest sich wie ein etwas überzogener Polit-Thriller.

Neo-Nazis packen aus

Vier Zeugen, die alle zeitweise sehr engen Kontakt zu Hoffmann und seiner Wehrsportgruppe hatten, bestimmten wesentlich den Prozeßverlauf in den vergangenen viereinhalb Monaten:

— **Alfred Keeß**, 29 Jahre, war der erste Zeuge, der ohne „Erinnerungslücken“ über die Zeit im Libanon berichtete. Auch machte er den Doppelmord wieder zum Gegenstand des Prozesses, indem er die Mordpläne Hoffmanns detailliert schilderte. Er lieferte auch den Nachweis dafür, daß Hoffmann über Kontakte im Knast in der Lage war, Mithäftlinge unter Druck zu setzen und so ihre Aussage zu beinflussen. Doch dazu später.

— **Arndt-Heinz Marx**, 27 Jahre, verbüßt derzeit in der JVA Dieburg eine Strafe wegen Volksverhetzung. Seine Aussage wurde ebenfalls eine Art Abrechnung mit seinem ehemaligen „Vorgesetzten“.

— **Walter-Ulrich Behle**, 25 Jahre alt, ehemaliger Postbote aus Gelsenkirchen. Er versucht zuerst, die Aussage zu verweigern mit der Begründung, er sei selber im Zusammenhang mit den Folterungen innerhalb der WSG angeklagt. Der Richter droht ihm daraufhin bis zu sechs Monaten Beugehaft an, nach einem Tag dieser Haft erklärt Behle sich zur Aussage bereit. Hoffmann interpretiert dies als Taktik: Behle versuche so, sein Image als Verfassungs-Schutz-Mann loszuwerden. In der Tat hatte der Spiegel (4/84) behauptet, Behle habe für die VS-Landesämter NRW und Süddeutschland gearbeitet.

— **Uwe Mainka**, 28 Jahre, ebenfalls lange Mitglied der WSG, hat sich im Laufe seiner über immerhin 20 Prozeßtage erstreckenden Vernehmung zum Kronzeugen entwickelt. Trotz mehrerer Kreuzverhöre, tagelanger Einvernahme durch die Hoffmann-Verteidiger, trotz einer endlosen Liste von zusätzlichen — zum Teil absurden — Beweisanträgen der Verteidigung
Kronzeugen entwickelt. Trotz mehrerer Kreuzverhöre, tagelanger Einvernahme durch die Hoffmann-Verteidiger, trotz einer endlosen Liste von zusätzlichen — zum Teil absurden — Beweisanträgen der Verteidigung
konnte er nicht erschüttert werden.

Allen diesen vier Zeugen ist gemeinsam, daß sie entweder in Untersuchungs- oder bereits in Strafhaft sitzen. Das hat zur Folge, daß sie während der Zeit ihrer Aussage im Nürnberger Knast „wohnen“. Dort aber ist auch Hoffmann, der so — wie inzwischen bewiesen ist — Einfluß auf die Zeugen nehmen kann. Außerdem sind die Zeugen meist derselben Punkte angeklagt (z.B. Folterungen), in denen sie gegen Hoffmann aussagen sollen. Das bedeutet: In späteren Verfahren wird Hoffmann selbst als Zeuge gegen sie aussagen. Zum großen Teil waren sie an diesen Folterungen beteiligt und müssen sich damit selbst belasten. Gerade vor diesem Hintergrund bekommen die Aussagen gegen Hoffmann eine besondere Glaubwürdigkeit. das wird wohl auch vom Gericht so bewertet.

Die Folterungen im Libanon

Schläge und Wasserentzug waren die beliebteste Umgangsform im Beiruter Lager Bir Hassan der WSG. Ursprünglich Disziplinarmaßnahmen, wurden die Folterungen immer mehr zur Alltagsbeschäftigung. Das führte immer wieder zu Fluchtversuchen in Zweier, Dreier- oder Vierergruppen. Keiner konnte dem anderen trauen. Die meisten waren zugleich Opfer und Täter: sie beteiligten sich selbst auf brutalste Weise an den „Disziplinarmaßnahmen“ gegenüber anderen WSGlern, so z.B. Uwe Mainka, der schwerste Folterungen hinnehmen mußte aber auch als einer der brutalsten Hoffmann-Männer galt.

So wird auch ein Fluchtversuch von Keeß, Marx und Fraas verraten. Sie werden gefangengenommen und in ein Dienstbotenzimmer der Hoffmann-Wohnung in Beirut gesperrt. 2 Tage werden sie an Dusche und Heizung gekettet, statt Nahrung und Wasser müssen sie mehrmals täglich löffelweise Salz und Ölsardinen schlucken. Noch schlechter ergeht es Alfred Keeß. Nach einem Fluchtversuch aus dieser Haft wird er wiederholt geschlagen; der Besenstiel, mit dem Keeß von Hoffmann geschlagen wird, zersplittert.

Beliebt war das Schlagen mit einem mit Sand gefüllten Strumpf („weil man da keine Verletzungen sieht“) oder die Bastonade (Stockschläge auf die nackten Fußsohlen). Alfred Keeß mußte sich wie ein KZ-Häftling eine Nummer auf den linken Unterarm einbrennen lassen.

Marx wird gezwungen, einen 40-Runden-Hürden-Lauf zu machen. Grund: Er hatte seine Maschinenpistole fallengelassen. Zur Erschwerung mußte er einen Bundeswehr-Rucksack mit zwei Hohlblocksteinen mit auf den Parcours nehmen. Als er zwischen der 25. und 30. Runde zusammenbricht, wird auf Befehl von Hoffmann ein Hund auf ihn gehetzt, außerdem wird rechts und links an ihm vorbeigeschossen. Kai-Uwe Bergmann wurde vermutlich bei einem „Verhör“ umgebracht. Der Täter soll der „Stellvertreter“ Hoffmanns, Uwe Behrendt, gewesen sein.

Nur kurz zur Erinnerung: Die Anklage geht davon aus, daß Behrendt auch die Morde an Shlomo Levin und Frieda Poeschke ausgeführt hat. Er soll dazu den Befehl von Hoffmann erhalten haben. Uwe Behrendt hat angeblich im Libanon Selbstmord begangen. Im Rahmen der Vorermittlungen zum Prozeß fuhren zwei bayerische LKA-Beamte in den Libanon und führten dort nach eigenen Angaben „außerordentlich schwierige Ermittlungen“. Sie identifizierten eine dort gefundene Leiche als die Uwe Behrendts, und zwar anhand ihrer Verpackung (Plastiktüte über dem Kopf, der Körper in einer Mili-
„außerordentlich schwierige Ermittlungen“. Sie identifizierten eine dort gefundene Leiche als die Uwe Behrendts, und zwar anhand ihrer Verpackung (Plastiktüte über dem Kopf, der Körper in einer Mili-
tärdecke und einem gummierten Schlafsack), die mit Zeugenaussagen übereinstimmte. Die Leiche wurde Ende August 1984 nach München transportiert, um die Identität endgültig zu klären. Bis heute liegt allerdings noch kein Ergebnis dieser Obduktion vor. Dennoch wird im Prozeß vom Selbstmord Behrendts ausgegangen. Eigenartigerweise haben sich die ermittelnden Behörden bislang geweigert, auch nach der Leiche Bergmanns zu suchen. „Im Libanon hätten wir vermutlich mehr Leichen gefunden, als wir überhaupt suchen“, so die LKA-Beamten. Wieso plötzlich dieses Argument? Uwe Mainka machte im Verlauf seiner Aussage genaue Angaben, wo Bergmann gefunden werden könnte. Er beschuldigt darüberhinaus Hoffmann, auch für diesen Mord den Auftrag an Uwe Behrend erteilt zu haben. Behrendt habe Bergmann erwürgt.

Mainka machte entsprechende Aussagen bereits kurz nach seiner Verhaftung im Juli 1981. Dennoch ist in der Anklageschrift nicht von Mord die Rede, „gefährliche Körperverletzung“ heißt es dort.

So bringen die neuen Zeugenaussagen wieder Dinge zur Sprache, die schon vergessen schienen: Die verschiedenen Eigenartigkeiten der Vorermittlungen, die zum Teil eher Vernebelungsversuchen ähneln als einer soliden Grundlage für eine Anklageerhebung. Vielleicht gelingt es doch noch irgendwann, diese Schleier ein wenig zu lüften.

Neues zum Erlanger Doppelmord

„Er fragte mich, ob ich bereit sei, einen ziemlich alten Juden, der in der Nähe von Ermreuth mit einer Frau zusammenwohnt, umzubringen. Der Plan sah so aus: an der Haustüre klingeln, sofort schießen, Tarnung durch Perücke und Sonnenbrille, Handschuhe tragen. Wenn die Freundin des Juden Tatzeuge wird, sollte ich nichts unternehmen und mich sofort aus dem Staub machen.“ Keeß und Hoffmann sollten dafür von „Arabern“ entlohnt werden. So schilderte der Zeuge Alfred Keeß die Unterhaltung, als Hoffmann ihn fragte, ob er den Mordauftrag ausführen wolle.

Eine klare Wende im Prozeß bewirkte aber erst die Aussage von Uwe Mainka. Er erklärte klipp und klar, Karl-Heinz Hoffmann habe sowohl den Auftrag zur Erschießung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin am 19. Dezember 1980 erteilt als auch den zur Tötung von Kai-Uwe Bergmann. Bis dahin hatte kein Zeuge Hoffmann so konkret beschuldigt. Er untermauerte seine Aussagen mit einer langen Reihe von Details.

So sei Uwe Behrendt Ende 1980 in die BRD gefahren mit der bekundeten Absicht, er werde sein Studium wieder aufnehmen. Um so überraschter sei er, Mainka, gewesen, als Behrendt plötzlich zurückgekehrt sei. Auf die Frage „Was war los?“ habe dieser gestanden, „er habe zwei Leute umgelegt in der Nähe von Ermreuth“. Der Auftrag dazu sei „von der PLO an Hoffmann weitergegeben“ worden. Einzelheiten soll Behrendt nicht berichtet, sondern die Erzählung nur mit der Mahnung an Mainka abgeschlossen habe, er solle „sein Maul halten“. Das einzig Auffallende an Behrendt sei gewesen, daß er keinen Bart mehr getragen haben: „Aus Tarnungsgründen hat er ihn sich abrasiert“.

Auf diese und andere Aussagen reagierte die Verteidigung zunehmend nervöser. Sie entwickelte fieberhafte Aktivitäten, um den Zeugen unglaubwürdig zu machen. U.a. stellte sie den Antrag, Mainkas Zelle durchsuchen zu lassen. Begründung: Er habe vermutlich Akten mit den Aussagen anderer
nervöser. Sie entwickelte fieberhafte Aktivitäten, um den Zeugen unglaubwürdig zu machen. U.a. stellte sie den Antrag, Mainkas Zelle durchsuchen zu lassen. Begründung: Er habe vermutlich Akten mit den Aussagen anderer
Zeugen, um sich darauf abstimmen zu können. Das Ergebnis der Durchsuchung verlief negativ. Die meisten anderen flankierenden Anträge der Hoffmann-Verteidigung endeten mit einem ähnlichen Ergebnis.

Die Zeugenbeeinflussung

Von besonderer Bedeutung waren Ausagen des Zeugen Keeß, die zum erstenmal belegten, was schon länger vermutet worden war: Daß die gegen Hoffmann auftretenden Zeugen unter Druck gesetzt werden.

Die ersten, als Hauptbelastungszeugen angekündigten Personen wie Fraas (s. AK 253) u.a. hatten sich nämlich in eklatante Widersprüche zu ihren ursprünglichen Aussagen verwickelt bzw. waren total umgefallen. Das hatte auch in der bürgerlichen Presse zur Einschätzung geführt, die Anklage sei weitgehend zusammengebrochen. Staatsanwalt Horn damals: „Ich bin einigermaßen sprachlos. Wozu sitzen wir denn überhaupt vor Gericht, warum versuchen wir in monatelangen Ermittlungen etwas aufzuklären, wenn Sie jetzt sagen, das stimmt nicht und jenes stimmt nicht?“

Nun legte Alfred Keeß dem Gericht zwei Kassiber vor, in denen Hoffmann juristische Tips gibt, wie die ehemaligen WSGler von ihren belastenden Aussagen Abstand nehmen könnten. „Letztenendes gilt nur das, was in der Hauptverhandlung gesagt wird“, so Hoffmann in einem dieser Kassiber. Dabei nutzte er die Tatsache aus, daß die Zeugen selbst wegen der Folterungen im Libanon auf ihren Prozeß warten, in dem Hoffmann als Kronzeuge auszusagen haben wird.

Schon vor Prozeßbeginn, 1981, wurden Zeugen massiv bedroht. Uwe Behrendt soll zu Keeß gesagt haben, wenn er über den Mord aussage, werde er sofort erschossen. Die WSGler Faber und Klinger haben ihn in Ingolstadt sogar aufgesucht und ihm „geraten“, sämtliche belastenden Aussagen zurückzuziehen. Das gleiche passierte Fraas.

Die Staatsanwaltschaft, die zunächst so verzweifelt über das Umfallen der Zeugen war, unternahm nichts. Das Gericht beschlagnahmte für einen Tag (!) Hoffmanns Schreibmaschine.
Fraas.

Die Staatsanwaltschaft, die zunächst so verzweifelt über das Umfallen der Zeugen war, unternahm nichts. Das Gericht beschlagnahmte für einen Tag (!) Hoffmanns Schreibmaschine.

Inzwischen hat das bayerische Justiministerium auf eine Anfrage der SPD hin bestätigt, daß Hoffmann Belastungszeugen unter Druck gesetzt hat. Auch die Morddrohungen von 1981 wurden zugegeben.

Tag der Kontrolle	Kontrolle durchgeführt von:	Ergebnis bzw. festgestellte Mängel:	
16.04.80	[illegible]	Alles vollständig	16.[illegible]
23.4.80	[illegible]	"	22/[illegible]
21.5.80	[illegible]	"	
24.05.80	[illegible]	"	27/[illegible]
[illegible]	[illegible]	"	
[illegible] 7.80	[illegible]	"	
		→ Schießen 8./10.07.80 [illegible]	
16.7.80	[illegible]	"	
18.7.80	[illegible]	"	
23.7.80	[illegible]	"	
26.7.80	[illegible]	"	
30.7.80	[illegible]	"	
14.08.80	[illegible]	"	
2.8.80	[illegible]	"	
26.8.80	[illegible]	"	
29.8.80	[illegible]	97 Schuß fehlen [illegible] 29/8.	
30.9.80	[illegible]	96 Schuß fehlen [illegible]	

Das ist die betreffende Munitionsliste: direkt nach dem Schießen vom 8. bis 10. Juli bestätigte der zuständige Beamte: "Alles vollständig". Erst am 29. August heißt es: "97 Schuß fehlen". Diese Tatsache wurde lange Zeit von Kraus bzw. dem Polizeipräsidium bestritten. Erkennbar ist auch die nachträgliche Eintragung Malucks, die er auf Weisung seiner Vorgesetzten einfügen mußte.

Der Maluck-Prozeß

Irgendwann im Sommer 1980 verschwanden bei der Polizeiinspektion Ansbach (ein kleines Städtchen in der Nähe von Nürnberg) 97 Schuß Maschinenpistolen-Munition des Kalibers 9mm Geco Para. Hauptkommissar Werner Maluck, damals Leiter dieser Polizeidienststelle, stellte den Fehlbestand im August 1980 fest und meldete ihn seinem Vorgesetzten, dem Ansbacher Polizeidirektor Karl Wohlsecker.

Dieser, statt der Sache auf den Grund zu gehen, behauptete nach späteren Ausagen Malucks, die Munition sei bei einem Übungsschießen im Juli 1980 versehentlich nicht eingetragen worden. Die Munition soll dort verschossen worden sein, ohne daß — wie üblich — ein Ausgleich vorgenommen worden sei. Maluck behauptet weiter, Wohlsecker habe ihm daraufhin die Weisung erteilt, den Fehlbestand mit diesem Übungsschießen am 8. bzw. 10 Juli zu erklären. Maluck sollte im Oktober eine unverfängliche Verlustmeldung schreiben und durch eine nachträgliche Eintragung die Munitions-Kontrolliste korrigieren.

Dagegen hatte Maluck Bedenken. Da er jedoch als Beamter weisungsgebunden ist, blieb ihm erst einmal nichts anderes übrig, als die Eintragung vorzunehmen. Seine Bedenken äußerte er jedoch seinen Vorgesetzten in einem sogenannten Remonstrationsschreiben. (Dies ist die einzige offizielle Möglichkeit für Beamte, gegen eine — ihrer Meinung nach rechtswidrige — Weisung vorzugehen.)

Außerdem erstattete Maluck Strafanzeige gegen Unbekannt und beantragte, die Waffenbestandsbücher zu beschlagnahmnen. Die Staatsanwaltschaft Ansbach stellte das Verfahren jedoch aufgrund des Berichts von Wohlsecker ohne Zeugeneinvernahme ein, obwohl immerhin vier Zeugen über den Vorgang hätten aussagen können.

Auch der mittelfränkische Polizei-Präsident Helmut Kraus versuchte aktiv, die unangenehme Geschichte in den Griff zu bekommen. Kraus, manchen noch bekannt als Verantwortlicher für die Nürnberger Massenverhaftungen im März 1981, war von Anfang an durch den direkten Vorgesetzten Malucks — Wohlsecker — über die Ansbacher Vorgänge informiert gewesen. Nachdem Maluck die Verlustmeldung zwar weisungsgemäß vorgenommen hatte, sich aber nicht gewillt zeigt, seine Kritik an dieser Vorgehensweise für sich zu behalten, versuchte Kraus, diesen sperrigen Beamten nach Nürnberg zu versetzen — direkt unter seine Obhut sozusagen. Dagegen wehrte sich Maluck.

Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu und wurden so auch Diskussionsstoff für das bayerische Innenministerium. Schließlich erging von diesem die Weisung zur Versetzung Ma-
Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu und wurden so auch Diskussionsstoff für das bayerische Innenministerium. Schließlich erging von diesem die Weisung zur Versetzung Ma-
lucks nach München. Dort durfte er ab sofort Bußgeldbescheide bis maximal 500,- DM bearbeiten. Auch dagegen legte Maluck Widerspruch ein. Der Prozeß zog sich durch zwei Instanzen, bis er schließlich unter obskuren Umständen beendet wurde. Doch dazu später.

Zurück zum Verschwinden der MP-Munition: Im Januar 1984 wurde in einem Artikel des Nürnberger Magazins „Plärrer“ die Munitionsaffäre mit dem Doppelmord in Erlangen in Verbindung gebracht. Für den Mord wurde nämlich die gleiche Munition verwendet, allerdings handelt es sich um eine handelsübliche MP-Munition. Doch nie wurde bis dahin untersucht, ob es sich dabei um Munition aus Polizeibeständen gehandelt hat, dies sei nicht festzustellen, so das Innenministerium. Auf eine telefonische Anfrage der „taz“ teilte allerdings die Hersteller-Firma Dynamit-Nobel mit, daß bei der Produktion im Patronen-Boden eine Prägung angebracht wird, die Auskunft über den Kunden geben könnte.

Ein weiterer Hinweis darauf, daß die Ansbacher Munition in die Hände der WSG geraten sein könnte, erfolgte durch einen anonymen Anruf bei Maluck, den dieser zu Protokoll gab. Danach hat die Übergabe der Munition zwischen Polizeibeamten und Hoffmann-Leuten in Bruck bei Erlangen stattgefunden. Rudolf Klinger, WSG-Mitglied, habe die Munition besorgt, er sei öfter in der Ansbacher Polizeiinspektion gewesen.

Das bayerische Innenministerium bezeichnete die ganze Angelegenheit als „abenteuerliche Spekulation“, ohne im Einzelnen auf die oben dargestellten Widersprüche und Unklarheiten einzugehen. Auch wurden erst

Fortsetzung nächste Seite



Maluck



Kraus

Fortsetzung von vorheriger Seite

nach längerer Zeit, auf eine Anfrage der SPD im Bayerischen Landtag hin, zögernd Untersuchungen über die Zustände in der Polizeiinspektion Ansbach durchgeführt. Bis auf einige kleinere Schlampereien bei der Führung der Munitions-Kontrollisten konnte natürlich nichts weiter Beunruhigendes festgestellt werden.

Bis Ende 1984 wurden alle Verfahren, Dienstaufsichtsbeschwerden u.ä., die Maluck gegen seine Vorgesetzten anstrengte, bereits von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Maluck versuchte, noch einen anderen Weg einzuschlagen: Er bot sich für das Hoffmann-Verfahren als Zeuge an, um genau über diese wichtigen Zusammenhänge auszusagen. Das Gericht lehnte sein Angebot ab. Die Staatsanwaltschaft streifte dieses Thema zwar bei ihren Ermittlungen, sie unternahm aber keinen Versuch, der Geschichte wirklich auf den Grund zu

ma zwar bei ihren Ermittlungen, sie unternahm aber keinen Versuch, der Geschichte wirklich auf den Grund zu

gehen. So befragte sie einige WSGler zu dem Komplex, doch schon die Formulierung der Fragen mußte zwangsläufig zu einem negativen Ergebnis führen. Hans-Peter Fraas, damals in U-Haft in Frankfurt, wurde dazu vom hessischen LKA befragt. In einem Begleitschreiben fühlte sich Hoffmanns Chef-Ankläger, Staatsanwalt Horn, bemüßigt, die hessischen Vernehmungsbeamten von vornherein von der Absurdität eines Zusammenhangs zwischen Polizei- und Mordmunition zu überzeugen.

Alle Versuche Malucks, eine Klärung in die Hintergründe der ganzen Affäre zu bringen, schienen zum Scheitern verurteilt. Immer wieder endeten sie im Dickicht staatsanwaltlicher und polizeilicher Instanzen. Maluck wollte endlich einen Prozeß, in dem er seine Kenntnisse an die Öffentlichkeit bringen konnte. Ein Beleidigungsverfahren von Kraus gegen ihn wäre eine solche Gelegenheit gewesen. Aber weder Kraus noch ein anderer seiner Vorgesetzten schienen dazu besondere Lust zu verspüren. Monatelang kündigte Kraus zwar an, nun sei die Grenze des Erträglichen erreicht, das ließe er sich nun nicht mehr gefallen usw., er werde Maluck jetzt verklagen. Nichts dergleichen aber geschah. Es wurde sogar bekannt, daß Kraus bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Ansbach nachfragte, inwieweit ein solches Verfahren Aussicht auf Erfolg haben könnte — eine etwas unkonventionelle Vorgehensweise.

Schließlich schien sich Maluck endlich die Gelegenheit zu bieten, mit seiner Geschichte in die Offensive zu gehen. Sein Verfahren, mit dem er gegen seine Versetzung nach München vorgehen wollte, wurde auf den Februar 1985 teminiert. Dieser Prozeß endete — wer hätte anderes erwartet — unter eigenartigen Umständen:

Um in dieser witterungsmäßig unberechenbaren Jahreszeit auf jeden Fall rechtzeitig vor dem Verwaltungs-Gerichtshof in München zu erscheinen, fahren Maluck und sein Anwalt statt mit dem Auto mit einem IC, im Reisegepäck 14 Beweisanträge mit über 30 Einzelpunkten. Unter anderem sollte das Gericht Dossiers des Landesamtes für Verfassungsschutz anfordern, in denen Informationen über direkte Kontakte zwischen Polizei-Chef Kraus und WSG-Chef Hoffmann enthalten seien.

Auf halber Strecke bleibt der Zug stehen. Maluck telefoniert vom Zug aus mit dem Gericht und kündigt seine Verspätung an. Er und sein Anwalt nehmen sofort ein Taxi und treffen eine halbe Stunde später im Gericht ein. Dort müssen sie zu ihrer Verwunderung feststellen, daß gerade das Urteil verkündet worden ist: Die Versetzung Malucks nach München sei rechtmäßig gewesen. Der Richter Dr. Dieter Bosch — übrigens auch ein (ehemaliger) Ansbacher, wenn das kein Zufall ist — legt noch eins drauf: Er erklärt eine Revision für ausgeschlossen. Damit ist Maluck jede Möglichkeit zum Wiederaufrollen des Verfahrens genommen.

Dieser gelungene Coup ermutigte wohl Kraus und Wohlsecker, nun doch ihre Strafanzeige gegen Maluck wegen Verleumdung zu stellen: Zwei Tage nach dem „Intercity-Urteil" erhebt die Staatsanwaltschaft Ansbach gegen Maluck Anklage.

Schon wieder tauchen Ungereimtheiten auf: Aus Kraus' Anzeige geht hervor, daß er Material zur Verfügung hatte, das ihm eigentlich nicht zur Verfügung stehen durfte, nämlich sämtliche vorher von Maluck erstatteten Strafanzeigen. Das Zusammenspiel von Ansbacher Behörden bekommt allmählich mafiaähnlichen Charakter. Malucks Anwalt stellt den Antrag, den ganzen Fall der Ansbacher Staatsanwaltschaft zu entziehen. Der Antrag wird abgelehnt.

Malucks Anwalt stellt den Antrag, den ganzen Fall der Ansbacher Staatsanwaltschaft zu entziehen. Der Antrag wird abgelehnt.

Kurz danach kamen weitere Einzelheiten über Kontakte Hoffmanns zur Polizei an die Öffentlichkeit. Die „FRAZ"(Franken-TAZ) berichtete, daß der Grafiker und Schriftenmaler Hoffmann z.B. 1976 für das Nürnberger Polizeipräsidium eine Bautafel im Wert von 4.500,- DM erstellt hat. Aus Polizeikreisen sei zu vernehmen, daß Hoffmann den Auftrag damals sogar trotz eines teureren Angebots erhalten habe und daß es nicht bei diesem einen Auftrag geblieben sei.

Das vorläufig letzte Kapitel im Maluck-Prozeß

Am 10. Juni nun fand das Verleumdungsverfahren Kraus gegen Maluck vor dem Amstgericht Ansbach statt. Als Maluck und sein Anwalt ihre insgesamt 37 Beweisanträge stellten, wurde zum erstenmal die ganze politische Dimension des Verfahrens deutlich. „Das ist kein normales Beleidigungsverfahren, das ist ein politischer Prozeß", erklärte zu Beginn Anwalt Christian Teutsch.

Zum einen wollten er und Maluck die genauen Umstände des Munitionsverlustes darlegen. Zahlreiche Beweise sollten belegen,

— daß die Kontrolliste auf Weisung gefälscht wurde, um das Verschwinden der Munition zu kaschieren;

— daß Kraus und Wohlsecker, die Generalstaatsanwaltschaft in Nürnberg sowie der bayerische Innenminister Hillermeier und andere davon Kenntnis hatten, daß hier ein Skandal vertuscht werden sollte;

— und daß sie dies billigten bzw. nicht dagegen einschritten.

Maluck wollte zudem nachweisen, daß die Erlanger Mordmunition aus Polizeibeständen stammt. Dazu wurde ein Gutachten der Firma Dynamit-Nobel verlesen, in dem diese allerdings nun doch behauptete, den ursprünglichen Kunden der Mordmunition nicht mehr feststellen zu können. Die Ladung der meisten Zeugen wurde natürlich abgelehnt.

Das Überraschende waren aber eigentlich ganz andere Beweisanträge Malucks. Sie machten die wesentliche Brisanz des Verfahrens aus und zeigten, was eigentlich Gegenstand des Prozesses hätte sein müssen: die Verbindungen zwischen Polizei und der WSG Hoffmann.

So sollte nach dem Willen Malucks auch darüber verhandelt werden, daß in Ansbach nicht nur die Munition verschwunden ist, sondern z.B. auch ein Polizei-Funkgerät samt diesbezüglicher Verlustmeldung, ein Funksprech-Tarnschieber, der zum Entschlüsseln von Codes verwendet wird und der Schlüssel zum Einwohnermeldeamt in Ansbach. Ein solches Funkgerät und der Funksprech-Tarnschieber wurden bei einer Durchsuchung in Schloß Ermreuth — dem Hoffmann-Quartier — gefunden. Der Beweisantrag wurde abgelehnt.

Weiter sollten Verfassungsschutz-Akten und Berichte des bayerischen LKA in das Verfahren eingeführt werden, um zu beweisen, „daß vor dem Verbot der WSG Hoffmann sich Karl-Heinz Hoffmann mit einigen anderen Personen, darunter einem hochrangigen Polizeibeamten im Flughafenrestaurant Frankfurt traf, um über die Befreiung von Rudolf Heß aus dem Alliierten-Gefängnis in Spandau zu beraten"

Ferner sollte bewiesen werden, „daß bei der Räumung des Schlosses Ermreuth in einen Hohlblockstein eingemauert die Pläne der Kanalisation des Gefängnisses in Spandau gefunden wurden."

Diese Geschichte mutet schon beinahe abenteuerlich an, hat jedoch einen durchaus nachweisbaren Hintergrund. Der Plan der Befreiung des Hitler-Stellvertreters Heß wurde als einer der Hoffmann-Pläne noch vor dessen Prozeß durch Zeugenaussagen bekannt. Die Staatsanwaltschaft und das Gericht hatte eine ganze Liste in die Akten aufgenommen, auf der alle Pläne Hoffmanns und der WSG fein säuberlich aufgeführt worden waren. Das reichte von der Versenkung eines Tankerschiffes im Libanon über Sprengstoffanschläge auf Raffinerien bis zur Ermordung mißliebiger, namentlich genannter Personen.

Nicht dabei war jedoch trotz mehrfacher Erwähnung durch Zeugen der Plan zur Befreiung von Heß. Warum dieser Plan nicht in den Akten ist, obgleich er wohl ernsthafter als so manch anderer verfolgt worden ist, ist ungeklärt. Immerhin scheint es einige Vorbereitungen dazu gegeben zu haben. So tauchte das WSG-Mitglied Gilbert Heindl bereits in der Kanalisation von West-Berlin herum und wurde dabei von der Polizei erwischt. Auch bei dem kürzlich in Paris gefaßten ehemaligen WSGler Ottfried Hepp wurden Pläne des Spandauer Gefängnisses gefunden. Ebenso wie Heindl war Hepp — bereits im November 1978 — zu einer „In-Augenscheinnahme" nach West-Berlin gefahren. Aber das alles interessierte den Richter nicht: Die Beweisanträge wurden abgewiesen. Begründung: „Fehlender Sachzusammenhang". Von den insgesamt 37 Beweisanträgen wurden von Richter Kolb ganze drei zugelassen. Damit blieb sowohl dem bayerischen Innenminister als auch seinem Kollegen von der Justiz, ebenso einigen Ministerialdirigenten, diversen Ober-, General- und sonstigen Staatsanwälten erspart, vor dem Ansbacher Gericht als Zeugen auszusagen.

Ein spezieller Witz am Rande: Trotz verschiedener Versuche hatte Maluck bis zum Ende seines Prozesses keine volle Aussagegenehmigung des bayerischen Polizeiverwaltungsamtes erhalten. Damit hatten ihm genau diejenigen einen Maulkorb umgehängt, die Ziel seiner geplanten Aussagen waren.

Das Ergebnis des Verfahrens entsprach seinem Ablauf. Maluck wurde wegen Verleumdung und falscher Verdächtigung zu 5.400,- DM Geldstrafe verurteilt. Er kündigte sofort Berufung an.

a. und m./KB Gruppe Nürnberg

Anmerkung: Die Fakten dieses Artikels stützen sich wesentlich auf Presseberichte aus fraz bzw. taz und Nürnberger Nachrichten. Dazu kommen Informationen aus der BI 5. März und der von ihr kürzlich erstellten Broschüre (siehe Kasten). KASTEN ZUR HOFFMANNBROSCHÜRE



Die „Bürgerinitiative 5. März — Bürger beobachten Polizei und Justiz" hat inzwischen eine detaillierte Broschüre zu der Vorgeschichte und dem bisherigen Verlauf des Hoffmann-Prozesses herausgegeben. Ziel der Broschüre ist es, Fragen zu stellen, Widersprüche in der bisherigen Ermittlungstätigkeit und der Prozeßführung aufzuzeigen, vor allem aber Fakten zusammenzutragen und gegenüberzustellen.

Dies beginnt bei den sträflich nachlässigen Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft, die eine Aufklärung des Mordes fast unmöglich werden lassen.

Es führt schließlich zu den Tatsachen und Widersprüchen um die Verbindungen zwischen Hoffmann/WSG und der Polizei und die Verwicklung der WSG in das Oktoberfestattentat. Der bisherige Prozeßverlauf, für den Stichworte wie Zeugenbeeinflussung, Regie durch Hoffmann u.a. charakteristisch sind, wird nachgezeichnet.

Allen, die einen Überblick über Umstände und bisherigen Ablauf des Prozesses erhalten wollen, sei die Dokumentation empfohlen.

Sie kostet 3,- DM und ist zu beziehen über:

BI 5. März
Bürger beobachten Polizei und Justiz
c/o KOMM
Königstraße 93
85 Nürnberg 1

Hannover: Terroristische Vereinigung »entdeckt«

In der Nacht zum 2. Juni detoniert am Verwaltungsgebäude der Messe-AG in Hannover eine Bombe. Angerichtet wird ein Sachschaden von ca. 100.000 DM. Bei der Explosion stirbt Jürgen, ein in der Szene bekannter aktiver Antifaschist und AKW-Gegner.

Stunden später läuft die Fahndung nach Isabel als „seine Freundin" an, da Jürgen angeblich zusammen mit einer Frau vor der Explosion am Messegelände gesehen worden sei. Noch einen Tag später übernimmt die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen. Als Isabel drei Tage nach dem Anschlag mit ihrem Anwalt zur Polizei geht, wird sie nicht nur wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag, sondern auch gleich wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet. Allerdings benötigt man zum Vorwurf des § 129a mindestens 3 Personen und etwas mehr als einen Anschlag. Einen Tag nach Isabel wird Horst wegen Verdachts auf Unterstützung verhaftet. Nach zwei weiteren Personen, die der Polizei unbekannt sind, wird gesucht.

Als Beweismittel für die schwerwiegende Beschuldigung nach § 129a präsentiert die Polizei der Öffentlichkeit Funde, die sie angeblich im Keller einer Wohnung gemacht hat, in die Isabel zum 1. Juli einziehen wollte: Neben Sprengstoff und einem aufgebohrten Feuerlöscher eine Erklärung, unterschrieben mit „Wirtschaftswunderkinder". Sie soll außer zum Messeanschlag auch ein Bekenntnis zu einem geplanten zweiten Anschlag am niedersächsischen Wirtschaftsministerium enthalten. Weder die Funde noch der Bekennerbrief werden der Presse vorgelegt.

Skepsis gegenüber diesen Beweisstücken ist nicht nur geboten, weil die Presse zunächst ähnliche Funde bei der Durchsuchung von Jürgens Wohnung gemeldet hatte: „Ein Polizeisprecher: Genug um weitere Bomben zu basteln." (NP 3.6.) Bei der Durchsuchung von Jürgens wie auch Isabels Wohnung war kein Rechtsanwalt zugegen. Ob es für die Polizeiaktion in Isabels Keller unabhängige Zeugen gibt, ist unbekannt.

Unzweifelhaft ist, daß das Konstrukt eines 129a der inzwischen gebildeten Sonderkommission aus BKA, LKA und Politischer Polizei Hannover freie Handhabe gibt, die hiesige Szene „aufzumischen". Die Bilanz ihres nunmehr dreiwöchigen Tuns:

— Neun Wohnungsdurchsuchungen, davon eine in Frankfurt und eine in Göttingen, und ebensoviele Wohnungskontrollen bei der Suche nach Isabel. Obligatorisch dabei betroffen: die UJZ Korn und die Wohnung eines ihrer Vorsitzenden.

— Drei eintägige und zehn mehrstündige Festnahmen. Anlaß dazu bot der Umstand, daß Isabels Wohnung zum 1. Juni und die von Jürgen nach dem Anschlag fristlos zum 15. Juli gekündigt war und geräumt werden mußte. Nahezu alle Umzugshelfer wurden dabei festgenommen und von der Presse in den „mutmaßlichen Sympathisantensumpf" eingeordnet. Unterschwellig unterstellt wurde ihnen das Beiseiteschaffen von Beweismitteln, obwohl beide Wohnungen bereits gründlichst durchsucht worden waren.

— Fünf Vorladungen vor der Bundesanwaltschaft endeten damit, daß zwei Vorgeladene wegen Nichtaussage mit einer Ordnungsstrafe belegt wurden. Weiteren Personen wurden Vorladungen angedroht.

Dazu kommen etliche polizeiliche Verhöre bzw. Verhörversuche und Hausbesuche, Ausforschungen an Isabels Arbeitsplatz, Beschattungen und Spitzel in den Szenekneipen. Ein Licht auf das polizeiliche Vorgehen wirft die Tatsache, daß bei den Ermittlungen die Fotos von Verdächtigten in einem anderen § 129a-Ermittlungsverfahren (u.a. wegen Veröffentlichung von Hungerstreik- und RZ-Erklärungen) herumgezeigt wurden. Man möchte offensichtlich Zusammenhänge schaffen, auch wenn dafür kein konkreter Anhaltspunkt besteht.

Bestürzung und Hilflosigkeit

Die Bestürzung und Hilflosigkeit nach dem Tod Jürgens war in der Szene groß. Zu kraß ist das Mißverhältnis zwischen „Sinn und Nutzen" des Anschlags („Die Meldung eines geglückten Anschlags hätte bei uns nur eine kurze, klammheimliche Freude hervorgerufen" — angel. Flugblatt) zu den unbestreitbaren Folgen: Der Tod Jürgens, die Verhaftung von Isabel und Horst, die drohenden Repressionen durch den § 129a. Paranoia mischte sich mit wilden Spekulationen über Tatmotive und Gerüchten über mögliche Tatbestände. Sie wurden erst dann halbwegs beendet, als eine von 25 Gruppen unterschriebene Erklärung das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung durch den Staatsschutz öffentlich anhand der bekanntgewordenen Tatsachen hinterfragte.

Neben dieser Erklärung gibt es auch Ansätze für eine politische Auseinandersetzung. Während in einem ersten Flugblatt die eigene Ratlosigkeit schlicht geleugnet und für Jürgens Tod die Sandinistenparole „Patria o morir" bemüht wird, fordert ein anderes dazu auf, „über ein Stück eigene politische Entwicklung und seine Perspektiven nachzudenken". Kritisiert wird, daß der Anschlag nicht mehr deutlich mache, „ob die Tat propagandistische Bedeutung hat oder etwa mehr Ausdruck eines verzweifelten Wunsches ist, die eigene Ohnmacht angesichts der fatalistischen Wirklichkeit herrschender Verhältnisse zu beseitigen." Außerdem wird der Bruch zwischen „der anti-imperialistischen Phraseologie unserer Flugblätter" und „der politischen Arbeit und dem sonstigen politischen Leben" festgestellt.

Was die konstatierte „fatalistische Wirklichkeit" allerdings im genaueren ausmacht bleibt der Phantasie des Lesers überlassen. Stattdessen wird ihm Verschwommenes zum Umgang mit derselben geboten. „Wir denken" heißt es dazu, „daß in der Organisation der Autonomen Gruppen nicht nur der Anspruch, sondern auch die Chance eines umfassenden politischen Selbstverständnisses und der Aufhebung eines Stückchens Entfremdung liegt. Doch nur wenn wir diese Chance und uns selbst darin ernst nehmen, kann das eigene Leben in seinem materiellen, sozialen und politischen Sinnzusammenhang eine glaubwürdige Alternative über die eigenen Grenzen unserer Szene hinaus darstellen."

KB Hannover

(Aus der „Öffentlichen Erklärung oder Wie man eine ‚terroristische Vereinigung' konstruiert":)
Isabel und Horst haben bislang noch kein offiziell festgelegtes Haftstatut. Bei Besuchen ist Trennscheibe angeordnet. (...) Isabel sitzt zur Zeit in Hannover, Horst in Wolfenbüttel. Briefe an die beiden an

Isabel Jacob bzw. Horst Mönnecke
c/o Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof
Herrenstr. 15a
7500 Karlsruhe

Frankreich

Die Ideologie der »Front National«

Eine Untersuchung von Jean-Paul Honore in »Le Temps Moderne«



Le Pen und Konsorten für ein ,,Europa der Vaterländer''

Diese Untersuchung von Jean-Paul Honoré vom CNRS (nationales Forschungszentrum) wurde in der April-Ausgabe von ,,LES TEMPS MODERNES'' (Gründer: Jean-Paul Sartre) veröffentlicht.
Sie gründet sich insbesondere auf die FN-Presse, ,,Le National'' (Tageszeitung) und ,,RPL-Hebdo'' (Wochenzeitschrift) und Jean-Marie Le Pens (leider!) Bestseller: ,,Les Francais d'abord'' (1984).
Frankreich-Kommission

Darstellung und Interpretation einer Identitäts-Ideologie

,,Der Wille, das zu bleiben, wer wir sind, hat Europas Geschichte bestimmt, und nicht das Nachgeben vor dem Willen der Anderen''. (1)

Jean-Marie Le Pen und die ,,Front National'' (FN) haben die Verteidigung der Identität zur Hauptsache ihres politischen Denkens auserwählt. Die vorliegende Untersuchung will das rechte Gefühl einer ,,französischen Identität'' beschreiben und interpretieren, in welchem der Determinismus, gemäß der nationalistischen Tradition, eine wesentliche Rolle spielt. ,,Der Mensch ist nicht an sich ein Ganzes, er kommt von irgendwo her, er wurde nicht ex nihilo geboren. Er entspringt einer Kette, einer Nachkommenschaft, einer Generation, einem Kontinuum... Zu 99,999% wird er durch seine Vorfahren bestimmt, ob es die Gene oder die Augenfarbe, und selbstverständlich auch seine intellektuellen und charakterlichen Anlagen, sind.'' (2) Es überrascht nicht, hier wieder auf die Apologetik von ,,Boden'', ,,Wurzeln'', und auch, in einer Geschichte übergreifenden Perspektive, der ,,Ethnie'' zu stoßen.

terlichen Anlagen, sind.'' (2) Es überrascht nicht, hier wieder auf die Apologetik von ,,Boden'', ,,Wurzeln'', und auch, in einer Geschichte übergreifenden Perspektive, der ,,Ethnie'' zu stoßen.

Im Bemühen der Reaktualisierung des nationalen Empfindens findet das, was J.-M. Le Pen ,,die Rechte'' bezeichnet, wieder zur eigenen Identität und Berufung zurück. Sollte darüberhinaus die Rekonstruktion der französischen Identität in Opposition zu Europa betrieben werden? Der Ansicht des Chefs der ,,FN'' gemäß soll sich der Nationalismus heute im Gegenteil auf das Bewußtsein einer europäischen Identität stützen.

Das Versagen des nationalen Instinktes sei kein exklusiv französisches Phänomen; damit ist der gesamte Westen der Adressat von Le Pens Botschaft. Die ,,FN'' beläßt es nicht bei der einfachen Definierung von Identität. Der Botschaft wird ein Dringlichkeitscharakter verliehen, denn dort, wo er in Berührung mit fremden Einflüssen komme, löse sich der nationale Instinkt auf.

Somit wird das Übel beim Namen genannt: die Immigration. Produkte eines anderen Determinismus, das heißt nicht-integrierbar, dazu noch ausreichend zahlreich, um bei der ,,FN'' wie auch anderswo Ängste vor Mischlingen, Einwanderungsströmen und Zerstörungen hervorzurufen, werden die ,,Immigrés'' um so vehementer stigmatisiert und abgelehnt, wie sich auch das Identitätsgefühl in diesen Auseinandersetzungen selber entwickelt.

Es handelt sich im übrigen um ziemlich selektive Wahrnehmungen: als ,,Immigré'' (im restriktiven und verächtlichen Sinne des Wortes) wird nicht jeder Bürger ausländischer Herkunft betrachtet, genauso wie andererseits nicht jeder eingebürgerte ,,Immigré'' automatisch als Franzose gilt.(...)

I. Die Behauptung der Identität

1) Der Boden und die Toten

Von Barrès (3) bis Le Pen existiert eine ideologische Verwandschaft, die sich in der gemeinsamen Sprache manifestiert.

Begriffe wie ,,Vaterland'', ,,Heimat'', ,,Boden'', ,,Familie'', ,,Blut'', ,,Wurzeln'' tauchen in Leitartikeln von ,,Le National'' (Zeitung der ,,FN'', Anm.AK) ständig und immer wieder auf.

Die Passage ,,Die Heilige Liebe zum Vaterland'' in ,,Les Francais d'abord'' (,,Die Franzosen zuerst'', Buch von J.-M. Le Pen, Anm. AK) erscheint wie eine direkte Übertragung gewisser Seiten aus den ,,Cahiers'' (Buch von Barrès, Anm.AK): ,,Zurecht redet man von Entwurzelten, um diejenigen Emigranten zu bezeichnen, die ihr Land verlassen mußten. Die schlimmste Erfahrung der Pieds-Noirs (französische Kolonialisten in Algerien, Anm. AK) war nicht, die Früchte ihrer Arbeit, sondern die Landschaften, in denen sie geboren wurden, und damit ihre Erinnerungen und das Land ihrer Toten zurückzulassen''(4)

Derartige Referenzen bleiben diskret und anonym: Der FN-Leader meidet die Abstraktheit theoretischer Gebäude und spricht vor allem Gefühle und ,,gesunden Menschenverstand'' an; mit Kulturellem befaßt er sich nicht.

Die Verbindung von Boden und Toten ist allerdings im Rahmen seiner Analyse wesentlich. Dadurch können ,,Vaterland'' und ,,Nation'' voneinander unterschieden und die Franzosen in

,,gesunden Menschenverstand'' an; mit Kulturellem befaßt er sich nicht.
Die Verbindung von Boden und Toten ist allerdings im Rahmen seiner Analyse wesentlich. Dadurch können ,,Vaterland'' und ,,Nation'' voneinander unterschieden und die Franzosen in

zwei Kategorien unterteilt werden:

Diejenigen, die nur der ,,Nation'' angehören (die ,,Naturalisierten'', wie es früher die Nationalisten verächtlich ausdrückten) und diejenigen, die gleichzeitig der ,,Nation'' **und** dem ,,Vaterland'' angehören, weil die Körper ihrer Väter, ,,wieder zur Asche geworden, sich mit Frankreichs Erde vermischt'' haben.(5)

Die Begründer des rassistischen Nationalismus schrieben:

,,Man kommt weder in eine Familie noch in eine Nation per Erlaß rein'', bzw.: ,,Die Naturalisierung ist eine rechtliche Fiktion'' (6) (Naturalisierung entspricht der ,,Einbürgerung'', Anm.AK).

Für Jean-Marie le Pen ist die Naturalisierung ebenfalls ein ,,künstlicher Vorgang'' (7). — Der Identitätsgedanke sorgt sich nicht um Rechtsfragen: Ihm geht es um die gefühlsmäßige Nähe zum ähnlichen. Hierbei spielt nicht die Rechtsprechung, sondern der Instinkt die ausschlaggebende Rolle:

,,,...Wenn auch jeder Mensch Anspruch auf Respekt hat, so bleibt doch die Existenz von Hierarchien, Bevorzugungen und selbstverständlichen Affinitäten unbestreitbar ...

Es ist eine ganze Palette an Gefühlen, die mich zu meiner Gemeinde, zu meiner Arbeitsgemeinschaft, meiner kommunalen, regionalen und nationalen Gemeinschaft hinzieht''.(8)



Drei Arbeiter von Epône ehren ihren ermordeten Kollegen Ozgul Kemal

Aus dieser Unterscheidung zwischen ,,Vaterlands''- und ,,Nations''franzosen wird deutlich, daß gewisse Franzosen näher, ähnlicher als gewisse andere begriffen werden, wenn auch Le Pen die Formel des ,,wahren Franzosen'' meidet und sich schriftlich stets am Rande des fremdenfeindlichen Vokabulars des Vorkriegsnationalismus aufhält. Diese Beschreibung der Verbundenheit zwischen dem Franzosen und seinem Heimatboden ist Kernstück einer Serie mehr oder weniger expliziter Gegensatzpaare.

Zugehörigkeit wie Treue zum Heimatort stehen Entwurzelung, Immigration und den sogenannten ,,fremden'' bzw. ,,fremdenfreundlichen'' Ideen gegenüber. Die ,, ländliche Herkunft'' der Franzosen wird gegenüber dem ,,Pariser Kosmopolitismus'' positiv hervorgehoben.

Auf der einen Seite das Erbgut, die Sitten, die Traditionen, der Boden, alles Garanten nationaler Identität; auf der anderen Seite die ,,versponnenen Ideologien'', das heißt Kommunismus, Sozialismus, Universalismus, Mondialismus, Internationalismus:

Sitten, die Traditionen, der Boden, alles Garanten nationaler Identität; auf der anderen Seite die ,,versponnenen Ideologien'', das heißt Kommunismus, Sozialismus, Universalismus, Mondialismus, Internationalismus:

,,Wie sollten sich diejenigen auf Vaterland und Verpflichtungen ihm gegenüber berufen, die gegenüber einer bodenständigen, den Pariser Kosmopolitismus ablehnenden Jugend taub sind und lieber das Geld der Franzosen in einer Weltpolitik verschwenden?'' (9)

Die Zukunft des Landes sichern, bedeutet nach Ansicht des FN-Chefs:

,,Dem Sozialismus und Kommunismus den Rücken zu kehren'', den Weg der Tradition einzuschlagen, ,,in ihrem klarsten und edelsten Sinn, nämlich als Vermittlung des Schönen und des Wahren, der Tugenden und der Errungenschaften der Väter''. (10) Bodenständigkeit, Traditionalismus und schließlich auch gemäßigter Regionalismus: Das ,,Pariser Jakobinertum'' wird angegriffen, und der Gegensatz ,,legales'' und ,,reales'' Land taucht in der Formel ,,Paris/Provinz'' wieder auf.

Das Lob der ,,Verwurzelung des Menschen in seiner geographischen und kulturellen Heimat'' deutet eine dumpfe Kritik des ,,Kosmos Paris'' an, einerseits Sitz der bekämpften Staatsmacht, andererseits auch ausländerfreundliche Stadt, Umschlagplatz aller Moden, Ort der Politiker-, Technokraten- und Intellektuellenreden — kurz die Antithese zur ,,Heimat''. Zur Untermauerung der eigenen Argumentation wird in Leitartikeln von ,,Le National'' oft auf biographische Erzählungen zurückgegriffen, die die Kompetenz der Autoren als Verteidiger von Werten und Traditionen signalisieren soll:

,,Meine Mutter, erinnert sich J.-M. Le Pen, war Tochter kleiner Landarbeiter. Mein Vater war Fischer auf See, wie auch mein Großvater — ...'',,In meinem Morvan (frz.Region, Anm. AK) schreibt seinerseits Michel Collinot (Editorialist bei ,,Le National'', Anm.AK) war das Leben hart...''

Als Urtyp des Franzosen reklamieren sie für sich den der Spezies zugedachten besonderen Genius.

Der Glaube an vererbbare Qualitäten der Rasse übernimmt Allgemeinplätze aus den nationalistischen Reden von Déroulède, Barrès und Drumont:

,,Die Franzosen, ein generöses und aufgeschlossenes Volk'' — ,,Wird der Franzose von großen Ideen und wahren Chefs geleitet, so geht er weiter als alle anderen'' — ,,Die Franzosen sind die Nachkommen der Gallier, sie essen, streiten und versöhnen sich wieder gern, sie respektieren den Chef und widersprechen ihm gleichzeitig gern''. (11)

Natürlich finden sich die Rechten in
die Nachkommen der Gallier, sie essen, streiten und versöhnen sich wieder gern, sie respektieren den Chef und widersprechen ihm gleichzeitig gern''. (11)

Natürlich finden sich die Rechten in diesem Bilderbuch-Portrait wieder: Chefkult, streitsüchtiges Temperament und Idealismus. Es handelt sich hier um ein gewöhnliches Schema rechter Ideologie: Rechts stehen heißt, die ,,französischen Werte'' zu verteidigen. Folgerichtig heißt Franzose sein, rechts zu stehen. In der Tat soll laut J.-M. Le Pen der Franzose natürlicherweise rechts sein, wenn ihn nicht Propaganda oder Mode verwirrt haben. Er ist seit jeher rechts, sozusagen per Definition:

,,Im Begriff rechts sind Recht und Rechtschaffenheit enthalten, also auch die Ehrlichkeit (auf frz.: ,,franchise'', Wortspiel, Anm.AK), die mir die Hauptqualität der Franken zu sein scheint.'' (12)

Mit der Rückführung des Volkes in nationale Bahnen über die Rückbesinnung auf rechte Identität allein begnügt sich J.-M. Le Pen aber nicht. Die Rechte selbst verlangt eine neue Definition, um zur ursprünglichen Stärke und Authentizität zurückzufinden.

2) Die Einzigen rechts

Im offenen Konflikt zu sämtlichen Akteuren des politischen Lebens fordert die ,,FN'' für sich das Monopol der Wahrheit.

Ihre Gegner werden, mittels Bildern meist aus der Theater- und Bühnenwelt, als Betrüger dargestellt. So steht Chirac auf der Bühne, dirigiert das Orchester, Giscard erscheint als Flöten- oder Oboenspieler, als Wunderdoktor der Wirtschaft, und was de Gaulle betrifft:

,,Wie an den Kirmesständen, wo man seinen Kopf durch eine bemalte Leinwand steckt, ließ er sich nacheinander, mal als Ludwig der XIV., mal als Clémenceau photograpohieren.'' (13)

Betrug sei die Regel des Systems, nicht als hinterhältige Lüge, sondern als Spektakel, als Theater. Hierbei fallen Begriffe wie ,,Masken'', ,,Scharlatane'', ,,Märchenverkäufer'', ,,Gehirnwäscher'' und auch ,,Handelsvertreter''. Zwangsläufiges Opfer dieses organisierten Karnevals ist die ihrer eigenen Ansicht nach zur Wahrheit berufene FN:

,,Die Linke kann die Puppe, die sie selber je nach Lust und Laune verkleidet, gefahrlos zersäbeln. So wurde die Rechte eine Art Schreckgespenst, eine groteske bis widerliche Karikatur. Die Linke versteht es ausgezeichnet, ihre Rivalen mit Masken und Lumpen zu verkleiden. Diese Maskerade zu entmystifizieren wird quasi unmöglich gemacht.'' (14)

Le Pens Ambition: Endlich ,,die Maske abzureißen, die man ihm verpaßte'', die eigene Bewegung von verwandten Grüppchen und von der parlamentarischen Rechten abgrenzen, schließlich gegenüber den ,,marxistischen'' Chefs eigenständig existieren.

(...) Die FNler brüsten sich mit der Rettung des Begriffes, der lange nur gefürchtetes Etikett gewesen sei: ,,In Frankreich hatte sich seit fast 100 Jahren keine politische Partei getraut, sich offen zur Rechten zu bekennen, bis die FN 1972 beschloß, sich als soziale, volksnahe und nationale Rechte zu definieren.'' (15)



Zur Bezeichnung von Getreuen und Verbündeten verwendet der Chef der Front am häufigsten den Begriff ,,die Rechte''. Der Sinn davon wird manchmal in dreister Deutlichkeit präzisiert:

,,Sie, die studentische Rechte der 60er Jahre, fühlte sich instinktiv rechts, aus einer biologischen Reaktion gegen Unordnung, Dreck und Vandalentum heraus.'' (16)

Wirksam konnte die Bekräftigung rechter Identität auf der Wahlebene nur mit der Liquidierung der Vergangenheit werden und es ist bekannt, daß J.-M. Le Pen das Prädikat ,,Faschist'' ablehnt:

,,Der Begriff Rechtsextremismus ist zweideutig, da hier von Extremismus die Rede ist. Unsere Gegner vertauschen zur Verwirrung absichtlich eine Ortsbestimmung auf dem politischen Schachbrett mit einer Position des politischen Extremismus.

Allerdings sind weder unsere Philosophie noch unsere Prinzipien und unser Programm extremistisch.'' (17)

Le Pens Hauptanliegen ist allerdings nicht das Aufzeigen der eigenen ,,Treue zur republikanischen Legalität'' und die Ablehnung ,,offensiver Gewalt'' (18). Vielmehr will er jegliche Verwechslungsmöglichkeit zwischen der Rechten, die er verkörpert, und den konservativen, diskreditierten Parteien ausschließen. Die FN begreift sich als unversöhnlicher Rivale der sogenannten ,,Vierer-Bande'' (PS, KPF, UDF und RPR, Anm.,AK), unabhängig davon, wer von ihr die Macht gerade hat.

Die Komplizenschaft der ,,Vierer-Bande'' sei Ergebnis der breiten ideologischen Korruption: nach gewissen Analysen, die ,,Le National'' seit 1974

Fortsetzung nächste Seite

regelmäßig verbreitet, begreifen sich Chirac- und Giscardanhänger als ,,Linke'' (...)

J.-M. Le Pen entlarvt den ,,Laxismus der sozialistisch-liberalen Regierungen'' und entdeckt Spuren von ,,Sozialismus'' sogar in der französischen Verfassung selber: ,,Der giscardistische, chiraquistische und mitterandistische Sozialismus, das heißt der Sozialismus der V. Republik lähmt das Land ...'' (19)

Als Konzession gegenüber der herrschenden Meinung verwendet gelegentlich ,,Le National'' das Wort ,,rechts'' für Chirac- oder Giscardanhänger. Jean-Marie Le Pen läßt jedoch keine Gelegenheit aus, um zu erklären, daß seine Bewegung die einzige tatsächlich rechte Bewegung sei.

,,Der Giscardismus, mit seiner Rousseau-Philosophie, mit seinem Humanismus, Utopismus und Mondialismus steht einer linken Philosophie weitaus näher als einer rechten''. (20)

Die ehemaligen Säulen des Konservativismus, Kirche und Bourgeoisie, seien heute ebenfalls ,,links'', denn sie bewegen sich in ,,Richtung Revolution, in der Hoffnung, ihr Entgegenkommen gegenüber den Revolutionären ermögliche ihnen die Rettung gewisser Dinge.'' (21)

Die ,,FN''-Anatomie vom politischen Establishment ist letztendlich einfach zusammenzufassen: es gebe einerseits die ,,sozialistisch-kommunistische Linke'', nach wie vor von der KPF geführt, die das Land hinterhältig dem Ausland unterordnet, und andererseits die liberale und gaullistische ,,Pseudo-Rechte'', in Wirklichkeit eine Crypto-Linke, vom marxistischen Feind manipuliert.

Prinzipielle Unterschiede gebe es dort nicht. Was für die einen der Internationalismus, sei für die anderen der weltweite Handel. Daraus schlußfolgert J.-M. Le Pen, daß er, allein gegen alle, auch der einzige Leader einer ,,tatsächlichen Opposition'' — der nationalen Opposition — sei, und, da er allein rechts steht, auch der Einzige sei, der den Identitätskampf zur Rettung des Landes führe.

3) Die Hierarchie der Gefühle

Die FN lehnt ,,Internationalismus'', ''Mondialismus'', mitunter auch ,,Humanismus'' ab und weist darauf hin, daß die Franzosen einem menschlich, geographisch und ideologisch größeren Raum als dem Väterland als solchem angehören.

Dieser Raum sei Ort geistiger und moralischer (insbesondere christlicher) Werte, die ihm seine ganz spezifische
Dieser Raum sei Ort geistiger und moralischer (insbesondere christlicher) Werte, die ihm seine ganz spezifische
Qualität verleihen: Europa, der Westen und die Zivilisation stünden der ,,sowjetischen Barbarei'' und den ,,Völkerhorden'' der 3. Welt gegenüber.

Zwischen Frankreich und der Rechten existiere eine Gemeinschaft an Werten und Schicksal: ,,Wohin gehen wir, fragt sich J.-M. Le Pen, wohin geht der Westen, Europa, Frankreich, die Rechte, wohin gehen sie, kurz vor Ende dieses Jahrtausends!'' (22)

So stehe der Franzose im Zentrum eines Kreises, und je nach Nähe und Entfernung werden seine Präferenzen definiert. Frankreich am nächsten steht Europa. J.-M. Le Pen schlägt folgende Analogie vor, um seine ,,Hierarchie der Gefühle und Zuneigungen'' zu legitimieren:

,,Ich mag meine Töchter mehr als meine Kusinen, meine Kusinen mehr als meine Nachbarinnen, meine Nachbarinnen mehr als Fremde und Fremde mehr als Feinde.

Ich ziehe also die Franzosen vor, das ist mein gutes Recht. Danach ziehe ich die Europäer vor, dann die Westlichen, und von allen Ländern der Welt ziehe ich diejenigen vor, die Frankreich lieben oder seine Verbündeten sind.'' (23)

Der FN-Chef hütet sich davor, klarzumachen, daß hiermit die rassische Gemeinschaft aufgewertet wird, auch wenn er anderswo seine Aversionen gegen einen ,,weltweiten melting pot'' zum Ausdruck bringt und dabei auf die Zucht von Pferden und Hunden Bezug nimmt. Im Rahmen des Familien-Ideals unserer Kultur solle der Franzose sich mit den Völkern verbünden, die ihm biologisch am nächsten stünden. Das Gefühl einer europäischen Identität ist für die FN eine wesentliche Voraussetzung zum Überleben der Nationen. Europa, ,,der Boden der Ahnen, vom Blut der Krieger der Vergangenheit getränkt'', solle seine Völker einigen zur Verteidigung des gemeinsamen ,,Erbgutes'' und des ,,sehr starken gemeinsamen Ursprungs.'' (24)

Die europäische Vergangenheit wird dabei bejubelt, der ,,europäische Mensch, der das Universum herausforderte und zu seiner Beherrschung ansetzte'', wird glorifiziert.

Die FN-Intuition einer gemeinsamen europäischen Identität wird nicht ausschließlich auf Geschichte gestützt oder auf Kultur oder Geopolitik. Zwar zwinge einen der ,,europäische Patriotismus'' zur Auflehnung gegen die Sowjet-Union (gelegentlich auch rein formal gegen die USA), es handele sich aber hier um das, was man die ,,weiße Welt'' bezeichnet. Die Ausweitung des geographischen Raumes des Franzosen vom Nahestehenden zum ,,Cousin Europas'' bzw. zum ,,Nachbar des Westens'' verwandelt hinterlistig den nationalen in einen rassischen Raum: Es gibt den Raum der ,,westlichen Weißen'' und den des ,,maghrebinisch-asiatischen Neger-Mischmaschs.''

4) Eine Bemühung der Vorsehung

Nicht allein der Instinkt, auch die Vorsehung wolle die Ablehnung des ,,utopischen Mondialismus'', der ,,auf unserem Planeten die totale Mischlingswirtschaft einführen will.'' (25)

Der nationale Instinkt entspreche dem göttlichen Willen: ,,Das immerhin anspruchsvolle Evangelium selber empfiehlt, seinen Nächsten zuallererst, noch vor dem Entfernten, zu lieben.'' (26)



Algerienkrieg

J.-M. Le Pens Rede ist zwar keine religiöse, auch keine christliche, Gott
J.-M. Le Pens Rede ist zwar keine religiöse, auch keine christliche, Gott
interveniert dort aber häufig, um Ordnung zwischen den Rassen zu stiften:

,,Die Rassen in ihrer Vielfalt wurden von Gott geschaffen und haben also ihre Daseinsberechtigung.''(27)

Beizutragen zur ,,Vermischung'' sei demgemäß nicht nur ,,anti-natürlich'': es bedeute auch, sich mit der Vorsehung anzulegen und Bestrafung in Kauf zu nehmen.

Von sämtlichen Übeln der ,,Immigration'' zieht das eine die besondere Aufmerksamkeit der FN auf sich: ,,Es gibt in Frankreich über 1 Mio. Fälle von Syphilis, was, man muß es offen aussprechen, mit einer gesundheitlich völlig unkontrollierten Immigration zusammenhängt.''(28) Eine ,,schändliche Krankheit'', die darüberhinaus betroffene Frauen steril mache und somit das ,,Regenerierungspotential unseres Volkes herabsetzt.''(29) Das vom Immigré miteingeführte Übel nimmt die Dimensionen eines biblischen Fluches an: Die Vorsehung bestraft dort, wo eine Gesellschaft gesündigt und ihre eigene Identität verraten hat.

5) ,,In der entstandenen Leere...''

Vor einem Jahrhundert beschuldigte die nationalistische Presse den Juden, ,,ein Herd der Cholera'' zu sein. Heute warnt die FN die Öffentlichkeit vor der ,,Gefahr der Immigration für die Gesundheit der Franzosen'' und weist auf die ,,Vermehrung ganzer Serien ekelerregender Infektionen'' hin.

Die Zielsetzung beider Argumentationen soll angeblich nicht die gleiche sein, die Formulierungen ähneln sich allerdings: Das Bild der biologischen Entartung, der Besudelung gehört zur Tradition der fremdenfeindlichen, nationalistischen Agitation.

Dennoch gibt es auch bemerkenswerte Unterschiede: einerseits meidet J.-M. Le Pen die Einordnung in eine Rassenlehre, andererseits, während bei Drumont und seinen Epigonen das Krankheitsthema oft Metapherwert besaß, gibt J.M. Le Pen allerdings vor, die Fakten objektiv zu beschreiben. Die Physiologie-, Krankheits- und Ansteckungsmetaphern sollen alle Formen der Entvitalisierung des Landes aufzeigen. Insbesondere ist häufig von ,,sozialem Unwohlsein'', ,,Wirtschaftslähmung'', ,,Vergiftung'', ,,Verseuchung'' und ,,Korruption'' des sozialen ,,Körpers'' die Rede, oder von der ,,Verarmung der nationalen Substanz'', oder den ,,alten Wunden'', die von Politikern wieder ,,aufgerissen'' werden. Frankreich sei ,,krank''; um von seiner ,,physiologischen Gleichgewichtsstörung zu genesen'', müsse eine ,,intellektuelle Entgiftungskur'' stattfinden, als ,,öffentliche Reinigung'' betrieben. Innerhalb der Rechten haben die Rechtsextremisten nicht das Monopol auf diese Form der Agitation, sie wenden sie aber mit einer spezifischen Intensität an.

Der Allgemeinplatz vom ,,infizierten Körper'' illustriert die alte Furcht vor der Subversion; das Bild des ,,entstellten Körpers'' übernimmt das traditionelle Thema der ,,verkehrten Welt'', die die ,,einfachen Ideen'' der Nationalisten ständig herausfordere:

,,Das Erziehungsministerium wurde mit Hilfe eines gigantischen Haushaltes eine Lehrerfabrik, Lehrer, die selber zukünftige Lehrer unterrichten, die wiederum weitere zukünftige Lehrer ausbilden werden. Das so normalisierte Frankreich trägt nur mit Mühe den enormen Kopf eines mongoloiden Jugendlichen.'' (30) Die Verewigung der Anti-Intellektuellen Demagogie durch die FN ist nicht verwunderlich: laut FN
gendlichen.'' (30) Die Verewigung der Anti-Intellektuellen Demagogie durch die FN ist nicht verwunderlich: laut FN
hat eine ,,kosmopolitische Intelligentsia, die noch nicht mal die Mutterliebe kennt'', durch ihren Hang zum Marxismus und ,,Mondialismus'' dem Identitätsgefühl der Nation geschadet. Ob als Professor, der ,,ätzende Doktrinen verbreitet'', oder als Technokrat, der ,,wahnsinnige Utopien umsetzt'' — der Intellektuelle gilt für das Vergessen der ,,wahren'' Werte und für die moralische Entartung des Landes verantwortlich. Der Intellektuelle selber als Person wird des öfteren als Degenerierter dargestellt. J.-M. Le Pen zieht über diejenigen her, deren ,,Gehirne sich disproportional zum Hodensack entwickelt haben'' und die, mit dem nationalen Instinkt auch die lebenserhaltenden Qualitäten der Rasse verloren hätten. (31)

Gegen die verheerenden Auswirkungen des ,,Intellektualismus'' setzt Le Pen die Lösungsmodelle des ,,gesunden Menschenverstandes''. Während der ,,pedantische Intellektuelle'' und der ,,Salon-Bourgeois'' das nutzlose Protestieren und den Individualismus heilig sprächen, wolle der ,,gesunde Menschenverstand'' den Zusammenhalt.

Dieser stamme aus dem Volke, halte die nationale Substanz zusammen und gäbe dieser ihre ursprüngliche Identität zurück, die auf jahrhundertealten Meinungen und Selbstverständlichkeiten beruhe:

,,Ich glaube, daß die überwiegende Mehrheit der Franzosen, meiner Ansicht nach 80%, in vielem übereinstimmt, das heißt gemeinsame Anschauungen in den wesentlichen Lebensfragen hat. Sie schätzt oft die Dinge von rechts ein, auch wenn die linke Intelligentsia sich bemüht, sie vom Gegenteil zu überzeugen.'' (32)

Die moralische und intellektuelle Wiederaufrichtung könne allerdings nicht ohne biologisches Erwachen geschehen. Und hier konstatiert die FN ,,Schwäche'', ,,Trägheit'', ,,Entvitalisierung'', weswegen sie das Auslöschen des französischen Volkes vorhersagt.

Allgemein gesehen stünden sämtliche europäischen Nationen am Rande des Abgrunds, unterminiert durch den Geburtenschwund, durch den ,,Genozid'' der legalen Abtreibung und die Infiltrierung durch die Immigration. Mittels dieses Vokabulars stellt sich die FN erneut in die Nachkommenschaft des Sozial-Darwinismus und seiner Theorien zum ,,Lebensraum'' und der Konfrontation zwischen den Völkern und Rassen:

,,Wir müssen handeln...wir müssen unseren Lebensraum besetzen, weil die Natur die Leere haßt, und wenn wir den nicht besetzen, werden es andere an unserer Stelle tun.'' (33)

Der biologisch-psychologische Determinismus, der auf dem Individuum laste, verlängere sich in einem historischen Determinismus. Die Franzosen und die Europäer hätten es nicht verstanden, ihr intellektuelles, moralisches, territoriales und biologisches Erbgut zu sichern, und so — es sei denn, sie behaupteten plötzlich doch ihre Identität — würden sie die höchste Strafe erfahren, die Völker treffe, die ihre Kraft, ihren Zusammenhalt und ihre Seele verloren haben: den Einmarsch der Barbaren.

Und dann, prophezeit J.-M. Le Pen, ,,wird eine Einwanderungsflut das täglich tiefer werdende leere Loch überschwemmen und zum Schluß unser Land, unser Volk und unsere Zivilisation versenken.'' (34)

II. Die Eindringlinge

II. Die Eindringlinge

Die Identität eines Volkes, so die FN, werde nicht auf der Basis eines grenzenlosen Austausches aufgebaut. Sie sei ein für alle Male in einer mehr oder weniger stark mystifizierten Vergangenheit fixiert worden und wird in der Auseinandersetzung entweder gestärkt oder zerstört. Für die Anhänger der Identitätsideologie ist der Fremde eine Bedrohung, ein Agent, ein unmittelbarer Gegensatz zu ihnen selber.

Wer kann aber heute, im Zeitalter der engen internationalen Beziehungen, auch zwischen Frankreich und Europa, den radikalen Ausländer darstellen, den man mit dem verächtlichen Etikett ,,Immigré'' versieht?

Bemühen wir uns um Klärung von Definition, Beschreibung und Inszenierung des ,,Immigré'' innerhalb der FN-Propaganda.

1) Identifizierung des ,,Immigré''

Bezieht man sich auf die Schriften der FN, besonders auf Leitartikel von Le Pen, konstatiert man die häufige Verwendung, neben den vorherrschenden Vokabeln des ,,Immigré'' oder ,,Ausländers'', zahlreicher Formulierungen aus der sogenannten neutralen Verwaltungssprache: ,,ausländische Minderheiten'', ,,ausländischer Arbeiter'', ,,ausländische Gemeinden'', ,,ausländische Arbeitskraft'' etc. Die traditionellen, diffamierenden Bezeichnungen wie ,,métèques'', ,,bougnoules'' oder ,,crouille'' (alles Equivalente von ,,Kanacken'' und Co.; Anm.AK) erscheinen (mit Ausnahme des allerdings auch seltenen Wortes ,,Neger) nicht. Auch das Substantiv ,,Araber'' ist selten, vermutlich aufgrund seiner starken Vorbelastung im offen kolonialistischen und rassistischen Sprachgebrauch. Diese vorsichtige Art der Bezeichnung deutet darauf hin, daß der Vorwurf des Rassismus möglichst erschwert werden soll.

Dennoch zeigt eine Aufzählung der zitierten Nationen und Nationalitäten die Hegemonie von Begriffen auf, die sich auf den Maghreb beziehen: ,,Nord-Afrikaner'', ,,Maghrebiner'', ,,Tunesier'', ,,Marokkaner'' und vor allem ,,Algerier''. Schwarzafrika und Asien werden meist unter dem Sammelbegriff ,,Dritte Welt'' zusammengefaßt, der ideologisch stark belastet ist (Bevölkerungsüberschuß, Zurückgebliebenheit, Elend etc.).

,,Immigrés'' aus Europa oder aus EG-Ländern werden nur ausnahmsweise, und dann wohlwollend, genannt; unter anderem, um den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit zurückzuweisen:

,,Es gibt zahlreiche Franzosen ausländischer Herkunft, die vollständig Franzosen sind. Der Präsident der FN der Ile-et-Vilaine-Sektion ist italienischer Abstammung...'' (35)

Schließlich soll das sogenannte ,,objektive'' Vokabular der FN (s.o.) die Absicht untermauern, die Ausländerfrage angeblich prinzipiell behandeln zu wollen. Wenn es aber um die Veranschaulichung der angeblichen Gefahren der Ausländerpolitik geht, verliert die Analyse schnell den allgemeinen Charakter und die Beispiele kreisen dann ausschließlich um die ,,Maghrebiner'', die ,,Algerier'' und die ,,Afrikaner'':

,,Verweilen wir für einen Moment beim Mikrokosmos Marseille. Marseille zählt unter seinen 1.040.000 Einwohnern 137.000 Ausländer, d.h. 13%, davon über die Hälfte Nord-Afrikaner.'' (36)

Handelte es sich lediglich um Zahlen, hätte die FN seit ihrer Gründung bequem die Anwesenheit der Portugiesen, Spanier, Italiener aufgreifen können. Es liegt aber auf der Hand, daß J.-M. Le Pen schon aus biographischen Gründen alleine in besonderer Opposition zu Nord-Afrika bzw. Algerien steht. Diese besondere Aufmerksamkeit, die in den FN-Publikationen den Maghreb-Ausländern oder den Ausländern aus der ,,Dritten Welt'' gewidmet wird, kommt auch daher, daß diese Einwanderungen nicht innerhalb Europas stattfinden, sondern von außerhalb des ,,Westens'', der ,,Weißen Welt'', d.h. im FN-Stil: der ,,Zivilisation'', nach Europa kommen. Die ausgesuchten Beispiele zeigen die Absicht, den Widerspruch nicht so sehr zwischen einheimischen und portugiesischen Arbeitern als zwischen dem Franzosen und dem Araber zu schüren, zwischen Europa und der ,,Dritten Welt''.

,,Ausländer von jenseits des Mittelmeers, schreibt J.-P. Stirbois (Marseiller FN-Abgeordneter; Anm.AK), geht zurück zu euren Hütten.'' (37)

Die geforderten Einwanderungs- bzw. Einbürgerungskriterien sind hierbei für gewisse Ausländergruppen bemerkenswert locker:

,,Europäer ohne Zuzugsbeschränkungen, die die französische Staatsbürgerschaft erhalten wollen, sollen diese unter einer Bedingung erhalten, näm-
,,Europäer ohne Zuzugsbeschränkungen, die die französische Staatsbürgerschaft erhalten wollen, sollen diese unter einer Bedingung erhalten, näm-
lich der Liebe zu unserem Land, dem Wunsch, Franzose zu werden, diese Ehre unserer Gemeinschaft anzugehören zu begreifen, und die Bereitschaft, Pflichten, im Gegenzug zu den erhaltenen Rechten, zu übernehmen.'' (38)

Der Grenzübergang als solcher, zwecks Niederlassung in Frankreich, reicht nicht dazu aus, um für die FN ein ,,Immigré'' zu sein:

,,A. Du Roy: ,Also sind alle Ausländer Immigrés?' — J.-M. Le Pen: ,Es ist davon abhängig, in welchem Sektor sie beschäftigt sind. Es gibt Ausländer, deren Anwesenheit wünschenswert sein kann.''' (39)

Die Nuancierung zwischen ,,Immigré'' und ,,Ausländer'' ist nicht bedeutungslos. ,,Immigré'' ist im fremdenfeindlichen Vokabular schon lange kein neutraler oder rein technischer Begriff mehr. Es ist ein verächtlicher Begriff, der nicht ohne weiteres jedem Ausländer gilt.

Wer ,,Immigré'' sagt, meint oft ,,Araber'' (oder auch ,,Neger''). Die Reden der FN illustrieren und bestätigen diese Tendenz ... Das Gegenteil von ,,Immigré'' ist für die FN nicht ,,Einheimischer'', sondern ,,Franzose''. Einen anderen als ,,Immigré'' zu bezeichnen, bedeutet oft, ihm Assimilierungswillen oder -fähigkeit abzusprechen. Linguistisch wie soziologisch ist für die FN eine Koppelung der Begriffe ,,Immigré'' und ,,Franzose'' ein Skandal:

,,,... Wir glauben nicht, dem primitiven Rassismus zu verfallen, wenn wir behaupten, daß zahlreiche ,Immigrés' in den Volkszählungen als ,Franzosen' aufgeführt werden.''' (40) Zweideutigkeiten bis Verdrehungen treten bei dieser Kernfrage auf.

,,Unsere Definition des Franzosen, sagt J.M. Le Pen, ist die Definition unserer Nationalität.'' (41)

Daraus könnte vorschnell geschlußfolgert werden, für die FN sei kein einziger französischer Staatsangehöriger ein ,,Immigre'' — eine Untersuchung im Magazin ,,RPL-Hebdo'' (weitere FN-Zeitschrift; Anm.AK) über die ,,2. Generation'' meint in der Tat, viele Franzosen seien in Wirklichkeit gar keine, oder höchstens rein formal oder aufgrund einer exzessiven Toleranz:

„Zahlreich sind die Jugendlichen, die durch die automatische Einbürgerungspraxis Franzosen sind, ohne sich als solche zu fühlen.'' (42)

Diese gehören also nicht zur Kategorie der Franzosen und werden als „Fremde'' bzw. „Eindringlinge'' charakterisiert, die umso bedrohlicher seien, als sie assimilierter sind als ihre Eltern. Zunächst abgelehnt, weil anders, wird der „Immigré'' nochmals, weil gleich, abgelehnt. Der Identitätsgedanke empfindet eine solche Gleichheit als gefährlich, sie bringt das kulturelle und soziale Gefüge durcheinander, begünstigt die „Infiltrierung''derjenigen, die, als Produkte einer anderen Rasse, Geschichte und eines anderen Determinismus, dem nationalen Zusammenhalt nur schaden können.

2) Das Sicherheitsmodell

Die herangezogenen Metaphern und Analogien weisen auf die stärksten ideologischen Verdichtungen des Textes hin, auch wenn sie scheinbar nur der Klärung dienen sollen. So verhält es sich auch mit der Symbolik der Familie, deren biologische Implikationen weiter oben aufgezeigt wurden.

Als Symbol der Verwurzelung, des psychologischen, kulturellen und genetischen Zusammenhalts spielt die Familie eine vorherrschende Rolle innerhalb der Identitäts-Ideologie.

Ihre Zersetzung bedeute das dramatische Auseinanderbröckeln des letzten Schutzwalls nationaler Identität und die eventuelle Auslösung unkontrollierbarer Leidenschaften.

Der Le Pen-Nationalismus greift darüberhinaus auch die durch die Sicherheits-Propaganda mobilisierten Stimmungen auf. Daher auch die Bilder des Eindringens, der Mischlingswirtschaft, des Betrügens, der Homosexualität, der Prostitution — alles traditionelle Symbole der Familienzersetzung. Der FN-Chef prophezeit, Frankreich würde zu einer „Absteige für 6 Millionen Immigrés'' verkommen:

„... Morgen werden sich die Immigrés bei euch niederlassen, werden mit euren Frauen, euren Töchtern, euren Söhnen schlafen...'' (43)

Der sexuelle Charakter dieser Agitation soll die Thematik der moralischen Verfremdung und der genetischen Entartung hochkochen.

Darauf alleine begrenzt sich aber nicht die Aggression des „Eindringlings'' gegen die „Familie''. Die FN schöpft das Sicherheitsmodell in vor-
nicht die Aggression des „Eindringlings'' gegen die „Familie''. Die FN schöpft das Sicherheitsmodell in vor-
teilhafter Zweideutigkeit voll aus (wo sind aber die Grenzen der Metapher?) und verlängert die Symbolik der „Zersetzung'' durch die des „Einbruchs''. Das „Haus'' soll das nationale Erbgut darstellen und auch der eigene, abgesteckte Raum, der „Lebensraum'' des französischen Volkes. Diese Argumentation bedeutet den Ausschluß all derjenigen, die dem symbolischen Haus fremd sind. Die Immigration ist das Eindringen von „Parasiten'', von „Nutznießern'', von denen, die sich „gerade die Mühe geben, gegen die Tür unseres Landes zu drücken und sich hier — mangels eines moralischen und bevölkerungspolitischen Erwachens — wie Besetzer und Diebe verhalten''. (44)

Der Identitätsgedanke verschmilzt mit dem Sicherheitsbedürfnis zu einer der ergiebigsten Demagogien: der legitimen Notwehr.

„Noch in den nächsten 20 Jahren, versichert J.-M. Le Pen, werden wir von der ausländischen Einwanderung überschwemmt sein'', denn wie ein „von seinen Eigentümern verlassenes Haus'' wird ein entvölkertes Land „Opfer aller Raubzüge''. (45)

Michel Collinot empfiehlt den Franzosen folgenden Pazifismus:

„In Frieden zu Hause leben, mit dem Gewehr auf der Schulter gegen den eventuellen Eindringling, den ewigen umherschwirrenden Banditen ...'' (46)

Der Kult der nationalen Identität ist in einen Katastrophismus getaucht, der die Tradition des politischen Pamphlets fortführt: Symbolik der Krankheit, meistens auf den Geist reduziert, Thematik der „Auflösung'' und „Überschwemmung'', Prophezeiung des Endes der Institutionen, der Werte, der Nationen selber unter dem Druck einer Einwanderung, die Vorbote der ausländischen Hegemonie sei.

„Die Nation gibt sich auf, in Körper und Seele'', beklagt J.-M. Le Pen, „die Substanz des Vaterlandes löst sich auf'', die Ruinierung der Prinzipien führe zum „Auseinanderfallen der nationalen Gemeinschaft''. Es wird von „Überfülle'', von „Wellen'', von „Fluten'', und schließlich von „Versinken'' und „Abgrund'' gesprochen. Der Tod der Gesellschaften der weißen Welt, der zivilisierten Welt, die in ihrem Innersten christlich und konservativ sei, wird ins Bild gesetzt.

Selber in einer bevölkerungspolitischen und moralischen Krise, zerfielen sie unter dem Angriff eines unterentwickelten, kosmopolitischen, expansionistischen und revolutionären Konglomerats.

Denn darin besteht die dunkle Mission der Einwanderung laut FN: Stützung der kommunistischen „Subversion'' und Vorbereitung der „sowjetischen Herrschaft'', eine weitere Form der Demontierung des Vaterlandes.

3) Der Innere Feind

Die Assoziation „Immigré/Kommunist'' vollzieht die traditionelle rechtsextremistische Gleichung zwischen dem biologischen und dem ideologischen Feind. Während alles nationale definitionsmäßig einzigartig und spezifisch ist, dient alles andere der Verschmelzung und der Zusammenführung.

Die FN übernimmt auch die bekannte nationalistische Agitation der „Manipulierung'', des „Koalierens'', des „Komplottes'' aller ausländischen Kräfte gegen die nationale Identität und Unabhängigkeit.

„Die KP,F' bleibt unser Hauptfeind ... selbstverständlich aufgrund ihrer natürlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion und ihrer Manipulierung der Ausländer, eine Kunst, die sie perfekt beherrscht.'' (47)

Das hierarchische und ideologische Modell der Armee, die Befassung mit den internationalen Spannungen und auch die Vergangenheit so mancher Aktivisten erklärt das Gefallen an militärischen Bildern: FNler sprechen gern von „Krieg'', „Kampf'', „Angriff'', „Schutzwall'', „Kapitulation'', „Sabotage'' oder von „Manöverfeld''.

Handelt es sich um die „Immigrés'', verlassen die Bilder den nur symbolischen Rahmen. Die FN kündigt dann an, „Bewußtsein über den militärischen Charakter der Einwanderung ist notwendig'', und J.-M. Le Pen ergänzt:

„In Frankreich existiert eine fünfte Kolonne: der militärisch-subversive KP-Apparat. Seine Bedrohung für unsere Außenverteidigung und unsere innere Sicherheit wird verstärkt durch die Anwesenheit von 5 Mio. Ausländern auf unserem Territorium, die im Dienstalter sind ... Die 5. und die 6. Kolonne haben ihre Zusammenführung vollbracht. Mitten in unserem Vaterland''. (48)

Zwischen Europa und der „Dritten Welt'', zwischen den Franzosen und terland''. (48)

Zwischen Europa und der „Dritten Welt'', zwischen den Franzosen und den Einwanderern sind die Beziehungen Beziehungen der Gewalt, der Herrschaft, der Notwehr.

Der innere Feind, d.h. für die FN die KP, samt derjenigen, die sie manipuliere, die „obskuren Agenten'', die „angeleiteten Immigrés'', verlängert hier das feindliche Tun des „kommunistischen Imperialismus'' und der „arabischen und islamischen Welt'', Herde der Subversion.

Besorgt um die „Kumulierung beider Gefahren'', lehnt die FN eine Betrachtung der Einwanderung als gegenseitige Bereicherung ab. Wenn es doch mal so gesehen wird, dann nur als Hypothese, als Konzession oder um den Vorwurf des Rassismus zu entkräften:

„In dem Maße, wo eine Einwanderung vorteilhaft wäre, hätte der ausländische Arbeiter Anrecht auf eine gerechte, würdige und brüderliche Behandlung.'' (49)

Insgesamt aber wird in der FN-Presse der Ausländer als eine Gefahr dargestellt, er dringe ein, erobere, kolonisiere und überall zeitige die Einwanderung ihre negativen Folgen bzw. kündige neue Katastrophen an.

„Die Immigration zögert den Modernisierungsprozeß hinaus ... vergrößert das Auslandsdefizit, das soziale Defizit, ... die ausschlaggebende Rolle zahlreicher Ausländer im Drogenhandel ... In manchen Krankenhäusern werden die Betten vor allem von Ausländern belegt ... Die Unsicherheit ist beträchtlich gewachsen ... Der Bürgerkrieg steht vor der Tür ... Die schlimmen Folgen der immer stärkeren Sozialisierung der französischen Wirtschaft ... Der massive Waffenkauf durch Ausländer ... Zwei Millionen Arbeitslosen sind zwei Millionen Ausländer zuviel ... Massive Einfuhr illegaler Ausländer aus Regionen, wo die unterschiedlichsten und widerlichsten Krankheiten grassieren ... Der Einfluß der Einwanderung auf den Terrorismus ... Die französischen Kinder leiden unter der Kohabitierung mit anderssprachigen Kindern aus anderen Kulturen, ihre Schulerfolge werden dadurch ernsthaft infrage gestellt ... Unglaubliche subversive Mittel (Außenfinanzierungen, freie Sender, Presse, terroristische Büros) werden den Ausländern in unserem Land zur Verfügung gestellt ... Bereits heute verliert die französische Kultur ihren eigenen Charakter ... Eine Immigrationspolitik, die aus uns Franzosen fremde Sklaven im eigenen Land macht ...'' (50)

Fixe Ideen — die Immigration als Hauptsymptom der Dekadenz, denn sie bedeute das Hinnehmen einer biologischen, ideologischen und kulturellen Vermischung, den Verrat der besonderen Traditionen und Qualitäten der Ethnie, das Abdanken des Westens schlechthin.

Mal als Allegorie, mal als „realistische'' Beschreibung der heutigen Welt prägt das Dekadenz-Thema die Propaganda der FN. Verwirrt durch die Sophismen der „spleenigen Intellektuellen'', zweifle der Westen an sich selbst und flüchte sich in die „lebensgefährlichen Genüsse der Dekadenz'', gerade jetzt, wo ihm eine „beispiellose Barbarei'' droht. J.-M. Le Pen beruft sich auf geschichtliche Lehren, die Mehrheit der Ausländer seien die Vortrupps unzählbarer, kriegerischer Horden, und warnt:

„Erst die Straßenkehrer, dann die Soldaten, und eines Tages würden die Barbaren mitten in Rom kampieren''. (51)

Die FN-Ideologie ist dem Identitätsgedanken gewidmet und auf dem Determinismus fundiert, sie ist anti-individualistisch, anti-intellektualistisch und diskriminierend.

Über das Gegensatzpaar „Franzose/Immigré'' hinaus unterscheidet sie zwei Kategorien von Franzosen (die der „Nation'', die des „Vaterlands'') und zwei Kategorien von Immigrés (die westlichen, assimilierbaren und die anderen, verwünschten).

Nebenbei behauptet die FN, der Franzose habe höhere Qualitäten, und übernimmt auch das Motiv des Herrschenden, gar der messianischen Rolle des „europäischen Menschen'':

„Wir glauben an die Überlegenheit unserer westlichen Zivilisation, an die Notwendigkeit ihrer weltweiten Autorität, mit christlicher Caritas oder europäischem Humanismus temperiert''. (52)

Der Immigré widme sich oft schädlichen, wenn nicht direkt feindlichen Aktivitäten, er infiltriere die französische Gesellschaft, strebe ihre Kontrolle an, komplottiere mit fremden Mächten, engagiere sich in subversiven Unternehmen, übertrage Krankheiten und sei mehr oder weniger ein „Abfall'', der Frankreich insgesamt zur „Mülldeponie'' machen werde. Diese Rolle des Immigré aus dem Maghreb oder der 3. Welt steht in der Tradition der extremistischen Demagogien, die, bei komplexen Krisen, die Verantwortung auf mehr oder weniger geheimnisvolle Agenten projizieren: Freimaurer, die „200 Familien'', Kommunisten, Juden usw.

„Der Immigré, beschrieben durch J.-M. Le Pen, hat praktisch keine Gemeinsamkeit mit dem Franzosen, mit dem historischen, kulturellen, politischen, gar biologischen Ort, wo der Franzose seinen Platz hat. Er kann weder den gleichen Boden für sich beanspruchen, noch die gleichen Ahnen, noch die gleichen Werte, noch natürlich die gleichen Rassenanlagen'', die J.-F. Le Pen schamhaft „ethnologische Dispositionen'' nennt. Immer wieder wendet er Euphemismen an: er redet lieber von „Vielfalt'' und „objektiven Unterschieden'' als von Gleichheit ... Dem Adressaten wird die Verantwortung der rassistischen Interpretation zweideutiger Formulierungen und Vergleiche überlassen:

„In dieser Welt, wo unterschiedliche Rassen, unterschiedliche Ethnien, unterschiedliche Kulturen existieren, nehme ich diese Vielfalt und diese Breite zur Kenntnis und selbstverständlich unterscheide ich Menschen, Völker und Nationen. Ich kann nicht behaupten, die Schweiz sei größer als die USA. Ich kann nicht behaupten, die Bantus hätten die gleichen ethnologischen Dispositionen wie die Kalifornier, weil es einfach der Realität widerspricht.'' (53)

Aufruf zum Rassismus? J.-M. Le Pen bestreitet dies mit einem verwirrenden Vergleich:

„Niemand hat jemals den Messerverkäufer angeklagt, weil er das Messer dem Mann verkaufte, der damit den Hals seiner Schwiegermutter durchschnitt.'' (54)

Le Pen hat öfter geschrieben, er sei kein Rassist, dies solle man zur Kenntnis nehmen, die FN mache aus dem Rassismus keine Doktrin. Aber Rassismus ist nicht allein Sache einer Doktrin und Angelegenheit von Erklärungen. Er drückt sich auch in irrationalen Reaktionen und Reflexen aus, aufgrund eines zweideutigen politischen Diskurses, oder wenn dieser die vulgärsten Vorurteile transportiert.

So wie es zum Beispiel der Generalsekretär der FN, A. Renault, tut:

„Individuell betrachtet, meint die neue Rechte, daß alles in allem man davon ausgehen kann, Genies seien intelligenter als Idioten, und daß, allgemein betrachtet, die Weißen begabter seien als die Neger. Ideen des gesunden Menschenverstandes...''. (55)

Quellen und Anmerkungen:

1. J.-M. Le Pen, Les francais d'abord, Paris, Carrère/Lafon, 1984, S.111
2. J.-M. Le Pen, Zitiert in: J.-P. Apparu, La droite aujourd'hui, Albin Michel, 1979
3. Maurice Barrès: 1862-1923, bedeutendster literarischer Vertreter des Nationalismus und Chauvinismus (Romanreihe „Roman de l'énergie nationale'', u.a. „Die Entwurzelten'', 1898)
4. Les francais d'abord, S.75
5. ebd.
6. G. Vacher de Lapouge, L'Aryen, Politik-Vorlesungen (1889-90)
7. Les francais d'abord, S.75
8. ebd., S.168
9. „A quoi bon être francais'' (Wozu Franzose sein?), in „Le National'' (Zeitung der FN), Oktober 1975
10. Les francais d'abord, S.20
11. ebd., S.12 u. S.15; Artikel von M. Collinot, „RPL'' (Wochenzeitschrift der FN), 24.2.1984
12. Les francais d'abord, S.170
13. „Le National'', Dezember 1974
14.-16. ebd., März 1976
17. J.-M. Le Pen, in: La droite aujourd'hui 1979, S.176
18. „Le National'', September-Oktober 1980
19. „RPL'', 2.3.1984
20. La droite aujourd'hui, S.174
21. ebd., S.176
22. „Le National'', Januar 1975
23. „RPL'', 2.3.1984
24. Les francais d'abord, S.158
25.-27. Le Pen sans bandeau'', S.192
28.-29. ebd., S.173
30. J.-M. Le Pen, „Le national'', April 1975
31. „Le National'', Oktober-November 1979
32. Les francais d'abord, S.172
33. J.-M. Le Pen, Zitiert in: „L'effet Le Pen'', E. Plenel/A. Rollat, 1984, S.29
34. „Le National'', März 1975
35. Les francais d'abord, S.108
36. J.-M. Le Pen, „Le National'', März 1975
37. Zitiert in: „L'effet Le Pen'', S.29
38. Les francais d'abord, S.112
39. ebd., S.237
40. „RPL'', 2.3.1984
41. Les francais d'abord, S.223
42. „RPL'', 2.3.1984
43. Les francais d'abord, S.227
44. ebd., S.94
45. ebd.
46. „RPL'', 24.2.1984
47. La vraie opposition (Die wahre Opposition), FN-Broschüre
48. Ebd.
49. „Le National'', März 1975
50. Les francais d'abord, S.103 u.S.121
51. ebd., S.114
52. J.-M. Le Pen, „Le National'', März 1976
53. Les francais d'abord, S.168
54. La vraie opposition, FN-Broschüre
55. „Le National'', Oktober-November 1979

„Les Temps Modernes'' können über folgende Adresse bezogen werden: 22, rue de Condé 75006 Paris

Leserbrief

Betr.: »Faschisierungs«-Diskussion

Liebe Leute!

Ich bin mir völlig bewußt, daß die nachfolgenden Bemerkungen kein systematischer Diskussionsbeitrag zur Faschisierungsthesendebatte sind. Es fehlt mir augenblicklich sowohl an aktueller Einarbeitung ins Thema wie auch an Zeit, einen solchen Beitrag zu leisten. Das relativiert also auch die Kritik, die ich im folgenden äußern will. Es geht mir nur darum, einen Aspekt in die Diskussion einzubringen, der meines Erachtens bisher völlig gefehlt hat.

Es ist auffällig, daß in F.'s ausführlicher Arbeit über Entstehung, Entwicklung und Funktion der These der ökonomische Aspekt nicht oder nur am Rande auftaucht. Ich denke, das ist nicht F. zuzurechnen, sondern der Fehler liegt bei Dimitrov, auf den F. und die gesamte These sich bezieht. D. definiert „Faschismus'' als die terroristische Diktatur der brutalsten Teile des Finanzkapitals.

So wenig, wie diese Definition bestritten werden kann, so unvollständig ist sie. Es hat um genau diese Frage eine scharfe und äußerst polemische Debatte in der Chile- und Lateinamerikasolidaritätsbewegung Mitte der 70er Jahre gegeben. Leider wurde diese Debatte fast nur mündlich geführt, mir sind jedenfalls bei Durchsicht meiner alten Unterlagen keine Papiere dazu in die Hände gefallen, und ich kann mich auch nicht erinnern, daß wir damals welche geschrieben hätten.

Diese Debatte hatte praktische Gründe. Sie ging aus vom MIR Chile, der die These der KP und anderer Organisationen der UP kritisierte, in Chile herrsche Faschismus. Diese unterschiedlichen Einschätzungen hatten konkrete Konsequenzen in der jeweiligen Bündnispolitik: Die KP orientierte gegen den Faschismus auf ein Bündnis aller nichtfaschistischen Kräfte einschließlich der — schwachen — nationalen Bourgeoisie, der MIR strebte gegen die Offensive des Kapitals — vor allem des ausländischen — ein Bündnis aller linken Kräfte an. Konkret führte diese Differenz dazu, sich gegenseitig als „Linksradikale'' bzw. „Rechtsopportunisten'' zumindest in Einzelfällen der DINA auszuliefern. Die Debatte war also keinesfalls nur akademisch.

Der Kern der MIR-Kritik war folgender: Faschismus ist immer in allererster Linie ein Ausdruck der Tatsache, daß eine Bourgeoisie an die Grenzen ihrer Expansionsfähigkeit gestoßen ist, aber riesige Kapitalsummen akkumuliert hat, die sie profitabel investieren muß. Gelingt ihr das nicht, so droht ihr der eigene Untergang im Konkurrenzkampf mit anderen Bourgeoisien. Daß die Situation der chilenischen Bourgeoisie nicht so war, ist jedem klar. Aber für die Faschismusfrage sind da auch Konsequenzen für uns drin:

Wenn wir als notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Faschismus anerkennen: Es gibt eine starke nationale Bourgeoisie, die mit aller Macht nach außen, auf neue Märkte drängt, die zum Preise ihres Untergangs zur Eroberung dieser Märkte gezwungen ist, deren ökonomisch-politische Gesamtsituation im weltweiten Kräfteverhältnis die Gewinnung dieser Märkte aber nicht zuläßt, die deshalb gezwungen ist, den Staat in ein direkt funktionierendes Instrument ihrer Interessen zu verwandeln (und nicht, wie in der parlamentarischen Demokratie, nur ein indirekt und mit Abweichungen funktionierendes), die also in Folge dessen Staat und Gesellschaft formieren muß (und zwar die ganze Gesellschaft, nicht nur sich selbst als Klasse, wie es F. in seinem Beitrag schreibt) und deshalb zu verschiedenen Mitteln greift, als da sind: Massenbewegung, terroristische Herrschaftsausübung, Führerprinzip, Chauvinismus, etc., die so versucht, die gesamte Kraft der „Volksgemeinschaft'' zur Überwindung ihrer Schwäche nach außen (bei gleichzeitiger Stärke nach innen, man könnte auch sagen, ihre objektive Schwäche bei gleichzeitiger subjektiver Stärke) einzusetzen. Wenn wir das als Entstehungsvoraussetzungen von Faschismus akzeptieren, dann müssen ganz andere Fragen untersucht werden, um beurteilen zu können, ob in der BRD ein neuer Faschismus droht.

Dann wäre es immer noch wichtig, die Formierungsversuche der Faschisten zu beobachten und zu bekämpfen, dann wäre es nach wie vor richtig, Entwicklungen zu einer tendenziell terroristischen Machtausübung zu beobachten und, soweit als möglich, abzuwehren. Dann bliebe die Idee einer Abwehrfront gegen solche Versuche nach wie vor gültig. Wesentliche Elemente des Selbstverständnisses des KB würden also überhaupt nicht angetastet.

Aber die Frage nach einem möglichen neuen Faschismus müßte entlang folgender Linie (in etwa) gestellt werden:

Gibt es diese ökonomische Stärke, diese Masse der Kapitalakkumulation in der BRD heute? Wenn ja (was ich sagen würde), trifft sie zusammen mit einer Situation der objektiven Schwäche, d.h. der nicht vorhandenen Expansionsfähigkeit nach außen, der BRD-Bourgeoisie? Oder hat diese nicht längst andere Wege gefunden, ihre Expansionsfähigkeit wieder herzustellen? Ist sie überhaupt noch eine BRD-Bourgeoisie? Oder ist sie nicht längst europäische Bourgeoisie geworden? Wenn ja, wer ist der Interessenvertreter dieser Bourgeoisie im europäischen Rahmen — etwa nicht die Sozialdemokratie? Sind die Versuche konservativer Kreise, eine nationalistische, nicht-europäische Mobilisierung zu bewirken, nicht etwa nur hoffnungslos rückschrittlich (deshalb natürlich nicht minder gefährlich, im Gegenteil)? Ist ein nationaler Faschismus heute überhaupt noch denkbar? Oder sind da nur noch europäische Möglichkeiten angesagt? Sind „Blockübergreifung'' in der Friedensbewegung, Forderungen nach einseitiger Abrüstung der anderen (östlichen) Seite nicht etwa erste, ernsthafte Anzeichen für die Machbarkeit eines (west)europäischen Chauvinismus?

Liebe Grüße
W.R.

Frankreich:: Aus dem rassistischen Alltag
Fünf Jugendliche klagen Polizei an

Kein skandalöser Einzelfall, sondern nur **ein** Beispiel für viele ähnliche Fälle in ganz Frankreich ist das, was fünf Jugendliche aus einem vorwiegend von Ausländern bewohnten Viertel von Rouen aussagen:

Lionel (17 Jahre): „Es war am 28. Februar gegen Mitternacht. Wir kamen aus dem Club de la Lombardie. Wir diskutierten noch ein Weile vor dem Gebäude Clément Ader."

Fahrid (17 Jahre): „Da waren ein Dutzend Polizeiautos, wir wußten, daß sie uns festnehmen würden. Wir haben Angst bekommen und versucht, uns in den Treppenhäusern zu verstecken."

Ismail (18 Jahre): „Sie haben uns mit Hunden in den Treppenhäusern geschnappt. Sie haben uns sofort geschlagen."

Stéphane (15 Jahre): „Sie haben uns Fußtritte und Faustschläge gegeben; sie wollten, daß Mahjid (18 Jahre) in den Kofferraum steigt, aber er schrie, weil er nicht mit den Hunden zusammen sein wollte. Bei den Bullen war noch ein Typ, ein Tankstellenbesitzer, der sich gut mit der Polizei steht, der behauptete, mich gesehen zu haben. Er schlug mich, so sehr er konnte, und die Bullen ließen ihn machen."

Ismail: „Auf dem Polizeipräsidium in der Rue Brisout de Barneville mußten wir aussteigen, zuerst sind wir in der Garage geblieben, und dort hagelte es weiter Schläge. Sie haben mich in die Mülltonne geschmissen. Sie haben auch die Hunde angestachelt, uns anzugreifen. Lionel ist am Hals völlig zerkratzt worden."

weiter Schläge. Sie haben mich in die Mülltonne geschmissen. Sie haben auch die Hunde angestachelt, uns anzugreifen. Lionel ist am Hals völlig

Fahrid: „Danach haben sie so ein Spiel mit uns gemacht. Wir mußten uns ausziehen, wieder anziehen, wieder ausziehen usw. Wer als letzter ausgezogen war, bekam überall Schläge mit dem Lineal."

Lionel: „Sie sagten: Komm, deine Mutter ist am Telefon. Sie schlugen uns mit dem Telefon auf den Kopf. Das war ein Zivilbulle, der sich H. nannte. Ich wurde auch zum Telefon geholt, ich wußte, was sie vorhatten, aber wenn ich nicht hinging, bekam ich Schläge."

Fahrid: „Den Mahjid haben sie am Kopf gepackt, sie haben ihn gezwungen, auszufegen, und dann wollten sie, daß er den Staub auffrißt."

Ismail: „Mahjid hatte gefragt, ob er seine Brille auf den Tisch legen dürfte, weil er wußte, daß sie ihn schlagen würden. Da hat einer die Brille genommen und auf dem Boden zertreten."

Fahrid: „Sie schlugen uns mit allem Möglichen: beispielsweise mit dem Telefon auf den Kopf. Eins ist sogar kaputtgegangen, und sie haben gesagt: Ihr müßt das bezahlen; auch mit Parkschildern wurden wir geschlagen, oder mit Besen."

Ismail: „Der große Blonde hatte immer neue Einfälle für Spiele. Zum Beispiel mußte Mahjid drei Telefonbücher auf dem Kopf tragen, mit einer Wasserflasche darauf. Sowie sich das Wasser bewegte, wurde er geschlagen. Einem anderen machte es Spaß, uns den Hintern zu versohlen. Einmal, als wir nackt waren, haben sie Mahjid gezwungen, uns Kohlepapier auf die Geschlechtsorgane zu legen."

Lionel: „Wir mußten uns auf die Zehenspitzen stellen und mit ausgestreckten Armen die Decke berühren. Als wir nicht mehr konnten, wurden wir geschlagen. Wir mußten uns einen blasen, während sie uns einen Besen in den Rücken stießen. Am Morgen haben sie mich geweckt, ich war völlig zerschlagen, sie haben mich an den Haaren auf die Erde gezerrt, sie haben mich mit Fußtritten traktiert."

Ismail: „In dem Moment ging es mir wirklich sehr schlecht. Sie haben mir mit Fußtritten die Rippen anknacken müssen. Sie haben mich gefragt, ob ich etwas essen wollte. Einen Augenblick später hat einer die Tür aufgemacht und gesagt: Hier, nimm das, und er hat eine Tränengasbombe in die Zelle geschmissen."

Fahrid: „Und dann haben sie den Kuli-Trick gemacht, zuerst mit mir, aber die anderen kamen auch alle dran. Das war Inspektor M. Man drückt dir die Hand, und zwischen den Fingern dreht man einen Kuli. Das beißt in der Haut, das brennt wie Zigaretten, das ist unerträglich. Sechs Wochen später hatte ich noch Verbrennungsspuren."

Ismail: „Sie haben Stéphane in ein anderes Zimmer genommen. Man hörte ihn schreien, und auch Schläge gegen die Wand."

Stéphane: „V. und S. haben mich geschlagen, sie haben es wirklich darauf angelegt, mir wehzutun, sie waren wütend, weil sie wollten, daß ich den Autodiebstahl zugebe. Ich bin auf die Erde gefallen, und V. hat auf mir herumgetreten. Dann hat V. ein Taschenmesser herausgeholt und es mit einem Feuerzeug erhitzt, der andre hielt mich fest, und er hat mich am Geschlecht verbrannt. Dann haben sie mich zu den anderen in den Flur zurückgebracht. Einer hat mir seine Kanone vor den Mund gehalten und hat gesagt: Ich werde dich abknallen. Er hat geschossen, aus 1 oder 2 Meter Entfernung. Ich habe eine Platzpatrone ins Gesicht gekriegt. Bevor ich ankam, hatte ich eine Wunde am Bein, sie haben mir einen Kuli reingebohrt."

Fahrid: „Sie wollten uns nicht verhören. Das war ihnen egal, sie wollten prügeln, prügeln, nichts weiter. Sie wollten ihren Spaß mit uns haben. Man konnte nichts sagen, nicht einmal ein Wort."

Lionel: „Einer hat zu mir gesagt: Du treibst dich mit Arabern herum, es gibt kein schlimmeres Gesindel."

Stéphane: „Als ich blutete, wollte ich mich mit den Kleidungsstücken abwischen. Daran hat man mich gehindert: Nimm nicht die Sachen eines Franzosen, und ich mußte mich mit den Sachen eines Arabers abwischen."

Ismail: „Einer hat gesagt: Wir wissen genau, von welchem Ufer ihr Araber seid, und er hat gewollt, daß wir uns alle drei küssen."

Fahrid: „Es hagelte rassistische Schimpfworte. Einer hat gesagt: Wenn Le Pen kommt, stecken wir euch alle auf ein Boot. Ein anderer: Ich möchte einen von eurer Bande nehmen, ihm eine Kugel durch den Kopf schießen und ihn in die Seine schmeißen. Ich weiß genau, daß ihr nicht reden werdet, ihr habt zuviel Angst, daß ihr danach abgeknallt werdet."

Fahrid: „Eine Frau ist vorbeigekommen. Da haben sie uns versteckt, wir waren halb nackt, die Handschellen auf dem Rücken. Wir mußten still sein, sowie sich einer bewegte, wurde er geschlagen. Und dann, als Fahrids Mutter gekommen ist, war ich im Büro. Sie haben ihr gesagt, daß Fahrid ins Gericht gebracht worden ist. Aber ich wußte genau, daß er noch da war, sie wollten nur nicht, daß sie sieht, in welchen Zustand sie ihren Sohn versetzt hatten."

Lionel: „Bevor sie uns ins Gericht brachten, haben sie uns gesagt: Haltet bloß die Schnauze. Sonst werdet ihr sehen, was euch das nächste Mal blüht."

Trotz dieser massiven Drohungen haben die fünf Jugendlichen den Mut gehabt, das Schweigen zu durchbrechen und Anklage gegen die rechtsradikalen Polizisten zu erheben. Junge Ausländer und Franzosen haben gemeinsam eine „multikulturelle Stadtteil-Assoziation" gegründet, mit folgenden Zielen:

„— Wir wollen nicht, daß aus unserem Stadtteil ein Ghetto gemacht wird, mit einer Art Regime wie in Südafrika, wo, je nach dem, ob man einen weißen oder einen schwarzen Stadtteil bewohnt, das Gesetz anders ausgelegt wird;

— Wir, die Jugendlichen, wir müssen unseren Platz einnehmen, und ihn dieser Gesellschaft, die uns aussperren will, aufzwingen;

— Wir wollen, daß die Gesellschaft gezwungen ist, mit uns zu rechnen (auch wenn's denjenigen nicht paßt, die uns „in's Meer treiben" möchten und

— Wir wollen, daß die Gesellschaft gezwungen ist, mit uns zu rechnen (auch wenn's denjenigen nicht paßt, die uns „in's Meer treiben" möchten, und, weshalb nicht, am liebsten in ein KZ stecken würden). Wir sagen diesen ganzen Le Pen-Anhängern ganz deutlich, daß wir eine multi-kulturelle Gesellschaft aufbauen werden, wo rassistische Verbrechen geächtet sein werden;

— Nun: Das Ghetto — das muß jetzt, sofort aufhören. Gleichberechtigung, Gerechtigkeit: Dafür müssen wir jetzt kämpfen, um sie durchzusetzen. Jeder Jugendliche muß seine Ideen mitbringen, nach den Mitteln suchen, um seine Bedürfnisse zu erfüllen. Gemeinsam und vereint werden wir die Dinge in Bewegung bringen." (Aus der Broschüre der Assoziation)

Täglich, nach dem Beispiel der argentinischen Mütter, versammeln sich Jugendliche vor dem Gericht in Rouen und werden es bis zum Ende des Prozeßes tun. Für Ende Juni bereiten sie eine Großdemonstration vor — Zielort: das Polizeipräsidium in Rouen. Eine Hauptlosung wird sein: *„Gleiche Gerechtigkeit für alle — ob man Pierre oder Mohammed heißt!"*

Frankreich-Kommission



Antirassistische Demonstration von Jugendlichen in Dreux gegen Faschistenführer Le Pen

Antirassistische Demonstration von Jugendlichen in Dreux gegen Faschistenführer Le Pen



Demonstration der FNLKS (Sozialistische nationale Kanaken Befreiungsfront) in Noumea, Hauptstadt Neu-Kaledoniens.

Frankreich: Konferenz der letzten Kolonien

Vom 5. bis zum 7. April fand auf Guadelupe eine „internationale Konferenz der letzten französischen Kolonien" auf Initiative der UPLG (Union zur Befreiung Guadelupes) statt.

Die Konferenz hatte sich bereits im Vorfeld haßerfüllte Zeitungskommentare in der rechten „Metropolen"-Presse zugezogen. Unter der Überschrift „ Eine Terroristen-Konferenz" schrieb beispielsweise die Tageszeitung „Le Figaro": *„Drei ganze Tage lang wird man auf die französische Fahne spucken, behaupten, Frankreich habe nur Unglück über all diese Regionen gebracht, und gemeinsame Aktionen gegen den 'französischen Kolonialismus' planen."* (4.4.85)

Die französische Regierung blieb auch nicht gerade inaktiv: allen Nicht-Franzosen wurde die Einreise zur Konferenz verweigert. So konnten u.a. Delegationen von anderen Inseln an dieser Konferenz nicht teilnehmen.

Neben allgemeineren politischen Texten und einer Resolution zur Entkolonialisierung wurde in einem Abschlußtext insbesondere die vom Kolonialismus hervorgerufene wirtschaftliche Situation dargestellt: *„.... Seit jeher dient das wirtschaftliche Instrumentarium in unseren Ländern lediglich den Interessen und Bedürfnissen Frankreichs. Das ist definitionsmäßig die Rolle einer kolonisierten Wirtschaft: der Kolonialmacht zu Diensten zu stehen ... Das Fallenlassen der ehemaligen Exportproduktionen (Zucker, Tabak, Gewürze) und ihre Ersetzung durch andere spekulative Pflanzungen (Ananas, Avocados, Auberginen, Limes etc. ...) ist eine weitere Bestätigung für die völlige Unterordnung der Kolonien unter die französischen Interessen.*

nialismus hervorgerufene wirtschaftliche Situation dargestellt: „.... Seit jeher dient das wirtschaftliche Instru-

Unsere Wirtschaftsstruktur ist durch den übergroßen tertiären Sektor und die Degenerierung des Produktionsapparates gekennzeichnet.

Diese Umkehrung der Strukturen zeigt sich auch durch die Einführung auf verschiedenen Ebenen einer Assimilierungs- und Integrationspolitik, die die Exportorientierung unserer Wirtschaft und unsere Abhängigkeit gegenüber dem Ausland verstärkt.

Unsere Handelsbilanz weist ein enormes Defizit auf.

Während die Kolonien ursprünglich eine doppelte Funktion besaßen: Produktion und Markt, haben unsere Länder heute eine einzige Rolle: den Konsum, über die Vermittlerrolle der Import- Exportgesellschaften, die eine Produktionsentwicklung zugunsten einer Nahrungsautonomie verhindern.

60% des in unseren Ländern 'erhaltenen' globalen Einkommens kommt aus dem Kolonialstaat. Diese Art der Einkommensgestaltung trägt zur ideologischen Pervertierung bei, die sich in der Idealisierung der Exportorientierung der Wirtschaft, im übermäßigen Konsum und in der Überzeugung einer schicksalshaften Abhängigkeit konkretisiert. Mit rund 30% Arbeitslosigkeit stehen unsere Länder an der Spitze der Länder mit hoher Arbeitslosigkeitsrate, trotz der massiven und von den verschiedenen französischen Kolonialregierungen betriebenen Auswanderung von Jugendlichen.

Zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft verfügt der französische Kolonialismus über einen wichtigen Hebel: eine angeblich großzügige soziale Gesetzgebung, auf die sich alle Assimilationisten berufen (Befürworter der Assimilierung, Anm. AK), und die im übrigen in unseren Ländern eine neue Ideologie ausgelöst hat: die der Nicht-Arbeit. Der Aufbau einer nationalen und unabhängigen Wirtschaft verlangt von unseren Völkern kluge Entscheidungen:

übrigen in unseren Ländern eine neue Ideologie ausgelöst hat: die der Nicht-Arbeit. Der Aufbau einer nationalen und unabhängigen Wirtschaft verlangt

— Soll die Exportorientierung und das Ungleichgewicht unserer nationalen Wirtschaften fortgesetzt werden, ebenso wie die Fetischisierung des Westens und der industrialisierten Länder und die Imitation ihrer Art zu sein, zu denken, zu produzieren, zu konsumieren etc?

— Oder sollen die Hauptoptionen der nationalen Wirtschaft neu und selbstbestimmt werden? Das von uns vorgeschlagene Entwicklungsmodell kann nicht einem sozialen Organisationssystem gleichgesetzt werden. Es handelt sich viel eher um eine Entwicklungs-Philosophie bzw. -Art oder -Orientierung.

Jedes Volk muß das soziale System wählen, das ihm selbst, seinem Denken und Handeln entspricht und das seiner Meinung nach am ehesten sein Land zur tatsächlichen Unabhängigkeit führen wird."

Frankreich-Kommission

SOS Nationalisme Chauvinisme Racisme



Frankreich:
Larzac-Treffen vom 7.-10.August

Vom 7. bis zum 10. August rufen der „CODENE" (französisches Komitee für nukleare Abrüstung) und die Landarbeiter von Larzac zu einem Friedenstreffen auf, mit drei Hauptthemen: Frieden, Rechte und Freiheiten der Völker, Entwicklungspolitik.

„Angesichts der atomaren Kriegsgefahr und der Militarisierung der Gesellschaft, aus Solidarität mit den Opfern des Kolonialismus und der Menschenrechtsverletzungen, wird der Aufbau in Frankreich einer unabhängigen Friedensbewegung notwendig."

Delegationen aus den Benelux-Ländern, aus den französischen Kolonien, aus der Türkei, aus Latein-Amerika und Südafrika werden an dem Sommertreffen teilnehmen.

Anmelden kann man sich bei:
CODENE
23, Rue Notre-Dame de Lorette
75009 Paris. F.
(Tel.: 281.48.92)

Frankreich-Kommission

Die NATO-Südflanke, Teil 3

Die NATO bezeichnet den Mittelmeer häufig als ihre ,,Südflanke'', an der ihr heute aus allen Richtungen Gefahren drohe, nachdem sich hier noch bis in die 50er-Jahre hinein die Idylle eines Meeres umgeben von NATO-Staaten und ihren Kolonien befunden hätte. Im ersten Teil des Artikels (in AK 258, S.12/13) wird dargelegt, daß noch und gerade heute das Mittelmeer als ,mare nostrum' für die NATO als Angriffsplattform in alle Richtun-gen dient: in die schlecht gesicherte Flanke der Sowjetunion, aber vor allem auch in den Nahen und Mittleren Osten und nicht zuletzt nach Afrika.

Im 2.Teil (in AK 259) begannen wir mit der Darstellung der Situation in den einzelnen NATO-Ländern. Spanien und Portugal stellen als europäische Nachbarn der USA weitab von der europäischen Hauptfront die Versorgungsbasis des NATO-Paktes mit zahlreichen strategischen Stützpunkten und die Kontrollplattform des westlichen Mittelmeeres und der Atlantikrouten. Spaniens Armee und Flotte werden nach dem NATO-Eintritt in einem rasanten Programm auf NATO-Niveau umgerüstet.

Wir setzen in diesem AK die Serie mit Italien beginnend fort. Frankreich wird in dieser Serie nicht behandelt, obwohl Frankreichs Armee eine zentrale NATO-Funktion im Mittelmeer wahrnimmt. Daran ändert die Tatsache, daß Frankreich offiziell nicht in den NATO-Stäben vertreten ist, nur wenig.

Diese Serie ist übrigens eine überarbeitete Fassung des Artikels, der inzwischen in einer Broschüre der Initiative ,Kein Frieden mit der NATO - Raus aus der NATO!' erschienen ist.

Griechenland: »Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde«

,,Ohne Griechenland als Bindeglied zwischen Italien und Türkei würde im Verteidigungsfall die Türkei von der NATO abgeschnitten, die Ägäis und der Zugang zum Suez-Kanal stünden dem Zugriff der sowjetischen Flotte offen. Deshalb braucht die NATO Griechenland als verläßlichen Partner, politisch stabil, ökonomisch gesund und militärisch stark.'' (1)

Schon immer hatte die NATO ihre Schwierigkeiten mit Griechenland. Als 1944 die Nazitruppen Griechenland verließen, sorgten die einrückenden britischen Truppen vor allem dafür, die Macht der antifaschistischen Partisanenbewegung und der meuternden Armee zu brechen. (2) Als 1947 der die Macht der antifaschistischen Partisanenbewegung und der meuternden Armee zu brechen. (2) Als 1947 der Bürgerkrieg wieder ausbrach, und Großbritannien bankrott war, lieferten die USA erstmals Militär und ,,Hilfe'' nach Griechenland, um den bewaffneten Aufstand zu zerschlagen. Am 12.3.1947 wurde aus diesem Anlaß die Truman-Doktrin der USA verkündet, wonach sich die Völker zwischen Kommunismus und Freiheit (made in USA) zu entscheiden hätten. (3)

Nach der Niederschlagung des Widerstands (1949) trat Griechenland zusammen mit der Türkei am 18.2.52 der NATO bei. In den 50er Jahren wurde Griechenland mit NATO- und vor allem US-Hilfe massiv aufgerüstet. 1953 wurde der erste griechisch-amerikanische Stützpunktvertrag abgeschlossen. Die NATO hatte zwar keine Probleme mit dem Putsch griechischer Obristen, im Gegenteil, ihre Militärdiktatur dauerte 7 Jahre, Konflikte aber gab es in der Zypern-Frage (seit 1960) und mit dem ,,Ägäis-Problem'' (ab 1974). Als 1974 türkische Truppen den Nordteil Zyperns besetzten, brach das Obristenregime zusammen. Auf Grund massiven Massendrucks erklärte 1974 Griechenland seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO, weil die USA die Türkei — abgesehen von einem vorübergehenden Waffenembargo — hatte gewähren lassen. Doch schon 1975 knüpfte die konservative Karamanlis-Regierung erneut ihre Kontakte zur NATO. Die Verhandlungen wurden dadurch erschwert, daß die Türkei seit 1974 offen territoriale Ansprüche in der Ägäis stellte, die unter griechischer Kontrolle liegt. In der Ägäis liegen 3000 griechische Inseln, die bis unmittelbar an die türkische Küste heranreichen. Nach Scheitern der Verhandlungen der Ad-hoc-Kommission der NATO legte der damalige NATO-Oberfehlshaber in Europa, Haig, drei Lösungspläne vor, die weder die griechische noch die türkische Zustimmung erhielten. Erst seinem Nachfolger Rogers gelang es im zweiten Anlauf, Griechenland wieder in die NATO zu integrieren. Die ,,Lösung'' bestand darin, daß das ,,Ägäis-Problem'' und die Frage ihrer Luftkontrolle einfach ausgeklammert wurden. Am 20.10.1980 stimmte das Parlament unter dem konservativen Rallis-Kabinett der Reintegration zu, obwohl die genauen Bedingungen des sog. Rogers-Plan für ,,geheim'' erklärt und dem Parlament nicht vorgelegt wurden. 98 Abgeordnete verließen unter Protest das Parlament. Der damalige Oppositionsführer Papandreou tönte in Bezug auf die NATO: *,,Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr''*. Nach dem Wahlsieg von PASOK im Oktober 1981 stand der neue Regierungschef Papandreou vor einer ähnlichen Situation, wie in Spanien die PSOE. Statt eines NATO-Austrittes wurden die Verträge für die amerikanischen Basen erst einmal bis 1988 verlängert. Erst bei der *,,Auflösung der Blöcke des Kalten Krieges''* will nun Papandreou aus der NATO austreten. längert. Erst bei der ,,Auflösung der Blöcke des Kalten Krieges'' will nun Papandreou aus der NATO austreten. (4) Doch selbst die größten Kritiker in den Reihen der NATO bescheinigen Papandreou *,,antike Größe''*, wenn es um seine propagandistischen Ausfälle und Nadelstiche gegen die NATO geht. Mal sagt er ein Manöver ab, dann ist nicht mehr der ,,Norden'' (der Warschauer Pakt) sondern der ,,Osten'' (die Türkei) der Gegner, dann wiederum sind die USA das *,,Mekka des Imperialismus''* (5) und die NATO das Instrument des Kalten Krieges. Umgekehrt lassen die USA immer wieder verlauten, daß es nun bald mit ihrer ,,Geduld'' ein Ende haben werde. Seither tauchen für Griechenland auch wieder Putschszenarios in den Militärplanspielen auf. Dabei blieb es aber bislang denn auch. Immerhin muß Papandreou darauf Rücksicht nehmen, daß nur 33% der Griechen die USA für ,,vertrauenswürdig'' halten, während es in der EG sonst 68% sind. In Griechenland schneidet sogar die Sowjetunion besser ab. *,,Eine feindselige Haltung gegenüber Washington einzunehmen, verheißt Papandreou mithin die Rückendeckung nicht weniger Wähler, Versöhnung anzustreben, wäre dagegen ziemlich riskant.''* (6) Die diesjährige Wahl wurde allen NATO-Hoffnungen zum Trotz wieder ein großer Sieg für Papandreou.

Die griechische Armee

Seit der Reintegration in die NATO werden wieder große Anstrengungen zur Modernisierung der griechischen Streitkräfte unternommen. Obwohl seit 1981 — dem EG-Beitrittsjahr — die griechische Wirtschaft stagniert, sind selbst unter der Papandreou-Regierung 1981 und 1982 die griechischen Militärausgaben mit 7% (Anteil am Bruttosozialprodukt) die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in der europäischen NATO. 1983 betrugen sie 6,4%, 1984 6,8%. Das müsse *,,zu Lasten der Sozialleistungen des Staates gehen''*, meinen selbst NATO-Militärs. (1) Griechenland erhält für die amerikanischen Stützpunkte jährlich 500 Mio. Dollar und von der BRD 70 Mio. DM anderthalbjährig an Militärhilfeleistungen (7). Allerdings ist

Fortsetzung nächste Seite

Italien: »Vorneverteigung« am Isonzo

Italien: „Interesse am Rogers-Plan"

Während 1976 der westdeutsche NATO-General Steinhoff noch erschrocken fragte, ob Italiens Streitkräfte überhaupt noch ihren Auftrag erfüllen könnten, hat ein 10jähriges Modernisierungsprogramm und ein kräftiger Rüstungsschub hier einen Umschwung gebracht: *,,Italienische Soldaten? Bei dem Gedanken schon befällt gerade die Deutschen oft ein mitleidiges Lächeln. An der Kampfkraft des einstigen und heutigen Verbündeten (...) glaubt man zweifeln zu dürfen. Gelegentliche Warnrufe der Militärs, Italien sei in Gefahr, von einer zweitklassigen Militärmacht zu einer drittklassigen abzusinken, und der Verteidigungsauftrag könne nicht mehr erfüllt werden, haben den Eindruck verstärkt. Dabei gehört Italien zu den stillen, aber um so verläßlicheren Partnern in der NATO-Allianz''*.(1)

Italien gehöre zu den Initioren und ersten Stationierungsländern beim NATO-Doppelbeschluß, der ohne größere Proteste über die Bühne gezogen worden sei, anfangs habe sogar die KPI ihre Unterstützung zugesagt. Nachdem einst Kommunisten und Sozialisten die NATO-Mitgliedschaft bekämpft und nur ein Drittel der Bevölkerung die NATO befürwortet und wiederum nach 1968 die Streitkräfte im Mittelpunkt der Angriffe bei der Kampagne gegen die Institutionen gestanden hätten, seien heute 85% für die NATO und *,,der innenpolitische Konsens verblüffend''*, schrieb General Caligaris im ,Corriere della Sera'. (1)

Mit 23 Mrd. DM (1984) gibt Italien weniger als die Hälfte für die Rüstung aus als vergleichsweise die BRD oder Frankreich. (1) Aber auch der Sold und die Personalkosten der 360.000 Mann-Armee sind nur halb so hoch. Dennoch: *,,Die Ausbildung der italie-* Mann-Armee sind nur halb so hoch. Dennoch: ,,Die Ausbildung der italie- *nischen Soldaten gilt bei ausländischen Beobachtern als gut. Disziplin und Drill werden hier noch in einem Ausmaß geschätzt, das bei Truppen anderer Staaten nicht mehr üblich ist. Die Führungsmethoden könnten als feudalistisch angesehen werden.''* (2)

Besonders unter dem ,,sozialistischen Verteidigungsminister'' Lagosio und dem Republikaner Spadolini konnte ,,in aller Stille'' der Militärhaushalt in einem 10-Jahresplan trotz der wirtschaftlichen und sozialen Krise um mindestens 3% jährlich real gesteigert werden. (3) Der Chef des italienischen Generalstabs, Bartolucci, erklärte aber, daß man da nicht stehen bleiben dürfe: *,,Wir Militärs sind über die unzureichenden Mittel (...) besorgt, und wir verlangen mehr. (...) Seither* (seit dem Beginn des letzten 10-Jahresplanes — Anm.AK) *hat die Bedrohung sich (...) quantitativ als auch qualitativ verändert. Gleichzeitig konnte wegen unzureichender Mittel der Zehnjahresplan nicht eingehalten werden.''* (4)

„Vorneverteidigung am Isonzo"

Die umfassende Modernisierung der italienischen Armee im letzten Jahrzehnt begann mit einer Reduzierung der Armeestärke von 36 auf 24 kleinere, aber schlagkräftigere Brigaden (nach dem Vorbild der Bundeswehr). (1)(5) *,,Den Kern der Panzertruppen bilden die 300 modernen amerikanischen Panzer vom Typ M-60 und die 920 Panzer ,,Leopard 1'', von denen jeweils 200 und 700 in der italienischen Waffenschmiede Oto-Melara in Lizenz produziert wurden.* (von wo aus der Leopard 1 schon in alle Welt verschoben wurde — Anm. AK). *Mit ihren 105-Millimeter-Geschützen sind sie den sowjetischen Panzern immer noch mehr als gewachsen. Ihre Feuerleitgeräte sollen jetzt modernisiert werden. Die noch vorhandenen 550 veralteten M-47-Panzer aus Amerika werden in den nächsten Jahren nicht wie bisher durch ein Lizenzprodukt, sondern durch einen italienischen Panzer der zweiten Generation abgelöst. 400 dieser Panzer werden als Auftrag (...) erwartet. Sie sollen in ihrer Leistung dem deutschen ,,Leopard 2'' nahekommen.''* Man gehe auch davon aus, daß dieser Panzer mit der Leopard-120 mm-Kanone von Rheinmetall ausgerüstet wird. (2) Tatsächlich handelt es sich wiederum um einen Leopard-Verschnitt auch für den Rüstungsexport (Italien steht dabei an 4. Stelle in der Welt (5)). *,,Die alten M-47-Panzer werden generalüberholt und dann den Truppen der Territorialverteidigung zugeführt oder wie andere alte Waffen eingelagert (...) Insgesamt sind die Panzertruppen damit so stark wie die Frankreichs.''* (2) Wozu dient nun diese gewaltige Truppe, wo doch *,,strategisch Italien in einer beneidenswerten Lage''* stecke: Denn *,,mit den Ostblockstaaten hat es keine gemeinsame Grenze — an der Landseite liegen Österreich und Jugoslawien dazwischen. (...) Solange die italienische Luftwaffe und Marine nicht völlig niedergerungen sind, droht Italien nur im Nordosten bei Udine und Görz wirkliche Invasionsgefahr: Aus dem Becken von Laibach würde der Vormarsch in die norditalienische Ebene versucht. Die klassische Einfallspforte von Osteuropa zum Mittelmeer ist seit dem Altertum die ,,Lücke von Görz'', in ihrer strategischen Bedeutung nur noch den türkischen Meerengen vergleichbar.''* (1) Dieses Einfallstor liegt nicht nur an der Grenze zu neutralen Staaten, sondern ist zudem auch nur 50 km breit. Dennoch sind hier bis auf 6 Brigaden die gesamten Heeresstreitkräfte versammelt. (s. Schaubild) Das italienische Gesamtheer dient eben nicht nur der Verteidigung dieser engen Pforte, sondern die Streitkräfte sind hier so bemessen, daß sie auf jedem Schauplatz dieser Region dem Warschauer Pakt entgegentreten könnten: *,,Der Kräftevergleich, den auch die NATO vorgelegt hat, sieht für Italien nicht übel aus. Den acht italienischen Divisionsäquivalenten mit 1250 Kampfpanzern (die M-47 nicht gerechnet) und 1400 Geschützen und schweren Mörsern stehen in Ungarn an präsenten Kräften des Ostblocks nur zehn* ren Mörsern stehen in Ungarn an präsenten Kräften des Ostblocks nur zehn *Divisionen (davon vier sowjetische) gegenüber mit 2340 Panzern und 1500 Geschützen und Mörsern.''* (1) Wobei noch zu berücksichtigen wäre, daß die östlichen Divisionsstärken geringer sind, bei Italien die älteren (550) Panzer oder die demnächst 300 ersetzten Geschütze extra raus und beim Warschauer Pakt bekanntlich bei allen Kräftevergleichen der NATO miteingerechnet werden. So ist die ,,Überlegenheit'' des Ostblocks hier nicht nur nicht groß genug, um einen *,,Angriff aus dem Stand risikieren''* zu können, wie es heißt (1), sondern umgekehrt: *,,Vorneverteidigung ist für die Italiener eine Selbstverständlichkeit''*. (2) Wie ein solcher Angriff aussehen könnte, ist den Kriegsszenarios von NATO-Manövern (WINTEX) immer wieder zu entnehmen gewesen. Gemäß der öffentlichen Propaganda- Doktrin, wonach die NATO ausschließlich nur ,,Verteidigung'' kennt, beginnt ein solcher Einmarsch nach Jugoslawien erst nach einem prosowjetischen Putsch oder direkten Einmarsch der Roten Armee in Jugoslawien in einem internationalen Spannungsfall. (6)

Wie bei allen europäischen NATO-Staaten werden *,,größte Schwierigkeiten (...) bei der Luftabwehr, der Bevorratung, also Durchhaltefähigkeit und schließlich bei der Panzerabwehr''* Italiens beklagt, obwohl hier bereits riesige Programme laufen: 300 25-mm-Vierlingsgeschütze gegen Tiefflieger sind in der Anschaffung, zum Schutz der Flugplätze sollen Aspide- und Spada-Raketen (entsprechend der westdeutschen Roland) angeschafft werden, für die atomar-bestückbaren Nike und Hawk sind Patriot-Raketen im Gespräch, ab 1986 läuft ein Programm für Milan- und TOW-Raketen für die Panzerabwehr, eine italiensiche Kampfhubschrauberversion wartet ebenfalls auf ein Beschaffungsprogramm und für das intergrierte Schlachtfeld wird das Kommunikationssystem ,,Catrin'' entwickelt. (1) Das Gejammer über diese ,,Schwierigkeiten'' und dem Mangel an Treibstoffreserven und Munitionsvorräten, die in allen NATO-Ländern (außer den USA) vorhanden seien, besagt nichts weiter, als daß gerade hier in Zukunft größere Anschaffungen bevorstehen und noch nicht bekannt ist, wie eine solche Steigerung der Rüstungskosten durchsetzbar gemacht werden soll.

„Schnelle Eingreiftruppe' für „Naturkatastrophen''?

Die zwei Panzergrenadierbrigaden und vier weitere motorisierte Brigaden im südlicheren Teils Italiens will man *,,nicht mehr so stiefmütterlich wie bisher (...) behandeln''*, sondern ,,schrittweise'' modernisieren, weil Italien *,,Gefahr nicht nur im Nordosten, sondern auch im Süden aus Libyen''* drohe. Italien will auch eine ,,Schnelle Eingreiftruppe'' aufbauen, *,,deren Notwendigkeit in der Öffentlichkeit mit der Vorsorge gegen Naturkatastrophen gerechtfertigt wird''*. (2) Auch in Italien spricht man nach der Niederlage im 2.Weltkrieg noch nicht so gern von Kolonialtruppen, die dann nicht etwa zum ersten Male in Libyen erscheinen würden.

„schlagkräftige Luftwaffe"

Zentrale strategische Bedeutung für das Mittelmeer hat die italienische Luftflotte, der derzeit 100 neue Tornado und fast 200 neue AM-X-Flugzeuge (Bomber aus italiensich, brasilianischer Koproduktion) zugeführt werden. Von der Halbinsel Italien aus, die das Mittelmeer teilt, *,,kann die Luftwaffe praktisch das gesamte Meer betreichen. (...) Der Schwerpunkt des Einsatzes liegt jetzt vor allem bei der Unterbrechung des feindlichen Nachschubs, der Bekämpfung der nachfolgenden Staffeln des Gegners. Der Rogers-Plan und die ,,neuen Technologien'' finden auch in Italien aufmerksames Interesse.''* Da man nun entdeckt hat, daß die sowjetischen Bomber und Jäger auch aus Libyen kommen könnten, wird die Luftwaffe inzwischen mehr über das ganze Land verteilt. (5)

Die Flotte

Die Flotte

Das 2. ,,Prunkstück'' Italiens ist eine starke Marine mit 45.000 Mann, mit 2 Hubschrauberträgern (die Marine will darüber hinaus mit dem Senkrechtstarter Harrier ausgerüstet sein, umunabhängig von der Luftwaffe in größeren Entfernungen operieren zu können), zwei kleinen Kreuzern, 6 Raketenzerstörern, 16 Fregatten, 8 Korvetten und 12 U-Booten. Die Flotte dient nicht nur dem Küstenschutz, sondern vor allem als Hochseeflotte dem Geleitschutz von Seetransporten und der U-Boot-Abwehr. Sie *,,braucht, zumal bei Unterstützung durch die amerikanische 6.Flotte, keinen Gegner zu scheuen.''*(5) Hinzu kommt eine Luft- Flotte von Seeaufklärern und Hubschraubern, wovon die neusten auch zur Schiffsbekämpfung ausgerüstet sind.

US-Stützpunkte in Italien

12.000 US-Soldaten sind in Italien stationiert. Die USA besitzen hier zahlreiche Stützpunkte für die 6. US-Flotte, so z.B. in Neapel, Gaeta, Sigonelle, La Maddalena (spezieller U-Boot-Stützpunkt auf Sardinien) und Santa Stefano. Die Luftwaffenstützpunkte sind vornehmlich in Norditalien anzutreffen. Eine Ausnahme ist der neue Stationierungsort für Cruise Missiles in Comiso auf Sizilien. Wie der ehemalige US-Präsident Nixon schon deutlich machte, wird damit die Einsatzmöglichkeit nicht nur gegenüber der Sowjetunion sondern auch vom Iran bis nach Afrika deutlich unterstrichen.

miho, Antimilkommission Göttingen + HH

Anmerkungen:

(1) FAZ, 28.11.84
(2) FAZ, 4.12.84
(3) FAZ, 10.12.84
(4) IWR (= Internationale Wehrrevue) 10/84
(5) FAZ, 8.12.84
(6) ein solches Beispiel ist das Planspiel WINTEX 81, das als Beutestück der niederländischen Onkruit-Gruppe in AK 243, S.24-26 (13.2.84) abgedruckt ist

Fortsetzung von vorheriger Seite

Griechenland verstimmt, weil der versprochene Schlüssel bei der Militärhilfe von 7 zu 10 im Vergleich zur Türkei nicht mehr eingehalten wird. (8)

Erst kürzlich wurde ein Modernisierungsprogramm für 2,8 Mrd. Dollar beschlossen. Damit werden 80 Kampfflugzeuge (je 40 F-16 aus den USA und Mirage 2000 aus Frankreich) angeschafft, wobei eventuell noch 20 weitere hinzukommen sollen. Vier Fregatten und fünf Landungsboote sollen in griechischen Werften neu gebaut werden, fünf alte Zerstörer modernisiert werden; Kostenpunkt: 800 Mio. Dollar. Papandreou hob mit Stolz hervor, daß es alles andere als Zufall sei, daß Griechenlands (Pro-Kopf-)Verteidigungsausgaben zu den „höchsten in Europa" zählen. Auch „große Opfer" dürften nicht gescheut werden, um sich gegen „die ständige und stets wachsende Bedrohung" durch die „Gefahr aus dem Osten", d.h. durch die Türkei zu wappnen. Während den Konservativen das Programm zu spät kam, meinten die Kommunisten, daß dieser „Jahrhundertkauf" den *„Interessen der NATO"* diene und *„die Argumentation (...) hinsichtlich der Bedrohung durch die Türkei (...) mit der Wirklichkeit nichts zu tun"* habe. (9)

Im September 1984 wurde das an der Nordgrenze geplante griechisch-amerikanische Militärmanöver ‚Zeus' abgesagt: *„Kriegsspiele wie die seit zwei Jahrzehnten veranstaltete „Zeus"-Übung seien künftig „sinnlos", belehrte Papandreou seine Verbündeten, da Griechenland nicht vom Warschauer Pakt bedroht werde."* (10) Am 17.12.84 folgte die Regierungserklärung, daß nun die Verteidigungspolitik gegen die Türkei zu richten sei. (1)

Das Heer

In der griechischen Armee dienen rund 215.000 Soldaten. Innerhalb von 4 Tagen könnten zusätzlich 210.000 Reservisten eingezogen werden. Die Armee unterhält die stolze Zahl von 1.400 Panzern, wobei allerdings neben 106 Leoparden vor allem ältere M-47, M-48 und AMX-30 zu finden sind. (1) Das Heer soll die 1000 km Landgrenze im Norden „verteidigen", wo aber auch die Türkei an Griechenland grenzt. Schon Mitte der 70er Jahre, nach der Zypern-Invasion, hatten die Konservativen unter Verteidigungsminister Averoff begonnen, die Truppen entsprechend umzugruppieren. 40.000 Mann sollen in Thrazien an der türkischen Grenze stationiert sein, ein weiteres Drittel aller Streitkräfte (70.000 Mann) in der Ägäis. Umgekehrt unterhält die Türkei ihre vierte Armee unter nationalen Oberbefehl an der Ägäisküste, die Schätzungen reichen von 50.000 bis 120.000 Mann. (11) Der neue Verteidigungsauftrag erfordert real gar keine Veränderungen.

TABLE 2: Total U.S. Military Assistance (Including Credit Sales) to Greece and Turkey (in millions of dollars)

TABLE 2: Total U.S. Military Assistance (Including Credit Sales) to Greece and Turkey (in millions of dollars)

Year	Greece	Turkey	Year	Greece	Turkey	Year	Greece	Turkey
1946	—	—	1959	121.4	210.0	1972	110.7	222.3
1947	—	—	1960	131.2	136.7	1973	79.9	241.8
1948	198.4	68.8	1961	120.0	151.6	1974	67.5	192.6
1949	158.7	83.5	1962	101.8	187.9	1975	86.0	106.0
1950	103.3	110.3	1963	96.5	182.5	1976	224.7	125.0
1951	160.3	170.0	1964	63.0	121.3	1977	156.0	125.0
1952	171.4	189.4	1965	82.1	146.7	1978	175.0	175.4
1953	114.3	166.7	1966	102.4	149.3	1979	172.3	180.3
1954	58.0	340.8	1967	93.1	187.6	1980	147.6	208.3
1955	16.6	22.4	1968	67.1	172.3	1981	178.0	252.8
1956	30.1	189.5	1969	127.7	179.2	1982	282.1	403.2
1957	119.8	91.1	1970	68.9	182.2	1983*	282.6	469.1
1958	42.3	154.6	1971	100.8	214.0			

*Proposed.

Source: U.S. Agency for International Development, "U.S. Overseas Loans and Grants and Assistance from International Organizations" (Washington, D.C.); 1983 figures taken from AID's congressional presentation.

Die Luftwaffe

Die Luftstreitkräfte haben 23.500 Mann und eine Friedensstärke von 93%, während sie bei den übrigen Armeeteilen höchstens 50% erreichen und erst über Reservisten ihre volle Kampfstärke erhalten. *„1984 hatte die (...) Luftwaffe in der NATO mit 72 Jägern und 8 Nike- bzw. Hawk-Batterien Luftverteidigungsaufgaben zu erfüllen. Für Aufträge im Rahmen der offensiven Luftkriegsführung sowie für die Luftaufklärung standen weitere 153 Maschinen zur Verfügung. Die übrigen liegen unter griechischer nationaler Kontrolle. Die Luftwaffe verweigert jede Beteiligung an NATO-Manövern, sie übt stattdessen die Abwehr dieser Maschinen. „Im NATO-Hauptquartier (...) bewundern militärische Profis ohne auch nur einen Hauch von Zynismus die gekonnten Abfangmanöver griechischer Piloten bei NATO-Übungen in der Ägäis. Mit Augenzwinkern fügen sie dann hinzu, daß dies (...) den griechischen Piloten bessere Ausbildungsmöglichkeiten geboten habe, als (...) bei normaler Teilnahme an diesem NATO-Manöver..."* (1) Gerade wegen *„der unzweifelhaften Luftüberlegenheit der Griechen in dieser Region"* gilt jede Inselinvasion der Türkei in der Ägäis als *„verlustreiches, wahrscheinlich katastrophal endendes militärisches Abenteuer"*. (11)

Die Seestreitkräfte

Die griechische Marine umfaßte 1984 19.500 Mann. Von den Kriegsschiffen (10 U-Booten, 7 Fregatten, 14 Zerstörern, 18 mit Lenkflugkörpern ausgerüsteten Schnellbooten, Minenlegern, Minenräumern, Patrouillenbooten sowie Amphibien und Transportschiffen ergänzt durch ein Hubschrauberarsenal) sind 20% der NATO unterstellt. Auf weitere 6 Schnellboote, 2 U-Boote und 6 Flugzeuge könnte die NATO im Verteidigungsfall zurückgreifen. Der Großteil des Marinearsenals ist aber für den Ägäis-Schutz (gegenüber der Türkei) unter nationaler Kontrolle. (1)

Das Offizierskorps

Das Offizierskorps wird als NATO-freundlich eingeschätzt, was sicher eine Untertreibung ist: *„Das ältere Offizierkorps in Schlüsselfunktionen (...) wird durchweg als NATO-minded eingeschätzt. Nationalistische, dem Bündnis gegenüber ablehnend eingestellte Offiziere dürften im jüngeren Offizierkorps, das keine Bündniserfahrung besitzt, und bei einer dünnen Schicht von Generälen anzutreffen sein (...) An der Loyalität des Offizierkorps dürfte aber kein Zweifel bestehen."* (1)

Die griechische Regierung hat verlangt, daß die Zahl ihrer Offiziere in den diversen NATO-Stäben (250) nicht bekanntgegeben wird. Hier arbeiten sie mit türkischen Offizieren *„in konzilianter Form nebeneinander"*. (12)

Die US-Stützpunkte

Mit dem Schlachtruf *„Raus mit den Todesbasen"* hatte 1981 die PASOK die Wahlen gewonnen. (13) Entgegen diesem Wortradikalismus konnten die USA im Juli 1983 ein neues Stützpunktabkommen abschließen, das ihnen die Nutzung der vier Haupt- und von 20 weiteren Basen bis zum Dezember 1988 erlaubt. *„Dem Vernehmen nach schließt der Vertrag jedoch eine Verlängerung nicht aus"* (14), trotzdem behauptet die Regierung es sei ein *„Abkommen über die definitive Räumung"*. Dabei stünden für Griechenland 500 Mio. Dollar Miete (für 5 Jahre) und 200 Mio Dollar jährliche Militärhilfe auf dem Spiel. (13)

Auf Kreta befindet sich die amerikanische Marinebasis Sounda Bay, deren Hafen zum Teil in einem Bunkersilo liegt. Dieser Tiefseehafen gilt als „homeport" der 6.US-Flotte und ist der größte Militärhafen im Mittelmeer. In der Nähe der Sounda Bay liegt auch ein Raketenübungsplatz für NATO-Spezialeinheiten. (15) Auch Bundeswehrsoldaten *„der Luftabwehrraketenstellungen, aber auch der atomaren Lance-Kurzstreckenraketen üben auf Kreta den scharfen Schuß."* (16) Die Luftwaffenbasis Heraklion auf Kreta fungiert als Luftaufklärungs- und Kommunikationszentrum, *„wo sich eine Verbindungs- und Überwachungszentrale mit einer den ganzen Ostmittelmeerraum, Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie der Sowjetunion abdeckenden Kapazität befindet und von wo etwa auch routinemäßig Aufklärungsmissionen an Libyens Küste geflogen werden."* (17) In Heraklion werden auch die entsprechenden Nachrichten von den US-Basen in der Türkei ausgewertet. Der Luftwaffenstützpunkt Hellinikon ist einer der wichtigsten Außenposten der US-Air-Force, da dort ihr Befehlszentrum für Griechenland liegt und von Hellenikon aus „Erkundungsflüge" entlang der südlichen Grenze des Warschauer Paktes durchgeführt werden. Er gilt zugleich als Horchposten des Electronic Security Squadron zur Überwachung militärischer Aktivitäten im Nahen Osten und Nordafrika. Das Kommunikationszentrum Nea Makri bei Athen gilt ebenso wie die Sounda Bay auf Kreta für die USA als vorläufig unersetzbar, weil von hier aus die US-Marine mit ihren Atom-U-Booten bis weit in den Indischen Ozean hinein dirigiert wird, hier werden auch die Nachrichten der 6.US-Flotte und der US-Basis Pikola bei Neapel ausgewertet. Die kleineren US-Basen sind in der Regel Horchposten in Nordgriechenland, die als Teile der NADGE-Radar-Kette vom Nordcap bis zum Ararat an der Grenze zum Warschauer Pakt ebenfalls als unersetzlich gelten. Trotzdem macht sich Washington angeblich derzeit *„detaillierte Pläne zur Verlegung der US-Militärstützpunkte aus Griechenland nach Italien und in die Türkei."* Jedenfalls wurden im Sommer 1984 die Modernisierungspläne für 200 Mio. Dollar erst einmal auf Eis gelegt. (13) Da die griechischen Streitkräfte von der Finanzhilfe der USA vorrangig abhängig sind und so auch 80% der Waffen aus den USA stammen, erlaubt dies den USA eine subtile Erpressungspolitik. Zwar hat Papandreou 19 von insgesamt 108 Verträgen mit USA über Nutzungsrechte annullieren lassen, so die Nutzungsrechte von US-Flugzeugen auf griechischen Flughäfen, der Bau eines US-Stützpunktes auf Rhodos, so den Erwerb von Grundstücken um die Basis Hellenikon (26), ansonsten möchte Papandreou aber das „expansionistische Mekka des Imperialismus" gleichzeitig zur *„Wahrung des Kräftegleichgewichtes"* gegenüber der Türkei heranziehen.

Atomwaffen in Griechenland

Griechenlands Regierung hat nicht nur die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen kritisiert, sondern auch an verschiedenen Friedensvorschlägen mitgewirkt (6-Staaten-Initiative mit Olaf Palme u.a.). Darunter gehört auch der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan. Wobei der Witz folgender ist: *„Von den Balkanstaaten haben ledig-*

ter gehört auch der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan. Wobei der Witz folgender ist: *„Von den Balkanstaaten haben ledig-*

lich die NATO-Staaten Griechenland und Türkei auf ihrem Gebiet Atomwaffen stationiert." (18) In Griechenland sollen angeblich auf Kreta Atomwaffen und im Norden Atomminen stationiert sein. (16) Direkt von den USA ist der Abzug der Atomwaffen bisher nicht gefordert worden.

Der „Ägäis-Konflikt": „Dem Feind den Schädel spalten"

Im Herbst 1973 wurden in der Nordägäis zwischen der Insel Thasos und der nordgriechischen Stadt Kawalla in 30 Meter Tiefe umfangreichere Erdöllager entdeckt. Größere Schwefel- und Erdgasvorkommen wurden vermutet. Am 1.11.1973 erteilte die türkische Regierung der türkischen Erdölgesellschaft TPAO Forschungs- und Ausbeutungslizenzen (19) Das türkische Regierungsblatt veröffentlichte eine Ägäis-Karte, wo Ausbeutungsrechte innerhalb der griechischen Hoheitsgebiete eingezeichnet waren. Ende Mai 1974, also noch vor der Zypern-Invasion, erschien dann das türkische Forschungsschiff „Candarli" unter dem Begleitschutz von 32 Kriegsschiffen in griechischem Seegebiet. 1974 folgte nach dem Kriegserfolg in Zypern in der Türkei eine Welle des Nationalismus und offener Gebietsansprüche in der Ägäis: *„Die Türkei macht keine Kompromisse in der Ägäis. Die Hälfte gehört uns. Die ganze Welt sollte dies wissen"*, hieß es nun. (20) *„600 Jahre lang waren die Inseln der Ägäis unser Eigentum und befanden sich in den Händen der Osmanen"*, meinte der türkische Ministerpräsident Demirel 1975. (11) Tatsächlich hatte sich Griechenland erst mit Ende des 1.Weltkrieges endgültig von der Osmanenherrschaft befreien können. Der Versuch Griechenlands, die zu einem Drittel von Griechen besiedelte kleinasiatische Küste zu besetzen, endete in einer Katastrophe. Es folgte im Juli 1923 der Friedensvertrag von Lausanne, der die Grenzen der Ägäis in der heutigen Form regelte und die Umsiedlung der jeweiligen Minderheiten aus Kleinasien und Thrazien zur Folge hatte. 1975 erklärte der türkische Außenminister Esenbel: *„Die Verträge von 1923 unterscheiden sich von der heutigen Situation — die Türkei wächst."* Die Türkei wolle zwar die Ägäis nicht „sofort einnehmen", doch die Zyperninvasion stelle den ersten Schritt in die Ägäis dar." Für den Ministerpräsidenten bestätigten einfach die *„Lehren der Geographie (...), daß bis vor kurzer Zeit die Inseln der Ägäis immer demjenigen gehörten, der auch Anatolien besaß."* (11) Den Höhepunkt erreichte dann 1975 der Ministerpräsident Sadi Irmak: *„Das Ägäische Meer gehört uns. Wenn die Ehre und die Interessen der türkischen Nation bedroht sind, werden wir dem Feind den Schädel spalten."* (11) Als weitere Provokation Griechenlands wurde die Einrichtung des türkischen Armeehauptquartiers in Izmir angesehen, 1976 standen beide Staaten am Rande eines Krieges, als das türkische Forschungsschiff „Sizmik I" in griechischen Gewässern geologische Untersuchungen durchführte. Papandreou fordert damals die unverzügliche Versenkung des Schiffes (20). Griechenland hat seinerseits inzwischen vertragswidrig Truppen auf der Insel Lemnos stationiert. Bei der Herbsttagung 1984 stellte Papandreou die Lemnos-Truppen der NATO ganz offiziell zur Verfügung. Die NATO half sich aus dieser Klemme mit der Vertagung der entsprechenden Punkte. (21) Die NATO hat allerdings Griechenland schon 1979, als es nicht einmal in die NATO wieder integriert war, einen Luftwaffenstützpunkt auf dieser Insel finanziert. (22) Unter dem neuen türki-

schon 1979, als es nicht einmal in die NATO wieder integriert war, einen Luftwaffenstützpunkt auf dieser Insel finanziert. (22) Unter dem neuen türki-

schen Ministerpräsidenten Özal zeichnet sich in der Türkei zumindest eine Wende ab: er behauptete jedenfalls, „daß sein Land gegenüber Griechenland keine territorialen Ansprüche stelle. Immerhin ist es in der Zypern-Frage inzwischen zu Verhandlungen zwischen türkischen und griechischen Vertretern gekommen. (11)

Allerdings sind weitere Konfliktpunkte in der Ägäis-Frage offen: Bei einer Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer auf eine 12-Meilenzone könnte Griechenland 64% (statt 44%) und die Türkei nur 10% (statt 7%) von der Ägäis als nationale Gewässer beanspruchen. Die Türkei hat deshalb *„wiederholt und prophylaktisch die Inkraftsetzung der 12-Meilen-Zone durch Griechenland zum casus belli erklärt"* (23)

Die schon bei der NATO-Reintegration ungeklärte Frage der Kommandostruktur in der Ägäis ist noch heute offen. Die Verantwortlichkeit eines griechischen Offiziers in den NATO-Stäben, wie sie vor 1974 bestand, akzeptiert die Türkei nicht mehr. Umgekehrt lehnt Griechenland zwei Kommandaturen, eine griechische in Larissa und eine türkische ausgerechnet in Izmir, ab. Griechenland wertet diesen NATO-Vorschlag als Versuch der Türkei, sich Zugang zu griechischen Hoheitsgebiet zu verschaffen. (24) Dies ist auch der Hintergrund für die Manöverstreitigkeiten, wobei Griechenland während der Manöver die Oberhoheit verlangt oder wie jüngst eine Sperrung des Korridors für die Zivilluftfahrt anordnete. Griechenland verlangt von der NATO eine Garantie für die territoriale Integrität, der Grenzen und Sicherheit Griechenlands gegenüber der Türkei. Diesem Anliegen mag die NATO aber nicht stattgeben. (25)



Derzeitiger Zustand in der Ägäis. Beide Länder beachten einen Bereich von sechs Meilen als territoriale Gewässer. Es entfallen auf Griechenland 43,68 Prozent und auf die Türkei 7,47 Prozent. 48,85 Prozent verbleiben Hohe See. Maßstab 1:2500000. Projektion: UTM



Zustand in der Ägäis, falls Griechenland und Türkei ihre territorialen Gewässer von 6 Meilen auf 12 Meilen ausdehnen sollten. Aus türkischer Sicht ist das der casus belli! Es entfallen auf Griechenland 63,9 Prozent und auf die Türkei 10 Prozent. Nur 26,1 Prozent bleiben Hohe See.

EUROPÄISCHE WEHRKUNDE WWR1/85

„Prometheus" und die NATO-Szenarien

1984 untersagten die USA kurzerhand Norwegen die Lieferung von alten F-5-Jagdflugzeugen an Griechenland. Diese landeten dann in der Türkei. Begründung war die mangelnde Zusammenarbeit der Griechen bei der Bekämpfung „des internationalen Terror". Die Regierung hatte einen Jordanier nach Algerien ausreisen lassen, den die USA für „terrorismusverdächtig" hielten, die Griechen hielten das für unbewiesen. Stattdessen wurde ein CIA-Agent ausgewiesen, der in die Wohnung des Jordaniers eingebrochen war. Nicht ausgeschlossen ist die Verwicklung des CIA in diverse Sprengstoffanschläge. Entsprechende Hinweise gab der Generalsekretär der „moskautreuen" KP, Harilaos Florakis, die von der Regierung indirekt gestützt wurden. (27)

Ende November 1984 waren dann in einem schweizer Kriegsszenario die damals noch bevorstehenden Wahlen in Griechenland zum Ausgangspunkt des 3.Weltkrieges gewählt worden. Danach tritt nach einer Auseinandersetzung mit den Konservativen Griechenland aus der NATO aus und die PASOK ruft Moskau zu Hilfe. (28) Im November 1984 fiel griechischen Offizieren auf, daß ein Manöverplan der höchsten NATO-Ausbildungsstätte, des „Defense College" in Rom, nach einem Wahlsieg der PASOK den „rechtzeitigen" Putsch der Armee vorsah, ein völlig realistisches Szenario, immerhin diente beim Obristen-Putsch 1967 der NATO-Manöver-Plan „Prometheus" als Vorlage: Gemeinsam mit NATO-Stäben hatte das griechische Militär Besetzungspläne für die strategisch wichtigen Punkte und Internierungslisten erstellt. Einer der Internierten war immerhin der heutige Ministerpräsident Papandreou. (29) Der

gisch wichtigen Punkte und Internierungslisten erstellt. Einer der Internierten war immerhin der heutige Ministerpräsident Papandreou. (29) Der

heutige Leiter des Colleges, der BRD-General Uhle-Wetter, versuchte sich mit der dümmlichen Ausrede, daß dieser Lehrgang ja seit 1979, auch unter seinem griechischen Vorgänger J.Kotsolakis unbeanstandet durchgegangen sei. (1) Griechenland hat seine Offiziere vom „Defense College" daraufhin zurückgezogen.

miho, Antimil-Kommission Göttingen + HH



Anmerkungen:

(1) Rolf Hallerbach, in Europäische Wehrkunde 3/85, S.156 ff.
(2) s. dazu auch AK 259, vom 3.6.85, S.26
(3) abgedruckt in: Greiner/Steinhaus: Auf dem Weg zum 3.Weltkrieg?, Pahl-Rugenstein-Verlag 202
(4) Vgl. Ronald Meinardus: Griechenlands gestörtes Verhältnis zur NATO, in EW 4/82, S.105
(5) Auf dem Parteitag der Panhellenischen Bewegung (PASOK) im Mai 1984 bezeichnete Papandreou die USA als „expansionistisches Mekka des Imperialismus", Moskau bescheinigte er „echte Sorge um Frieden und Entspannung" (s. FR, 28.8.84)
(6) FAZ, 28.8.84 (Umfrage der Brüsseler Kommission von 1981)
(7) Welt, 10.1.85
(8) FR, 13.8.84
(9) FAZ, 8.5.85
(10) FR, 28.8.84
(11) FR, 4.1.85
(12) WELT, 5.2.85
(13) FR, 1.10.84
(14) FR, 16.7.83
(15) Europäische Wehrkunde, 11/81, S.490
(16) taz, 18.3.85
(17) Christian Möller, Heerlager Europa, Zürich 1983, S.174
(18) WELT, 12.12.84
(19) Deutsche Außenpolitik 11/78, S.113
(20) FR, 6.2.82
(21) FR 27.12.84
(22) FAZ, 28.11.84
(23) Europäische Wehrkunde 1/85, S.31
(24) taz, 28.7.84
(25) taz, 5.10.84
(26) FR, 21.7.84
(27) taz, 11.7.84
(28) s. AK 253
(29) FAZ, 25.1.85

Von SDI zu EDI?

Die europäischen Mächte und die Weltraumforschung

Eine staatliche Beteiligung der westeuropäischen NATO-Staaten am amerikanischen ,,Krieg-der-Sterne'' Programm, einer weltraumgestützten Raketenabwehr, scheint allmählich in den Hintergrund zu rücken. Nachdem Kriegsminister Weinberger (USA) Anfang Juni etwas überraschend erklärt hatte, die US-Regierung lege auf staatliche Abkommen über die Beteiligung an SDI (Strategic Defense Initiative) keinen großen Wert und bevorzuge unmittelbare Kontakte zu westeuropäischen Firmen, wird nun in Bonn angeblich verstärkt überlegt, eine ,,European Defense Intitiative''/EDI, also eine ,,Europäische Verteidigungsinitiative'' aufzulegen (1). Dabei soll der Abwehr sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen das besondere Augenmerk gelten. Verwirklicht werden soll EDI, sofern sie denn käme, im westeuropäischen Verbund.

Geeignetster Partner für dieses Projekt ist mit Sicherheit Frankreich, dessen Regierung in den letzten Monaten zu verstehen gab, daß für sie eine Beteiligung an SDI allerhöchstens dann in Frage komme, wenn auf diesem Wege eine größere militärische und wirtschaftliche Eigenständigkeit Westeuropas gegenüber den USA durchzusetzen sei. Deutlichster Ausdruck dieses Bestrebens ist der Vorschlag zur Bildung einer Hochtechnologie-Forschungsgemeinschaft ,,Eureka'', der im Grundsatz von der bundesdeutschen und der englischen Regierung unterstützt wird und im italienischen Außenminister einen weiteren wichtigen Fürsprecher gefunden hat (2). Eureka wird gerne als ,,ziviles Projekt'' ausgegeben, das höchstens noch Voraussetzungen für ,,wirklich defensive'' militärische Maßnahmen (wie Frühwarn- und Aufklärungssatelliten) schaffe (3). Anläßlich der Indienststellung des französischen Atom-U-Boots L'Inflexible zeigte sich Präsident Mitterrand jedoch damit einverstanden, daß ,,die Strategie des nächsten Jahrhunderts in den Weltraum übergreifen wird'' (4). Ein ,,Generalstab für den Weltraum'' (Le Monde) ist von Verteidigungsminister Hernu in Gestalt einer Arbeitsgruppe von hohen Militärs, Wissenschaftlern und Ingenieuren geschaffen worden, die den militärischen Nutzen der Raumfahrt für die Streitkräfte erschließen soll. Andeutungsweise bekanntgewordene Debatten bei den französischen Sozialisten und der Opposition über die ,,Erweiterung der

Nuklearverantwortung Frankreichs im
kanntgewordene Debatten bei den französischen Sozialisten und der Opposition über die ,,Erweiterung der

Nuklearverantwortung Frankreichs im Fall einer Invasion der Bundesrepublik'' k ö n n t e n darauf hinweisen, daß Frankreich zu einschneidenden Veränderungen bereit ist, um die westeuropäische Militärkooperation voranzutreiben (5).

Nicht im gewünschten Maße voran kommen die Bestrebungen der USA, die NATO auf eine Unterstützung von SDI festzulegen. Im Unterschied zur Nuklearen Planungsgruppe, die eine politische Unterstützung für das SDI-Programm formulierte, das ,,im Sicherheitsinteresse der NATO'' liege und dessen Fortsezung erwünscht sei, wurde zwei Monate später in den Kommuniqués der Eurogroup und des Verteidigungs-Planungsausschusses SDI nicht einmal erwähnt (6). Die abweichende Haltung Frankreichs und Dänemarks verhinderte auch bei der Frühjahrstagung der Außenminister eine gemeinsame Schlußerklärung zu SDI. Ganz freiwillig ist es also nicht, wenn die US-Regierung inzwischen erklärt, sie messe Regierungsabkommen über SDI keinen großen Wert mehr bei, und deshalb brauche SDI auf Konferenzen des Bündnisses nicht länger thematisiert zu werden.

Ohne westeuropäische Unterstützung wollen die USA SDI aber nicht betreiben, doch suchen sie nun direkte Abkommen mit staatlichen oder privaten Konzernen. Schließlich gelten die Westeuropäer auf einigen Gebieten mit Relevanz für SDI als führend (7). Eines der bemerkenswertesten Ausstellungsstücke auf der Luft- und Raumfahrtschau in Le Bourget (Frankreich) war eine deutsches Lasergerät ,,für die Entdeckung, Verfolgung und den Abschuß von sowjetischen SS-20-Raketen'' (8). Umworbene und werbende Konzerne sind namentlich aus der BRD (MBB, Dornier, Zeiss u.a.), Italien (die staatseigenen Selenia und Aeritalia, FIAT) und Frankreich (die Staatskonzerne Thompson CSF und Matra) bekannt. Die französische Regierung hat bereits erklärt, daß sie keine Einwände gegen die Mitarbeit von staatseigenen Konzernen am ,,Krieg-der-Sterne''-Programm erheben wird.

Derweil ist beim Flug des amerikanischen Raumgleiters Discovery erstmals offiziell ein SDI-Experiment durchgeführt worden: Ein Laserstrahl wurde von der Erde abgestrahlt und von einem Präzisionsspiegel reflektiert (9). In den nächsten Jahren sollen jeweils zwei SDI-Experimente pro Jahr mit Hilfe des Raumgleiters durchgeführt werden. — Das Budget für die SDI-Forschung im nächsten Jahr ist vom Senat und vom Repräsentantenhaus, wenn auch mit Kürzungen an der Regierungsvorlage, in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar gebilligt worden.

Untermalt wurde die SDI-Debatte in den vergangenen Wochen durch die Auseinandersetzungen um die Einhaltung des SALT-II-Vertrages. Rechtsverbindlichkeit hat dieser 1979 zwischen den USA und der SU abgeschlossene Vertrag nie erhalten, da er mit dem Vorwand der sowjetischen Intervention in Afghanistan vom US-Senat nicht ratifiziert wurde. Dennoch haben USA und SU mehrfach das Einhalten der SALT-II-Bestimmungen als Bestandteil ihrer Politik betont. Mit der Indienststellung eines neuen U-Bootes der Trident-Klasse hätten die USA die vertraglich zugebilligte Anzahl von 1.200 Raketen-Abschußanlagen für Geschosse mit Mehrfachsprengköpfen um 14 überschritten, wenn sie nicht dafür ältere Atom-U-Boote aus dem Verkehr ziehen würden, wie es bisher während Reagans Amtszeit immer stillschweigend geschah. Während Weinberger dafür eintritt SALT-II ab sofort offiziell zu mißachten, setzten sich Außenminister Shultz, die NATO-Verbündeten und einige US-Militärs für die Einhaltung von SALT-II ein. Die amerikanische Überlegenheit bei strategischen Atomwaffen wird dadurch nicht berührt, denn die USA besitzen derzeit 11.468 Atomsprengköpfe (darunter 5.728 auf U-Booten) gegenüber 8.534 (2.082 auf U-Booten) der SU. Diplomatisch und propagandistisch äußerst geschickt gab Reagan die weitere Einhaltung von SALT-II bekannt, um der SU ,,zusätzlich Zeit ein(zu)räumen'', ihren Aufrüstungskurs zu ,,korrigieren''; anderenfalls würden die USA ,,in entsprechender Weise zum geeigneten Zeitpunkt'' reagieren (10). Nun steht Reagan nach

Angriffen der ganz rechten Republika-
falls würden die USA ,,in entsprechender Weise zum geeigneten Zeitpunkt'' reagieren (10). Nun steht Reagan nach

Angriffen der ganz rechten Republikaner, er betreibe ,,Beschwichtigungspolitik'', erstens als friedenswillig da, hat zweitens die Stimmen der NATO-Partner geachtet und drittens den Boden für spätere SALT-Verletzungen als ,,Gegenmaßnahmen'' gegen sowjetische Schritte bereitet.

fo.

Anmerkungen:

(1) Süddeutsche Zeitung, 22.6.85
(2) Zu Eureka siehe Arbeiterkampf 258 und AK 259
(3) So erklärte der französische Forschungsminister in einem Interview: „Es ist klar, daß derjenige, der alle Technologien besitzt, sie später zu zivilen oder militärischen Zwecken einsetzen kann. (...) Aber Eureka ist nur ein ziviles Projekt" (Die Tageszeitung, 28.5.85). — Vgl. auch Äußerungen Egon Bahrs in: „Kurier am Mittag", NDR 2, 8.6.85.
(4) SZ, 5.6.85
(5) Die Hinweise in der deutschsprachigen Presse erschließen nicht, welche reale Bedeutung die Debatte hat. Keiner der französischen Parteiführer scheint sich aber auf eine „automatische Nukleargarantie" bei einer „Verletzung" der westdeutschen Elbgrenze festlegen zu wollen. Immerhin sprach Giscard davon, daß es künftig ein „erweitertes Sanktuarium" geben müsse (SZ, 19.6.85). — Als Grund für die wachsende Verantwortung Frankreichs „für die Verteidigung des übrigen Westeuropa" führte der sozialistische Rüstungsexperte Huntzinger u.a. die miteinander zunehmend enger verbundenen „lebenswichtigen Interessen Frankreichs und des übrigen Westeuropa", die amerikanische „Entflechtung" von Europa durch den einseitigen Schutz für die USA durch SDI und „das wachsende Interesse der Bundesrepublik an einer Verteidigungszusammenarbeit" an (SZ, 5.6.85).
(6) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 36 vom 29.3.85 und Nr. 59 vom 25.5.85
(7) „Der sozialdemokratische Technologieexperte Vosen" spricht von „unserem Vorsprung auf den Gebieten Präzisionstechnik, Sensorik, Robotik, Hochfrequenztechnik und Materialtechnik" (Die Zeit, 19.4.85).
(8) Frankfurter Rundschau, 3.6.85
(9) FAZ, 14.6.85
(10) SZ, 11. und 12.6.85

Der Namibia-Konflikt

Südafrika festigt seine Position

Am 17. Juni wurde in Namibia eine sog. ,,Interinsregierung'' unter Ausschluß der SWAPO eingesetzt. Es ist das zweitemal, daß Südafrika durch die Installierung einer von ihm ausgehaltenen Marionette eine wirkliche Unabhängigkeit Namibias zu unterbinden versucht. Während es jedoch 1977 heftige Auseinandersetzungen darum gab und Südafrika selbst gegenüber dem westlichen Lager völlig isoliert dastand, ist heute außer den üblichen pflichtschuldigen Verurteilungen kaum ernsthafter internationaler Protest zu erwarten.

In der folgenden Darstellung des Namibia-Konfliktes soll es vor allem um die Frage gehen, weshalb sich die westlichen Imperialisten in den 70er Jahren gegen die Politik der Rassisten stellten und was heute davon übriggeblieben ist.

Namibias offizielle Kolonialgeschichte begann 1884 als ,,Deutsch Südwest''. Noch heute leben dort ca. 25.000 Deutschstämmige (ein Viertel der weißen Bevölkerung, die wiederum ca. 7-8 % ausmacht), die sich in ihrer übergroßen Mehrheit ungebrochen als Außenposten des Deutschen Reiches verstehen und unter denen Kaisers Geburtstag so selbstverständlich gefeiert wird wie Weihnachten. Das Deutsche Reich konnte dieses Gebiet nicht lange halten. 1915 wurde diese Kolonialherrschaft durch den Einmarsch südafrikanischer Truppen beendet, die sich die Tatsache zunutze machten, daß Südafrika sich als damals noch formelle britische Kolonie mit Deutschland im Krieg befand. Es wurden jedoch in dieser Zeit die Voraussetzungen geschaffen, auf denen die Unterdrückung des namibischen Volkes noch heute aufbaut.

fen, auf denen die Unterdrückung des namibischen Volkes noch heute aufbaut.

Südafrikanische Politiker verweisen gerne darauf, daß die Apartheid als Staatsform dem deutschen Vorbild entstammt. Zwar waren die Buren in Südafrika nicht weniger grausam als die Deutschen in Namibia. Aber was die systematische Organisation der Unterdrückung betraf, waren die Deutschen mit ihrer sprichwörtlichen Gründlichkeit ihren Nachbarn weit voraus. Wesentliche Elemente der sog. ,,Homeland''-Politik, die in Süßdafrika erst in den 50er und 60er Jahren durchgesetzt wurde, waren in Namibia schon ausgebildet: die staatlich definierte Trennung von weißen und schwarzen ,,Lebensräumen'', die planmäßige Erfassung von ,,wirtschaftlich nützlichen'' und ,,überflüssigen'' Menschen, die Konzentration großer Gruppen in Gebiete, wo nur ein Teil überleben konnte und der entsprechende Militär- und Verwaltungsapparat zur Durchführung dieser Methoden.

Nachdem 1919 Südafrika auch offiziell — stellvertretend für Grfoßbritannien — das ,,Schutzmandat'' für Namibia bekommen hatte, wurde in den folgenden Jahrzehnten eine schleichende Annektion betrieben. Verwaltungs- und Gesetzgebungskompetenzen wurden schrittweise dem südafrikanischen Parlament unterstellt, die militärische Präsenz ausgebaut. Jahrelang erkannte Südafrika die UNO als Nachfolgerin des Völkerbundes nicht an und ignoriert bis heute die Existenz des Namibia-Verwaltungsrates, der seit 1966 völkerrechtlich als einzig legitime ,,Übergangs''-Verwaltung gilt. Trotz regelmäßiger Verurteilung der Besetzung und Ausplünderung Namibias, Verabschiedungen diverser Resolutionen über eine beschleunigte Dekolonisierung und Anerkennung der Befreiungsbewegung SWAPO als Vertreterin des namibischen Volkes, konnte Südafrika seine Position bis in die Mitte der 70er Jahre nahezu ungehindert ausbauen. Ausländische Firmen, die vor allem am Raubbau an Mineralien beteiligt waren/sind, sahen in Südafrika den besten Garanten für ein stabiles Investitionsklima.

Neokoloniale Konzepte scheitern

Die Namibiafrage wurde wieder verstärkt auf die internationale Tagesordnung gesetzt, als infolge des Zusammenbruchs des portugiesischen Kolonialismus 1974 die Befreiungskräfte überall im südlichen Afrika offensiv wurden und die Entwicklung der Region zeitweilig unkalkulierbar zu werden drohte. Die Befreiung Mosambiks und Angolas war nicht aufzuhalten; ob sich in Zimbabwe eine ,,gemäßigte'' Lösung erreichen lassen würde, war nicht abzusehen; in Südafrika selbst hatte sich die Black Konsciousness Be-

Lösung erreichen lassen würde, war nicht abzusehen; in Südafrika selbst hatte sich die Black Konsciousness Be-

wegung zu einem bedrohlichen Faktor entwickelt.

In dieser Situation waren sich die südafrikanischen Rassisten und die westlichen Imperialisten darin einig, daß für Namibia eine ,,Lösung'' gefunden werden müßte, die eine weitere Radikalisierung und die befürchtete Zunahme sowjetischen Einflusses eindämmen könne. Über die Art dieser ,,Lösung'' existierten jedoch erhebliche Widersprüche. Die Rassisten planten eine Schein-Unabhängigkeit (etwa in der Art der ,,Homeland''-Politik) mit einer machtlosen Marionettenregierung an der Spitze. Die völlige wirtschaftliche und militärische Einbindung in ihren Machtbereich sollte garantiert sein. Die Westmächte hingegen wollten eine ,,saubere'' neokoloniale Lösung unter ihrer eigenen Regie. Hierfür dürfte auch das sog. UNO-Dekret Nr. 1 eine Rolle gespielt haben, wonach jeder Export aus Namibia für illegal und von Beschlagnahme bedroht erklärt worden war. Besonders in Hinsicht auf das Schicksal der bedeutenden Uranmine Rössing, deren Inbetriebnahme kurz bevorstand, waren klare Verhältnisse erwünscht. Dabei sah man keinen anderen Weg als die SWAPO in Kauf zu nehmen, die anerkanntermaßen die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte. In Angola war gerade der Versuch, auf eine prowestliche ,,Befreiungs''bewegung zu setzen, gescheitert. Die Möglichkeit, kurzfristig eine halbwegs glaubwürdige Alternative zur SWAPO aufzubauen, war nicht gegeben, da in Namibia eine schwarze Mittelschicht kaum existiert. Es begann ein Jahre anhaltenden diplomatischen Geschachers.

1975 eröffneten die Rassisten den ,,Unabhängigkeitsprozeß'' mit der Gründung der ,,Demokratischen Turnhallen-Allianz'' DTA (der Name rührt vom ersten Versammlungsort her, der alten deutschen Turnhalle). Dieses Bündnis bestand aus diversen künstlichen Parteien und zumeist gekauften Vertretern der verschiedenen ethnischen Gruppen. (Von den 30-50 ,,Parteien'' Namibias haben die meisten nicht mal 10 Mitglieder). 1977 legte die DTA eine ,,Verfassung'' vor, die einen Rat von 11 ,,Ministern'', jeder als Delegierter einer ethnischen Gruppe ohne eigenen Geschäftsbereich, als ,,zweite Regierungsebene'' bestimmte. Die erste Ebene nahm für eine Übergangszeit — die bis heute andauert — der südafrikanische Generaladministrator und sein Apparat ein.

Dieses eigenmächtige Vorgehen allein hätte möglicherweise nicht zum politischen Eingreifen der Westmächte geführt. 1975 hatten die Rassisten jedoch bereits ihre Aggressionsbereitschaft durch einen Invasionsversuch in Angola unter Beweis gestellt. 1976 hatte die blutige Niederschlagung der Soweto-Aufstände eine Welle der Empörung in der Weltöffentlichkeit ausgelöst. In der sog. internationalen

Geschäftswelt, auch in Kreisen der in
te die blutige Niederschlagung der Soweto-Aufstände eine Welle der Empörung in der Weltöffentlichkeit ausgelöst. In der sog. internationalen

Geschäftswelt, auch in Kreisen der in Südafrika ansässigen Multis, wurde offen diskutiet, ob es länger ratsam sei, die Verantwortung für Ruhe und Stabilität in den Händen dieses Regimes zu belassen.

Anfang 1977 wurde daraufhin die sog. Kontaktgruppe (bestehend aus Vertretern der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und der BRD) ins Leben gerufen. Sie sollte eine zügige Umsetzung der UNO-Resolutionen, vor allem die Abhaltung freier Wahlen unter UNO-Aufsicht in die Wege leiten. In der BRD wurde diese Initiative als Modell westlicher Friedens- und Sicherheitspolitik schlechthin gepriesen. Außenminister Genscher gab die Parole aus: ,,Afrika den Afrikanern''.

Die SWAPO wurde diplomatisch anerkannt und bekam eine offizielle Vertretung in Bonn. Die Erfolgsaussichten der Initiative wurden zu Beginn angesichts der isolierten Situation Südafrikas als realistisch eingeschätzt. Südafrika zeigte sich hingegen in den Verhandlungen völlig unnachgiebig. Stattdessen wurden 1978 interne ,,Wahlen'' durchgeführt, die die DTA mittels Zwangseinschreibungen in Wählerlisten, Bestechungen, Drohungen etc. — auch eine angebliche Abspaltung der SWAPO hatte man inszeniert — zum sicheren Sieg führte. Kurz zuvor hatten die Rassisten durch einen brutalen Überfall auf ein Flüchtlingslager in Angola erneut ihre Strategie der ,vorsorglichen Militäraktionen' demonstriert, die seitdem zum festen Bestandteil der Politik gegenüber ihren Nachbarstaaten gehört. Die ,,Wahlen'' wurden von der Kontaktgruppe als Betrug gebrandtmarkt, der Überfall verurteilt. Anfangs jagte eine ergebnislose Verhandlung die nächste, mit den Jahren wurden es immer weniger. 1981 schließlich galt die Initiative als gescheitert, und alles blieb so wie es war. Die heute installierte MPC (Multi Par-



Fortsetzung von vorheriger Seite

ty Council) ist lediglich eine Art Neuauflage der DTA, von der keinerlei Veränderungen erwartet werden.

Viel Lärm um nichts? Vom Ergebnis her wird heute z.T. das Agieren der Kontaktgruppe als lediglich andere Variante im Spiel um Zeitgewinn zugunsten der Position Südafrika gesehen, wobei es i.W. darum gegangen sei, einen hinreichenden Anschein von Bewegung aufrechtzuerhalten. In der zugespitzten Phase führte die burische Politik das westliche Lager, vor allem die USA, jedoch in ein ernsthaftes Dilemma. Vorrangiges Ziel war es, zu verhindern, daß sich infolge der Unflexibilität des Westens ein weiteres Land mit der SU verbündet. Zudem kam es für die USA als mächtigstem imperialistischen Land, das aber wenig traditionelle Bindungen in der Region besaß, darauf an, den eigenen Einfluß auszubauen. Dabei sollte Südafrika als ,,Bollwerk gegen den Kommunismus'' und Garant der Ausbeutungsbedingungen durchaus stark bleiben. Es setzte sich aber relativ spät — erst unter der Carter-Administration — die Erkenntnis durch, daß die Rassisten nicht als Handlanger zu behandeln waren, sondern im schwarz-afrikanischen Raum eigene imperialistische Pläne verfolgten. Gemeinsame ,,vernünftige'' Lösungen waren nicht möglich. Die Rassisten wollten nicht nur Namibia um jeden Preis halten, sondern umgehend verlorenes Terrain zurückerobern. Diesem Kurs konnte der Westen nicht zustimmen. Während des Invasionsversuchs in Angola wurde die Gefahr einer weitergehenden Konfrontation mit der SU nicht ausgeschlossen.

Die Politik der Kontaktgruppe war ein zeitweiliger Versuch, sich notfalls auch gegen die Interessen der Rassisten einzumischen. Angesichts der fortgesetzten Aggressionen Südafrikas wäre eine Durchsetzung der Initiative jedoch nur möglich gewesen, wenn sich der Westen für schnelle und spürbare Sanktionen entschlossen hätte. Soweit wollte und konnte keines der einzelnen Länder gehen. (Als einziges Land, das jedoch nichts zu verlieren hatte, beschloß Schweden 1977 weitergehende Boykottmaßnahmen).

Vorsorgliche Destabilisierung

Inzwischen haben die Rassisten Fakten geschaffen, die eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege nicht mehr denkbar machen. Die Politik, den Namibia-Konflikt mit einer Bedrohung Angolas zu verbinden, wurde ununterbrochen fortgesetzt. Die ständigen Einfälle in Südangola und die Unterstützung der prowestlichen UNITA (als angebl. angolanische Befreiungsbewegung) werden damit begründet, daß Angola die SWAPO ausrüste und Südafrikas Sicherheit gefährde. Der gesamte Norden Namibias ist heute ein total kontrolliertes Militärgebiet. Auf zehn Zivilpersonen kommt ein Soldat; die weißen Zonen sind von Stacheldraht und Panzern umgeben. Jeder Schwarze muß ständig damit rechnen, als sog. SWAPO-,,Terrorist'' verhaftet, verprügelt, gefoltert zu werden. Die Brutalität der Besatzer ist unvorstellbar. Mindestens 70.000 Namibier sind vor dem ständigen Krieg geflohen und leben in Lagern im Ausland.

Die Wirtschaft ist vollständig zerrüttet. Alle wichtigen Produktionsstätten sind in den Händen südafrikanischer und ausländischer Konzerne oder Zusammenschlüsse südafrikanischer Staatsfirmen mit den Transnationalen. Mindestens 60 % des Bruttosozialprodukts werden vor der Versteuerung als reine Unternehmergewinne abgeführt. Investiert wird nur da, wo sofortiger Profit sicher ist (i.W. Bergbau). Die offizielle Verschuldung wird mit 600 Mio. Rand (ca. 950 Mio. DM) angegeben. Das Ziel ist, Namibia so auszubluten, daß es auch bei formeller Unabhängigkeit ohne Südafrika nicht lebensfähig ist. Trotz weitgehender südafrikanischer Erfolge in dieser Richtung ist die SWAPO überzeugt, daß eine eigenständige Entwicklung immer noch möglich wäre, wenn das namibische Volk seine Reichtümer selbst besitzen würde. Sie kommt deshalb für die Rassisten als Verhandlungspartnerin nach wie vor nicht in Frage. Aber auch ein militärischer Sieg über die SWAPO ist gegenwärtig nicht in Sicht. In jüngster Zeit werden auch in südafrikanischen Regierungskreisen Zweifel geäußert, ob die Politik des Zeitgewinns auf längere Sicht noch zu verkraften ist. Denn seit Anfang der 80er Jahre ist Namibia ein Verlustgeschäft. Die Kosten für die Okkupation und den Krieg gegen Angola übersteigen inzwischen das, was herausgeholt wird. Angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in Südafrika ist die Belastung nur noch schwer zu tragen.

Im Westen hat man sich mittlerweile mit der Tatsache arrangiert, daß an Lösungen, die an Südafrikas Interessen vorbeigehen, nicht zu denken ist. Als Angola 1983 unter dem Druck der Rassisten ein Waffenstillstandsabkommen einging, das u.a. auch eine gemeinsame Kontrolle der SWAPO umfaßte, wurde dies allgemein als ,,Friedensbemühung'' begrüßt. Trotz formalem Weiterbestehen der Kontaktgruppe — nur Frankreich trat 1983 unter müdem Protest aus — gibt es keine gemeinsamen Vorstellungen mehr. Die Einmischung findet auf anderen Ebenen statt.

Die USA verließen als erste die alte Linie. Unter der Reagan-Administration wurde das sog. ,,cuban linkage'' in die Debatte gebracht. Das bedeutet, daß ein Abzug der südafrikanischen Besatzer aus Namibia und die Durchführung freier Wahlen nur unter der Voraussetzung stattfinden soll, daß zuvor auch die in Angola stationierten kubanischen Soldaten (ca. 30.000) abziehen. Zwar hat sich außer Südafrika kein Land dieser Position offen angeschlossen, sie hat sich aber im Prinzip durchgesetzt. *,,Ich kann mir nicht vorstellen, daß es jemanden geben kann, der nicht dafür eintritt, daß auch Angola in völliger Unabhängigkeit und ohne die Anwesenheit raumfremder Kräfte sein Schicksal gestalten kann''*, erklärte z.B. Genscher in einer Bundestagsdebatte im letzten Jahr. Angola und die SWAPO lehnen es ab, daß die Namibia-Frage mit einer Einmischung in die angolanische Souveränität verbunden werden soll. Es ist offensichtlich, daß dieser Erpressungsversuch nur dazu führt, daß der Konflikt auf der militärischen Ebene gehalten wird. In diese Richtung weisen auch die jüngsten Überlegungen des US-Senats, der UNITA (also der prowestlichen konterrevolutionären ,,Befreiungsbewegung'' in Angola) offizielle Hilfe zu leisten — Geheimverhandlungen und inoffizielle Gelder gibt es schon länger. Dieses Vorgehen wird mit der üblichen Phrase von der angeblichen kubanisch-sowjetischen Gefahr begründet. Da das südafrikanische Regime sich bedroht fühle, könne es nur zum Einlenken bewegt werden, wenn diese ,,Gefahr'' aus der Region verschwände. Daraus ist jedoch nicht zu schließen, daß die USA heute bereit wären, den Rassisten in jedem Fall an die Seite zu eilen. Es geht darum, mögliche Schwierigkeiten Südafrikas auszunutzen und sich selbst als beteiligte Konfliktpartei festzusetzen.

In der BRD fährt man einen vorsichtigeren Kurs. Die Bundesregierung beeilte sich zu erklären, daß sie die völkerrechtlich skandalöse Konstruktion der ,,Interimsregierung'' für ,,null und nichtig'' erachtet. Nichtsdestotrotz hielten einige bundesdeutsche Politiker, darunter der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler (SPD), das Ereignis für bedeutend genug, um den 17. Juni bei den Feierlichkeiten zur Amtseinführung der ,,neuen Regierung'' in Windhuk zu verbringen — ganz privat, versteht sich. Wenige Wochen zuvor hatte ein ebenfalls ganz privates Treffen von Juristen der Konrad-Adenauer-Stiftung und zehn der zukünftigen Marionetten stattgefunden, um über die neue namibische ,,Verfassung'' zu beraten — finanziert vom sog. ,,Namibian Information Office'' in Bonn, einem von Südafrika unterhaltenen Propaganda-Büro (Presseerklärung der SWAPO, 20.5.85). Verständlich, daß bei soviel Engagement mal wieder ein Angriff aus den Reihen der CSU auf Außenminister Genscher fällig war, der die ,,Kontinuität der Außenpolitik'' gewahrt sehen will und ein unauffälligeres Vorgehen bevorzugt. Einige Weichen wurden bereits gestellt. Neben vielen privaten Initiativen wurde Namibia kürzlich in ein Entwicklungshilfeprogramm aufgenommen. Einen entscheidenden Schritt, um den internationalen Ausverkauf Namibias voranzutreiben, machte 1982 die Dresdner Bank. Sie kaufte sich mit 51 % in die SWABank, die sog. namibische Staatsbank ein. Damit wurde der Zugang Namibias zu den internationalen Kreditmärkten, d.h. der Eintritt in den Verschuldungskreislauf, erst richtig möglich.

bt., Hamburg

Quellen:
Tagespresse
„Namibia in den 80er Jahren", hrsg. EV. Missionswerk, 1982
Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen, 1984
Bley/Tetzlaff, Afrika und Bonn, 1978
Meinardus, Die Afrikapolitik der Republik Südafrika, 1981
Sean Cleary (derzeitiger Generaladministrator), Namibia: Konfrontation mit der Realität, hrsg. DAS, 1984
Klaus Frhr. von der Ropp, div. Aufsätze in Außenpolitik 1/82; 3/82; 1/83; 3/83
issa Nr. 6/1984
Bundestagsprotokolle vom 18.1.1980 und 10.2.1984
AK Nr. 193, 1981
(hrsg.) Melber, In Treue fest, Südwest

Die Uranmine Rössing — BRD dick im Geschäft

Da das Namibia-Uran-Geschäft als illegal gilt und die Eigner und Bezieher ein reichliches Verwirrspiel betreiben, läßt sich kein ganz genaues Bild ermitteln. Nachfolgende Informationen entstammen der Broschüre ,,Uranabbau in Namibia'' der AAB/Bremen. Die darin verarbeiteten Recherchen gelten auch international als weitgehend gesichert. Die grundlegenden Verträge für Rössing wurden zwischen 1967 und 1969, also nach der Aufhebung des südafrikanischen Mandats über Namibia, von Südafrika, der britischen Regierung und der Rio Tinto Zinc (RTZ, britischer Minenmulti) geschlossen. Die Betreiber können daher nach der Unabhängigkeit nach Völkerrecht entschädigungslos enteignet werden. Zwischen 1971 und 1976 wurde die Mine im Rekordtempo erkundet und errichtet. Am Bau waren neben der RTZ Firmen aus den USA, der BRD, Frankreich, Schweden und Italien beteiligt.

Folgende Verteilung der stimmberechtigten Anteile gilt als wahrscheinlich:
— Rio Tinto Zinc 25,8 %
— Urangesellschaft (davon hält die BRD-Regierung 66 %, die übrigen 33 % die Dresdner Bank und die Regierung von Kuweit) ebenfalls 25,8 %
— Industrial Development Corporation (IDC, südafrikanische Regierung) und Genmin (National Party, d.h. südafrikanische Regierungspartei) zusammen 26,4 %
— Kansai (Japan) 12 %
— Total (Frankreich) 10 %.

Rössing ist mit einer Jahresproduktion von 5-8.000 Tonnen die derzeit größte Uranmine der Erde. Auf der Weltrangliste für Uranreserven steht Namibia an 6. Stelle. Nahezu jedes Land, das Atomkraftwerke besitzt, bezieht heute Uran aus Namibia, obwohl lediglich die britische Regierung dies offiziell zugibt. Für die BRD ist Rössing mit ca. 30 % Anteil der größte Einzellieferant. Davon weiß angeblich niemand etwas. An der Umwandlung des Urans verdienen i.W. britische, französische und US-Firmen; die Anreicherung findet in den USA und der UdSSR (!) statt, zukünftig auch in einem Gemeinschaftsprojekt der BRD, Großbritanniens und der Niederlande; die Fabrikation von Brennelementen liegt in den Händen der BRD.

Westdeutsche Firmen im Südafrikageschäft

Strafanzeige wegen der Lieferung von Panzertransportern nach Südafrika und dazugehörigen Aufliegern, hat der Bonner Arbeitskreis ,,Stoppt den Rüstungsexport'' gegen die Firmen Daimler Benz, MAN und Goldhofer Fahrzeugwerk Memmingen erstattet. Aus Industriekreisen sowie südafrikanischen Zeitungsberichten waren Einzelheiten der Südafrika-Geschäfte bekanntgeworden. So haben Daimler Benz-Schwertransporter vom Typ 3850 AS/38 bereits im Sommer 84 ihren Besitzer gewechselt. Einem Bericht der südafrikanischen Zeitung ,,Sunday Times'' vom 18. Nov. 84 baute auch MAN vergleichbare Trucks für Südafrika.

Die Firma Goldhofer liefert angeblich nur ,,Schwerlastanhänger für den Baubetrieb''. Mit Rüstung habe dies nichts zu tun, allerdings können Sprecher des Familienunternehmens nicht ausschließen, daß damit auch Panzer transportiert werden. ,,Inhalt des Auftrags sei dies aber nicht'', betonte der Pressesprecher des Fahrzeugwerkes, Paul J. Bernatzeder gegenüber Journalisten.

Die Bundesregierung genehmigte die Exporte, bzw. erteilte — wie schon in früheren Zeiten — bei Exporten von Magirus Deutz und Daimler Unimogs nach Südafrika — sogenannte Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Goldhofer-Anhänger.

In seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Rüstungsexport-Spezialisten der Grünen im Bundestag, Walter Schwenninger, reagierte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Rudolf Sprung (CDU), mit einem lapidaren Hinweis auf Auskünfte des Herstellers. *,,Laut Auskunft der Firma Goldhofer handelt es sich bei den nach Südafrika gelieferten Tiefladern um zivile Fahrzeuge zu Transport von Baumaschinen u.ä.. Die Ausfuhr solcher Fahrzeuge bedarf keiner Genehmigung nach der Außenwirtschaftsverordnung*

Alles andere als eine klare Antwort. Schwenninger hatte richtigerweise nach dem Export dem — von der Bundesregierung offenbar geduldeten Export von Aufliegern gefragt. Sprung antwortet bezüglich Tiefladern. Anders als normalerweise bei Anhängern für den Transport von Baggern oder anderen zivilen Kettenfahrzeugen üblich, handelt es sich bei dem nach Südafrika exportierten Typ ,,STÜAH 4'' um Auflieger ohne Tiefbett. Kenner dieses Fachbereichs erklären: *,,Der eigentliche Verwendungszweck kann kaum der Transport von Baufahrzeugen wie Planierraupen etc. sein, dazu ist die Ladefläche zu hoch.''* Ungewöhnlich sei auch, daß die Auflieger für relativ hohe Geschwindigkeit (80 km/h bei 60 Tonnen Nutzlast) ausgelegt seien. *,,Das Fehlen einer höheren technischen Nutzlast bei geringerer Geschwindigkeit deutet auf militärische Zwecke hin. Panzer haben eine genau definierte Tonnage und müssen schnell transportiert werden. Bei Einsatz für zivile Zwecke würde man jedenfalls möglichst höhere Nutzlasten bei geringerer Fahrgeschwindigkeit angeben.''* Vielleicht verbirgt sich dies alles hinter zwei unscheinbaren Buchstaben in der Regierungsantwort ... *,,zum Transport von Baumaschinen u.ä.''*, hieß es darin.

Die Grünen im Kreisverband Memmingen jedenfalls finden die Regierungsantwort ,,bezeichnend''. ,, ... *Hätte sich die Bundesregierung die Mühe gemacht, die für Südafrika produzierten Anhänger auf ihre technischen Merkmale hin zu untersuchen, hätte ihr die Unglaubwürdigkeit der Auskunft durch die Firma Goldhofer auffallen müssen''*, heißt es in einer Presseerklärung. In Richtung Gewerkschaft fragen die GRÜNEN: *,,Wo bleibt die Solidarität der Arbeiter mit den Opfern der Rüstungsgewinnler. Vielleicht antwortet die ÖTV Abteilung Hafen- und Transportarbeiter. Noch im Februar sollen weitere Goldhofer-Auflieger ihre Reise nach Südafrika antreten.''*

Die wiederum haben andere Sorgen, auch mit Goldhofer. Die Firmenleitung hat — einem Bericht der ,,metall'' vom 14. Juni 85 zufolge — die Leistungszulagen gekürzt. Aber nicht mit dieser Arbeiterschaft. Denn — Originalton ,,metall'': ,, ... *Eine Woche nach Zustandekommen dieser Vereinbarung (über die Kürzungen ...) wurde ein neuer, kämpferischer Betriebsrat bei Goldhofer gewählt ...''*

Dem Rüstungsexport tut dies keinen Abbruch. Im Gegenteil, Kritik an den Südafrika-Exporten von Seiten einiger Grüner stießen auf herbe Polemik bei der DKP in- und außerhalb der Firma. Kurt Heinzmann, DKP-Aktivist in Memmingen und fleißiger Metaller, sieht Arbeitsplätze gefährdet.

Verständnis zeigt auch die Staatsanwaltschaft in Augsburg. Die Auslieferung der Panzerauflieger dürfte fast abgeschlossen sein, — das Verfahren aufgrund einer Anzeige Bonner Rüstungsexportgegner wurde nach gut 3 Monaten eingestellt, unter Hinweis auf die ,,zivile'' Machart der Tieflader. Schon früher hieß bei ähnlichen Verfahren die Devise: Erst die Auslieferung abwarten, dann die Ermittlungen einstellen. Andererseits nützen die Firmen lediglich den ihnen von der Bundesregierung gewährten Spielraum. Die Exporte werden genehmigt, auch wenn dies einen Verstoß gegen das völkerrechtlich verbindliche Rüstungsembargo der UNO vom November 1977 darstellt.

MBB gut im Geschäft

Hubschrauber für Saudi-Arabien, Chile und Südafrika

München/Bremen. — Messerschmitt-Bölkow-Blohm baut bekanntlich Hubschrauber. Für den Typ BO 105 wirbt die Firma in Zeitschriften wie ,,Heer'' oder ,,Wehrtechnik'' mit dem Slogan: *,,Der Militärhubschrauber — BO 105''*. In Saudi-Arabien führte MBB den Typ BO 105 LS bei einem Auswahlwettbewerb unter Federführung der überwiegend bundeseigenen Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) für Panzerabwehrhubschrauber vor. Nach Chile wurde der gleiche Typ ausgeführt um — so die Hauszeitung ,,MBB-aktuell'' 3/85 — die Zulassung des Luftfahrtbundesamtes für Einsätze in großen Höhen zu erhalten.

,,Auf Wunsch von Kunden in Südamerika, die Rettungs-, Forschungs- und Transportflüge in teilweise erheblich höheren Anden-Massiv ausführen wollen, wird von MBB eine Zulassungshöhe von mindestens 18.000 Fuß, wenn möglich von 20.000 Fuß angestrebt ...''. In Chile fand sich das ideale Gelände und eine gar hilfreiche Polizei. Zitat: ,,... *Nachdem ein zugesagter Mietwagen nicht zur Stelle war, stellte schließlich die Tendencia de San Pedro de Atamaca der Carabineros de Chile (die Polizei des Bergdorfes) ihr einziges Fahrzeug mit einem ortskundigen Offizier zur Verfügung ...''*. Weil der Hubschrauber ja ach so für diese Gegend geeignet ist, blieb er nach der Erprobung bei ,,Helicopter Andes''. Sie *,,plant demnächst Demonstrationsflüge mit der Maschine für weitere potentielle südamerikanische Kunden''*.

Weniger für große Höhen, als vielmehr für die Bekämpfung von ,,Bodenzielen'' hat die südafrikanische Polizei gleich fünf MBB-Hubschrauber erworben, vier vom Typ BO 105 und einen BK 117. Südafrikas Minister für Recht und Ordnung, Louis Le Grange, freute sich über den Bruch des Rüstungsembargos der UNO gegen sein Land und versprach, die Hubschrauber für die Bekämpfung innerer Unruhen einzusetzen. Diese Aussage hindert weder Hersteller noch Bundesregierung daran, zu erklären, es handele sich um ,,zivile'' Hubschrauber, deren Lieferung nicht gegen das Embargo verstoße. Tatsächlich schließt dessen Text ,,paramilitärische Polizeiausrüstung'' mit ein. Die Abgeordnete der Grünen, Annemarie Borgmann, erstattete deshalb Strafanzeige gegen MBB ,,wegen völkerrechtswidriger Lieferung von strategisch bedeutsamen Materialien an die Regierung von Südafrika''. An völkerrechtlich verbindliche Verträge und Resolutionen ist nicht nur die Regierung, sondern — gemäß Grundgesetz Artikel 25 — jeder einzelne Bundesbürger gebunden.

Die Staatsanwaltschaft in München wird dieses — wie alle Verfahren zuvor — sicherlich einstellen.

Libanon:
Der Krieg um die Lager



Flüchtlingslager Sabra

,,Als revolutionärer Führer ist es sicherlich meine Pflicht, Hoffnung einzuflößen und den Willen unseres Volkes zur Fortführung des Kampfes zu stärken. Aber es ist auch meine Pflicht, das palästinensische Volk vor einer Täuschung zu bewahren, keine Illusionen zu wecken, denn diese können bei weitem gefährlicher sein als schmerzliche Enttäuschung. Ich gestehe ganz offen: Ich glaube nicht, daß es meiner Generation vergönnt sein wird, die Geburt eines unabhängigen palästinensichen Staates noch zu erleben, und sei es nur auf einem winzigen Teil Palästinas. (...) Natürlich ist noch alles offen. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten auf regionaler wie internationaler Ebene, als daß man die Zukunft voraussagen könnte. Ich hoffe nur, daß die Ereignisse — über kurz oder lang — meinen Pessimismus Lügen strafen werden. Ein Sieg in naher Zukunft ist denkbar — genauso wie eine Katastrophe: die Lähmung, vielleicht sogar die Zerschlagung unserer Bewegung. Und das wäre dann nicht das erste und sicherlich auch nicht das letzte Mal, daß es obskuren reaktionären Kräften gelänge, eine Revolution zum Scheitern zu bringen.

Dann wird unser Volk eine neue Revolution hervorbringen, eine Bewegung, die mächtiger ist als die unsere, mit Führern, die besser gewappnet sind als wir und die für die Zionisten eine größere Gefahr sein werden. Es besteht kein Zweifel, daß die Palästinenser ihren Kampf unerbittlich fortsetzen werden, was immer auch geschehen mag. Das liegt in der Natur der Sache. Wir sind entschlossen, als Nation zu überleben. Eines Tages werden wir eine Heimat haben.'' **Mit diesen Worten schließt Abu Iyad, eine der wichtigsten Führungspersönlichkeiten innerhalb Al-Fatahs und der PLO sein 1979 erschienenes Buch ,,Heimat oder Tod'' (1). Abu Iyad betont, daß es der Fatah gelungen sei, die ideologische Unabhängigkeit zu wahren, und stellt fest, daß schon 1979 die Möglichkeiten der palästinensischen Revolution sehr viel geringer waren, als nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni 1967. Dies bezieht er vor allem auf den**

schienenes Buch ,,Heimat oder Tod'' (1). Abu Iyad betont, daß es der Fatah gelungen sei, die ideologische Unabhängigkeit zu wahren, und stellt fest, daß schon 1979 die Möglichkeiten der palästinensischen Revolution sehr viel geringer waren, als nach der Niederlage der arabischen Armeen im Juni 1967. Dies bezieht er vor allem auf den

Rückhalt der palästinensischen Revolution bei den arabischen Massen und der damaligen Schwäche der arabischen Regime: *,,Die arabischen Regierungen liebten uns gestern nicht mehr als heute, doch früher haben sie uns immerhin gefürchtet und unsere Ansicht in ihr Kalkül gezogen.''* **Er benennt eigene Fehler: Bündnisse mit arabischen Staaten, denen längerfristige strategische Bedeutung beigemessen wurden; Vernachlässigung des Prinzips, daß die Macht der palästinensischen Revolution vor allem auf den Sympathien der Volkmassen beruht, und nicht auf der Unterstützung, die Regierungen widerstrebend gewähren; der Gefahr, den revolutionären Charakter der Befreiungsbewegung durch den Eintritt in die — vom damaligen ägyptischen Präsidenten Nasser gegründeten — PLO aufs Spiel zu setzen, unterlegen und zu einer bürokratischen Einrichtung geworden zu sein; unzureichende Einigung der palästinensischen Befreiungsbewegung; keinen Widerstand gegen die Gründung palästinensicher Widerstandsorganisationen durch die arabischen Regimes** (gemeint sind ALF und As-Saika) *geleistet zu haben, als es noch möglich war.*

,,Wir haben uns mitreißen lassen auf die gewundenen Pfade der innerarabischen Beziehungen und machen heute Politik, ob wir wollen oder nicht — wobei ,,Politik machen'' in einem wenig schmeichelhaften Sinn verstanden sein soll. Aus Furcht, von den mehr oder weniger wohlmeinenden Berufsdiplomaten des ,,Terrorismus'', des ,,Extremismus'' und des ,,Abenteurertums'' beschuldigt zu werden, hatten wir nichts Eiligeres zu tun, als unsere ,,Mäßigung'' und ,,Versöhnlichkeit'' unter Beweis zu stellen, koste es was es wolle.''

Und ein weiterer Fehler: Der Mangel an Differenzierungsfähigkeit zwischen der imperialistischen Politik einer Regierung und den durchaus akzeptablen psychologischen Faktoren der Bevölkerung der palästinensischen Revolution gegenüber (leider bezieht Abu Iyad diese Kritik nicht auch auf den israelischen Staat und seine Bevölkerung).

Abu Iyad spricht die besonderen Schwierigkeiten der palästinensischen Revolution an: die Zerstreuung des palästinensichen Volkes in eine Vielzahl von Ländern mit unterschiedlichsten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bedingungen; die Repressionen, denen die Palästinenser in fast allen diesen Ländern ausgesetzt sind; die Abhängigkeiten von den Regimes, die nicht opportunes Verhalten mit Ausweisung oder erneuter Vertreibung ahnden: eine Situation — und das wäre hinzuzufügen — die in den verschiedenen Teilen des palästinensischen Volkes sehr unterschiedliche Interessen an palästinensischer Revolution oder Politik hat entstehen lassen und die für den bewaffneten Kampf die denkbar schlechtesten Voraussetzungen schafft (2).

Wenn einführend in diesen Artikel so ausführlich Abu Iyad mit seiner recht allgemeinen Kritik und Einschätzung zitiert wird, hat das mehrere Gründe: Die von Abu Iyad als eine Möglichkeit vorausgesehene Entwicklung ist eingetreten, die Katastrophe, die vorläufige Niederlage der palästinensichen Revolution. Wenn man dies ausspricht, kann man sicher sein, ein regelrechtes Wutgeheul in der bundesdeutschen Solidaritätsszene auszulösen, weil eigenartigerweise eine realistische Sicht gleichgesetzt wird mit der Aufkündigung der Solidarität oder gar einem Dolchstoß in den Rücken der Kämpfer. Realistische Einschätzungen oder gar selbstkritische Anmerkungen von Führern der palästinensichen Revolution — ganz gleich welcher Richtung — haben, jedenfalls was die Veröffentlichung betrifft, Seltenheitswert. Weitaus häufiger findet man die Verbreitung von Illusionen (man denke nur an die Einschätzungen während der israelischen Libanoninvasion



Schiitische Milizionäre in Westbeirut

1982), die Betonung der eigenen richtigen und der verräterischen anderen Linie. Gerade letzteres hat während der Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah und der PLO nach der Libanoninvasion dramatische Ausmaße angenommen. Unbeschadet einer sicher notwendigen rückblickenden Kritik an Kampfformen und Politik der PLO — für die die oben angesprochenen Punkte wichtig sind — stellt sich die Situation doch heute so dar: Die militärischen Kräfte der PLO sind weitgehend zerschlagen, in verschiedene arabische Länder zerstreut oder werden im Libanon gezielt zerrieben. Von einem bewaffneten Kampf gegen Israel oder einem Volkskrieg wird auf lange Jahre nicht die Rede sein können; daran ändern auch einzelne bewaffnete Aktionen innerhalb Israels nichts, die vor allem deshalb erfolgreich sind, weil sie den Märtyrertod von vorneherein einkalkulieren. Die politischen Angebote, die der PLO heute gemacht werden, **nachdem** sie jahrelang und stückweise geschwächt wurde, werden dem palästinensischen Volk weder ein Selbstbestimmungsrecht noch einen Ministaat bringen (vgl. AK 256). Verhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation — die in den nächsten Monaten erwartet werden können — werden nur dazu führen, daß die Position der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensichen Volkes weiter untergraben wird und daß vielleicht eine Atempause in der aggressiven Besatzer- und Siedlungspolitik Israels eintritt. Der Preis wäre eine vorläufige Unterwerfung unter das reaktionäre jordanische Regime.

Front gegen die Palästinenser

Angeschlagen hat sich die israelische Armee aus dem Libanon zurückgezogen; die Diskussion um den von vielen als verfehlt angesehenen Libanonkrieg innerhalb Israels hat gerade begonnen; die Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft und die Demoralisierung von Teilen der Armee werden noch lange innenpolitische Folgen haben und hoffentlich zu einem weiteren Aufbrechen des nationalen Konsenses führen.

Die Bilanz dieses Krieges ist aber für Israel keineswegs nur negativ: Die israelische Armee hat die militärische Infrastruktur der PLO im Libanon weitgehend zerschlagen können; die neue Kräftekonstellation im Libanon kann über kurz oder lang ebenfalls zu einem politischen Ausgleich zwischen Libanon, Syrien und Israel führen. Schon zu Beginn der Invasion hatte die israelische Regierung deutlich gemacht, daß sie nicht daran denke, sich nur auf e i n e n Bündnispartner im Libanon zu verlassen, sondern mit jeder Fraktion zusammenarbeiten wolle, die ihrerseits dazu bereit sei.

Israel hat zunächst vor allem die Falangisten unterstützt, und dort vor allem den Flügel, der sich am vollständigsten Israels Interessen unterordnen wollte, gerade zu Beginn der Invasion hat Israel auch den Drusen und Schiiten Avanchen gemacht, sie wurden z.B. nicht entwaffnet. Bisherige Veröffentlichungen und Diskussionen über den Libanonkrieg haben zumindest zweierlei gezeigt: Sowohl über das Ausmaß der Invasion (statt 40 km Vorstoß bis Beirut) als auch über Angriffe auf Syrien (Zerstörung von Raketenstellungen) gab es innerhalb der israelischen Regierung durchaus Differenzen. Klar war schon während der Invasion, daß Syrien von einer — sicher angekündigten — Begrenzung der israelischen Invasion ausging und davon, daß es nicht angegriffen würde. Darüberhinaus hatten Israel und Syrien seit dem libanesischen Bürgerkrieg ihre Einflußgebiete im Libanon abgesteckt.

Einmal vor Beirut stehend, ohne Widerstand seitens zweier wichtiger Milizen, den Drusen und den schiitischen Amal-Milizen, befürchten zu müssen, angesichts des Schweigens der arabischen Regimes und des Stillhaltens der syrischen Armee und nach dem Abzug der palästinensischen Kämpfer aus Beirut, versuchte Israel die ihm genehmste Lösung: Ausschaltung Syriens bei Verhandlungen über die Zukunft Libanons und Errichtung eines falangistischen Staates.

Bekanntlich sind diese Pläne schließlich vor allem am Widerstand von Amal und Drusen gescheitert, die die israelische Armee nur für die Vertreibung der Palästinenser willkommen geheißen hatten, nicht aber, um ihre machtpolitischen Interessen aufzugeben, wobei selbstverständlich Syrien wieder einmal dazu beitrug, die Kräftekonstellation im Libanon zu durchmischen, um sich selbst wieder ins Geschäft zu bringen. Es ist also keineswegs verwunderlich, wenn sich nun die Amal-Milizen und eingeschränkt die drusischen Milizen nach Abzug der israelischen Armee gegen die Palästinenser stellen. Unabhängig davon, wie weitgehend und ,,geheim'' (was Arafat gerne hochspielt) sich Israel, Syrien und besonders Amal abgesprochen haben — was im übrigen gar nichts Neues ist —, haben alle drei ein gemeinsames Interesse: die bewaffnete Präsenz der Palästinenser im Libanon zu zerschlagen, die Palästinenser aller Rechte im Libanon zu berauben, sie also in eine Situation zu bringen, wie sie vor dem Kairoer Abkommen 1969 bestanden hat (3), und möglicherweise die Palästinenserlager im Südlibanon und südlich von Beirut aufzulösen. Dies wird selbstverständlich von den Falangisten unterstützt und bildet zumindest e i n e Grundlage für das augenblicklich gute Verhältnis zwischen Syrien und Falangisten. Alle Linksparteien haben

Libanon zu berauben, sie also in eine Situation zu bringen, wie sie vor dem Kairoer Abkommen 1969 bestanden hat (3), und möglicherweise die Palästinenserlager im Südlibanon und südlich von Beirut aufzulösen. Dies wird selbstverständlich von den Falangisten unterstützt und bildet zumindest e i n e Grundlage für das augenblicklich gute Verhältnis zwischen Syrien und Falangisten. Alle Linksparteien haben

sich ebenfalls gegen die bewaffnete Präsenz der Palästinenser ausgesprochen und wollen deren Rechte im Libanon zumindest beschneiden. Eine wichtige Voraussetzung für den ,,Krieg der Lager'' ist also die Interessensidentität von Israel, Syrien, Amal und Falangisten in der Frage der Entwaffnung, Entrechtung und Vertreibung der Palästinenser. Unterstützt wird diese Politik eingeschränkt von der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP) Walid Jumblatts und deren Drusen-Milizen (siehe unten) und den mit ihnen verbündeten Linksparteien, die sich vor einigen Monaten in der Libanesischen Nationaldemokratischen Front (LNDF) zusammengeschlossen haben.

Wechselnde Koalitionen im Libanon

Das Verwirrspiel der wechselnden Koalitionen im Libanon — einschließlich des wechselnden Verhältnisses Syriens zu den einzelnen Fraktionen — wird überschaubarer, wenn man die weitergehenden Interessen der Konfliktparteien betrachtet.

Syrien ist grundsätzlich bereit, einen Ausgleich mit Israel einzugehen, wenn dafür beispielsweise die Rückgabe der Golanhöhen Verhandlungsgegenstand — was der amerikanische Außenminister Shultz kürzlich andeutete — und seine Machtposition im arabischen Raum gestärkt wird. Ersteres zeichnet sich ab, Geheimgespräche zwischen Israel und Syrien laufen seit mindestens einem Jahr (4); zweitens hat Syrien seit Mai 1983, ausgehend von der Bildung der Nationalen Errettungsfront (5), schrittweise die Kontrolle über alle Konfliktparteien wiedererhalten. Syrien ist heute unbestritten Ordnungsmacht im Libanon. Verschiedene Fraktionen im Libanon fordern sogar eine verstärkte militärische Intervention Syriens im Libanon (Falangisten und Sunniten, die sich gegenüber den Schiiten und Drusen in der Defensive befinden), um den Kämpfen ein Ende zu bereiten.

Die Kämpfe flammten auf, als sich die israelische Armee im September 1983 aus der Umgebung Beiruts und aus dem Chouf-Gebirge zurückzog. Sie richteten sich gegen die falangistischen Milizen und die libanesische Armee, um das Chouf-Gebirge unter drusische Kontrolle und Westbeirut in die Hand der schiitischen Milizen zu bringen. Auf politischer Ebene führten die Kämpfe zur Bildung der Regierung der Nationalen Einheit, die zwar weitgehend handlungsunfähig blieb, aber immerhin den Hegemoniebestrebungen der Falangisten eine Schranke setzte.



Nabih Berri



Nabih Berri

Diese Kämpfe waren der Beginn der Kantonisierung des Libanons, die heute von allen großen Konfliktparteien offen verfolgt wird. Die Falangisten hatten schon seit dem libanesischen Bürgerkrieg das Ziel, einen maronitischen Kanton nördlich von Beirut zu errichten, falls es nicht gelänge, den Libanon ganz unter ihre Kontrolle zu bringen. Die moslemischen Parteien wollten bis zur israelischen Invasion die libanesische Einheit wahren (die LNDF hat diesen Punkt beispielsweise wieder im Programm), die religiösen und politischen Widersprüche zwischen den moslemischen Religionsgemeinschaften sind jedoch so groß geworden, daß alle mit der Kantonisierung einverstanden sind. Erwähnt werden muß, daß sie damit Vorschlägen der USA und Israels folgen, die die Kantonisierung nach der israelischen Invasion mehrfach vorgeschlagen haben.

Sofort nach der Befreiung Westbeiruts und des Chouf-Gebirges griffen die drusischen und schiitischen Milizen in Westbeirut die Stützpunkte der nasseristischen Murabitun an, die als einzige libanesische Miliz während der israelischen Belagerung Beiruts an der Seite der Palästinenser gekämpft hatte. Die Vernichtung bzw. Zurückdrängung der Murabitun hatte und hat vor allem das Ziel, die Alleinherrschaft der Schiiten und Drusen zu sichern und einen möglichen Bündnispartner der Palästinenser zu entwaffnen. Eine Rolle spielen auch die Differenzen zwischen Murabitun und Amal. Erstere werden von Libyen unterstützt. Der Gründer der ,,Bewegung der Entrechteten'', heute im allgemeinen nach ihrem militärischen Flügel, Amal, benannt, und schiitische ,,Imam'' im Libanon verschwand 1978 auf einer Reise nach Libyen.

Ebenfalls seit 1983 wuchsen die Widerstandaktionen in den von Israel weiterhin besetzten Gebieten enorm an. Durchgeführt wurden sie von der Nationalen Widerstandsfront, in der alle linken und kommunistischen Parteien und Organisationen des Libanon

zusammengeschlossen sind. Amal, die ebenfalls Widerstandsaktionen durchführte, schloß sich der Front n i c h t an. Wer für die meisten Aktionen verantwortlich war, ist schwer auszumachen. Einfluß und Ansehen von Amal wächst in der schiitischen Bevölkerung jedoch ständig aus Kosten der Linksparteien, wobei die Hezbollahs und die islamische Amal zunehmend an Boden gewinnen.

Die bewaffneten Aktionen und der breite Widerstand der schiitischen Bevölkerung haben ganz entscheidend dazu beigetragen, daß Israel sich aus den Gebieten im Süden zurückgezogen hat. Allerdings maßt sich Israel weiterhin Kontrollfunktion im Süden an, wobei es sich vor allem der Südlibanesischen Armee (Söldnertruppe unter General Lahad und unter Führung mehrerer hundert israelischer Offiziere) bedient und sich darüber hinaus massive „Vergeltungsaktionen" vorbehält.

Stützen kann sich Israel auch auf die Amal-Milizen, die zwar der Aufforderung des israelischen Verteidigungsministers Rabin nicht nachgekommen sind, mit den Lahad-Truppen und den falangistischen Milizen unter Geagea zusammenzuarbeiten, die für kurze Zeit gegen den libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel opponiert haben. Die von Rabin angedrohte Politik der „verbrannten Erde" — falls Amal dieser Aufforderung nicht folgen würde — wurde auch dann nicht verwirklicht, als Amal zusammen mit den drusischen Milizen und e r s t m a l s auch mit der Volksbefreiungsarmee der Nationalen Widerstandsfront militärisch gegen die falangistischen Milizen und Lahad-Truppen vorging und sie schließlich aus den Küstengebieten vertrieb. Sowohl die Drusen als auch die Schiiten kontrollieren jetzt abgeschlossene Gebiete: Die Drusen beherrschen den Chouf, Barouk und die Küste südlich Beiruts bis nördlich Sidons, die Schiiten die Gebiete um Sidon (Saida) und Tyrus.

die Schiiten die Gebiete um Sidon (Saida) und Tyrus.

BEIRUT
Aley
Sofar
Damour
Beit ed Dine
Mittelmeer
Saida (Sidon)
Jezzine
Von Israel besetzt
Hasbaya
Nabatiye
Marjayoun
UNIFIL
Sour (Tyrus)
Tibnin
Naqoura
Qiryat Shemona
Banyas
Nahariyya
Akko
Zefat
ISRAEL
Haifa
Shefar'am
Tiberias
Nazareth
JORDA
0 km 30

Amal-Milizen am Rande eines Palästinenser-Camps

Auf e i n Angebot Rabins scheinen die Führer von Amal eingegangen zu sein: Rabin bot ihnen die volle Unterstützung bei der Kontrolle der Gebiete südlich von Saida an, wenn Amal während des Truppenabzugs zur Zusammenarbeit mit Israel bereit sei. Diese Zusammenarbeit heißt nichts anderes, als daß a l l e bewaffneten Aktionen gegen Israel unterbunden werden. Daran hat Amal selbst natürlich Interesse, vor allem wenn die Forderungen erfüllt werden sollten, die der Schiitenführer Berri und der Drusenchef Jumblatt nach den Kämpfen in einem Friedensplan dem libanesischen Armeechef vorgelegt haben und deren Durchsetzung von Israels Wohlwollen abhängig ist: Einrücken der libanesischen Armee in das von Lahad-Truppen gehaltene Jezzine, Rückzug der Lahad-Truppen und Kontrolle des Grenzstreifens durch UNIFIL-Einheiten, Kontrolle der Straße Beirut/Saida durch die libanesische Armee.

Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit haben Amal und die PSP Jumblatts inzwischen unter Beweis gestellt: Amal-Milizen besetzten sofort nach dem israelischen Rückzug die Palästinenserlager um Tyrus und führten sich dort noch fast schlimmer auf als die israelische Armee: Durchsuchungen nach Waffen, massenhafte Verhaftungen und Repressionen. Die Angriffe, die schiitische u n d drusische Milizen auf die Palästinenserlager bei Saida durchführten, um die Palästinenser zu entwaffnen, führten allerdings zu keinem Erfolg. Die Kämpfe im Süden brachten eine weitere Schwächung der falangistischen Milizen und der Stellung des libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel. Hilfegesuche, die er an Syrien richtete, doch in die Kämpfe einzugreifen, blieben ohne Erfolg. Der Kommandeur der falangistischen Milizen (die sich selbst „Libanesische Streitkräfte" nennen), Geagea, mußte sich zum stellvertretenden Kommandeur herabstufen lassen. Seinen Posten erhielt Hobeika, der gute Beziehungen zu Syrien unterhält und für die Massaker in den Lagern Sabra und Schatila (September 1982) mitverantwortlich war. Israel hat ebenfalls die Schwächung seiner bis dahin bevorzugten Bündnispartner hingenommen.

Der „Krieg der Lager"

Der „Krieg der Lager"

Das syrische Regime, das sich gerade in den letzten Jahren als der glühendste Verfechter der legitimen palästinensischen Forderungen dargestellt hat, hat die Palästinenser fallengelassen. Die Zeitung der syrischen Baath-Partei, Tischrin, schrieb am 17.6.85, daß es bei den Kämpfen um die Lager in Westbeirut nicht um die Lösung eines Sicherheitsproblems gehe, sondern daß es sich um Abkoppelung des Palästina-Problems vom Libanon-Problem handele, was allerdings auf keinen Fall die Aufgabe des Palästina-Problems bedeute (6).

Diese Aussage macht ein weiteres Mal deutlich, daß die arabischen Regimes heute bereit sind und sich dazu in der Lage fühlen, den Nahost-Konflikt **ohne** die Palästinenser zu lösen. Syrien hat immer — wie **alle** anderen arabischen Regimes — die palästinensische Karte für die eigenen machtpolitischen Interessen gespielt. Jetzt ist es augenscheinlich an der Zeit, sich dieser Karte zu entledigen, was im Grunde dazu führt — so paradox es klingt — die Verhandlungsposition König Husseins in der Palästinenserfrage zu stärken, die Syrien in Worten ständig angreift. Das gibt nur einen Sinn, wenn Syrien über den US-amerikanischen Unterhändler Murphy und in den Geheimverhandlungen mit Israel bestimmte Zusagen gemacht worden sind. Grundsätzlich war Syrien ja immer bereit, die Verhandlungslösung mitzutragen.

Die Entwaffnung der Palästinenser und die Vernichtung der Lager ist nun, daß dank des wochenlangen, heldenhaften Abwehrkampfes der Palästinenser, nicht im Handstreich gelungen. Das Abkommen allerdings, das jetzt unter Schirmherrschaft Syriens zwischen Amal, LNDF und der Palästinensischen Nationalen Errettungsfront (FSNP, ihr gehören an: PFLP (Habasch), PCP und die Nationale Allianz, bestehend aus Fatah-Opposition, palästinensische Volkskampffront, As-Saika) geschlossen wurde, wird nur eine kleine Atempause schaffen.

Das Abkommen umfaßt dreizehn Punkte und sieht u.a. folgendes vor:
- — Waffenstillstand;
- — Evakuierung der Verwundeten;
- — Rückkehr der Amal-Milizen und der libanesischen Soldaten der 6. Brigade in die Positionen, die sie vor Beginn der Kämpfe innehatten;
- — Befürwortung der Freilassung Gefangener;
- — Rückkehr der Flüchtlinge;
- — Wiederaufbauhilfe;
- — das Sicherheitskomitee, das auf der Versammlung des Islamischen Kongresses in Damaskus im April gebildet wurde, soll in Zusammenarbeit mit der FSNP und der libanesischen Polizei einen Plan zur Sicherheit der Lager und Eröffnung von Polizeiposten entwickeln;
- — ein Koordinationskomitee, bestehend aus je zwei Vertretern von Amal, LNDF und FSNP und einem syrischen Beobachter, soll das Einsammeln der mittleren und schweren Waffen überwachen;
- — Amal und LNDF erkennen die FSNP als die *„Verantwortliche der Palästinenser im Libanon an, bis die PLO ihre Einheit und ihr dem Imperialismus, Zionismus und reaktionären Plänen feindliches Programm wiedergefunden hat"*! (7).

Gerade dieser letzte Punkt im Abkommen ist blanker Hohn, wenn man die Ziele der Vertragspartner kennt und das Spiel, das Syrien mit der FSNP zu treiben gedenkt: Durch die faktische Schaffung einer zweiten „PLO" wird der Alleinvertretungsanspruch der

treiben gedenkt: Durch die faktische Schaffung einer zweiten „PLO" wird der Alleinvertretungsanspruch der

PLO untergraben (Arafat und Hussein verhandeln dann praktisch nur über die Palästinenser Westjordaniens), die Widersprüche zwischen den palästinensischen Organisationen sollen möglichst bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen angeheizt werden, um sie schließlich umso besser zerschlagen zu können.

Dieses Abkommen muß als Fortschritt gegenüber dem ersten syrischen Vorschlag zu Beginn der Kämpfe angesehen werden, der Waffenstillstand, Übergabe der schweren Waffen und Kontrolle der 6. Brigade (mehrheitlich Schiiten, haben Lager mitangegriffen) über die Lager vorsah (8).

Interessant ist, daß ausgerechnet Abu Jihad (Stellvertreter Arafats, Freund Saudi-Arabiens, nicht zu verwechseln mit dem oben zitierten Abu Iyad) das Abkommen ablehnte und die Entwaffnung zurückwies. Die Demokratische Volksfront (DFLP, Hawatmeh), die nicht der FSNP angehört und eine Zwischenstellung zwischen PLO und FSNF einnimmt, begrüßte den Waffenstillstand, lehnte die Übergabe der schweren Waffen aber ab (9).

Sicher ist, daß der Angriff auf die Lager länger geplant war und in Absprache mit Syrien erfolgte. Beispielsweise hat Nabih Berri während der ersten 48 Stunden zweimal mit dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam konferiert, Syrien hat außerdem Interventionsversuche Südjemens und Algeriens zur Beilegung der Kämpfe als verfrüht zurückgewiesen. Berri betonte gleich zu Beginn der Kämpfe, daß Amal entschieden hätte, die Palästinenser niederzuwerfen, und bereit sei, dafür einen Preis zu zahlen (10). Augenscheinlich ging es Amal nicht nur um die Entwaffnung der palästinensischen Kämpfer, sondern Amal-Kämpfer und die sie unterstützende 6. Brigade veranstalteten ein Gemetzel (Ermordung von Verletzten, Zerstörung von Krankenhäusern etc.), das dem Morden der Falangisten vor knapp drei Jahren um nichts nachstand. Gleichzeitig wurden auf erobertem Terrain die Häuser und Hütten dem Erdboden gleichgemacht. Furcht, Schrecken und Verzweiflung sollten die Palästinenser in die Flucht treiben.

Die PSP Jumblatts hielt sich d i e s m a l aus den Kämpfen heraus, sehr zum Ärger der Amal, die sich militärisch erfolgreich immer nur mit Unterstützung der drusischen Milizen gezeigt hat und auch diesmal wieder eine dicke Niederlage eingesteckt hätte, wäre ihr die 6. Brigade der libanesischen Armee nicht zu Hilfe gekommen, die diesmal unbegrenzt Nachschub aus Ostbeirut — von den Falangisten — erhielt. Das Heraushalten Jumblatts und später sogar der Schutz der palästinensischen Flüchtlinge durch drusische Milizen hat mehrere Gründe (Gemetzel unter nicht zu den Falangisten gehörenden Christen haben drusische Milizen auch in den Kämpfen um das Chouf-Gebirge verübt): Die Amal-Bewegung und ihre Milizen radikalisieren sich zusehends, Amal verliert zunehmend ihren laizistischen Charakter, die Religion gewinnt immer mehr Einfluß, damit der Fanatismus; das bereitet natürlich den Boden für einen immer stärkeren Einfluß der radikal-religiösen Hezbollahs und der islamischen Amal, die beide Khomeiny als ihren obersten Führer ansehen und ebenfalls einen Gottesstaat errichten wollen. Die vornehme Zurückhaltung dieser Gruppen, die sich ebenso wie Khomeiny nur in W o r t e n auf die Seite der Palästinenser stellen, bedeutet erstmal nichts. Warum sollen sie sich die Hände schmutzig machen, wenn andere das Geschäft erledigen? Das maßvolle

nenser stellen, bedeutet erstmal nichts. Warum sollen sie sich die Hände schmutzig machen, wenn andere das Geschäft erledigen? Das maßvolle

Auftreten im Augenblick bedeutet m.E. nur, daß sie auf die günstige Stunde warten, mit großer Geduld, und das hat Khomeiny ihnen im Iran mit großem Erfolg vorgeführt.

Das Anwachsen des Einflusses und die Radikalisierung von Amal sind ein Grund gewesen für Jumblatt, nicht einzugreifen, denn langfristig gesehen muß er die Vorherrschaft Amals fürchten. Ein anderer Grund ist, daß er sich als Führer der neugegründeten LNDF, des Zusammenschlusses der Linksparteien, keinesfalls in solch offensichtliches Massenmorden verwickeln lassen kann. Die LNDF ist jedoch ebenfalls für die Entwaffnung der Palästinenser.

In diesem Zusammenhang ist ein „Szenario" interessant, das für die Entwaffnung der Palästinenser in den Lagern folgendes vorsah: Zwischen Arafat-Loyalen und Gegnern Arafats sollten Kämpfe ausgelöst werden, dafür sollten kurz vorher Waffen an die Gegner Arafats geliefert werden. Amal sollte auf seiten der prosyrischen palästinensischen Gruppen intervenieren, bevor sie alle entwaffnet. Dieser Plan soll nach verschiedenen Quellen von allen libanesischen Fraktionen gebilligt worden sein (11). Die Rechnung ist deshalb nicht aufgegangen, weil die Gegner Arafats eben nicht die willfährigen Marionetten Syriens sind, als die auch Arafat sie so gerne hinstellt. Gemeinsam und offensichtlich sehr rechtzeitig haben sich alle palästinensischen Kämpfer — mit Aussahme der As-Saika, des syrischen Arms in der PLO — den Angriffen entgegengestellt.

Einigermaßen verwunderlich ist die scharfe Ablehnung des Waffenstillstandsabkommens durch Abu Jihad. Dazu einige Bemerkungen: Die Kämpfer der Organisationen der FSNP haben, ebenso wie die Anhänger Arafats, bei allen Kämpfen gegen die Falangisten und die israelische Armee auf seiten der drusischen Milizen und der Nationalen Widerstandsfront unter deren Führung mitgekämpft und es nicht an die große Glocke gehängt. Arafat bedauerte, nach Ausbruch der Kämpfe um die Lager, daß er sich in den Führungsgremien der PLO nicht habe damit durchsetzen können, daß auch die Palästinenser die jeweiligen Militärkommuniques mitunterzeichnen. Die PLO brachte an die Öffentlichkeit, daß 7.000 palästinensische Kämpfer in den Südlibanon zurückgekehrt seien (12); auch Abu Jihad verkündete, daß die Kämpfer in den Süden zurückgekehrt seien und daß 60 Fedayin in den letzten fünf Monaten im Kampf gegen die israelischen Truppen gefallen seien, die Fedayin seien auch in die Lager im Südlibanon zurückgekehrt (13). Vergleichbare Äußerungen sind von der FSNP nicht bekannt. Besonders im April und Mai sollen Arafat-loyale Kämpfer und Waffen in die Lager gebracht worden sein, wohl nicht allzu unauffällig; der Anstieg des libanesischen Pfundes in dieser Zeit wurde im Libanon mit einem massiven Geldausgeben der PLO in Verbindung gebracht (14); die „Frankfurter Rundschau" (30.5.) berichtete sogar, daß Arafat in den letzten Monaten hunderte von Freischärlern in die Lager eingeschleust habe, für sechs Millionen Dollar Bestechungsgelder, um eine Infrastruktur für die *„Fortsetzung des beeaffneten Kampfes gegen den Zionismus"* aufzubauen. Wie paßt das zur sonstigen Politik Arafats? Wollte er damit die Opposition in den eigenen Reihen gegen sein Zusammengehen mit König Hussein abschwächen?

Nahost-Kommission

Anmerkungen:
(1) Abu Iyad, Heimat oder Tod, Der Freiheitskampf der Palästinenser, Econ Verlag 1979, nach Tonbandgesprächen aufgeschrieben vom Le Monde-Nahostberichterstatter Eric Rouleau.
(2) Anzumerken wäre, daß Abu Iyad auf dem 4. Kongress der Fatah nicht wie allgemein erwartet der Stellvertreter Arafats wurde (1981), sondern der über besonders gute Verbindungen zu Saudi-Arabien verfügende Abu Jihad, wie die beiden anderen Mitbegründer der Fatah und wie Arafat von den Moslembrüdern kommend.
(3) Vor dem Kairoer Abkommen verfügten die Palästinenser über keinerlei Bewegungsfreiheit im Libanon, selbst zum Verlassen der Lager mußten sie Papiere haben. Im Kairoer Abkommen wurde ihnen zugesichert, die Lager selbst zu verwalten und für die Sicherheit zu sorgen, Bewegungsfreiheit im Libanon und die Erlaubnis, bewaffnete Aktionen vom Libanon aus gegen Israel durchzuführen.
(4) Diese Gespräche fanden z.B. während des aus innenpolitischen Grünen erzwungenen mehrmonatigem Auslandsaufenthalt Rifaat Assads (Bruder des syrischen Präsidenten und Vizepräsident) in der Schweiz statt.
(5) Die Nationale Errettungsfront wurde nach Abschluß des Vertrages zwischen Israel, Libanon und den USA (17.5.83) gegründet. Sie umfaßte PSP, Amal, Führungspersönlichkeiten wie Frangieh und Karame. Sie forderte die Auflösung dieses Abkommens und richtete sich gegen die Vorherrschaft der Falangisten.
(6) Al Yom Assabeh, 24.6.85, zit. nach Palästina-Bulletin, 28.6.85

tete sich gegen die Vorherrschaft der Falangisten.
(6) Al Yom Assabeh, 24.6.85, zit. nach Palästina-Bulletin, 28.6.85

(7) Le Monde, LM, 19.6.85
(8) Süddeutsche Zeitung, SZ, 25./26./27.5.85
(9) taz, 21.6.85
(10) LM, 22.5.85
(11) LM,4.6.85
(12) SZ, 22.5.85
(13) SZ, 27.5.85
(14)LM, 23.5.85, 22.5.85

Weitere Artikel zum Thema

PLO am Ende?
AK 240, S. 1-3
Vorgeschichte der Auseinandersetzungen innerhalb der PLO, Kritik der Fatah-Opposition, Entwicklung bis zu den bewaffneten Auseinandersetzungen in den Lagern um Tripoli

Die Folgen des Libanonkrieges, Teil 1
Ak 230, S. 28-29
Verhandlungen zwischen Israel, Libanon und den USA nach der israelischen Invasion 1982, Was wird aus den Palästinensern im Libanon?, Amerikanische und israelische Strategie in der Palästinenserfrage

Die Folgen des Libanonkrieges, Teil 2
AK 231, S. 31-33
Die Beschlüsse des 16. Palästinensischen Nationalrates und ihre Vorgeschichte, Die arabische Reaktion und die PLO, Die verschiedenen Pläne zur Lösung der Palästinenserfrage, Die Positionen der Linken

Atempause im Bürgerkrieg, Teil 1
AK 247, S. 23-24
Kampf der Nationalen Rettungsfront (Amal, Drusen, Karame, Frangieh) gegen das libanesisch-israelische Abkommen und gegen die Hegemoniebestrebungen der Falangisten, Die Kämpfe im Chouf und in Westbeirut, Die nationale Versöhnungskonferenz in Lausanne und die Bildung der Regierung der Nationalen Einheit

Atempause im Bürgerkrieg, Teil 2
AK 250, S. 35-38
Entwicklung der verschiedenen politischen Kräfte im Libanon bis zum libanesischen Bürgerkrieg 1975/76 und vor allem nach dem Ende des Bürgerkrieges (Falangisten, Fortschrittliches Lager, Amal, religiöse Gruppierungen)

Alle Karten in den Händen der USA
AK 256, S. 29-30
Analyse des Abkommens zwischen Hussein und Arafat, Die Initiative Mubaraks, Werden die Palästinenser in diesen Verhandlungen wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen können?

Die Verhandlungen um Verhandlungen in den gegenwärtigen Friedensbemühungen und die Angriffe auf die Beiruter Flüchtlingslager sind die zentralen Themen des folgenden Interviews mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat.
Das Verhältnis PLO-Sowjetunion-Syrien wird dabei ebenso angesprochen wie die Zukunft der Palästinenser und der PLO im Libanon. Und schließlich stellt sich nach den Kämpfen in Beirut ...ch die Frage, ob eine palästinens..sche Aussöhnung auf der Tagesordnung steht.

Verhandlungsetappen im Nahostkonflikt?

Der Krieg um die palästinensischen Flüchtlingslager

Interview mit Yassir Arafat

Frage: Jüngst sind die Gespräche König Husseins in Washington beendet worden. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen auf die palästinensische Position?

Arafat: Wie mir König Hussein und später Said Rifai, der Ministerpräsident, über die Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten mitgeteilt haben, insistierte die jordanische Haltung auf einer Teilnahme der PLO an allen Gesprächen im Rahmen einer internationalen Konferenz, an der die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und alle betroffenen Parteien, einschließlich der PLO teilhaben; und zwar auf der Grundlage der Beschlüsse von Fez und den UN-Resolutionen, einschließlich der Resolutionen des Sicherheitsrates und ausgehend von den legitimen nationalen Rechten des palästinensischen Volkes, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts, im Rahmen der beabsichtigten Bildung der palästinensisch-jordanischen konföderativen Union. König Hussein und der jordanische Ministerpräsident haben die feste Verpflichtung Jordaniens zu diesen Prinzipien, die König Hussein gegenüber der amerikanischen Seite während seiner Gespräche deutlich dargestellt hat, mir gegenüber betont. Ich habe vom König und vom Ministerpräsidenten verstanden, daß die Gespräche nützlich und fruchtbar verlaufen sind und daß sie einen gewissen Grad an Fortschritt, insbesondere in bezug auf die internationale Konferenz, erreicht haben, die die amerikanische Seite als ein Thema akzeptiert hat, das man prinzipiell studieren könnte. Während die amerikanische Position zuvor aus den drei bekannten Neins bestanden hat: Nein zur PLO, Nein zum palästinensischen Staat und Nein zur internationalen Konferenz, beginnt die US-Position von einer möglichen Einberufung einer solchen Konferenz zu sprechen.

Glauben Sie, daß man zur internationalen Konferenz gelangen kann ohne ausführliche Gespräche und Verhandlungen mit der Sowjetunion, besonders zwischen den USA und der Sowjetunion?

lungen mit der Sowjetunion, besonders zwischen den USA und der Sowjetunion?

Als wir von der internationalen Konferenz sprachen, sind wir von einer internationalen Konferenz ausgegangen, an der die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, besonders die Sowjetunion, teilnehmen müssen. Es ist bekannt, und wie mir von den sowjetischen Freunden mitgeteilt wurde, war dies ein Gesprächsthema zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Seite während der Wiener Gespräche zwischen Shultz und Gromyko.

Aber die USA haben bereits ihre Zustimmung zu einer internationalen Konferenz erklärt, sie haben jedoch eine Formel vorgelegt, die die internationale Konferenz als letzten Schritt von Verhandlungsetappen im Nahostkonflikt vorsieht.

Tatsache ist, daß sie diese Position nicht vorgelegt haben. Vor dem Besuch König Husseins war die Idee der internationalen Konferenz von der amerikanischen Seite völlig abgelehnt worden.

Eine andere Frage zur amerikanischen Haltung zur palästinensischen Vertretung. Shultz hat vor Tagen erklärt, daß die USA bereit seien, mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu verhandeln unter der Bedingung, daß die palästinensische Seite aus Mitgliedern des Parlaments besteht, die keine exekutiven Aufgaben haben. Ist die PLO bereit, einen solchen Vorschlag zu akzeptieren?

Unsere Haltung ist prinzipiell. Diese wurde auf der Sitzung der palästinensischen Führung in Bagdad beschlossen und auf der letzten Sitzung des Zentralrats in Tunis unterstrichen. Wir gehen von dem Prinzip des Rechts der PLO aus, die palästinensische Delegation zu ernennen und erlauben nicht, daß dieses Recht angetastet wird, von nah oder fern.

D. h. es gibt noch eine grundlegende Lücke zwischen der US-amerikanischen Haltung und der palästinensischen Position.

In der Tat besteht diese Lücke. Deshalb habe ich zu den Ergebnissen der Verhandlungen König Husseins gesagt, daß es einen „gewissen" Fortschritt in der amerikanischen Position gibt. Ich habe nicht gesagt, daß es einen „umfassenden" Fortschritt gegeben hat.

Wenn Ihnen jetzt vorgeschlagen wird, die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation so zu bestimmen, wie Sie wollen, welches sind dann die Grundlagen zur Bildung dieser Delegation?

Für uns ist die Grundlage, daß die PLO die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist und sie allein das Recht hat, ihre Delegation zu ernennen.

Ohne die Namen oder die Formel zu diskutieren?

Die Frage ist eine Frage des Prinzips und keine Frage von Namen oder Formeln.

Solange wir über die internationale Konferenz reden und zugeben, daß die Sowjetunion in direktem Bezug zu dieser Frage steht, müssen wir die Beziehungen zwischen Ihnen und Moskau ansprechen. Es gibt Gerüchte über eine Krise in der Beziehung zwischen Ihnen und der Sowjetunion.

Dieses Gerede stimmt nicht. Aber zweifellos steht die Sowjetunion vor einem Problem, nämlich ihre Freunde im Gebiet sind untereinander zerstritten. Ihre Freunde in dem Gebiet sind 1. Syrien, mit dem die Sowjetunion ein Freundschaftsabkommen verbindet, und 2. die PLO und 3. die Iraker. Diese drei Seiten sind untereinander zerstritten. Die syrische Seite ist mit der irakischen und der palästinensischen im Streit. Ich möchte Sie mit den anderen Problemen, die die Sowjetunion mit ihren arabischen Freunden hat, nicht konfrontieren. Die allgemeine arabische Lage ist unbequem, und das versetzt auch die Sowjetunion in eine unbequeme Lage. Die Sowjetunion hat z. B. an den Sitzungen des Palästinensischen Nationalrats in Amman nicht teilgenommen. Aber sie hat die Ergebnisse des Nationalrats in Betracht gezogen. Sie nahm an der Sitzung nicht teil, weil sie auf ihre syrischen Verbündeten Rücksicht genommen hat. Sie hat aber die Ergebnisse in Betracht gezogen aus Rücksicht auf ihre palästinensischen

gen. Sie nahm an der Sitzung nicht teil, weil sie auf ihre syrischen Verbündeten Rücksicht genommen hat. Sie hat aber die Ergebnisse in Betracht gezogen aus Rücksicht auf ihre palästinensischen

Freunde.

Z. B. die letzten Ereignisse und die Verbrechen gegen die Flüchtlingslager: Die Haltung der Sowjetunion in Worten war entschieden. Sie lehnte alle Rechtfertigungen Syriens ab. Damaskus hat zwei Schreiben von der sowjetischen Führung erhalten, in denen die syrische Führung aufgefordert wird, alles zu tun, um das Blutvergießen an den Palästinensrn in den Flüchtlingslagern zu beenden. Die sowjetische Haltung wurde als „entschiedener Rat" beschrieben. Die Sowjetunion betonte, daß die Fortsetzung des Krieges nicht nur die Palästinenser schwächt, sondern auch die Syrer, ihren Ruf zerstört und auch alle fortschrittlichen Kräfte in der Region schwächt.

Kann man nicht sagen, daß es einige Reibereien zwischen Ihnen und Moskau gibt, verursacht durch das palästinensisch-jordanische Abkommen?

Ich muß hier darauf hinweisen, daß das Kommuniqué zwischen mir und dem Genossen Andropov einen Hinweis auf die Bildung einer Konföderation zwischen Palästina und Jordanien enthalten hat. Das bedeutet: Die Sowjetunion hat prinzipiell die besonderen Beziehungen zwischen Jordanien und Palästina akzeptiert. Ein Bild dieser besonderen Beziehung ist das palästinensisch-jordanische Abkommen. Aber die Sowjetunion glaubt mit Recht an die Existenz amerikanischer Versuche, die PLO und Jordanien in die Abkommen von Camp David einzubeziehen, besonders nachdem eine falsche Verbindung zwischen dem palästinensisch-jordanischen Abkommen und der Initiative Präsident Reagans hergesellt worden ist. Wir haben Mubaraks Initiative abgelehnt und auch Jordanien hat sie nicht akzeptiert. Es kam den Leuten vor, als ob es eine Beziehung zwischen beiden Dingen gegeben hätte.

Sie sind der erste, der die Vokabel von „Camp Murphy" geprägt hat. Wie beurteilen Sie die Auseinandersetzungen in Beirut auf dem Hintergrund dieser Vokabel?

Ich habe lange vor einem geheimen Abkommen zwischen Syrien und Richard Murphy gewarnt. Viele haben mir nicht geglaubt. Jetzt nach den Ereignissen in Sidon und Beirut und den Erklärungen der syrischen Politiker selber wurde bekannt, daß dieses Abkommen, das durch die Ereignisse aufgedeckt wurde, ein ganz zentrales Abkommen ist. Die Sowjetunion hat darüber von Syrien nichts erfahren, obwohl zwischen ihnen ein Freundschaftsabkommen besteht. Die Sowjetunion durfte dies nicht aus eigenen Quellen erfahren, sondern von ihren syrischen Verbündeten. Deshalb sieht die Sowjetunion dem nicht zufrieden zu.

(...)

Erwarten Sie von der Arabischen Liga eine härtere klarere Position als von der entsprechenden Resolution des Weltsicherheitsrates?

Erwarten Sie von der Arabischen Liga eine härtere klarere Position als von der entsprechenden Resolution des Weltsicherheitsrates?

Ich erwarte keine dramatischen Beschlüsse. Ich registriere nur eine Stellungnahme für die Geschichte. Ich weiß, daß die Palästinenser durch ihre Waffen geschützt werden.

Sprechen wir über die Flüchtlingslager. Ist es richtig, daß Sie den Befehl gegeben haben, den Kampf zu beginnen?

Diese Behauptung ist nicht wahr. Die Aussagen von Abdel Halim Khaddam gegenüber den Delegationen, die ich aufgesucht habe, beweisen das. Er hat ihnen gesagt, daß das Flüchtlingslager Tell Al Zaatar 55 Tage gekämpft hat. Die jetzige Schlacht könne länger als 55 Tage dauern. AMAL übernehme eine nationale Rolle in der Säuberung der Flüchtlingslager. Das Kommuniqué, das am ersten Tag der Kampfhandlungen von der syrischen Nachrichtenagentur verbreitet wurde, deckt das Komplott und die syrische Beteiligung auf. Auch die 8. Brigade nahm an der Schlacht teil. Sie kam aus Ostbeirut, nachdem die 6. Brigade hohe Verluste hinnehmen mußte. Dies beweist, daß die gesamte Operation geplant war. Auch der Einsatz der syrischen Sondereinheiten und der Assad-Brigade zeigen, daß diese Operation nicht zufällig geschah, sondern ausgearbeitet und Teil der Operation gegen die Nasseristen, Morabitoun und Moslems in Westbeirut ist. Warum? Um den dritten Kanton, nämlich den shiitischen, zu errichten. Und da sind es die Verräter von AMAL, die hinter dem Stuhl des Emirs (d. h. der Regierungsmacht) hinterherlaufen. Und der wird ihnen, getränkt mit palästinensischem Blut, angeboten. Das ist der Preis, auf dem Israel bestanden hat und dem Syrien zugestimmt hat. Und all das wurde von AMAL und dem libanesischen Staat, der 6. und der 8. Brigade, ausgeführt.

Es gibt verschiedene Meinungen über die Ziele, die AMAL und Syrien mit dieser Schlacht erreichen wollen. Einige sagen, um die Kontrolle der Flüchtlingslager durch die „Errettungsfront" zu bewerkstelligen; andere sehen das Ziel darin, die palästinensische Waffe neu zu ziehen, und die dritte Seite sagt, das Ziel sei die Vertreibung der Palästinenser in Gebiete außerhalb der Lager.

Nein. Sie trauen der „Errettungsfront" nicht, obwohl sie ihr Kolloborateur ist. Denn sie vertreten die Meinung: der Kämpfer ist in Damaskus gespalten, wenn er Beirut erreicht, ist er loyal zur PLO, seiner Revolution und seinem Kampf. Der syrische Plan besteht darin, als ersten Schritt die Waffen der Palästinenser einzuziehen. Der zweite Schritt ist die Zerstörung der Flüchtlingslager und die Vertreibung der Palästinenser aus dem Süden und Beirut, um die vereinbarten Kantone nach der amerikanisch-israelischen Vorstellung, der Syrien und einige libanesische Kräfte zugestimmt haben, zu errichten.

Und hier muß man den Grund für den Einsatz der Bulldozer suchen, die sie nach der Besetzung von Daouk und Sabra dort benutzt haben. Sie wiederholen das, was in Tell Al Zaatar geschehen ist. Ich sage, sie haben Sabra besetzt. Die Hälfte von Sabra ist bekanntlich bereits zuvor in ihrer Hand

den Einsatz der Bulldozer suchen, die sie nach der Besetzung von Daouk und Sabra dort benutzt haben. Sie wiederholen das, was in Tell Al Zaatar geschehen ist. Ich sage, sie haben Sabra besetzt. Die Hälfte von Sabra ist bekanntlich bereits zuvor in ihrer Hand

gewesen (Jalboul-Gebiet). Sie haben Daouk besetzt, das ein Teil Sabras ist. Sie sollen sich die Tapferkeitsorden an die Brust heften, wie die Orden für Tell Al Zaatar, Nahr al-Bared und Baddawi.

Zweifelsohne weiß ich, daß die Syrer seit Beginn der Verschwörung einen politischen Deckmantel benötigten. Einige Individuen der „Errettungsfront" konnten das vergossene Blut nicht ertragen. Das Angebot an die „Errettungsfront", die Polizisten in den Lagern zu spielen, besteht aber weiter. Unseren Informationen zufolge wird die syrische Armee in Beirut einmarschieren und AMAL eine gewisse Kontrolle über die Lager geben. Auch im Süden wird es eine Umgruppierung zwischen AMAL und einigen anderen Kräften geben, denn die Entscheidung lautet: Entweder völlige Kontrolle über die Flüchtlingslager oder Vertreibung der Palästinenser.

Die Kämpfer der „Errettungsfront" in den Flüchtlingslagern haben an der Verteidigung zusammen mit allen anderen teilgenommen. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Zu Ihrer Information: Diejenigen, die sich am Kampf beteiligt haben, sind wenige und schon vor langer Zeit aus Damaskus gekommen. Als sie kamen, haben wir sie in unsere Reihen aufgenommen...

Sie haben seit dem ersten Tag der Kampfhandlungen einen Waffenstillstand verlangt. Wenn man einen Waffenstillstand verlangt, muß dem eine politische Lösung folgen. Wenn jetzt Verhandlungen geführt werden, welche Vorschläge haben Sie für die Zukunft der Flüchtlingslager und der PLO im Libanon?

Für uns gilt das, was für die Libanesen gilt. Für uns gilt das, was wir mit der libanesischen Regierung vor unserem Abzug aus Beirut im Jahre 1982 vereinbart haben. Wir haben vor unserem Abzug aus Beirut Vereinbarungen getroffen, angefangen vom PLO-Büro, über soziale Fragen, den Schutz der Lager, die Errichtung von Schulen, Gesundheitszentren, der Arbeit des Palästinensischen Roten Halbmonds und v.a. Wenn Sie vom palästinensischen Gewehr reden, so ist das palästinensische Gewehr wie das libanesische. Was für das libanesische Gewehr gilt, gilt auch für das palästinensische. Ich habe gesagt, daß ich Vertrauen in die religiösen Gremien habe. Deshalb habe ich gesagt, daß der Mufti Hasan Khaled, Sheikh Akel Abu Shakra, Herr Fadlallah und Sheikh Mohammed Mahdi Schamseddin den Schutz der Lager übernehmen soll. Wir haben Vertrauen in sie. Und was für die Libanesen gilt, gilt für uns.

Ich stelle die Frage sehr direkt: Darf die PLO, darum politisch und militärisch in den Libanon zurückkehren?

1. Die PLO hat Libanon politisch nicht verlassen, nicht für einen Augenblick. Wir haben im Libanon eine halbe Million Palästinenser. Die PLO ist politisch im Innern eines jeden palästinensischen Kindes im Libanon.
2. Die militärische Rückkehr: Es muß nach den geheimen Abkommen zwischen Israel und AMAL, dessen Geruch stinkt, klar geworden sein, daß der libanesische Widerstand gegen die israelische Besatzung ein Widerstand der vereinigten libanesisch-palästinensischen Streitkräfte ist. Das beweisen

nach den geheimen Abkommen zwischen Israel und AMAL, dessen Geruch stinkt, klar geworden sein, daß der libanesische Widerstand gegen die israelische Besatzung ein Widerstand der vereinigten libanesisch-palästinensischen Streitkräfte ist. Das beweisen

unsere Gefangenen im neuen Ansar-Lager, unsere Gefallenen und die Anerkennung dieser Tatsache durch den israelischen Feind selbst. Dies beweist die Zahl der Operationen, die die vereinigten Streitkräfte durchgeführt haben und die 85% der Operationen des Abnutzungskrieges gegen den zionistischen Feind ausmachten. Wir haben Libanon nicht verlassen. Ich bitte Sie, meine Briefe während der Belagerung an die Kämpfer zu lesen. Ich habe in diesen Briefen deutliche militärische Anweisungen an alle vereinigten palästinensischen und libanesischen Streitkräfte gegeben, um hinter den feindlichen Linien zu operieren.

Wenn die Kampfhandlungen in den Flüchtlingslagern Beiruts aufhören, erwarten Sie, daß Sie auf die anderen Flüchtlingslager in Tyros, Sidon und Tripoli übergreifen?

Ja, ich erwarte es. Es wird Kämpfe in Sidon und Tyros gegen die Palästinenser geben. In Tripoli werden die Kämpfe gegen die Palästinenser und die libanesischen Kräfte gerichtet sei.

Sehen Sie, daß die Sitzung der Arabischen Liga diese Entwicklung aufhalten könnte?

Es ist ein Mittel. Ich glaube aber nicht, daß die Sitzungen der Liga den Plan aufhalten werden, es sei denn, es würden entscheidende Beschlüsse gefaßt gegen das Komplott und die Verschwörer, zumal die Instrumente dieses Komplotts heute arabische sind.

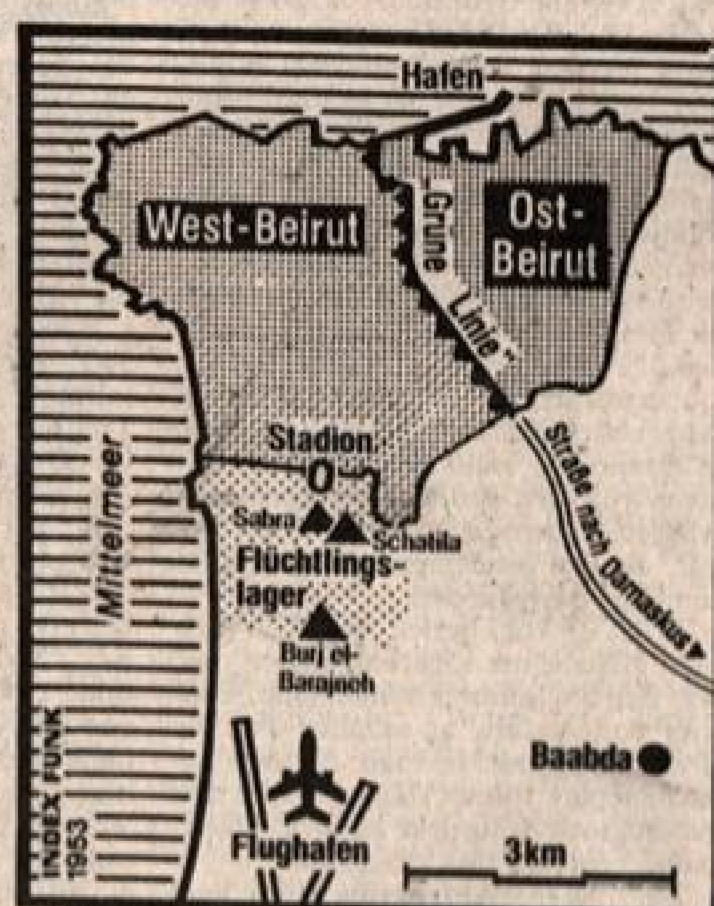
Über lange Jahre hinweg, während sich die Streitkräfte der palästinensischen Revolution im Libanon befanden, gab

Fortsetzung nächste Seite

Wo leben die Palästinenser?

Innerhalb Israels (in den Grenzen von 1948) leben etwa 650.000 Palästinenser, im Westjordanland 670.000, im Gaza-Streifen 364.000, in Jordanien etwa eine Million, im Libanon 350.000, in Syrien 240.000, in Kuwait 140.000, in anderen arabischen Staaten weitere 100.000, einige zigtausend in Westeuropa (vor allem in der BRD), in den USA und in Lateinamerika. Wahrscheinlich liegt die Zahl der Palästinenser überall etwas höher, da die Zahlen z.T. veraltet sind.

Flüchtlingslager existieren vor allem im:
Westjordanland (20 Lager/75.000),
Jordanien (10/220.000),
Gaza-Streifen (8/200.000),
Libanon (heute 11/217.000),
Syrien (10/60.000)
(außer für den Libanon stammen alle Zahlen von 1973, müssen also höher angesetzt werden). In den arabischen Staaten bilden die Palästinenser einen großen Teil der Mittelschicht, in Jordanien auch der Oberschicht. Im Libanon gibt es folgende Flüchtlingslager:
— Badawi (19.000) und Nahr-el-Bared (15.000), nahe Tripoli im Norden; hier fanden Ende 1983 die schweren Kämpfe zwischen Arafat-loyalen Kämpfern und PLO-Dissidenten statt;
— Wafel (7.000), am Rande von Baalbek;
— Sabra (35.000), Schatila (20.000), Borj-el-Barajneh im Süden Beiruts;
— Ain-el-Helweh (20.000) und Mieh-Mieh (3.000) in der Nähe Sidons; hier gab es im März zunächst Angriffe der Falangisten, dann von Amal und PSP (Jumblatt); neue Angriffe von Amal werden erwartet;
— Borj-el-Chemali (30.000), Raschidijeh (15.000) und El-Baas (8.000) in der Nähe von Tyrus; nach dem Rückzug der israelischen Armee wurden die Lager sofort von Amal besetzt, die sofort Durchsuchungen nach Waffen und Verhaftungen vornahmen.



Fortsetzung von vorheriger Seite

es gute Beziehungen zwischen der Revolution und den Shiiten. Nun gibt es eine militärische Auseinandersetzung mit der AMAL-Bewegung, die sich als Führer der Shiiten ausgibt. Wie sehen Sie diese Frage?

Diese Ausführung ist nicht treffend. Hizbullah ist auch eine Führung der Shiiten und vertritt eine gegenteilige Position. Sheikh Schanseddin ist auch gegen die Ereignisse in unseren Flüchtlingslagern. Die religiösen shiitischen Instanzen haben auch Kontra gegeben und betrachten die Ereinisse als amerikanisch- israelisches Komplott, in das AMAL und Syrien hineinmanövriert wurden.

Also Sie sehen das so, daß es sich nicht um eine palästinensisch-shiitische Auseinandersetzung handelt?

Es gibt den Versuch, eine palästinensisch-shiitische Auseinandersetzung zu schaffen. Das ist der Grund für den Abzug Geageas aus dem Süden. Lassen Sie uns offen sein. Wenn AMAL weiterhin das palästinensische Blut vergießt, wird sich dies, ob wir wollen oder nicht, auf die gesamte shiitische Position auswirken. Es ist ein neues Kerbala (Heiligtum der Shiiten im Irak) aber von shiitischen Händen.

Erwarten Sie, daß das Gewicht AMALs innerhalb der Shiiten nach dem Ende dieser Auseinandersetzungen bestehen bleibt?

Leider. Der Fanatismus hat im Libanon seinen Platz gefunden. Solange es dort jemanden gibt, der das Feuer des Konfessionalismus schürt. Im Libanon findet heute jeder, der über die Errungenschaften seiner konfessionellen Gemeinschaft spricht, Gehör, inmitten des krankhaften konfessionellen Klimas.

Wie beurteilen Sie die politische und organisatorische Lage der „Errettungsfront" nach den jüngsten Auseinandersetzungen?

Die Errettungsfront wurde in Daouk begraben. Wenn sie weiter besteht, wird ihre Rolle die des Polizisten nicht übersteigen.

Es gibt Stimmen, die sagen, daß, weil Elemente der „Errettungsfront" in den Lagern gekämpft haben, ein Dialog mit ihnen begonnen werden sollte.

Deshalb sagen wir: Sie sind willkommen. Wenn sie zu ihrer PLO zurückkehren, kehren sie in den Schoß ihrer Revolution zurück. Aber wenn sie weiterhin im syrischen Schoß bleiben, werden sie bestenfalls Hilfspolizei sein, denn die Polizisten stellt die AMAL-Bewegung.

Habbash hat Damaskus verlassen. Er erklärte, daß Syrien hinter der AMAL-Bewegung steckt. Ist das eine positive Entwicklung?

Habbash hat Damaskus verlassen. Er erklärte, daß Syrien hinter der AMAL-Bewegung steckt. Ist das eine positive Entwicklung?

Er gibt eine relativ gute Erklärung in Algier ab. Am darauffolgenden Tag entschuldigt er sich in Radio Monte Carlo, damit Syrien ihm verzeiht, war er in Algier gesagt hat.

Hat sich die Haltung der Demokratischen Front unterschieden?

Zweifelsohne. Ihre Helden haben Seite an Seite mit den Helden von Al-Fatah und der PLO gekämpft.

Eröffnet das die Tür für einen neuen Dialog mit ihr?

Der Dialog mit der Palästinensischen Kommunistischen Partei und mit der Demokratischen Front war nie unterbrochen.

Erwarten Sie aufgrund dieser Haltung einen neuen Schritt von der Demokratischen Front und der Palästinensischen Kommunistischen Partei?

Nein...Aber wenn sie ihn machen, ist er willkommen. Ich sage Ihnen, nach den Massakern in den Lagern nützt die Politik in jedem Lager auf einem Bein zu stehen nichts mehr, besonders nachdem ihr Blut bei der Verteidigung der Lager geflossen ist.

Erwarten Sie dennoch die Einberufung des nächsten Palästinensischen Nationalrats und die Teilnahme der Demokratischen Front?

Es gibt keinen Grund zu warten. Wir haben für sie im Exekutivkomitee Sitze reserviert. Sie sollen kommen und sie einnehmen.

Al-Yom Assabeh, 10.Juni 1985 nach Palästina Bulletin Nr. 24/85

Türkei

»LEERT DIE KNÄSTE — GENERALAMNESTIE«

Massenkundgebung gegen die Militärjunta in Istanbul

40 bis 45.000 Menschen beteiligten sich nach Meldungen von Presse und Rundfunk am 9. Juni in Istanbul an der ersten Demonstration seit dem Putsch der Generäle vor fast 5 Jahren. Aufgerufen hatte die SODEP zu einer Kundgebung „Für Demokratie — gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit", doch es wurde zu einer Massenkundgebung gegen das faschistische Regime der Militärs, gegen die 5 Jahre währende Unterdrückung, bei der die Veranstalter der SODEP z.T. eher drohten, eine Statistenrolle zu spielen.

Auch die Teilnehmerzahl von 40.000 Personen ist durchaus beachtlich, wenn man bedenkt, daß die Entscheidung über die von der SODEP seit Anfang Mai beantragte Genehmigung von den Militärs bis eine Woche vor der geplanten Veranstaltung hinausgezögert wurde, so daß schließlich kaum Zeit für die Mobilisierung blieb. Plakate wurden verboten bzw. wieder abgerissen, Aufrufe in der Presse nicht veröffentlicht. Zudem sorgten die „Sicherheitsvorkehrungen" der Polizei dafür, den Menschen die Teilnahme weitestmöglich zu erschweren. Einzelne Kundgebungsteilnehmer wurden während der Kundgebung bzw. auf dem Weg dahin bis zu 30 (!) mal durchsucht.

Dabei ist die Organisierung von „Kundgebungen gegen die Teuerungen" seit Ende letzten Jahres von verschiedenen politischen Kräften von DSP (noch zu gründende sozialdemokratische Partei der Frau von Ecevit) über die SODEP, Halkci Parti, und sogar DYP (rechtskonservative Partei des rechten Weges) bis hin zur regimetreuen Gewerkschaft Türk-Is geplant worden. Aber außer Ankündigungen sind nie konkrete Schritte unternommen worden. Speziell der rechte Vorstand der Türk-Is zog es vor, jeden einzelnen Schritt sorgfältig mit Juntachef Evren oder zumindest Ministerpräsident Özal abzusprechen und blieb dann doch lieber bei „Funktionärsversammlungen im Saal", zu denen jedoch — weil letztlich in Buresa, kaum jemand erschien, wie die Veranstalter enttäuscht feststellen mußten.

Das Dilemma für alle diese Kräfte ist im Prinzip dasselbe: in irgendeiner Weise müssen sie protestieren, um nicht völlig ihr Ansehen und Gesicht vor der eigenen Basis zu verlieren. Auf der anderen Seite besteht die große Gefahr, daß jegliche Aktion droht, sich zu schnell zu radikalisieren und der Kontrolle der entsprechenden Partei (bzw. Gewerkschaft) zu entgleiten, wie letztlich auf den beiden Kundgebungen — sowohl in Ankara als auch in Istanbul — passiert ist. Eine Woche vor der Kundgebung in Istanbul hatte die Halkci Parti (Volkspartei) in Ankara eine Kundgebung unter ähnlichen Forderungen organisiert, in der ebenfalls Parolen der Linken gegen das Regime und v.a. die Forderung nach Generalamnestie vorherrschend waren.

Der im folgenden abgedruckte Brief einer Genossin aus Istanbul schildert eindrucksvoll die anfangs ängstliche, später begeisterte Stimmung von 10.000den von Demonstranten, in der sich die 5 Jahre lang unterdrückte Wut auf das verhaßte Regime entlud.

„Was war am 9. Juni in Istanbul los? Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich sage, daß dies nicht nur der für diese Jahreszeit heißeste Tag (29-30 Grad) war, sondern daß — politisch gesehen — Istanbul die heißesten Stunden der letzten 5 Jahre erlebt hat. Ein „Gespenst", das 5 Jahre lang verschwunden schien, aber allen Istanbulern sehr wohl bekannt ist, marschierte etwas erstaunt und ängstlich, aber in höchstem Maße fröhlich und begeistert durch die Straßen.

Die von der SODEP organisierte Demonstration „für Demokratie, gegen Teuerung und Arbeitslosgkeit" war in der Atmosphäre jahrelang andauernder Entpolitisierung weitaus radikaler und politischer als man hätte erwarten können. Die massenhafte Teilnahme von Menschen, die nicht als Parteimit-

Teuerung und Arbeitslosgkeit" war in der Atmosphäre jahrelang andauernder Entpolitisierung weitaus radikaler und politischer als man hätte erwarten können. Die massenhafte Teilnahme von Menschen, die nicht als Parteimit-

glieder dem Aufruf ihrer Partei gefolgt waren, sondern die gekommen waren, um mit Nachdruck ihre eigenen Forderungen zu rufen, hinterließ einen kleinen, aber wichtigen Ausblick auf das, was sich in der Zukunft entwickeln könnte.

Die annähernd 30.000 Menschen (Anm. 1), die sich mehrheitlich aus Arbeitern bzw. Berufstätigen und bemerkenswerterweise deutlich weniger Studenten zusammensetzten, ließen sich trotz verschiedener provokativer und aggressiver Eingriffe der Polizei nicht in die gesetzlichen Schranken verweisen. Auch die Ordner der SODEP, die — sei es aufgrund der Beschränktheit ihres eigenen Demokratieverständnisses, sei es auf Druck der Polizei — unentwegt versuchten, unsere Landsleute „damit bloß nichts passiert" zur Einhaltung der Gesetze aufzurufen, hatten damit keinerlei Erfolg. Und jedesmal, wenn die Leute gezwungen wurden, ihre selbstentwickelten Parolen, in denen sie ihren Protest zum Ausdruck brachten, zu unterbrechen, wurde für die „unerwünschten" Parolen im selben Augenblick eine Alternative gefunden. Während die radikalen Parolen meistens von den Studenten angestimmt wurden, fielen die Arbeiter sofort mit ein, die den Studenten an Radikalität in nichts nachstanden.

... Es ist wohl besser, wenn ich euch statt allgemeiner Einschätzungen, das, was sich am Sonntag ereignet hat, konkret von Anfang an erzähle: Für die drei Demonstrationszüge, die zum Sarachanepark führen sollten, waren drei Anfangsorte festgelegt worden: Unkapani, Yenikapi und Fevzipasa.

Zu diesen Anfangspunkten kam man entweder per Bus aus den Provinzstädten und Vororten oder aber aus den einzelnen Stadtteilen gruppenweise zu Fuß. Bei dieser Art der Sammlung wurden die von der SODEP vorbereiteten orangefarbenen Mützen zu natürlichen Anziehungspunkten. So bildete z.B. eine Gruppe von Arbeitern mit orangenen Mützen, die in Eminönü mit ein paar Studenten zusammentraf und dann quasi mit jedem Schritt weiter anschwoll, einen von etlichen kleinen Zügen, die nach Unkapani (einem der drei Anfangsorte) liefen. Auf der Höhe des Großmarktes waren es schon 500 Personen, die bis dahin still marschiert waren, und als nun von weitem die Parole „bagimsiz Türkiye" (Für eine unabhängige Türkei) zu vernehmen war, begannen sie sofort mit dem Rufen derselben Parole. Und unter begeistertem gegenseitigen Willkommens-Beifall vereinten sich die beiden Züge. Bis der Zug in Unkapani

(Für eine unabhängige Türkei) zu vernehmen war, begannen sie sofort mit dem Rufen derselben Parole. Und unter begeistertem gegenseitigen Willkommens-Beifall vereinten sich die beiden Züge. Bis der Zug in Unkapani

ankam, wurde jede Gruppe, die unterwegs dazustieß, mit Parolen und stürmischem Beifall empfangen und so in den Zug eingereiht. Als dann noch die Arbeiter aus Sariyer (einer Vorstadt von Istanbul, Anm. d. Ü.) mit Davul und Surnay (Türk. Trommel und Blasinstrument) dazustießen, breitete sich eine fröhliche und begeisterte Stimmung aus. Unentwegt wurden Parolen gerufen, Arbeiter und Studenten tanzten zur Musik der Davul und Surnay und lasen abwechselnd Gedichte vor.

Eine Weile später war zu hören, daß es verboten sei, Parolen zu rufen. Insbesondere die Parole „Für eine unabhängige Türkei!" Na sowas! Was soll das bedeuten, wenn in einem Land, das vor genau 62 Jahren seine Unabhängigkeit erlangte, die Forderung nach Unabhängigkeit als unverschämt zählt? Aber da die neu zum Zug stoßenden von diesen Verboten nichts wußten, war es ohnehin nicht möglich, die Leute zum Schweigen zu bringen.

Eine weitere Gruppe, die mit rund 500 Personen von Sultan-Ahmet aus losmarschiert war, trug außer ihren Transparenten auch eine große Puppe von Dogramaci (Anm. 2) mit sich, der eine riesengroße Sichel in seiner Hand trug. Mit Parolen, die zur Demonstration aufriefen, zogen sie an allen Studentenwohnheimen des Stadtteils vorbei und mobilisierten so noch zusätzlich 1.000 Teilnehmer zur Demonstration. Doch die Polizisten nahmen ihnen auf dem Weg die Puppe ab und diejenigen fest, die die Puppe getragen hatten, außerdem auch den Bürgermeister von Eminönü (Stadtteil von Istanbul). Als sie versuchten, den Zug damit einzuschüchtern, daß, falls weiterhin Parolen gerufen würden, alle mitgenommen würden, begann die Menge in die Hände zu klatschen, und so lief man von Cemberlitas bis nach Aksaray nur mit Händeklatschen. Als der Zug jedoch in Aksaray ankam und dort auf den Hauptzug traf, entlud sich die Stimmung in lautem Parolenrufen, das von nun an auch nicht mehr aufzuhalten war.

Auf dem Platz wurden folgende Parolen gerufen: „Leert die Kerker — Generalamnestie" „Nieder mit dem Faschismus" „Schulter an Schulter gegen den Faschismus" „Tod dem Faschismus, Freiheit fürs Volk" „Einziger Weg Revolution" (Anm. 3) „Keinen Polizeistaat, Rechtsstaat wollen wir" (dies war — aufgrund der aktuellen Diskussionen zum Polizeigesetz (Anm. 6) eine der allermeist gerufenen Parolen, die später in der Form „Nicht den Polizeistaat, Freiheit wollen wir" gerufen wurde). Weitere Parolen waren „Schluß mit der nationalen Unterdrückung im Osten" (gemeint ist Kurdistan), „Es lebe der 1. Mai", „Freiheit für die DISK" (am 12.9. verbotener und aufgelöster fortschrittlicher Gewerkschaftsverband), „Nein zu 141 und 142" (Anm. 4) und gleich anschließend „Nieder mit der faschistischen Verfassung", „Autonome, demokratische Universitäten", „Nein zum YOK" (Anm. 2) ... u.v.m. Die währenddessen von der Bühne ausgegebenen Parolen wie „Inönü for president", „Arbeiter und Jugend, Hand in Hand mit SODEP an die Aufgaben" fanden keinerlei Gehör. Lediglich das, was in den Reden gegen die jetzige Regierung gesagt wurde, fand seine Unterstützung in lautem Buhrufen, das sich schließlich in allgemeinem „Buhrufen" entlud.

Außer den 3.000 Ordnern der SODEP befanden sich auf dem Kundgebungsplatz rund 3.000 Zivilpolizisten, die an ihren um den Hals gehängten Kameras zu erkennen waren und vor allem an den Stellen, wo viele Studenten standen, unentwegt fotografierten. Was die offiziellen (uniformierten) Polizisten anbelangt, so legten diese ein äußerst hektisches und provokatives Verhalten an den Tag. (Eigentlich muß man diese armen Männlein auch verstehen. Für sie ist es bestimmt nicht leicht, das Gespenst, das sie von Grund auf ausgerottet zu haben glaubten, nun von neuem auf der Straße zu sehen). Immer wieder machten sie Ausfälle in die Studentenblöcke und haben nach dem, was wir aus der Zeitung erfahren haben, rd. 100 Personen festgenommen (Anm. 3) Dagegen wurde — abgesehen von einigen Ereignissen zum Schluß der Kundgebung — kein Widerstand geleistet. Mit Beginn der Rede von Erdal Inönü (Anm.: Vorsitzender der SODEP) begannen einzelne Gruppen allmählich, sich zu zerstreuen. Zu diesem Zeitpunkt fiel die Polizei in einen Block von Studenten ein und versuchte 10 Personen festzunehmen. Als sie auf Widerstand trafen, begannen sie die Leute, die sie festnehmen woll-

diesem Zeitpunkt fiel die Polizei in einen Block von Studenten ein und versuchte 10 Personen festzunehmen. Als sie auf Widerstand trafen, begannen sie die Leute, die sie festnehmen woll-

ten, über den Boden zu schleifen. Daraufhin begannen die umstehenden Arbeiter und Studenten, die Polizisten zu beschimpfen und mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei zog sich dann mit den 10 Festgenommenen zurück. Was mir an diesem Vorfall auffiel, war, daß niemand — auch von den Arbeitern keiner — versuchte, die Leute abzuhalten („Mensch, bleib ruhig, laßt euch nicht auf sowas ein"), sondern daß sich der gemeinsame Protest einzig gegen die Polizei richtete „Was mischt ihr euch ein, können wir nicht das rufen, was wir wollen?"

Soweit die Ereignisse vom 9. Juni. Wenn die Teilnahme von 30.000 Leuten (Anm. 1) niedrig erscheinen sollte, so sind aber meiner Meinung nach die Spuren, die sie hinterlassen hat, keineswegs gering!

1) Neben den speziellen Forderungen (gemeint sind Amnestie, YÜK, Gewerkschaftsrechte etc.) richtete sich die Aktion **politisch insgesamt direkt gegen die Junta.**

2) Die Teilnehmer der Kundgebung wurden nicht von denen auf der Bühne vertreten, sondern setzten ihre eigene Linie selber durch.

3) Zahlenmäßig waren die Arbeiter die stärkste Gruppe.

„Der Staatspräsident sagte, daß auf der Kundgebung der SODEP eine Reihe von Parolen gerufen wurden, die an die Zeit vor dem 12. September erinnern. (s. Anm. 3) und dies seine Aufmerksamkeit erregt habe ... Daß dies sogar zur Zeit des noch geltenden Kriegsrechts möglich gewesen sei, sei ihnen eine Lehre gewesen, kommentierte er die Ereignisse" (nach Cumhurr. v. 12.9.). Naja, wir werden sehen, wie unser Staatspräsident von dieser Erfahrung profitiert, während sie gerade dem Entwurf des Polizeigesetzes (Anm. 6) den allerletzten Schliff geben, um so das „Kriegsrecht ohne Kriegsrecht" vorzubereiten ... Aber gilt nicht auch für sie, daß auf jeden Auschwung, der sich nicht verhindern ließ, unweigerlich der Niedergang folgt ...?"



Anmerkungen:

1) In Presse und Rundfunk wurde die Teilnehmerzahl durchweg mit 40.000 bis 45.000 angegeben.

2) Dogramaci ist der Vorsitzende des Hochschulkontrollrats YÖK, der 1982 durch das gleichnamige Hochschulgesetz YÖK eingeführt wurde und mit dem die Autonomie der Hochschulen und Universitäten beseitigt wurde. Alle Hochschulen und Unis, die Berufung von Dozenten und Professoren sowie ihre Lehrprogramme sind der Kontrolle von YÖK unterstellt, der wiederum der direkten Kontrolle der Generäle (spez. Evren) untersteht. Das Lehrniveau der Universitäten wurde auf Mittelschulniveau heruntergeschraubt, hunderte von Profs und Dozenten mußten ihre Lehrstühle verlassen oder zogen es vor, freiwillig zu gehen (was die Zeitung Cumhurriyet einmal als „100%iger Hirnexodus an türkischen Universitäten" bezeichnete). Mit dem Gesetz YÖK wird außerdem allen Hochschulangehörigen (Studenten und Lehrkörper) jegliche politische Betätigung, jegliche Mitgliedschaft in politischen Parteien grundsätzlich verboten und auch die Mitgliedschaft in Vereinen der Genehmigung und Kontrolle des YÖK unterstellt.

3) Wie auch auf der Kundgebung der Halkci Parti, die eine Woche zuvor in Ankara stattfand, waren außer den aktuellen Parolen für Generalamnestie und gegen die faschistische Verfassung viele Parolen von „Vor dem 12.9.80" zu hören. Diese sind nicht nur deswegen politisch brisant, weil Parolen wie „Nieder mit dem Faschismus" das heutige — angeblich „demokratisch gewählte" Regime als faschistisch bezeichnen, sondern es handelt sich überwiegend um Parolen, die ganz bestimmten, seit dem 12.9. verbotenen und verfolgten Organisationen zugeordnet werden (z.B. „Tek yol devrim" — Einziger Weg Revolution — als Parole von devrimci Yol usw., entsprechende Parolen anderer Or-

me als faschistisch bezeichnen, sondern es handelt sich überwiegend um Parolen, die ganz bestimmten, seit dem 12.9. verbotenen und verfolgten Organisationen zugeordnet werden (z.B. „Tek yol devrim" — Einziger Weg Revolution — als Parole von devrimci Yol usw., entsprechende Parolen anderer Or-

ganisationen). Daß diese Parolen auch fünf Jahre nach dem Verbot und der Zerschlagung der linken Organisationen massenweise gerufen wurden, zeigt die nach wie vor vorhandene Anhängerschaft.

4) Die §§ 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches sind als sog. Fikir-suc (Gesinnungsschuld) bekannt und ermöglichen (auch vor 1980) die Kriminalisierung jeglicher linken und marxistischen Politik als „auf die Zerschlagung des türkischen Staates gerichtet" mit schweren Strafen.

5) Festnahmen: Während die Presse direkt nach der Kundgebung die Zahl der Festnahmen auf über 100 bezifferte, wurden in den folgenden Wochen ca. die Hälfte der Festgenommenen wieder freigelassen. Nach offiziellen Meldungen befanden sich am 29. Juni noch 43 Personen in Haft, über die erhobenen Anschuldigungen liegen keine konkreten Informationen vor, überwiegend wird es sich um das „Rufen illegaler Parolen" handeln. Am Freitag, dem 28. Juni wurde außerdem einer der Redner der SODEP und stellvertretende Generalsekretär der Partei Nail Gürman von Militärs in seiner Wohnung in Ankara verhaftet und nach Istanbul gebracht. — Er soll in seiner Rede verbotene Anschuldigungen gegen das Regime erhoben haben.

6) Polizeigesetz: Eine Woche nach der Kundgebung der SODEP wurde vom türkischen Parlament nach langen und aufregenden Debatten schließlich das umstrittene neue Polizeigesetz verabschiedet, das in seinem Kern vorsieht, die heutigen Vollmachten des Militärs rechtzeitig vor der Aufhebung des Kriegsrechts in den verbleibenden 13 Provinzen an die Polizei zu übertragen. — So kann die Polizei in Zukunft willkürlich Personen verhaften, Vereine, Kinos, Theater schließen, von der Schußwaffe Gebrauch machen, bereits in Untersuchungshaft Einsitzende aus dem Gefängnis erneut auf die Polizeiwache (zur Folter) abholen und bis zu 15 Tagen festhalten ... Während der Beratungen im Parlament war es zu erbitterten Protesten bis hin zu Handgreiflichkeiten gekommen. Die gesamte reaktionäre Presse, linke wie rechte Parteien bis hin zur MDP (der Partei der Generäle), protestierten erbittert gegen „die Einführung des Polizeistaats", der allerdings nichts weiter vorsieht, als die Fortsetzung des Status quo, indem nur die Rolle, die heute überwiegend von Militärs ausgeübt wird, an die Polizei übergeben wird.

Der Kampuchea-Konflikt, Teil 2
Pol Pot, wer war das eigentlich?
Zur Politik und Ideologie der Khmer Rouge 1970 - 1979

„Es gibt kein Vorbild für das revolutionäre Experiment der Khmer. Wir wollen etwas verwirklichen, das es noch niemals in der Geschichte gegeben hat," äußerte Vize-Premier und Außenminister des Pol Pot-Regime, Ieng Sary 1977 gegenüber dem „Spiegel". In der Tat ist das vierjährige „Experiment" Demokratisches Kampuchea in der Weltgeschichte einmalig, es kostete mehr als einer Millionen Khmer das Leben. Wieviele es nun genau waren ist bis heute ein leidenschaftlicher Streitpunkt zwischen Kritikern und Verteidigern de Pol Pot-Regimes. Der vorliegende Artikel versucht weniger die humanitären Aspekte der Pol Pot-Ära zu beleuchten, dies ist bereits von anderen Medien ausreichend getan worden, sondern vielmehr die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Kommuninistischen Partei Kampucheas herauszuarbeiten.



Nach der Befreiung 1975 verwandelte sich Kampuchea Schritt für Schritt in ein großes Arbeitslager

Fraktionen und Strömungen

Die Parteiorganisation der *Khmer Rouge* bot 1970 ein wenig einheitliches Bild, eine Vielzahl von Guerillaeinheiten lebte im Hinterland Kampucheas verstreut. Seitdem sich 1963 das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kampucheas (KPK) „in die Berge" abgesetzt hatte, folgten nach und nach Angehörige der städtischen Linken oder Intelligenz, die sich der Guerilla auf dem Land anschlossen oder aber neue Guerillaeinheiten aufbauten. Die Kommunikation zwischen den verstreuten Guerillaeinheiten war nur wenig entwickelt, sodaß die meisten Entscheidungen der Parteipolitik von der lokalen Leitung getroffen wurden.

Der Masseneinfluss der KPK blieb bis zum Sturze Sihanouks recht begrenzt. Ein großer Teil, insbesondere der älteren Bauernschaft, war noch in der traditionellen Loyalität zum Königshaus verwurzelt. Der Aufbau der FUNK, einer vereinigten Widerstandsfront gegen den US-Vassallen Lon Nol, erweiterte den Masseneinfluss de KPK erheblich. Aufgrund der straffen Organisierung der KPK auf lokaler Ebene ließ sich der Einfluss von Sinanoukanhängern, die in die FUNK strömten, relativ gering halten bzw. neutralisieren. Bis 1975 hatte die KPK die FUNK vollständig übernommen und alle Sihanoukisten aus Leitungsfunktionen ver-ren. Bis 1975 hatte die KPK die FUNK vollständig übernommen und alle Sihanoukisten aus Leitungsfunktionen ver-drängt.

In der KPK selbst agierten drei Strömungen, die sich bis 1977 auch territorial lokalisieren ließen.

— Eine national-revolutionäre Gruppe um Pol Pot und geführt von ihm. Ihr Ziel war es Kampuchea in einem „super großen Sprung nach vorn" (1) in ein „entwickeltes Industrieland mit großer Stärke für die nationale Verteidigung" (2) zu verwandeln. Die Führer dieser Gruppe rekrutierten sich aus einem Kreis von Intellektuellen, die Frankreich in studiert hatten. Die Kraft des neuen Kampuchea sollte auf einer entwickelten Agrarproduktion, einer mobilisierten Bauernschaft und einem militanten Patriotismus insbesondere der bäuerlichen Jugend ruhen, die losgelöst von den traditionellen Denkstrukturen und Werten der alten kampucheanischen Gesellschaft das neue Kampuchea „aufbauen und verteidigen"(3) sollte.

Die Pol Pot-Gruppe war die einflussreichste Strömung in der KPK, sie hatte nicht nur Fraktionscharakter, sondern wirkte als Partei in der Partei. Während der 60ger Jahre kontrollierte sie den entlegenen Nordosten des Landes, weitete Anfang der 70ger ihren Einfluss auf die gesammte Nordzone aus, übernahm 1975 den Südwesten des Landes und hatte bis Ende 1977 das gesammte Land unter ihre Kontrolle gebracht.

— Ein an der Kulturrevolution in China orienter Kreis von Studenten, Lehrern und Hochschullehrern. Die chinesische Kulturrevolution hatte 1966/67 einen maßgeblichen Einfluß auf das politische Leben der Schulen und Hochschulen in Phnom Penh. Die führenden Vertreter dieser Strömung waren Tiv Ol, Phouk Chhay und Hu Nim. Die beiden letzteren waren Vorsitzende der Khmer-Chinesischen Freundschafts Assoziation. Etwa 2000 Intellektuelle verließen bis 1968 die Städte um sich der entstehenden Guerilla im Hinterland anzuschließen.

Diese Strömung agierte nicht als Fraktion innerhalb der KPK, ihre Vertreter lassen sich besser als revolutionäre Unabhängige bezeichnen. Bis zur Befreiung Phnom Penhs im April 1975 konzentrierte sich das Haupteinflussgebiet dieser Strömung auf die Südwestzone Kampucheas. Ihr Einfluss auf die Entscheidungen der Revolutionsregierung nach 1975 schwand mit auf die Entscheidungen der Revolutionsregierung nach 1975 schwand mit der zunehmenden Rechtsentwicklung der chinesischen Politik. Das Enstehen der chinesischen „Drei-Welten-Theorie", die den Hauptfeind im realsozialistischen Lager sah, die Annäherung Vietnams an den RGW-Block und die damit, aus chinesischer Sicht, verbundenen „Expansion" des Hauptfeindes vor die chinesische „Haustür" Indochina, ließ die rechte Führung in Beijing auf die bedingungslose Unterstützung der Pol Pot-Gruppe setzten. Denn die Pol Pot-Gruppe versprach die erfolgreichste Destabilisierung Vietnams, entfesselte einen blutigen Grenzkrieg gegen vietnamesisches Territorium. Das Hauptinstrument, mit dem die chinesische Führung es verstand, auf die Machtkämpfe innerhalb der KPK zugunsten der Pol Pot-Gruppe Einfluss zu nehmen, lag in der Abhängigkeit Kampucheas von chinesischen Hilfslieferungen und Militärgütern.

Die einflussreichsten Vertreter der „kulturrevolutionären" Strömung (s.o.) wurden 1977 liquidiert, wie auch alle anderen Vertreter der revolutionären Intelligenz, die nicht zum engen Führugskreis um Pol Pot gehörten. Im Gegensatz zur oft zitierten vietnamesischen Sichtweise, daß das Pol Pot-Regime die konsequenteste Fortsetzung der Kulturrevolution gewesen sei, bestanden die „Verdienste" der Pol Pot-Gruppe eher darin die „kulturrevolutionäre" Strömung ausgeschaltet zu haben.

— Die Überlebenden der dritten Strömung der KPK führen heute die Regierungsgeschäfte in Phnom Penh. Die Kader dieser dritten Strömung orientierten sich mehr oder weniger am vietnamesischen Entwicklungsmodell zum Sozialismus. Die meisten von ihnen gehörten zum Stamm der Partei-Veteranen, viele von ihnen hatten schon in den 50ger Jahren in der Khmer Issarak Bewegung gegen den französischen Kolonialismus gekämpft, die Phase der „indochinesischen" KP mitgestaltet und einige waren im vietnamesischen Exil geschult worden. Ihr Haupteinflussgebiet lag in der Ostzone Kampucheas, das erst nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes 1978 unter die vollständige Kontrolle der Zentralgewalt der Pol Pot-Gruppe gelangte. Der vietnamesi-sche Einfluss auf diese Strömung variierte. Z. T. beruhte er auf den positi-sche Einfluss auf diese Strömung variierte. Z. T. beruhte er auf den positiven Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes gegen die Lon Nol-Armee, die in der Ostzone dazu geführt hatten daß *Khmer Rouge*-Einheiten gemeinsame Kommandostrukturen mit der National Liberation Front (NLF, Südvietnam) eingegangen waren. Aus diesen Erfahrungen erwuchs die Einsicht den sozialistischen Befreiungskampf, wie den Aufbau des Sozialismus insgesammt in enger Kooperation mit den vietnamesischen und laotischen Genossen zu führen. Zum Teil beschränkte sich der vietnamesische Einfluss auf die Kader dieser Strömung auch mehr auf eine Orientierung am, vom marxistischen Standpunkt aus gesehen, orthodoxen ökonomischen Entwicklungsweg, den Nordvietnam in den sechziger Jahren einschlug (derselbe kann hier nur angedeutet werden, er bestand darin, sehr rasch eine moderne industrielle Großproduktion aufzubauen).

„Reis haben, heißt alles haben" Das Primat der Landwirtschaft

Als die *Khmer Rouge* 1975 die Macht im Lande übernahmen kollabierte die Ökonomie Kampucheas. 1975 hatte sich in Folge der Kriegshandlungen die Reisproduktion auf ein Viertel des Jahres 1969 reduziert, das gleiche galt für das wichtige Exportgut Gummi. 75 % des Haustierbestandes waren getötet worden, 40 % der Straßen durch die US-Bombardierungen zerstört und ein Drittel der Brücken gesprengt worden. Das Lon Nol-Regime hatte sich in den letzen Kriegsjahren allein durch US-amerikanische Hilfslieferungen über Wasser halten können. Die Hauptstadt Pnohm Penh war durch den Flüchtlingsstrom auf über drei Mill. Menschen angeschwollen, und hätte auch jede andere Revolutionsregierung vor die schier unlösbare Aufgabe gestellt, diesen weitgehend nicht produktiven Bevölkerungsteil zu ernähren.

Die bäuerliche Produktionsweise Kampucheas war äußerst rückständig. Mangelnde Bewässerungssysteme erlaubten nur eine Ernte pro Jahr. Das Gros der Bauernschaft lebte in Subsistenzwirtschaft. Die Hauptwidersprü-che auf dem Land entwickelten sich entlang den Austauschverhältnisse mitche auf dem Land entwickelten sich entlang den Austauschverhältnisse mit den Städten. Eine kleine Händlerbourgeoisie kaufte die überschüssigen Agrarprodukte zu niedrigen Preisen auf, die von der Bauernschaft nicht selbst produzierbaren Güter wie Werkzeuge, Zement, Textilien wurden zu überhöhten Preisen an die Bauernschaft verkauft. „Die Bäume wachsen auf dem Land, doch die Früchte werden den Städten geerntet" schrieb der führende Theoretiker der KPK, Hou Yuon, 1964. In seiner Schrift „Die Kooperativen-Frage" (4) legte er ein schlüssiges Konzept zur Transformation der bäuerlichen Produktionsweise vor, das geeignet gewesen wäre die Lebensbedingungen der Bauern nachhaltig zu verbessern. Das Instrument, das Hou Youn zur Umwälzung der Produktionsverhältnisse vorschlägt, ist die schrittweise Einführung eines Kooperativensystems. Hou Youns Vorschläge 1964 stehen im krassen Widerspruch zu dem Kooperativensystem, das unter der Herrschaft des Pol Pot-Regimes elf Jahre später Kampuchea in ein großes Arbeitslager verwandeln sollte. Hou Youn schlug vor an bereits in der Bauernschaft verankerten Kooperationsformen anzusetzen, wie sie sich in der gegenseitigen Nachbarschafthilfe oder aber saisonal begrenzter Gemeinschaftsarbeit eines Dorfes ausdrückt (z. B. gemeinschaftliche Reparaturarbeiten im Straßenbau, außerhalb der Ernte- und Pflanzzeiten). Diese bereits bestehenden Kooperationsformen gelte es auszubauen und nach und nach auf die Ernte- und Pflanzzeiten auszudehnen. Die Akkumulation von Arbeitskraft, der Aufbau von Arbeitspools, die Aufteilung der Arbeitsergebnisse, je nach Anzahl der eingebrachten Arbeitstage, legt die Grundlage für das Entstehen von Kooperativenbewußtsein. „.... Gruppen, die die Produktivkräfte akkumulieren, sind das Saatbett für das Einpflanzen und die Aufzucht von Kooperativen-Bewußtsein. Kooperativen kann man nicht aufbauen, wenn es kein Kooperativen-Bewußtsein, kein Bewußtsein für Gemeinschaftsinteresse gibt. Arbeitspools sind der erste Schritt Prouktions-Kooperativen zu etablieren. Wir glauben, daß fortgeschrittenere Produktions-Kooperativen durch diesen Prozess hindurch müssen; Arbeitspools sind der erste Basisschritt der getan werden muß."(5) Darauf aufbauend können Kooperativen entstehen, in denen die Mitglieder ihre gesammten Produktionsmittel, einbringen (Land, Werkzeug, Tiere) und die Arbeitserträge entsprechend der eingebrachten Produktionsmittel und Arbeitsleistung verteilt werden. Das angestrebte Endziel sind dann Kooperationsformen, in denen der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben und die Früchte der Arbeit allein nach eingebrachter Arbeitleistung und sozialer Notwendigkeit verteilt werden. Dieser Transformationsprozess ist für Hou Yuon ein zutiefst demokratischer, in dem der Grad der Vergesellschaftung der Produktion einhergehen muß mit der Erziehung der Massen zu Kooperativen-Bewußtsein. Über Demokratie in Kooperativen schreibt Hou Yuon: „Eine Versammlung wählt die Leiter (der Kooperative, Anm. d. Verf.). ... Für gewöhnlich wird gesagt, die Aufgabe der Leiter sei es, die Mitglieder zu erziehen und zu lehren. Das ist korrekt, aber oft wird dabei vergessen, daß die Massen, die Mitglieder, auch die Aufgabe haben ihre Leiter zu erziehen und zu lehren. ... Ein guter Leiter, den das Volk liebt, dem es vertraut, ist der, der sich klein macht um vom Volk zu lernen ... und die Erfahrungen des Volkes sorgfältig reflektiert. ... Das Verhalten eines Balat (traditioneller Verwaltungsbeamter, Anm. d. Verf.), die Anmaßung der Boss zu sein und Anweisungen zu geben, steht im totalen Widerspruch zu den demokratischen Methoden, die in Kooperativen angewandt werden müssen. ... Die Organisation der Bauern kann nur überleben, wenn sie demokratisch ist. Die Formierung der Kooperativen muß die weitestgehende Anwendung der Demokratie bewirken ... ."(6)

Anklänge an das Gedankengut der chinesischen Kulturrevolution sind deutlich. Die Vorstellungen Hou Yuon wurden deshalb ausführlicher dargestellt, weil sie stellvertretend für das programmatische Modell der kulturevolutionären Strömung innerhalb der KPK standen, zu der Hou Yuon auch gehörte. (Er wurde bereits 1975 durch die Pol Pot-Gruppe liquidiert).

Doch zurück zur sozialen Wirklichkeit Kampucheas in den Jahren 1975-1979.

Die Lebensbedingungen der kampucheanischen Bevölkerung in diesem Zeitraum unterschieden sich von Provinz zu Provinz, waren von der ideolo-gischen Ausrichtung der lokalen Par- Zeitraum unterschieden sich von Provinz zu Provinz, waren von der ideolo-gischen Ausrichtung der lokalen Parteileitung abhängig. So lassen sich nur grob verallgemeinernde Aussagen treffen. Die KPK ließ sich von der Hauptintention leiten, und das war aufgrund der katastrophalen ökonomischen Situation innerhalb der KPK auch unstrittig, die Reisproduktion zu vervielfachen. Drei Methoden kamen dabei hauptsächlich zur Anwendung, die Kollektivierung der gesammten Landwirtschaft durch Zusammenfassung der Bevölkerung in etwa 30.000 Kooperativen mit strengster Arbeitsdisziplin, Aufbau eines Bewässerungssystem, das in seiner Endphase ganz Kampuchea überspannen sollte, um zwei bis drei Ernten im Jahr zu ermöglichen und drittens Urbarmachung und Besiedlung bislang landwirtschaftlich nicht genutzter Gebiete, das waren hauptsächlich bewaldete Gebiete, die im großen Umfang abgeholzt wurden (eine Aufgabe, die weitgehend von den evakuierten, ehemaligen Stadtbewohnern übernommen werden mußte).

Die soziale Wirklichkeit der neuen Kooperativen unterschied sich fundamental von der herrkömmlichen bäuerlichen Gesellschaftsstruktur. Der von Hou Yuon geforderte Transformationsprozess, in dem sich das noch halbfeudale Bewußtsein der Bauernschaft hin zu Kooperativen-Bewußtsein entwickeln sollte, wurde schlichtweg übersprungen. In einem Artikel der KPK-internen Zeitung Tung Padevat heißt es: „Landreform ist keine Phase. Wir haben sie bereits durchgeführt. Wenn auch einige unter uns noch nicht bemerkt haben, daß wir sie implementierten. Es gab dabei kaum Hindernisse. Landreform heißt, den Landbesitzern das Land zu nehmen und es an die bäuerlichen Individuen zurückzugeben. Nun ist das Land Eigentum der Kollektive ... . Die Periode der Landreform haben wir mit Leichtigkeit durchschritten."(7) In der Tat hatte es noch vor der Befreiung in Teilen Kampucheas, die von Pol Pot Opponenten kontrolliert wurde, eine Landreform gegeben. Sie beinhaltete in der Regel eine Beschneidung der Bodenfläche der wenigen Großbauern und die Verteilung des Landes an landlose Tagelöhner. In den Pol Pot domi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nierten Gebieten orientierte man hingegen von Anfang an auf Kollektivierung, bis 1973 auf freiwilliger Basis, danach mit Zwangsmitteln.

So wenig, wie sich die Kollektivierungsmaßnahmen nach 1975 auf die Akzeptanz und Überzeugung der bäuerlichen Massen (der zwangsweise evakuierten Stadtbewohner schon garnicht) stützen konnte, umso mehr wurden sie mittels administrativer und repressiver Maßnahmen durchgesetzt. Die Kollektive der Pol Pot-Ära zeichneten sich (in der Regel) durch einen langanhaltenden Arbeitstag (Sonnenauf- bis Untergang), der auch Kinderarbeit einschloss, Nahrungszuteilung nach Arbeitsleistung, Kollektivierung aller Produktionsmittel und starke Beschränkung der Anzahl persöhnlicher Besitzgegenstände, aus. Die Kollektive waren quasi-militärisch organisiert, basierten auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Die Kollektivleitungen wurden von der lokalen Parteileitung eingesetzt und hatten weitreichende Befugnisse, konnten exemplarische Bestrafungen aussprechen, in vielen Kollektiven waren sie auch Herrscher über Leben und Tod. Ein- bis zweimal die Woche wurden Massenversammlungen abgehalten, die der Schulung zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität dienten, auf denen Abweichlertum entlarvt und Selbstkritik geübt wurde.

Die soziale Kontrolle

Das Ziel der Pol Pot-Gruppe beschränkte sich nicht darauf, die Agrarproduktion als materielle Basis der Khmer-Gesellschaft neu zu organisieren; auch die Menschen selbst, ihr Denken, ihre traditionellen Verhaltensweisen wurden zum Gegenstand radikaler Veränderung gemacht. Pol Pot 1978 : „Die Kultur des Demokratischen Kampuchea ist ... eine neue Kultur ... Aus unserer nationalen Tradition wählen wir allein die progressiven Werte und vernichten die reaktionären und rückwärts gewandten Merkmale." (8) Die Evakuierung der Städte hatte deshalb nicht allein die Funktion die Nahrungsmittelkrise zu beheben, sondern diente auch dazu die städtische Kultur zu zerschlagen. Rückblickend auf die Periode der Sihanouk-Ära äußerte Radio Pnohm Penh 1976: „In dieser Periode verloren wir (die Nation ist gemeint, Anm. d. Verf.) alles Gefühl für unsere nationale Seele und Identität. Wir waren vollständig versklavt, von einer reaktionären, korrupten und rowdyhaften Art des Denkens, der Gesetze, Sitten, Traditionen, der politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Art und Weise des Lebensstiles, der Kleidung und anderer Verhaltensschablonen, (versklavt durch) den Imperialismus, Kolonialismus und die unterdrückenden Klassen." (9)

Die Städte als Kristalisationspunkte dieser „alten reaktionären" Kultur hatten deshalb im neuen Kampuchea ihre Existenzberechtigung verloren. In den Kollektiven der Pol Pot-Ära wurde ein breites Instrumentarium der so-

unterdrückenden Klassen." (9)
Die Städte als Kristalisationspunkte dieser „alten reaktionären" Kultur hatten deshalb im neuen Kampuchea ihre Existenzberechtigung verloren. In den Kollektiven der Pol Pot-Ära wurde ein breites Instrumentarium der so-

zialen Kontrolle aufgebaut, denn: „Die Bourgeoisie kann nirgendwo hin. Sie ist ein Satellit der Arbeiter- und Bauernmacht geworden. Sie ist gezwungen worden, die gleiche manuelle Arbeit wie die Bauern zu verrichten. Diese Leute sind Neu-Bauern, die aus der Bourgeoisie kommen. ... ihre ökonomische Basis ist bereits zusammengebrochen, aber *ihre Ansichten, ihre Sehnsüchte, sind geblieben*. Deshalb werden sie sich auch weiterhin gegen die Revolution stellen." (10)

Nun wurden aber die Mittel der sozialen Kontrolle und Repression nicht etwa, wie beim Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats allgemein üblich, zur Unterdrückung der Bourgeoisie eingesetzt, vielmehr richteten sie sich gegen das Volk insgesamt. In den Kollektiven der Pol Pot-Ära herrschte eine klare Zweiteilung, da war zum einen das „alte Volk", also diejenigen die schon längere Zeit in den befreiten Gebieten gelebt hatten, und das „neue Volk", die ehemaligen Städter, oder Flüchtlingsbewohner der Städte. Letztere (und das waren immerhin 40 % der gesammten Bevölkerung) wurden bei der medizinischen Versorgung, wie bei der Nahrungsmittelzuteilung, benachteiligt, ihnen wurde in der Regel die schwerste körperliche Arbeit zugewiesen. Mit der Abschaffung des Geldes, gleich nach der Befreiung Phnom Penhns, war es kaum möglich außerhalb der Kollektive zu existieren; alle Märkte verschwanden, so daß die Menschen allein auf die Reiszuteilungen der Kollektivleitungen abgewiesen waren. Auch die Flucht aus den Kollektiven wurde damit so gut wie unmöglich, da man sich auf dem Fluchtwege nicht hätte ernähren können. Mit der Einrichtung der kommunalen Speisehallen, der „Sozialisierung der Töpfe und Pfannen", die ab Mitte 1977 mehrheitlich im Lande durchgesetzt wurde, schuf sich das Regime ein zusätzliches Instrument der täglichen Belohnung oder Bestrafung durch die Nahrungszuteilung. Ein letztes Stück individueller Lebensführung, selbst zu kochen, zu essen wenn man Hunger hatte, wurde eingeschränkt. Das Pol Pot-Regime beschränkte sich nicht darauf die Produktion zu kollektivieren, es wollte die Menschen selbst, ihr Denken, ihr Verhalten kollektivieren. So wurden in den Kollektiven Kinder von ihren mit der alten reaktionären Kultur verwachsenen Eltern getrennt. In mehreren Kollektiven wurde versucht die traditionellen Familienstrukturen zu zerschlagen, wurden Ehepaare getrennt, ein nächtliches Beisammensein auf einmal pro Woche beschränkt; in mehreren Kollektiven kam es zur zwangsweisen Verheiratung nach dem Gusto der Kollektivleitungen. Das Pol Pot-Regime muß große Angst vor dem eigenen Volk gehabt haben; daß sie nicht ganz unberechtigt war zeigen die Ereignisse nach der vietnamesischen Intervention : das Volk lynchte die Kader des Pol Pot-Regimes, soweit sie ihrer noch habhaft werden konnte und mußte von der vietnamesischen Armee z.T. mit Gewalt daran gehindert werden.

Vom Nationalismus zum Chauvinismus und Rassismus

Das traditionelle Geschichtsbewußtsein, sprich das herrschende Bewußtsein, wie es in Schulen und Hochschulen Kampucheas in den 60ger Jahren vermittelt wurde, stellte Kampuchea als eine von kontinuierlichem Gebietsverlust und der Ausrottung betroffene und bedrohte Nation dar. In der Tat, seit den glorreichen Tagen des Khmerreiches Ankgor (9.-15. Jahrhundert), das Thailand, Burma und Vietnam beherrschte war Kampuchea von einem ständigen Gebietsverlust betroffen. Dieser Prozess wurde erst durch die beginnende Kolonisierung der Franzosen im 19. Jahrhundert gestoppt. In allen Nachbarländern Kampcheas leben Minoritätsgruppen ethnischer Khmer-Zugehörigkeit. Die größte Khmer-Gruppe findet man dabei im südvietnamesischen Mekong-Delta, etwa eine Million. Diese Khmer-Gruppe heißt deshalb im Volksmund auch „Khmer aus dem Tiefland Kampucheas" (*Kampuchea Krom*). Der Wunsch, oder besser Traum, auf die „Wiedervereinigung aller Khmer" in Thailand, Kampuchea und Südvietnam, die Beschwörung der glorreichen Zeit von *Angkor*, war dehalb fester Bestandteil der herrschenden Ideologie. Dieser Wunsch wurde auch immer wieder vom Lon Nol-Regime beschworen, nur war dieses Regime zu schwach den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Auch die Pol Pot-Gruppe hatte nicht mit der herrschenden Ideologie gebrochen, sich auf die ehemalige nationale Größe Kampucheas zu berufen; im Gegenteil, in einer Rede September 1977 verglich Pol Pot das *Angkor*-Reich mit der Befreiung Phnom Penhs : „Vor

mit der herrschenden Ideologie gebrochen, sich auf die ehemalige nationale Größe Kampucheas zu berufen; im Gegenteil, in einer Rede September 1977 verglich Pol Pot das *Angkor*-Reich mit der Befreiung Phnom Penhs : „Vor

langer Zeit gab es Angkor. Angkor wurde im Zeitalter der Sklaverei geschaffen. Unter der Ausbeutung der Ausbeuterklassen bauen Sklaven wie wir Angkor wieder auf, so können die königlichen Herrschaften zufrieden sein. Wenn unser Volk Angkor schaffen kann, dann kann es alles schaffen." Folglich zierten die Ruinen von *Angkor* die National-Flagge des Demokratischen Kampucheas. (11) Die Großmacht-Träume aus vergangenen Tagen sollten das Verhältnis des Pol Pot-Regimes zu seinen Nachbarn bestimmen, bereits 20 Tage nach der Befreiung Phnom Penhs überfielen *Khmer Rouge* Einheiten vietnamesisches Terretorium. Vietnam sollte nicht das einzige Opfer des Regimes bleiben, ab 1977 mehren sich auch die Meldungen der Übergriffe gegen thailändisches Terretorium (sie sind aus Platzgründen nicht in der Zeittafel aufgeführt). Die innere Dynamik des vom Pol Pot-Regime gegen Vietnam vorgetragen Grenzkrieges ist für einen Aussenstehenden nur schwer zu überblicken. Die offizielle Verlautbarungspolitik des Pol Pot-Regimes nannte keine territorialen Kriegsziele. Die ersten Überfälle 1975 wurden von Pol Pot als „Mißinterpretationen der Landkarte" entschuldigt. Nach einem Jahr der Grenzruhe (1976 — Anfang 1977), welches das Pol Pot-Regime zur inneren Machtkonsolidierung benutzte, gewannen andere Argumentationsmuster zur Rechtfertigung der Aggressionen die Überhand. „Die Akte der Aggression und Annektion von Territorium durch die Vietnamesen, hat in der Vergangenheit, wie der Gegenwart klar die wahre Natur Vietnams und der Vietnamesen enthüllt; es ist eine Natur von Agressoren, Annektionisten und Verschlingern der Terretorien anderer Länder. Die Annextionen von Champa (!, das war 1471-1693, Anm. des Verf.) und Kampuchea Krom (!, 1623-1939) haben das nachgewiesen. ... Die Vietnamesen haben ihre wahre Natur nicht geändert." (12) Die eigentlichen Beweggründe der Aggressionspolitik gegen Vietnam enthüllt jedoch der damalige Gefangene und heutige Waffenbruder der Pol Pot-Gruppe gegen die „vietnamesischen Besatzer" Norodom Sihanouk : „Im September 1975 war ich in der Tat überrascht von Khie Samphan, Son Sen und Kumpanen zu hören, dabei lächelten sie selbstgefällig, daß ihre Soldaten unzufrieden mit der Partei seien, da letztere ihnen kein grünes Licht für die Wiedereroberung von Kampuchea Krom, sowie der Grenzregionen Thailands (Aranya, Surin etc.), die in der Vergangenheit Kampuchea gehörten, gab." (13) Sihanouk nennt noch weitere Details der Unterhaltung : „In der Vergangenheit, sagten sie, haben die Landesführer Kampuchea Krom und Südvietnam an die Vietnamesen verschachert. Unsere Armee kann sich mit dem Status Quo nicht abfinden. Wir müssen den Krieg mit Vietnam aufnehmen um Kampuchea Krom zurückzugewinnen." (14)

Die Eskalation des Krieges bis hin zur Intervention in Vietnam 1979 war keine zwangsläufige Enwicklung. Der oft von Vietnamkritikern für die Besetzung Kampucheas angeführte Vorwurf, Vietnam habe seine Pläne einer „Indochinesischen Föderation" niemals aufgegeben und 1979 faktisch durchgesetzt, entbehrt der Grundlage. Nach der Auflösung von Französisch-Indochina 1954 spielte dieser Vorschlag in der vietnamesischen Außenpolitik keine Rolle mehr, wurde nicht einmal mehr erwähnt. Das friedliche Jahr 1976 zeigt, daß sich Vietnam mit einem unabhängigen, pro-chinesischen Kampuchea abgefunden hatte, solange es keine militärische Gefahr für seine verwundbare Westgrenze bedeutete. Die Wiederaufnahme und Eskalation des Grenzkrieges 1977 geht eindeutig zu Lasten des Pol Pot-Regimes, das alle vietnamesischen Vorschläge, die Kämpfe einzustellen und Verhandlungen aufzunehmen brüsk ablehnte. Die Mitverantwortlichen dieser Entwicklung saßen jedoch auch in Beijing, nach dem Rechtsputsch avancierte China zum einzigen Verbündeten der Pol Pot-Gruppe, China war der Waffenlieferant, Hauptausrüster und Berater des Demokratischen Kampuchea. Das chinesische Interesse Vietnam zu destabilisieren, den „Vormarsch des Sozialimperialismus" in Indochina zu stoppen (d. h. Vietnams Annäherung an den RGW-Block), verband sich mit dem chauvinistischen Abenteurertum der Pol Pot-Gruppe zu einer unheilvollen Allianz.

Dem setzte Vietnam am 7.Januar 1979 ein Ende.

M., Hamburg

Quellen:

Bei der Erstellung des zweiten Teil der Artikelserie wurde die gleiche Literatur verwandt wie für den ersten Teil. Sofern aus ihr zitiert wurde sei sie noch einmal angegeben:

Quellen:

Bei der Erstellung des zweiten Teil der Artikelserie wurde die gleiche Literatur verwandt wie für den ersten Teil. Sofern aus ihr zitiert wurde sei sie noch einmal angegeben:

a) „Peasents and Politics in Kampuchea 1942-1981" Ben Kiernan, Chanthou Boua (Hrsg.), London 1982

Die Zeittafel beruht auf einer auszugsweisen Übersetzung von
b) „Chronology of Khmer Communism", Serge Thion, veröffentlicht in „Revolution and its Aftermath in Kampuchea : Eight Essays", David P. Chandler, Ben Kiernan (Hrsg), New Haven 1983 und wurde durch eigene Kenntnisse ergänzt. Das Kartenmaterial wurde dem Buch
c) „Kampuchea in the Seventies", Report of a Finnish Inquiry Commission, Tampere / Finnland 1982
entnommen.

An neuer Literatur kam hinzu
d) „Kampuchea Rationale for a Rural Policy", Malcom Caldwell, Hyderbad/Indien, Mai 1979
e)„The Vietnam-Kampuchea Conflict (a Historical Record)", Sozialistiche Republik Vietnam, Hanoi 1979

Zitate und Anmerkungen:
1. + 2. + 3. Quelle a), S. 228
4. Eine englische Übersetzung dieser Schrift findet man in a), Seite 134-165
5. ebenda Seite 141
6. ebenda Seite 152-153
7. ebenda Seite 246
8. Interview einer belgischen Besuchsdelegation, zitiert nach Quelle b), Seite 34
9. zitiert nach Quelle b), Seite 41
10. Hervorhebungen im Orginal, Pol Pot Rede Juli 1975, zitiert nach Quelle a) Seite 245
11. Das ist so paradox; man gestatte den respektlosen Vergleich, wie ein Vorschlag, die BRD-Linke solle heute die Flagge des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen (15. Jahrhundert) zu ihrem Banner erheben.
12. „Livre Noir: Faits et Preuves des Actes d'Aggression et d'Annexion du Vietnam contre le Kampuchea", DK-Außenministerium, Pnohm Penh 1978, zitiert nach Quelle a), Seite 231
13. + 14. „Chroniques de guerre ... et d'espoir", Norodom Sihanouk, Paris 1979, zitiert nach Quelle a), Seite 236

Zeittafel : Kampuchea 1970 bis 1979

1970
März: Putsch gegen Sihanouk in Phnom Penh, geführt von Lon Nol und Sirik Matak. Sihanouk begibt sich ins Exil nach China/Beijing, und ruft zur Gründung einer vereinigten Widerstandsfront gegen das neu Lon Nol - Regime auf. Führenden Khmer Rouge Vertreter Khieu Samphan, Hu Nim und Hou Youn melden ihre Unterstützung für Sihanouk an.
Mai: Gründung der vereinigten nationalen Front Kampucheas (FUNK) in Beijing und Bildung der Königlichen Regierung der nationalen Einheit Kampucheas (GRUNK).
September: Erste bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der National Liberation Armee (NLF, Südvietnam) und Khmer Rouge.

1971
Juli bis Dezember: Elite-Einheiten Nordvietnams, unterstützt von einigen Khmer Rouge Truppen, schlagen die Lon Nol-Armee vernichtend.

1972
Sommer 1972: Vietnam drängt die KPK Verhandlungen mit Lon Nol und den USA aufzunehmen und sich mit den in Paris begonnenen Verhandlungen zwischen Vietnam und den USA zu koordiniern. Die KPK weigert sich, und organisiert „Volksdemonstrationen" gegen die vietnamesische Truppenpräsenz.

1973
Januar bis Mai: Unterzeichnung des Pariser Abkommens, das den schrittweisen Abzug der US-Truppen besiegelt. „Vietnamisierung ' des Krieges. Abkommensgemäß ziehen sich die vietnamesischen Truppen aus Kampuchea zurück. Die US-Air-Force intensiviert die Flächenbombardements speziell gegen bevölkerungsreiche Gebiete Kampucheas.
Juli: Gefecht im Südwesten Kampucheas zwischen Khmer Rouge- und NLF Truppen. (Nach Pol Pot mit mehreren hundert Toten auf beiden Seiten.
15. Juli: Endgültiges Ende der amerikanischen Bombardierungen. Von 1969 bis zu diesem Datum warf die amerikanische Luftwaffe mehr als 500.000 Tonnen Sprengstoff über kampucheanischem Gebiet ab.

1974
Im südlichen Kampuchea übernimmt die KPK die vollständige Kontrolle über die FUNK. Im Juni beschließt das ZK der KPK den Großangriff auf Phom Phen.

1975
1. Januar: Beginn der Großoffensive gegen Phnom Phen
17. April: Phom Penh fällt. Unter sehr großen menschlichen Verlusten wird unmittelbar danach mit der Evakuierung von 3. Mill Menschen begonnen, die auf dem Fußwege in die ländlichen Gebiete beordert werden. (Die Bevölkerung Phnom Penhs hatte sich von 600.000 im Jahre 1969, durch einen konstannten Flüchtlingsstrom auf 3. Mill Menschen verfünffacht)
30. April 1975: Saigon ist frei!
Mai bis August: Khmer Rouge Truppen überfallen vietnamesisches Gebiet. Im Gegenzug besetzen vietnamesische Truppen die kampucheanische Insel Poulo Way. Die Grenzverletzungen eskalieren zu einem regelrechten Grenzkrieg, dessen genauen Verlauf die nebenstehende Karte zeigt.

1976
5. Januar: Die von nun an offizielle Staatsbezeichung „Demokratisches Kampuchea" (DK) wird bekanntgegeben.
20. März: Wahlen zu einer Volksvertreter Versammlung, sie tritt nur einmal zusammen.
14. April: Die KPK wird Staatsmacht, Regierungsbildung des Demokratischen Kampuchea. Pol Pot wird Staatsoberhaupt. Alle nicht der Pol Pot Gruppe zuzurechnenden Regierungsmitglieder werden im Laufe der nächsten zweieinhalb Jahre durch die Pol Pot Gruppe liquidiert bzw. „verschwinden".
Juli: Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam
August: Das Zentralkommittee diskutiert einen Vier-Jahres-Entwicklungsplan, der die totale Kollektivierung für DK vorsieht. Der Plan wird erst Anfang 1977 in die Realität umgesetzt.
September: Am 27. September wird Pol Pot „aus gesundheitlichen Gründen" als Premier-Minister entlassen. Nach der Absetzung Pol Pots befindet sich Partei und Regierungsführung für eine kurze Zeit in der Hand einer Koalition aus vietnamesisch orientierten Kadern und an der chinesischen Kulturrevolution orientierten „unabhängigen" Kadern. In dieser Zeit verzeichnet Kampuchea eine kurze Phase der Öffnung und ein Verlassen der totalen Autarkiepolitik.
6. Oktober: Verhaftung der „Vier" in Beijing
22. Oktober: Pol Pot kehrt in das Amt des Ministerpräsidenten zurück.

1977
Januar bis Mai: Ein knappes Jahr der relativen Grenzruhe geht zu Ende. DK-Truppen überfallen Dörfer in vier vietnamesischen Grenzprovinzen. Im Februar beginnt die bislang größte Säuberungswelle in der Geschichte der KPK. Partei-Kader auf allen Ebenen in den Ost-, Nord- und Westprovinzen werden liquidiert

1977
Januar bis Mai: Ein knappes Jahr der relativen Grenzruhe geht zu Ende. DK-Truppen überfallen Dörfer in vier vietnamesischen Grenzprovinzen. Im Februar beginnt die bislang größte Säuberungswelle in der Geschichte der KPK. Partei-Kader auf allen Ebenen in den Ost-, Nord- und Westprovinzen werden liquidiert

und durch Kader aus dem Südwesten Kampucheas (der Hochburg Pol Pots) ersetzt. Im Mai besucht nach vietnamesischen Quellen der stellvertretende Außenminister Vietnams in geheimer Mission Phnom Penh. Er schlägt eine Konferenz aller „indochinesischen Völker", sowie die Rückführung von Khmer-Flüchtlingen nach Kampuchea vor. Phnom Penh weist diese Vorschläge zurück.
Mai bis September: Neue DK-Attacke gegen vietnamesische Streitkräfte in Ha Tien. Zehntausende Vietnamesen werden ins Landesinnere evakuiert. Das VKP-Zentralkommittee schlägt KPK-Zentralkommittee sofortigen Verhandlungsbeginn zur Beilegung der Grenzauseinandersetzungen vor. DK weist diesen Vorschlag zurück. Mißlungener Putschversuch durch Anti-Pol Pot Kräfte in Phnom Penh. Die „Säuberungen" innerhalb der KPK nehmen an Intensität nocheinmal zu.
Dezember: 14 vietnamesische Divisionen greifen DK-Gebiet an und stoßen mit Ausnahme der Ostzone auf heftigen Widerstand. Phnom Penh bricht die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam ab und beschuldigt Vietnam des „Expansionismus".

1978
Januar bis Mai: Vietnamesische Truppen ziehen sich aus Kampuchea zurück. Vietnam schlägt abermals die Aufnahme von Verhandlungen, einen beiderseitigen Truppenabzug sowie die internationle Überwachung der Grenze vor. DK lehnt ab. Das VKP-Zentralkommittee trifft die Entscheidung die Anti-Pol Pot Kräfte in Kampuchea zu unterstützen. Eine neue Gruppe chinesischer Techniker und Militärberater trifft in DK ein.
Juni: Radio Hanoi beschuldigt das DK-Regime des „systematischen Genozids". Großoffensive Vietnams in Kampuchea. Einstellung aller chinesischen Hilfslieferungen an Vietnam und Abzug aller chinesischen Berater.
August bis Dezember: Vietnamesische Bombardierungen verursachen starke Verluste unter DK Truppenverbänden. Teile der Ostzone DK werden von Pol Pot-Dissidenten kontrolliert, andere Teile befinden sich in vietnamesischer Hand. Vietnamesische Truppen rücken in die Nordwest-Zone DKs vor. Zwei chinesische Politbüromitglieder drängen die DK Führung zum Guerillakampf gegen die Vietnamesen überzugehen. Im Dezember verkündet Radio Hanoi die Gründung einer Nationalen Vereinigten Front zur Rettung Kampucheas (NUFSK). Die NUFSK wird von Heng Samrin geführt. Beginn der vietnamesischen Großoffensive gegen DK, unter der Führung des „Befreiers von Saigon", General Van Tien Dung.

1979
Januar: In einer von einem rassistischen Ton geprägten Rede gibt Pol Pot die Aufnahme des Guerillakampfes bekannt. Unter chaotischen Umständen werden die Städte evakuiert. Die Pol Pot Kräfte setzen sich in Richtung Thailand ab.
7. Januar 1979: Einmarsch der vietnamesischen Truppen in Phnom Penh.
11. Januar 1979: Die Volksrepublik Kampuchea wird ausgerufen.

Der Kampf um die Zukunft

Arbeitsbrigaden im südlichen Nicaragua



Beim Maismahlen

Arbeitsbrigade im südlichen Nicaragua

Seit über einem Jahr läuft in der BRD die Kampagne für Baubrigaden in Nicaragua. Diese Brigaden stellen keinen Schutz gegen eine US-Invasion dar, aber sie sind ein wichtiger Beitrag praktischer, materieller Solidarität mit Nicaragua zur Verteidigung der Revolution vor Ort. Diese Hilfe ist besonders wichtig in einer Region, wo die Frente unter ungünstigen historischen Bedingungen den Krieg gegen die Contra (ARDE) führen muß. Im folgenden Bericht über die historischen Bedingungen und die sozioökonomische Lage in dieser Region versuche ich zu zeigen, wie der Bau des Asentamientos (Niederlassung) für die Flüchtlinge in einem Dorf (San Martin) in der Zone Nueva Guinea im Atlantik-Departemento Zelaya die Lebens- und Kampfbedingungen für die Frente verändert. Der Bericht basiert vor allem auf eigenen Erfahrungen und einer Reihe von Gesprächen mit Dorfbewohnern und regional Verantwortlichen.

1. Die Besiedlung der „Zona Nueva Guinea"

Vor 20 Jahren war die Zone noch unbewohnt. Die Besiedlung begann erst im März 1965 mit der Gründung von Nueva Guinea durch 17 Menschen, darunter 2 Frauen, die von einem Priester der Bautisten-Sekte angeführt wurden. Die ersten Kolonisten kamen zu Fuß, da es noch keine Straßen und Wege gab, später liehen die USA in der Panama-Kanalzone stationierte Kriegsflugzeuge, um die Menschen von der Westküste dorthin zu bringen. Heute ist Nueva Guinea eine stadtartige Ansiedlung mit ca. 15.000 Einwohnern. In der gesamten Zone leben auf 2.660 km² zwischen 60 und 80.000 Einwohner,[1] in Guinea und in 28 Dörfern und auf vielen einzeln oder zusammenstehenden Fincas (Höfen).

Die Gründung erfolgte aus US-Mitteln der AID (Internationale Entwicklungsorganisation, im Rahmen der Allianz für den Fortschritt). Entsprechend dem doppelten Zweck, einen Wall gegen die von Costa Rica aus operierende Guerilla zu schaffen und die Situation an der Pazifikküste zu bereinigen, wurden vor allem zwei Gruppen von Menschen hier angesiedelt: Mitglieder der Guardia, der Polizei und deren Familien und Söhne und andererseits landlose Campesinos und vertriebene Kleinbauern von der Pazifikküste.

Die große Mehrzahl der heute dort Lebenden kam nach dem Erdbeben in Managua, Weihnachten 72 und dem Vulkanausbruch des Cerro Negro bei Leon 1973. Viele waren obdachlos geworden, der Hauptgrund aber war, daß diese Menschen aus dem Westen wegmußten, weil die Großgrundbesitzer ihr Land wollten und es vielfach den Banken abkauften, bei denen die kleinen Landbesitzer verschuldet waren. Viele, die nur noch als schlecht be-
wegmußten, weil die Großgrundbesitzer ihr Land wollten und es vielfach den Banken abkauften, bei denen die kleinen Landbesitzer verschuldet waren. Viele, die nur noch als schlecht be-
zahlte Saisonarbeiter überleben konnten, ließen sich von den Versprechungen Somozas locken, der ihnen Land, Haus, Kredite, Strom, Straßen und technische Hilfe versprach. Wenig davon wurde eingehalten, lediglich die 50 Manzanas (Mz) Land und das Haus wurden ihnen quasi geschenkt. So wurden die Menschen, die hier angesiedelt wurden, ausgebeutet und betrogen und benutzt, um weitere zu betrügen, wie es der Verwaltungschef von Guinea ausdrückte.

Aber auch was das Land anging, war es ein Betrug. Es mußte mühsam und mit primitiven Mitteln dem Urwald abgerungen werden und brachte nur geringen Ertrag. Im Westen ließ sich auf einem Manzana Land die drei- bis vierfache Menge an Reis und Bohnen, neben Mais die traditionellen Grundnahrungsmittel, erzeugen. So kam es, daß viele enttäuscht und teilweise unter Verlust die Region wieder verließen. Geblieben sind vor allem die Anhänger Somozas.

Eine wichtige Rolle spielten auch die Kirchen bei der Ansiedlung. Vor allem evangelische Sekten, die hier viel stärker vertreten sind als im übrigen Nicaragua, dienten als ideologisches Kampfinstrument gegen die FSLN (FSLN = Kommunismus = Atheismus).

Diese historischen Voraussetzungen bedingen die Möglichkeiten der FSLN, in dieser Region Fuß zu fassen und sie gegen die Contra zu verteidigen.

2. San Martin

San Martin wurde im März 73, kurze Zeit nach dem Erdbeben in Managua, gegründet. Von den ca. 1.030 Einwohnern des Dorfes und der Umgebung sind 480 Kinder unter 11 Jahren, weitere 130 sind Jugendliche unter 16. (Im nicaraguanischen Durchschnitt ist die Hälfte der Bevölkerung unter 16 J.) Die Menschen im Dorf leben fast ausschließlich von der Landwirtschaft. Daneben gibt es einige Familien, die durch den Weiterverkauf von Lebens- und Genußmitteln wie Käse, Milch, Brot, Kaffee, Zigaretten und selbstgebranntem Maisschnaps (Cozuza, ein Zeug, das eher nach Petroleum riecht und vor allem am Wochenende mehr als reichlich getrunken wird) Geld (hinzu-)verdienen. Alles andere, von Seife über Kleidung bis zu Werkzeug, muß im 25 km entfernten Guinea gekauft werden, und das bedeutet in der Regel, 2 Tage unterwegs zu sein.

In der Landwirtschaft wird im Rahmen der Familienbetriebe fast ausschließlich für den Eigenbedarf produziert und Reis, Mais und Bohnen (die Grundnahrungsmittel) und dazu etwas Yuca, Kartoffeln und Gemüse angebaut. Daneben gibt es einige Zitrusfruchtkulturen, vor allem Apfelsinen,
ziert und Reis, Mais und Bohnen (die Grundnahrungsmittel) und dazu etwas Yuca, Kartoffeln und Gemüse angebaut. Daneben gibt es einige Zitrusfruchtkulturen, vor allem Apfelsinen,
die z.T. verkauft werden, wobei der Zwischenhändler den Profit einstreicht. So wurden die Apfelsinen zu 5 Stück für 1 Cordoba eingekauft während sie in Managua auf dem Markt 3 bis 4 Cordobas das Stück kosten.

Von einem 50 Mz großen Stück Land, wie es damals unter Somoza verteilt wurde, werden nur ca. 8 bis 10 Mz im jährlichen Wechsel kultiviert, der Rest liegt brach oder wird als Weide genutzt. Eine intensivere Bewirtschaftung ist aus mehreren Gründen nicht möglich: Es fehlen Arbeitskräfte (viele Jugendliche und Männer sind weg, zum Militär eingezogen oder zur Contra gegangen), es fehlt an Kapital für eine bessere technische Ausrüstung, da nur ein kleiner Teil der Produktion überhaupt auf den Markt gebracht wird. Das Vieh, das verbreitet gehalten wird, wird deswegen auch nicht in der Landarbeit eingesetzt, sondern dient allein der Fleisch- und in geringem Maße auch der Milchproduktion. Da es keine Kühlmöglichkeiten gibt, muß die Milch sofort verbraucht oder zu Käse weiterverarbeitet werden. Aber auch mit dem Rindfleisch können nur die größeren Finceros Geld verdienen, da auch hier die Händler den Gewinn einstreichen. Das Rindfleisch ist im Dorf billig zu haben, billiger als Kartoffeln und nur das 2 bis 3fache des festgesetzten Preises für Reis und Bohnen, während es in Managua mehr als 5 mal so teuer ist.

So wird das tägliche Leben im Dorf vor allem durch die Arbeit und ihre Verteilung auf das Jahr bestimmt. Wenn auch die Aussaat- und Erntezeiten von Reis, Mais und Bohnen weitgehend auf das Jahr verteilt sind, so bleibt es doch Saisonarbeit. Während der Saison müssen alle Familienmitglieder im „wirtschaftlich aktiven Alter" mitarbeiten (das umfaßt auch die Kinder über 9 J.) und das mindestens 8 Stunden am Tag bei knallender Sonne und strömendem Regen.[2] Diese Saisonzeiten bestimmen auch die Arbeitsmöglichkeiten für die Familien und alleinstehenden Frauen, die kein Land besitzen (jeweils ca. 10). Sie können entweder auf den größeren Fincas im Umkreis arbeiten oder aber auf der Kakaokooperative, wo ganzjährig Arbeit anfällt. Dies ist einer der Gründe, warum der Kakaoanbau in dieser Region von der Frente gefördert wird.

Das Leben der meisten Dorfbewohner ist durch ein erhebliches Maß an Isolierung gekennzeichnet. Jeder arbeitet auf seiner Finca, die Frau ist im wesentlichen ans Haus und an den Mann gefesselt. Sie hat auf 6 und mehr Kinder aufzupassen, für die Familie zu kochen[3] und zu waschen. Einzig das Waschen ermöglicht eine Kommunikation mit anderen Frauen am Fluß, wo Neuigkeiten während dieser zeit- und kraftraubenden Tätigkeit ausgetauscht werden können, im übrigen auch die
Waschen ermöglicht eine Kommunikation mit anderen Frauen am Fluß, wo Neuigkeiten während dieser zeit- und kraftraubenden Tätigkeit ausgetauscht werden können, im übrigen auch die
einzige Situation, in der die Frauen vom Mann völlig unabhängig sind, da die strenge Moralerziehung es nicht gestattet, daß Mann und Frau zur gleichen Zeit am Fluß waschen und sich waschen. Bei den leichten Arbeiten wie Holz suchen und sammeln müssen die kleineren Kinder mithelfen, die älteren die jüngeren einen Teil des Tages beaufsichtigen, wenn auch die Mutter aufs Feld zur Arbeit geht.

All diese täglich wiederkehrenden Arbeiten erfordern den Großteil der Zeit und der Lebensenergie und bedeuten doch nicht die Befreiung der Frau sondern im Gegenteil ihre tägliche Unterdrückung, denn es ist der Mann, der die Ernährung der Familie gewährleistet und die Frau, die von ihrem Mann verlassen wurde, ist in der Regel gezwungen, sich einen neuen Mann zu suchen, der ihre Arbeit bestimmt und in jeder Hinsicht über ihren Körper verfügt.[4]

Viele Kinder zu haben gilt als Zeichen von Männlichkeit. Mit ihren Männern über Verhütungsprobleme zu reden ist deswegen für viele Frauen ein Ding der Unmöglichkeit. Die Männer werden darin auch noch von den Kirchen unterstützt. Hinzu kommt, daß in einer Situation, wo es keinen Strom und nach Sonnenuntergang um 6 Uhr nur spärliches Licht aus Kerosinlampen gibt, die Menschen früh ins Bett gehen und das Bumsen die einzige Freizeitbeschäftigung ist. So folgt ein Kind dem anderen, ohne daß die Revolution in dieser ländlichen Gegend etwas daran geändert hätte. Die Frau hat zwar jetzt die Möglichkeit, über die Frauenorganisation der Frente, die AMLAE, dem verschwundenen Mann nachzuspüren, damit er wenigstens den Unterhalt für die Kinder zahlt und einige bewußtere Frauen haben sich danach auch nicht wieder in die Abhängigkeit von einem Neuen begeben, generell hat sich jedoch wenig geändert, Abtreibungen sind erst ab dem dritten Kind möglich und für eine Sterilisierung braucht die Frau das Einverständnis des Mannes. Die Frente geht dabei weniger von den Rechten der Frau aus als von der Situation, daß das Land total unterbevölkert ist und ohne ein Bevölkerungswachstum eine wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist.

Die Kriegssituation fördert die Isolierung der Menschen in einem ganz erheblichen Maße. Aus Sicherheitsgründen darf sich ab 19 Uhr niemand mehr auf der Straße bewegen — bis morgens nach dem Hellwerden. Besonders für die Mitglieder der Kooperative und der Miliz bedeutet es Einschränkungen, alle nicht unbedingt notwendigen Gänge außerhalb des Dorfes unterbleiben und ein 18jähriger Miliziano lebt z.B. nicht bei seinen Eltern, um diese nicht zu gefährden, das Gewehr und der Munitionssack sind zum täglichen und ständigen Begleiter geworden.
ein 18jähriger Miliziano lebt z.B. nicht bei seinen Eltern, um diese nicht zu gefährden, das Gewehr und der Munitionssack sind zum täglichen und ständigen Begleiter geworden.

Politische Hilfe von außen bekommen die Dorfbewohner nur sehr begrenzt. Der zuständige Vertreter der Frente kommt allenfalls mal zu Mitgliederversammlungen der Kooperative oder zu den wenigen offiziellen Anlässen, wie z.B. dem Verteilen von Land-Besitz-Titeln. Eine Politisierung der Menschen im Dorf findet nicht statt, und es gibt auch keine gewählte Dorfvertretung. Zu den Wahlen hat es eine einzige Veranstaltung der Frente mit einem Kandidaten für die Nationalversammlung gegeben. Die zuständige Frau der AMLAE war in der ganzen Zeit von etwas mehr als 6 Monaten nicht ein einziges Mal im Dorf. Diese Versäumnisse sind leider kein Einzelfall. Für viele städtisch geprägte Mitglieder der Frente spielt die Entwicklung auf dem Land nur eine untergeordnete Rolle. Das zeigte sich auch am Beispiel des Gesundheitspostens in San Martin, der schon seit weit über einem Jahr eingerichtet werden sollte. Passieren tat erst im März etwas, nachdem der Verantwortliche in Guinea gewechselt hatte.[5]

Eine gesundheitliche Versorgung hat es in der Zone schon zu Somozas Zeiten gegeben. Sie war auch da umsonst und wurde ebenfalls aus AID-Mitteln finanziert. Der Bezirk sollte die Leistungsfähigkeit des Somoza-Regimes (für die eigenen Anhänger) zeigen. Vergleichbares gab es in ganz Nicaragua kaum.

Da bei einem niedrigen Bewußtseinsstand der Menschen in der Zone die Revolution immer auch konkret erfahrbar sein muß, ist der gegenwärtige Zustand, daß eine Frau aus dem Dorf den Gesundheitsposten (befindet sich aus Sicherheitsgründen immer noch im Brigadenhaus) übernommen hat, schon ein erheblicher Fortschritt.

Insgesamt steht ein Großteil der Bevölkerung der Frente abwartend bis skeptisch gegenüber. Leute, die die Frente wirklich unterstützen, gibt es nur wenige und es kommt für die Frente entscheidend darauf an, daß das, was die Verbesserung der Lebenssituation im Ort ausmachen soll, auch wirklich funktioniert. Ökonomisch gesehen ist das die Kooperative und von der Sicherheitsseite her die Miliz und das Asentamiento.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung der Zone

Das hauptsächliche wirtschaftliche Problem der Zone besteht in der Tatsache, daß in der Landwirtschaft auf sehr niedrigem technischen Niveau auf ungeeignetem Urwaldboden vor allem für die Eigenversorgung produziert wird. Das setzt einer wirtschaftlichen Entwicklung, die ein investierbares Mehrprodukt voraussetzt, enge Grenzen. Hinzu kommt das fast vollständige Fehlen industrieller und sogar handwerklicher Produktion.

Von der Agrarreformbehörde gibt es deswegen ein Entwicklungskonzept, das einerseits die gemeinschaftliche Produktion in Kooperativen zu stützen und zu verbreitern sucht und andererseits den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten zu fördern versucht, die mehreren Anforderungen gerecht werden. In dieser Region mit subtropisch feucht-warmem Klima[2] sind dies Kakao, Kautschuk, Zitrusfrüchte, Ananas und andere. Sie haben den Vorteil gegenüber der herkömmlichen Produktion von Reis, Mais und Bohnen, daß es Dauerkulturen sind, die den kargen Boden weitaus weniger auslaugen und obendrein die Saisonarbeit einschränken, es sind markt- d.h. exportfähige Produkte, die die Situation der Devisenknappheit verbessern können und es sind in der Mehrzahl auch Erzeugnisse, die die Basis für eine eigene Weiterverarbeitungsindustrie bilden können.

Die Zone Nueva Guinea ist mit Schwerpunkt in San Martin für die Kakaoproduktion vorgesehen. Es gibt z.Zt. 5 Kakaokooperativen. Geplant ist, dies auf 18 Kooperativen mit einer Anbaufläche von insgesamt 3.000 Mz zu erweitern und daran eine Weiterverarbeitung zunächst zur Kakaomasse (Mahl- und Fermentierprozeß) und später auch zu Schokolade anzuschließen.

Zur Ausweitung der Kakaoproduktion in Kooperativenform ist die Überzeugung der dort ansässigen Campesinos erforderlich, denn es gibt keine Landstriche in der Zone mehr, die nicht in privater Hand sind (man sieht es an den kilometerlangen Stacheldrahtzäunen links und rechts der Wege) und eine Enteignung wegen Nichtbewirtschaftung wäre politisch nicht durchführbar.

Die Überzeugung der Campesinos läuft über direkte Werbekampagnen der Agrarreformbehörde — so auch bei der Gründung der Kooperative in San Martin im März 1983 — und über
Die Überzeugung der Campesinos läuft über direkte Werbekampagnen der Agrarreformbehörde — so auch bei der Gründung der Kooperative in San Martin im März 1983 — und über
den praktischen Erfolg der arbeitenden Kooperativen, die in der Produktionsphase einen weitaus höheren Ertrag abwerfen als die herkömmliche Produktion von Reis, Mais und Bohnen.

Der andere wirtschaftlich wichtige Bereich in der Zone ist die Holzwirtschaft, von der eine große Zahl von Menschen lebt. Den Raubbau an Edelhölzern versucht die Regionalregierung einzudämmen durch Erklärung von großen Teilen der Zone zu Holzvorsorgegebieten. Die längst fälligen Wiederaufforstungsprojekte kommen jedoch nur sehr schleppend in Gang und gestalten sich sehr schwierig, da sich der einmal zerstörte ökologische Zusammenhang, wie ihn der Urwald darstellt, nicht wieder herstellen läßt.

4. Die Frage der Macht

Die Zone Nueva Guinea war eine der Hochburgen des Somozismo. Es gelang der Frente auch in der Endphase des Befreiungskampfes nicht, eine Guerilla aus der Bevölkerung heraus aufzubauen. Die Frente mußte von Costa Rica aus operieren. So reichten zunächst 150 Mann Guardia in Guinea, um die Bevölkerung zu disziplinieren und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das änderte sich erst im Februar 79, als die Columna Jacinto Hernandez mit insgesamt 140 Kämpfern von Costa Rica aus die Guardia angriff. Es waren weitgehend Nicaraguaner aus dem Norden und Westen des Landes, aber auch lateinamerikanische und europäische Internationalisten. Von diesen 140 Guerilleros haben nur gut 20 überlebt, da sie sich nie in der Region wie ein Fisch im Wasser be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wegen konnten, im Gegenteil: Die Guardia wurde auf insgesamt 2.000 Mann verstärkt, die auch von der einheimischen Bevölkerung noch unterstützt wurden. So führten Ortskundige die Truppen der Guardia nach Anschlägen hinter den Guerilleros her oder verrieten sie oder man gab ihnen vergiftetes Essen. So starben einmal von einem Trupp von 32 Leuten 30 an Vergiftung, 2 Tage bevor sich ein jetzt in Guinea für den Zivilschutz Verantwortlicher der Gruppe anschließen konnte. Befreit wurde die Region nicht aus eigener Kraft und viele haben es auch nicht als Befreiung begriffen.

Diese Geschichte der Region bedingt auch die heutigen Möglichkeiten der Frente in dieser Gegend.

Die Contra begann ihren Kampf im Süden im Jahre 1980, etwas später als im Norden, da der Großteil der somozistischen Nationalgarde sich nach Honduras abgesetzt hatte und dort vom CIA organisiert, bewaffnet und finanziert wurde. Viele der im Bezirk lebenden ehemaligen Guardias und anderen Somozisten sind zur Contra gegangen, teilweise mit, teilweise ohne ihre Familien. Aus San Martin waren es ca. 25. Seit 1980 hat die Intensität der Kämpfe in der Region zugenommen, hat die Contra ihren Operationsbereich ausgedehnt. Seit dem Ende des letzten Jahres ist ein gewisser Stillstand eingetreten, seit das Heer einen großen Contra-Verband aufgerieben und zersprengt hat. Seitdem operiert die Contra nur noch in Gruppen mit 5 bis 7, höchstens 20 bis 30 Mann. Seitdem ist die Frente der Meinung, den jetzigen Zustand zumindest halten zu können, allerdings um den Preis einer stärkeren Bindung von Einheiten des Heeres (so wurde Ende letzten Jahres ein Bataillon in Talolinga stationiert) und der Aufgabe einzelner Orte wie La Union im Süden Guineas.

Der gesamte Süden Nicaraguas ist Kriegsgebiet. Hier operiert die ARDE und auch einzelne, nicht organisierte Mörderbanden, insgesamt 3 bis 5.000 Mann. Die Ziele der Contra sind wie auch im Norden: unter der Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten, Land zu besetzen, das als „befreite Zone" ausgerufen werden kann (um dann die „Hilfe" der USA anzufordern), die Durchsetzung genau der Teile des Landes, in die sich die Frente bei einem Angriff der US-Truppen zurückziehen würde und die Zerstörung von allem, was für die Menschen in dem Gebiet die Revolution ausmacht, alle Fortschritte für das tägliche Leben wie Gesundheitsposten, Schulen, Wirtschaftsprojekte (wie Kooperativen), Wohnungsbau. Diese Zerstörung schließt die physische Vernichtung all der Menschen ein, die diesen Fortschritt erst möglich machen, Mitglieder der Frente, Techniker, Lehrer, Gesundheitsbrigadisten. Inwieweit auch die Brigadisten aus der BRD gefährdet sind, läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen.

Entsprechend den Möglichkeiten und Zielen der Contra fallen deren Aktionen aus: Hinterhalte auf der Straße, Überfälle auf Dörfer, wenn das Kräfteverhältnis als günstig eingeschätzt wird, Entführungen und Ermordungen. Ziel sind vor allem Zivilisten und einzelne Bewaffnete, Einheiten des Heeres werden so gut wie nicht angegriffen, im Gegenteil: Die Contra zieht sich zurück, sobald die Gefahr besteht, daß das Heer auftauchen könnte, denn es fehlen ihnen zwei entscheidende Dinge: eine medizinische Versorgung und, noch wichtiger, die Motivation zum Kämpfen.

Das hat bisher den Milizianos, die ihre Dörfer verteidigt haben, erlaubt, sich auch gegen eine vielfache Übermacht zu behaupten. (In San Martin im letzten September 6 Milizianos gegen 50 bis 60 angreifende Contras).

Die Liste der Contra Aktionen allein seit Dezember letzten Jahres ist lang und für beide Seiten verlustreich. Im folgenden kurz einige Beispiele, die den schmutzigen Krieg der Contra verdeutlichen, eine Liste, die sich mühelos verlängern und erweitern läßt:

— Eine Woche vor Weihnachten wurde 5 km von San Martin entfernt ein Jeep überfallen. Alle 5 Insassen starben. Der Angriff galt dem Koordinator und einem Angestellten der Kakaokooperativen aus Guinea. Außerdem starben 2 Campesinos und der 11jährige Sohn des einen.

— In der Silvesternacht Überfall auf 2 Milizionäre, die am Ortsrand von Jacinto Baca wohnen (7 km von San Martin entfernt).[6]

— am 5.1. Angriff mit Mörsern auf San José, 10 km von San Martin entfernt.

— In der zweiten Januarwoche wurden 5 Campesinos aus Jacinto Baca entführt.[7]

— am 5.2. ein Hinterhalt auf einen LKW mit Lebensmitteln, bei dem 10 Menschen getötet wurden, vor allem aus Nueva Guinea, darunter auch mehrere Mitglieder der Frente. Nur der Fahrer und ein Kind überlebten.

Am nächsten Tag gab es ein Gefecht zwischen dem Contra-Trupp und dem Heer, das noch am selben Abend zur Verfolgung ausgerückt war. Dabei wurden alle 24 Contras getötet, der Anführer anschließend auf dem mitten in Guinea gelegenen Flugplatz einen Vormittag lang zum Ansehen und Anspucken für die Bevölkerung abgeladen. Dies ist Ausdruck der in Guinea angesammelten Empörung (eine der Toten war eine Mutter von 12 Kindern), die selbst in diesem Ort Hunderte auf die Straße und zu der öffentlichen Totenwache trieb.

Das Verhältnis der Bevölkerung zur Contra ist derzeit schwer zu beschreiben. Zum einen gibt es viele, die die Contra über alles informieren, z.T. auch verdichtete Gerüchte über bestimmte Personen. Viele, die auf den Fincas rings um die Dörfer wohnen, kommen teilweise auch nicht umhin, zumindest in begrenztem Umfang mit der Contrta zu kollaborieren, da weder die Miliz noch das Heer sie schützen können. Die meisten Menschen verhalten sich indifferent und es ist sehr schwer, an sie heranzukommen. Es gibt nur wenige, die eindeutig auf der Seite der Frente stehen.

Die Auswirkungen der Contra-Aktivitäten lassen sich an der Kakaokooperative von San Martin gut zeigen. Als die Kooperative im März 83 gegründet wurde, hatte sie 35 Mitglieder. Deren Zahl sank aufgrund verschiedener Contra-Aktionen im Umfeld von San Martin auf 26 bis zum 14.9.84. An dem Abend wurde das Dorf überfallen. Ein Trupp von über 50 Contras hielt den Milizposten in Schach, während gleichzeitig kleinere Contratrupps sich frei im Ort bewegen konnten und das für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln verantwortliche Frente-Mitglied ermordeten und den Präsidenten und Vice-Präsidenten der Kakaokooperative entführten. Die im Dorf vorhandene CDS Organisation hat sich bei dem Überfall als völlig hilflos erwiesen, bzw. die gewählten Verantwortlichen haben mit der Contra zusammengearbeitet. Folgerichtig ist die CDS Organisation im Dorf nach dem Überfall aufgelöst worden, man kann mit den Sympathisanten des Gegners keine eigene Massenorganisation aufbauen. Die Zahl der Kooperativen-Mitglieder ging schnell auf 17 zurück, es wurde aber nicht mehr gearbeitet, da der größere Teil der Männer, die Milizianos mobilisiert wurden und die Frauen sich nicht allein aufs Feld trauten.

Aus der Situation, in der sich die Kooperative im letzten Herbst befand, gab es nur einen Ausweg: Es mußten neue Mitglieder gefunden werden, die zur Mitarbeit bereit sind und es mußte die Lebenssituation der Kooperativmitglieder in der Weise verbessert werden, daß die Contra nicht mehr einzelne innerhalb des weit auseinander gezogenen Dorfes bedrohen, entführen oder ermorden konnte.

Die Lösung bestand darin, im Dorf eine neue Wohnsiedlung, das Asentamiento zu bauen, für die Mitglieder der Kooperative und für Flüchtlinge, d.h. in diesem Fall, neue Mitglieder.

Die Kooperative ist nach dem Absterben der CDS Organisation im Dorf der einzige funktionierende Zusammenhang von Menschen. Die Männer der Kooperative stellen fast die gesamte Dorfmiliz — für die Kooperative bedeutet das, daß ständig ca. 10 Arbeitskräfte fehlen, weil sie mobilisiert und in den Bergen eingesetzt sind — die Kooperative bestimmt, wer für das ganze Dorf für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln verantwortlich ist, darüberhinaus ist sie Ansprechpartner der Frente und der Regionalregierung für die Belange des ganzen Dorfes.

Grundnahrungsmitteln verantwortlich ist, darüberhinaus ist sie Ansprechpartner der Frente und der Regionalregierung für die Belange des ganzen Dorfes.



Das Asentamiento in Talolinga


Ein Miliziano auf dem Weg zur Arbeit

5. Das Asentamiento

Im Asentamiento sollen kriegsbedingte Flüchtlinge möglichst in derselben Region wieder angesiedelt werden. Aufgegeben werden strategisch besonders ungünstig gelegene Orte, sei es, daß die Contra den Ort von den nahen Bergen aus beschießen kann, sei es, daß der Ort aufgrund der zu langen, einsamen Versorgungswege nicht gehalten werden kann (wie La Union, dessen Flüchtlinge in San Martin angesiedelt werden). Umsiedlungen im großen Stil, wie sie seit mehreren Monaten im Norden praktiziert werden, um der Contra die Infrastruktur zu entziehen und mit Artillerie und in größeren Verbänden vorgehen zu können, gibt es im Süden noch nicht. Die Asentamientos haben den Zweck, die Zivilbevölkerung den Angriffen der Contra so gut es geht zu entziehen und sie in Orten so zusammenzufassen, daß sie sich selbst gegen die Contra verteidigen können und daß vorhandene wirtschaftliche Strukturen mit den zusätzlichen Leuten gestärkt und ausgebaut werden können angesichts der Unterbevölkerung in der Region.

Das Asentamiento in Talolinga ist im letzten Dezember mit insgesamt 41 Häusern fertiggestellt worden, das Asentamiento im 4 km entfernten San Martin wurde im letzten November begonnen. 60 Häuser sollen dort entstehen, die ersten 19 Familien sind im Januar in leerstehende Somoza-Hütten und in das wachsende Asentamiento eingezogen, weitere 250 Familien warten in Guinea auf eine neue Bleibe.[8]

Die Flüchtlinge haben ein starkes Interesse daran, daß die neuen Häuser möglichst schnell fertig werden, denn z.Zt. sind sie noch auf mehrere Stellen im Dorf verteilt und sehen sich aufgrund ihrer Erfahrungen (La Union, wo sie herkommen, wurde 1984 insgesamt 9 mal von der Contra überfallen) gezwungen, an mehreren Stellen des Dorfes Nachtwache zu machen. Fast alle Männer (Milizianos) haben seit Monaten nicht eine Nacht durchschlafen können. Klar, daß auch die tägliche Arbeit unter dieser Situation leidet.

Auf der Plaza in der Mitte des Asentamiento sollen wichtige Gemeinschaftseinrichtungen entstehen wie ein Milizposten, Gesundheitsposten, ein kleiner Laden, eine Kindertagesstätte (verbunden mit einem Gemeinschaftshaus) und eventuell eine zweite Schule. Die Kindertagesstätte ist notwendig, damit die berufstätigen Frauen dort ihre Kinder unterbringen können. Die Betreuung soll durch eine fest angestellte Frau und durch wechselnde Beaufsichtigung durch die beteiligten Mütter gewährleistet werden. Außerdem soll primär das Asentamiento und dann auch das ganze Dorf endlich an die Stromversorgung angeschlossen werden.

Die Finanzierung des Projektes wird zur Hälfte von CEPAT, einer christlichen nicaraguanischen Organisation mit US-Geldern, getragen, die andere Hälfte teilen sich zur Hälfte die Regionalregierung und die westdeutsche Solidaritätsbewegung mit Spendengeldern. (Nicht eingeschlossen darin ist das Werkzeug, das die Brigadisten, die dort unbezahlt für 2 Monate rüberfliegen, selbst mitbringen).

nalregierung und die westdeutsche Solidaritätsbewegung mit Spendengeldern. (Nicht eingeschlossen darin ist das Werkzeug, das die Brigadisten, die dort unbezahlt für 2 Monate rüberfliegen, selbst mitbringen).

6. Die Auswirkungen des Asentamiento, das Beispiel Talolinga

Da das Asentamiento in Talolinga seit einigen Monaten fertig ist, läßt sich daran zeigen, inwieweit die mit dem Asentamiento verbundenen Ziele und Pläne Wirklichkeit geworden sind.

Zunächst muß man konstatieren, daß es einen absoluten Gegensatz zwischen dem alten Dorf und dem Asentamiento gibt. Während im Dorf die Menschen vereinzelt vor sich hin leben und nichts gemeinsam läuft, stellen die Menschen vom Asentamiento einen festen Zusammenhang dar, sowohl persönlich als auch politisch, der alle wichtigen Dinge im Dorf selbständig in Angriff genommen hat. Dies zusammen mit der Tatsache, daß die Flüchtlinge ein schönes Haus quasi geschenkt bekommen haben, hat im Dorf eher Neid und Mißgunst gefördert mit dem Ergebnis einer Abkapselung des Alten gegenüber dem Neuen. So gibt es nicht einmal eine gemeinsame Organisation der AMLAE, der Frauenorganisation der Frente. Die Frauen aus dem Dorf (ca. 4) und die aus dem Asentamiento (ca. 20) treffen sich wenn, dann getrennt.

Dennoch hat das Asentamiento für das Dorf entscheidende Verbesserungen gebracht, die Trennung läßt sich wahrscheinlich im Laufe der Zeit überwinden.

— Die Sicherheitslage des Dorfes wurde gegenüber vorher (nur 4 bis 5 Milizianos) entscheidend verbessert.

— Die Kakaokooperative wäre ohne die Flüchtlinge aus dem Asentamiento nicht überlebensfähig gewesen.

— Das Asentamiento ist der einzige organisierte Zusammenhang in einem ansonsten strukturlosen Dorf, ohne das wichtige Gemeinschaftsaufgaben nicht laufen würden.

— Das Asentamiento ist der einzige politische Faktor im Dorf und fungiert als Ansprechpartner für Frente und Verwaltung.

— Der Gesundheitsposten wäre ohne die militärische Verstärkung durch das Asentamiento nicht haltbar gewesen, da der Posten und die Gesundheitsbrigadisten ein ständiges Ziel von Contra-Angriffen darstellen.

Unter dem Gesichtspunkt, daß sich der große Teil der noch indifferenten Bevölkerung langfristig auf die Seite der stärkeren Bataillone stellen wird, sind dies entscheidende Verbesserungen, die die eingangs genannten Nachteile bei weitem überwiegen.

So kann man den Bau der Asentamientos in Talolinga und San Martin als Bedingung zur Weiterführung der Revolution auf dem Land bezeichnen, insofern, als trotz Krieg und wirtschaftlicher Erdrosselungspolitik der USA der erreichte Stand gesichert und Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung geschaffen wurden bzw. noch werden. Notwendig ist darüberhinaus jedoch auch eine verstärkte politische Überzeugungsarbeit durch die Frente und die AMLAE vor Ort, um die vorhandenen Chancen zu nutzen und die Revolution in den Köpfen der Campesinos zu verankern.

D. Hamburg

Frente und die AMLAE vor Ort, um die vorhandenen Chancen zu nutzen und die Revolution in den Köpfen der Campesinos zu verankern.

D. Hamburg

Anmerkungen

1) Die offiziellen Zahlen schwanken, da es keine Einwohnerstatistik gibt und auch die Unterlagen von den Einschreibungen zur Wahl weder die Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren erfassen (die Hälfte der Bevölkerung) noch diejenigen, die nicht wählen wollten oder konnten (in der Region haben sich ca. 80 % einschreiben lassen)

2) Die Niederschlagsmenge beträgt 2,7 bis 3,5 m pro Jahr je nach Länge der Regenzeit. Im Vergleich dazu Norddeutschland: 0,75 m pro Jahr. Die Temperaturen liegen zwischen 24 und 30 Grad.

3) Das Essen besteht in der Regel aus Reis, Bohnen und Tortillas. Vor allem das Zubereiten der Tortillas erfordert sehr viel Zeit, da der Mais erst gewässert, dann kleingemahlen und fein gerieben werden muß, bevor aus der entstandenen Masse Fladen geformt und diese ohne Fett in einer Tonschale oder auf einem Blech über dem Feuer gebraten werden können.

4) Die Verfügungsgewalt des Mannes über die Frau bedeutet auch, daß die Frau nicht selbst bestimmen kann, wann sie aus Gesundheitsgründen ins Krankenhaus geht. Der Mann muß es ihr erlauben. So hatte sich eine Frau aus Talolinga mit kochend heißer Milch den ganzen Rücken verbrannt, fuhr jedoch trotz gerade vorhandener Fahrmöglichkeit nicht mit nach Guinea ins Krankenahus, weil der Mann gerade nicht zu Hause war, um es ihr zu erlauben. Später hat er sie ihr auch nicht gegeben und die Frau hat nur mit viel Glück und der Hilfe der Brigadisten aus San Martin überlebt.

5) Die gesundheitlichen Probleme, vor allem der Kinder, bestehen in Durchfall, Parasiten, Erkältungskrankheiten, Fußpilz, Krankheiten, die im wesentlichen auf die ungesunden Lebensverhältnisse zurückzuführen sind: kein Klo (geschissen wird hinters Haus), zugige und feuchte Hütten, ungenügende oder gar keine Schlafdecken in den oft kühlen Nächten, Plastikschuhe (wenn überhaupt). Daneben gibt es viele Verletzungen vor allem durch Macheten.

6) Durch Anschläge und Aktionen der Contras entstand allein 1984 ein materieller Schaden in Höhe von 254,9 Millionen US-Dollar, das sind ca. 70 % der Außenhandelserlöse Nicaraguas in dem Jahr. (Envio Nr. 43, 4. Jhg., Januar 85). Dies sind nur die unmittelbaren Schäden, Folgeschäden wie Ernteausfälle sind nicht enthalten.

7) Die Entführungen von Campesinos dienen auch dazu, die Verluste in den eigenen Reihen wieder auszugleichen. Im Jahre 1984 verlor die Contra bei insgesamt 1.500 bewaffneten Zusammenstößen ca. 3.000 Mann, das sandinistische Heer ca. 1.000. Außerdem wurden ungefähr 1.000 Zivilisten von der Contra umgebracht oder verletzt. (Envio a.a.O.)

8) Die Bevölkerung von Nueva Guinea ist in den letzten 5 Jahren von 8.000 Einwohnern auf 15.600 angewachsen, bedingt durch den Zuzug der Kriegsflüchtlinge.

Uruguay:

Tupamaros aus der Haft entlassen

Seit März ist in Uruguay nach 12 Jahren Militärdiktatur wieder eine zivile Regierung an der Macht. Was viele kaum zu hoffen gewagt haben, hat inzwischen Präsident Julio Maria Sanguinetti getan: Er hat alle politischen Gefangenen auf freien Fuß gesetzt.

Die Mehrheit der befreiten Häftlinge gehören der MLN an, der Bewegung der Nationalen Befreiung, weltweit berühmt geworden unter dem Namen Tupamaros. Europäische Stadtguerilla-Gruppen wie die RAF leiteten von ihnen Strategien für den antiimperialistischen Kampf in den Metropolen ab. Doch beginnen wir mit einem Rückblick in die Geschichte:

Uruguay, einst als ,,Schweiz Amerikas'' bekannt, hatte eine jahrhundertealte demokratische Tradition und eine vorbildliche Sozialgesetzgebung. Rindfleisch, Wolle und Leder hatten diesem wahren Musterland vor allem während des Zweiten Weltkrieges und der Korea-Krise, als die Industriestaaten mit eigenen Problemen beschäftigt waren, zu Wohlstand verholfen. Der uruguayische Peso galt als die härteste Währung Lateinamerikas. Ein breiter Mittelstand sorgte für relativ ausgeglichene, stabile politische Verhältnisse.

Anfang der sechziger Jahre änderte sich die Weltlage. Die chemischen Industrien Europas und Nordamerikas hatten synthetischen Ersatz für Wolle und Leder, traditionell Exportartikel des Landes, gefunden. Durch die erhöhte Konkurrenz und den Preisverfall der Rohstoffe auf dem Weltmarkt ließen sich diese Produkte kaum mehr zu vernünftigen Preisen absetzen. Und nun rächte es sich, daß die Bourgeoisie sorglos in den Tag hineingelebt hatte, in der Illusion, die Profite würden ewig fließen. Für die Industrialisierung ihrer Fabriken hatten sie wenig getan, und die wenigen Maschinen in der leder- und wollverarbeitenden Industrie waren hoffnungslos veraltet. Die großzügige Sozialpolitik erwies sich nun als ,,überflüssiger'' Luxus. Arbeitslosenversicherung und Rentenzahlungen, von den Nachbarländern neidvoll bewundert, verschlangen einen Großteil des Staatshaushalts. Sparen sollten vor allem die unteren Schichten des Volkes. 1966 wurden die Löhne eingefroren und Sozialleistungen gestrichen. Die Folge: Arbeiter und Angestellte revoltierten und streikten.

In dieser Zeit machte eine neue Oppositionsgruppe von sich reden, sie nannte sich nach dem historischen Inka-Herrscher und einem späteren peruanischen Bauernführer Tupac Amaru — Tupamaros. Während sie noch Anfang bis Mitte der sechziger Jahre gewaltfreie Politik machten, nahmen sie — nachdem sie sich dadurch kein Gehör verschaffen konnten — Ende der sechziger Jahre das Gewehr in die Hand. Durch ihre Aktionen verschaffte sich diese Stadtguerilla viele Sympathien in der Bevölkerung. Sie entführte ausländische Botschafter, Manager multinationaler Konzerne oder Unternehmer und überfiel Banken. Ihre spektakulärste Aktion, die Entführung und Liquidierung des US-Amerikanischen Folterspezialisten Dan Mitrione lieferte den Stoff für Costa Gavras Film ,,Der unsichtbare Aufstand''. Die Guerilleros waren Arbeiter, Angestellte, Studenten, kleine Geschäftsleute, die — unabhängig von der Kommunistischen Partei, die auf legalem Weg die Macht anstrebte — durch bewaffneten Kampf zum Sozialismus gelangen wollten.

Die legale Linke schloß sich im Februar 1971 zu einem Bündnis, der ,,Frente Amplio'', zusammen. Mit einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten wollten Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in die Novemberwahlen gehen. Doch sie erhielten nur 19 % aller Stimmen. Das Rennen machte stattdessen die vor allem das städtische Bürgertum vertretende Colorado-Partei mit Juan-Maria Bordaberry, einem Viehzüchter aus dem Norden, der ein Viertel aller Stimmen auf sich vereinigt hatte. Die Opposition sprach offen von Wahlbetrug. Natürlich lösten die Wahlen nicht die Probleme des Landes. Die Tupamaros wurden von der Bevölkerung als eine Art linke ,,Robin Hoods'' angesehen und unterstützt. Die parlamentarische Linke hatte durch ihr Bündnis die früheren Spaltungen weitgehend überwunden und war zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor geworden. Und die ökonomischen Probleme hatten sich verschärft: Der Staatshaushalt war hoffnungslos zerrüttet, Preisverfall und Absatzschwierigkeiten für die traditionellen Exporte sowie die Explosion der Erdölpreise und die immensen Ausgaben für Polizei und Militär hatten die Situation zugespitzt. Um die Besitzverhältnisse ihrer politischen Herrschaft und ihre Privilegien zu retten, sah die mit dem Auslandskapital verbündete Bourgeoisie nur noch eine Möglichkeit: den Übergang zur Diktatur.

1972 waren die Tupamaros am Ende, die ausnahmslose Folter der gefangenen Guerilleros, die zahlreichen Notstandsmaßnahmen der formal noch-demokratischen Regierung sowie die Verlagerung des politischen Kampfes auf die rein militärische Ebene waren die Gründe für das militärische Scheitern der Tupamaros. Doch die Streiks der Gewerkschaften gingen weiter: Anfang 1973 entsandten die USA ihren Krisenbotschafter Ernest Stracusa zur Verstärkung gegen die Guerilla nach Montevideo. In Washington fürchtete man, entweder der Kommunismus oder eine Art Peronismus könnten sich auch in Uruguay durchsetzen. Im Sommer 1973, also zwei Monate vor dem Putsch in Chile, trat der gewählte Präsident Bordaberry die Macht freiwillig an die Militärs ab. Er selbst blieb als Marionettenfigur im Amt. Der Kongreß wurde geschlossen und durch einen Staatsrat ersetzt, dessen Mitglieder von Bordaberry ernannt wurden. Regiert wurde nur noch durch Dekrete. Nach einem Generalstreik wurde die Gewerkschaft CNT verboten. Auf alle oppositionellen Politiker wurde eine Hexenjagd gemacht, zehntausende verloren ihre bürgerlichen Rechte. Jede politische und gewerkschaftliche Aktivität wurde verboten, die Universitäten unter Polizeirecht gestellt und die Pressefreiheit abgeschafft. Kritische Beamte und Professoren erhielten Berufsverbot. Die Zahl der politischen Gefangenen stieg auf mehr als 10.000 an. Die Folter wurde in Uruguay systematisch — und nicht nur in den Verhören — eingesetzt. Die Palette reichte von Elektroschocks, Eintauchen des Kopfes in Jauche, Schläge bis zur Taubheit auf die Ohren, Festbinden auf scharfgeschliffenen Eisenböcken bis hin zu psychologischen Torturen wie simulierte Erschießungen oder Folter der Eltern vor den Augen der Kinder. Dieses Regime erwarb sich den entsetzlichen Ruhm, alle bekannten Techniken der Folter wesentlich erweitert zu haben.

Wie in den Nachbarländern Chile und Argentinien errichteten die uruguayischen Militärs zugleich mit dem politischen Terror-Regime ein liberales Wirtschaftssystem. Liberal wird es genannt, weil alle Eingriffe des Staates — wie Preisbindungen oder Subventionen — abgeschafft werden. In Uruguay sah das so aus:

Während bis 1973 die Einfuhrzölle extrem hoch waren, um die einheimische Industrie vor der übermächtigen ausländischen Konkurrenz zu schützen, schraubte man von 1976 an die Zölle bis auf ein Minimum herunter. Gleichzeitig gewährten die westlichen Banken — da durch den Putsch die politischen Verhältnisse nunmehr als ,,gesichert'' galten — großzügige Kredite, ,,süßes Geld'', wie es in der Branche hieß. In der Folge kam es zu einem regelrechten Importboom. Nun wurden nicht nur Luxusgegenstände eingeführt, sondern auch die alltäglichen Dinge des Lebens, die die hochtechnisierten und subventionierten ausländischen Industrien der Europäischen Gemeinschaft und Nordamerikas billiger liefern konnten als der Produzent im eigenen Lande. Viele uruguayische Betriebe mußten bald ihren Bankrott erklären. Heute ist etwa die Hälfte aller Bauern zahlungsunfähig. Viele mußten ihren Besitz für ein Butterbrot an ausländische Konzerne verkaufen. Die Außenhandelsschulden des Staates sind von 750 Millionen Dollar im Jahr 1973 auf fast 6 Milliarden Dollar angestiegen. 40 % des Exporterlöses schlucken die Zinszahlungen. Die Arbeitslosigkeit beträgt heute offiziell 16 %. Das Realeinkommen ist im Vergleich zu 1971 um 50 % gesunken. Die Preise für Lebensmittel und die Mieten sind hingegen rapide in die Höhe geschnellt. Die Wirtschaftspolitik der Zivilregierung unterscheidet sich kaum von der der Milicos. Sanguinetti verlangt ,,um der Demokratie willen'' das sattsam bekannte Gürtel-Enger-Schnallen.

Die aus der Haft entlassenen Tupamaros sind im Moment in einer Phase der Konsolidierung. ,,Im Moment geht es uns erst einmal darum zu lernen, Informationen über die vergangenen Jahre zu bekommen'', hört man aus Montevideo. Viele von ihnen haben 13 Jahre Haft hinter sich. Die neun Führer der Tupas hatten den Status von Geiseln, die im Falle eines Angriffs der Guerilla zu liquidieren seien. Sie waren in verschiedenen Kasernen des Landes, völlig isoliert voneinander, inhaftiert und durften keinerlei Informationen über politische Themen erhalten.

Bei der Demonstration am 1. Mai marschierten die Tupas — nach Jahren der Illegalität und nach über 10 Jahren Gefängnis bzw. Exil wieder eine legale Organisation — unter der MLN(T)-Fahne an der Seite der Zuckerrohrarbeiter. Fast komische Szenen konnte man beobachten: Teenies, die von den Tupas nicht mehr wissen, als daß sie irgendwelche Volkshelden sind, kamen zu ihnen und baten um Autogramme. Die Organisation verteilt — weil heutzutage kaum jemand mehr weiß, für welche Inhalte sie einmal gekämpft haben und kämpfen, ihr Dokument Nr. 1 aus dem Jahre 1967. Schwierigkeiten gibt es mit der Kommunistischen Partei, die durchgesetzt hat, daß die Tupas in den Parteibüros der Frente Amplio nicht über ihre politischen Ziele, sondern nur über die Erfahrungen als Gefangene reden dürfen. Ein Nationaler Kongreß ist für Mitte des Jahres, also im uruguayischen Winter, geplant. Ihr Hauptproblem ist derzeit ihre finanzielle Situation: Viele der Entlassenen haben keinen Job und damit kein Möglichkeit, ihre Existenz zu sichern. Die Unterstützung, die Amnesty International Haftentlassenen zukommen läßt, gilt für sie nicht, denn AI kümmert sich nur um die sogenannten ,,gewaltlosen'' Häftlinge. Drei ehemalige Gefangene sind — als Folge der Folter — in der Psychiatrie untergebracht, viele andere in ambulanter Behandlung — Kosten, die privat aufgebracht werden müssen. Aus diesem Grunde haben die Führer der Tupamaros den folgenden Spendenaufruf veröffentlicht.

Bericht einer westdeutschen Genossin

Appell der Bewegung der Nationalen Befreiung (Tupamaros)
an die internationale Solidarität
An die demokratischen Regierungen
An die internationalen Hilfsorganisationen
An die gewerkschaftlichen Organisationen
An die politischen Parteien
An die sozialen Organisationen
An die Menschen mit gutem Willen
An die Völker der Welt

Die Gesellschaft Uruguays erlebt heute das Ende einer langen und schmerzhaften Nacht. Das in die Armut gedrängte Volk hat sich einen Frühling der Demokratie erkämpft. Nach der Haftentlassung finden wir, Gründer der Bewegung MLN und jahrelang Geiseln der Diktatur, zusammen mit hunderten von Genossen, die ihr Leben in den Dienst der gerechten Sache gestellt haben, um eine menschliche, solidarische und brüderliche Gesellschaft zu errichten, eine desolate Situation vor, die sicherlich nur mit Eurer solidarischen Unterstützung gelöst werden kann.

Frauen und Kinder der Genossen, die ihr Leben geopfert haben, sind gezwungen, selbst für ihre Existenz und ein menschenwürdiges Dasein zu sorgen — angesichts einer furchterregenden ökonomischen Krise, die unser Land erfaßt hat.

Genossen, die der Folter und den systematischen Plänen der psychischen und physischen Zerstörung ausgesetzt waren, müssen heute die Verantwortung für ihre Familien übernehmen, trotz der Auswirkungen ihrer körperlichen Schäden, Krankheiten und psychischen Veränderungen — ohne irgendein Hilfsmittel und hilflos gegenüber der herrschenden Krise.

Hunderte von Genossen, die vor kurzem entlassen wurden, sind durch ihre jahrelange Isolation benachteiligt, sie werden jetzt mit einer völlig veränderten Gesellschaft konfrontiert und müssen sich in einem Moment um Arbeit bemühen, in dem die Arbeitslosigkeit alarmierende Höhen erreicht hat.

Wir lieben den Frieden. Wir fordern das Leben. Wir kämpfen für die Gerechtigkeit. Diese Ziele haben wir zum Sinn unseres Lebens gemacht. Unter diesen Fahnen wollen wir, nachdem wir aus dem Gefängnis gekommen sind, den Weg, den unser Volk beschritten hat, mitgehen, hin zu einer authentischen Demokratie.

Vor allem wollen wir Euch und der Welt für die unermeßliche Unterstützung in jenen finsteren 12 Jahren danken, die auf 1.000 verschiedene Weisen dazu beigetragen hat, daß unser Volk die Anfänge einer Demokratie wiedererlangt hat.

Angesichts ihrer erwiesenen Großzügigkeit erlauben wir uns, wieder an diese zu appellieren. Wir sind davon überzeugt, daß wir ohne ihre Hilfe diese Situation nicht bewältigen können.

Wir verpflichten uns, daß wir jede Unterstützung von ihnen für diese Zwecke benutzen werden. Dazu haben wir ein Spendenkonto eröffnet und bitten Sie, Gelder auf das folgende Konto zu überweisen:
Banco Montevideo (Zentrale)
Devisen-Konto: 01/26541/2
auf die Namen:
Fernández Huidobro, Fleuterio
Manera Lluveras, Jorge
Marenales Saenz, Julio
Anschrift: Jorge Manera, Tuburcio Gomes 1798/2, Montevideo

Wir wissen, daß wir nicht alleine stehen. Schon jetzt danken wir Euch für Eure Unterstützung.
Für die Bewegung der Nationalen Befreiung (Tupamaros)

Raúl Sendic, Fleuterio Fernández Huidobro, Jorge Manera Lluveras, Julio Marenales Saenz

oder: Sonderkonto
Postscheckamt Berlin-W.
BLZ 100 100 10
Kto.-Nr. 63908-108
A. Rogull

Bundestreffen der Mittelamerika-Komitees

Vom 21. bis 23. Juni fand in Darmstadt ein weiteres Bundestreffen der Nicaragua- und Mittelamerika-Solidaritätskomitees statt. Etwas mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertraten rund ein halbes Hundert Soli-Komitees.

Die für den Freitagabend geplante Auswertung der Aktivitäten zum Protest gegen den Weltwirtschaftsgipfel fand kein besonderes Interesse — indessen wurde für den Samstagmorgen eine Protestaktion in der Darmstädter Innenstadt gegen die Entführung der Entwicklungshelferin R. Schmöhmann geplant. Nach dieser kleinen Protestaktion am Samstag arbeitete das Bundestreffen in Arbeitsgruppen weiter. Zunächst wurde in AGs zu den folgenden Themen diskutiert: ,,Handelsembargo und die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen der nicaraguanischen Regierung''; ,,Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua und ihre Instrumentalisierung durch die Contra''; ,,Gründe, Folgen und Probleme der erneuten Umsiedlungen in der Region I und VI''; ,,Die Kirchenhierarchie in Nicaragua. Der verlängerte Arm der Contra?'' Besonders das Referat von Heinz Dietrich (Soziologieprof. an der Universidad Autonoma Met —Mexico City) über die wirtschaftliche und politische Situation in Nicaragua fand großen Beifall auf diesem Treffen.

In einer weiteren Runde wurde in mehr auf die Praxis der Solidaritätsbewegung bezogene AGs debattiert. Hier standen folgende Themen auf dem Programm: ,,Städtepartnerschaften''; ,,Frauenprojekte in der Solibewegung''; ,,Arbeit am Projekt Pantasma''; ,,Kirchenpatenschaften''; ,,Die Kaffeekampagne''; ,,Zusammenlegung der verschiedenen Info-Stellen der Mittelamerikasolidarität''. Greifbare Ergebnisse dieser Diskussionen waren einmal der Beschluß, im Herbst dieses Jahres eine ,,Kaffeekampagne'' durchzuführen, mit der auf die Situation in Mittelamerika aufmerksam gemacht werden soll. Im Rahmen dieser Kampagne werden — je nach der Entwicklung der Situation — Brigaden zur Unterstützung der Kaffeernte in Nicaragua gebildet werden. Im Zentrum dieser Kampagne soll jedoch die Aufklärung anhand des mittelamerikanischen Exportgutes Kaffee stehen. In der Frage der Zusammenlegung der Info-Stellen (El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras) konnten keine Ergebnisse erzielt werden. Hier wird weiter diskutiert.

„Keine Partei übertreibt (...) mehr ihre Mittel als die GRÜNEN, keine täuscht sich leichter über die Situation"
(Karl Marx, leicht modernisiert)

Michael Stamm

Überlegungen zum Zustand und zu den Aufgaben der Grünen Partei

Die Bundesversammlung möge beschließen:
Die GRÜNEN beabsichtigen, nach den Bundestagswahlen 1987 die Wendekoalition jedenfalls abzuwählen und stattdessen der SPD durch die Wahl ihres Kanzlers und Zustimmung zu ihrem Haushalt die Möglichkeit zu geben, in einer angemessenen Probezeit von z.B. zwei Jahren nachzuweisen, wieweit sozialdemokratische Politik eine Alternative dazu ist.
In diser Zeit soll sich herausstellen, welche Politik mit den Sozialdemokraten wirklich zu machen ist, und welche nicht.

(Antrag Michael Stamm u.a. auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Hagen, 22./23. Juni 1985)

Träume von Chefideologen

Der ökolibertäre Vordenker Thomas Schmidt kommt in einer Auswertung der Bundestagswahl von 1983 zu dem „Urteil", das vorliegende Ergebnis signalisiere das *„endgültige Ende der SPD als einer potentiell majoritären Partei. (...) Der gesellschaftliche Umbruch wird diese Partei noch weiter dezimieren (...), und das wird weiterhin der Union wie den Grünen zugutekommen. Der Tanker SPD ist fast schon so etwas wie eine Industrieruine"*. Tom Kömigs vom hessischen Realo/Koalo-Flügel der Grünen beschreibt die Strategie seiner Strömung in der Auseinandersetzung mit der SPD als **„Kämpfen und Verhandeln zugleich (wie beim Vietcong). (...)Wir (...) müssen (die SPD) parlamentarisch und außerparlamentarisch ständig belagern und berennen."**

Und die fundamentalistischen Ökosozialisten Thomas Ebermann/Rainer Trampert sind sich in „dem" Buch „Die Zukunft der Grünen" Ende 1984 (!) sicher, **„daß die Grünen eine langfristig ‚gesicherte' Existenz, jedenfalls als wahlpolitisch expandierende Kraft haben"**.

Da inzwischen Thomas Schmidts „Industrieruine" wieder auf dem Vormarsch ist, Tom Koenigs „Vietcong" laut Berichterstattung aller Medien ziemlich am Boden liegt, und Rainer Trampert den Grünen nach den Wahlniederlagen im Saarland und in NRW die Angst vor einer Welt unter 5% zu nehmen versucht, wäre eigentlich eine scharfe Kritik der Grundlagen fällig, die solche Träumereien hervorgebracht haben. Das ist jedoch nicht zu erwarten. Denn in der Praxis der Partei verkommt die vermeintliche Analyse der Wirklichkeit zunehmend zum relativ beliebigen, auswechselbaren Kampfinstrument gegen den innerparteilichen Gegner, ohne daß die „Basis" ihren „Führern" solche instrumentelle Willkür anlasten und dadurch austreiben würde. Als Partei des „Neuen", der „Basisdemokratie", der „Gewaltfreiheit", der „Transparenz" etc. neigt man nämlich dazu, alle Probleme im Reich der Gesinnungen, der Absichten und der Ideen zu „lösen", weshalb die
man nämlich dazu, alle Probleme im Reich der Gesinnungen, der Absichten und der Ideen zu „lösen", weshalb die
Vergewaltigung der Wirklichkeit durch naive oder kalkuliert inszenierte Stimmungsmache ebenso akzeptiert wird wie innerparteiliches Gemetzel, Verlogenheit und Manipulation.

Dafür ist man sich bis weit in die sich bekämpfenden Fraktionen in der bombastischen Selbstüberschätzung einig, die Rainer Trampert nach den Landtagswahlen in NRW als Überschrift seiner Presseerklärung auswählte:**„Die Grünen bleiben die politische Antwort auf neuzeitliche Krisen."** Amen!

Nichts gegen Träume

Der russische Schriftsteller Pissarew schreibt, von Lenin zitiert, manche Träume könnten *„dem Gang der Ereignisse vorauseilen, oder sie können auch ganz auf Abwege geraten, auf Wege, die der (...) Gang der Ereignisse nicht beschreiten kann."* Während die Letztgenannten schädlich und irreführend wirkten, werde durch Träumen der ersten Art die „Schaffenskraft" nicht beeinträchtigt oder gelähmt. **„Ganz im Gegenteil. Wäre der Mensch aller Fähigkeiten bar, in dieser Weise zu träumen, könnte er nicht dann und wann vorauseilen, um in seiner Phantasie als einheitliches und vollendetes Bild das Werk zu erblicken, das eben erst unter seinen Händen zu entstehen beginnt, dann kann ich mir absolut nicht vorstellen, welcher Beweggrund die Menschen zwingen würde, große und anstrengende Arbeiten (...) in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen. (...) Der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit ist nicht schädlich, wenn nur der Träumende ernstlich an seinen Traum glaubt, wenn er das Leben aufmerksam beobachtet, seine Beobachtungen mit den Luftschlössern vergleicht und überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumgebildes arbeitet. Gibt es nur einen Berührungspunkt zwischen Traum und Leben, dann ist alles in bester Ordnung."**

Bei den Grünen, das ist unsere These, gibt es solche Träume nicht mehr. Die Fundamentalisten betreiben statt einer „aufmerksamen Beobachtung" der Wirklichkeit deren apokalyptische Interpretation, was den Berührungspunkt zwischen Traum und Wirklichkeit zerstört. Damit arbeiten sie objektiv den Realpolitikern hessischer Prägung in die Hände, deren Träume im Ergebnis auf die Beteiligung an der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse hinauslaufen. Die nie offen vertretene, aber vielfach gemeinte Auffassung von den Grünen als den besseren Menschen wird bei ihrem Sieg überleben in der einzigen Gestalt, die politisch einen — wenn auch traurigen — Sinn macht: Grüne sind die besseren Minister. Auch das verdient ein deutliches „Amen"!

Die Sache mit den Wahlen

Ohne Wahlerfolge gäbe es die Grünen nicht. Und da sie entgegen mancher selbstbeweihräuchernden Phrase vor allem ein linksökologischer Wahlverein mit absolutem Schwerpunkt in der Parlamentsarbeit sind, hat der Realo-Flügel erstmal recht mit seiner Aussage, *„gegen die Interessen und Überzeugungen unserer Wähler, unserer eigentlichen Basis, werden wir auf Dauer keine Politik machen können."*

Die fundamentalistische Abwehrhaltung diesem Thema gegenüber ist — auch nach der Korrektur der verrückten Wahlanalyse Jutta Ditfurths in der „Bonner Runde" — verständlich und unehrlich zugleich. Unehrlich deshalb, weil die Fundamentalisten selbst mit dem Wählerverhalten argumentieren, wenn es ihnen in den Kram paßt. Beispielsweise als sie den grünen Wahlerfolg in Baden-Württemberg (8%) gegen Kretschmann und Hasenclever interpretierten.

Die Interpretation von Wahlerfolgen durch den BuVo

Die großen Zuwächse bei den Europawahlen seien, so verlautete BuVo-Vorstandsmitglied Berthold, *„auf unsere konsequente Haltung in allen wichtigen Bereichen zurückzuführen"*. Der relative Erfolg bei den Kommunalwahlen im Saarland — u.a. 5,3% in
wichtigen Bereichen zurückzuführen". Der relative Erfolg bei den Kommunalwahlen im Saarland — u.a. 5,3% in
Saarbrücken — seien ein Beweis dafür, *„daß das grüne Mäntelchen, welches Oskar Lafontaine sich umgehängt hatte und bloße Erklärungen, die Grünen wären überflüssig, vom Wähler nicht angenommen wurde, sondern der Wähler den Willen hat, grüne Politik authentisch zu erleben (!) (...) bei den kommenden Landtagswahlen wird (!) es ich zeigen, daß auch im Saaralnd mit den Grünen zu rechnen ist. Daran führt nach den jetzigen Ergebnissen kein Weg mehr vorbei."*

Zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg äußerte Rainer Trampert selbstbewußt, so überraschend sei der Wahlerfolg der Grünen nicht. An die Grünen müsse mit *„grundsätzlich anderem Verständnis herangegangen werden als an andere Parteien"*. Ihre Wahl hänge nicht von einigen Personen ab, sondern sie würden *„an den Konflikten gemessen, die uns die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Antworten der anderen Parteien servieren, sowie an den politischen Alternativen, die die Grünen aufzeigen. Die Grünen sind deshalb politisch stabiler als andere Parteien, bei denen interne Auseinandersetzungen schnell zu Wahlverlusten führen können."* Der Ablösungsprozeß von der Bonner Regierungspolitik falle **„zugunsten der Grünen und nicht zugunsten der SPD aus"**. Die SPD sei aus zwei Gründen zur Integration des Protestes nicht in der Lage:*„Einmal ist vielen in schlechter Erinnerung, daß die SPD in Regierungsverantwortung keine substantiell andere Politik macht, zum anderen bemüht sich die SPD Profil als moderne Wachstumspartei zu gewinnen, um auf dem Weg zur Mitte wieder regierungsfähig zu werden"*.

Solche siegestrunkenen Pseudoanalysen, grandiosen Selbstüberschätzungen, Verharmlosungen der Möglichkeiten der politischen Gegner finden in der Partei, die sich als das völlig Neue mißversteht, massenhafte Zustimmung, solange Wahlerfolge nicht ausbleiben. Deshalb ist der Katzenjammer jedoch programmiert.

Die erste Niederlage

Während die mit dem hessischen Realo-Kurs nicht einverstandenen Teile der Grünen Partei sich ins Schlepptau des halb zum Ökologismus übergetretenen Gespanns Ebermann/Trampert begeben, das auf dem Hamburger Parteitag den illusionären Versuch unternahm, durch eine geschickte Parteitagsregie und ein Bündnis mit Rudolf Bahro die schleichende Sozialdemokratisierung der Grünen qua Beschluß zu verhindern, bereitet die scheinbar darniederliegende Sozialdemokratie ihre Gegenoffensive vor. Sie verfügt inzwischen — als bundespolitische Oppositionspartei — über Beschlüsse gegen die Raktenstationierung, sie ist massenhaft in der Friedensbewegung präsent, sie protestiert gegen Reagans „Krieg der Sterne"-Programm, sie repräsentiert den Europäisierungs-Nationalismus mit Vorbehalten gegenüber der westlichen Führungsmacht, den die Grünen mit freigetreten haben, sie versöhnt „Arbeit und Umwelt" durch ein fettgedrucktes „und", sie hat einen Oskar Lafontaine, der glaubwürdig auf sein Wirken gegen den Doppelbeschluß schon in der Schmidt-Zeit verweisen kann etc... Und, das ist entscheidend, im Saarland besteht die Chance einer erstmal nur rechnerischen Mehrheit gegen den schwarz-gelben Block, der zudem über einen schwachen Spitzenkandidaten verfügt. Die Chance gegen den Rechtsblock ist **das** Instrument der auf Bundesebene in Opposition befindlichen SPD gegen die Grünen.

Von den bisher in der Grünen Partei gehandelten Konzepten hätte allein die Kapitulation vor Lafontaine — also die Annahme seines Koalitionsdiktates — eine Chance auf die Überwindung der 5%-Klausel im Saarland gelassen. Daß dies konkret ausgeschlosen war, konnte Lafontaine einkalkulieren und so eine rechnerische in eine politische Mehrheit verwandeln.

Die Wähler der Grünen

Thomas Ebermann und Rainer Trampert verweisen in ihrem schon genannten Buch auf einige Meinungsumfra-
Thomas Ebermann und Rainer Trampert verweisen in ihrem schon genannten Buch auf einige Meinungsumfra-
gen, aus denen sie für die Grünen „eine Entfaltungsmöglichkeit unabhängig vom Wohlwollen der Medien" für die von ihnen vorgeschlagene, vermeintlich radikale Politik ableiten. Sie beziehen sich dabei u.a. auf eine Studie Hans-Joachim Veens, der als Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung ermittelt hatte, daß die „Grünen von dem Gros ihrer Wähler vor allem als linke Systemalternative gesehen werden".

50% der Anhänger der Grünen wollten „eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft", weitere 40% gäben als Grund ihrer Sympathie „den entschiedenen Eintritt der Grünen für den Umweltschutz" an. Und so weiter. Dieser Befund dementiert zwar alle ökolibertären Deutungen gegen das linke Profil der Grünen Partei, läßt aber sonst keinerlei Schlüsse zu. Der Wunsch nach einer anderen Gesellschaft bestimmte sicher auch große Teile des letzten evangelischen Kirchentages, der politisch dennoch nichts anderes als ein Teil des Unterbaus einer zukünftigen Anti-Wende-Regierung gewesen ist. Da die Präferenzen der Grünen-Wähler für Umweltschutz, eine andere Energiepolitik, gegen die Nachrüstung etc. bekannt sind, wollen wir einige scheinbar harmlose Informationen aus Wahlanalysen nachliefern, die dem von Ebermann, Trampert, Zieran, Ditfurth u.a. vertretenen Konzept einer fundamental-systemoppositionellen Wahlpartei schon auf dieser Ebene jede Grundlage entziehen.

Auf die Frage nach der Bewertung von Parteien und Spitzenkandidaten bei Grünen-Wählern in

Baden-Württemberg	
die CDU-Regierung	- 2,1
die SPD-Opposition	+ 0,3
die Grünen-Opposition	+ 2,6
Lothar Späth	- 1,5
SPD-Lang(weiler)	+ 0,7

Saarland	
die CDU	- 2,5
die SPD	+ 1,0
die Grünen	+ 3,1
CDU-Zeyer	- 2,1
O. Lafontaine	+ 2,4

Nordrhein-Westfalen	
die SPD	+ 1,3
die CDU	- 2,6
die Grünen	+ 3,5
Rau	+ 2,0
Worms	- 2,5

Skala: + 5 = voll und ganz zufrieden,
-5 = vollständig unzufrieden

Bereits diese Zahlen verdeutlichen — es reichen die von Baden-Württemberg —, daß sich die Grünen-Wähler mit den von ihnen sehr hoch bewerteten Unterschieden zwischen SPD und CDU bei der Frage nach der Regierungsbeteiligung in den von der SPD dominierten Block einordnen werden. Die SPD schneidet bei ihnen zwar schlechter ab als bei den SPD-Wählern, dafür die CDU noch schlechter, das bedeutet, daß sie den vorhandenen Unterschied zwischen SPD und CDU, wie die meisten SPD-Wähler auch, als wesentlichen Gegensatz verarbeiten. Diese von der Grünen Partei nur unwesentlich beeinflußbaren Orientierungen ihres „Unterbaus" liefern einer in bundespolitischer Oppositionsrolle agierenden SPD den Haupthebel für eine Zerstörung der Grünen als erfolgreicher Wahlpartei oder erlauben es ihr, den Grünen von außen eine Entwicklung aufzuzwingen, die sie zu einer von ihren Plänen abhängigen Größe werden läßt. Bisher jedenfalls.

Nochmal zu Oskar

Auch ohne genauere Wahlanalysen konnte man wissen, aß 75% der Grünen-Wähler Johanes Rau und noch mehr Oskar Lafontaine als Ministerpräsidenten wollten. 80% und mehr treten für Rot-Grüne Koalitionen ein, zwei Drittel für eine Regierungsbeteiligung ohne Wenn und Aber. Wir führen das an, obwohl wir strikte Koalitionsgegner sind. Wir führen es an, weil die abstrakte Negation dieses Motivs mit Sicherheit den Sieg der SPD innerhalb der Grünen Partei nach sich ziehen wird. Wir führen es an, weil wir
weil die abstrakte Negation dieses Motivs mit Sicherheit den Sieg der SPD innerhalb der Grünen Partei nach sich ziehen wird. Wir führen es an, weil wir
die Tatsache bekämpfen wollen, daß die SPD genauere und illusionslosere Überlegungen zur grünen Wählerbasis anstellt als die Grüne Partei selbst. Denn was hat Oskar Lafontaine eigentlich getan?

Er hat sich totgelacht über die Phrasen des Grünen Bundesvorstandes zu den Wahlen in Baden-Württemberg und Europa. Von wegen stabiler! In Baden-Württemberg stand nichts auf dem Spiel. Späth war ungefährdet. Die SPD hatte einen Langweiler als Spitzenkandidaten, der ohne Chance war. *„Damit,* so die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, *„wird deutlich (...), daß ihr* (der Grünen) *Erfolg im Südwesten an die politischen Konstellationen dieses Landes gebunden ist"*.

Ähnliches gilt für die Europa-Wahlen. Hier ging es „nur" darum, einem politischen Willen Ausdruck zu verleihen, von dem keine relevante Regierungsbildung abhing. Und Kommunalwahlen sind auch weniger wichtig. Daraus, so Oskar, kann nur der Schluß gezogen werden, daß die Grünen so stabil nicht sind. Laßt sie sich selbstbeweihräuchern, ich Oskar, werde sie in eine Krise stürzen, indem ich die politische Polarisierung „Schwarz" gegen „Rot" bei einer wichtigen Wahl mit offenem Ausgang mit einem „Einheitsfrontvorschlag" gegen Rechts verbinde. Mal testen, ob nicht die grüne Wählerschaft einen glaubwürdigen Nachrüstungsgegner als Ministerpräsidenten allen Experimenten vorzieht, die eventuell Zeyer im Amt belassen?

(...)

Keine Panik auf der Titanic?

Nach der Wahlschlappe im Saarland erlebt die Partei einige Offenbarungen, die hoffentlich nachdenklich machen. Jutta Ditfurths Interpretationswillkür in der „Bonner Runde" wurde schon erwähnt. Norbert Kostedde suggeriert erneut die Möglichkeit eines rot-grünen Bündnisses, das die Probleme unserer Zeit (militärisch, ökologisch, sozial) *„vom Standpunkt einer radikalen Reformpolitik beantwortet"*, Lukas Beckmann, ehemals scharfer Kritiker des hessischen Weges, spürt die Niederlage des Fundamentalismus und bereitet den Übergang ins Realo-Lager vor. Gegen die NRW-Grünen interpretiert er deren Wahlerklärung in ein Angebot um, sich an der Regierung Rau beteiligen zu wollen — grüner Genscherismus.

Nur Rainer Trampert versucht, den Folgen des Zusammenbruchs der Illusionen, die er selbst mitproduziert hat, standhaft zu begegnen. Plötzlich fallen ihm die unterschiedlichen Motive ein, die zur Wahl der Grünen Partei führen — was bei den früheren Wahlerfolgen ja wohl auch so war. Diejenigen Wähler, die die grünen Ziele wirklich teilten, seien weniger als 5%, aber *„unsere Basis in der Gesellschaft"*, während man sich über die Wechselwähler zwar freuen, sich ihnen aber nicht anpassen solle. Und: die Partei müsse stärker an ihrem Unterbau arbeiten, ihr Fundament außerhalb von Wahlen ausbauen, grüne Gewerkschaftsgruppen aufbauen usw. usw. Schließlich sollten wir *„mit dem Gedanken leben, auch mal nicht im Parlament zu sein und trotzdem mit uns noch was anfangen zu können"*.

Bei solchen Vorschlägen, für die in der Partei inzwischen alle Voraussetzungen zerstört sind, soll keine Panik ausbrechen? Wer solche Ideen nur im Falle der Niederlage des eigenen Konzepts entwickelt und in Phasen der früheren Wahlerfolge lediglich das vernebelnde Bedürfnis nach einem radikalen Selbstbild befriedigt hat, wird mit solchen Durchhalteparolen zwar bei einigen Linken neue (falsche) Hoffnungen wecken, aber keine Taten produzieren. Und da die Grüne Partei vor allem von den Wahlerfolgen zusammengehalten wird, arbeitet Rainer Trampert mit seiner heroisch klingenden Schlußbemerkung erneut dem Realo/Koalo-Flügel der Partei in die Hände.

(...)

Die Versprechen der „Realpolitiker"

Die Versprechen der „Realpolitiker"

Es gibt eine Reihe von grünen Prominenten, die mit ihren Überlegungen in diversen Medien immer wieder ausführlich zu Wort kommen. Otto Schily verlangt — als zukünftiger Minister — von seinen innerparteilichen Widersachern ein echt gewaltfreies Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates ab. Thomas Schmid träumt von einer Reformpolitik in fundamentaler Absicht, Claus Offe/Helmut Wiesenthal versuchen den Grünen „die Angst vorm Reformismus" zu nehmen, Norbert Kostedde findet, ein rot-grünes Bündnis habe nur *„dann eine logische (?) Existenzberechtigung, wenn die militärischen und ökologischen Bedrohungen unserer Zeit, wenn Arbeitslosigkeit und soziale Armut vom Standpunkt einer radikalen Reformpolitik beantwortet werden"*.

Andere reden viel von „Verantwortung" und „Gestaltung", und einige ungeduldige Heißsporne in Sachen Realismus lassen angesichts der Niederlage in NRW erkennen, wes Geistes Kind sie sind: es herrsche ein „grenzenloser Opportunismus gegenüber verantwortungslosen Minderheiten" in der Grünen Partei (Gabriel Falkenmeyer) und „wir alle" seien *„in den hinter uns liegenden Monaten verantwortungslosen Minderheiten innerhalb des Landesverbandes — und dazu zähle ich allerdings auch die Öko-Sozialisten — auf den Leim gegangen"* (Erhard Müller). Wir erwähnen diese Mischung aus Glaubensbekenntnissen und Barbarei, weil sie die ideologische Begleitmusik des Experiments ist, an dem der wirkliche Gehalt der „Realpolitik" in der Praxis studiert werden kann.

Deren Ausgangsbedingungen hat Joschka Fischer wie folgt bestimmt: Die offene Schlacht um die Führung des Reformlagers der 80er Jahre hat begonnen. Für die Grünen geht es um ihre Existenz als autonome politische Kraft, für die Sozialdemokratie um ihre Mehrheits- und damit Machtfähig-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

keit. „*Anders gesagt: Entweder entwickelt sie eine linke Öko-Partei mit 15-20% der Wählerstimmen und den damit einhergehenden Veränderungen in Politik und Gesellschaft, oder aber wir erleben ein ökologisches Godesberg der Sozialdemokratie mit den bereits gemachten Erfahrungen. Genau diese Auseinandersetzung verbirgt sich hinter jener ominösen Formel von der ‚Neuen Mehrheit' diesseits der Union. Sieht man diese Mehrheit nicht nur als Frage der Arithmetik, sondern wesentlich politisch, so stellt man fest, daß beide Kontrahenten einerseits zum Kampf bis aufs Messer verurteilt sind, da der eine nur auf Kosten des anderen wachsen und sein politisches Gesicht verstärken kann; daß sie andererseits aber zur punktuellen Zusammenarbeit gezwungen sind, bis hin zu Tolerierungsbündnissen, da die Interessen des sich überschneidenden Wählerpotentials dies unumgänglich machen*".

Die realpolitische Praxis

Die Politik der Tolerierung in Hessen habe, so lautet ein Beschluß der hessischen Grünen am 8.6.85, „**vor** allen wichtigen Einzelerfolgen" eine Bedeutung weit über Hessen hinaus gehabt: „*Es wurde bewiesen, daß Grünen-Politik* ***praktiziert*** *werden kann.*"

Angefangen hatte dieser Versuch mit der Landesversammlung der Grünen in Marbach/Petersberg vom 1.10.83, auf der sich eine 80%ige Mehrheit für eine „kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD" aussprach und dies an die Bedingung eines Energiekonzeptes geknüpft hatte, „*das eine dezentrale, umweltfreundliche Energieversorgung verwirklicht und den* ***Ausstieg*** *aus der Atomenergie* ***sofort*** *einleitet*". Mit diesem Beschluß wurde ein scheinbar erdrutschartiger Umschwung in Hessen eingeleitet. Der unumkehrbare Niedergang der politischen Strömung um Manfred Zieran und Jutta Ditfurth war eingeleitet.

Grüne Politik wurde endlich machbar. Oder? Ist der Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet? Keineswegs. Stattdessen wurde den Bedenken der Grünen durch die Verabredung eines Hearings im Landtag Rechnung getragen, dessen Ausgang für die Erhaltung von Biblis von vornherein feststand. Übereinstimmung wurde dagegen zwischen Grünen und SPD darüber erzielt, daß das **Atomrecht** die Grundlage der Bewertung der hessischen Atomanlagen zu sein habe, was ja wohl die prinzipielle Anerkennung der Atomenergie zur Voraussetzung hat. Diese Anerkennung der Atomenergie ist inzwischen fester Bestandteil grüner Po-

ge der Bewertung der hessischen Atomanlagen zu sein habe, was ja wohl die prinzipielle Anerkennung der Atomenergie zur Voraussetzung hat. Diese Anerkennung der Atomenergie ist inzwischen fester Bestandteil grüner Po-

litik in Hessen.

Der Genehmigungsantrag der Atomfabrik Alkem wird von Grünen und ihren Experten als gegenwärtig „nicht entscheidungsreif" akzeptiert, was weder ihren Ausbau noch die Weiterproduktion von Plutoniumbrennstäben ausschließt. Um der SPD-Linie gegen die Wiederaufbereitung entgegenzukommen, wird der angeblich harmlosen „direkten Endlagerung" des Atommülls zugestimmt, die Zwischenlager erforderlich machen wird, mit Folgen für die Politik in Niedersachsen und anderswo.

Es ist müßig, die vollständige Akzeptanz der sozialdemokratischen Kernenergiepolitik an weiteren Punkten weiter zu belegen (Nukem, Hobeg, RBU), da dies von der Redaktion der Zeitschriften „atomexpress" und „atommüllzeitung" (jetzt fusioniert zu „atom") ohnehin schon erheblich qualifizierter ausgeführt wurde (vgl. taz, 7.6.85). Es ist auch deshalb müßig, weil für den politischen Prozeß der hessischen Grünen solche inhaltlichen Einwände ohnehin keine Rolle mehr spielen, besteht doch ihr übergeordnetes Interesse in der Entwicklung solcher Vorschläge, „*die eine Zusammenarbeit der Fraktionen der SPD und der Grünen in Hessen fördern sollen*".

Eckhard Stratmann, der eine ausgezeichnete Untersuchung des hessischen „Ausstiegs aus Atomenergie durch weiteren Einstieg" vorgelegt hat, faßt die darin liegende „Auszehrung grüner Politik" präzise zusammen: „*Wurde in Mainhausen vor einem dreiviertel Jahr noch das Ende des Tolerierungsbündnisses aufgekündigt mit der Forderung nach Stillegung aller Hanauer Nuklearbetriebe, so favorisieren gestern die Landtagsgrünen (...) die Annahme des Koalitionsangebotes mit der Konsequenz, daß alle Hanauer Nuklearbetriebe weiterarbeiten. Wahrhaftig, ein qualitativer Sprung. (...) Alles spricht dafür, daß die Koalos in Hessen die Weichen für eine neuartige Partei stellen, eine Weichenstellung, die in Niedersachsen verfestigt werden soll. Wie verhält sich ein Grüner aus NRW, der für ein offensives Tolerierungsangebot mit unverzichtbaren Mindestforderungen an die SPD ist, gegenüber einem grünen Umweltminister in Hessen? Ich mache keinen Unterschied zwischen einem SPD-Wirtschaftsminister in NRW, der den Schnellen Brüter in Kalkar, den THTR in Hamm und das Zwischenlager in Ahaus genehmigt, und einem grünen Energieminister in Hessen, der den Betrieb dieser Anlage ermöglicht durch Genehmigung oder Beaufsichtigung der entsprechenden Nuklearbetriebe in Hanau.*"

Hat Stratmann nicht unwiderlegbar recht? Noch vor den Wahlen in NRW hat Christoph Zöpel, stellvertretender Landesvorsitzender der dortigen SPD und Minister für Landes- und Stadtentwicklung, den Zusammenhang zwischen Hessen und NRW bestätigt. Daß die NRW-Grünen von einer zu tolerierenden SPD-Regierung die Nichtinbetriebnahme der Atomanlagen in Kalkar und Hamm-Uentrop verlangten, kontert er mit dem entscheidenden Argument: „Was ja jetzt plakativ erzählt wird, dat is eben Wahlkampf. Mit der nordrhein-westfälischen SPD über Kernenergie zu reden und in Hessen zu tolerieren, das müssen die Grünen mit sich selber ausmachen. Das ist kein SPD-Problem."

Die Methode des Verrats

Als die Landesversammlung der Grünen in Marbach vom 1.10.83 mit schon genanntem erdrutschartigen Stimmungsumschwung zugunsten der „Realo-Linie" endete — praktisch mit dem ersten Redebeitrag — lag das keineswegs an neuen Argumenten gegen die Fundis, an glänzender Rhetorik, an einer qualifizierten Strategiedebatte, die vorausgegangen wäre oder ähnlichem. Es hatte schlicht und einfach Neuwahlen gegeben am 25. September und deren ungewisser Ausgang hatte die Grünen um ihre parlamentarische Existenz bangen lassen.

Die Abhängigkeit von einer Wählerschaft mit eindeutiger Vorliebe für eine SPD-Regierung, der schließliche Einzug ins Parlament bei einem Verlust von einem Viertel der Wählerstimmen hatte den vorher demonstrierten gesinnungsethischen Radikalismus schwer angeschlagen und machte die „Basis" reif für jeden Vorschlag, der an die Stelle des die parlamentarische Existenz gefährdenden Fundamentalismus etwas „Erfolgversprechendes" zu setzen schien. Ein Bündnis mit der SPD, das den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie einleitet, was wollte man mehr.

Die SPD werde nach Anhörung der Experten schon deshalb aus der Atomenergie mitaussteigen, „weil die Entsorgung nicht gewährleistet ist", trommelten Otto Schily u.a. und über-

mehr.
Die SPD werde nach Anhörung der Experten schon deshalb aus der Atomenergie mitaussteigen, „weil die Entsorgung nicht gewährleistet ist", trommelten Otto Schily u.a. und über-

brückten so die noch vorhandenen Zweifel an den ersten Vereinbarungen. Die Interventionen von BuVo und Bundeshauptausschuß bewirkten das Gegenteil, der Landesverband rückte immer enger zusammen, um den einmal beschlossenen Weg zu verteidigen, zu dem es für die hessischen Grünen als **Wahlpartei** nach Auffassung ihrer Mitglieder keine Alternative gab. Etwa zurück zum Fundamentalismus?

Die von der Landtagsgruppe inszenierten Streitereien mit der SPD bis hin zum befristeten Bruch dienten allein der Integration skeptischer Motive in den hessischen Weg und der Herstellung der Koalitionsbereitschaft, die für Kerschgens, Fischer u.a. von Anfang an das angestrebte Ziel war und die selbstverständlich mit SPD-kritischen Argumenten begründet wurde. Joschka Fischer hat diesen Prozeß als grün-alternativer Macchiavellist meisterhaft gesteuert, weil er die Gesetzmäßigkeiten seines Ablaufs am präzisesten verstanden hat.

In einem Strategiepapier hat er seine Stellung zu dem „ablaufenden Prozeß" einmal offen mitgeteilt — vielleicht bedauert er das inzwischen. Die Tolerierungskonzeption mit Minimalbedingungen für die Duldung einer SPD-Regierung, die vor den Bundestagswahlen in Hagen beschlossen worden war, sei von den Anhängern des Reformflügels mit folgendem Kalkül unterstützt worden: „*Der Reformflügel, die ‚Realpolitiker', sahen darin eine Möglichkeit, die Bündnisfrage und damit die Durchsetzung (?) grüner Programmatik mittels Tolerierung oder gar weitergehend durch Koalitionen offenzuhalten. Sie hofften bei einem unklaren Ausgang der Wahl auf den faktischen Druck der Verhältnisse für den weiteren Entscheidungsprozeß innerhalb der Grünen.*"

Nicht offene Auseinandersetzung, nicht rationale Prüfung aller Argumente, sondern die Kalkulation mit dem Druck der Verhältnisse ist **das** Mittel, mit dem einige grüne Macchiavellisten ihrer Basis die vorweg feststehende Koalitions-Option nach einem **inszenierten** Lernprozeß „abgerungen" haben. In einer Hinsicht haben sich die Zuchtmeister dieses Prozesses freilich getäuscht. Der kämpfende heimische „Vietcong" ist dabei auf der Strecke geblieben, da dem sozialdemokratischen Partner/Gegner erheblich wirksamere Mittel zur Verfügung stehen.

Auf dem Niederhausener Parteitag der hessischen Grünen, der über die Annahme des Koalitionsangebotes von Börner zu entscheiden hatte, wurde drastisch deutlich, daß die Koalo-Strategen inzwischen zu Gefangenen ihres Mittels geworden sind, das sich inzwischen als Mittel Börners erwiesen hat. „*Kerschgens bezeichnet es als unverantwortlich, das Angebot Börners auszuschlagen*" (FAZ, 10.6.85). Die Basis fordert trotzdem zwei Minister. „*‚Das war's wohl', meinte ein zerknirschter Hubert Kleinert (...) zur taz*" (taz, 10.6.85). „*Was Kerschgens zuletzt mit gut gespielter Genugtuung verkündete, war ganz und gar nicht das gewesen, was die Redner seines Lagers (...) durchzusetzen versucht hatten*" (FAZ, 10.6.85). „*Die unbewußte Abhängigkeit der Koalitionsbefürworter von den Rahmenbedingungen, die Ministerpräsident Börner für eine Koalition gesetzt hatte, schien geradezu zwanghaft zu sein.*" (ebd.) „*Die Absprachen der Leute um Karl Kerschgens mit den Sozialdemokraten sind Handlungsgrundlagen, wie sie zwischen konkurrierenden Parteigliederungen gezimmert werden, nicht aber zwischen konkurrierenden Parteien.*" (ebd.)

Die Grüne Partei in Hessen ist subjektiv zerstört — nicht wegen der Ergebnisse, die sie erreicht oder nicht erreicht haben, sondern wegen ihres inneren Zustandes und wegen der in ihr inzwischen verankerten Überzeugung, sozialdemokratische Politik werde dadurch zu grüner Politik, daß Grüne, am besten Minister, an ihr teilnehmen.

Das muß dem innerparteilichen Erfolg des Realo-Flügels auch bundesweit nicht im Weg stehen, liefert doch der ‚Spiegel' (Nr. 25) wieder einmal rechtzeitig vor einem Grünen Parteitag Unterstützungsmaterial. Rau solle den Schnellen Brüter stoppen, dies sei Teil eines großangelegten energiepolitischen Wendemanövers der westdeutschen Sozialdemokraten, das unter dem „Druck der Grünen, vor allem in Hessen" und „im Einklang mit diversen eigenen Parteitagsbeschlüssen" den Versuch darstelle, „den Einstieg in die von der Bundesregierung geplanten Plutoniumwirtschaft zu verhindern" (S. 85). Genial, Joschka!

Die Zwickmühle zwischen Realpolitik und Fundamentalismus

Die Zwickmühle zwischen Realpolitik und Fundamentalismus

Um nochmal zu verdeutlichen, daß beide Hauptströmungen die Grünen als radikale Partei zerstören werden, wenn sie ihre Position nicht korrigieren, wollen wir das aktuelle Schlachtgetümmel verlassen und ein einfaches Szenario für die Bundestagswahlen 1987 entwerfen.

Wir unterstellen, daß (a) die Grünen einen Stopp der Raketenstationierung, den Abzug der bereits stationierten Pershings und Cruise Missiles, eine Absage an jegliche Beteiligung der Weltraumrüstung und eine Reduzierung der Militärausgaben anstreben und dies als Voraussetzung eines Regierungswechsels festlegen. Wir unterstellen weiter, daß (b) die SPD eintritt für eine Absage an die Weltraumrüstung, für eine Auseinandersetzung mit den NATO-Partnern über die Möglichkeit einer Rücknahme der Raketenstationierung, für ein Einfrieren des Rüstungshaushalts. und wir unterstellen schließlich, daß (c) der Block CDU/CSU/FDP die Frage der Teilnahme an der Weltraumrüstung für noch nicht abgeschlossen erklärt, die Raketenstationierung ohne Wenn und Aber durchziehen und den Rüstungshaushalt um 3% erhöhen will.

Es ist leicht einsichtig, daß sich die **strategische** Qualität jeder grünen Strömung nur an ihrer Antwort auf die Frage: „Was ist zu tun, wenn auf parlamentarischer Ebene eine numerische Mehrheit von SPD und Grünen besteht?" beurteilen läßt. Alle anderen Konstellationen überlagern oder verdecken den eigentlichen Konflikt oder legen Antworten nahe, die falsche Sicherheiten geben. (Das gilt beispielsweise für die Hamburger GAL, die unter Bedingungen einer absoluten SPD-Mehrheit in einem Stadtstaat Parlamentspolitik macht und deshalb mit unangebrachter Überheblichkeit nach Hessen schaut).

In dieser Konstellation erweist sich jede Strömung als fundamentalistisch, die das Erfüllen der Grünen Forderungen als Voraussetzung eines Regierungswechsels behandelt. Sie würde nicht nur die objektiv geringere Gefährlichkeit der SPD-Position im Vergleich zur Wendekoalition abstrakt negieren, sondern sogar die gefährlichere Position an der Regierung belassen, damit aber ihre „gesinnungsethische Reinheit" nur durch Erhaltung einer schlechteren Wirklichkeit bewahren. Die von dieser Strömung gern vorgetragene Versicherung, man sei durchaus für Reformen und Verbesserungen auch unterhalb der eigenen Ziele, erweist sich somit in dieser entscheidenden Situation als Phrase. Wegen dieser — gelinde ausgedrückt — Absurditäten einer fundamentalistischen Position würde spätestens beim Versuch ihrer praktischen Umsetzung ein erdrutschartiger Stimmungsumschwung in Partei und Fraktion der Grünen einsetzen.

Dies wäre die Stunde der Realpolitik hessischer Prägung, wenn sie nicht, wofür alles spricht, lange vor Beginn des Wahlkampfs 87 die klare Mehrheit der Partei erobert hätte. Ihr Antrag „Für eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD" zum Zweck u.a. der „Entwicklung von Schritten für die Rücknahme der Raketenstationierung" erhielte ein haushohe Zustimmung nicht nur in der Partei, sondern in der gesamten gegen die Wende-Regierung interessierten Öffentlichkeit. Da wir unterstellen, daß die SPD ihre **praktische** Haltung zu einem Raketenabzug vom Einverständnis der NATO-Partner abhängig machen wird, werden die nachfolgenden Tolerierungsgespräche die feststehende Haltung der SPD nicht beeinflussen. Wie sie sich in dieser Frage entscheidet, hängt allein von **ihrer** Kalkulation ab. Umgekehrt können die Grünen die Abwahl der Kohl-Regierung auf keinen Fall verweigern, weshalb **sie** es sein werden, die in den Tolerierungsverhandlungen ihre Position geändert haben. In dem unvermeidlichen von der SPD diktierten „Kompromiß" als Ergebnis der Verhandlungen werden die Grünen als Anti-Raketenpartei auf der Strecke bleiben, da sie den von der SPD diktierten Weg der „Rücknahme" der Raketen — der kann bekanntlich Jahrzehnte dauern — als ersten Schritt in die richtige Richtung werden interpretieren müssen. Und zur NATO könnte in Analogie zur hessischen Vereinbarung über die Atomenergie folgender Kompromiß gefunden werden, für den wir uns bei der AL Berlin bedanken: „*Die von der Fraktion der Grünen vorgebrachten Zweifel, daß die NATO den Anforderungen für den Fortbestand des Friedens in Europa durch ihre strategischen Planungen und Absichten nicht genügt, werden von der SPD nicht geteilt. Die SPD hält es jedoch für erforderlich, diese Zweifel ernstzunehmen, und ist bereit, Gutachten einzuholen und eine Bundestagsanhörung durchzuführen.*

nungen und Absichten nicht genügt, werden von der SPD nicht geteilt. Die SPD hält es jedoch für erforderlich, diese Zweifel ernstzunehmen, und ist bereit, Gutachten einzuholen und eine Bundestagsanhörung durchzuführen.

Dabei gehen SPD und Grüne übereinstimmend von folgendem Grundsatz aus: Die derzeitigen NATO-Strategien müssen so ausgeformt und gehandhabt werden, daß die im Grundgesetz enthaltene Maßgabe, ‚Schaden vom Deutschen Volke abzuwenden', gewährleistet ist."

Wir fassen zusammen: Der Fundamentalismus vernichtet bei seinem Versuch, radikale Ziele nicht zu verwässern, mögliche Verbesserungen in der Wirklichkeit, negiert damit berechtigte Anliegen der Grünen Basis und anderer „fortschrittlicher" Menschen. Dadurch produziert er den Sieg einer Wahlerfolge eher sichernden Sorte von Realismus, der beim Versuch, ein **vorhandenes** „Problem" zu lösen, die **Anliegen und Ziele** zerstört, um deren Durchsetzung willen er (hoffentlich) unternommen wird. Wir wollen nicht hoffen, daß sich Joschka Fischer, Hubert Kleinert etc. in ihrem Antrag „Für einen neuen Konsens" deshalb auf den Kampf gegen Hochrüstung und das SDI-Programm beschränken, weil die Nachrüstung mit der SPD sowieso nicht rückgängig zu machen ist.

Raus aus der Zwickmühle — Für einen bedingungslosen Sturz der Wende-Regierung

Wenn es wirklich um die offene Schlacht um die Führung des Reformlagers gehen soll, wenn die SPD wirklich ständig parlamentarisch und außerparlamentarisch berannt werden soll, dann muß aus der beschriebenen Zwickmühle ausgebrochen werden.

Nicht, wie manche vorschlagen, indem nun die Ebermänner die Minister stellen und die Schilys die radikalen Aufpasser. Sondern indem gefragt wird, welches Verhalten der Grünen Partei in der oben genannten Testsituation und schon vorher bei den Wahlen ein Optimum an Unabhängigkeit und damit an Kampffähigkeit erhält. Das ist u.E. der Fall, wenn die Grünen (a) für eine bedingungslose Beendigung der Wende-Regierung durch die Wahl eines SPD-Kanzlers eintreten und (b) die SPD für zwei Jahre ohne jede Verhandlung die Bedingung **ihres** Regierens durch Zustimmung zu **ihrem** Haushalt ermöglichen.

Eine Juso-Position?

Läuft diese bedingungslose Ermöglichung einer SPD-Regierung nicht auf eine Juso-Position — „Die SPD ist das kleinere Übel" — hinaus? Erstens ist das **so** keine Kritik und zweitens ist das eine Verkennung der Juso-Position.

Deren Fehler besteht nämlich nicht in dem Verweis auf die weniger schlimme Politik der SPD — der ist sogar richtig —, sondern in dem falschen Schluß, deshalb müsse man **in** und **für** diese Partei arbeiten. Als Juso kann man Antirevisionist, Öko-Sozialist, Stamokapler, Reformist u.a. mehr sein, wenn man dies **für die** SPD ist. Das macht deutlich, daß die **Identität** aller Jusos ganz unabhängig von ihrer besonderen Position in dieser Zuarbeit besteht, während unser Vorschlag durch die Bezugnahme auf eine selbständige, in **Opposition** zur SPD stehende politische Kraft auf eine **Wegarbeit** von der SPD zielt.

Zurück zu unserem Vorschlag

Ja, wir schlagen vor, auch dem Rüstungshaushalt, den die SPD vorlegen wird, bedingungslos zuzustimmen. Da die fundamentalistische Position aus den schon genannten Gründen im theoretisch günstigsten Fall einen **schlechteren Effekt** produzieren muß — einen CDU/CSU/FDP-Haushalt nämlich —, weshalb ihr die unvermeidliche Niederlage in der Grünen Partei dieses Schicksal ersparen wird, bleibt nur das mögliche Argument der Realo-Fraktion, unser Vorschlag verzichte auf eine Verbesserung des Regierungshandelns und seiner haushaltsmäßigen Voraussetzungen, um sich weiterhin der „Verantwortung" und „gestalterische Möglichkeiten" entziehen zu können.

Da wir jedoch nicht der Auffassung sind, daß die Mitgestaltung sozialdemokratischer Politik durch Grüne Minister eine Veränderung der Wirklichkeit bedeutet, da wir es für fatal halten, wenn eine Grüne Verhandlungskommission einen sozialdemokratisch diktierten Rüstungshaushalt anschließend als **Kompromiß** interpretieren muß, also als ein Ergebnis, in das angeblich grüne Inhalte bestimmend mit eingegangen seien, erweist sich das **offene** Nachgeben auf einer Ebene der Politik, auf der man nur verlieren kann, als der einzige Weg, die eigenen **Inhalte und Ziele als Waffen** im politischen Kampf einzusetzen, statt sie in sozialdemokratischer Manier nur am Sonntag hervorzukramen.

Politik, auf der man nur verlieren kann, als der einzige Weg, die eigenen **Inhalte und Ziele als Waffen** im politischen Kampf einzusetzen, statt sie in sozialdemokratischer Manier nur am Sonntag hervorzukramen.

Wie die auf dieser Grundlage mögliche Offensive konkret auszusehen hat, ist am Beispiel der Nachrüstung leicht zu demonstrieren: Zwischen den Grünen als Anhängern eines **bedingungslosen Abzugs** der Mittelstreckenraketen und der SPD, die auf den **Verhandlungsweg setzt**, ist sachlich kein Kompromiß möglich.

Da die Grünen selbst allein nicht regieren können und im Bündnis ihre Position aufgeben müßten, ermöglichen sie der etablierten Partei die Regierungsausübung, die in Sachen Weltraumrüstung die ungefährlichere und in der Nachrüstungsfrage die Hoffnungen tragende Position vertritt. Bei entsprechender Konstellation hat die SPD so erstmal keine Gelegenheit, die Entfaltung dieser Frage bei den interessierten Teilen der Bevölkerung durch die Zurückweisung „erpresserischer" Forderungen der Grünen, durch die Angst vor mangelnder Stabilität, durch die Unsicherheit über das Gelingen der Ablösung der Wende-Regierung etc. zu überlagern und damit zu unterdrücken. Die von ihr mit allen Mitteln an der Frage des Regierungswechsels inszenierte Polarisierung „Rot" gegen „Schwarz" verfehlt die beabsichtigte integrierende und disziplinierende Wirkung.

Dieses partielle Unterlaufen und Außerkraftsetzen der entscheidenden Waffe der Sozialdemokratie gegen die Grünen ist die Voraussetzung der Offensivfähigkeit der Grünen gegen die SPD. Nicht die sehr relative Macht, die in den Stimmen der Grünen Abgeordneten liegt, sondern das Vertreten, Festhalten und Propagieren von in der Bevölkerung massenhaft gewünschten Veränderungen ermöglicht auch einer hauptsächlich parlamentarisch tätigen Partei dir Förderung von gesellschaftlichem Druck, der für die SPD-**Hegemonie** viel gefährlicher ist. Voraussetzung dafür ist ihre Kompromißlosigkeit in allen inhaltlichen Fragen, die Wahrung der Autonomie durch Ablehnung von Koalitionen und das Wissen davon, daß dies alles — die Rolle des „Stachels im Fleisch" — im Gegensatz zu jedem **institutionellen** Reformismus steht.

(...)

Hochzeit GIM/KPD:

Was gibt es Neues?

Wie im AK 256 (März 1985) berichtet, finden seit Herbst 1984 geheime Fusionsverhandlungen zwischen der stalinistischen KPD (ehem. KPD/ML) und der trotzkistischen GIM statt. Initiator und aktiver Teil dieses Unternehmens ist die GIM. Sie folgt damit einer allgemeinen taktischen Orientierung der trotzkistischen „4.Internationale": Die hat auf ihrem letzten „Weltkongreß" das Zusammengehen mit nichttrotzkistischen Strömungen, bis hin zu Organisationszusammenschlüssen, als Weg zur Stärkung der eigenen Reihen ausdrücklich empfohlen.

Unserer Erwartung, sie könnten nach unserem Bericht getrost ihre skurile Geheimniskrämerei aufgeben, mochten beide Gruppen nicht entsprechen. Die GIM veröffentlichte lediglich einen kurzen Text in ihrer „was tun" vom 25.4.85. Aus diesem Text war sehr viel weniger zu erfahren, als im „Arbeiterkampf" eh schon gestanden hatte. Die KPD reagierte überhaupt nicht. Wie mittlerweile zu erfahren war, geht die strikte Geheimhaltung der Fusionsverhandlungen denn auch auf eine Forderung der KPD zurück, der sich die GIM gebeugt hat.

Der aktuelle Stand der Fusionsverhandlungen sieht nach unseren Informationen so aus : Die Führung der KPD ist bestrebt, die heftig werbenden Kollegen von der GIM hinzuhalten, ohne offen zuzugeben, daß sie -zumindest derzeit- eine Fusion weder will noch innerorganisatorisch durchsetzen könnte. Die GIM-Zentrale andererseits versucht, die faktische Blockade der KPDler aufzubrechen und das Tempo des von ihr angestrebten Vereinigungsprozesses zu forcieren. Zu diesem Zweck hat das Politische Büro der GIM der KPD einen ausformulierten „Entwurf einer Plattform für die Vereinigung von KPD und GIM" auf den Tisch gelegt. Darüber hat Mitte Mai ein weiteres geheimes Spitzentreffen stattgefunden. Die KPD hat, wie überhaupt nicht anders zu erwarten war, in dem GIM-Entwurf eine Reihe von „klassischen trotzkistischen Positionen" entdeckt, die für sie nicht tragbar seien. So etwa zur Geschichte der Sowjetunion und zur Einordnung der „realsozialistischen" Staaten, insbesondere der aktuellen sowjetischen Politik. Die GIM hat auf diese Einwände anscheinend sehr flexibel reagiert und deutlich gemacht, daß es ihr mehr um die praktische Fusion als um die Festschreibung des einen oder anderen trotzkistischen Dogmas geht. Einige der kritisierten Textteile würde sie von sich aus streichen; andere Punkte könnten ihrem Vorschlag nach durch eine gemischte Arbeitsgruppe GIM-KPD zufriedenstellend umgeschrieben werden. Mit dieser wahrhaft pragmatischen Lösung war die KPD-Spitze allerdings nicht einverstanden. Sie hat stattdessen verlangt, daß die GIM zu dem Programm-Entwurf Stellung nehmen solle, der derzeit in der KPD diskutiert wird. Die GIM hat sich auf diese Forderung wohl oder übel einlassen müssen. Ein nächstes Treffen, auf dem über diese Stellungnahme der GIM dann diskutiert werden sollte, wurde für Ende Juni vereinbart. Es müßte also inzwischen stattgefunden haben.

Korrektur

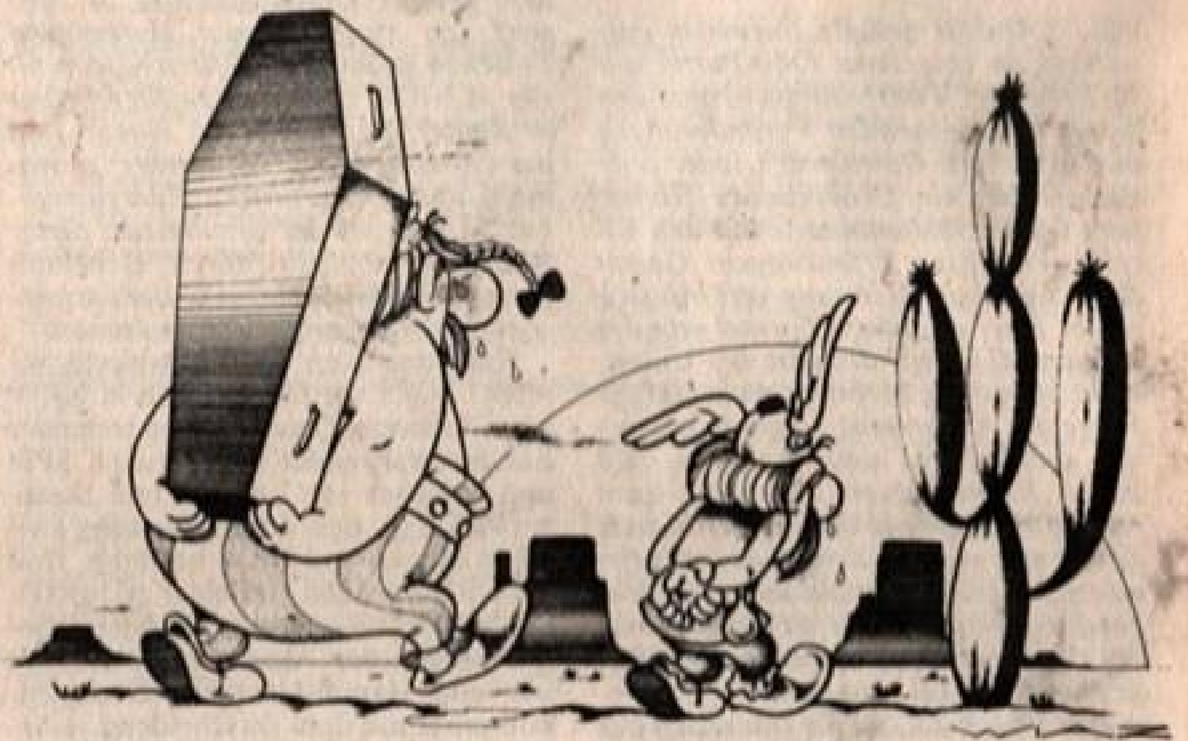
zu „Anti-Hitler-Koalition als Overtüre zum Kalten Krieg (AK 259)

In der Chronologie 1939-45 (S.27) muß es unter dem Datum 22.11.42 richtig heißen: „Die Rote Armee vollendet die Einkreisung der deutschen 6. Armee in Stalingrad".

Im ersten Satz des Textes (S.25) war ein Komma falsch gesetzt. Richtig sollte es heißen: „Die Anti-Hitler-Koalition kam erst im Herbst 1941, zwei Jahre nach Beginn des 2.Weltkriegs durch den Überfall auf Polen, zustande."

Einige kleine Übersetzungsfehler in den Jalta-Trinksprüchen (S.28). In dem Text von Stalin muß es richtig heißen : „Selbst wenn alle vorhandenen und möglichen Verbündeten Großbritannien in Stich lassen würden, so sagte er (Churchill), würde es weiterkämpfen." Der letzte Satz des zweiten Churchill-Spruchs muß richtig heißen: „Ich schlage einen Toast vor auf das helle Sonnenlicht eines siegreichen Friedens".

Asterix-Zeichner Uderzo ein Römer?



Goscinny ist tot (Francois Maspero, Nov. 1977)

Lieber Uderzo,
die „Tarzan"Comics der frühen 50er Jahre waren meine erste und für lange Zeit auch letzte Liebe zu den bunten Bilderheften. Mein zweiter Comic-Frühling begann mit den von dir gezeichneten und von Goscinny getexteten „Asterix"-Heften. Nachdem ich nun gute fünfundzwanzig Hefte lang euch bzw. dir, da dein Kumpel leider 1977 gestorben ist, die Treue gehalten habe, scheint mir diese Liebe verleidet zu werden.

Was mensch da von dir (Ritter der Ehrenlegion!) hören muß: Du läßt unsere hausgemachten Asterixe, Obelixe und Miraculixe (die Grünen) von den hiesigen Römern verfolgen? Wird es bald nicht mehr heißen: „Die spinnen, die Römer" sondern: „Uderzo spinnt"?

Aber vielleicht war ja auch alles ganz anders und ein römischer Agent hat hierzulande inszeniert, was unsere Asterixe ihren Freunden mitzuteilen veranlaßt waren?

Also höre, Uderzo: Im Namen des Volkes, so die Bundesgeschäftsstelle der Grünen, habe das hanseatische Oberlandesgericht in Bremen im Verfahren Uderzo gegen die Grünen folgendes Urteil beschlossen: *„DIE GRÜNEN werden verurteilt es zu unterlassen, in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin die Alben ‚Asterix im Hüttendorf' und ‚Asterix und das Atomkraftwerk' feilzuhalten und/oder in den Verkehr zu bringen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird ein Ordnungsgeld bis zu DM 500.000 angedroht."*

Im Bremer Bürgerschaftswahlkampf habe, teilen die Grünen weiter mit, ein grünes Mitglied die beiden Hefte auf dem Info-Tisch gehabt. ***„Durch eine von Uderzo beauftragte Person wurde dies festgestellt. (Nach Drucken mit Asterix-Zeichnungen läßt Uderzo in der BRD gezielt fahnden, insbesondere bei Veranstaltungen von Bürgerinitiativen und bei uns.)"*** Das ist bitter, Alter!

Das Bremer Mitglied habe sich dir gegenüber durch eine sog. Unterwerfungserklärung verpflichten müssen (hast du sie nicht mehr alle?!!), diese Hefte nicht mehr feilzubieten, andernfalls er eine hohe Geldstrafe zu zahlen habe. Ebenfalls sei der Bundesvorstand von dir aufgefordert worden, keine Hefte, Flugblätter etc. mit „Asterix"-Figuren zu verbreiten. Da der Bundesvorstand jedoch überhaupt keinen Einfluß auf die Auswahl des Info-Materials der Verbände habe oder haben könne und nach der Satzung (Autonomie der einzelnen Gliederungen — was heißt, damit du das auch verstehst: wie im gallischen Hüttendorf) auch nicht haben dürfe, habe der Bundesvorstand diese Unterwerfungserklärung nicht abgeben können. Daraufhin hättest du eine Klage eingereicht und damit Erfolg gehabt, denn: *„Den Richtern sind unsere basisdemokratischen und dezentralen Strukturen* (ich muß dich nochmal drauf stoßen: genau wie im Hüttendorf — K.) *egal, und sie vertreten die Auffassung, das oberste (nach BGB) die Partei repräsentierende Gremium ist für die Handlungen aller Parteigliederungen verantwortlich."* Auch dies Prinzip, Uderzo, muß dir vertraut sein, ist es doch das der Römer.

Ich will nicht lange moralisieren — daß das Schaffen eines humanistischen Künstlers (und dafür hielt ich dich bisher aufgrund deiner Arbeit, schließlich hört Kunst nicht beim Tafelbild auf) und sein alltägliches Verhalten nicht gerade häufig identisch sind, das ist so bedauerlich wie verbreitet. Aber mußtest gerade du, als Mitschöpfer jenes „von unbeugsamen Galliern bevölkerten Dorfes", ausgerechnet du dich gegen unsere bundesdeutschen Gallier mit den Römern gemein machen?

Das fragt dich nicht allein der

K. aus Hamburg

P.S.: Vom Zigarrenunternehmen Dannemann hast du ja gerade dessen erstmalig ausgelobten „Dannemann Better Living Award" erhalten, weil du, laut Laudatio, *„in vielen Ländern Hunderten von Millionen Menschen eine positive Philosophie vermittelst, die letztlich hilft, das Leben zu erleichtern und zu verbessern."* Also, Uderzo, ein Vorschlag zur Güte: Wir glauben das mal und du schickst die 30.000 Schweizer Franken, die dir der Preis eingetragen hat, den Galliern in Mittelamerika. Das verstehst du wieder nicht? Den Nicaraguanern natürlich, Alter. Damit sie sich den Geheimtrank à la Miraculix brauen können, den brauchen die nämlich. (Und den Scheiß mit den Grünen, den läßt du ja wohl sowieso nach?!!)

»Setzt die Schweinerei ab«

— Kroetz' »Bauern sterben« in München —

„*Setzt die Schweinerei ab!*" forderte BILD bundesweit auf der Titelseite, nachdem Kroetz' neues Stück „Bauern sterben" auf der Bühne der Münchner Kammerspiele uraufgeführt worden war. Und ein anderer Springer-Schreiber, Günther Zehm, meldete aus der Ferne, was sich in München ereignet habe:

„Abtreibung auf offener Bühne, Damenringkämpfe im Plumpsklo, gestorbene Omas, die niemand wegbringt und die allmählich im Ohrensessel verfaulen, während die Enkel um sie herum Haschmich spielen ..." **Auch Zehms Beschreibung macht klar: auf die Bühne eines von Steuerzahlern subventionierten Stadttheaters gehört „so etwas" nicht. Da darf dann auch der Verweis auf Kroetz frühere DKP-Mitgliedschaft nicht fehlen. Einmal Kommunist, immer verfemt ...**

Diese rechten Pressereaktionen wären ebenso wie die Strafanzeige wg. Gotteslästerung vielleicht unter „Provinzposse" abzuhaken, wenn nicht ... wenn die rechte Presse eben nicht BILD bundesweit und WELT kanzlernah wäre. So ist eher zu vermuten: Kulturkampf wird geprobt, diesmal auf Massenebene. Anders, nämlich aus dem Stück heraus, sind derart hochgekochte Reaktionen kaum zu erklären. Es gab schärfere Stücke und Filme in letzter Zeit, auch gotteslästerlichere (was für ein Wort?), die stammten allerdings nicht von einem Ex-Kommunisten, wurden auch nicht vorab auf drei „Spiegel"seiten gelobt.

Das Stück

„Bauern sterben" steht eher in der Tradition der beiden „Mondscheinknecht" Romane, als in der des Vorgängerstückes „Furcht und Hoffnung der BRD" (zu Kroetz und seinen letzten Arbeiten s. AK 243 und ein Interview in AK 245).

In „Bauern sterben" begibt sich Kroetz nämlich zurück aufs Land, auf Fährtensuche: wo kommen die hoffnungslosen, arbeitslosen kleinbürger der „Furcht und Elend"-Szenen her. Vom Dorf kommt auch der Schriftsetzer und linke Gewerkschafter Anton Kreuzberger. Der dumpfen Atmosphäre daheim konnte er wegen seiner Behinderung entkommen; Behinderte, Leistungsschwache werden auf dem Hof nicht gebraucht.

Anders und doch ähnlich in „Bauern sterben": Tochter und Sohn des patriarchalisch herrschenden Bauern wollen aus der dumpfen Kargheit ihres Lebens ausbrechen, suchen die Moderne. *„Mia brachan a Wassaleiding, ohne a Wassaleiding gäds nirgands mea"* stößt der Sohn zu Beginn des Stückes verzweifelt heraus und bekommt als Antwort nur ein lapidares: *„Es bleibd ois wias etzan is und wias oiwei war."* Die einzige Zukunftsperspektive, die bleibt: der baldige Tod des Vaters. Doch darauf wollen weder Sohn noch Tochter warten, sie brechen mit dem Traktor auf in die Stadt.

Ihre Fahrt führt durch ein Jammertal: ein verzweifelter Bauer, dem die Elektrizitätswerke den Wald abroden, um Überlandleitungen bauen zu können, ein depressiv veranlagter Dichtermissionar, eine Frau, die die Arbeitslosenstatistik durch ihren Selbstmord bereinigt. Die beiden Bauernkinder ziehen unbeirrt weiter, kommen schließlich an: in einem kahlen Rohbau — fließend Wasser haben sie jetzt, den Traktor mußten sie verkaufen. Aber statt Freiheit, Reichtum und neuer Perspektiven bietet die Stadt nur Arbeitslosigkeit, Fremde, Einsamkeit. Die Tochter geht auf den Strich, der Bruder spendet Blut und schließlich brechen beide wieder auf: zurück aufs Land. Jetzt nicht mehr stolz auf dem Trecker, sondern gebrochen. Der Bruder trägt die Schwester und eine Jesus-Figur, die der beiden traurige Irrfahrt vom Anfang bis zum bitteren Ende begleitet hat, Huckepack. Doch die Heimat von einst ist auch zur Fremde geworden. Auf einem Friedhof bleiben die beiden am Grab ihrer Eltern stehen: *„Vatta. De Bodn wo de Muatta und di zuadegd isas lezde, wos ins bliam is. Und ohne an Bodn stirbtma, des hobe ned gwißt."*

Das Meta-Stück

Es gibt noch einen zweiten Anknüpfungspunkt für „Bauern sterben" — die Schlußszene von „Nicht Fisch nicht Fleisch", das 1981 in Düsseldorf uraufgeführt wurde. In „Nicht Fisch, nicht Fleisch" wird in für Kroetz charakteristischer Manier von Edgar und Hermann erzählt: zwei Schriftsetzern, in deren Betrieb auf Fotosatz umgestellt wird. So realistisch und überzeichnet die völlig verschiedenen Konflikte der beiden mit der neuen Technik, ihren Ehen und dem allmählichen Auseinanderbrechen der Freundschaft erzählt werden, so symbolisch wirkt das Ende des Dramas. Hermann, der linke, großmäulige Gewerkschafter ist von den Kollegen mit der Luftpumpe der Darm aufgeblasen worden, schreiend und unförmig wälzt er sich in der eigenen Scheiße. Edgar, der gekündigt hat, weil er mit der neuen Technik nicht klar kam, will sich ins Meer stürzen. „Nicht Fisch, nicht Fleisch" weist mit diesem Schluß über die anderen Kroetz-Stücke hinaus. Der „Küchenrealismus" seiner früheren dramatischen Arbeiten wird gesprengt, außer für die materialistische Bedingtheit beginnt Kroetz sich für die existenzialistischen Grundlagen seiner Figuren zu interessieren.

„Kroetz schreibt genau da weiter, wo ‚Nicht Fisch, nicht Fleisch' aufhört" behauptet Bernd Wilms, Produktionsdramaturg der Münchner Uraufführung, in einem „Spiegel"-Aufsatz über „Bauern sterben" (Spiegel 23/185). Die Verzweiflung, mit der „Nicht Fisch, nicht Fleisch" endet, steht bei „Bauern sterben" am Anfang. Aus der unbestimmten, chaotischen Weite des „Nicht Fisch, nicht Fleisch"-Schlusses ist aber in „Bauern sterben" eine enge, sehr genau definierte Kammer geworden: „Heimat in der Kuchl" hat Kroetz den ersten, auf dem Hof spielenden Teil überschrieben.

Das ist die besondere Stärke dieses neuen Stückes: Kroetz hat eine Geschichte geschrieben über den Verlust der Identität, die Zerstörung traditioneller bäuerlicher Zusammenhänge, den Zusammenbruch der Sehnsucht nach Zukunft. Er hat darüber aber nicht nur geschrieben, es ist ihm gelungen, davon zu erzählen. Die Figuren haben eine Geschichte, ein eigenes Leben, sind nicht — wie in „Nicht Fisch, nicht Fleisch" — am Reißbrett entworfen worden, um möglichst typisch zu wirken.

Schade ist vor allem, daß dem zweiten Teil — die Ankunft und das Leben der Geschwister in der Stadt — die Schärfe und Genauigkeit fehlen, die dem ersten Teil zu eigen sind. Das Staunen der beiden Stadtneulinge über Euroschecks, Deospray und Dusche wirkt abgegriffen, darüber sind schon zu viel landweilige Witze gemacht worden.

Heimat, heimatlos

Kroetz Stück ist, das festzustellen komme ich nicht umhin, auch ein Heimatstück. Nicht nur der von Anfang bis Ende durch das Stück geschleifte Jesus erinnert daran. Und nicht zufällig erinnern die Kritiker von „FAZ", „FR", „Zeit" oder dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" an den Gehalt an Archaischem, Ursprünglichem, Mythischem.

Der Autor hat dem aber auch vorgebaut: *„Das Stück spielt irgendwo zwischen Landshut und Kalkutta"*, schreibt er in einer Vorbemerkung. Der von seinen Figuren gesprochene Dialekt ist auch keineswegs ein „echt bayrischer", er ist verfremdet, zugespitzt — eine Theatersprache eben. Am wichtigsten ist aber, daß Kroetz weder über das Leben auf dem Lande romantisiert noch einer Bauerntümelei verfällt. Die patriarchalischen Verhältnisse auf dem Hof werden so kraß beschrieben, wie sie sind: der Vater ist der Herr, was er sagt, wird, ohne die Chance eines Widerworts, getan. Ein enges Leben wird dort gezeigt — keine saftig grünen Wiesen mit lieblich muhenden Kühen, sondern eine kleine muffige Stube, in der auf den Tod gewartet wird. Die Katastrophe ist, daß das Leben in der Stadt anders, aber genauso grausam ist, daß die Pläne des Sohnes (von Milchwirtschaft auf Bullenmast umzustellen) bekannte Konsequenzen haben: industrielle Landwirtschaft, die den Boden zerstört, das Vieh zur Fleischmaschine degenerieren läßt ... Auswege gibt es in „Bauern sterben" nicht. Vom Rezepte servieren ist Kroetz abgekommen.

In der bürgerlichen Presse ist Kroetz' neues Stück mäßig angekommen. Lediglich unser Lieblingskritiker Benjamin Henrichs hat in der „Zeit" (14.6.85) von der mißlungenen Inszenierung absehen und seinen Blick aufs Stück lenken können. Spannend ist vor allem, wie Kroetz jetzt weitermacht, ob er das neu und wiedererschlossene Terrain „Bauern" weiter bearbeitet, ob er sich vor allem auch weiter vom mythologischen Heimatgeraune fernhalten kann.

Fassanbass

Logische Phantasie

Egon Erwin Kisch 1885-1948 (Erste Folge)

Egon Erwin Kischs Geburtstag jährte sich am 29. April 1985 zum hundertsten Male. Für FAZ, TAZ und FR war es — in der Form verschieden, im Wesen gleich — nur eine Gelegenheit für den untauglichen Versuch, Kisch in einen Journalisten und einen Kommunisten auseinanderzudividieren. Auch war es die (gesuchte) Gelegenheit für ein Remake des beliebten Fragespiels ,,Was wäre wenn ...'' — nämlich: wenn Kisch nicht schon 1948 gestorben wäre, sondern ein paar Jahre später, zur Zeit erneuter ,,stalinistischer'' Prozesse noch gelebt hätte. Daß bei diesen Unternehmen über das Werk und Leben von Kisch nur höchst wenig zu erfahren war, liegt auf der Hand.

Wir meinen hingegen: Wiewohl der Name Kisch langsam auch in der B-Republik bekannt(er) wird, steht seine tatsächliche Entdeckung, steht seine Aneignung, auch und gerade durch die Linke, noch aus. In unserer zweiteiligen Artikelfolge stellen wir das Leben Kischs dar; bringen zahlreiche Auszüge aus seinen Reportagen; untersuchen, wie ,,rasend'' der ,,rasende Reporter'' tatsächlich war und wie er's mit der Wahrheit gehalten hat; vergleichen die Rezeption von Kischs Werk in der DDR mit der in der BRD und bringen Kurzrezensionen der Bücher von und über Kisch.

Schreib das auf, Kisch!

Berlin, 27. Februar 1933. Der Reichstag brennt. ,,Von Kommunisten in Brand gesteckt'', schreit es anderntags von den Litfaßsäulen. ,,Wählt Hitler.''

Am frühen Morgen des 28. Februar werden anhand längst erstellter Listen Tausende verhaftet, die in den Jahren zuvor in Wort, Schrift und Tat gegen den aufkommenden Faschismus gestritten hatten. Unter den Verhafteten: Egon Erwin Kisch. Er berichtet:

und jetzt geht es zur I A, der Politischen Polizei. auf dem Korridor ist es schwarz von Menschen. Der erste, den ich von weitem erblicke, ist der Rechtsanwalt Dr. Apfel, der Verteidiger von Max Hoelz. Fein, denke ich, fein, daß er da ist, der kann gleich für mich intervenieren. ,,Hallo, Dr. Apfel, ich bin verhaftet.''
,,Ich auch'', sagt er nur.
Und schon sehe ich andere. Carl von Ossietzky, Chefredakteur der ,,Weltbühne'', die Romanschriftsteller Ludwig Renn und Kurt Kläber, Hermann Duncker, den Herausgeber sozialistischer Klassiker, Felix Halle, Mitglied des Staatsgerichtshofs, Dr. Hodann, den Sexualforscher, Lehmann-Rußbüldt, Entlarver der blutigen Rüstungsinternationale und Ligist für Menschenrechte (...) und viele, viele andere.
(...) Der gesamte Kulturbolschewismus soll hier Sitz und Stand finden. (IX/322)

Egon Erwin Kisch, tschechoslowakischer Staatsbürger, wird aufgrund der Intervention seiner Regierung zwölf Tage nach seiner Verhaftung abgeschoben.

„Aus Prager Gassen und Nächten"

Im März 1933 ist Kisch wieder in Prag, wo er am 28. April 1885 als Sohn eines wohlhabenden deutsch-jüdischen Tuchhändlers geboren wurde. Der Mutter Ernestine Kisch, zeitlebens eine Zentralfigur in Kischs Leben, prophezeite die Hebamme, ihr Sprößling werde ein ,,Herzensganeff''.

Vor allem ein Ganeff (jidd., Ganove) mußte Kisch auch sein in dem Prag, in das er hineingeboren wurde. Brennpunkt der nationalen Gegensätze in dem Vielvölkerstaat unter der Herr-

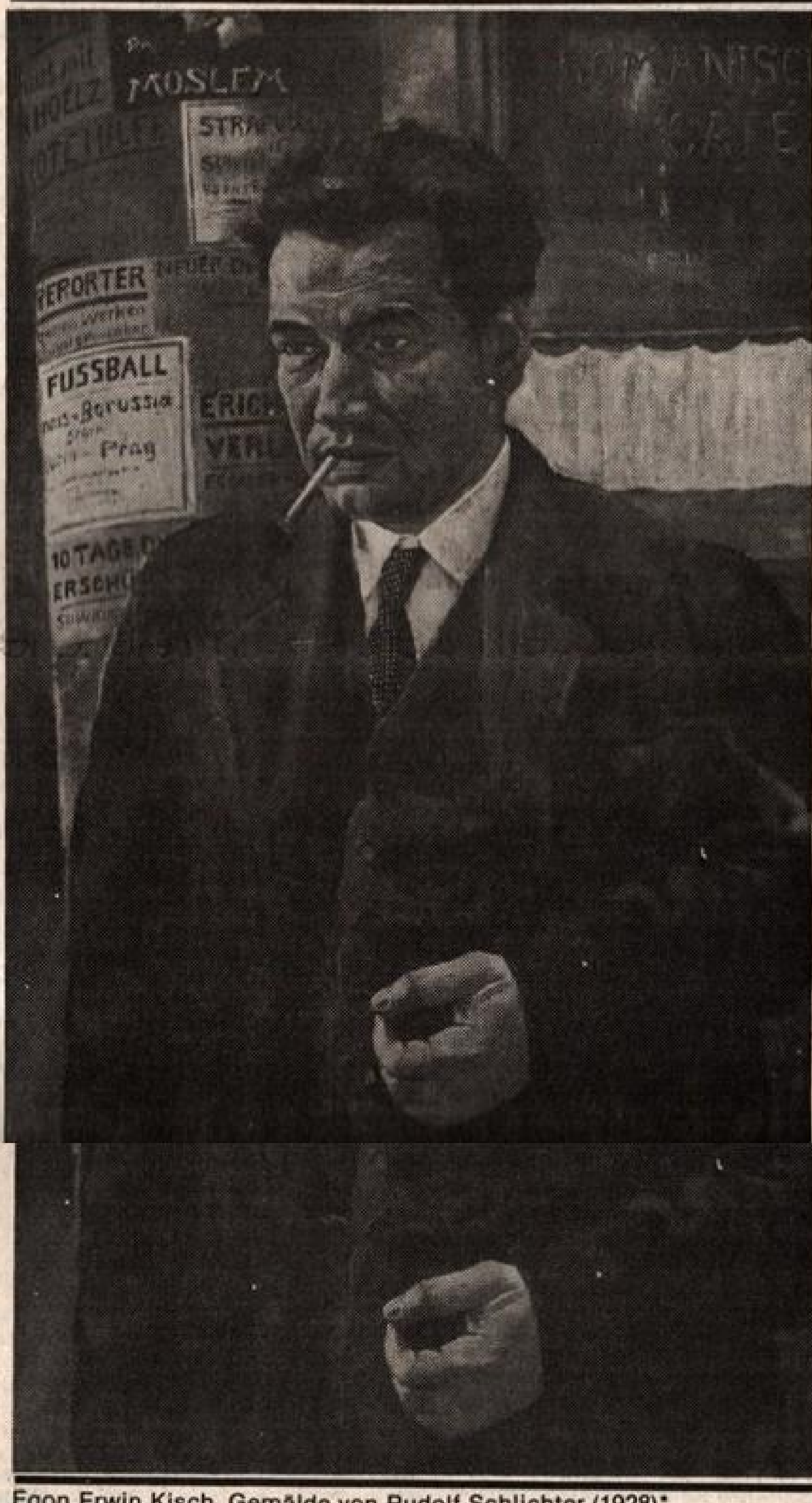
Im März 1933 ist Kisch wieder in Prag, wo er am 28. April 1885 als Sohn eines wohlhabenden deutsch-jüdischen Tuchhändlers geboren wurde. Der Mutter Ernestine Kisch, zeitlebens eine Zentralfigur in Kischs Leben, prophezeite die Hebamme, ihr Sprößling werde ein ,,Herzensganeff''.

Vor allem ein Ganeff (jidd., Ganove) mußte Kisch auch sein in dem Prag, in das er hineingeboren wurde. Brennpunkt der nationalen Gegensätze in dem Vielvölkerstaat unter der Herr-

schaft der k.u.k. Doppelmonarchie Österreich-Ungarn war Böhmen, und hier wiederum die Hauptstadt Prag, in der die nationalen Gegensätze zwischen Deutschen und Tschechen am härtesten ausgetragen wurden. Es war gleichzeitig die Epoche des wiederaufkommenden Antisemitismus, von dem Kisch als Kind wohlhabender Eltern nicht unmittelbar betroffen wurde, dessen Drohung gleichwohl gegenwärtig war. ,,In solch einem Milieu aufzuwachsen bedeutet von sich aus schon für soziale Spannungen höchst sensibilisiert zu sein — das schloß eine gesteigerte Empfindsamkeit für Sprache ein (...).'' (78/310) War Kisch auch einer jener ,,Hochassimilierten (Juden — d.Vf.) der Jahrhundertwende, die auf österreichischen Gymnasien mit Goethe gefüttert wurden'' (zit. n. 78/319), wuchs er doch quasi dreisprachig auf — neben dem Hochdeutschen standen Jiddisch und Tschechisch — und damit auch in drei Kulturen.

Von 1905 an arbeitet Kisch als Journalist, ist eine kurze und nicht sehr befriedigende Zeit Volontär beim ,,Prager Tagblatt'', besucht eine Journalistenschule in Berlin, ist dann von 1906-13 Lokalreporter bei der Prager Tageszeitung ,,Bohemia''. Zwar engagiert sich Kisch für die Rechte der tschechischen Bevölkerung, schreibt aber auch zuweilen anti-tschechische Artikel, weil die ,,Bohemia'' ein deutschnationalistisches Blatt ist (vgl. 46/9; vgl. 56/41). Es ist dies indes nur eine der zahlreichen Widersprüchlichkeiten in Kischs Entwicklung.

1912 erscheint Kischs erste Reportagensammlung in Buchform: *Aus Prager Gassen und Nächten*. In dieser wie in allen folgenden Reportagesammlungen bis Mitte der zwanziger Jahre berichtet Kisch zumeist über eher Skurriles, Merk- und Denkwürdiges und von jenem Teil der Gesellschaft, der gemeinhin Halbwelt gescholten wird, den Kisch jedoch nicht von außen beäugt und in seiner Darstellung dem Amusement oder moralischem Ereifern eines gebildeten Publikums preisgibt, sondern in dem er selbst seine Tage und mehr noch seine Nächte zubringt und über den er so detailliert wie liebevoll berichtet.



Egon Erwin Kisch. Gemälde von Rudolf Schlichter (1928)*

Über Günther Wallraff und dessen ,,Einschleich''taktik führte einer der (schmalen) Wege hierzulande, Kischs Werk bekannt zu machen. Nicht zufällig, war Kisch doch — wie eine seiner frühen Reportagen heißt — *Als Hopfenpflücker ins Saazer Land* (II,1) gegangen. Für *Eine Nacht im Asyl für Obdachlose* (II,1) hatte er sich

in Fulldress geworfen. Den Rock, den ich anhatte, hatte voriges Jahr unser Dienstmädchen einem Bettler geschenkt, aber dieser hatte die Annahme des Geschenkes unter schweren Beleidigungen abgelehnt. Wenn in dem Hut, den ich aufgesetzt hatte, noch die Firmenbezeichnung erkenntlich gewesen wäre, könnte man ihn als famoses Mittel für Erpressungen verwenden: Der Hutmacher würde jeden Betrag bezahlen, um diese seinen Namen tragende Schmach aus der Welt zu schaffen. (II,1/51)

Kischs scharfes Beobachtungsvermögen und seine hochentwickelte Kombinatorik verhalfen ihm — nebst dem Genossen ,,Zufall'' — schon in jungen Reporterjahren zu nicht allein sensationellen, sondern mehr noch politisch äußerst brisanten Enthüllungen. Der spektakulärste Fall ist die Aufdeckung der Spionagetätigkeit des Generalstabschefs des Prager Korps, Oberst Redl, die durch dessen ,,freiwilligen Selbstmord'' vertuscht werden sollte. Ein offener Bericht in einer Prager Zeitung hierüber kam jedoch nicht in Frage.

Oder soll man es doch versuchen? Beratung mit dem Chefredakteur: Werden die Beschlagnahme der Abendausgabe riskieren und die Nachricht in Form eines Dementis bringen. ,,Von hervorragender Seite werden wir um Widerlegung der speziell in Offizierskreisen aufgetauchten Gerüchte ersucht, daß (...) Oberst Redl, der bekanntlich vorgestern in Wien Selbstmord verübt hat, einen Verrat militärischer Geheimnisse begangen und für Rußland Spionage betrieben habe (...)'', und so weiter. Solche Dementis versteht der Leser (...). Jedenfalls erschien das Abendblatt (vom 27. Mai 1913; d.Vf.), der Draht gab die Nachricht nach Wien (...), im Parlament wurden zwanzig Dringlichkeitsanträge und Interpellationen eingereicht, und ganz Österreich wußte von den Ursachen des Selbstmordes (...). (II,2/153f.)

Kischs Recherchen waren so gründlich, daß in einer jüngst erschienenen wissenschaftlichen Studie über den Fall Redl Kischs seinerzeitige Darstellung vollständig übernommen und ,,nur in winzigen Details'' korrigiert wurde. (32)

* Kisch vor dem Romanischen Cafe in Berlin, Treffpunkt und Börse von Intellektuellen, Schriftstellern, Malern. (12) Auf der Litfaßsäule Anspielungen auf die Aktivitäten Kischs und seine Bücher. (49/57a)

„Soldat im Prager Korps"

1913 geht Kisch nach Berlin, ist dort Mitarbeiter des ,,Berliner Tageblatts'' und Dramaturg am ,,Künstlertheater''. Sein einziger Roman, *Der Mädchenhirt* (I) (ein Euphemismus für Zuhälter), erscheint noch vor Kriegsbeginn 1914. Er wird eingezogen und sendet gelegentlich Korrespondenzen von der Front an Berliner und Prager Zeitungen. Im ,,Berliner Tageblatt'' vom 1. Dezember 1914 ist, von Kisch gezeichnet, zu lesen:

Ich möchte eine kurze Gefechtspause benützen, um die aus eigener Anschauung geschöpfte, freudige Erkenntnis mitzuteilen, daß der Strafzweck unseres Krieges als vollkommen erfüllt anzusehen ist. (...) der serbische Staat (hat) seine Züchtigung bekommen, von der er sich niemals mehr (...) erholen kann. (VIII/184)

Allerdings — und dies eine weitere Widersprüchlichkeit im Leben Kischs — führt er zur gleichen Zeit ein Kriegstagebuch, *Schreib das auf, Kisch*, dem Tucholsky bescheinigt, es enthalte ,,ein paar meisterhafte Schilderungen, die in jedem Lesebuch stehen sollten.'' (39) Wie diese vom 14. September 1914: Beim panischen Rückzug über die Drina reichen die Pontons für das Übersetzen der Flüchtenden nicht aus, Kisch klammert sich im Wasser hängend, wie weitere dreißig Verzweifelte, an eine Pontonseite.

,,So können wir nicht rudern'', schreien die Pioniere, und das ist das Signal zu einem Angriff gegen uns ,,Außenseiter''. Mit Gewehrkolben schlägt man den draußen Hängenden auf die Finger oder trommelt mit den Fäusten auf ihre Hände, bis diese loslassen. Dann fallen die Armen ins Wasser, gurgeln, tauchen auf, manche zwei- oder dreimal, und sinken unter ...
Die Aufgabe, mich vom Bordrand abzuschütteln, hat ein junger Bursch übernommen (...), er (...) hat große, hellblaue, unendlich gütige Augen; mit diesen würdigt er mich keinen Blickes, sondern schaut nur ganz sachlich auf meine Finger, die sich verzweifelt an der Brüstung halten.
Seelenruhig kniet er nieder und beginnt, meine Hände abzureißen, gleichgültig, als schäle er Nüsse. (I/244)

Im März 1915 wird Kisch schwer verwundet. Die Fronterlebnisse haben ihn radikalisiert. Am tiefsten aber trifft ihn der Kriegstod seines jüngeren Bruders:

Was ich in den letzten Wochen erlebt, war nur fremder Jammer gewesen. Nun, da es mich unmittelbar ins Herz traf, faßte mich

ganz sachlich auf meine Finger, die sich verzweifelt an der Brüstung halten.
Seelenruhig kniet er nieder und beginnt, meine Hände abzureißen, gleichgültig, als schäle er Nüsse. (I/244)

Im März 1915 wird Kisch schwer verwundet. Die Fronterlebnisse haben ihn radikalisiert. Am tiefsten aber trifft ihn der Kriegstod seines jüngeren Bruders:

Was ich in den letzten Wochen erlebt, war nur fremder Jammer gewesen. Nun, da es mich unmittelbar ins Herz traf, faßte mich

ein wahnsinniger Haß gegen den Krieg. (I/304)

„Wien und die Rote Garde"

Neben dem Kriegserleben sind für Kischs Entwicklung von entscheidender Bedeutung seine Wiener Jahre.

Kisch wird im Mai 1917, vornehmlich auf eigene Initiative wie angenommen werden kann, nach Wien in das Kriegspressequartier abkommandiert. Er sucht nach Gleichgesinnten, die er in dem sich Ende 1917 bildenden (illegalen) Arbeiter- und Soldatenrat findet. Bei den Massenstreiks im Januar 1918 ist Kisch aber noch ,,mehr Beobachter als Teilnehmer'' (60/213). Über die folgende Zeit seines illegalen politischen Wirkens — er ist nach wie vor im Range eines Oberleutnants im Kriegspressequartier — und den hiermit einhergehenden Widerspruch zu seinem Beruf als Journalist schrieb er in einem nachgelassenen Text:

Es war ein seltsamer Sprung, geradewegs aus einem zeitlebens leidenschaftlich ausgeübten Beruf, dem des Öffentlichmachens, in die Tätigkeit des Geheimhaltens zu springen. (...) Alle Vorsichts- und Tarnungsmaßregeln wurden vorgekehrt und während ich sie vorkehrte, ertappte ich mich oft bei dem Gedanken, wieviel schöner es wäre, solch eine Verschwörerszene zu beschreiben, statt sie zu organisieren. (24/351f.)

Anfang November 1918, die Front ist zusammengebrochen, wird in Wien die Rote Garde gebildet. Kisch, mittlerweile führendes Mitglied der Föderation revolutionärer Sozialisten ,,Internationale'', wird ihr Führer, jedoch nach knapp drei Wochen auf Betreiben der sozialdemokratischen Parteiführung abgewählt, von der selben Versammlung aber zum Vorsitzenden des Arbeiterrats und zum Kommandeur eines Bataillons der Roten Garde bestimmt.

Bei aller revolutionären Aktivität ist und bleibt Kisch Journalist. In der von ihm redigierten ,,Roten Garde'' (Beilage des Organs der ,,Internationale'', ,,Der Freie Arbeiter'') diskutiert er die Frage der bewaffneten Volksmacht, warnt eindringlich vor Nationalismus und erneutem Krieg und hält der Sozialdemokratie *Parteimoralische Geschichten* vor wie diese:

Der ertappte Taschendieb oder ,,Ein Außenstehender hat nicht das Recht ...''
,,Sie, Kerl, Sie haben dieser Frau das Portemonnaie gestohlen, ich habe es genau gesehen! Geben Sie es ihr sofort zurück!'' — ,,Sö, Hörr, san Sö Mitglied vom alpinen Verein ,D' Stoanschaaßer'?'' — ,,Nein, aber ...'' — ,,Dann göht Ihnen das Ganze an Dreck an, verstanden?! Ein Außenstöhender hat nicht das Recht ...'' (VIII/260)

Und er rechnet unerbittlich anläßlich der Kämpfe um das Berliner Zeitungsviertel mit der Presse ab:

Das Zeitungsviertel: das waren die Munitionsfabriken der Kriegsbegeisterung, die Musterungslokale für Kriegsnachrichten, die Liebesgabenabgaben für geistiges Gift, die Zentraltransportleitung für Lügennachschub. (VIII/256)

Anfang 1919 ist Kisch in finanziell so hoffnungsloser Lage, daß er — wie er den (offenen) *Abschiedsbrief an meine Genossen* überschreibt — *Urlaub von der Politik* (VIII) nehmen muß. Er tritt der Redaktion einer neugegründeten linksbürgerlichen Zeitung bei, die er aber bald wieder verläßt. Im August 1919 schreibt er der Mutter: ,,Allerdings ist es wahr, daß ich seelisch in einer Depression bin, wie ich's schon seit Jahren nicht mehr war. (...) Vor allem kränkt mich mein seinerzeitiger Austritt aus dem politischen Leben und die Folgen vor mir und vor den anderen. (...) Ich stand nun einmal im Vordergrund der Ereignisse, und die Beobachtung und Bekrittelung meiner Person hat durch den Austritt sich nicht vermindert, mir die Ausübung der Journalistik erschwert, mein Leben kompliziert.'' (24/195)

Sein Urlaub von der Politik ist indes nur relativ. Durch den Zusammenschluß der ,,Internationale'' mit der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreich ist Kisch Mitglied dieser Partei geworden. Er tritt auf den Versammlungen der Partei als Redner auf und ist auf dem Parteitag im Dezember 1919 Delegierter der Soldatengruppe der KP.

„Der rasende Reporter"

Unbestimmt indes ist für Kisch Anfang der zwanziger Jahre sein weiterer beruflicher Weg. Er macht Theaterarbeit in Prag und gibt nach siebenjähriger Pause wieder eine Reportagesammlung heraus, die ,,Abenteuer in Prag''. Erst als ihm 1922 von dem Verleger Erich Reiß, dem Betreuer vieler seiner Bücher, neue interessante Aufgaben gestellt werden, siedelt er nach Berlin

„Der rasende Reporter"

Unbestimmt indes ist für Kisch Anfang der zwanziger Jahre sein weiterer beruflicher Weg. Er macht Theaterarbeit in Prag und gibt nach siebenjähriger Pause wieder eine Reportagesammlung heraus, die ,,Abenteuer in Prag''. Erst als ihm 1922 von dem Verleger Erich Reiß, dem Betreuer vieler seiner Bücher, neue interessante Aufgaben gestellt werden, siedelt er nach Berlin

über.

Nach fast zwanzigjähriger Tätigkeit als Journalist ist Kisch zwar ein bekannter, nicht aber ein berühmter Autor. Im August 1924 schreibt er der Mutter, ,,daß ich jetzt eine unerhört glückliche Zeit der Arbeit erlebe und so froh bin, wie ich es seit Jahren nicht war. Ich habe am 1. August vom Verlag Reiß den Auftrag zu einer Arbeit bekommen, die mir (...) endlich einen wirklichen Erfolg bringen soll und mich innerlich vollkommen befriedigt. (...) um in Berlin nicht abgelenkt zu sein, hat mich der Verleger in ein Nest auf dem Wannsee gesetzt (...), wo ich nichts von Café, Telefon, Freunden u. dgl. höre und mit Volldampf schreiben kann.'' (24/209f.)

Die ,,merkwürdigsten (seiner) Reportagen'' (24/213), die im Herbst 1924 unter dem Titel *Der rasende Reporter* erscheinen, machen Kisch auf einen Schlag berühmt, — und der Titel dieser Sammlung wurde — wiewohl ein tiefes Mißverständnis damit einhergeht — zu seinem Markenzeichen.

Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit. (V/660;27/8)

schreibt Kisch im Vorwort.

Mit seinen Reportagen wie mit dieser Positionsbestimmung traf er auf eine wesentliche Tendenz seiner Zeit: die Versachlichung der Literatur — vereinfacht unter ,,Neue Sachlichkeit'' gefaßt — wie sie sich in der Reportage, dem bürgerlich-kritischen Zeitgeschichtsroman dieser Jahre und dem proletarisch-revolutionären Roman ausdrückt. (46/32f.)

Fortsetzung nächste Seite



Zeichnungen von Rudolf Schlichter zu Kischs „Wagnisse in aller Welt"

Fortsetzung von vorheriger Seite

In seiner nächsten Reportagen-Sammlung *Hetzjagd durch die Zeit*, ähnlich komponiert wie der *Rasende Reporter*, berichtet Kisch von einem *Naturschutzpark der Geistigkeit*:

Es ist für unsereinen recht schön, daß es so etwas gibt wie Weimar: eine ganze Stadt als Reliquie, ein Bezirk als Wallfahrtsziel, weil hier einmal ein Dichterleben war. (...) Instinktsicher hat der Spießer herausgefunden, daß Goethes Leben komplementär zu seinem Werke war — so genial dieses ist, so pedantisch, autoritätsgläubig, devot, zeitfremd und egoistisch war seine Privatexistenz. Das hat der Pfahlbürger aller Nationen mit dem lyrischen Genius gemein, das ist es, was ihn zur Wallfahrt nach Weimar treibt, was ihm die Legitimation ausstellt, pedantisch, speichelleckerisch, zeitfremd und egoistisch zu sein und sich dabei goethisch vorzukommen und das „Deutschland Weimars" aus seiner Feindschaft gegen das deutsche Volk auszuschließen, den Geist Deutschlands zu hassen und den Geist Goethes zu lieben. (V/401f.)

„Sieben Jahre Justizskandal Max Hoelz"

Hatte Kisch im Vorwort zum *Rasenden Reporter* (1924) noch plakativ verkündet: „Der Reporter hat keine Tendenz" (27/7; V/659) — was er in den Reportagen des Bandes dann allerdings selbst widerlegte — schreibt er im Jahr darauf: „Aber nur soziale Tendenz gibt der Kunst die letzte Weihe." (zit. nach 48/240)

Seine relative Abstinenz von der praktischen Politik gibt Kisch Mitte der zwanziger Jahre auf. Ende 1925 tritt er von der österreichischen zur deutschen KP über. Seit 1926 erscheinen seine Arbeiten vielfach in der kommunistischen Presse (und er ist auch weiterhin in linksbürgerlicher und bürgerlicher Presse ein „gefragter Autor"). Er reist als Vortragender durch Deutschland, spricht in der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland" über Tolstoi, wirbt für die Universum-Bücherei (die Buchgemeinschaft des „Münzenberg-Konzerns"). In Berlin unterrichtet er an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH).

Im Rahmen der Roten Hilfe, deren Mitglied Kisch ist, setzt er sich für die Freilassung von Max Hoelz ein, der — noch nachdem sich der Täter des Mordes gestellt hat, der Hoelz zur Last gelegt wurde — jahrelang in Haft gehalten wird. 1927 spricht Kisch auf der großen Amnestie-Kundgebung für Hoelz in Berlin, er gibt dessen „Briefe aus dem Zuchthaus" heraus, publiziert 1928 seine Arbeit *Sieben Jahre Justizskandal Max Hoelz*. Als Hoelz aufgrund der entfachten Massenbewegung zur Freilassung der politischen Gefangenen und der Stellungnahmen vieler Schriftsteller im Juli 1928 aus der Haft entlassen wird, gehört Kisch zu denen, die ihn vom Zuchthaus Sonnenburg nach Berlin begleiten. (48/244ff.)

„Zaren, Popen, Bolschewiken. Der rasende Reporter in Rußland"

Seinem Bruder Paul hatte Kisch im Februar 1908 geraten: „Um jeden Zehner, für den man nicht ein Stück Welt gesehen hat, ist's ewig schade." (24/24)

Was Kisch selbst sich wahrlich zur Leitschnur machte. Nach häufigen Reisen quer durch Europa und bis nach Nordafrika (wo er als Filmstatist agierte) fährt er 1925 zum ersten Mal in die Sowjetunion.

In *Zaren, Popen, Bolschewiken* (III) berichtet Kisch von den industriellen und kulturellen Erfolgen des Aufbaus der jungen Sowjetunion ebenso wie von den unerhörten Schwierigkeiten, die kapitalistischen Muttermale sowie die Folgen der langjährigen Einkreisung durch die Entente-Mächte und des Bürgerkrieges zu überwinden. Da sind die Zehntausende von eltern- und heimatlosen Kindern, die durch das Land streunen und für die in Moskau und andererorten Sammelstellen eingerichtet worden sind.

Verpackt und vermummt, um den Nächten in Eis und Schnee und Wind zu trotzen, verlaust und verfloht, wie es nicht anders sein kann, wenn man jeden aufgelesenen Lappen als Kleidungsstück willkommen heißt, verdreckt und verrußt, wie man eben ist, wenn man monatelang in Müllkästen, in ausrangierten Kesseln, auf Ziegelhaufen und im Innern der Plakatsäulen nächtigt, einen zerschlissenen Sack und eine zerbeulte Eßschale in der Hand, so kommen die kleinen Straßenlumpen, vom Sozialinspektor, vom Polizisten, von einem Passanten hergeführt oder aus eigenem Antrieb in den Kollektor. Man fragt sie nichts, und wenige Minuten später verwandeln sich diese Jammerbilder des Nordens in Kinder, toben im Ba-
desaal splitternackt umher, springen in die
lektor. Man fragt sie nichts, und wenige Minuten später verwandeln sich diese Jammerbilder des Nordens in Kinder, toben im Ba-
desaal splitternackt umher, springen in die Wannen, prusten unter der Dusche, werden vom gleichaltrigen Bademeister mit Seife und Bürste abgerieben. (III/155)

Kurt Hiller lobte in der „Weltbühne" Kisch, der „sich als der belehrendste und entzückendste Berichterstatter" erwiesen habe. „Dabei stimmt es gar nicht, daß Kisch bloß Reporter sei; vielmehr scheint mir seine Berichterstattung mit Denkerischem und mit ethischer Regung reich durchsetzt. Vielleicht ist ethische Regung sogar die Wurzel dieser Berichterstattung". (15)

„Egon Erwin Kisch beehrt sich darzubieten: Paradies Amerika"

Amerika erschien vielen in der Weimarer Republik, die, nicht erst seit der Weltwirtschaftskrise, von durchweg hoher Arbeitslosigkeit und damit einhergehendem Elend geprägt war, als Land der Verheißung. Als Kisch seinen Reisebericht „Paradies Amerika" 1929 publiziert, entsetzt sich ein bürgerlicher Kritiker: „Kisch beschreibt ein freies Amerika, in dem jeder nach seiner Fasson hungern kann." (zit. n. I/14) Tucholsky empfahl (wohl deshalb): „Wer eine Arbeiterbibliothek verwaltet, sollte das Buch Kischs anschaffen." Kisch habe, schrieb Tucholsky weiter, „eine Eigentümlichkeit, die ich immer sehr bejaht habe: er sieht sich in fremden Ländern allemal die Gefängnisse an. Denn maßgebend für eine Kultur ist nicht ihre Spitzenleistung; maßgebend ist die unterste, die letzte Stufe, jene, die dort gerade noch möglich ist." (38)

So gehört zu Kischs Amerika-Reise auch ein Besuch der *Gefängnisse auf einer Insel im East River* (IV/61) wie eines anderen kulturellen Tiefpunkts, dem *Friedhof reicher Hunde* (IV/171).

Die Reportagen, nicht nur seines Amerika-Buches, erscheinen häufig als Vorabdruck oder Nachdruck, in der kommunistischen und der bürgerlichen Presse. „Kaum aber sind diese Veröffentlichungen einfache Nachdrucke gewesen, fast immer hat Kisch sie umgearbeitet (...) Diese Umarbeitung(en) (...) sollten den Text auf das jeweilige Publikum einrichten." (55/56)

Von besonderem Interesse für die Arbeiterpresse waren selbstverständlich Kischs Berichte aus den amerikanischen Industrien.

Die Stockyards, die weltberühmten Schlachthäuser, dürfen besichtigt werden; überzeugen Sie sich, meine Herschaften, daß unser Unternehmen die in dem Roman ‚Jungle' geschilderten Unappetitlichkeiten beseitigt hat.
Nicht beseitigt wurden die Arbeitsverhältnisse ... Upton Sinclair hatte auf das Herz Amerikas gezielt und den Magen getroffen. Zum Gebrauch des Fremdenführers hat die Firma ein geheimes Buch herausgegeben, darin im Wortlaut verzeichnet steht, was auf unbequeme Fragen zu erwidern ist. Diese Fragen und Antworten muß er auswendig lernen und darf das Buch niemandem zeigen. Der Doktor Becker (so nennt sich Kisch in seinem „Amerika"-Buch; d. Verf.) notiert daraus:
Frage: Wie können die Mädchen in den
zeigen. Der Doktor Becker (so nennt sich Kisch in seinem „Amerika"-Buch; d. Verf.) notiert daraus:
Frage: Wie können die Mädchen in den Verpackungsräumen auf die Dauer die Schnelligkeit ihrer Hantierung aushalten?
Antwort: Die Mädchen lieben es, vor den Besuchern ihre Schnelligkeit zur Schau zu stellen. Wir raten ihnen ab (discourage) von jeder übermäßigen Hast. (IV/215f)

„Egon Erwin Kisch berichtet: Asien gründlich verändert"

Den dritten seiner großen Reiseberichte, von der zweiten Reise in die Sowjetunion, legt Kisch 1932 vor. Es ist dies, schrieb F.C. Weiskopf in der „Weltbühne", „daß erste Buch, das dem ausländischen Leser ein lebendiges Bild des neuen Asien vermittelt, weil es Dinge und Menschen im Fluß, in ihrer Entstehung und Entwicklung, weil es einen Sprung aus der mittelalterlichen Welt der ‚Tausend und einen Nacht' in die Epoche der sozialistischen Plan-

Fortsetzung nächste Seite

Gisl's Kaffeekanne

„Hatte Kisch eigentlich keine Frau?" fragte eine Besucherin einer Veranstaltung über Egon Erwin Kisch den Referenten. Ja, sagte der Referent. Doch, sagte der Referent. Nur, zögerte der Referent, was er über Gisela Lyner/Kisch (trotz eifrigen Bemühens) herausgefunden habe, das sei doch reichlich beschämend. Nein, nicht für die Genossin Kisch. Sondern für die — Exilanten, Mitkämpfer und andere Zeitgenossen Kischs —, die (ohnehin fast ausnahmslos im Zusammenhang mit Erinnerungen an Egonek) über Gisl berichten. Und er, der Referent, wollte nicht ... aber zumal ihn auch seine Liebste mahnt — „Schreibst du was über Gisl?!!" — tut er's denn doch.

Neunundzwanzig Jahre lang war sie, erinnert sich Karl Kreibich, Kisch „Geliebte, Sekretärin, Genossin und auch seine erste Kritikerin (...), stets die erste, der er seine Arbeiten vorzulesen pflegte." (21/201; 60/109) Bruno Frei hingegen sieht nur: „Der *private* Kisch ist ohne Gisl nicht vorstellbar." (8/12 — Hervorhebg. i. Orig.) Und Anna Seghers: „Wenn Gisl ihrerseits auf die seltsame Idee kam, einmal ein paar Tage zu ihren Eltern zu fahren, war der arme Kisch ohne Gisl allen Dämonen anheimgegeben." (59/175; 60/48).

Über Gisl als Mitarbeiterin von Egonek und als Mitgestalterin seiner Arbeiten berichtet Theodor Balk: „Das Manuskript wird von Kisch unter Assistenz seiner Frau und Mitarbeiterin Gisl sieben bis achtmal durch ein System von Destillationsröhren getrieben, bis es die flüssige Konsistenz bekommt." (21/60; 60/83) Und Bodo Uhse überliefert aus Mexiko: Egonek arbeitete an seiner Biografie, jede Störung war verboten. „Nur Gisl Kisch war der Zugang zum Balkon gestattet. Sie hatte am Nachmittag und Abend die Manuskripte Egons vom Vortage getippt und brachte sich nun mit vielen kleinen Punkten am Rande — wir nannten sie Fliegenschisse — zu Kisch. Flüsternd begannen sie miteinander zu streiten. (...) Wie wurde da um jedes Wort, um jede Silbe, um jedes Komma gekämpft." (60/182) Ähnliches erfahren wir noch von Anna Seghers: „Und nachts (...) schleift sie mit an jedem Wort herum, das Kisch in seiner verrückten Handschrift aufgeschrieben hat." (59/177; 60/49).

Seltener noch als die zumindest Erwähnung der bestimmenden Mitarbeit Gisl Kischs an den Arbeiten Egoneks sind Mitteilungen darüber, daß sie (wie übrigens fast alle Frauen exilierter Schriftsteller, vgl. 30) den Lebensunterhalt auch ihres Mannes — in Frankreich als Garderobiere (45/152; 62/135), in Mexiko als Büroangestellte (60/247f.) — zeitweise alleine finanzierte, und das heißt nicht zuletzt: ihm die schriftstellerische Tätigkeit ermöglicht hat.

Das ist es dann aber auch schon, was aus einem guten halben Hundert von „Erinnerungen an Kisch", in denen Gisl nicht so selten erwähnt wird, über ihre tatsächliche Bedeutung im Leben von Kisch und für sein Werk zu erfahren ist. Der (quantitativ viel größere) Rest macht peinlich deutlich — auch dort wo Frauen sich über Gisl äußern —, daß engagiertes antifaschistisches Kämpfertum, allgemein hohes politisches Bewußtsein nicht davor bewahrt, eine Genossin und Mitkämpferin unter dem Attribut „brav" (21/24) bzw. „tapfer" (21/270; 60/155) abzulegen, oder aber, — wo ihr mehr als ein Nebensatz gegönnt wird, — sie auf die Rolle der gastgebenden Hausfrau — wo nicht gar eines veritablen Hausmütterchens — zu reduzieren.

In dem Artikel, den Anna Seghers zu Gisl Kischs fünfzigstem Geburtstag schrieb, werden zwar die Mühen der Hausarbeit benannt, verschwinden dann aber unter einem rosa Zuckerguß: „in Egons Heim bedeutet die Gisl das, was man in der Chemie, ich glaube, Katalysator nennt, eine Substanz, ohne die ein bestimmtes Element nicht zu der ihm eigenen Wirkung kommt. In diesem Fall ist die Substanz Gisls Kaffee. (...) Der Kaffee, den Gisl für ihre Gäste braut, verleiht Egons Erinnerungen, Witzen, Anekdoten, Schweinereien und Glaubensbekenntnissen einen unwiderstehlichen Zauber." (59/ 175; 60/48).

Simone Téry, im mexikanischen Exil wie die Kischs, erinnert sich: „Seine treue Gefährtin Gisl, die ihm überallhin gefolgt war, die ihn mit aufopfernder Liebe umgab und wie ein Kind umsorgte, hatte aus der bescheidenen Behausung ein entzückendes Heim zu machen gewußt. (...) Und bald, zu welcher Stunde es auch war (...) brachte (Gisl) auf einem Tablett die Tassen, den Zucker und den dampfenden Kaffee." (21/153; 60/145f.)

Bruno Frei schließlich bringt es auf die kürzeste Formel: „Als sich Kisch (...) aus dem Pariser Gedränge nach Versailles zurückzog, traf man sich bei Gisl's Kaffeekanne und Egoneks Anekdoten in Versailles." (8/12)



Gisl Lyner und Egon Erwin Kisch (Berlin, um 1930)



Egon Erwin Kisch trifft Charlie Chaplin und Upton Sinclair im „Paradies Amerika" (1928/29)



Fortsetzung von vorheriger Seite

wirtschaft, in seiner ganzen Größe mit allen Widersprüchen und Anachronismen zeigt.'' (72)
Kisch unternimmt eine *Reise von der Quelle bis zur Mündung der Seide:*

Erst wenige Jahre bestehen die Verteilungsstellen (für die Eier des Seidenwurms — d. Verf.). Trotzdem läßt sich ihre Geschichte bereits in drei Zeitalter einteilen. Zunächst — sozusagen Altertum — waren es die Männer, die die Eier abholten und nach Monatsfrist die fertigen Kokons gegen Geld ablieferten; die Frauen hatten nur die Arbeit: Fütterung und Pflege der Raupen. Die zweite Phase — sozusagen Mittelalter —: der Muselman erhöhte das Arbeitspensum seiner angetrauten Sklavin und vereinfachte sein eigenes, indem er sie auch die Eier abholen schickte. Er selbst brachte nur die Kokons in die Fabrik und steckte den Preis ein. Aber hier erfolgt der dialektische Umschlag: in der Kokonanstalt wurden die Frauen darüber aufgeklärt, daß dem, der die Arbeit leistet, die Bezahlung gebührt. So kamen das nächste Mal — sozusagen Neuzeit — die Frauen selbst, um die Kokons abzugeben und Geld zu erhalten. Nunmehr besteht fast die ganze Klientel aus Frauen, sie sind es, mit denen man die Verträge abschließt. (III/289f.).

Von der Universität Charkow wird Kisch Ende 1930 zum Professor der Journalistik ernannt, Anfang 1931 hält er dort Vorlesungen über die Reportage.

„Egon Erwin Kisch enthüllt: China geheim"

Häufig hat Kisch von dem Stilmittel Satire zur Aufhellung verzwickter Erscheinungen Gebrauch gemacht. Zur Darstellung der schier undurchdringlichen Verhältnisse ,,im imperialistischen Ausbeutungsstück um Shanghai'' bedient er sich eines Theaterzettels.

Wer den Theaterzettel dieser Vorstellung nicht kennt, kann die große Revue nicht verstehen.

Zwangszölle Zwangsanleihen Zwangseinfuhr	England	
Nachtwächter der vorigen	Indien	
Leibgarde der vorvorigen	Russische Weißgardisten	
Korruption Opiumspelunken Kuppelei	Frankreich	
Wächter der vorigen	Annam	
Spitzel Huren	Personal der vorvorigen	Russische Emigranten
Militär, Exekutive durch Krieg und Provokationen	Japan	
Kinderarbeit Standard Oil Tobacco Comp. Entnationalisierung durch Missionen und Colleges	Amerika	
Milit. Ratgeberei Waffenhandel	Deutschland	
Grundstückspekulation:	Juden	
Schuldeneintreibung:	Portugiesen	
Spiel (Hai-Alai):	Basken	
Einheimische Helfershelfer der Fremden	Kuomintang	

Man darf das nicht zu schematisch nehmen. Nicht selten springt einer aus seinem Rollenfach in ein anderes über. (III/463f)

Kischs Bericht von seiner illegalen Reise durch China — die ersten Exemplare werden im Dezember 1932 ausgeliefert (10/251) — erreicht nur noch wenige seiner Leser, gehört doch Kisch — Kommunist und Jude — nach der Machtübernahme durch den Faschismus zu den an erster Stelle verbotenen Autoren.

AG Exil

Folge 2 in AK 261 enthält: Leben und Werk, 1933 - 1948; Kisch-Rezeption in der BRD und der DDR; Kurzrezensionen der (lieferbaren) Bücher von und über Kisch; Quellennachweise für die gesamte Artikelfolge.

Der »rasende Reporter« und die »einfache Wahrheit«

,,Man kennt ihn, auch wenn man nichts von ihm kennt, als den ,rasenden Reporter', denn der Titel seines Bestsellers in der Weimarer Republik ist zum Markenzeichen geworden.'' (23/310)

Selbstinszenierung

Kaum einer, der sich über Kisch äußert und sich nicht zugleich bemüßigt fühlte zu beteuern, daß der ja nie und nimmer ein ,,rasender'' Reporter gewesen sei. Da berichtet der eine von Manuskriptseiten, ,,die bis zu vierzehnmal umgeschrieben waren — umgeschrieben in einer Handschrift mit absichtlich retardierenden Schnörkeln und Schleifen, damit das Wort ja nicht so rasch, ja nicht unüberlegt in die Feder fließe.'' (I/11) Da hebt ein anderer hervor: Kisch habe ,,niemals mit nur handwerklicher Fertigkeit leichthin über etwas schreiben oder von etwas berichten können. Er hat den Stoff, an dem er arbeitete, stets ganz durchdrungen und sorgfältig geformt.'' (21/105) Und eine dritte entsetzt sich gar ,,Wie hat man ihn jemals den ,rasenden Reporter' nennen können!'' (21/147)

,,Man''? Für dieserlei Ehrenrettungen hat, konstatiert der Exilforscher Hans-Albert Walter, ,,Kisch selbst doch wenigstens den Anlaß geliefert (...) Der Titel war Teil einer Strategie, mit der ein Markenzeichen etabliert werden sollte, und eine ganze Reihe von Indizien deutet darauf hin, daß genau die Wirkung gewünscht und gewollt war, die dann eintrat.'' (27/331f.) Denn nicht minder sensationsheischend waren die Titel fast aller folgenden Bände: *Hetzjagd durch die Zeit* (V), *Wagnisse in aller Welt* (V), *Zaren, Popen, Bolschewiken* (III) mit dem Untertitel *Der rasende Reporter in Rußland*, *Egon Erwin Kisch enthüllt: China geheim* (III), usw.

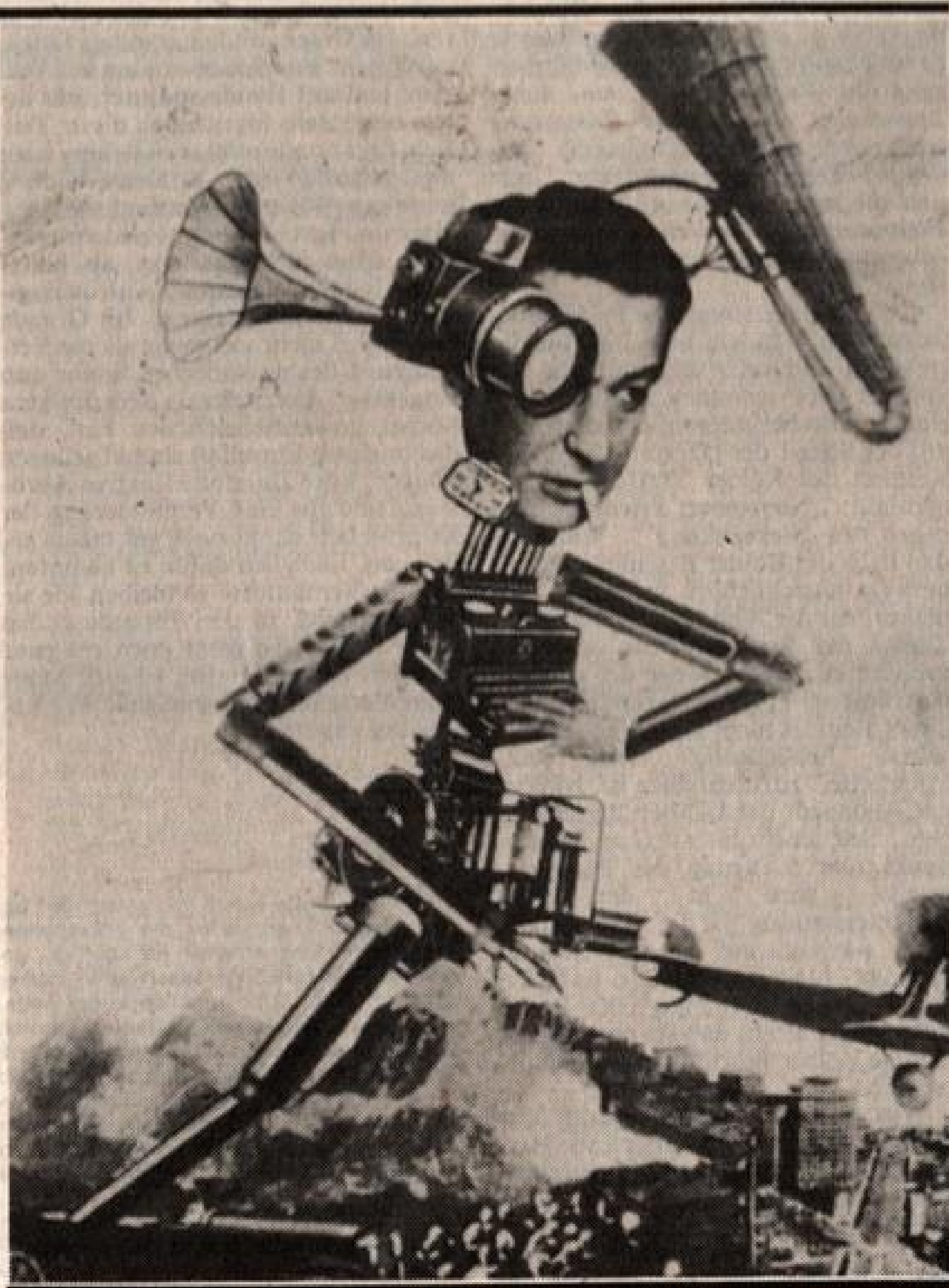
Das Ansehen, das Kisch sich mit dieser Betitelung seiner Reportagebände

China geheim (III), usw.

Das Ansehen, das Kisch sich mit dieser Betitelung seiner Reportagebände

gab, ergänzte er durch sein Auftreten: mal in ,,Reporter-Pose'' mit Schlapphut; dann ein Foto in der ,,AIZ'' mit der Unterschrift ,,Egon Erwin Kisch im Romanischen Cafe in Berlin 20 Minuten vor der Abreise in die USA''; und auf fast allen Kisch-Fotos die





(Montage des Fotografen Umbo, d.i. Otto Umbehr)

schier unvermeidliche Zigarette im Mundwinkel, ,,Betriebsamkeit und Unrast, Nervosität und Sensibilität gleichermaßen signalisierend.'' (27/332)

Ausgerechnet Kisch, der so viel Anstrengung verwandte, seine Stoffe zupackend darzubieten, sollte nicht vorausgesehen haben, welche Folgen der griffige Slogan hatte? Das hieße, stellt Hans-Albert Walter fest, ,,(Kisch) die langjährige Berufserfahrung abzusprechen, wenn man ihm Unachtsamkeit just beim ,Aufmacher', bei der Schlagzeile, bei dem für Erfolg oder Mißerfolg eminent wichtigen Buchtitel zutraut.'' (28)

Ohne einen ,,wahren Kern'' hätte sich das Klischee vom ,,rasenden Reporter'' jedoch kaum so lange halten und sich nicht verselbständigen können. Die ,,ständige Camouflage, Selbstinzenierung und Selbstanekdotisierung'' (56/39) war auch ,,Teil seiner selbst. (...) Die bald bohemienartige, bald nomadische, jedenfalls nicht seßhafte Lebensweise Kischs bildet den gemeinsamen Nenner von Realität und kalkulierter Rolle.'' (27/332f.)

bald nomadische, jedenfalls nicht seßhafte Lebensweise Kischs bildet den gemeinsamen Nenner von Realität und kalkulierter Rolle.'' (27/332f.)

In späteren Jahren war Kisch die Rollen(selbst)zuschreibung vom ,,rasenden Reporter'' allerdings leid. ,,Was ihn wirklich geschmerzt haben dürfte, war nicht der Erfolg, sondern der teilweise Mißerfolg seines Kalküls: die Tatsache, daß man den ominösen Titel banal und wörtlich nahm, anstatt ihn, wie man erwarten durfte, zu den Reportagen, die ihn ad absurdum führten, in Beziehung zu setzen und ihn so als ironisches Understatement zu begreifen.'' (27/333)

Kunstwerk

Seiner Übersetzerin in Prag berichtet Kisch im September 1924 von der Arbeit am *Rasenden Reporter*: ,,Ich habe mich in meinem Leben noch nie so geplagt wie jetzt. Aber es ist eine Arbeit, die mir Freude macht. Manchmal, wenn ich meine alten Aufsätze umarbeite, die gefallen haben, erröte ich und sehe, wie unfertig sie sind. Manchmal muß ich sie vom ersten bis zum letzten Wort überarbeiten, dann schreibt Gisl alles auf der Schreibmaschine ab, ich bohre mich wieder hinein und mache hundert neue Korrekturen, Gisl schreibt es wieder ab, ich lese es durch und zerreiße es ganz und gar.'' (zit. n. 21/140)

Das zeigt, ein weiteres Mal, wie wenig das Bild vom ,,rasenden Reporter'' stimmt, es wirft aber auch die Frage auf, ob Reportagen — ,,Tatsachenberichte'', wie Kisch selbst sie definierte (IX/398) — verändert, ob sie gar vom ersten bis zum letzten Wort überarbeitet werden dürfen, ob sie dann noch ,,wahr'' sind...

In seinen zahlreichen Arbeiten über den Beruf des Reporters und die Aufgabe der Reportage hat Kisch sich häufig auch über ,,Tatsachenabhängigkeit'' und ,,Wahrheit'' geäußert:
— In seinem Aufsatz *Wesen des Reporters*, 1918, schreibt er: ,,An sich ist immer die Arbeit des Reporters die ehrlichste, sachlichste'', ist er doch ,,immer von der Tatsache abhängig, immer von der Sachlichkeit. (...) Natürlich ist die Tatsache bloß die Bussole (Winkelmeßinstrument; d. Vf.) seiner Fahrt, er bedarf aber auch eines Fernrohres: der ,logischen Phantasie'. Denn niemals bietet sich aus der Autopsie eines Tatortes oder Schauplatzes, aus den aufgeschnappten Äußerungen der Beteiligten und Zeugen und aus den ihm dargelegten Vermutungen ein lückenloses Bild der Sachlage.' (VIII/205f.)

— In seiner *Rede auf dem Pariser Kongreß zur Verteidigung der Kultur 1935* präzisierte er: ,,der wahre Schriftsteller, das ist: der Schriftsteller der Wahrheit (...) muß Vergangenheit und Zukunft in Beziehung zur Gegenwart stellen — das ist logische Phantasie''. (IX/399)

— Zeitlich zwischen diesen beiden Äußerungen liegt das Statement aus dem Vorwort zum *Rasenden Reporter*: ,,Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als

ßerungen liegt das Statement aus dem Vorwort zum *Rasenden Reporter*: ,,Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als

unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit.'' (27/8; V/660)

Kischs Reportagen wie seine reportage-theoretischen Äußerungen zeigen indes, daß die ,,einfache Wahrheit'' so einfach nicht ist. Dennoch, zürnt Hans-Albert Walter in seinem *Vorschlag, wie Kisch zu lesen sei*, hat ihn das Leserpublikum und haben ihn die meisten (angemaßten wie tatsächlichen) Kisch-Kenner ,,wörtlich genommen, banal, plump und wörtlich''. (27/334) ,,Sein Tatsachenbegriff ist nicht eng und hält sich nicht an der Erscheinungen Oberfläche fest. Auch bei den sozusagen echten Reportagen spielt das Ästhetische eine herausragende und oftmals das Faktische dominierende Rolle. Das sogenannt ,Formale' verschmilzt mit dem sogenannt ,Inhaltlichen' zu etwas Neuem und qualitativ anderem, nämlich zu einem Kunstwerk. Und eben das ist Kischs ,Wahrheit' — die Wahrheit der Kunst, die keine gerichtsverwertbare Wahrheit ist und doch wahrer als alles dokumentarisch abgesicherte Faktenwerk von ,Staatsanwalt' und ,Verteidiger'. Und eben das sind Kischs Reportagen, in allererster Linie und vor allem anderen, die sozusagen echten nicht minder als die sozusagen vorgetäuschten — Kunstwerke.'' (27/343)



Wie Kisch es in seiner Rede auf dem Pariser Kongreß zur Verteidigung der Kultur postulierte: ,,*Die doppelte Tätigkeit, die dem sozial bewußten Schriftsteller gestellt ist, die des Kampfes und der Kunst, würde in ihrer Einheit aufgehoben, sie würde in beiden Teilen wirkungslos und wertlos werden, wenn er in seiner Kunst oder in seinem Kampf zurückwiche.*'' (IX/397)

AG Exil

Debüt beim Mühlenfeuer

In seinem Artikel *Mein Leben für die Zeitung* (1928) berichtet Kisch von seinem Anfang als Reporter. Er sei eines Nachts ausgeschickt worden, um über einen Mühlenbrand zu berichten. Da er nichts zu schreiben gewußt habe, als daß es brannte, habe er drei Spalten lang ,,Phrase auf Phrase (gehäuft)''. Während die Konkurrenzzeitung anderntags ,,nackte Tatsachen (brachte), von denen ich keine Ahnung hatte'', sei er wegen seines blumigen Artikels belobigt worden, der Kollege von der Konkurrenz aber entlassen, weil ihm ,,nichts eingefallen'' war. ,,Erschüttert darüber, meine Leistung, deren Kläglichkeit ich kannte, als Erfolg gewertet zu sehen, mußte ich mir die Frage stellen, ob Arbeit wirklich ein Minus, Phrasengeklingel und Lügengewäsch wirklich ein Plus seien.'' (IX/212f.)

Dieser Mühlenbrand fand 1912 statt — die von Kisch dargestellte Reportage konnte schon deshalb nicht am Anfang seiner Laufbahn als Reporter von ihm geschrieben worden sein, er arbeitete zu diesem Zeitpunkt bereits seit sechs Jahren als Journalist.

Etliche Jahre später, in seiner 1942 erschienenen Autobiographie *Marktplatz der Sensationen*, taucht die Geschichte als *Debüt beim Mühlenfeuer* und ganz erheblich ausgeschmückt wieder auf. Jetzt will Kisch gar seinerzeit ,,eine Gruppe von Obdachlosen'' erfunden haben, die zum Brandplatz kam: ,,Landstreicher mit gegerbten Gesichtern, wirren Bärten, struppigen Haaren und starr auf das Feuertheater gerichteten Augen.'' (VII/132)

Der Erforscher von Kischs Prager Jugendjahren, Josef Poláček, fand die Reportage — ,,Die Schittkauer Mühlen in Flammen'' (Bohemia, 10.12.1912; nachgedruckt in 23) — und veröffentlichte sie 1968. Und siehe da: Es handelt sich um einen durchaus sachlichen Bericht vom Brand (einige heute etwas dramatisch anmutende Formulierungen entsprechen durchaus seinerzeitigem Berichtsstil). Von ,,Phrasengeklingel und Lügengewäsch'', die Kisch 1928 seiner Reportage vom Mühlenbrand anlastete, nicht die Spur; erst recht keine Spur von den Obdachlosen am Brandherd, die erfunden zu haben Kisch sich 1942 vorwirft.

Kischs Darstellung *Debüt am Mühlenfeuer* indes als (amüsante) Erfindung, als bar der Wahrheit

Kisch sich 1942 vorwirft.

Kischs Darstellung *Debüt am Mühlenfeuer* indes als (amüsante) Erfindung, als bar der Wahrheit

abzutun, wäre verfehlt. In dieser sozusagen vorgetäuschten Reportage *verdichtet* Kisch seine Erfahrungen als bürgerlicher Journalist, die — im Sinne streng verstandener Faktizität, als Aufzählung von alltäglichen Einzelerfahrungen etwa — dem Leser kaum so nachdrücklich hätten nahegebracht werden können.

Die angegebenen Daten, Fakten und Ereignisse in Kischs Biografie wie in manchen seiner ,,Reportagen'' halten genauerer Nachprüfung nicht stand. ,,Dennoch sind sie in dem Sinne wahr, in dem Dichtung wahr sein kann, als sinnliche Konzentration von real nur disparat Vorhandenem.'' (23/323) Und, nicht minder wesentlich: ,,Er hat seine Biographie ,gefälscht' (...) gerade um der Wahrheit willen. Er hat sie auf die ,tragenden geschichtlichen Mächte' hin korrigiert, nicht nach ,oben', wie Opper (ein von Kisch kritisierter Journalist; d.Vf.), auf die untergehende Welt des Adels hin, sondern nach ,unten', auf eine mögliche, aufsteigende.'' (23/325)

Fortsetzung von Seite 14

Lasten der europäischen Partner gehen würde, wie es die DKP penetrant von SDI behauptet, ist in der NATO selbstverständlich nicht durchsetzbar. Daraus ergibt sich ein sehr starker Druck in Richtung einer kollektiven Lösung, die die unterschiedlichen Interessen miteinander verbindet und aussöhnt. Genau das zeichnet sich in der Debatte um SDI einerseits, europäische Sonderprojekte (EUREKA) andererseits tatsächlich schon ab. Daß die DKP diesen Sachverhalt ignoriert und sogar verfälscht, um weiter den Traum vom breitesten Bündnis aller Zeiten verkaufen zu können, ist nicht verwunderlich. Gemessen daran ist es ein beachtlicher Einzelfall, wenn Stefan Voets in der UZ vom 13.4.85 zutreffend kommentieren durfte : „*Der — zum Beispiel von der SPD unterbreitete — Vorschlag, die Bundesrepublik Deutschland solle sich statt am SDI-Programm stärker an den ‚zivilen' westeuropäischen Raumfahrtprogrammen beteiligen, stellt keine befriedigende Alternative zum gefährlichen Kurs der Bundesregierung dar. Bei den westeuropäischen Programmen geht es um Aufklärungssatelliten und Raumfähren, teilweise in Zusammenarbeit mit den USA. Sowohl die Satelliten als auch die Fähren haben eine große militärische Bedeutung, gerade auch für einen möglichen ‚Krieg der Sterne'... Solange eine ausschließlich zivile Nutzung nicht garantiert ist und Hintertüren für die Beteiligung am SDI-Programm offenstehen, ist das westeuropäische Raumfahrtprogramm für die Bevölkerung unseres Landes nicht akzeptabel.*''

Taktische Mätzchen ohne Perspektive

Die DKP hat sich mit ihrer Forderung, die Friedensbewegung auf die SDI-Problematik „zuzuspitzen'', auf dem sog. Großen Ratschlag in Köln nicht durchsetzen können. Genauer gesagt: Sie hat angesichts der vorher absehbaren Kräftekonstellation in Köln gleich auf den Versuch verzichtet, dieses Spezial-Anliegen durchzupowern. Sie hat stattdessen an der Erarbeitung eines ausgewogeneren Forderungskatalogs mitgewirkt. Übrigens sehr zum Verdruß einiger ihrer Aktivisten, die mal wieder weniger flexibel als ihre Führer reagierten und sich über den in Köln verabschiedeten „Neckermann-Katalog'' aufregten. In einer Auswertung der UZ taucht in gemäßigter Form dieser Widerspruch wieder auf: Was jetzt in Köln als gemeinsamer Aufruf zustande gekommen ist, sei ja ganz schön und gut. Aber: „*Dennoch erfordert nach Meinung der DKP die wachsende Bedrohung des Weltfriedens, die in der Ergänzung nuklearer Erstschlagwaffen durch die Militarisierung des Weltraums liegt, eine dieser Bedrohung angemessene Zuspitzung auch der Aktionsforderungen. Widersprüche im imperialistischen Lager und die mehrheitliche Ablehnung der Weltraumwaffen durch die Bevölkerung unterstreichen eine solche Zuspitzung.*''(26)

Und wie spitzt man die Friedensbewegung zu ? Indem man ihre Inhalte reduziert und verfälscht im Sinne der von der DKP gewollten „Hauptforderung''. Also beispielsweise, indem man auf der Seite 1 der UZ vom 19.6.85 als Resultat des Kölner Treffens zusammenfaßt: „**November: Friedenswoche gegen den ‚Sternenkrieg'**''. Wahr ist, daß nach der Kölner Beschlußlage keineswegs ausschließlich und nicht einmal primär die Weltraum-Problematik Thema der Friedenswoche sein soll, sondern in gleicher Weise der gesamte beschlossene Forderungskatalog. Daß dieses Beispiel nicht etwa einer vereinzelten Fehlleistung eines UZ-Mitarbeiters zuzuschreiben ist, wird jeder Abonnent der UZ bestätigen können : Seit jenem historischen Wendepunkt, der 5.Tagung des Parteivorstands, wird in der UZ-Berichterstattung j e d e friedenspolitische Aktivität auf die neue „Kardinalfrage'' hin zurechtfrisiert. Es ist bei voller Kenntnis bisheriger DKP-Praxis nicht zu erwarten, daß sie nun die eindeutige Kölner Beschlußlage respektieren wird.

Was heißt das in der Praxis? Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier hat dazu geschrieben: „*Wir haben eine Bündnispolitik im richtig verstandenen Sinne zu betreiben... Wir treten für die Einigung in der Hauptfrage ein, bei Achtung der Verschiedenheit bei anderen Fragestellungen.*'' (27) Das heißt nach Lesart der DKP, daß bestimmte Forderungen von der Friedensbewegung nicht gestellt werden dürfen, weil sie Kräfte verschrecken könnten, mit denen in der „Hauptfrage'' ein Bündnis für erstrebenswert gehalten wird. Vor allem gegen die Einbeziehung einer Anti-NATO-Stoßrichtung in die Friedensbewegung hat die DKP sich aus diesem Grund äußerst scharf gewehrt. Diese Argumentation ist in sich selbst nicht einmal unlogisch: Je breiter das Bündnis gewünscht wird, umso mehr muß man mit den Forderungen heruntergehen. Wer sich Beitz, oder demnächst wohl Möllemann und Genscher, als Redner zum Ostermarsch wünscht, kann nicht mit einer Plattform arbeiten, die noch den Abzug aller neuen Mittelstreckenraketen im Zentrum hat, von weitergehenden Abrüstungsforderungen gar nicht zu reden.

Mit der Entwicklung einer friedenspolitischen Strategie hat das nichts zu tun. Im Gegenteil: Die ständige Orientierung der Friedensbewegung auf Teilziele und auf Bündnispartner, mit denen bestenfalls hinsichtlich dieser Teilziels Berührungspunkte bestehen, steht zwangsläufig jeder Strategie-Bildung im Wege. Wie beim Wettlauf zwischen Hase und Igel bleibt der Friedensbewegung dann nichts anderes, als hinter dem jeweils neuesten Aufrüstungsschritt hinterherzurennen. Im Grunde wird dabei nicht viel mehr als die Verteidigung des militärischen Status quo eingeklagt. Aber selbst in dem übrigens höchst unwahrscheinlichen Fall, daß das in einem Einzelfall einmal gelingen könnte, wäre für eine effektive Abrüstung und für eine Verminderung der Kriegsgefahr damit noch gar nichts gewonnen. Lediglich dafür zu kämpfen, daß die Verhältnisse so bleiben wie sie sind und daß zu den Zehntausenden von Atomwaffen nicht noch ein paar Hundert neue kommen, ist auf Dauer keine Perspektive. Daran geht jede Bewegung kaputt.

Kt.

Anmerkungen

1) Reagan hatte schon im Januar 1981 bekanntgegeben, er wolle „die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für künftige, gegen Raketen gerichtete Laserwaffen stärker fördern" (FAZ, 23.1.81). Schon in der Amtszeit Carters waren für dieses Projekt jährlich 200 Millionen Dollar aufgewendet worden. Ende September/Anfang Oktober 1982 gab die US-Regierung ihren Plan einer außergewöhnlich großen Erhöhung der Ausgaben für militärische Weltraumprojekte bekannt : Von insgesamt 6,4 Milliarden Dollar 1981/82 auf rund 14 Milliarden Dollar für 1988.
2) Zit. nach UZ-Beilage, 30.3.85. Um jeden bösen Verdacht gleich auszuräumen, betonte Mies: „Diese Programmatik ist keine Erfindung von uns Kommunisten. Sie hat sich entwickelt in den Reihen der Friedensbewegung."
3) „Über den Herbst hinaus/ Ein Beitrag zur Strategiediskussion der Friedensbewegung", herausgegeben vom Bezirksvorstand Hamburg der DKP.
4) „Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie!/ Ein Beitrag zur Diskussion", herausgegeben vom Bezirksvorstand Hamburg der DKP.
5) Der Aufruf ist abgedruckt in der UZ, 29.11.84.
6) KOFAZ steht für „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit". Dieses mittlerweile weitestgehend funktions- und leblose Bündnisinstrument der DKP hatte in den Anfangsjahren der neueren Friedensbewegung (seit Ende der 70er Jahre) vorübergehend eine zentrale Rolle gespielt.
7) Stellungnahme des KOFAZ-Büros, 7.12.84.
8) Zit. nach UZ, 6.3.85.
9) UZ, 22.1.84. Die Zeitung erschien an diesem Tag mit der Schlagzeile „Bündnis aller Kräfte links von der CDU-Spitze/ DKP begann Kampfjahr '85".
10) „Wir Kommunisten tun alles, um eine Koalition der Vernunft und des guten Willens zu schaffen, um die abenteuerlichen ‚Sternenkriegspläne' zu stoppen, ein Verbot der Militarisierung des Weltraums durchzuset-
zu schaffen, um die abenteuerlichen ‚Sternenkriegspläne' zu stoppen, ein Verbot der Militarisierung des Weltraums durchzuset-
zen und damit (?!) die Gefahren eines atomaren Infernos zu bannen." (Aus der gemeinsamen Erklärung der DKP mit den KPen von Österreich und Luxemburg; UZ,19.6.85)
11) Aus These 1 des neuen DKP-Programms. zit. nach UZ, 11.6.85.
12) Franz Sommerfeld in der DVZ („Deutsche Volkszeitung") vom 5.4.85, S.1.
13) DVZ, 16.4.85.
14) UZ, 29.5.85. Die Krefelder Initiative hatte in der Anfangsphase des Kampfes gegen die NATO-Nachrüstung eine gewisse propagandistische Bedeutung. Nach dem Weggang der beiden grünen ‚Krefelder' Kelly und Bastian handelt es sich nur noch um eine von vielen Ruinen der DKP-Bündnispolitik. Horst Trapp gehört zugleich dem KOFAZ-Büro an.
15) Aus dem Bericht von M. Buschmann an den DKP-Parteivorstand; UZ, 11.6.85.
16) UZ, 11.4.85.
17) wie 12.
18) UZ, 2.4.85.
19) DVZ, 14.6.85. UZ, 25.6.85. UZ, 7.6.85.
20) Horst Trapp vom KOFAZ. zit. in der UZ, 29.5.85.
21) UZ, 1.3.85: „Italien gegen Sternen-+krieg".
22) UZ, 12.6.85: „DDR und Frankreich gegen Weltraumrüstung". Sehr viel korrekter und differenzierter berichtet die konservative FAZ, „daß der Weigerung der französischen Regierung, sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt offiziell an SDI zu beteiligen,-die auf politischen Überlegungen fußt, andererseits die Absicht Frankreichs gegenübersteht, seine weitgehend verstaatlichte Industrie an dem SDI-Projekt teilnehmen zu lassen. In Bonn ist längst bekannt, daß entsprechende Fachleute-Kommissionen der französischen Wirtschaft und der interessierten Firmen in Washington das französische Interesse deutlich gemacht und zu erkunden versucht haben, wo besonders gute Chancen für eine Teilhabe der französischen Industrie an dem Forschungsprojekt besteht."(28.6.85)
23) UZ, 26.3.85.
24) Erklärung der Teilnehmer des Kulturpolitischen Forums der DKP. Nach UZ, 20.6.85.
25) Gemeint ist : Die Verteilung der Rüstungsgeschäfte innerhalb der NATO dürfe keine Einbahnstraße sein,d.h. sie dürfe nicht einseitig den USA zugute kommen.
26) Uwe Post,Referent beim Parteivorstand der DKP; UZ, 21.6.85.
27) UZ, 11.1.85. Diese „Hauptfrage" oder auch „einheitlicher Nenner" war für Gautier damals natürlich noch nicht SDI, sondern: „Keine weitere Stationierung, raus mit den Raketen".

Inhalt

und zu den Aufgaben der Grünen Partei ....S. 40
Militarismus